

Gefahrenzone, Angstrraum, Feindesland: Stadtkulturelle Erkundungen zu Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus in ostdeutschen Kleinstädten

Bürk, Thomas

Veröffentlichungsversion / Published Version

Monographie / monograph

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Bürk, T. (2012). *Gefahrenzone, Angstrraum, Feindesland: Stadtkulturelle Erkundungen zu Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus in ostdeutschen Kleinstädten*. (Raumproduktionen: Theorie und gesellschaftliche Praxis, 14). Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-88400-1>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Thomas Bürk
**Gefahrenzone,
Angstraum,
Feindesland?**

WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT



Bürk
Gefahrenzone

RAUMPRODUKTIONEN: THEORIE UND GESELLSCHAFTLICHE PRAXIS

Herausgegeben von Bernd Belina, Boris Michel und Markus Wissen

Band 14

Die Buchreihe bildet ein Forum kritischer Raumforschung im Rahmen kritischer Gesellschaftstheorie. Ihr Ziel ist es, Debatten zugänglicher zu machen, zu bündeln, zu initiieren und zu kritisieren. Kritische Raumforschung untersucht die soziale Produktion von Raum und die je spezifischen gesellschaftlichen Verräumlichungen.

Kritische Raumforschung als Gesellschaftsforschung fragt nach den aktuellen räumlichen Transformationsprozessen, denen der physisch-materielle Raum inklusive seiner sozialen Bedeutungen unterworfen ist. Dazu gehören neue Formen der Inwertsetzung und Politisierung von Natur und gebauter Umwelt, die Umstrukturierung städtischer, staatlicher und globaler Räume, räumliche Strategien der Kontrolle oder die Produktion und Veränderung räumlicher Maßstabebenen.

Kritische Raumforschung rückt soziale Kämpfe um und mittels Raumproduktionen und damit gesellschaftliche Widersprüche in den Mittelpunkt.

Kritische Raumforschung kritisiert gesellschaftswissenschaftliche Konzepte von Raum, die diesen losgelöst von jeglicher Materialität konstruieren; ebenso kritisiert sie Konzepte, die Gesellschaft an diese Materialität fesseln. Kritische Raumforschung sucht nicht nach einer „Raumtheorie“, sondern nach gesellschaftlichen Raumverhältnissen.

Thomas Bürk, Dr. phil., ist Sozialgeograph, Historiker und empirischer Kulturwissenschaftler. Seine Arbeitsschwerpunkte umfassen Stadtforschung (auch kleinerer Städte), Raumtheorie, Cultural Studies und kritische Geographie.

Thomas Bürk

**Gefahrenzone, Angstraum, Feindesland:
Stadtkulturelle Erkundungen zu
Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus
in ostdeutschen Kleinstädten**

WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Gedruckt mit Unterstützung des Instituts für Regionalentwicklung und
Strukturplanung (IRS) Abt. IV / Regenerierung von Städten in Erkner bei Berlin

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

1. Auflage Münster 2012

© 2012 Verlag Westfälisches Dampfboot

Alle Rechte vorbehalten

Umschlag: Lütke Fahle Seifert AGD, Münster

Druck: Rosch-Buch Druckerei GmbH, Scheßlitz

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier

ISBN 978-3-89691-894-9

Inhalt

| | |
|------------|---|
| Einleitung | 9 |
|------------|---|

I. Teil

| | |
|---|-----|
| 1. Mit Henri Lefebvre in der Kleinstadt: Positionen, Zugänge, Forschungsansatz der vorliegenden Arbeit | 36 |
| 1.1 Konzeptionelle Überlegungen zu Stadt, Kultur und Stadtkultur | 37 |
| 1.2 Kleine Städte in der Stadtforschung | 58 |
| 1.3 „spatial dialectics“: Die Produktion des sozialen Raumes und der Ausschluss der „Anderen“ | 69 |
| 1.4 Anmerkungen zum selektiven Charakter städtischer Öffentlichkeit und Privatheit | 78 |
| 1.5 Vom Reden über Räume und Menschen | 86 |
| 1.6 Faktizität und Deutung: von der kritischen Diskursforschung zur Dispositivanalyse | 94 |
| 1.7 Forschung | 100 |
| 2 Stadtgeschichten: Wittingen und Belsheim – sozialhistorische Kontexte, Orte und Akteure | 120 |
| 2.1 Wittingen: Von der Ackerbürgerstadt zur schrumpfenden Altindustriestadt | 125 |
| 2.1.1 Akteure in der Stadt: Stadtaktive, Drehpunktpersonen, zivilgesellschaftliche AktivistInnen in Wittingen | 134 |
| 2.1.2 Vereine, Initiativen, Clubs, lokale Treffpunkte in Wittingen | 140 |
| 2.2 Belsheim: Vom wilhelminischen Sanatorium zum Kurbad? | 141 |
| 2.2.1 Stadtaktive, Drehpunktpersonen, AktivistInnen in Belsheim | 147 |
| 2.2.2 Vereine, Initiativen, Clubs: lokale Treffpunkte in Belsheim | 15 |
| 2.3 Selektive Öffentlichkeiten an exemplarischen Orten | 158 |

| | |
|--|-----|
| 3. Zwischen Faktizität und Deutung: Die lokale Wahrnehmung und Diskussion von Rechtsradikalismus | 174 |
| 3.1 Wahrnehmungen des Rechtsradikalismus in Belsheim und Wittingen | 176 |
| 3.2 Ursachensuche und Erklärungsansätze | 181 |
| 3.2.1 Eltern, Lehrer, Polizei – ... vom Versagen lokaler Institutionen und Autoritäten in Wittingen und Belsheim | 182 |
| 3.2.2 Kontinuitäten und Brüche: Argumentationsmuster | 197 |
| 3.3 Rechtsradikalismus: Von der Szene zur sozialen Bewegung | 216 |
| 3.4 Drohkulissen und andere Bewegungspraxen | 228 |

II. Teil

| | |
|--|-----|
| 4 Gefahrenzone? Über die Kommunikation gefährlicher Orte | 236 |
| 4.1 Die diskursive Produktion von Orten: Lokale Presse und überregionale Medien in der Debatte | 244 |
| 4.2 Sprecherpositionen – oder Die Macht der Lokalredakteure | 246 |
| 5 Angstraum? Stadtplanung und Furchtprävention | 264 |
| 5.1 Begriffe, Bilder und Konjunkturen der Angstraumdebatten | 264 |
| 5.2 Die Stadt als Opfer und Opfer der Stadt: Sicherheitsdiskurse in stadtplanerischen Perspektiven | 267 |
| 5.3 Feministische Angstraumdebatten | 273 |
| 5.4 Paradigm shift? Von Angsträumen für Frauen zu neonazistischen Angsträumen | 275 |
| 5.5 Sozialräume Kristallisationspunkte in Wittingen und Belsheim | 279 |
| 5.6 Kommunale Präventionsarbeit und ordnungspolitische Maßnahmen | 285 |
| 5.7 Fazit: Angst-Macht-Raum oder Raum (M)acht Angst. Die 'spatial dialectics' von Angsträumen | 288 |

| | | |
|-------|--|-----|
| 6 | Feindesland? Alltagshandlungen im Konfrontationsraum | 290 |
| 6.1 | ‘Coping strategies’ und street wiseness: Exemplarische Handlungsweisen potentieller Opfer, Taktiken der zivilgesellschaftlichen Raumproduktion | 291 |
| 6.1.1 | Bewältigungsversuche der Bedrohung ‘alternativer’ Jugendlicher | 291 |
| 6.1.2 | ‘Street-wiseness’ als Taktiken der Gefahrenvermeidung bei Flüchtlingen und MigrantInnen | 297 |
| 6.2 | Relative Räume: Das Flüchtlingsheim in Belsheim und das Übergangwohnheim in Wittingen | 299 |
| 6.2.1 | Belsheim | 299 |
| 6.2.2 | Übergangwohnheim Wittingen | 301 |
| 6.3 | Taktiken des Umgangs mit Gefährdung und Bedrohung | 306 |
| 6.4 | Heterotopien der Stadtkultur in Wittingen und Belsheim | 310 |
| 6.5 | Beispiele lokalen zivilgesellschaftlichen Handelns | 322 |
| 7 | Fazit | 333 |
| | Literatur | 358 |

Einleitung

Der Rechercheausflug eines Berliner Journalisten in eine Kleinstadt im Land Brandenburg mündete im Sommer 2010 in der Frage „wie es dort nachts auf der Straße zugeht, was an der Aral-Tankstelle abgeht, ob es bestimmte Lokale gibt, in denen man sich nach Einbruch der Dunkelheit besser nicht mehr sehen lassen sollte? (...) wie aktiv und für jeden sichtbar die ganze Nazi-Scheiße im Alltag von [Stadtname] noch ist?“ (von Uslar 2010: 97). Dass auch heute „Nazis immer noch das naheliegende Thema“ (von Uslar 2010: 97) für BesucherInnen dieser Städte sind, liegt nicht nur an der Wahrnehmung des Großstädtlers oder einer möglicherweise skandalorientierten Produktionslogik überregionaler Medien. Auch wenn beide Faktoren immer schon bei der Thematisierung von Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit in ostdeutschen Kleinstädten eine konstitutive Rolle gespielt haben, lässt sich die Tatsache nicht leugnen, dass es eben auch noch gegenwärtig dort ein reales Problem mit rechtsradikalen AktivistInnen und xenophoben Einstellungen gibt. Dies wird bei der Schelte (‘Imageschaden!’ ... ‘Stigmatisierung ganzer Städte und Regionen!’) gegenüber den darüber berichtenden JournalistInnen (und anderen ForscherInnen) oftmals übersehen oder zumindest in Kauf genommen.

Mich hat dieses ‘naheliegende’ Thema bereits vor Jahren bei Besuchen und Ausflügen in die ostdeutsche Provinz, in Kleinstädte jenseits des Berliner Umlandes bewegt. Umgetrieben hat mich seitdem, warum Neonazismus hier ‘naheliegend’ (von Uslar 2010:97) zu sein scheint, aber vor allem, wie das eigentlich geht, mit Neonazis in der Nachbarschaft, mit den Begegnungen auf den Straßen zu leben? Von Übergriffen auf die wenigen anwesenden dunkelhäutigen oder bunthaarigen Menschen zu hören und – was dann?

Im Zentrum dieser Untersuchung steht daher nicht primär die Frage nach dem herausragenden Ereignis, den Skandal- und Tatorten, sondern die Frage nach der Alltäglichkeit und Selbstverständlichkeit, anders gesagt, den Dispositiven (Foucault/Agamben) oder Doxa (Husserl/Bourdieu) solcher ganz ‘normalen’ Kleinstädte.

Diese Arbeit versteht sich in erster Linie als Beitrag zur Stadtforschung, hier im Kontext ‘schrumpfender’ Kleinstädte im Bundesland Brandenburg, sowie als Diskussionsbeitrag zur Debatte um aktuelle Erscheinungen des Rechtsextremismus und zivilgesellschaftlicher Gegenwehr in (nicht nur) ostdeutschen (Klein-) Städten. Sie ist keine Untersuchung der Rechtsextremismusforschung im engeren, etwa politikwissenschaftlichen oder sozialpädagogischen Sinne, sondern versucht sich der komplexen Problematik städtisch- lokalkultureller und sozialräumlicher

Vergesellschaftung unter dem Einfluss rechtsradikaler Aktivitäten anzunähern. Der Fokus liegt auf den spezifischen Dynamiken, in denen Stadtkulturen hergestellt werden. Die vorliegende Untersuchung tritt zudem unter dem Topos der Erkundung auf. Diese kann als eine „geplante und methodisch organisierte Wirklichkeitsbegegnung von Lernenden mit ihrer Umwelt definiert werden“ (vgl. Detjen 1999:397). Die Position eines Lernenden erscheint mir nicht als die schlechteste Voraussetzung eines offenen Feldzuganges, der – durch Neugierde vorangetrieben – methodische Experimente und theoretische Reflexionen vereint. Hier soll somit eine Vorgehensweise, die an feldanalytischen, ethnographischen Methoden mit ihrem explorativen und iterativen Charakter orientiert ist, mit raumtheoretischen Überlegungen, Thesen und Skizzen verbunden werden.

Meine Perspektiven werden bestimmt durch die diskursive Figur einer potentiell offenen, heterogenen Stadt. Ein Aspekt dieses urbanistischen Paradigmas ist der lokale Umgang mit dort präsenten Neonazis, Flüchtlingen, (lokalen) Außenseitern. Daraus wird die Arbeitshypothese abgeleitet, dass jenseits einfacher Determinismen die (potentiellen) Opfer rechtsradikaler und xenophober Gewalt in den ehemals in der DDR gelegenen Städten mit einem spezifischen sozialräumlichen Aushandlungs- und Wahrnehmungsmuster des Konfliktes mit rechtsradikalen Aktivitäten konfrontiert sind. Dieser gründet in der auch das Forschungsfeld vorstrukturierenden Annahme, dass die mitunter breite lokale Akzeptanz des Neonazismus als Spezifik Ostdeutschlands gelten kann. Dies kann sowohl auf Grundlage der statistischen quantitativen Häufung als auch in der besonderen Qualität des dort auftretenden Rechtsradikalismus und Neonazismus behauptet werden. Jede neonazistische soziale Bewegung braucht zur Selbstentfaltung eine sie akzeptierende (Stadt)kultur, oder aber sie wird durch lokal agierende demokratische, antifaschistische und/oder migrantische Stadtaktive an ihrer Entfaltung gehindert und/oder zumindest in ihrer Sichtbarkeit begrenzt.

Von der 'national befreiten Zone' zur fremdenfeindlichen Stadtkultur

Die Diskussionen um Strategien und konkrete Handlungsmöglichkeiten gegen die Präsenz von Neonazis ist stark an die zyklischen Wahrnehmungsjunkturen bundesdeutscher wie auch internationaler Medien gekoppelt. Deren Aufmerksamkeit gilt vielfach dem Skandal und der brutalen Gewalt, dem Herausragenden und Besonderen, der Abweichung vom Alltäglichen. Auch mein Bild von der Situation in ostdeutschen Kleinstädten war zunächst deutlich geprägt

von den medial¹ vermittelten Darstellungen. Die Medien beschränkten sich im Wesentlichen auf die Darstellung brutaler Schlägernazis in von ihnen aggressiv eroberten und physisch sowie (sub-)kulturell dominierten Territorien. Diese räumlich bezogene Politik rechtsradikaler Gruppen und der von ihnen inspirierten AktivistInnen sei von organisierten Neonazis zur Strategie der Etablierung sogenannter national befreiter Zonen' erklärt worden. In einem ersten konzeptionellen Entwurf für diese Forschungsarbeit schrieb ich demzufolge:

„Die Diskussion um den Charakter städtischer Öffentlichkeit wird seit Jahren geprägt von Schlagworten der kriminologischen Verbrechensprävention, der Überwachung sogenannter gefährlicher Orte, von dem zunehmenden Einsatz privatisierter Sicherheitsdienste und der Kommodifizierung und Kommerzialisierung urbanen (Er-)Lebens. Im Wahrnehmungsschatten dieser Debatte gibt es aber noch andere Schauplätze kulturalisierter Hegemonialkämpfe um territorialisierte soziale Kontrolle des urbanen Raumes. Hier fallen gegenwärtig in Deutschland vor allem politische Konzeptionen rechtsradikaler und rassistischer Gruppen auf. Sie bedienen sich der Semantiken sozial segregierter und kulturell homogener Räume, um Territorialitätsansprüche zu postulieren oder den vermeintlichen Verlust eben so eines imaginierten Machtraumes aggressiv zu bekämpfen. Die räumlich bezogene Kulturpolitik rechtsradikaler Gruppen und der von ihnen inspirierten Aktivisten wurde mittlerweile auch von organisierten Neonazis zur Strategie einer Ausweisung 'national befreiter Zonen' erklärt². Dabei geht es diesen Rechtsextremisten darum, 'Freiräume' zu schaffen, in denen sie 'faktisch die Macht ausüben, sanktionsfähig sind und ihre politischen Ziele ungestört verfolgen' können. Zentrales Ziel dieser Strategien ist die an der nazistischen Raumutopie orientierte Durchsetzung exklusiver und kulturell homogener Territorien für eine völkisch-ethnisierte verstandene Gemeinschaft. Sie wird als Gegenentwurf zu kulturell heterogenen Gesellschaften positioniert. Hinter diesen Politikansätzen steht eine insbesondere in Ostdeutschland verbreitete Praxis von tätlichen Angriffen, Menschenjagen und Morden durch gewalttätige Neonazis.“

Diese über weite Strecken zutreffende Schilderung der lokalen Szenarios, zumindest der 1990er und frühen 2000er Jahre unterstellte eine hinter den Morden und Übergriffen stehende (raum-)politische Strategie als handlungsleitendes Motiv. Sie beruhte zudem auf der Vorstellung, dass es sich bei den Tätern um eine mehr oder weniger (auch äußerlich) klar erkennbare und politisch deutlich

-
- 1 Als prägende Medien werden hier in erster Linie die öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten und die sogenannte Qualitätspresse (Frankfurter Rundschau, Süddeutsche Zeitung, Die Zeit et al.) verstanden.
 - 2 [ohne Autorenangabe](1991): „National befreite Zonen“. Vom Strategiebegriff zur Alltagserscheinung?, in: Vorderste Front. Zeitschrift für politische Theorie & Strategie Nr. 2, 1991, S. 4-7.

zu umreißende Gruppe von subkulturell orientierten RechtsextremistInnen handelt. Als deren Repräsentanten werden zumeist dumpfe Hooligans und brutalisierte Skinheads in der Deutungsgestalt des devianten Jugendlichen präsentiert. Und tatsächlich passen die zumindest äußerlichen Merkmale – selbst einer sich zunehmend als soziale Bewegung darstellenden und formierenden, militanten (Neuen) Rechten – manchmal und mancherorts auch noch mit dieser einfachen Vorstellung überein. Schwieriger wird es, wenn die subkulturell orientierten Kleidungsstile und Habitus einer zunehmend ‘kleinbürgerlichen’ Orientierung weichen oder aber weit weniger auffällige Zeichensysteme als Springerstiefel und Glatze annehmen, wie dies im Umfeld der Kampagnen der NPD zu beobachten war. Daraus soll zunächst nur gefolgert werden, dass die Bilder, im Sinne von visuellen Repräsentationen und Deutungsangeboten, mit denen die Phänomene rechte Gewalt, politische Wahlerfolge und regionale Schwerpunkte der NPD diskutiert werden, Widersprüche aufweisen und somit Fragen aufwerfen. Symptomatisch sollen dafür im Folgenden die raummetaphorischen Leitbegriffe der Debatte, die ‘national befreite Zone’ und die ‘No-Go-Area’, aufgegriffen werden.

Auf den Spuren dieser Befreiungs- und Gebotssemantiken war ich zunächst von einer territorialisierten Aushandlungspraxis zwischen zwei (mehr oder weniger) klar voneinander abgrenzbaren Gruppenformationen – Tätern und Opfern, rechtsradikalen AktivistInnen gegen MigrantInnen – auf der lokalen Ebene ausgegangen. Staatliche Institutionen und deren Bedienstete (Polizei, Justiz) wurden weitgehend als randständig vorgestellt, alle anderen als ZuschauerInnen – im Sinne passiver ‘Bystander’, die zusammen eine anonyme, empathielose Masse bildeten. Die als sozialräumliche Aneignungs- und Exklusionsprozesse interpretierten Handlungen wurden zudem auf einer lokal und temporär zwar nicht völlig geschlossenen und verstetigten, aber doch zumindest eingrenzbaaren Ebene interpretiert. Der Untersuchungsprozess sollte darin bestehen, die ‘national befreiten Zonen’ aufzusuchen, sich ‘die Sache einmal aus der Nähe anzusehen’ und zu beschreiben, wie diese Zonen hergestellt, behauptet und gegenüber der sogenannten Zivilgesellschaft, Flüchtlingen und anderen potentiellen Opfergruppen durchgesetzt werden.

Diesen ersten Ansatz im Forschungsprozess musste ich einer grundsätzlichen Revision unterziehen. Das bedeutete für mich zunächst, mit falschen Plausibilitäten und einer substantialistischen Verkennung von Orten (vgl. Bourdieu 1998: 17) zu brechen. Diese Einsicht verdanke ich Erfahrungen anlässlich einer Untersuchung, die ich mit zwei KollegInnen im Jahr 2004 durchgeführt habe. Im Auftrag von mehreren zivilgesellschaftlichen Initiativen des Landes Branden-

burg³ beforchten wir die Bedingungen für Betriebe der sogenannten ethnischen Ökonomie unter dem Titel: ‘Doing business in dangerous places’ – oder: fremdenfeindliche und rassistische Übergriffe auf Imbissbuden im Land Brandenburg“. (Bürk-Matsunami, Thomas/Selders, Beate/Yasaroglu, Ercan 2004)⁴

Das sich im Verlauf der Untersuchung ergebende Bild war irritierend und ernüchternd. Sämtliche von uns befragten knapp 30 ImbissbetreiberInnen und dort Beschäftigte berichteten von Erfahrungen mit Konfrontationen unterschiedlichen Ausmaßes. Von der Beleidigung über Vandalismus und Sachbeschädigungen bis hin zu lebensbedrohlichen Attacken war das gesamte Spektrum von mittlerweile auch als ‘hate crimes’ bezeichneten rassistischen und fremdenfeindlich unteretzten Übergriffen vertreten. Bei den aufgeklärten Brandstiftungen handelte es sich in allen Fällen um Täter aus rechtsradikalen Szenen und deren Umfeld, allerdings wurden die Übergriffe zumeist als Spontanataten identifiziert (Bürk-Matsunami, Selders/Yasaroglu 2004: 77). Während wir damals angenommen hatten, beispielhaft die Aktivitäten einer sich brutal den öffentlichen Raum erobernden radikalen Rechten dokumentieren zu können, wurde uns die vor Ort vorherrschende Situation von unseren GesprächspartnerInnen weit ambivalenter dargestellt. So standen indifferente, oft auch verharmlosende und beschwichtigende Aussagen zum Thema rechte Gewalt gegen Imbissbuden der ethnisierten Ökonomie bei TrägerInnen kommunaler Ämter und VertreterInnen von Institutionen sowie Verbänden und Versicherungsunternehmen im Vordergrund. Dabei wurde immer wieder Vermutungen und Verdächtigungen geäußert, wonach die BetreiberInnen ihre Imbissgeschäfte selbst angesteckt haben könnten oder es sich bei dem Übergriff doch auch um mafiöse Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Interessen der kurdischen oder vietnamesischen Beschäftigten handeln könnte. Oftmals bekamen wir den Eindruck, dass sich die TäterInnen gänzlich ungehindert und mitunter im sicheren Gefühl, dass ihr Handeln im Umfeld auf Sympathien stieß, bewegen konnten. Zu erobern oder gar ‘national zu befreien’ war da nichts mehr: Die lokale Öffentlichkeit schien entweder einverstanden, zu lethargisch oder paralysiert zu sein. Ohne unterschlagen zu wollen, dass es vereinzelt auch Stimmen der Dissonanz und der

3 Opferperspektive Brandenburg e.V., Antidiskriminierungsstelle bei der Landesausländerbeauftragten Brandenburg und das Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit des Landes Brandenburg.

4 Im Rahmen der Recherchen zu dieser Studie besuchten wir über mehrere Monate Städte und Regionen in Brandenburg und informierten uns in ca. 60 Interviews über die alltägliche Situation der Beschäftigten in den dort ansässigen Imbissbetrieben.

Empörung gab, gewannen wir damals den nachhaltigen Eindruck, dass die verbale Akzeptanz und Ignoranz gegenüber solchen Taten, die mangelnde Empathie und Unterstützung für die Opfer nur die alltägliche Selbstverständlichkeit der sozialen Marginalisierung und Stigmatisierung dieser kleinen Betriebe und der dort Beschäftigten widerspiegelte.



Tatort Imbissbude [Quelle: Opferperspektive, 2004]

Unsere Ergebnisse fassten wir 2004 so zusammen: Spektakuläre Gewalttaten bilden lediglich einen – wenngleich auch den brutalsten – Teil der alltäglichen fremdenfeindlichen Beleidigungen, Bedrohungsszenarien und Übergriffen. Auch BetreiberInnen, die nicht Opfer eines Brandanschlages geworden sind, stehen oft durch rassistische Beschimpfungen und Bedrohungen massiv unter Druck,

werden eingeschüchtert und fühlen sich bedrängt. Diese Übergriffe stehen in direktem Zusammenhang mit der schwachen sozialen Position, die die BetreiberInnen in der Wahrnehmungsmatrix vom 'Ausländer' haben. In den von uns untersuchten Brandenburger Städten sind sie oft die einzigen sichtbaren MigrantInnen. Dies bedeutet auch, dass sie dort weder auf (selbst-)schützende Gruppen- und Familienstrukturen noch auf sie vertretende Organisationen zurückgreifen können. In lokale Netzwerke von Geschäftsleuten, Nachbarschaften oder auch Vereine sind sie wenig oder gar nicht einbezogen. In dieser Situation, die durch die Vertreibungsbestrebungen von rechtsradikalen AktivistInnen und Subkulturen verschärft wird, aber nicht darauf zu beschränken ist, sind sie Zielscheibe xenophober und rechtsradikaler Gewalt. Dabei ist zu beachten, dass mitnichten nur organisierte Rechtsradikale die Täter sind (Klärner 2006)⁵ und dass sich hinter den Gewalttaten nur ausnahmsweise eine klare Strategie (wie etwa bei der Gruppe 'Kameradschaft Freikorps')⁶ verbirgt. Vor diesem Hintergrund kommt den Döner- und Asia- Imbissen eine besondere, sozialräumlich-paradigmatische Bedeutung in der Aushandlung von Gesellschaftsvorstellungen auf kommunaler Ebene zu. Auch wurden deutliche Unterschiede zwischen einzelnen Kleinstädten sichtbar. Während es in einzelnen Städten Ansätze mitfühlender Teilnahme oder

-
- 5 Diese These stützt auch der Soziologe Andreas Klärner in einem Interview mit Patrick Gensing in der Tagesschau vom 19.06.2006. Quelle: <http://www.tagesschau.de/inland/meldung111800.html> (letzter Zugriff: 9.08.2010).
 - 6 Bei der Gruppe „Kameradschaft Freikorps“ handelte es sich um einen Zusammenschluss junger Männer im brandenburgischen Havelland, die sich ausdrücklich zum Ziel gesetzt hatten, durch militante Angriffe auf Imbissbuden der ethnischen Ökonomie deren BetreiberInnen und Beschäftigte aus der Region zu vertreiben. Dieser Gruppe wurde von den Strafverfolgungsbehörden zur Last gelegt, zwischen Juni 2003 und Mai 2004 neun Brandanschläge im Großraum Nauen auf Döner-Imbisse und andere von MigrantInnen betriebene Geschäfte verübt zu haben und dabei einen Sachschaden von mehr als 800.000 Euro verursacht zu haben. Im März 2005 verurteilte das Brandenburgische Oberlandesgericht den „Rädelsführer“ – einen zum Tatzeitpunkt 18-jährigen Abiturienten – zu viereinhalb Jahren Haft. Die die Mittäter wurden zu Bewährungsstrafen zwischen acht Monaten und zwei Jahren u.a. wegen der Gründung einer „terroristischen Vereinigung“ (§ 129a) verurteilt (Frankfurter Rundschau vom 7.3.2005). Dieses Urteil wurde zuletzt im März 2006 vom Bundesgerichtshof bestätigt (Märkische Allgemeine Zeitung, 10.3.2006). Auch die Mutter des „Anführers“ wurde im November 2006 wegen Beihilfe zur Brandstiftung verurteilt. Ihr wurde vorgeworfen, psychische Beihilfe geleistet zu haben, indem sie der Gruppe Räume zur Verfügung gestellt, den Angeklagten Tipps gegeben habe, wie sie sich im Falle des Erscheinens der Polizei verhalten sollten, und sie aufgefordert habe, sich nicht erwischen zu lassen (Märkische Allgemeine Zeitung, 1.12.2006).

gar kleine Unterstützerguppen für die von Übergriffen betroffenen Imbissbetriebe gibt, ist davon andernorts überhaupt nichts zu berichten.

Zur Relevanz raumtheoretischer Fragestellungen für die Untersuchung

Die Ergebnisse der Studie zu Übergriffen auf Imbissbuden im Land Brandenburg sind als Ausgangsposition, sowohl in stadtkultureller als auch in geographischer Hinsicht in die vorliegende Untersuchung eingeflossen. In ihr soll der Frage nachgegangen werden, wie sich jene städtischen Ausschlusskulturen herstellen und welche Wechselwirkungen zwischen dem Lokalen und den gesamtgesellschaftlichen Strukturen dabei zu beobachten sind. In diesen lokalen Kulturen der Exklusion in zwei exemplarischen Kleinstädten des Bundeslandes Brandenburg spielen Neonazis zwar eine aktive Rolle, aber eben nicht unbedingt bzw. nicht immer und nicht überall die Hauptrolle. Anstatt mich also allein auf Neonazis und Rechtsradikale zu konzentrieren, werde ich nach unterschiedlichen Artikulationsformen und lokalen Situierungen der dort gelebten Stadtkulturen suchen. Als Maßstab wird angelegt, wie 'Ausländer' (und andere städtische 'Außenseiter') lokal wahrgenommen werden, wie über sie diskutiert wird und wie sie in der Stadtpolitik bedacht und/oder auch als nicht dazugehörig behandelt werden.

Meine Fragestellung orientiert sich nicht an traditionellen Ansätzen der deutschsprachigen sozialpädagogisch oder politikwissenschaftlich orientierten Rechtsextremismusforschung⁷. Während deren VertreterInnen die juristischen

7 Bereits in den 1990er Jahren war festzustellen, dass rechtsradikale Orientierungen und Einstellungen eine so große Verbreitung in der Bevölkerung haben, dass eine begriffliche Ansiedelung dieses Phänomens als randständiger 'Extremismus' untauglich ist. Auch die Konstruktion einer Bedrohung der staatlichen Ordnung durch 'Linksextremisten' und 'Rechtsextremisten', von welchen der bundesdeutsche Verfassungsschutz in Anlehnung an Geschichtsbilder der Weimarer Republik ('Hufeisentheorie') und der Totalitarismustheorie ausgeht, wird als unzutreffend für hiesige Verhältnisse angesehen. Der Extremismusbegriff erfasst all die Kräfte und Einstellungselemente nicht, die im gleichen Spektrum anzusiedeln sind, sich aber nicht gegen die verfassungsrechtliche Ordnung der BRD wenden. [Siehe auch: Lohmann, Hans-Martin (1997): „Extremismus der Mitte. Vom rechten Verständnis der Deutschen Nation“. Frankfurt am Main:Fischer]. Auch die Friedrich-Ebert-Stiftung veröffentlicht seit 2006 regelmäßig Studien zu politischen Einstellungen in der „Mitte der Gesellschaft“ Friedrich-Ebert-Stiftung Forum Berlin [Hrsg.] und Decker, Oliver/Weißmann, Marliese/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (2010): Die

Straftatbestände, die Organisationskulturen und Motivationsstrukturen der Täter, deren gewalttätige Übergriffe und Propagandaaktionen ins Zentrum gerückt haben, sollen in meiner Untersuchung die lokalen, städtischen Verhältnisse und AkteurInnen im Hinblick auf den Aspekt der gelebten, alltäglichen Fremdenfeindlichkeit⁸, aber auch auf den Aspekt der Unterstützung der Ausgegrenzten untersucht werden. Also, wie dies der Autor und Regisseur Anders Veiel anlässlich der Berliner Aufführung des Theaterstückes 'Der Kick'⁹ äußerte, „nicht nur die Fettaggen der rechtsradikalen Taten zu beschreiben, sondern die ganze Suppe, auf der sie schwimmen“.¹⁰

Dabei gilt es, die Verlockungen einer sogenannten 'local trap' (Herbert 2005) zu vermeiden und zu erkennen, wo die Grenzen einer lokalen Untersuchung liegen: Denn lokale Verhältnisse sind keineswegs allein durch dort materialisierte und artikulierte Praktiken bestimmt. Sie stehen vielmehr in enger Wechselwirkung zu den Verhältnissen anderer sozialräumlicher Maßstabsebenen. Als solche können etwa die territorial-administrativen Maßstabsebenen der Land-

Mitte in der Krise: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010. FES-Projekt „Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“. Quelle: <http://library.fes.de/pdf-files/do/07504.pdf> (letzter Zugriff: 3.11.2010)

In dieser Arbeit benutze ich aus den oben genannten Gründen nicht den Begriff 'rechtsextremistisch', sondern je nach Kontext als Zitat und Bezug auf den Wortgebrauch anderer AutorInnen 'rechtsextrem', bei eigener Beschreibung aber den Begriff rechtsradikal. Einwendungen, dass es sich bei rassistischem und xenophoben Radikalismus nicht im Wortsinn um ein an 'die ursächliche Wurzel' gehende Konzepte handele, sind grundsätzlich zuzustimmen. Im Zusammenhang dieser Arbeit wird 'rechtsradikal/Rechtsradikalismus' aber 'Rechtsextremismus' aufgrund der oben bereits angeführten politischen Implikationen vorgezogen. Für die national-sozialistische Ausprägung wird der Begriff 'neonazistisch' bzw. auch umgangssprachlich 'Neonazi(s)' verwendet.

- 8 Der Begriff *Fremdenfeindlichkeit* bezeichnet eine diffuse Ablehnung von allem Unbekannten und Fremden. Die Ursache wird aber nicht allein im (sozial)psychologischen Bereich angesiedelt. Fremdenfeindlichkeit verweist ebenfalls auf kulturelle Praktiken in Vergesellschafts- und Vergemeinschaftungsprozessen. Der Begriff 'Rassismus' bezeichnet die Hierarchisierung des abgelehnten Fremden nach fixen biologistischen, kulturellen und ethnisierten Kriterien als implizites Einstellungsmuster oder explizite politische Überzeugung.
- 9 Dieses Stück beruht auf dem Fall des im Brandenburger Dorf Potzlow ermordeten Jugendlichen Frank Schöbel. Dieser war im Jahr 2003 von zwei Freunden zu Tode gefoltert und danach in einer Jauchegrube versenkt worden.
- 10 In einem Beitrag für das TV-Magazin *Tracks*, gesendet auf *arte* am 6.3.2007. Eigene Aufzeichnung.

kreise, Bundesländer, des Nationalstaates, aber auch globaler wirtschaftlicher und kommunikativer Vernetzungen angesehen werden. Formen und Gründe für Übergriffe, Bedrohungsszenarien, rechtsradikale Dominanz bzw. deren Akzeptanz sind nicht allein aus den lokalen, stadtkulturellen Verhältnissen heraus zu deuten, sondern als gesellschaftlich strukturierte, (Re)Produktionen¹¹ derselben zu verstehen. Die Möglichkeit, dass etwas geschieht, ist aber auf der lokalen Ebene, vom konkreten Handeln von den am betreffenden Ort jeweils anwesenden AkteurInnen bestimmt, denn jede Tat hat einen Tatort¹², auch wenn die Täter oft unsichtbar, die Tatorte menschenleer bleiben (vgl. Benjamin 1977: 148).¹³ Der Tatort ist jedoch in reale, materielle, alltägliche Lokalisierungen, einen konkreten (öffentlichen und semi-öffentlichen und privaten) Ort mit aktiv planenden, handelnden, eingreifenden oder passiven ZuschauerInnen, in deren Ignoranz oder Engagement, also in ein hergestelltes Setting eingebettet. Diese lokalen Verhältnisse, wie sie sich im Bezug auf die Anwesenheit (oder Abwesenheit) von MigrantInnen, Flüchtlingen, 'alternativen' Jugendlichen und deren UnterstützerInnen darstellen, charakterisieren nicht nur die Atmosphäre des städtischen Raumes, sondern sie re/produzieren vielmehr erst eine tolerante, offene Stadtkultur – oder eben deren Gegenteil.

Der hier vertretene Forschungsansatz untersucht die Herstellung öffentlicher (und mitunter auch semi-öffentlicher) städtischer Räume und ihrer Alltagskulturen¹⁴ als soziale Konstruktionsprozesse. Raumproduktion wird als alltägliche

11 In dieser Untersuchung wird der Begriff der (Re)Produktion dem der Konstruktion vorgezogen. Auch wenn dieser Ansatz Assoziationen auf blinde Flecken in der marxistischen Theorie kapitalistischer Produktion Missverständnisse möglich macht, so geht es doch darum, über den Begriff der (Re)Produktion auf die für Raumkonstruktionen/-reproduktionen wesentlichen Dimensionen zu rekurrieren. Soziale Konstruktionen entstehen jedenfalls nicht 'out of the blue' und sozial unstrukturiert sondern immer erst im (nicht deterministisch zu denkenden) Rahmen gesellschaftlicher Möglichkeiten.

12 Das legt auch der schöne lateinische Begriff des 'Alibis' nahe: alibi (lat): zu *alibi* „anderswo“ von *alius* „ein anderer“, *alii* „die übrigen“ Quelle: Heinichen, F.A. (1993): Pons Globalwörterbuch Lateinisch-Deutsch. Stuttgart/Dresden: Ernst Klatt Verlag für Wissen und Bildung. S. 20/21.

13 Ich greife hier eine Formulierung Walter Benjamins in seinen Bemerkungen über den Fotografen Atget auf, (in: „*Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technologische Reproduzierbarkeit*“), dass dessen Bilder Aufnahmen von Tatorten gleichen, die allerdings menschenleer bleiben“.

14 Mit dem Begriff des Alltags verbindet sich nicht notgedrungen nur das Permanente, Ritualisierte und immer Wiederkehrende, sondern vielmehr das Handeln der Akteur-

Handlung im Modus der Reproduktion gesellschaftlicher Verhältnisse verstanden. Die empirische Grundlage bildet eine ethnographische Feldanalyse von zwei Städten im Land Brandenburg. Die hier vorgenommene Auswahl der Kleinstädte ergab sich einerseits durch frühere Besuche, vor allem im Rahmen der bereits angesprochenen Imbissbuden-Studie, also den bereits hergestellten Feldzugang durch bestehende Kontakte. Unterstützt wurde die Städteauswahl andererseits durch die überregionale mediale Berichterstattung und eine Darstellung dieser Städte (neben anderen) als besondere Schauplätze eines neuen 'ostdeutschen' Rechtsradikalismus als Alltagsphänomen.

In dieser Arbeit soll der Aushandlungsprozess, der Kampf und Konflikt um das Recht auf Sicherheit und körperliche Unversehrtheit, um An- und Abwesenheit, um Partizipation am städtischen Leben, kurz: um das „Recht auf die Stadt“ (Henri Lefebvre), als Kampf um kulturelle Hegemonie über den stadtpolitischen Raum verstanden werden. (Laclau/Mouffe)¹⁵ Das von mir aufgegriffene Konzept der Stadtkultur wird forschungspragmatisch auf die Perspektive des sozialräumlichen Konfliktes um Präsenz, Teilnahme und Ausschluss in der Stadt angewandt. Stadtkultur wird auf unterschiedlichen Ebenen kommuniziert und konstruiert. In dem hier vorliegenden Fall soll dies beispielhaft anhand der Untersuchung der Diskurse über städtische Räume und Orte geschehen. Hier spielt die Kommunikation städtischer Gefahrenszenarios, die Frage nach der Wahrnehmung und Deutung rechtsradikaler Präsenz und die dadurch generierten 'gefährlichen

re angesichts der alltäglichen Herausforderungen des Lebens. Alltag soll hier weder als normativer Begriff, noch als anderer raumzeitlichen Bezug, eine Heterotopie und Ausnahme zum Feiertag oder dem Besonderen verstanden werden. Im forschungsheuristischen Begriff des Alltags lassen sich die unterschiedlichsten Erfahrungen und Deutungen sozialgeschichtlicher Stadtentwicklungsprozesse im Medium einer lokalen städtischen Kultur erfassen.

- 15 Die in einem Gespräch mit Ernesto Laclau und Chantal Mouffe gestellte Frage, wie sie sich ihr Projekt der radikalen und pluralen Demokratie vorstellen, beantworten sie wie folgt: „[...] den demokratischen Kampf auf alle Bereiche, in denen das Herrschaftsverhältnis existierte, auszuweiten –, der Grund, warum wir dasjenige vervielfachten, was wir den politischen Raum nennen, und warum wir denken, daß er zum Beispiel weder auf die traditionelle öffentliche Sphäre noch um die Klassenfrage herum, wie die Marxisten ihn ansahen, strikt begrenzt ist, sondern dass es tatsächlich eine Vielzahl von Orten der Macht in der Gesellschaft gibt, die in Frage gestellt werden müssen“. Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (o.J.): Hegemonie, Macht und Rechtspopulismus. Ein Gespräch mit Ernesto Laclau und Chantal Mouffe. In: episteme. Online-Magazin für eine Philosophie der Praxis, Nr. 1. Quelle: <http://www.episteme.de/htmls/MouLac.html> (Letzter Zugriff: 2.6.2010).

Orte' eine zentrale Rolle der Diskursanalyse. In Verbindung mit biographisch gestützten Narrativen werden Transformationen kleinstädtischer Lebensweisen auch als spezifische stadtkulturelle Bedingungen interpretiert. Gleichzeitig geht es darum herauszufinden, wie die als fremdenfeindlich und exklusiv charakterisierten Stadtkulturen in Alltagshandlungen re/produziert werden. Dies soll auf dem Wege der Erfassung einer lokalen Machtgeographie (vgl. Allen 2003) in ihrer einzigartigen topologischen Ausprägung der hier betrachteten Städte geschehen. Vor dem Hintergrund rechtsradikaler Präsenz und punktueller Übergriffe auf städtische AußenseiterInnen ist stadtkulturell konstitutiv, dass sich die Täter in diesem sozialräumlichen Setting so bewegen können, dass sie in der Lage sind, solche Angriffe durchzuführen. Es soll aber auch gefragt werden, wie dieses stadtkulturelle Setting durch die Übergriffe, faktisch und kommunikativ geprägt wurde?

Diesen Fragestellungen liegt die (tautologisch anmutende) Vorstellung zugrunde, dass der soziale Raum gesellschaftlich re/produziert wird. Was hier wie ein Pleonasmus klingt ist die Hervorhebung des Konstruktionscharakters jeglicher Räumlichkeit, sei dies in Bezug auf deren Maßstabebenen oder deren Beziehungen zueinander. Es wird somit nicht von einem fixierten, im materiellen Substrat bereits festgelegten physischen Raum als Bühne der städtischen Handlungen ausgegangen, der von den Akteuren lediglich bespielt wird. Stattdessen sind alle Akteure im städtischen Schauplatz Teil der Raumproduktionen dieses Ortes, freilich in unterschiedlichen Wirkmächtigkeiten. Während traditionelle Stadt- und Sozialraumforschung oft mit containerräumlichen Vorstellungen (Belina/Miggelbrink 2009) arbeitete und mit Begriffen sozialräumlicher Aneignungsprozesse und Rollenspielen der lokalen Akteure argumentiert, geht es hier um die Darstellung eines aktiven Handlungsprozesses der Herstellung des sozialen Raumes. Im Sinne einer 'spatial dialectic' (Soja 1980; Massey 1984; Shields 1999) wird dieser als Wechselwirkungen zwischen der dinglichen Form der Stadt, ihren Materialien, Infrastrukturen und kristallisierten, verdinglichten Funktionen einerseits und den konkreten Handlungen, Empfindungen, Deutungen sowie der ortsbezogenen Kommunikation der anwesenden Akteure (und imaginierten Abwesenden) andererseits betrachtet.

Nicht unbedingt angestrebt wird mit dieser Arbeit ein Beitrag zu philosophisch oder meta-theoretisch orientierten Wissenschaftsdebatten um den ontologischen Charakter des Raumes 'an sich'. Raum wird in dieser Arbeit als die konkrete, 'reale' Abstraktion gesellschaftlicher Verhältnisse angesehen bzw. als deren strukturierende Struktur (Giddens 1984, 1995). Der damit 'soziale' Raum gewinnt an Beachtung und Bedeutung, weil sich darin die gesellschaftlichen

Konflikte, Auseinandersetzungen und Kämpfe unterschiedlicher Gruppen und Akteure um politische Partizipation, um die Verfasstheit der Gesellschaft und ihrer Institutionen, deren Öffnungen und Grenzziehungen manifestieren. Sozialer Raum kann somit als Machtraum, als von Macht durchzogener Raum (vgl. Ruhne 2003a:70) Aufschluss über die aktuellen Konfigurationen gesellschaftlicher Kräfte geben und gleichzeitig der Ort für die Aushandlung zukünftiger Neubestimmungen werden. Neben anderen konstituierenden Faktoren der Produktion des öffentlichen Raumes (Planung, Handlungen städtischer Akteure) geht es in dieser Arbeit vor allem um die sprachlich-kommunikative Ebene der Raumproduktion. Hier stehen unterschiedliche Personen und Akteursgruppen im Verhältnis zu neonazistischen AktivistInnen und deren Praktiken im Mittelpunkt meiner Untersuchung, nicht die neonazistisch oder fremdenfeindlich Handelnden selbst. Es geht hier um ein intensives ‘nosing around’, eine deutende Darstellung der Praktiken lokaler Bevölkerung. Dies umfasst residenzpflichtige Flüchtlinge, migrantische Geschäftsleute, jugendliche Punks und ‘Alternative’ ebenso wie LokalredakteurInnen und SozialarbeiterInnen, MitarbeiterInnen eines Arbeitslosenprojektes, PolizistInnen sowie Beschäftigte in der Verwaltung in ihren jeweiligen Handlungszusammenhängen.

Feldanalyse: Zur lokalen Spezifik ostdeutscher Städte unter Transformationsbedingungen

„Every social space has a history“ (Lefebvre 1991: 110)

„[W]hat gives place its specificity is not some long internalized history but the fact that it is constructed out of a particular constellation of social relations, meeting and weaving together at a particular locus“ (Massey 1991: 322)

Die lokalen Verhältnisse rechter Präsenz, zivilgesellschaftlichen Engagements und Verhaltensweisen der lokalen AußenseiterInnen werden in der vorliegenden Arbeit im Hinblick auf ihre spezifische sozialgeschichtliche und geopolitische Lage in Ostdeutschland, also auf dem Territorium der früheren DDR, betrachtet. Diese Perspektive ist 20 Jahre nach dem Fall der Mauer und der ‘Wiedervereinigung’ erklärungsbedürftig und macht einen rückblickenden Exkurs auf die städtischen Verhältnisse in der DDR (und noch weiter zurück) und die anschließenden Jahre der politischen, ökonomischen und kulturellen Transformation erforderlich. Dabei geht es nicht zuletzt um die Frage, ob bzw. inwiefern die „Spezifika des Verständnisses von Öffentlichkeit und öffentlichem Raum, die sich in den 40 Jahren DDR-Geschichte entwickelt haben, bis heute fortwirken und die Situa-

tion in den neuen Ländern von derjenigen im Rest Deutschlands signifikant unterscheiden“ (Nagler/Rambow/Sturm 2004: 5).

Wo liegt Ostdeutschland?

„Fast 20 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer präsentiert sich Deutschland zwar der Welt als staatliche Einheit, aber wir leben nach wie vor noch in zwei Gesellschaften [...].“ (Heitmeyer 2008: 13)

„Der Ostdeutsche ist in Mode, es gibt viele Ost-Studien, Ost-Berichte, Ost-Umfragen jetzt. Alle Ost-Experten des Landes scheinen noch etwas erklären, darstellen, veröffentlichen, in die Diskussion werfen zu wollen über Ostdeutschland und die Ostdeutschen, rechtzeitig vor dem großen Mauerfalljubiläum am 9. November [...]. Womöglich ist der Ostdeutsche der zurzeit am häufigsten vermessene Homo sapiens der Welt [...].“ (Gutsch 2009: 54)¹⁶

Die Historiker Niethammer, von Plato und Wierling konstatieren kurz nach der Wiedervereinigung, dass die Unterschiedlichkeit der Erfahrungen (Ost und West) kritisch wahrgenommen sein wollen und es sich immer noch um zwei Gesellschaften handelt, die „ihre Geschichte trennt, wenn sie auch staatlich vereint sein sollten“ (Niethammer/von Plato/Wierling 1991: 12). Ob das auch 20 Jahre nach diesem Ereignis noch behauptet werden kann, ist umstritten. (siehe etwa: Forschungsprojekt „Überleben im Umbruch“/Bude 2010)¹⁷. Offensichtlich ist jedoch, dass es sich bei der Debatte um die Transformationen Ostdeutschlands bzw. der ostdeutschen Städte und Regionen immer auch um einen Differenzdiskurs handelt (vgl. Niethammer/von Plato/Wierling 1991: 12), in dem ‘der Osten’ stets an der Norm ‘des Westens’ gemessen wird. Grundlage der in diesem Diskurs behaupteten Unterschiede (oder Gemeinsamkeiten) bildet ein in Ostdeutschland lokalisiertes ökonomisches und zivilgesellschaftliches Szenario, bei dem auch zwei Jahrzehnte nach dem Ende der DDR von einer permanenten

16 Der Journalist Jochen-Martin Gutsch verweist auch auf eine nunmehr „mehrere tausend“ Titel umfassende Literatursammlung an Studien und Büchern zu Ostdeutschland und der Entwicklung der Ostdeutschen. Gutsch, Jochen-Martin (2009) „Kurz vor Polen“. In: Der Spiegel, 31/2009. S. 54.

17 Der Soziologe Heinz Bude etwa vertritt im Rahmen des Projektes *Überleben im Umbruch* zu der Stadt Wittenberge die Position, dass ‘Ostdeutschland’ nicht mehr existiere. „Die Konstruktion eines ‘sozialistischen Wir’-Gefühls über die Differenz Ost und West, wie sie nach der Wende tragend war, sei nicht mehr wesentlich“ Quelle: <http://www.freitag.de/alltag/1008-wittenberge-heinz-bude-ostdeutschland-forschungsprojekt-deindustrialisierung> (Letzter Zugriff: 2.8.2010).

Krise der meisten ostdeutschen Städte gesprochen wird. Mit Stichworten wie 'Transformationsgesellschaft' oder 'Umbruchsituation unter Bedingungen des Bevölkerungsschwundes' und 'städtischer Schrumpfungsprozesse' ist die Lage dort aber nur unzureichend beschrieben. Zu fragen ist, ob die Ursachen eines dort ebenfalls feststellbaren demokratisch- zivilgesellschaftlichen Mangels auch in der historischen DDR mit ihrer spezifischen sozialräumlichen Struktur und ihrer staatlich implementierten sozialen Kontrolle verortet werden kann (vgl. Oswalt 2001: 22ff)¹⁸. Bei Betrachtung der augenfälligen Veränderungen der städtischen Ordnung seit 1989¹⁹ geht der hier vorgeschlagene Untersuchungsansatz daher auch von einer Historizität stadtkultureller Konflikte um Hegemonie aus, die sich beispielsweise in verräumlichten sozialen Exklusionsformen bereits in der DDR aufspüren lässt. Das kann etwa deutlich territorialisiert auf militärische Einrichtungen und Kasernen der sowjetischen Roten Armee, der Nationalen Volksarmee (NVA) und der Staatssicherheit bezogen werden, aber auch auf die oftmals abgelegenen und isolierten Wohnheime und Werksiedlungen der VertragsarbeiterInnen aus Vietnam, Kuba, Angola, Mosambik. Andererseits kann dies aber auch für Ortsverweise und inländische Reise- und Residenzverbote für politische Oppositionelle und DDR-umgangssprachlich 'Assis' genannte soziale Außenseiter²⁰ geltend gemacht werden. Das unterstreicht, dass auch in der DDR und damit auch in ihren politischen und sozialräumlichen Transformationsprodukten, eine spezifische symbolische Ordnung der Öffentlichkeit und Privatheit gegeben war. Diese wirkte als sozialräumliche Wechselwirkung auch im Sinne einer Dialektik von Herrschaft und Eigensinn vor (Lindenberger 1999)²¹. Es wäre also auch die Frage zu stellen, wie konzeptionell-planerisch und

18 Dazu Philipp Oswalt (2001: 23): „Es gab in der DDR keine Möglichkeit im öffentlichen Raum, im öffentlichen Leben eine aktive, kreative und selbst bestimmte Rolle einzunehmen und dort zu agieren. Das Selbstbestimmte konnte eigentlich nur im Privaten stattfinden“ In: Oswalt, Philipp/Institut für Städtebau und Wohnungswesen der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung (ISW) [Hrsg.] (2001): Tagungsbericht.

19 Wie etwa neue Straßen und Verkehrsinfrastrukturen ebenso wie renovierte Stadtviertel oder 'rückgebaute', also abgerissene Wohnhäuser, aber auch Industriebrachen und neue Gewerbegebiete, oft allerdings ohne die eingeplanten Gebäude.

20 Mit dem Vorwurf der „Asozialität“ wurde behördlich zum Beispiel auch das Hauptstadtverbot für Angehörige subkultureller Jugendkulturen begründet. Diese haben sich darum z.B. im nahe an Berlin gelegenen Städtchen Bernau (mit S-Bahn-Anschluss) niedergelassen.

21 Siehe zur Debatte um DDR und Alltag z.B. Lindenberger, Thomas (1999): Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Wien/Köln/Weimar: Böhlau.

diskursiv auf Menschengruppen und Individuen reagiert wurde, die damals aus den hegemonialen sozialräumlichen Strukturen ausscherten oder ausgeschlossen wurden, und inwieweit diese Muster sich bis heute fortsetzen. Wie also wurde denjenigen begegnet, die weder zu einer als sozial homogen postulierten DDR-Gemeinschaft noch zu einer postindustriellen BRD-Transformationsgesellschaft dazugehörten bzw. dazugehören wollten oder konnten? Der auch in der DDR räumlich vergesellschaftete Umgang mit 'den Anderen' scheint, so meine These, auch für die Phänomene der Xenophobie ohne Fremde in ostdeutschen, postsozialistischen Städten von Bedeutung zu sein.

Gleich und doch anders: Vergleiche des Unvergleichlichen

Bei meinen Fallbeispielen handelt es sich um zwei Kleinstädte im Land Brandenburg, die zwischen 10.000 und 15.000 Einwohner haben. Beide sind deutlich von Strukturbrüchen der postsozialistischen Transformation gekennzeichnet, d.h. von einer umfangreichen Deindustrialisierung bzw. einer weitgehenden Erosion der früheren wirtschaftlichen Basis. Der Transformationsprozess – irreführend auch als Deökonomisierung bezeichnet (Hannemann 2002:4) – wird jedoch jenseits der Industriebrachen und der bröckelnden altsozialistischen Peripherie der Großwohnsiedlungen von neuen, oft informellen und (staatlich) subventionierten Armutsökonomien – allerdings bisher noch auf einem im internationalen Vergleich hohen Niveau²² – geprägt. Das ist auch an den vielerorts deutlich sichtbaren Suburbanisierungsprozessen zu beobachten, in deren Zuge neue städtische Randlagen entstehen. Zusätzlich zur Suburbanisierung wurden mit finanzieller Förderung die Altstadtkerne rekonstruiert und oftmals historisch musealisiert, während gleichzeitig die infrastrukturellen Vorgaben einer umfassenden Automobilisierung verwirklicht wurden. Im Rahmen des Bundesprogramms 'Stadtumbau Ost' wurde ein Großteil der Großwohnsiedlungen – mitunter allerdings nur äußerlich – modernisiert bzw. der Überhang zum 'Rückbau' – also dem Abriss – freigegeben. Die hier untersuchten Städte passen zudem in die Kategorie der sogenannten 'shrinking cities', d.h., sie haben durch massive Abwanderung

22 Das hier angesprochene 'hohe Niveau der materiellen Armut' soll nicht die realen Verarmungsprozesse vieler, vor allem älterer, Menschen verharmlosen. Trotzdem ist in der Ex-DDR, verglichen mit anderen osteuropäischen Ländern in einer ähnlichen Situation, diese sozioökonomische Transformation durch Zusammenbruch der alten Strukturen und Betriebe bisher vergleichsweise harmlos verlaufen.

seit 1990 teilweise über ein Fünftel ihrer Bevölkerung verloren. Bei aller Skepsis gegenüber dem Aussagewert statistischer Daten ist für die untersuchten Städte von einem Ausländeranteil von derzeit ca. 3-4%²³ der dort verbliebenen Bevölkerung auszugehen.²⁴

Fremdenfeindlichkeit (ohne Fremde) als soziale Bewegung

Die Erscheinungsformen und Gründe für das plötzliche Auftauchen²⁵ rechtsradikaler Aktivisten werden sowohl in der bundesdeutschen sozialwissenschaftlichen Debatte, als auch von den von mir befragten lokalen Akteuren kontrovers diskutiert und analysiert: Neben Thesen zu einer Unterwanderung der anomischen DDR-Übergangsgesellschaft durch westdeutsche neonazistische Aktivisten (Jaschke 1992) werden Auseinandersetzungen zwischen Jugendzonen bzw. -gangs als Hintergründe vermutet. Unter dem Eindruck der Übergriffe in Hoyerswerda²⁶, Mannheim²⁷, Wismar²⁸, „Rostock-Lichtenhagen“²⁹ und Eisenhüttenstadt äußern sich aber zu Beginn der 1990er Jahre zunehmend AutorInnen, die in den rechtsradikalen Mobilisierungen nicht mehr allein eine „normale Pathologie

23 'Wegweiser Kommune' der Bertelsmann Stiftung. Quelle: <http://www.wegweiser-kommune.de/> (letzter Zugriff: 15.11.2010).

24 In diesem Fall müssen die Daten bezüglich der Kategorie Inländer/Ausländer in Frage gestellt werden. Nicht jeder, der einen deutschen Pass besitzt, wird auch als Inländer wahrgenommen und akzeptiert. Dies zeigt sich bei MigrantInnen aus der Türkei ebenso wie bei ImmigrantInnen aus der ehemaligen Sowjetunion, seien es nun sogenannte Russlanddeutsche oder jüdische „Kontingentflüchtlinge“.

25 Freilich war die Zunahme von Aktivitäten rechtsradikaler Gruppen und AktivistInnen bereits in den 1980er Jahren in Westdeutschland und vereinzelt auch in ostdeutschen Städten (Berlin, Erfurt, Jena) zu spüren. (Siehe Kapitel 3)

26 In der ehemaligen Industriestadt Hoyerswerda wurde im September 1991 ein Wohnheim für sogenannte Vertragsarbeiter tagelang von einer Menschenmenge belagert und angegriffen.

27 In Mannheim wurde im Mai 1992 ein Flüchtlingswohnheim von NachbarInnen und rechtsradikalen AktivistInnen belagert und mit Steinen beworfen. Es herrschte eine pogromartige Stimmung.

28 Im mecklenburgischen Wismar wurden im September 1992 nach tagelangen Übergriffen von rechten Militanten auf ein Flüchtlingswohnheim dessen BewohnerInnen in den Westen evakuiert.

29 In Rostock-Lichtenhagen wurden ab dem 22.8.1992 ein Wohnheim für VertragsarbeiterInnen und zugewiesene AsylbewerberInnen von Neonazis angegriffen, die dabei von den NachbarInnen oft materiell und ideell unterstützt wurden.

westlicher Industriegesellschaften“ vermuten (Scheuch/Klingemann 1967: 15, vgl. weiter Jaschke 1992, Bergmann/Erb 1994a, Leggewie 1998). Sie machen vielmehr Anzeichen einer neuen bzw. sich im Aufbau befindlichen sozialen Bewegung „in nuce“³⁰ (Leggewie 1998: 131) aus, vor allem in Ostdeutschland und vor allem dort unter (neo-)nationalsozialistischen Vorzeichen. Seit damals kann somit eine Debatte über Rechtsradikalismus als soziale Bewegung nachgezeichnet werden.³¹

Gleichzeitig sind die beiden von mir ausgewählten und untersuchten Städte in den letzten Jahren durch eine temporär dominante rechte Szene, durch Todesfälle von Migranten sowie eine Fülle an alltäglichen Übergriffen und Bedrohungen auch überregional in die Schlagzeilen geraten. Besonders die mediale Skandalisierung dieser Todesfälle hat zudem zur Finanzierung zivilgesellschaftlicher Projekte gegen Rechtsradikalismus, der alternativen Jugendarbeit und Betreuung von russischen ImmigrantInnen geführt. Dabei überwiegen trotz ähnlicher historischer und sozialer Rahmenbedingungen die lokalen Unterschiede, etwa bei Zuzügen von Flüchtlingen und MigrantInnen. Während es in der größeren Stadt Wittingen in den letzten Jahren zu Zuwanderung hauptsächlich aus der ehemaligen Sowjetunion kam, haben sich in der kleineren Stadt Belsheim in den frühen 1990er Jahren, neben ebenfalls MigrantInnen aus ehemaligen Sowjetrepubliken, zwei große ‘alternative’ Wohnprojekte und Therapieeinrichtungen für ehemalige Drogenabhängige angesiedelt. In Belsheim gibt es zudem seit den frühen 1990er Jahren ein Flüchtlingswohnheim. In der peripher am Waldrand gelegenen Anlage waren teilweise mehrere Hundert Personen in renovierten Kasernenanlagen der DDR-Bereitschaftspolizei untergebracht. In Wittingen wurde ein Flüchtlingswohnheim in den frühen 1990er Jahren nach Protesten der Stadt wieder geschlossen, ein sogenanntes Übergangswohnheim für Übersiedler aus der ehemaligen Sowjetunion wurde nach einem tödlichen Angriff auf einen seiner Bewohner wieder aufgelöst und die Verbliebenen in privaten Wohnungen untergebracht. Ansonsten werden in beiden Städten mehrere Geschäfte von vietnamesischen und türkischen/kurdischen MigrantInnen betrieben. Deren Imbisse, Bekleidungs- oder Lebensmittelgeschäfte stellen hier fast die einzigen Spuren der zumindest versuchten – dauerhaften – Anwesenheit von MigrantInnen dar. Neben dem gastronomischen Nutzen stehen sie symbolisch – aber auch ganz praktisch – für den offenen oder geschlossenen Charakter der Stadt.

30 „in nuce“ (lat.) bei Leggewie bedeutet hier nicht nur „im Kern“, sondern auch sinngemäß „kurz zusammengefasst“.

31 Als wichtigstes deutschsprachiges Forum dieser Diskussion kann das ‘Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen’ gelten.

Zu einem wesentlichen Element der lokalen Kommunikation um die Präsenz von Rechtsradikalen ist zudem die Befürchtung städtischer Akteure vor einer Rufschädigung der Stadt durch die Thematisierung eines ‘Neonazi-Problems’ geworden.

Die Orte meiner Forschung sowie die dort angetroffenen Personen wurden in der hier vorliegenden Publikation anonymisiert, also möglichst weitgehend einer eindeutigen Identifizierung zu entziehen versucht. Dies erfolgt vor allem aufgrund der Bitten einiger meiner GesprächspartnerInnen, es gibt aber auch forschungsmethodische und -konzeptionelle Gründe, dieses ‘unkennlich Machens’. Das Bedürfnis einiger befragter Personen, in einer späteren Veröffentlichung unerkannt bleiben zu können, hätte natürlich nicht unbedingt eine vollständige Anonymisierung aller Orte und Akteure notwendig gemacht. Der Charakter dieser Untersuchung ist aber weder komparativ angelegt – ein wie auch immer akzentuierten Städtevergleich ist nicht beabsichtigt – sondern es geht um exemplarische Erkundungen zur Diskussion städtischer Aushandlungspraktiken von selektiver Öffentlichkeit und der Produktion des ‘Fremden’. Außerdem soll so einer von vielen befürchteten oder bereits angenommenen Stigmatisierung der Orte meiner Forschung vorgebeugt werden. Es geht mir nicht um das Vorführen einzelner Städte als besonders schlimme, wenig lebenswerte „öde Orte“, sondern um die Darstellung lokaler Praktiken.

Forschungsstand

Die Präsenz des Rechtsradikalismus in Deutschland, mit seiner besonderen Ausprägung in den ‘fünf neuen Ländern’, hat seit den frühen 1990er Jahren eine Fülle an Forschungsarbeiten in der bundesrepublikanischen sozial- und politikwissenschaftlichen Landschaft hervorgebracht. Diese umfassend zu betrachten, würde hier zu weit führen. Verallgemeinernd kann jedoch gesagt werden, dass die deutschsprachige sozialwissenschaftliche, sozialpädagogische und politikwissenschaftliche Rechtsextremismusforschung zurzeit immer noch starke Tendenzen zur täterorientierten, meist geschlechtsneutralen soziologischen Jugenddevianzforschung und zur rechten Subkulturforschung aufweist (Minkenbergs 2005). Nicht ‘geschlechterblinde’ Ausnahmen bilden hier die Arbeiten von Birgit Rommelspacher (1992, 1995), oder von Christine Tillner (1994) zu Frauen, Rassismus, ‘rechter’ Gewalt und Geschlechterverhältnissen. Zudem gibt es unter besonderer Beachtung der NPD eine starke Ausrichtung zur Parteien-, Wahl- und Einstellungsforschung (Lynen van Berg/Tschiche 2002; Staud 2005; Brandstetter 2006).

Die in dieser Arbeit aufgeworfenen Fragestellungen nach nicht essentialisierenden sozialräumlichen Perspektiven auf Stadtkulturen unter dem Aspekt rechtsradikaler/neonazistischer Praktiken werden bisher in der deutschsprachigen sozialgeographischen, aber auch ethnographischen Forschung wenig diskutiert (Ausnahmen: Schipper 2009; Rolfes 2007; Mohring/Pott/Rolfes 2010). Auch in anderen Disziplinen wird die Verschränkung von Rechtsradikalismus und Raum wenig konzeptionell bearbeitet (Ausnahmen: Döring 2006a, 2006b, 2007; Kohlstruck 2007; Oswalt 2001; ISW 2001; Piening 2002). Stellt man etwa die Frage, in welchen sozialwissenschaftlichen Studien städtische Öffentlichkeit als Machtraum (Ruhne 2003a; Allen 2003) untersucht wurde und welche Perspektiven dabei eingenommen wurden, kommen stadtsoziologische, geographische und politikwissenschaftliche Arbeiten vor allem aus dem angloamerikanischen Raum in Betracht. Hier sind unter dem Einfluss der Diskussionen über die postindustrielle Risikogesellschaft, kritische Geographien und veränderte geopolitische Konstellationen sowie neue Sicherheitsdebatten (vor und nach dem 11. September 2001) neue Forschungsfelder entstanden und damit verbundene Arbeiten zu Sicherheitsbedürfnissen einzelner Bevölkerungsgruppen, Bedrohungsszenarien und Angstbewältigung publiziert worden. Unter Stichworten wie 'spaces of hate' (Flint 2003), 'geographies of danger' (Valentine 1997), 'geographies of fear' (Pain 1999; Koskela/Pain 2000; Koskela 1999a), 'wounded cities' (Foner 2005) oder gar 'resilient cities' (Chernick 2005) werden geopolitische Angstszenerien, Geschlechterperspektiven und nach Altersgruppen und Bewegungsmöglichkeiten differenzierte Raumzugänge, sowie Machtverhältnisse und Praktiken im Bezug auf städtische Raumnutzung thematisiert. In der deutschsprachigen Geographie, Raumplanung und Architektur haben vor allem feministische Debatten konkrete Planungsvorhaben, Untersuchungen und Publikationen zu 'Angsträumen' angeregt (siehe Kapitel 5). Ferner sind städtische Ordnungs- und Ausschlusspolitiken und Politiken der Kriminalprävention bzw. der Kriminalisierung von lokal 'unerwünschten' Personen zum Gegenstand kritisch-empirischer Untersuchungen geworden (Belina 2000; 2001). In diesem Kontext ist vor allem die Funktionalisierung von Kriminalitätsfurcht an 'gefährlichen' Orten problematisiert worden, mit der beispielsweise Video-Überwachungen und der Einsatz privater Sicherheitsdienste legitimiert werden (Wehrheim 2002; Eick et al. 2007).

Seit einigen Jahren ist jedoch in der Thematisierung rechtsradikaler Praxis auch eine Hinwendung zu viktimologisch orientierten Betrachtungen und eine zunehmende Kritik daran auszumachen, dass die sozialräumliche Dimension bei diesem Thema bisher weitgehend außer Acht gelassen worden ist. Beispielsweise stellten ForscherInnen des Bielefelder Instituts für interdisziplinäre Konflikt-

und Gewaltforschung noch 2002 fest, dass es „angesichts einer wahren Literaturflut zum Thema Jugendgewalt und rechtsextremistische Gewalt zunächst verwundert, dass die Frage, wie es in bestimmten sozialräumlichen Kontexten zu einer Normalisierung und ‘Veralltäglichung’ rechtsextremistischer Gewalt und Machtausübung kommt, bisher kaum bearbeitet, geschweige denn geklärt wurde“ (Würtz et al. 2003: 4). Wolfgang Gessenharter (1998: 166) hat schon früher betont, dass die Bedeutung des sozialräumlich hergestellten Ortes – sei es als Tatort, als Fluchtpunkt oder als Ort einer toleranten Öffentlichkeit – bisher nicht ausreichend erfasst worden sei. Inzwischen können verstärkt sozialräumlich orientierte Arbeiten bei der Thematisierung des Rechtsradikalismus verzeichnet werden. Diese widmen sich zumeist Fragen nach den ‘Sozialräumen’³² in denen sich die jeweiligen Akteure bewegen (vgl. Kohlstruck 2005).³³ Auffällig ist dies besonders im Bereich der Politologie und der anwendungsbezogenen Sozialforschung (Funke et al. 1998 Anlaufstelle für Opfer rechtsextremer Gewalt e.V. 2001; Zentrum Demokratische Kultur 2003) und der sozialpädagogischen Jugendsozialarbeit und Jugendhilfe (vgl. Pingel 2004). Vereinzelt werden aber auch erste (angst-)raumbezogene Untersuchungen in der Soziologie (vgl. Luzar 2002; Streck 2005; Döring 2005, 2006a, 2006b, 2007), der empirischen Kulturwissenschaft/ Europäischen Ethnologie (vgl. Münch 2006; Gdaniec 2006; Hilgers et al. 2005) sowie in Architektur und Raumplanung (Oswalt 2001) veröffentlicht.

Diese Entwicklung bestätigt die Relevanz räumlicher Kategorien und Begriffe als grundsätzlicher Orientierungs-, Ordnungs- und Verweiselemente. Der sozialräumliche Hinweis auf „Stadtjugend zwischen Freiheitsraum und Frustraum“ (Berliner Stadtforum ‘Stadtjugend’, 1997)³⁴, auf „rechtsextreme“ (Streck 2005) oder „neonazistische Räume“ (siehe RLS-Tagung 2007)³⁵ verweist aber ebenso

32 Das Konzept des ‘Sozialraumes’ hat sich vor allem in der Sozialarbeit und –pädagogik in Deutschland in den letzten Jahren etabliert. Sozialraumbezogene Ansätze meinen hier zumeist auf Stadtteile und Quartiere hin ausgerichtete Ansätze. Eine Kritik an diesen oftmals lediglich absoluträumlichen Übernahmen administrativer Grenzen oder homogenisierender Zuschreibungen als „Territorialisierungen des Sozialen“ formulierten z.B. Kessl/Maurer/Reutlinger et al. (2005).

33 Michael Kohlstruck in einem Vortrag auf der Tagung „Rechte Gewalt in Berlin“ am 7.3.2005. Zitat nach Transkript des Autors.

34 So der Titel der 64. Sitzung des Berliner Stadtforums zum Thema „Stadtjugend“, die bereits im August 1997 stattfand. Quelle: Stadtforum Berlin. info@stadtforum-berlin.de (letzter Zugriff: 11.1.2010).

35 So ein Arbeitsbegriff bei der Tagung der Rosa-Luxemburg-Stiftung „Großsiedlung und Rechtsextremismus“ am 12.5.2007.

auf eine Konjunktur von Raumbildern, die mit einer teilweise inflationären Verräumlichung sozialer und kultureller Begriffsbildung in oft enger, kaum zu unterscheidender Nähe zu alltagssprachlichen Metaphern und semantischen Verdichtungen auftreten (vgl. Lindner 2004: 20)³⁶. Der 'spatial turn' der Sozial- und Kulturwissenschaften scheint in der letzten Dekade – als Teil eines umfassenderen 'cultural turn' (vgl. Bachmann-Medick 2005: 285) – auch in der sozialpädagogisch, psychologisch und politikwissenschaftlich orientierten Jugend- und Rechtsextremismusforschung angekommen zu sein. Neue Forschungsbegriffe (z.B. Quartier, Milieu, Sozialraum, Nahraum, Aktionsraum, lokal/global etc.) bestimmen seither viele dieser Debatten. Eine Thematisierung sozialer Fragen als auch räumliche Phänomene scheint nunmehr ubiquitär und auch wissenschaftlich (und wissenschaftspolitisch relevant etwa bei der Vergabe von Fördermitteln) unerlässlich. Das lässt sich am Beispiel der begrifflichen Konjunkturen des Sozialraumes und seiner 'Aneignung' (Deinet/Reutlinger 2004) ebenso nachverfolgen wie bei einer sozialräumlich argumentierenden Kriminalitätsprävention (vgl. Kessl 2001). Auch neue 'lokale Governance-Ansätze' wie etwa 'bürgerschaftlicher Aktivierung' (Bröckling et al. 2000) im städtischen 'Quartiersmanagement' des 'Bund-Länder-Programms Soziale Stadt'³⁷ oder einer „reaktionsfähigen Stadtgesellschaft“ (Heitmeyer et al. 2002: 522) werden auf sozialräumlicher Grundlage zu 'nachhaltigem' sozialen Engagement im Stadtteil etikettiert.

Wer sich heute der Thematik Rechtsradikalismus unter einem viktimologischen Blickwinkel von 'Stadt und Angst' nähert, wird feststellen, dass Raum-begriffe auch hier zunehmend an Gewicht gewinnen. Ob diese allerdings – wie etwa Kessl/Reutlinger (2005: 20ff.) befürchten – in Richtung kulturalistischer Essentialisierungen eingesetzt werden, die auf Grundlage von Homogenisierungen zumeist administrativ vorstrukturierter Raumausschnitte verallgemeinernde Aussagen zu BewohnerInnen bestimmter Stadtviertel, Landesteile oder Regionen befördern, bleibt letztendlich eine offene Frage. Deren Ausgang wird vor allem davon abhängig sein, ob bei der Behandlung soziale Probleme als sozialräumliche Fragestellungen die jeweils Handelnden und ihre konkreten alltagskulturellen Kontexte „das Leben, wie es gelebt wird“, (Lindner) ebenfalls betrachtet werden und diese als aktiver Teil dieser Produktion des sozialen Raumes gelten. Sozial-

36 Semantische Verdichtung bezeichnet für Laplanche/Pontalis (nach Lindner, 2004) eine Vorstellung, die „für sich allein mehrere Assoziationsketten“ vertritt. Dies trifft im besonderen Maße für räumliche Kategorien wie Raum, Ort, Territorium, Platz, Lokalität zu.

37 Quelle: <http://www.sozialestadt.de/programm-7-08.pdf> (letzter Zugriff: 12.9.2010)

räumlich fokussierte Forschung kann daher Mittel der Absicherung bestehender quantifizierender und objektivierender Zuschreibungen sein, kann aber auch lokale Stigmatisierungen thematisieren (Gebhardt/Best 2001) und im Idealfall über sozialgeographische Fragestellungen gesellschaftliche Machtverhältnisse in Frage stellen. Daher soll hier auch ein raumtheoretischer Zugang zum Thema 'Rechtsradikalismus, Stadtkultur und Raum' unter sozialgeographischen und ethnographischen Perspektiven entwickelt werden. Eine solche sozialgeographische Machtraumforschung orientiert sich nicht allein an juristischen Straftatbeständen und beschränkt sich nicht auf thematische Kartographien des Rechtsradikalismus (Schipper 2009). Die hier betrachteten Zustände lassen sich nicht vorrangig quantitativ messen und auch nicht objektivierend in 'mappings' übertragen. Da es sich um Prozesse und Deutungsverfahren handelt, sind diesbezüglich diskursive Praktiken der Raumbildung, der lokalen Horizontbeschreibung, das Erreichen von Bewegungsradien und Mobilitätspfaden aufschlussreicher. Grundsätzlich notwendig ist hierfür ein verändertes Verständnis des sozialen Raumes. Erst wenn dieser nicht mehr als statischer Zustand, als Oberfläche oder absolute Form betrachtet wird, wird es möglich, ihn als einen dynamischen raumzeitlichen Prozess, eine sozialräumliche Dialektik jenseits einfacher Induktions- oder Deduktionsmechanismen zu behandeln. Das gilt unabhängig davon, ob sich diese Perspektive auf die maßstäbliche Ebene des Haushalts, Viertels, Quartiers, Stadtteils, der ganzen Stadt oder gar der Welt und ihrer skalaren Verflechtungsebenen beziehen.

Zusammenfassung

Diese Untersuchung versteht sich als einen Beitrag zur Debatte um die Konstruktion von Räumlichkeit in sozialen Prozessen. Im Zentrum meines Interesses steht die Betonung der sozialräumlichen Dimensionen (Raum, Macht, Gesellschaft), indem diese als stadtkulturelles Problem der Möglichkeit sichtbarer Differenz und lokal präsenter Unterschiedlichkeit behandelt werden. Räumlichkeit wird hier zum Analyseinstrument gesellschaftlicher Ungleichheit (Belina/Michel 2007:8), sozialer Raum wird als aktiver Faktor bei der Herstellung von Stadtkultur, bei der Aushandlung zivilgesellschaftlicher Zustände und der Konstitution von Gesellschaft ganz allgemein angesehen.

Die hier vorliegende Feldanalyse ist keine 'Mikrostudie', sie ist ebenfalls nicht darauf angelegt, alle Facetten lokaler Präsenz rechtsradikaler Täter und deren Motivationen aufzuzeigen. Sie möchte vielmehr empirisch-kulturwissenschaftliche

Erkundungen und Sondierungen liefern, indem sie Beobachtungen, Einblicke, Gespräche und Reflektionen möglichst transparent und plausibel darstellt.

Meine Untersuchung widmet sich einem spezifisch städtischen Phänomen, dem der lokal sehr unterschiedlich ausgeprägten stadtkulturellen Toleranz gegenüber dem gesellschaftlichen 'Anderen'. Stadtkultur verstehe ich hier als die Summe alltäglicher, lokalisierter Praxen. In diesem Fall verwende ich es synonym für die Aushandlung der sozialräumlichen Herstellung von Öffentlichkeit (und Privatheit). Stadtkultur bestimmt in diesem Sinne dann das 'Recht auf die Stadt' (Henri Lefebvre), also die Frage, wer (wo und wie) anwesend sein darf und wer nicht, aber auch wer abwesend sein muss oder will.

Hintergrund dieser Untersuchung ist der Umstand, dass sich besonders in einigen Klein- und Mittelstädten Ostdeutschlands in den letzten 20 Jahren neonazistisch dominierte Gruppen und Szenen herausgebildet haben, die schon lange nicht mehr allein als jugendkulturelles Phänomen betrachtet werden können. Ungeachtet der Deutungsversuche ihrer Entstehung und ihrer Persistenzen, also ob es sich um Folgen der Deindustrialisierung und sozialer Verkrustungen, einer Folge von Ethnisierungen der gesamten Gesellschaft oder um Überbleibsel der alten DDR-Gesellschaft handelt, sind hier neuen Reproduktionsräume einer rechten, neonationalsozialistischen Bewegung entstanden. Diese stabilisiert hier ihr Weltbild, betreibt ideologische Selbstverständigung und rekrutiert hier ihren Nachwuchs. Übergriffe und Bedrohungsszenarien gegen MigrantInnen und sonstige soziale AußenseiterInnen flankieren diese Bestrebungen als konstitutive Praxis und stehen einer seit Jahren festzustellenden Mutation zu den 'netten Nationalen' aus der Nachbarschaft nicht grundsätzlich entgegen³⁸.

Die Arbeit ist in einen konzeptionellen, einen feldanalytischen und einen abschließenden reflektierenden Teil gegliedert. Dies dient lediglich dem besseren Überblick und der deutlicheren Sortierung meiner Erlebnisse und Gedanken. Es stellt keinen Dualismus in Theorie und Empirie dar, der von einer Linearität einer derartigen Gliederung in Ablauf und Bewertung ausgeht. Praktisch standen im Forschungsprozess beide Ebenen im permanenten und kontingenten Spannungsverhältnis zueinander.

38 Die Debatte um eine 'Domestizierung' und 'Zähmung' einer brutalen Neonazi-Szenen hin zu nicht mehr gewalttätigen Bürgern, etwa durch die parlamentarische Akzeptanz der NPD, soll hier offen bleiben. Deutlich ist einerseits der Rückgang an tödlichen Übergriffen seit einigen Jahren. Auch haben der Verfolgungsdruck und die Bestrafung rechtsradikaler Aktivisten deutlich zugenommen. Tatsache ist aber auch eine immer wieder ausbrechende Gewaltförmigkeit und latente Militanz, die kurzfristig aktivierbar erscheint.

Im ersten Kapitel werden Überlegungen zu Stadt und Kultur als zentrale Topoi einer Stadtforschung, den Spezifiken der Kleinstädte in der Forschung und zur Relevanz raumtheoretischer Beiträge für die Untersuchung angestellt sowie meine eigene Arbeit skizziert.

Der zweite Teil, die Feldanalyse, beginnt im zweiten Kapitel mit einer Vorstellung des lokalen 'settings', also des sozialgeschichtlichen Schauplatzes und der exemplarischen Vorstellung von den für diese Arbeit relevant erachteten Menschen, Orten und Vergemeinschaftungsprozessen, Initiativen und Projekten.

Im dritten Kapitel kommen zum ersten Mal die von mir angesprochenen Personen aus Wittingen und Belsheim selbst ausführlicher zu Wort. Vor dem Wahrnehmungshintergrund rechtsradikaler AktivistInnen in der Stadt, werden unterschiedliche Überlegungen zu Ursachen und Auswirkungen dieser lokalen Erscheinungsform eines überlokalen Problems gesammelt und anhand unterschiedlicher Erklärungsansätze geordnet. In diesem Kapitel bilden neonazistische Aktivitäten im lokalen Rahmen den Bezugspunkt der Frage nach der Kommunikation des Faktischen durch die Beteiligten. Das wird zudem mit Aussagen aus der wissenschaftlichen Rechtsextremismus-Debatte untersetzt.

In den darauf folgenden drei Kapiteln werde ich mich anhand einer raumtheoretischen, an die Thesen Henri Lefebvres zur „Produktion des sozialen Raumes“ heuristisch angelehnten Gliederung an die unterschiedlichen Herstellungsprozesse von Stadtkulturen in den Untersuchungsstädten herantasten. Die Herstellung der Stadt als Raum des gelebten Lebens (Lefebvres 'lived space') wird im vierten Kapitel unter der Überschrift 'Gefahrenzone?' aufgegriffen. Unter dem Aspekt des geplanten und konzeptionell entworfenen Raumes ('conceived space' bei Lefebvre) widmet sich das fünfte Kapitel 'Angstraum' dem Thema 'Stadt und Angst'. Hier wird die These aufgestellt, dass Stadtplanung in der Moderne immer auch geleitet ist von den Ängsten der jeweiligen (lokalen) Eliten und deren hegemonialen Diskursen um die 'gute, geordnete Stadt'. In diesem Kontext werden Angst- und Risikodebatten zu bestimmten Städten und Stadtteilen einerseits als Element von dort oftmals als stigmatisierend empfundenen Debatten eingesetzt, andererseits dienen sie auch der Artikulation von Opfern stadtöffentlicher Gewalt und ihren RepräsentantInnen. Anhand eines lokalen Sicherheitsdiskurses um die Prävention von Straftaten an Bahnhöfen und Bushaltestellen soll hier die Art und Weise, wie lokale Ordnungspolitiker die Problematik von Gewalt und Angst in 'ihren' Städten angehen, exemplarisch analysiert werden.

Um die persönliche Wahrnehmung dieser Wirklichkeit, um die materielle Stadt als Vorstellungs- und Deutungsraum (Lefebvres 'perceived space') einzelner Menschen im 'Feindesland' geht es im sechsten Kapitel: Hier stehen konkrete

Handlungen und Formen des Umgangs bzw. Kommunikation und ihre RezipientInnen – also die konkreten Handlungen und Aussagen deutenden Personen – im Fokus der Untersuchung. Letztendlich beschäftigt sich das Kapitel mit dem Fragenkomplex von Hegemonie und Gegenhegemonie in ihrer konkreten Ausformung der persönlichen Anwesenheiten an spezifischen Orten und der Möglichkeit, Treffpunkte und stadtkulturelle Nischen als 'heterotopische', andere Orte herzustellen.

Im abschließenden dritten Teil der Arbeit wird im siebten Kapitel ein Fazit dieser unterschiedlichen Sichtweisen auf die Städte und den wissenschaftlichen Debatten um die Thematik vorgenommen. Als Ausblick sollen hier Perspektiven dieser Städte implizit als David Harveys „Spaces of Hope“ (2004) und andere Ansätze einer egalitären, demokratischen Öffentlichkeit für das „Recht auf die Stadt“ (Lefebvre, 1968; 1996) oder zumindest des „Rechts auf einen Ort“ (Ter-kessidis 2010: 215) diskutiert werden.

Die Schreibweise dieser Arbeit orientiert sich an einer möglichst geschlechtsneutralen Form, verwendet wird kontextabhängig das große I, um damit beide gesellschaftlich strukturelevanten Geschlechterpositionen anzusprechen. Die verwendeten Eigennamen, geographische Bezeichnungen, übernommene Begriffe und Zitate werden durch einfache Anführungszeichen, Zitate immer in doppelten Anführungszeichen gekennzeichnet.

I. Teil

1. Mit Henri Lefebvre in der Kleinstadt: Positionen, Zugänge, Forschungsansatz der vorliegenden Arbeit

Wenn akademisch über Städte geredet und geforscht wird, scheint oftmals vorausgesetzt zu werden, dass bereits klar oder gar selbsterklärend ist, was darunter in den jeweiligen disziplinären Kontexten zu verstehen ist. Dies scheint mir aber mitnichten der Fall zu sein, ganz im Gegenteil habe ich in den letzten Jahren den Eindruck gewonnen, dass bei zunehmender Komplexität des Gegenstandes konzeptionelle Reduktionen auf idealtypische Vorstellungen der verschiedenen StadtforscherInnen Begriffe und Auseinandersetzungen prägen, seien dies Arbeiten zu Klein-, Mittel – oder Großstädten und ‘Global Cities’, zu ‘Metropolregionen’ oder gar ‘Regiopolen’ (Aring/Reuther 2008). So verschleiern verdinglichte Deutungsangebote den dynamischen Charakter der permanenten Produktion des Städtischen. Um sich der komplexen Erforschung einer Stadt zu stellen, ist m.E. aus der Perspektive einer Stadtkulturforschung zunächst eine Annäherung an die hier zentralen Begrifflichkeiten und Themenbereiche erforderlich: Stadt, Kultur und Raum. Daher beginnt dieses Kapitel zunächst mit Ausführungen zu alltäglichen Herstellungsprozessen von Stadt. Dem folgt eine Erklärung des hier angestrebten Umgangs mit dem zentralen Topos der Kultur – oder besser des Kulturellen – im Bezug auf städtische Handlungen, Imaginationen und Deutungen. Außerdem werden Zugänge und Thesen zu einer räumlichen Dialektik in der Produktion des sozialen Raumes der Kleinstadt vorgenommen. Als Synthese wurde dafür von mir der Begriff ‘Stadtkultur’ gewählt. Dieser soll die Komplexität und Vielfalt alltagskultureller Praktiken sowohl in einem abstrahierten und imaginierten als auch konkreten, materiellen Raum sowie die multiplen und vielgestaltigen Kulturpraktiken der BewohnerInnen der untersuchten städtischen sozialräumlichen Settings konzeptionell und analytisch verbinden.

1.1 Konzeptionelle Überlegungen zu Stadt, Kultur und Stadtkultur

Was ist Stadt? Ein Verständigungsversuch

„Es ist eine große Vermessenheit, Städte beschreiben zu wollen. Städte haben viele Gesichter, viele Launen, tausend Richtungen, bunte Ziele, düstere Geheimnisse, heitere Geheimnisse. Städte verbergen viel und offenbaren viel, jede ist eine Einheit, jede eine Vielheit“ (Joseph Roth 1994, zitiert nach Kljanienco 2008: 64).

„Städte gleichen Transformatoren: Sie erhöhen die Spannung, beschleunigen den Austausch und bringen unablässig Bewegung in das Leben der Menschen [...]. Die Stadt schafft Expansion und wird im selben Masse durch sie geschaffen“ (Braudel 1985: 523).

Es gibt viele literarisch verfasste und wunderbar zu lesende Stadtbeschreibungen, wie dies etwa am Beispiel der Schilderung der Stadt Lemberg durch Joseph Roth in den 1920er Jahren der Fall ist. Die wissenschaftliche Erforschung des Phänomens Stadt spricht aber meist eine andere, weniger lyrische Sprache. Die Aspekte dieser Stadtforschung werden von unterschiedlichsten Disziplinen und Intentionen verfolgt. ‘Die’ Stadt wird wahlweise in stadtpolitischer Annäherung als ‘Akteurskonstellation’ etwa lokal-administrativer städtischer Eliten und ihrer zivilgesellschaftlichen engagierten BürgerInnen angesehen. In siedlungsgeographischer Sicht dominiert Stadt als Entität eines Siedlungsmusters, in sozialökologischer Perspektive als sozialem Organismus oder in planerischer Perspektive wird sie als Ensemble von baulichen, funktionalen und sozialen Faktoren betrachtet. Und natürlich sind sämtliche Dimensionen integraler Bestandteil einer ‘Stadtkultur’, die als die Summe aller kultureller Handlungen im Kontext eines städtischen Raumes abstrahiert werden können. Gleichzeitig scheint im Reden über ‘die Stadt’ immer sowohl etwas ganz Spezielles als ebenfalls Allgemeines gleichzeitig angesprochen zu werden, gerade so, als läge die Besonderheit im Allgemeinen und das Allgemeine im Besonderen.

Das Spezielle ist zunächst einmal eine relationale Vorstellung des Vergleichens, des Besonderen im Verhältnis zu etwa Anderem, das dann auch speziell, aber eben anders sein kann und muss. Das Spezifische hat eine Eigenart, die im Anderen auch gegeben sein kann, aber eben nicht in dieser einzigartigen Form und Inhalt andernorts vorliegt.

Und natürlich macht das Leben, der Aufenthalt an spezifischen Orten – also etwa in den hier vorgestellten Städte Belsheim oder Wittingen – etwas mit uns, ohne dass freilich bereits klarer bestimmt werden könnte, was das nun im Allgemeinen sei, so ist doch im individuellen Besondere der Ort auch konstituierend für die dort möglichen Handlungen, Wahrnehmungen und

Gefühlseindrücke. Das allerdings verallgemeinern zu wollen, also den Ort als determinierenden oder bestimmten Praktiken verunmöglichend zu bestimmen, verlässt den kontingenten Charakter dieser Wechselwirkung zwischen Besonderem und Allgemeinem.

Gleichzeitig aber bleibt unabhängig von der Größe der städtischen Agglomeration, diese nur als Abstraktion zu denken. Selbst kleine Städte lassen sich auch bei höchstem, etwa statistisch-empirischen Aufwand nicht als Summe und Abbild sämtlicher dort gelebter Wirklichkeiten erfassen. Verallgemeinerungen über die Stadt bleiben – das liegt in der Natur der Sache – abstrakt. Aber auch die Vorstellungsangebote dieser Imaginationen des Städtischen und ihrer BewohnerInnen sind vielfältig. Beiträge zur Charakterisierung der Stadt 'an sich' gibt es unübersehbar viele. Es bleibt also die Frage ob es überhaupt 'zielführend' ist, etwas zu Stadt jenseits ihrer jeweiligen situierten und historischen Kontexte zu sagen. Allerdings war Stadtforschung immer auch begleitet vom Nachdenken über das verallgemeinerbare Objekt der Forschung. Als Rahmung der folgenden Untersuchung und zur Klärung eigener Zugänge möchte ich im Folgenden einige mir wesentlicher Anregungen kurz darstellen:

Der französische Historiker Fernand Braudel geht in seiner sozialgeschichtlichen (und stark strukturorientierten) Stadttheorie etwa davon aus, dass 'Stadt stets Stadt bleibt', dass Städte trotz ihrer starken Unterschiede und Eigenarten, alle grundsätzlich die selbe Sprache sprechen: Diese besteht für Braudel im Wesentlichen aus drei Faktoren: der Vernetzung von Städten, der Notwendigkeit stetiger Zuwanderung von Menschen in die Städte, sowie gleichzeitig die Betonung der Eigenständigkeit jeder Stadt für sich. Die a) kooperative Vernetzung mit dem Umland, der Region und anderen Städten in Städtesystemen nennt Braudel einen „fortgesetzten Dialog mit dem Hinterland als oberste Notwendigkeit des täglichen Lebens“ (Braudel 1985: 524). Dies betont aber auch deren Abhängigkeiten von anderen Städten, deren Koppelung an die eigenen Vororte und an andere Städte, denn „Städte treten stets in Begleitung von ihresgleichen auf“ (Braudel 1985: 524). Städtehierarchien und Konkurrenz werden hier also nicht nur als neue Erscheinung der „unternehmerischen Stadt“ (Harvey 1989a; Becker 2001), sondern als konstitutives Verhältnis aus Kooperation und Kompetition von Städten in Städtesystemen miteinander verstanden. Daneben ist für Braudel b) die Zuwanderung immer neuer Menschen in die Stadt so unentbehrlich, wie „das Wasser für das Mühlrad“ (ebd.). Dies wird zum zentralen Faktor der urbanen Reproduktion, von Bevölkerung, der Erneuerung und Belebung städtischer Dynamik, des Kommens (und Gehens), Wachsens und Schrumpfens städtischer Siedlungen durch den Austausch der Bevölkerung. Idealtypisch

wurde für die moderne, fordistische¹ Stadt stetiges Wachstum an Bevölkerung und Bausubstanz prognostiziert. Nicht erst seit den frühen postfordistischen Einbrüchen us-amerikanischer und britischer Stadtentwicklung in Industriestädten wie Flint, Detroit, Sheffield oder Leeds sind städtischer Niedergang und schrumpfende Städte in den Wahrnehmungshorizont stadtforschender Aufmerksamkeit zurückgekehrt. Während in der bundesdeutschen Debatte städtische Schrumpfung seit den 1980er Jahren im Ruhrgebiet und seit den 1990er Jahren in Ostdeutschland zum viel beforschten Synonym gesellschaftlicher Disparitäten und neuer räumlicher Ungleichheit im Transformationsprozess geworden ist, wird angloamerikanisch- international scheinbar selbstverständlicher vom auf und ab städtischer Wachstumsraten ausgegangen. (siehe Kapitel 1.2)

Braudel betont aber als dritten Faktor die c) Eigenständigkeit der Städte, als ihr Wille „sich voneinander abzuheben“ (Braudel 1985: 524). Dieser eigene Charakter der jeweiligen Stadt ist für einen anderen Stadttheoretiker – Henri Lefebvre – Resultat und Funktion der Stadt als primärem Ort der gesellschaftlichen Auseinandersetzung, als Scharnier und somit skalarem (maßstäblichem) Schnittpunkt zwischen den Ebenen staatlicher und privater Regierung. Folgt man dieser französischen Debatte um die Zukunft des Städtischen über die vormoderne Stadt Braudels und die für Lefebvre prägende fordistische Stadt hinaus, so befinden wir uns bei gegenwärtigen Debatten um ‘Stadt’ (bzw. städt. Öffentlichkeit in allen Facetten) an einem diskursiven Ort, an dem local- und

1 Fordistische Stadt: Der Begriff bezieht sich auf die politisch-ökonomische Periodisierung gemäß der regulationstheoretischen Schule um Lipietz und Aglieta. Er bezeichnet ein spezifisches, für die westlichen Industriegesellschaften paradigmatisches Akkumulationsregime, das grob von den 1930er Jahren bis in die 1970er Jahre reicht. Der Begriff bezieht sich auf den Automobilindustriellen Henri Ford, der neben der Revolutionierung des Arbeitsprozesses in der Fabrik sich auch als Lebensreformer verstand. Dessen Vorstellungen von städtischem Leben unterschieden sich grundlegend von den funktionsgeteilten Städten des späten ‘Fordismus’. Fords Idealstadt war die Kleinstadt, in der die IndustriearbeiterInnen nach getaner Montage in den Fabrikhallen in Gemeinschaftsgärten Gemüseanbau betrieben, der sie gesund ernährte und sie vom lasterhaften Leben der Großstädte ablenken sollte. Des Automobil-Pioniers utopische Visionen orientierten sich vor allem an einer verklärten Vergangenheit (Grandin, 2010) eines bäuerlich geprägten industriellen Arkadiens und vice versa (Rushby, 2010) mit ‘farmer mechanics’ als deren Bewohner. Solch eine fordische utopische Musterstadt wurde ab 1927 im brasilianischen Amazonien gebaut, um hier vor Ort die Nachfrage nach Kautschuk für Autoreifen zu stillen. Diese Gelegenheit nutzte Ford um hier die ökonomische Ressourcennachfrage mit dem Projekt einer lebensreformerischen Siedlung ‘Fordlandia’ zu verbinden.

multi-level governance (Heinelt 2004; Benz, 2004) auf – mit Foucault – ‘neue Gouvernementalität der Selbstregierung’ (Bröckling/Krasman/Lembke 2000) trifft und hier jeweils (im Idealfall) spezifische Ausprägungen solcher Interaktionen annimmt.

Stadt und Land

Wenn Stadt, wie Fernand Braudel betont, als relationales Phänomen nur von ihrem imaginären und begrifflichen Gegenüber gedacht werden kann, dann bildet nicht nur die andere (konkurrierende) Stadt einen Bezugspunkt, vielmehr stellt auch das antipodische ‘Land’ den klassischen Fokus städtischer Abgrenzung dar. Allerdings betont Braudel die ständigen Wechselbeziehungen zwischen Stadt und Land als Verhältnis auf Gegenseitigkeit („ich schaffe dich, du schaffst mich; ich beherrsche dich, du beherrschst mich; ich beute dich aus, du beutest mich aus“ (Braudel 1985: 530). Dieser Strang der Debatte um das Wesen und die Form der (großen) Stadt hat auch einen Begründer der britischen Cultural Studies, Raymond Williams beschäftigt. Für ihn stellen Land und Stadt die machtvollsten Begriffe dar, wenn es um die Erfahrung menschlicher Vergemeinschaftung geht (Williams 1973: 1). Dieses ‘Land’ von dem viele mehr oder weniger direkt in die Großstädte gekommen sind, bildet auch heute noch oftmals den betonten Gegensatz der positiven oder negativen Zuschreibungen eines jeweiligen Charakters: Städte als Orte des Lichts, der Entfaltung von Kultur und Bildung, aber auch der Eitelkeiten und moralischen Abgründe, des Lärms und des zivilisatorischen Verfalls einerseits und des Landes als Hort des Friedens, der Unschuld und ländlichen Idylle. Dem gegenüber steht der sprichwörtlich gewordene „Idiotismus des Landlebens“, wie dies Karl Marx und Friedrich Engels im Kommunistischen Manifest aus dem Jahr 1848 formulierten², dem gesamtgesellschaftlichem Ort von Rückständigkeit und Ignoranz. Den fundamentalen Kontrasten zwischen den durchaus historisch kontingenten, als Stadt und Land bezeichneten Formen menschlichen Lebens, reichen – so Williams (1973: 1) – zurück in die Antike. Sie prägen aber auch heute noch viele Debatten über die jeweils dort vorzufindenden Menschen, deren Lebensweisen und kulturellen Orientierungen (Arendt,

2 „Die Bourgeoisie hat das Land der Herrschaft der Städte unterworfen. Sie hat enorme Städte geschaffen, sie hat die Zahl der städtischen Bevölkerung gegenüber der ländlichen in hohem Grade vermehrt und so einen bedeutenden Teil der Bevölkerung dem Idiotismus des Landlebens entrissen“. Marx/Engels (1848): Das Kommunistische Manifest.

Sennett, Barth). Dies gilt in besonderem Sinne auch für Diskussionen in der sozial- und kulturwissenschaftlichen Stadtforschung. Auch hier finden sich Hierarchien der Bedeutung qua Größe, der fertigen Vorstellungen und schematischen Kategorisierungen. Leicht wird hier die Vielfältigkeit, Heterogenität und Varianz dieser unter den Etiketten 'Stadt' und 'Land' gegeneinander ins Feld geführten Zuweisungen unterschlagen, werden neben der Vielfalt städtischer Phänomene von Suburbia bis zum Industriegebiet vor allem den ländlicheren Formen eigene Differenzierungen und lokale Besonderheiten abgesprochen. Dies wird später im Bezug auf Kleinstadtforschung noch genauer zu diskutieren sein (Siehe Kapitel 1.2). Für Raymond Williams ist dessen Buch „The Country and the City“ (1973) vor allem eine Theorie zur Entwicklung der Stadt-Land-Arbeitsteilung und deren Widerspiegelung in Werken der britischen Literatur und Poesie, besonders vor dem Hintergrund der modernen Industrie- und Klassenkampfgeschichte Britanniens. Es ist aber auch eine Auseinandersetzung mit seiner eigenen Kindheit, seinen Eltern und anderen Vorfahren³, denen er den Band „als Landarbeiter, die meine Großeltern waren“ (ebd.), gewidmet hat. Die sentimentale Landschaft der früheren Kindheit in den walisischen Bergbauregionen der Frühindustrialisierung vergleicht er mit seinen Gefühlen in der (Groß)stadt als Ort der Möglichkeiten, der Begegnungen und Bewegungen. Beide idealtypischen Orte werden zu Trägern einer ganzen Woge an Emotionen, an erinnerungsträchtigen 'feelings' für die walisische Kulturlandschaft: Einem „patchwork of fields that generations of my own people have cleared“ (Williams, ebd.). Neben dem biographischen Hinweis auf Williams Herkunft interessiert dies hier vor allem als Ausdruck, oder eher Betonung der Möglichkeiten und Bedeutung der jeweiligen 'ways of feeling'. Egal ob 'country' oder 'city', Stadt und Land sind jeweils auch – hier vor allem an Beisiele aus der britischen Literatur – mehr der weniger offen artikulierten Gefühls- und Geschmackslandschaften (Lindner 2010), deren pulsierendes Leben oder überschaubare Weite zwar ganz andere Stimmungen anschlagen, aber ohne diese ihre Eigenheit nicht bekommen würden. Freilich wirken der Lokalismus und die emotionale Aufladung des Herkunftsortes bei Williams auch verstörend. Ungebrochene Bezüge auf 'seine Leute' und deren Vorfahren können aus gegenwärtiger Perspektive idealisierend erscheinen. Die herzliche sprachliche Umarmung seiner Herkunftsregion klingt, nun ja, etwas heimattümelnd:

„The only landscape I ever see, in dreams, is the Black Mountain village in which I was born. When I go back to that country I feel a recovery of a particular kind of

3 Williams hat diese Erinnerungen zudem in einer Romantrilogie niedergeschrieben („Border Country“, „Second Generation“, „The Fight for Manod“).

live, which appears, at times, as an inescapable identity, a more positive connection that I have known elsewhere“ (Williams 1973: 84).

Und andernorts:

„It was one thing to carry its image in his mind, as he did, everywhere, never a day passing but he closed his eyes and saw it again, his only landscape“ (Williams 1960, 1988: 75)

Als spezifisches Problem des Landlebens, auch für Williams in dessen eigener Erinnerung, bleibt die immer aktuelle Frage nach den Möglichkeiten der Existenzsicherung, des Lebensunterhalts in solchen Kleinstädten und ländlichen Regionen, zudem in ihrer Phase der hier zugrunde gelegten Deindustrialisierung der walisischen Herkunftsregion Williams in den 1950er und 1960er Jahren. Die Identitätsbetonung wird vor allem als aus der Erfahrung des Wegganges, der Migration hin zu anderen Orten verständlich, wird die ländliche Siedlung der eigenen Herkunft auch zum Gefängnis der nicht möglichen Flucht aus diesen Verhältnissen. Wie für eine ganze Generation an ‘scholarship boys’ wird in der historisch spezifischen Situation der britischen Nachkriegsära, mit ihrem Bedarf an qualifizierten ArbeiterInnen und ihrem sozialdemokratischen Bildungsversprechen diesen immerhin Bildung, Fortkommen und professionelle Anerkennung bereit gehalten.

Stadtforschung: Von der ‘Stadt an sich’ zur ‘Stadt für sich’

„Was uns heute als ‘die Stadt’ verkauft wird, ist ausgelaugte Ideologie und äußerst selektiv“ (Häußermann/Siebel 1987: 205).

Die vor mehr als zwanzig Jahren von Häußermann und Siebel konstatierte ‘Neue Urbanität’ (1987) steht seit wenigen Jahren nunmehr selber in der Kritik als Teil einer Ideologieproduktion eines seit mehreren Jahrzehnten dominanten Paradigmas der stadtsoziologischen Forschung. Hier werde Stadt, so die Kritikerin Martina Löw (2008: 25), zu einem Gegenstand gesellschaftswissenschaftlicher Forschung, die sich vor allem auf die Frage konzentriere, „was Stadtentwicklung für die Entwicklung der Klassenverhältnisse“ (Löw 2008: 26) bedeute. Fragen nach den Konstitutionsverhältnissen von „Stadt als Gegenstand“ würden hier nicht nur vernachlässigt, sondern eben der gesamtgesellschaftlichen Perspektive untergeordnet. Seit wenigen Jahren scheint so wieder etwas Schwung in die deutschsprachige Debatte um Stadtforschung und Stadtentwicklung gekommen zu sein. Zumindest wird zum Angriff auf den mutmasslich hegemonialen ‘common sense’ der Stadtsoziologie geblasen, unter dem Eindruck einer Kultu-

ralisierung des Städtischen, findet nun auch hier der Bruch mit allein sozialen Kategorien des Städtischen statt. Was war geschehen?

Makrotheoretische und modellorientierte Debatten über 'die Stadt' – freilich meist unter unausgesprochenem Bezug auf westeuropäische und nordamerikanische Großstädte – verliefen häufig mit einem dystopischen Unterton. So wird die moderne, westliche und fordistische aber auch die gegenwärtige postfordistische Stadt, hier explizit unbeeinflusst von ihrer quantitativen⁴, territorialen⁵ und qualitativen⁶ Größe und ihrem wirtschaftlichen Potentialen⁷, ambivalent als von räumlicher Fragmentierung geprägt charakterisiert. Nicht ohne gleichzeitig deren Entmischung in diesen funktionalen Einheiten zu beanstanden. Die Stadt wird zu einem unübersichtlichen Flickenteppich unterschiedlich gegliederter Einheiten, die lediglich über ihre 'metabolischen⁸ Funktionen' miteinander vernetzt bleiben. Der Topos der funktionalen Segregation wird suggestiv im Sinne sozialer Desintegration und Marginalisierung, dem Verlust des Überblickes über den städtischen Bau- und Gebietskörper und dessen BewohnerInnen beschrieben. Dieses Lamento zieht sich durch die westliche Metropolenkritik seit Beginn des 19. Jahrhunderts (London, Paris), erst viel später erfolgt der Abschied vom Anspruch der Planbarkeit der Großstadt, dafür verstärken sich Diskurse um deren Überwachung und Kontrolle. (siehe: Kapitel 5.2)

„Unsere Vorstellungen von Stadtleben, Stadtkultur, Stadtentwicklung, und damit auch die Ziele von Stadtpolitik sind geprägt von der bürgerlichen Stadt des europäischen Mittelalters [...] und der [Stadt der] industriellen Revolution“ (Häußermann/Siebel 1987: 10).

4 Wohnbevölkerung plus BesucherInnen

5 absoluträumliches, administratives Territorium

6 imaginiertes Stellenwert in unterschiedlichsten Wertschätzungsskalen (Lebensqualität, öde Orte)

7 Die politisch-ökonomische Bewertung eines städtischen Standortes gemäß seiner Wirtschaftskraft ist ebenfalls abhängig von der Bemessungsgrundlage äußerst kontingent (etwa Gewerbesteueraufkommen contra *carbon footprint*)

8 Der Begriff des Metabolismus fällt vor allem bei (zu) großen Städten unter der Bezeichnung des Undurchdringlichen, aber gleichwohl fast organisch angelegten Netzwerkes an technischer Versorgungs- und Verkehrsinfrastrukturen. Ein biologischer Stoffwechsel als Prozess und Gewebe, der freilich auch schwer – etwa durch terroristische Eingriffe – geschädigt und in seiner Funktion gestört werden kann. Siehe: Graham, Stephen/Marvin, Simon (2001): *Splintering Urbanism: Networked Infrastructures, Technological Mobilities and the Urban Condition*. London/New York: Routledge. – Zu Terrorgefahren für Großstädte wie etwa London. Siehe: Coaffee, Jon (2003): *Terrorism, Risk and the City*. Aldershot: Ashgate.

Als ein Ausdruck dieses Zerfalls ehemaliger, als geschlossene Einheit imaginerter vormoderner Städte wird die funktionale Segregation, aber auch die residentielle Segregation in unterschiedliche Wohngebiete angeführt. Die Erforschung städtischer sozialräumlicher Differenzierungen und sozialer Segregationserscheinungen ist zu einem Hauptanliegen unterschiedlicher sozialwissenschaftlicher und raumplanerischer Disziplinen geworden (Musterd/Ostendorf 1998: xiii). Im Zentrum der Krisendebatten⁹ westeuropäischer Städte stehen sich zumeist von MigrantInnen und/oder sub- proletarisierten Unterklassen geprägte innerstädtische Zuwandererquartiere, funktional gegliederte Produktions- und Verwaltungsstandorte sowie Vorortbildung und Suburbanisierungstendenzen gegenüber. In diesem Szenario des Verlustes bürgerlicher Definitionsmacht über die (Innen)Stadt hat städtische Lebensqualität, kurz 'Urbanität' und Wachstum als einheitliches Muster städtischer Entwicklung ihre objektivierte Basis verloren. Städte sind – so Häußermann/Siebel 1987 – im globalen Maßstab zu fast beliebig austauschbaren Standorten geworden, so jedenfalls der Stand der Debatte in den 1980er Jahren, zu Beginn der sog. Globalisierungsdiskussion, für die nationale Politik sind sie Mülldeponien geworden, in denen Folgeprobleme, etwa Arbeitslosigkeit, abgelagert würden (Häußermann/Siebel 1987: 10). Während hier also die idealisierte mittelalterliche Stadt für Urbanität als eine besondere Lebensform stand, symbolisiert die Stadt der 'industriellen Revolution' und des Fordismus eine Vorstellung von Wachstum, Arbeitsplätzen und Ausdehnung der Stadt (Häußermann/Siebel 1987: 10) hinaus in die Vororte und Gewerbegebiete. Die Zentren dieser fordistischen Städte wurden allerdings seit den 1960er Jahren im Zuge eines beginnenden 'new urbanism' einer vernichtenden Diagnose unterzogen: So beschrieben etwa Jane Jacobs (1961) in „The Death and Life of Great American Cities“ und deren deutscher Entsprechung von Alexander Mitscherlich (1965, 1971) „Die Unwirtlichkeit unserer Städte“, dass sich die „hochgradig integrierte alte Stadt“ nicht allein funktionell entmischt hat, sondern die daraus entstehende Unwirtlichkeit, die sich über diese neuen Stadtregionen ausbreitet, „niederdrückend geworden“ (Mitscherlich 1971: 9) sei. Die Stadt als vormaliges sozial ausgeglichenes, quasi natürliches „Biotop“ (ebd.: 39) analog zur sozialökologischen Vorstellung der Chicago- School of Sociology wurde nun zunehmend zerstört: „Noch nie in der Geschichte hat eine so bedenkenlose und

9 Als synonym hierfür kann die Desintegrationsdebatte angesehen werden: z.B. Heitmeier/Dollase [Hrsg.](1997): Die Krise der Städte: Analysen zu den Folgen desintegrativer Stadtentwicklung für das ethnisch-kulturelle Zusammenleben. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

keineswegs abgeschlossene Traditionsvernichtung stattgefunden“ (ebd.: 47) und treibt ihre BewohnerInnen in schwere seelische Krisen, denn „noch niemand weiß, was es bedeutet, ein Leben im 17. oder im 47. Stock und nicht ebenerdig gelebt zu haben“ (ebd.: 47).

Als eine besondere, wenngleich auch ambivalente Verfallserscheinung dieser städtischen Lebensform wird aber auch der Vorort, der städtische amorphe Siedlungsrand als nicht mehr Stadt noch Land, das Resultat des ‘urban sprawl’ – kurz Suburbia – betrachtet. Denn auch ebenerdiges Wohnen bietet keine Lösung für den von der Bauplanung aus der Innenstadt vertriebenen Bürger, denn „[es] läßt sich kaum widerlegen, dass diese sogenannten Villen-Vororte, aber auch ihre ärmeren Nachbarn, die Siedlungsblocks, die Reihenhäuser, sich antistädtisch, gesichtslos ins Land hineinfressen, nicht anders als Industrievororte auch“ (Mitscherlich 1971: 53). Im Bezug auf die fordistische Stadt fallen dann auch die Stichworte von der „Giftigkeit der Monotonie“ in einer „Verregelmäßigung der Umwelt“, der analog dazu auch eine serielle Gleichförmigkeit der sie bewohnenden Menschen unterstellt wird, denn so zitiert Mitscherlich den Ökologen und Sozialphilosophen Jacob von Uexküll „Die Umweltlehre ist eine Art nach außen verlegte Seelenkunde“ (ebd, 1971: 50). Raumdeterministisch – „die Art und Weise wie wir unsere Umwelt gestalten „[ist] ein Ausdruck unserer inneren Verfassung“ (ebd.) – und umgekehrt – „scheint also auch diese Umwelt nur gleichförmige Menschen zu produzieren, denn Stahl und Beton gelten nun als „depressive Bauelemente“ (ebd.)

Diese Kritik an diesem monotonen fordistischen Stadttypus liest sich heute antiquiert und überwunden, sowohl in Richtung der KritikerInnen als auch in Richtung der zu monotonen Stadt. Besonders die Innenstadtviertel vieler europäischer Großstädte und die dort verorteten Wohnlagen erfahren seit einigen Jahren neue Aufmerksamkeit. Die Trägerschichten einer ‘Urban Renaissance’ sind neben TouristInnen vor allem (neu)bürgerlichen Innenstadtbewohner, die entweder aus den mehr oder weniger deutlich sozialräumlich separierten Vororten (ihrer Eltern) in die Innenstädte zurückkehren, oder aber sich zu ‘neuen Urbaniten’ vor Ort entwickelt haben. Verhandelt werden diese neuen Tendenzen in der Stadt unter Schlagworten einer „Suburbanisierung der Innenstädte“ (Prigge 2005) und einer umfassenden Debatte um ‘Gentrifizierung’ als entweder Verdrängungsdebatte oder Aufwertung der Innenstädte und damit auch eine Revitalisierung von Sicherheits- und Angst(raum)debatten in der Stadt. Diese sich abzeichnende Tendenz der Inversion, also der Umkehr der Bewegungsrichtung der Stadtentwicklung von der suburbanen Peripherisierung zur innerstädtischen Zentralisierung dort neu entstehender ‘urban villages’ wird – wie bereits beim

‘urban sprawl’ – von einem Chor an utopischen und dystopischen Szenarien begleitet.

Neben dem Austausch ganzer Bevölkerungsgruppen droht nun zudem eine „Provinzialisierung der Großstadt“ (Rada 2010)¹⁰ unter dem Andrang der gentrifizierenden neuen Mittelschichten, welche den ehemaligen Innenstadtbezirken nun wieder eine Art ‘Vervorortung’ bescheren. Denn zumindest die Artikulationen des guten (stadt)bürgerlichen Lebens scheinen sich stark auch am Kleinstädtisch provinziellen und seiner Überschaubarkeit zu orientieren, am Kiez und der Stadt der kurzen Wege, dem nachbarschaftlichen Quartier. Selbst der großstädtisch-bürgerliche Idealtypus des *citoyen* möchte begrüßt und beachtet werden, braucht ‘sein Café’ und seinen ‘Lieblingsinder’ in der fußläufigen Nachbarschaft des ‘urban village’, um von seinem städtischen Lebensgefühl zu künden.

Vor diesem Hintergrund der ‘Revitalisierung’ vieler metropolitaner Innenstadtbezirke liest sich die Kritik am Paradigma der Stadt als Spiegel der Gesellschaft und „ihrer Klassenkämpfe“ (siehe oben) freilich anders, wird auch deren gesellschaftlicher Gehalt jenseits von allein personenbezogenen Schwerpunkten und Positionen eines *homo academicus* sichtbar. Denn natürlich ist die Großstadt der ‘nuller’ Jahre des 21. Jahrhunderts eine andere geworden, als die oben skizzierte fordistische Stadt. Auch haben sich die Verhältnisse von Stadt und Staat, von nationalstaatlicher Gesellschaft und der Welt gewandelt. Zudem drängen neue Akteure in die stadtpolitische Debatte, die sich früher selten um ihre alltäglichen Lebensweisen herum politisch artikuliert hätten (wenngleich diese auch für das historische Bürgertum immer eine wesentliche Rolle der Distinktionen und Selbstvergewisserung geboten haben). Neue Mittelschichten, Urbaniten und *citoyens* heißen die nun in der Diskussion referierten Akteurskonstellationen. Sie bilden nicht allein eine Zielgruppe innerstädtischer Immobilienmärkte und Angebote der Kulturindustrie, hier wird auch der Wettbewerb der Städte zu einem mehr als nur unternehmerischen, neoliberalen Statement eigenidentitärer Verortung. Diese postfordistische Wende in der Stadtforschung ist also konsequent an den derzeitigen sozialen Lagen orientiert. Daher ist es wenig verwunderlich, dass auch kleinere Städte neue Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Der anonyme Vorort ist tot, zumindest als idealisiertes Leitbild der Urbanisierung. Es lebe vielmehr die kleinstädtische Vergemeinschaftung, die derzeit auch die Vorstellung der idealen

10 Der Journalist Uwe Rada zitiert hier die Stadtsoziologin Christine Hannemann, die dem gesamten Berliner Bezirk Prenzlauer Berg eben solch eine ‘Provinzialisierung’ hin zu einer „Art schwäbisches Musterbezirke in grün“ attestiert, Rada, Uwe (2010): Die Stadt im Dorf lassen. In Die tageszeitung, vom 27. Januar 2010. S. 22.

Großstadt, zumindest unter dem Aspekt des (neu)bürgerlichen Wohnens und der Atmosphären von Sicherheit und Geborgenheit in der Großstadt der Kieze und Nachbarschaften beeinflusst. In den folgenden Kapiteln werden nun nach den Skizzen zur Stadtdiskussion zunächst konzeptionelle Überlegungen zu einem Kulturbegriff angerissen, der den zweiten Teil der Triade des Stadtkulturellen bildet.

Diskussionsangebote zum Kulturbegriff

„Wenn die Beschäftigung mit Kultur lohnt, ja sogar dringend geboten erscheint, dann weil Kultur alles andere als harmlos ist. Im Feld der Kultur werden politische und soziale Identitäten produziert und reproduziert“ (Marchart 2008: 12).

„In Bosnien oder Belfast ist Kultur nicht das, was man in den Kassettenrekorder schiebt; es ist das, wofür man tötet“ (Eagleton 2001: 56ff.).

Das Kulturelle und seine normative bzw. formative Kraft sind in aller Munde, egal ob es sich um die 'Kulturen' einzelner Regionen oder ganzer Kontinente handelt. Dabei scheinen die Möglichkeiten sich auf Kultur oder das Kulturelle eines Raumes zu beziehen pluralistischer denn je. Kulturbegriffe haben seit dem vielfach referierten Eintrag Raymond Williams' in dessen Band 'Keywords' (Williams 1976, hier 1983: 87ff) noch an Komplexität oder eher Fluidität gewonnen. Angesichts der semantischen Polyvalenz des Kulturbegriffs stellt sich mithin die Frage, wie und unter welchen Bedingungen Kulturanalysen betrieben werden (können). In der gegenwärtigen deutschsprachigen Debatte (siehe exemplarisch etwa Reckwitz 2000; Moebius/Quadflieg 2006; Marchart 2008; Baecker/Kettner/Rustemeyer 2008) lassen sich zwei einander gegenüberstehende Formen der Kulturanalyse ausmachen: Die Analyse der als kulturell verstandenen Kommunikationsformen und – inhalte, sowie die immer wieder angerufene Substanz (unterschiedlich) vergemeinschafteter, kollektiver Subjektkonstellationen. Während 'Kultur' also auf der einen Seite als Ursache und Wirkung, als kommunikatives Medium identitärer Konzepte (Stuart Hall, Raymond Williams und den britischen Cultural Studies)¹¹ im Mittelpunkt des analytischen Interesses steht, gibt es auf der anderen Seite immer noch essentialistische¹² Vorstellungen von Kultur' als einem Ding, einem „sinnreich gegliederten Ganzen“ (Lindner 2002: 80), einem 'erklärenden' statt einem 'zu erklärenden' Begriff. Als wesent-

11 Siehe auch bei Marchart, Oliver (2008): Cultural Studies. Konstanz: UVK.

12 Essentialismus meint hier, dass 'Kulturen' ein ureigenes, im Kern unveränderliches Wesen zugeschrieben wird.

liche Charakteristika dieses Kulturessentialismus können mit Lindner (2002) folgende Momente genannt werden:

- Holismus: Verschiedene Elemente von Kultur werden einem vereinheitlichen-dem Prinzip unterworfen.
- Kohärenz: Die Elemente 'einer' Kultur hängen wie die Glieder einer Kette zusammen. Wenn eines dieser Glieder sich auflöst bzw. aus der Kette verloren geht, verliert die Kultur ihren Charakter als notwendig gegliedertes Ganzes.
- Homogenität: Alle Angehörige 'einer' Kultur sind in ihr gleich und intrakulturelle Unterschiede werden ignoriert.
- Persistenz: Es wird die Dauerhaftigkeit, Traditionalität und konservative Orientierung von Kultur betont.
- Territorialität: Kultur wird mit einem bestimmten Gebiet zusammen gedacht.

In deutlicher Abgrenzung zu einem auf diesen Aspekten aufruhenden Kulturessentialismus will sich die hier entwickelte Stadtkulturalanalyse auf einen weiten bzw. erweiterten Kulturbegriff beziehen. Statt Culture mit großem „C“, das Marchart (2008: 12) zufolge für den zivilisatorischen Kulturbegriff steht (Hochkultur, Kultivierung, Distinktion – das „Wahre, Schöne, Gute“) – wird im Anschluss an die frühen britischen Cultural Studies (Hoggarth, Williams, Thompson) ein erweiterter Kulturbegriff vertreten: culture mit kleinem „c“ wie in „culture is ordinary“ (Williams 1958, 1989). Das 'Kulturelle' ist demnach immer als prozesshaftes, kontingentes, heterogenes, deutungsoffenes, nicht selbstreferentielles Verhältnis in der strukturierten Vergesellschaftung von Menschen zu betrachten. Außerdem sind alle tagtäglichen Äußerungen, Interpretationen und Handlungsweisen als kulturelle Elemente zu verstehen. Anders ausgedrückt ist Kultur „die Art, wie Menschen das machen, was auch immer sie machen“ (Lindner 2002: 83), etwas technizistischer die „software-Programme des menschlichen Lebens“ (Ryan 2008: xvi)¹³ oder um mit Raymond Williams zu sprechen: Kultur als „a whole way of life“ (Williams 1973). Darin verlaufen alle Vergesellschaftungs- und Vergemeinschaftungsprozesse immer als kulturelle Kommunikations- und Deutungsprozesse ab, die zudem auch noch Artefakte herstellen, zirkulieren lassen, bewerten, vernichten etc. Diese Prozesse können sich zwar auf eine Gruppe oder imaginierte Gemeinschaft kommunikativ beziehen, sie sollte aber nicht auf eine

13 „culture is the deliberate design of signifying materials into meaningful artefacts [...] it is the software program of human life“ Ryan, Michael (2008): Preface. In: ders. [Hrsg.]: Cultural Studies. An Anthology. London: Routledge. S. xiv-xviii.

einem Kollektiv immanente kulturelle Essenz missverstanden werden.¹⁴ Daher soll auch hier den Verlockungen entgegengetreten werden, diesen ganzheitlichen, 'holistischen' Kulturbegriff etwa durch Postulate von Lebensstilidentitäten wieder zu einem festen Zustand einer distinkten Gruppe aufzuladen.

Ferner haben diese Prozesse eine räumliche Dimension. Diese muss im Begriff etwa der eher historischen Verweise auf eine 'Kulturnation', des immer noch virulenten 'Kulturkreises' oder der höchst lebendigen 'Kulturregionen' als Territorialisierungen kultureller Prozesse ausgesprochen werden. Diese Territorialisierungen sind nicht nur im Bezug auf sogenannte 'Nationalkulturen' problematisch, Kritik muss sich letztendlich an jedes Konzept von territorialisierter Herkunft in Verbindung mit kulturellen Zuschreibungen richten (Gupta/Ferguson 1992: 7).

Eine kulturanalytische Perspektive sollte diese sozialräumlichen und temporären, prozesshaften Dimensionen zum Ausgangspunkt ihrer Überlegungen machen: Somit kann 'das Kulturelle' als umfassender, vielschichtiger und alltäglicher Herstellungsprozess des Sozialen, im Kontext von komplexen, materialisierten Vergesellschaftungsprozessen betrachtet werden. Als Zusammenfassung gedacht, umfasst die Analyse kultureller Prozesse sowohl semantisch-symbolische als auch praktisch-materielle Ebenen. Kultur ist als soziale Praxis gleichzeitig einzelner Bestandteil und die Summe sowie Medium und Produkt sozial kontingenter und dynamischer Vergesellschaftungs- und Vergemeinschaftungsprozesse. Bevor nun vertieft werden kann, wer sich wie unter diesem stadtkulturellen Begriffsschirm in den jeweiligen Städten wiederfindet bzw. wem dieses temporäre und fragile kulturelle Zugehörigkeit und Aufmerksamkeit zugesprochen oder verweigert wird, soll im folgenden Abschnitt diskutiert werden, was in dieser Debatte geschieht, wenn sie auf essentialistische Vorstellungen von Kultur trifft und wenn sich diese 'die Stadt' als einen idealisierten Ort der kulturellen Praxis suchen.

The location of culture: über die kulturelle Spezifik von Städten

„Lokstedt ist mehr als Lokstedt/Lokstedt ist Eidelstedt, Langenfelde, Niendorf, Eimsbüttel/Ein Teil von Stellingen//Altona und Pinnaßberg. Lokstedt ist Gamla Staden./Belleville, Cadaque, Ostrohe/Und sicher Sesimbra//Lokstedt ist nicht das Seizième, nicht Winterhude./Leider nicht Blankenese/Nicht Zürich/Nicht Saint Etienne-les-Orgues“ Hubert Fichte (1965: 124).

Wie es in diesem Gedicht von Hubert Fichte zum Ausdruck kommt, ist jede Stadt ein multiples Vorbildungsgebilde, dessen Bezüge und Abgrenzungen sich

14 Falls dies geschieht, kann vermutet werden, wurde der Bezug aus der Position einzelner SprecherInnen solcher gruppenidentitärer Konzepte strategisch eingesetzt.

an anderen Städten und Stadtteilen, an klingenden Namen und unbekanntem Kleinstädten orientieren mögen, eben für Fichte ein 'mehr als' und ein 'leider nicht' zur selben Zeit. Im Zentrum meiner Debatte um die kulturelle Spezifik einer Stadt stehen die dort anwesenden Menschen, die diese Städte zu etwas Besonderem, Singulären, Einzigartigen machen. Es geht in der gegenwärtigen Stadtforschung zunehmend nicht mehr primär darum, die gesellschaftlich induzierten Strukturierungen städtischer Räume zu erforschen und im Urbanen in erster Linie Kristallisationen des allgemein Gesellschaftlichen zu betrachten. Statt dessen ist gegenwärtig in der sozialwissenschaftlichen Forschung zu Stadt und Urbanität ein Richtungswechsel im Nachdenken und Reden über die Stadt zu verzeichnen, der vielleicht unter dem Schlagwort der 'Wiederentdeckung der lokalen Spezifik' zusammengefasst werden könnte. So verschiebt sich nun die Aufmerksamkeit hin zur Erforschung der spezifischen Ausprägung, Gestalt und Atmosphäre der freilich jeweils in einem bestimmten gesellschaftlichen Rahmen hergestellten Orte. In dieser neuen Stadtforschung sind in den letzten Jahrzehnten Ansätze entwickelt worden, die sich unter neuen paradigmatischen Leitbegriffen wie etwa 'Genius Loci' (IBA, 1984)¹⁵, 'Habitus der Stadt' (Lindner 1996¹⁶, 2003a; Lee 1997), 'Eigenlogik' (Löw 2008: 65; Berking/Löw 2008) identifizieren lassen. Als Vorläufer einer an der lokalen Spezifik interessierten Stadtforschung muss sicherlich der bereits in den späten 1970er Jahren durch den schwedischen Sozialanthropologen Ulf Hannerz (1980) geprägte Entwurf einer 'anthropology of the city' – im Kontrast zu einer 'anthropology in the city' – erwähnt werden. Als neuere Konzepte, die im Folgenden näher vorgestellt werden sollen, sind zu nennen der von dem britischen Kulturwissenschaftler Martyn Lee (1997: 132) entworfene 'habitus of location' und der damit verwandte, von Rolf Lindner (1996, 2003) in die empirischen Kulturwissenschaften und speziell in die ethnographische Stadtforschung eingebrachte 'Habitus der Stadt'.

15 Der Leiter der 'Internationalen Bauausstellung' (IBA) in Berlin (1984-1987) Josef Paul Kleihues vertrat dieses in der Architektur immer wieder zirkulierende Konzept eines eigenen 'Geistes des Ortes' Berlin ebenso wie der damalige Berliner Bausenator Hans Stimmann.

16 Im Rahmen des deutsch-französischen Kolloquiums „Anthropologie der Stadt/ Anthropologie de la Ville“ in Berlin (12./13. Januar 1996) ist Lindner der Frage nachgegangen, „ob nicht auch Städte, verstanden als kollektive Produkte menschlichen Handelns, über einen Habitus verfügen, der zum Erzeugungsprinzip von Lebensstilen und deren Repräsentationen wird“, Lindner, zit. nach Lang, Barbara (2000): Zur Ethnographie der Stadtplanung. In: Kokot, Waltraut/Hengartner, Thomas/Wildner, Kathrin [Hrsg.]: Kulturwissenschaftliche Stadtforschung. Berlin: Reimer. S. 55-68.

Außerdem ist der derzeit stark diskutierte Begriff der städtischen 'Eigenlogik' zu nennen, wie er von Martina Löw und Helmuth Berking in die Stadtforschung eingeführt worden ist. Einen weiteren Beitrag zur Diskussion um die Spezifik des Ortes leistet der aus der Kulturgeschichte und Architekturtheorie stammende, etwas antiquiert anmutende Begriff des 'genius loci', der Geist des Ortes: Auch er bietet Anregungen zur Reflexion über Semantik, Nutzen und Gefahren solcher Atmosphären- und Geisterstadtdebatten ('haunted places').

Habitus der Stadt

Thesen zum 'Habitus der Stadt' werden seit einigen Jahren von dem empirischen Kulturwissenschaftler Rolf Lindner (2003) vertreten. Rolf Lindner zielt mit seinem Habitusbegriff vor allem auf eine sozial- und kulturhistorische Kontextualisierung der analysierten Städte. Sein Habituskonzept orientiert sich ähnlich wie das von Martyn Lee begrifflich wie auch konzeptionell zunächst eng an den Arbeiten des französischen Soziologen Pierre Bourdieu, insbesondere an dessen Untersuchungen zum sozialen, kulturellen und symbolischen Kapital. Martyn Lee schlägt in seinem Aufsatz „Relocating Location“ (Lee 1997; siehe auch Bürk 2011) vor, die Kultur eines Ortes als das kumulierte Produkt einer kollektiven und sedimentierten Geschichte dieses Ortes zu betrachten (Lee 1997: 127). Diese lokal 'geschichtete' Geschichte lässt sich nicht einfach negieren und gemäß singulärer Bedürfnisse umdefinieren, sondern beweist, insoweit sie sich in der gegenwärtigen sozialen und physischen Stadtlandschaft materialisiert, eine gewisse Hartnäckigkeit (durability) (ebd.: 127). Dieser 'Habitus der Stadt' soll nicht als Metapher, als flüchtiger Geist, der über der Stadt hängt, missverstanden werden, sondern als „soziale und materielle Faktenlage“ (Lee 1997: 134), welche durch die ortsspezifischen Praktiken in der Stadt generiert werden. Angewandt auf unterschiedliche Städte führt Lindner diesen Sedimentierungsgedanken zu der Aussage, dass die „historische Tiefendimension zur Charakterisierung der Städte unerlässlich ist, so dass sich eine historische Anthropologie der Stadt als Voraussetzung bzw. Grundlage einer jeglichen Anthropologie der Stadt“ (Lindner 2003: 47) erweist. Ein zentraler, formativer Faktor der Stadt als Ganzes ist für ihn der ökonomische Sektor, denn „Städte werden vor allem durch ihre (ökonomische) Historie geprägt, die nur noch punktuell in der Gegenwart wirksam sein muss, gleichwohl das Gepräge der Stadt weiter charakterisiert“ (ebd.). Er bezieht sich dabei auf Robert Ezra Park, den Mitbegründer der Chicago School of Sociology, der die Stadt bereits 1925 in seinem Werk „The City“ nicht nur als eine bloße Agglomeration von Menschen und Gebäuden und der dazu gehörenden

Infrastruktur reduziert verstanden wissen wollte, sondern als „a state of mind, a body of customs and traditions, and of the organized attitudes and sentiments that inhere in these customs and are transmitted with this tradition. The city is not [...] merely a physical mechanism and an artificial construction“ (Park/Bourgess 1925: 1).

Unter Verweis auf das Ruhrgebiet, welches Lindner in einer früheren Untersuchung als „relativ homogene Sozillandschaft mit der Herausbildung einer eigenen Geschmackskultur“ charakterisiert (Lindner 1994: 202, Lindner 2010), stellt er die Frage, wie eine Anthropologie der Stadt aussehen könnte. Bereits hier komme eine „anthropomorphe Vorstellung von Stadt ins Spiel, die sie mit einer Person vergleicht, die eine Biographie hat“ (Lindner 2003: 48). Diese Anthropologie der Stadt verfolge im Kern den Versuch, „die singuläre Beschaffenheit einer Stadt, ihren Charakter, zu erfassen. Es ist das, was mit Habitus der Stadt gemeint ist“ (ebd.: 50).

Diese Vorstellung der Lebensgeschichte einer Stadt¹⁷, deren ‘persönlicher’ Werdegang, lässt sich anschließen an Vorstellungen einer ‘longue durée’ (Braudel 1977) und städtischer Mentalitäten, die sich als Genese einer Stadt in ihrer singulären Beschaffenheit verstehen lassen. Bereits Park spricht vom städtischen Gebilde als einem Resultat kollektiven Handelns, in welches das „Habit seiner vergangenen, gegenwärtigen und in sich selbst erfüllender Weise (nämlich über den Prozess der Attraktion und Repulsion) auch zukünftigen Bewohner eingegangen ist“ (Park zitiert nach Lindner 2003: 48). An diesen Gedanken schließt Lindner in seiner Definition des städtischen Habitus an:

„Von einem ‘Habitus der Stadt’ zu sprechen, heißt zu behaupten, dass auch Städten aufgrund ‘biographischer’ Verfestigungen bestimmte Entwicklungslinien näher liegen, andere ferner stehen. In der Idee der ‘Pfadabhängigkeit’ (path dependancy) ist dieser Gedanke, ökonomistisch verkürzt, bereits enthalten. [...]. Es ist dieser Charakter des Ortes, der zu seinem geographischen Kapital wird, ihn und seine Erzeugnisse für den einen attraktiv, für den anderen eher unattraktiv macht. Wir können daher von einer Wahlverwandtschaft zwischen Städten und (prospektiven) Nutzern sprechen, seien diese nun Besucher, zukünftige Bewohner oder Investoren“ (Lindner 2003: 53).

17 Beispiele stadtbiographischer Arbeiten:

- Mak, Geert (1997): Amsterdam. Biographie einer Stadt. Berlin: btb-Verlag.
- Large, David Clay (2002): Berlin. Biographie einer Stadt. München: C.H.Beck.
- Vollmar, Rainer (1998). Anaheim-Utopia Americana: vom Weinland zum Walt Disney-Land. Eine Stadtbiographie. Stuttgart: Franz Steiner Verlag.

Dieser Charakter des Ortes als geographisches bzw. kulturelles Kapital einer Stadt ist aber, wie auch Lindner oben feststellt, keine einheitliche oder eindeutige Gestalt, da die unterschiedlichen NutzerInnen die Stadt nicht allesamt gleich oder auch nur ähnlich wahrnehmen: Der tolle Kreativort ist des anderen Schmutzdelecke, mein Angstraum ist des anderen befreite Zone. Dies verweist also auch hier auf die zentrale Bedeutung der diese Habituspositionen (unterschiedlich) wahrnehmenden Stadtbevölkerung, deren BesucherInnen und die diesem zugrunde liegende relative und relationale Raumkonzeption.

Eigenlogik

Ein weiterer, noch jüngerer Forschungsansatz zur Spezifik von Städten wird in einem raum- und stadtsoziologischen Kontext von Martina Löw und Helmuth Berking vertreten, die dem Gedanken der 'Eigenlogik' eine große Bedeutung zuschreiben. Martina Löw stellt diesen Paradigmenwechsel zur Eigenlogik folgendermaßen dar:

„Die Soziologie tut immer so, als könne sie in München Armut erleben und wüsste dann, wie Armut in Deutschland funktioniert, und jeder weiß aus eigenen Alltagserfahrungen, dass es in München arm zu sein was ganz anders bedeutet, als in Berlin arm zu sein, und was wir jetzt machen wollen, ist die Differenz der Städte zum Ausgangspunkt stadtsoziologischer Betrachtung zu machen, also zu fragen, wie entwickeln sich Städte auf eine eigenlogische Art und Weise und bieten ganz spezielle Rahmenbedingungen und bieten auch unterschiedliche Identitäten an, die deshalb soziales Handeln und soziale Prozesse auf unterschiedlich Art und Weise formen [...] also was uns interessiert ist: Ist es wirklich was anderes, in Paderborn aufzuwachsen oder in Duisburg? Und jeder würde sagen: 'Ja, ist es. Aber wie ist es anders und was heißt es für Nationalstaatsentwicklung, was heißt es für die Art und Weise, wie wir Gesellschaft denken? Gerade unter der Prämisse, dass wir in einer verstädterten Gesellschaft leben ... es lebt ja kaum noch jemand auf dem Land ... wir leben alle in städtischen Kontexten, und so wie das aussieht, prägen die uns sehr massiv“ (Löw 2006).¹⁸

Der ebenfalls in diesem Kontext argumentierende Dieter Schott fasst 'Eigenlogik' zunächst als einen „Konzeptbegriff [...], welcher die sozialen und diskursiven Praktiken von EinwohnerInnen und institutionellen EntscheidungsträgerInnen erfassen soll, die sich in zeitlicher, sachlicher und räumlicher Dimension institutionalisieren und so lokalspezifische Entwicklungspfade generieren“ (Schott

18 Sendemanuskript aXiom-Wissen auf Radio X vom 18.10.2006. Quelle: <http://www.fehe.org/index.php?id=604> (letzter Zugriff: 30.3.2007) eigene Transkription.

2008)¹⁹. Das ‘Eigenlogik’-Konzept richtet sich explizit gegen die in den Sozialwissenschaften vorherrschende Form der Beschäftigung mit Stadt, und nimmt damit auch eine Kritik auf, die Löw bereits in ihrer Raumsoziologie formuliert hat: „Städte werden in der Regel von der Strukturbasis aus betrachtet [...]. Wie zum Beispiel eine Stadt im Handeln entsteht, [...] das wird nicht bearbeitet (Löw 2001: 255). Das ‘Eigenlogik’-Konzept nimmt für sich in Anspruch, dem Feld poststrukturalistischer Ansätze zu entspringen. Es betont allerdings, bei der Deutung städtischer Prozesse – trotz des postulierten Akteursbezuges – vor allem verborgene Strukturen aufdecken zu wollen. Diese strukturelle guiding hand städtischer Eigenlogik wird ganz un-poststrukturalistisch dann wieder zum „unhintergehbaren, determinierenden Moment jeden Handelns erklärt“ (Kemper/Vogelpohl 2011: 19)

„Jede Stadt hat eine individuelle Gestalt, und die ist auf zwei Ebenen entstanden. Zum einen natürlich durch die je eigene Geschichte, auf der anderen Seite durch das Messen mit anderen Städten – etwas, das heute Städtekonkurrenz heißt. [...] Stadt ist nichts anderes als eine raumstrukturelle Form der Verdichtung. [...] Die Unterscheidung zwischen Wien und Dortmund ist erst ein Effekt von dem, was da verdichtet wird. Und das, was da verdichtet wird, macht die Eigenlogik einer Stadt aus“ (Berking 2008).²⁰

Verwirrend – gerade für den Bereich der deutschsprachigen Stadtforschung mit einer langen Geschichte städtischer Personalisierungen – ist der Hinweis auf die Stadt als Individuum, das „geradezu am eigenen Gang erkennbar“ (Berking 2008) werde.

Der Ansatz ‘Eigenlogik der Städte’ hat in den letzten Jahre eine erstaunliche Publikations- und Veranstaltungsdynamik (Berking/Löw: 2005; Berking/Löw: 2008; Löw 2008; Löw/Noller/Süß 2010) sowie wissenschaftspolitische

19 Dieter Schott in seinem „Impulsreferat“ zur Eigenlogik der Stadt bei der Tagung „Urbane Umwelten – urbane Kulturlandschaften“ die am 15. und 16. Februar 2008 an der TU Darmstadt stattgefunden hat. Quelle: Tagungsbericht von Martin Knoll. Quelle: <http://hsozkult.geschichte.hu.berlin.de/tagungsberichte/id=2054&sort=datum&order=down&search=TU+Darmstadt> (letzter Zugriff: 5.5.2011).

– ferner Hinweise auf „Eigenlogik der Diskursanordnung“ oder eine „Eigenlogik der Medien“ im Band von Sarrasin, Phillip (2003) *Geschichtswissenschaft und Diskursanalyse*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

– ferner eine Kapitelüberschrift zur „Eigenlogik von Praxis“ im Band von Völker, Susanne (2004) *Hybride Geschlechterordnungen. Erwerbsorientierungen und Lebensarrangement von Frauen im ostdeutschen Transformationsprozess* VS Verlag: Wiesbaden.

20 Quelle: <http://science.orf.at/science/news/151268> (letzter Zugriff: 6.5.2011).

Forcierung erfahren. Der Versuch mit dieser Position als neue reformierte Stadtsoziologie aufzutreten – gegen die alte ‘neue’ Stadtsoziologie von Häußermann, Siebel et al – stellt ein spannendes und zunehmend kontrovers diskutiertes Kapitel gegenwärtiger stadtsoziologischer Debatte dar. Nicht zuletzt spiegelt sich in dem Postulat einer ‘Eigenlogik der Städte’ ein gegenwärtiger Perspektivwandel auf Städte, deren BewohnerInnen und deren soziale Lagen im Verhältnis zu Gesellschaft wider. Befürchtet werden muss, dass hier – sei es aus der Logik kompetitiver Standortbildung unternehmerischer Städte, oder auch wissenschafts-politischer Territorialisierung – gegebene Sozialverhältnisse essentialistisch, ja städtisch-wesenhaft festgeschrieben werden, indem ‘Eigenlogik’ „die vermeintlich kulturelle Eigenart einer Stadt zum [...] erklärenden Prinzip in der Ausdeutung gesellschaftlicher Verhältnisse macht“ (Kemper/Vogelpohl 2011: 8).

Genius loci – der Geist eines Ortes

Im Bereich der Architektur und Kunstgeschichte zirkuliert schon lange der Begriff des ‘genius loci’, lateinisch für ‘(Schutz-)Geist des Ortes’. ‘Genius loci’ bezeichnete ursprünglich in der römischen Mythologie die Schutzgottheit eines Tempels bzw. eines heiligen Ortes. Heute wird der Ausdruck meist im übertragenen Sinne gebraucht: So bezeichnet man die besondere Atmosphäre, den einzigartigen Charakter eines Ortes als genius loci. Ein gutes, wenn nicht prototypisches Beispiel für einen ‘genius loci’ kann man in Weimar finden. Hier steht nicht nur der mit ‘Genius huius loci’ beschriftete ‘Schlangenstein’, als erinnerungspolitisches Artefakt.²¹ Weimar wird auch in der Literatur immer wieder mit diesem Topos verbunden²² und dabei zusammen mit dem Jenaer Raum als eine Kulturregion beschrieben: „Es dürfe sich schwerlich eine andere Region [zur damaligen Zeit der Klassik] finden lassen, von der [ab dem Ende des 18. Jahrhunderts] kulturelle Innovation in solcher Dichte ausging.“ (Lettmann 1992: 7).

21 Die Stadt Weimar verweist auf den dort 1968 wiedererrichteten behauenen Sandstein. Quelle: http://www.wimare.de/photo_album.php?lang=de&city=w&picture=20 (letzter Zugriff: 21.10.2011).

22 Rößner, Alf (1999): Weimar um 1900: Stadtbild und genius loci. Hochschulschrift: Universität Weimar. Stiftung Weimarer Klassik [Hrsg.]: Genius huius loci. Weimar. Kulturelle Entwürfe aus fünf Jahrhunderten. Ausstellung 26. Mai bis 19. Juli 1992, Kunsthalle am Theaterplatz in Weimar.

Bereits in den frühen 1980er Jahren geht der Raumplaner Martin C. Neddens (1986)²³ – unter explizitem Bezug auf das Konzept des *genius loci* – der Frage nach neuen, integrierten Ansätzen einer ökologisch orientierten Planung nach. Angesichts der von ihm vorausgesetzten Beschränkung bei der ‘Tragfähigkeit des Raumes’, die auf die Grenzen der natürlichen Ressourcen sowie die viel zitierten „Grenzen des Wachstums“ verweist,²⁴ fordert Neddens, dass Städte bauen nicht weiterhin Umweltzerstörung bedeuten dürfe. Diese ökologische Nachhaltigkeit zu erreichen, sei mit technischen Umweltschutzmaßnahmen allein jedoch nicht zu schaffen, es bedürfe vielmehr eines integrierten, raumstrukturellen Ansatzes, der kulturell-ökonomische, naturwissenschaftliche und politisch-planerische Aspekte einschlieÙe (Neddens 1986: 5).

Unter dem Begriff des ‘*genius loci*’ bezieht sich Neddens in seiner Planungskritik auch auf der inhaltlichen Ebene mit der Entdeckung lokalspezifischer Charakteristika: „*Genius loci* bezeichnet [...] räumliche Eigenschaften, Orte von ‘Bedeutung’ im Raum, geographische Orte mit Bedeutungsüberschuss gegenüber dem Umfeld“ (ebd.: 28). Diese Überlegungen scheinen vor allem durch die Arbeiten des norwegischen Architekturtheoretikers Christian Norberg-Schulz (1982) angeregt worden zu sein. Dieser geht von einer „Totalität“ des jeweiligen Raumausschnittes aus, „die aus konkreten Dingen mit materieller Substanz, Form, Oberfläche und Farbe gebildet wird. Zusammengenommen determinieren diese Dinge einen Umweltcharakter; das „Wesen eines Ortes“ (Norberg-Schulz 1982). Die Debatte um den ‘*genius loci*’ liest sich aus heutiger Perspektive wie eine frühe Absage an das damals noch hegemoniale raumwissenschaftliche Paradigma einer in erster Linie quantitativ-statistisch orientierten Sozialgeographie. Die Raumvergessenheit der anderen Sozialwissenschaften allerdings sollte erst in den frühen 1990er Jahren thematisiert werden. ‘*Genius loci*’ kann somit als begrifflicher Marker des einsetzenden ‘*spatial turns*’ betrachtet werden, als „Kritik am bisherigen geometrischen Umgang mit Raum“, an einem Ortsbegriff, der darunter allein dessen abstrakte Lokalisierung versteht (Neddens 1986: 28). Zudem signalisiert der ‘*genius loci*’ auch die Absage an rein funktionalistische Deutungen von Stadt und eine phänomenologische Hinwendung zu früheren metaphysischen und symbolischen Aufladungen eines Ortes: So fasst Norberg-Schulz den allgemeinen

23 Der Beitrag basiert laut Neddens auf einer Vorlesung am Geographischen Institut der Universität Mainz im Wintersemester 1980/81 sowie „mehrjährigen Erfahrungen als praktischer Planer und Kommunalpolitiker einer Großstadt“ (Neddens, 1986: 6).

24 Zu fragen sei, „ob unsere Gesellschaft materielle Ressourcengrenzen einhalten kann, ohne ihre sonstigen kulturellen Verhaltensweisen zu ändern“ (Neddens, 1986: 22).

Charakter oder die Atmosphäre eines Ortes als qualitatives 'Gesamtphänomen', das sich nicht auf irgendwelche seiner Eigentümlichkeiten, wie etwa räumliche Verhältnisse, reduzieren lässt (Norberg-Schulz 1982).

Allen drei hier exemplarisch vorgestellten Versuchen, die Spezifik einzelner Städte über deren Habitusformen, deren Eigenlogik oder den dort herrschenden Genius Loci zu erfassen, liegt die Unzufriedenheit mit bisherigen szientistischen und objektivierenden Ansätzen in der Stadtforschung zugrunde. Zweifelsohne wurden hier in den letzten Jahrzehnten grobe Verallgemeinerungen vorgenommen und die lokalen Bedingungen der jeweiligen Städte zu sehr vernachlässigt. Diese Rückkehr zu weniger gesamtgesellschaftlichen oder/und materialistisch orientierten Erklärungen städtischer Eigenarten kann somit als Replik auf eine unsensible und ortsblinde Stadtforschung im Allgemeinen (und Stadtsoziologie im Besonderen) gelesen werden. Anders als in diesen, man könnte sagen, neo-essentialistischen Ansätzen,²⁵ die den Städten quasi eine eigene, fast schon wesenhafte Subjektivität verleihen, soll hier allerdings vor allem auf die Stadt als Produkt menschlicher Handlungen und Deutungen im Kontext gesellschaftlicher Auseinandersetzungen verwiesen werden. Somit ist Stadt in ihren alltäglichen Entstehungsprozessen durch die dort präsenten (und abwesenden) Menschen in ihren jeweiligen Machtpositionen und Interessenskonstellationen zu begreifen. Dieser städtische Konstruktionsprozess schafft in der spezifischen Geschichtlichkeit und Räumlichkeit der jeweiligen Präsenzen und sozialen Auseinandersetzungen erst die verschiedenen Städte in ihrer lokalen Besonderheit und Eigentümlichkeit. Es geht mir also um einen konfliktbetonten Ansatz der permanenten Stadtproduktion. Dass sich diese konstruktivistische Perspektive nicht alleine auf Großstädte bezieht, sollen die folgenden Kapitel zu Kleinstädten und Kleinstadtforschung unterstreichen.

25 Sowohl das Habituskonzept als auch der Eigenlogikbegriff suggeriert eine personifizierte Stadt, deren Entwicklungen sich hinter dem Rücken der dort lebenden AkteurInnen abspielen. Städtisches Leben entzieht sich hier im Extremfall auch der Gestaltungsmacht der die Stadt bevölkernden Menschen.

1.2 Kleine Städte in der Stadtforschung

„Es gibt in Deutschland nur noch wenige Städte, die die historische Kontinuität von wirklicher und nicht disneyfizzierter Geschichte zeigen“ (Hannemann 2002: 269).

„Städte dieser Art [Mittelstädte wie Ludwigshafen] sollte man [...] besonders wiegen. [...]. Sie haben noch reaktionären Muff genug, den Stumpfsinn währenden Kleinbürger, eine schauerliche Provinzpresse“ (Bloch 1964: 16).

Großstädte bildeten lange Zeit das Forschungsparadigma der Stadtforschung schlechthin, sicherlich auch deshalb, weil Verstädterungsprozesse als dominante Tendenz gesellschaftlicher Entwicklung interpretiert werden: Wer Stadt untersucht, untersucht zumeist Gesellschaft (siehe Lefebvre, Castells, aber auch Häußermann/Siebel). Die Großstadt wurde somit zu einem Forschungsgegenstand mit Gegenwartsrelevanz und möglicherweise sogar prognostischer Zukunftsorientierung. Auf eine knappe Formel gebracht: (Groß-)Stadt = Wachstum = Fortschritt/Zukunft. Zudem bildet die Großstadt mit der Nähe des Zusammenlebens, der relativen Konzentration unterschiedlichster Menschen in einem idealtypischen großstädtischen Wohnviertel – also Innenstadt mit hohem Verdichtungsgrad, nicht Sub- oder Exurbia – ein Labor sozialer Heterogenität und Entwicklung. In der Großstadt werden die Gegenstände sozialwissenschaftlicher Problematisierung, seien es Segregationsprozesse, Gentrifizierung oder (Des-)Integration, verortet, erforscht und bearbeitet. Dem gegenüber – und durchaus auch als Antipode gedacht – steht die idealtypische Kleinstadt, vor allem der westeuropäischen und nordamerikanischen Moderne. Wer sich also mit Kleinstädten beschäftigt, bekommt es – wie die beiden Eingangszitate veranschaulichen – mitunter mit recht einseitigen Bewertungen dieses Stadttypus zu tun. Der ambivalente Charakter von Kleinstädten wird besonders deutlich, wenn diese in Deutschland zudem auch noch über einen historischen Altstadtkern verfügen. Sie dienen dann entweder in Form romantischer Suggestionen (‘Mittelalter!’) oftmals einer touristischen Kommodifizierung und idyllischen Verklärung oder es wird dort andererseits eine Enge provinzieller, sozialer Verhältnisse ausgewiesen. Kleinstädte bieten daher, je nach Perspektive der jeweils über sie sprechenden Personen, entweder ein klaustrophobisches Szenario oder aber ein Refugium mit überschaubaren, idyllischen und gemütlichen Lebensverhältnissen (Hannemann 2002), die sich um einen Kern mehr oder weniger historischer ‘settings’ entfalten. Hinter der Krisenvorstellung, Kleinstädte seien durch Tourismus, ‘Disneyfizierung’ (Zukin 1996) und ‘Festivalisierung’ (Häußermann/Siebel 1993) in ihrer geschichtlichen Kontinuität (Hannemann 2002: 269) gefährdet, schlummern die Authentizitätsmythen einer vermeintlich gefährdeten, zu konservierenden

Vergangenheit.²⁶ Und gewiss ist richtig, dass in dieser Tradition der deutschen Kleinstadtromantik die im 19. Jahrhundert aufkommende Großstadtkritik begründet liegt (Barth 1961; 1974²⁷; Hannemann 2002: 271). Daher wurden idealisierte Lebenslagen aus kleinstädtischen Milieus über Jahrzehnte der frühen Moderne auch zu Bezugspunkten großstadtfeindlicher Polemik, aber auch volkskundlicher Forschung. Die romantische Aufladung der Kleinstadt als im Vergleich zur modernen Großstadt weniger 'entfremdeter' Lebensumwelt und somit als Zufluchtsort 'natürlicher' Vergemeinschaftung, erfolgte besonders penetrant im Nationalsozialismus. Dies habe, so Hannemann (2002: 266), bis heute zu einer Tabuisierung und Stigmatisierung der Lebensverhältnisse in der realen Kleinstadt geführt. Freilich kann auch das Gegenteil vermutet werden: Gerade weil die NS-Ideale wenig in Frage gestellt wurden und in manchen Bevölkerungskreisen doxisch weiterleben, konnte sich ein Kleinstadtmythos halten, der wenig mit den dort gelebten Realitäten zu tun hat. Entscheidender aber als diese historischen Pfade sind wohl praktische Fragen gegenwärtig unterschiedlicher Interessen, sowie den Sphären persönlicher Lebensführung und -möglichkeiten in Kleinstädten. In der Verklärung sozial-überschaubarer, solidarisch-vergemeinschafteter Zustände oder in der Verdammung der damit assoziierten sozialen Kontrolle und Provinzialität werden diese Kleinstädte jedoch homogenisiert und festgeschrieben statt zum attraktiven, dynamischen Gegenstand einer nicht reifizierenden Stadtforschung und Stadtentwicklung erhoben.

Unbestritten jedoch kann festgestellt werden: Kleinstadtforschung war lange Zeit ein eher vernachlässigter Bereich der Stadtforschung. Es scheint jedenfalls, als wären Klein- und Mittelstädte eine aussterbende Spezies. Dies verweist vor allem auf aktuelle Konjunkturen und Perspektiven sozial- und kulturwissenschaftlicher Forschung: Während nämlich die Forschungsarbeiten zu Klein-

26 Siehe auch die Infragestellung solcher Authentizitätsmythen in der Ethnographie und den empirischen Kulturwissenschaften. Die Dekonstruktion dieser disneyfizierten Wirklichkeit als Methode der Offenlegung vergangener Schichten städtischer Entwicklung und deren (zwangsweise) selektiver Konservierung bzw. auch der Verfall der Altstädte im Osten bzw. deren Perforierung werden so zu Modi der Produktion gegenwärtiger Städte (auch in den Augen der touristischen oder historisch interessierten BetrachterInnen), als Ensemble und atmosphärisches Angebot, einem perzeptiven „Framing“ bestimmter „ways of seeing“ (Raymond Williams).

27 Der Soziologe Hans Paul Barth widmet in seinem Band 'Die moderne Großstadt' zunächst ein Kapitel einer 'Kritik der Großstadtkritik', in dem er die 'ideologische Funktion [...] einer umfassenden Zivilisationskritik [...] pseudokonservativer Gruppen aller Art' erkennt (Barth, 1974: 35). Barth, Hans Paul (1961, hier 1974): Die moderne Großstadt. München: Nymphenburger Verlagshandlung.

städten quantitativ eher eine Minderheit in den jeweiligen Forschungsfeldern darstellen, verhält es sich mit den alltäglichen Lebensrealitäten vieler städtischer EinwohnerInnen in Deutschland geradezu umgekehrt: Mit der Stadtsoziologin Hannemann ist zu konstatieren, dass statistisch-quantitativ kategorisiert, die deutsche Stadt eher mittel- und/oder kleinstädtisch ist (Hannemann 2002: 265). Das unterstreichen Aussagen, nach denen in der Bundesrepublik Deutschland zwar im weltweiten Vergleich die meisten Menschen in Städten leben, davon indes nur gut 30% in Großstädten. Die Mehrheit (60,6 %) lebt in Mittel- und Kleinstädten (siehe etwa BBSR)²⁸. Während also Verstädterung als ein weltweites Phänomen wahrgenommen wird, werden lokal differenzierte Konjunkturen und spezifische Ausformungen auch städtischer Schrumpfung oder stagnierender Wachstumsverhältnisse oft übersehen.

Erst im Kontext der Debatte um (postfordistisch) 'schrumpfende' Großstädte wie Detroit oder Manchester wird das städtische Wachstumsparadigma zumindest in Frage gestellt. So etwa in der Diskussion um die britischen Industriestädte der Thatcher-Jahre oder die altindustriellen Konversionsflächen des Ruhrgebietes, explizit aber seit Mitte der 1990er Jahre im Rahmen der Auseinandersetzung mit den 'shrinking cities' in Ostdeutschland. Von 2002-2010 fand eine Internationale Bauausstellung (IBA) zum Thema Stadtumbau im Bundesland Sachsen-Anhalt statt, die sich explizit den neuen Grenzen quantitativen Wachstums unter dem Motto 'Weniger ist mehr' angenommen hat. (Oswalt 2010: 24ff). Nachdem städtische Schrumpfungssphänomene zunächst meist unter Bezügen auf Großstädte diskutiert wurden, führt der dann ebenfalls aufgegriffene Fokus auf Klein- und Mittelstädte dazu, dass auch diese nun in der die Problematik von Wachstums- und Schrumpfungszyklen wahrgenommen werden. So werden unter Stichworten eines 'Luxus der Leere' (Kil 2004) oder neuen 'qualitativen' statt rein 'quantitativen' Wachstumsparadigmen, mit neuen energetischen aber auch

28 Das Bundesinstitut für Bau-Stadt- und Raumforschung (BBSR) ermittelt für Deutschland 30% Großstadtbevölkerung gegenüber 29% in Mittelstädten und ca. 24% in Kleinstädten. Der Rest der Bevölkerung entfällt auf ländliche Gemeinden. Quelle: http://www.bbsr.bund.de/cln_016/nn_322000/BBSR/DE/Raumb Beobachtung/Werkzeuge/Raumabgrenzungen/StadtGemeindetyp/StadtGemeindetyp.html (letzter Zugriff: 30.10.2010).

Ähnliche Zahlen sind auch zu lesen in dem Call for Papers für die Tagung „Mittelstadt – Urbanes Leben jenseits der Metropole“ des Institut für Kulturanthropologie/Europäische Ethnologie der Georg-August Universität Göttingen. (02. und 03. April 2009). Quelle http://www.kace.uni-goettingen.de/projekte/schmidt-lauber/tagung_mittelstadt.doc. (Zugriff: 2.9.2008).

sozialen Konditionen (Leggewie/Welzer 2010) zum 'Ende des fossilen Zeitalters' (Schmidt/Oswalt 2010: 854ff) neue Debattenhorizonte eröffnet.

Aber auch die singuläre Stadt wird wieder deutlicher in ihrer Eigenheit und Spezifik anerkannt, allerdings nun in ihrer lokalen Spezifik der Krise und des lediglich temporär erhofften Niedergangs. Im Kontext der deutschen Wiedervereinigung und dem Aufkommen einer spezifischen Ostdeutschlandforschung mit Mittelstadtorientierung entstehen in den frühen 1990er Jahren etwa die Transformations- und Elitenstudie zu 'Waldleben' (Eberswalde) des Soziologen Neckel (1999) und eine Fülle von Untersuchungen, oft im Rahmen des Programms 'Stadtumbau Ost' und der daraus generierten Stadtentwicklungsdebatten und lokalen Planungsvorhaben (z.B. Bernt/Peters 2005; Springer 2006; Fischer/Kühn 2009; Haller 2009). In diesem Kontext finden sich zumeist materialreiche Studien zur älteren und vor allem jüngeren Stadt(planungs-)Geschichte und zum stadtpolitischen Umgang mit dieser neuen ökonomischen ('Transferleistungen') und demographischen ('Zeitbombe') Lage.

In den letzten Jahren mehren sich aber die Anzeichen einer verstärkten Untersuchung nicht nur mittelstädtischer, sondern auch kleinstädtischer Situationen. Diese stehen meist im Horizont der nun verstärkt wahrgenommenen sozialräumlichen Disparitäten in Deutschland. Während sich einzelne Regionen ('Metropolregionen') und dort befindliche Großstädte als nationale Ballungszentren im internationalen Maßstab darstellen, fallen andere Regionen und dort liegende Städte zunehmend aus der Wahrnehmung staatlicher und öffentlicher Zuwendungen heraus. Das so entstandene Bild eines fragmentierten Raumes von Zentren und Peripherien lässt nicht nur manche ostdeutsche Stadt um ihre Zukunft bangen, sondern kann in dieser Symptomatik nunmehr auch in Westdeutschland festgestellt werden. Neue Aufmerksamkeit erfahren Kleinstädte zudem im Zusammenhang mit der Erforschung der Lebenslagen von MigrantInnen in Kleinstädten im Rahmen des seit 2007 vorgelegten „Nationalen Integrationsplanes“ des Bundesministeriums für Migration und Flüchtlinge (BAMF)²⁹. Hier wird unter dem Stichwort der 'Integrationspotentiale' der lokal unterschiedliche Umgang mit ausländischen Zugezogenen untersucht (Schader-Stiftung 2011)

29 Die Bundesregierung [Hrsg.] (2007): Nationaler Integrationsplan. Neue Wege- Neue Chancen: Quelle: <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Publikation/IB/Anlagen/nationaler-integrationsplan,property=publicationFile.pdf> (letzter Zugriff: 20.12.2009).

und diese explizit mit früheren Analysen zu Migration in Großstädten (Projekt: Zuwanderer in der Stadt)³⁰ verglichen.

„Die Überschaubarkeit des Sozialraums einer Kleinstadt ermöglicht durch die räumliche Nähe persönliche Kontaktfelder zwischen Einheimischen und Zugewanderten, gleichzeitig können durch das Aufeinandertreffen unterschiedlicher Ansprüche an den Sozialraum Konfliktfelder entstehen, die die Integration der Zuwanderer in das Gemeinwesen erschweren“ (Schader-Stiftung 2009: 3).³¹

Ein weiteres Problem der Forschung zu Kleinstädten ist die Begriffslosigkeit in diesem Feld. Freilich verweist der Mangel an aussagekräftigen Termini zuallererst auf Dynamik und Stagnationen einer Debatte. Weniger problematisch erscheint mir allerdings, dass es eine allgemein gültige, fachliche Definition der Kleinstadt bisher nicht gibt (Hannemann 2002: 267). Auch wenn gegenwärtige stadt- und raumplanerische Kategorienbildung zur Typologisierung von Städten in einem sogenannten Städtesystem den Eindruck entstehen lässt, dass hier immer noch primär einer über 100 Jahre alten Definition von Städten qua Größe gefolgt wird. Hier fallen gemäß quantitativ-statistischen Gesichtspunkten unter die Raumordnungskategorie 'Kleinstadt' kompakte und/oder eher nur administrativ verfasste Siedlungen. Die Reichsstatistik von 1871 unterschied Landstädte mit 2.000 bis 5.000 EinwohnerInnen, Kleinstädte mit 5.000 bis 20.000 EinwohnerInnen, Mittelstädte mit 20.000 bis 100.000 EinwohnerInnen und Großstädte ab 100.000 EinwohnerInnen. Dies wurde im Jahr 1887 auf einem internationalen Statistikkongress dann auch bindend festgelegt (Klöpper 1993: 913). Trotz aller historischen Überholtheit sind diese Zahlen bis heute als Richtwerte im allgemeinen Bewusstsein verankert (ebd.).

Für die sozial- und kulturwissenschaftliche Stadtforschung hat sich die EinwohnerInnenzahl als Klassifikationsinstrument frühzeitig als relativ unbrauchbar erwiesen. Neuere Forschungen zur Stadt jenseits ihrer administrativen Grenzen, stadtplanerischen Zonierungen und ordnungspolitischer Verräumlichung folgen entsprechend auch eher der These einer Urbanisierung der ganzen Gesellschaft

30 Das Projekt „Zuwanderer in der Stadt“ der Schader-Stiftung in Zusammenarbeit mit z.B. dem Deutschen Städtetag begann im Jahr 2004 und endete im Herbst 2007: Quelle: <http://www.zuwanderer-in-der-stadt.de/> (letzter Zugriff: 20.12.2009).

31 Aus dem Ausschreibungstext der Schader-Stiftung zu ihrem Projekt „Integrationspotentiale in kleinen Städten und Landkreisen“, [Mai 2009]. Quelle: http://www.schader-stiftung.de/docs/ausschreibung_schader-stiftung_30-01-09.pdf (letzter Zugriff: 20.12.2009).

(Lefebvre), der Zwischenstadt (Sieverts 1997) oder gar einem Sub- und Exurbia als dem Ende der Kernstadt³².

Problematischer als die quantitativ wenig brauchbaren Typologisierungen im Bezug auf Aussagen zum Charakter einer Stadt erscheinen mir die wenig thematisierten Implikationen eines Kleinstadtbegriffs, der sich vor allem aus eben diesen oben angesprochenen Dichotomien klaustrophobischer Enge versus sozialer Harmonie der Überschaubarkeit speist. Kleinstädtisches Leben wird, ähnlich wie ländliches Leben, zumeist in Kontrast gesetzt zum Leben in der sozialen und kulturellen Vielfalt der Großstadt und über kommunitäre Verbundenheit, hohen Partizipationsgrad, Überschaubarkeit von Netzwerken und Akteurskonstellationen, kulturelle Homogenität der Bevölkerung etc. charakterisiert. Den kleinstädtischen Lebenserfahrungen wird oftmals sogar die Qualität kollektiv-identitärer Vergemeinschaftung an idealisierten Orten der Geborgenheit ('Heimat') zugewiesen, allerdings vor allem von den 'ferneren Touristen', die in musealisierten Altstädten wie „in restaurierten Zoos kleinstädtischer Gemütlichkeit das Sinnbild des 'Good old Germany', zu finden hoffen (Herrenknecht 2008).³³ Allgemein gesprochen wird die Kleinstadtbevölkerung in der sozial- und kulturwissenschaftlichen Wahrnehmung homogenisiert, die Komplexität von Kleinstadtleben wird simplifiziert. Demgegenüber ist zu betonen, dass sich in einer kleinen Stadt – zumindest abstrahiert grundlegend – dieselben sozialen Verhältnisse wie in einer größeren Stadt auffinden lassen. Kleinstadtbevölkerung, so lässt sich zumindest auch die Erfahrung meiner Untersuchung in zwei Kleinstädten zusammenfassen, ist nicht per se homogener und geschlossener vergemeinschaftet als Großstadtbevölkerung. Es sollte somit auch für Kleinstädte von einer kulturellen und sozialen Heterogenität, von unterschiedlichen und widersprüchlichen Interessen und somit auch von einer grundsätzlichen Konfliktualität ausgegangen werden. Diese konfliktive Situation wird lokal unterschiedlich deutlich. Die Mengenverhältnisse in den dort lebbareren Milieus und Subkulturen variieren und die Repräsentation von Dissidenz und Differenz ist öffentlich mehr oder weniger möglich. Eine kleine Stadt bietet zudem andere Möglichkeiten der

32 Im Prozess des städtischen Wachstums wurde Urbanisierung zur Verstädterung, zur Zersiedelung und zum Auslaufen (urban sprawl) oder Ausfransen (urban fringe) der Kernstädte, ihrer Agglomerationsräume oder Metropolregionen. Die Relationalität von Stadt und Land wurde so erweitert um die Verhältnismäßigkeit von 'klein' und 'groß', ohne eine jeweilige Bezugsgröße funktioniert keine Kategorisierung von Stadt, und auch das sogenannte Umland bedarf einer Referenz zu einer zentralen Stadt.

33 Herrenknecht, Albrecht (o.J. und Seitenangabe) Quelle: http://www.pro-regio-online.de/html/heft_5_-_2008.html (letzter Zugriff: 29.5.2010).

sozialen Kontrolle, des lokalen Regimes kommunaler Funktionäre und Eliten mit weniger Fluchtpunkten und (sozialräumlichen) Nischen. Die Gestalt der lokalen Stadtkultur ist daher eng an die Möglichkeiten zur Differenz gebunden: Wenn in einer Klein- oder Mittelstadt, ähnlich größerer Städte, z.B. ein starker migrantischer Bevölkerungsanteil vorhanden ist oder ein starkes links-alternatives Milieu sich behaupten kann, wird dieses deutliche Einflüsse auf die Ausdrucks- und Präsenzmöglichkeiten etwa neonazistischer AktivistInnen haben. Daher sollte – ähnlich wie bei der Großstadtforschung – die Analyse des Kräfteverhältnisses von dominanten und hegemonialen, aber auch den minoritären und marginalisierten Gruppen, Individuen und deren Lebensweisen einen zentralen Bestandteil einer Stadtkulturanalyse bilden.

Kleinstadt als biographische Erfahrung

Woran also mag es liegen, dass Kleinstädte zu erforschen so unbeliebt erscheint und kaum Förderung erfährt, und welche Erkenntnisse kann eine auf diesen Siedlungstyp bezogene Forschung der Debatte um Stadtkulturen und Zivilgesellschaft bieten? Neben der forschungsgeschichtlichen mangelnder Auseinandersetzungsfreude mit kleinstädtischen Lebenslagen, treten in der Kritik der klaustrophobischen Enge der Kleinstadt natürlich auch die Lebensgeschichten ganzer Generationen von Provinzflüchtigen zutage. Auch meine Motivation, mich mit Kleinstädten zu befassen, ist gleichermaßen biographisch-persönlich wie fachimmanent begründet. Das ist freilich nichts besonderes, ist doch die Hinwendung zu Forschungsgegenständen immer auch in der sozialen Position und sozialräumlichen Stellung des bzw. der Forschenden begründet. Daher mag die mangelnde ForscherInnentätigkeit in und zu Kleinstädten auch der großstädtischen Verortung wissenschaftlicher Einrichtungen, den Wohn- und Lebensorten ihrer Beschäftigten geschuldet sein. So kann davon ausgegangen werden, dass viele Sozial- und KulturwissenschaftlerInnen einige prägende Jahre in kleinstädtischer Umgebung erlebten, eine Sozialisation in solchen Verhältnissen also keine Ausnahme darstellt. Dann erfolgt idealtypisch eine auch psychologisch interessante Verdrängung eigener Prägungen in der Kleinstadt zugunsten eines nun gesellschaftswissenschaftlich interpretierten großstädtischen Fluchtpunkts: Die Großstadt wird Ort des Exils, des neuen, nunmehr post-provinziellen Lebens³⁴. Und sie wird zur persönlichen Referenzgröße, an der gesellschaftliche

34 Dass provinzielles Denken auch in der Großstadt blühen und gedeihen kann, lässt sich an verschiedensten Phänomenen verdeutlichen: Tendenzen zum *urban village*,

Prozesse als emanzipatorisch, regressiv oder reaktionär (Schwendter 2001) und persönliche Lebensentwürfe als hegemonial, konventionell, alternativ, subversiv oder klandestin zugeordnet werden.

Exkurs: Soziokulturellen Kleinstadtforschung in Südwestdeutschland

„Mit dem ökonomischen Fortschritt wächst aber nicht auch gleich der gesellschaftliche Fortschritt in den Kleinstädten. Alte Elemente vom Land [...] und aus früherer Zeit [...] wirken nach und lähmen das Innenleben der expandierenden Kleinstädte, machen sie so zäh und politisch borniert, trotz neureichem Wind und mittelständischem Luxus“ Herrenknecht (2003, 2008).³⁵

Mit diesen Worten kennzeichnet der Regionalismusforscher und überzeugte 'Provinzler'³⁶ Albrecht Herrenknecht die Entwicklung zumindest einiger südwestdeutscher Kleinstädte seit den 1970er Jahren. In dieses Bild passen die Kleinstädte des Landes Brandenburg, zumeist ehemalige Ackerbürgerstädte, vordergründig nur hinsichtlich des Aspekts der beharrenden Kräfte. Seit dem Verlust der relativen ökonomischen Stabilität realsozialistischer (Agrar-)Industriepolitik werden sie von Abwanderung und Schrumpfung geprägt. Am Beispiel der von Herrenknecht an anderer Stelle noch ausführlicher skizzierten sozialen Bewegungen in Kleinstädten (Süd-)Westdeutschlands, lassen sich aber unter dem Aspekt zivilgesellschaftlicher Transformationen dieser Städte mit den Entwicklungen seit den frühen 1990er Jahren in ostdeutschen (Klein- und Mittelstädten diskutieren.

Für viele (süd-)westdeutsche Kleinstädte, so Herrenknecht, sei immer noch zu wenig untersucht, wie die Jugendbewegungen – vor allem die sogenannte Jugendzentrumsbewegung – „die soziokulturelle Erneuerung und Modernisierung

der New Urbanism im Sinne Jane Jacobs mit seinem Plädoyer für Überschaubarkeit, die Orientierung wissenschaftlicher Arbeiten an einem normativen Lokalismus, der Communities und Nachbarschaften als vermeintlich erste soziale Bezugspunkte in einem Stadtteil aufgewertet wissen will, verschiedenste lokalpatriotische und identitätspolitische Mythen über z.B. Berlin-Kreuzberg oder Hamburg-St. Pauli.

35 Herrenknecht, Albrecht (o.J und o. Seitenangabe). Quelle: http://www.pro-regio-online.de/html/heft_5_-_2008.html (letzter Zugriff: 29.5.2010).

36 Herrenknecht war bereits in den späten 1970er Jahren als Vertreter einer ländlichen, undogmatisch- linken Alternativbewegung aufgetreten, etwa als (Mit)Herausgeber der explizit selbststigmatisierenden 'Provinz'-Zeitschrift 'Traum(a)land' und als Aktivist einer selbstverwalteten Jugendzentrumsbewegung, die sich auch in Kleinstädten und Dörfern ihre Orte schaffte. Heute betreibt er das 'Pro Provincia'-Institut in Boxberg-Wölchingen. Quelle: <http://proprovincia.de/> (letzter Zugriff: 30.10.2010).

der Kleinstädte vorbereiteten und kulturell einläuteten und damit eine bis dahin nicht gekannte kulturelle Pluralität“ einführten (Herrenknecht 2008: 13). Ab den späten 1970er und frühen 1980er Jahren wirklich neu war, dass die Kulturmodernisierer nicht alle diese Kleinstädte fluchtartig verlassen, sondern teilweise hier wohnen blieben und diesen Kulturerweiterungsprozess mit vielen kleinen Kulturprojekten, Betriebs- und Existenzgründungen auch fortsetzten³⁷. Herrenknecht postuliert damit für die Aufbruchsstimmung der westdeutschen Kleinstadtjugend nach '68, dass ohne das besondere Klima der erz-provinziellen 1950er Jahre der Ausbruch der Jugendrevolte Ende der 60er Jahre nicht denkbar gewesen (wäre). Hier hatte sich eine mächtige Sehnsucht aufgestaut, die auf Entladung wartete (ebd.: 7).³⁸

Ähnliches lässt sich, mit Abstrichen, sicherlich auch zur Aufbruchsstimmung der DDR-Jugend in den späten 1980er Jahren sagen. Auch hier hatte sich eine mächtige Sehnsucht aufgestaut, die ab Mitte der 1970er Jahre viele zur (zumindest versuchten) Flucht aus der DDR motiviert hatte. Andere Optionen, wenngleich staatlicherseits streng eingeschränkt, waren auch in der DDR zunächst Abwanderungen in größere Städte und Wohnungsbesetzungen in Berlin und anderen Großstädten der DDR.³⁹ Es bildeten sich neben (groß)städtische Boheme-Szenen (Petzold/Kaiser 1997) aber auch in der DDR Landkommunen und Kolonien (Leuchte 2009) für KünstlerInnen und KunsthandwerkerInnen, z.B. im ländlichen Thüringen, dem Oderbruch oder der Uckermark.

Besonders interessant für die vorliegende Arbeit sind die Ungleichzeitigkeit und lokalen Besonderheiten der von Herrenknecht betrachteten westdeutschen Jugend(zentrums)bewegungen der 1970er und 1980er Jahre. Die Analyse der Unterschiede in den lokalspezifischen Abläufen, Beteiligungen und Praktiken politischer Jugend Szenen stellt ein Forschungsdesiderat dar, das zu überwinden

37 Dass die damaligen 'nach-68er-Revolutionäre' heute „in manchen Kommunen zu den 'neuen grünen Bewahrern' wurden, und sich somit wieder 'in der Opposition' zur Mainstream-Politik der Kleinstädte befinden“, ist auch für Herrenknecht „eine der großen Paradoxien der Geschichte.“ (Herrenknecht, 2008: 14).

38 Quelle: http://www.pro-regio-online.de/html/heft_5_-_2008.html (letzter Zugriff: 29.10.2010).

39 Einschränkungen der Wohnortwahl und damit der Mobilität gab es in der DDR weit öfter als in Westdeutschland, wo Jugendliche im privaten Raum den Restriktionen der Eltern – von denen sie finanziell abhängig waren – unterlagen. Für junge Erwachsene in Westdeutschland gab es auch dank staatlicher Unterstützung (BaFöG, Sozialhilfe) und dem Status Westberlins als entmilitarisierte Zone gleiche Verlockungen, aber andere Ressourcen.

beispielsweise an Sozial- und Kulturgeschichten des lokalen Ungehorsams, der antiautoritären Revolte als Grundlage neuer zivilgesellschaftlicher Modernisierungen ansetzen könnte.⁴⁰ Das wird auch an den weiteren Ausführungen Herrenknechts deutlich:

„So z.B. gab es Kleinstädte, die bereits seit Mitte der 60er Jahre über einen politischen Jugendclub [Club Voltaire, Republikanischer Club, Beat-Keller usw.] verfügten und bereits früher eine politische Jugendszene beherbergten. Oder es gibt Kleinstädte, die die Schüler- und Lehrlingsbewegung verschliefen, aber mit der Jugendzentrumsbewegung schon 1970 zu Gange waren. Diese aus den lokalen Besonderheiten herrührenden Ungleichzeitigkeiten in den Bewegungsabläufen ändert allerdings nichts an der Tatsache, dass in den gemeinsamen Schnittmengen ein klarer Bewegungsverlauf mit Anfang, Höhepunkt und Ende datierbar ist“ (Herrenknecht 2008: 9).⁴¹

Weitere Beispiele solcher besonderen städtischen Prägungen im Bezug auf dort mögliche und stattfindende Jugendsubkulturen, soziale Bewegungen und deren AktivistInnen gibt es in Archiven der sozialen Bewegungen reichlich nachzuforschen.⁴²

Mit dem Ende der DDR versuchen auch die unterschiedlichsten in Entstehung begriffenen Subkulturen in den verschiedenen ostdeutschen Städten ihre Spielräume auszudehnen. So entstehen in den Jahren 1989 und 1990 in fast allen – auch kleineren Städten – von SchülerInnen und Jugendlichen geschaffene alternativ-jugendbewegte Orte, besetzte Häuser und andere selbst verwaltete Zentren: Eberswalde (‘Exil’), Bernau (‘Dosto’), Strausberg (‘Horte’), Neuruppin (‘Mittendrin’). Es bildet sich somit auch in der niedergehenden DDR eine links-alternative Jugendrevolte, die „mitten aus der Kleinstadtgesellschaft heraus kam und deshalb

40 Aus Sicht früherer AktivistInnen liest sich das noch euphorischer: „Die 68er/70er-Bewegungen erzwangen die Auseinandersetzungen mit der deutschen Vergangenheit, die Konfrontation mit anderen Lebensvorstellungen und -utopien, jenseits des deutschen Untertanengeistes. Es sind diese Veränderungen [...], die diese Gesellschaft und diesen Staat wesentlich mitprägen“, autonome L.U.P.U.S.-Gruppe Rhein/Main (1993: 91): Doitsch-Stunde, In: Drei zu Eins, S. 83-103. Solche Veränderungen fehlten dem anderen deutschen Staat eindeutig.

41 Herrenknecht, Albrecht (o.J und o. Seitenangabe). Quelle: http://www.pro-region-online.de/html/heft_5_-_2008.html (letzter Zugriff: 29.5.2010).

42 Erinnert sei beispielsweise an die ganz besondere Situation der Stadt Karlsruhe – freilich keine Kleinstadt im engeren Sinne –, aber ein Ort der Politisierung unterschiedlichster Szenen. So war die damalige „Karlsruher Stadtzeitung“ und ihre LeserInnenschaft die Kerngruppe einer sich später auch bundesweit organisierenden, stark an der italienischen Arbeiterautonomie (autonomia operaia) orientierten JobberInnen-Bewegung und Vorläufer der Zeitschrift *Wildcat*.

die Kleinstadthonoratioren so unerwartet und schmerzhaft traf“ (Herrenknecht 2008: 7). Allerdings wird hier einer der wesentlichen Unterschiede zur westdeutschen Situation in den 1970er Jahren deutlich: Dort waren die ‘Hauptgegner’ die lokalen kommunalen Honoratioren, die konservative Bewahrungskoalition kleinstädtischer Ruhe und Ordnung, nebst Eltern und LehrerInnen, also die üblichen Autoritäten der alten Bundesrepublik. Diese kommunale Machtgeographie der Autoritäten hatte sich bis 1990 jedoch wesentlich geändert und erlebte zudem in ihrer ostdeutschen Wendeausprägung eine ganz eigene Dynamik (siehe auch Neckel 1999). Hier treffen lokale ‘Wachstumskoalitionen’ (Logan/Molotch 1986; Savitch/Kantor 2004) junger aufstrebender Geschäftsleute, in Verbindung mit alten Funktionseliten (Hinck 2007), Ordnungskräften und LehrerInnen, mit dem Personal eines westdeutschen Elitentransfers in Bereichen der Justiz, Verwaltung, Wirtschaftsplanung zusammen. Zusätzlich polarisierend wirken dabei die erstarkenden und extrem maskulinistisch-brutalisierten Neonazis. Hier entsteht eine sozialräumlich und historisch völlig neue Gemengelage, in der sich besetzte Häuser und Jugendclubs, ‘Infoläden’, ‘alternative’ Cafés und Kneipen zumeist nur kurz halten konnten. Während sich die von Herrenknecht beschriebene Geschichte der westdeutschen SchülerInnen-, Lehrlings-, Jugendzentrums- und HausbesetzerInnenbewegungen⁴³ als Erfolgsgeschichte für städtische ‘Revitalisierung’ und ‘zivilgesellschaftliche Aktivierung’ lesen lässt, muss die Geschichte vieler jugendkultureller, alternativer Projekte in ostdeutschen Kleinstädten in den frühen 1990er Jahren oftmals als Geschichte eines Scheiterns gelesen werden.⁴⁴ Denn genau dieser zarte und oft zaghafte Versuch lokaler alternativer und linker Initiativen wurde in den Ex-DDR-Kleinstädten der frühen 1990er Jahre zumeist unterbrochen bzw. durch das Erstarken der neonazistischen Rechten in oft ungeheuer brutalen Territorialisierungskämpfen um die lokale und regionale Hegemonie zunichte gemacht. Hier entstanden in den frühen 1990er Jahren die Machtgeographien lokal unterschiedlicher Stadtkulturen, über die noch

43 Ein wenig beachtetes Thema in der Forschung zu Klein- und Mittelstädten: Immerhin gab es einen Vortrag dazu auf der Mittelstadt-Tagung in Göttingen am 02. und 03. April 2009.

44 Ähnliches kann über die westdeutsche Jugendbewegung in den späten 1970er Jahren gesagt werden, als sie im Niedergang begriffen bzw. gelähmt schien. Dies war eine Phase, die als ‘bleierne Zeit’ beschrieben wurde und die auch in anderen westeuropäischen Ländern stattfindet. Gleichwohl gab es in diesen Jahren bereits neue Ansätze, die bisherigen, oft verkrusteten Formen und Inhalte der politischen Praxis zu ändern, etwa in der Alternativ- und Ökologiebewegung, vor allem aber auch in der autonomen Frauenbewegung.

ausführlicher zu sprechen sein wird. Eine 'Revitalisierung' der Städte durch dort auch sozialräumlich symbolisch verankerte Initiativen und Projekte kann nur in Ausnahmefällen festgestellt werden.

1.3 „spatial dialectics“: Die Produktion des sozialen Raumes und der Ausschluss der „Anderen“

„Space is the everywhere of modern thought. It is the flesh that flatters the bones of theory“. (Crang/Thrift 2000: 1)

„Space is a social construct – yes. But social relations are also constructed over space, and that makes the difference“. (Massey, 1985: 12)

Die bisherigen Abschnitte haben sich mit dem dynamischen Charakter der Städte, mit ihrer Herstellung durch die in ihnen lebenden Menschen beschäftigt. Dabei wurde die räumliche Dimension dieser Produktionsprozesse – wie in der Bezugnahme auf den auf die Raumtheorien Henri Lefebvres zurückzuführenden Begriff der 'sozialen Produktion des Raumes' implizit vorausgesetzt bzw. vorweggenommen. Die Problematik und Komplexität der Untersuchung städtischer Praktiken, die Konzentration auf den gesellschaftlichen Raumausschnitt Stadt erfordert aber eine Klärung der raumtheoretischen Bezüge. Diese werden im Folgenden unter Bezugnahme auf Henri Lefebvre, Doreen Massey, Martina Löw (und anderen) aus sozialkonstruktivistischer Perspektive auf die Herstellung von Stadt entwickelt. Ich gehe damit davon aus, dass Menschen Städte in alltäglichen, materiell-diskursiven Handlungen planen, herstellen, leben, sowie ihren Tätigkeiten Bedeutung verleihen und diese Tätigkeiten sich in ästhetischer, baulicher Gestaltung kristallisieren und sich in atmosphärischer Empfindung niederschlagen. Es kann von den Praktiken der Menschen auf den Charakter der jeweiligen Städte geschlossen werden. Andererseits kann aber auch von der Ordnung der Dinge, der sozialräumlich manifesten symbolischen Anordnung (Giddens, Zukin, Löw) von Menschen und sozialen Objekten – also von den Lokalisierungen von Treffpunkten und Amtsstuben, öffentlichen und privaten Gebäuden und infrastrukturellen Systemen etc. – auf soziale Kräfteverhältnisse in einer Stadt und mitunter auf die damit verbundenen stadtkulturellen Auseinandersetzungen und Aushandlungsprozesse geschlossen werden. Diese Herstellung der Stadt geschieht – das soll hier noch einmal unterstrichen werden – allerdings nicht 'aus freien Stücken', sondern im Rahmen des gesellschaftlich Möglichen und Denkbaren, also der sozialen Dispositive. Andererseits soll aber auch nicht strukturdeterministisch argumentiert werden. Gemäß dem Ansatz einer „räum-

lichen Dialektik“ (Soja 1980; Massey 1984) wird vielmehr nicht nur von der sozialen Produziertheit des Raumes ausgegangen, sondern auch von der Prägung der sozialen Verhältnisse durch Räume. Es handelt sich also bei diesen ‘spatial dialectics’ um einen Zirkel der Betrachtungsebenen, um Kreisbewegungen der Interpretation des Städtischen.

Vor diesem Hintergrund kommt der stadtkulturellen Öffentlichkeit eine besondere Bedeutung zu. Diese manifestiert sich nicht zuletzt in den situativen Verhältnissen, den dort temporär möglichen „Platzierung und Syntheseleistungen“ (Löw 2001) einzelner Körper und sozialer Objekte. Besondere Aufmerksamkeit widme ich kleinstädtischen Orten wie etwa Bahnhöfen, Marktplätzen, lokalen ‘alternativen’ Treffpunkten, Wohnheimen, aber auch Döner- und Asia-Imbissen und anderen Schauplätzen alltäglicher Interaktionen und Begegnungen. Diese stehen hier exemplarisch als Aushandlungsorte von Gesellschaftsvorstellungen auf kommunaler bzw. städtischer Ebene, als lokalkulturelle Seismographen des Sozialen.

Bei den hier angestellten raumtheoretischen Überlegungen geht es nicht darum, Fragen nach dem sozialen Raum an sich zu klären, sondern vielmehr darum, eine ‘toolbox’ im Foucaultschen Sinne zusammenzustellen (Koskela 2000: 243ff), um meine Fragestellungen bearbeiten zu können. Dabei besteht zunächst Klärungsbedarf a) hinsichtlich aktueller trans- und interdisziplinärer Konjunkturen sozialräumlicher Argumentationen bzw. Figuren, Metaphern und Imaginationen, wie sie unter dem Schlagwort des ‘spatial turn’ aufgerufen werden können. Im Zentrum steht aber b) die Frage, wie sich das Konzept der Produktion des sozialen Raumes theoretisch herleiten lässt und wie es sich in der praktischen Übertragung als sozialräumliche Dialektik auffächern und umsetzen lässt.

Der ‘spatial turn’ und die neuen Konjunkturen des Verräumlichten

Auch in den deutschsprachigen Kultur- und Sozialwissenschaften ist seit einigen Jahren eine Hinwendung zu Fragestellungen nach dem Verhältnis von Gesellschaft, Raum und Kultur – oder besser ‘des Kulturellen’ – zu verzeichnen. Doris Bachmann-Medick (2006) kennzeichnet diesen ‘spatial turn’ auch als Teil eines umfassenderen ‘cultural turn’⁴⁵. Diese Entwicklung betrifft explizit auch die für diese Untersuchung zentralen disziplinären Felder der Europäischen

45 Unter Bezug auf die unterschiedlichen disziplinären Hintergründe kann vielleicht eher von einem spatial turn in den Kultur- und Sozialwissenschaften sowie von einem cultural turn in der Humangeographie gesprochen werden.

Ethnologie, der Sozialgeographie, der Stadtsoziologie und der empirischen Kulturwissenschaften bzw. den Cultural Studies. Die Nachdrücklichkeit, mit der die Bedeutung der Kategorie Raum für die aktuelle sozialwissenschaftliche Forschung betont wird, speist sich zumeist aus den Narrativen einer Globalisierung und der damit verbundenen Semantik von Zeiten sozialen Umbruchs und der sozialen oder kulturellen Entankerung bzw. Neu-Verankerung (Giddens 1988, Werlen 1995, 1997, 2000)⁴⁶. Betont werden Prozesse der Beschleunigung und raum-zeitlichen Verdichtung (vgl. Harvey, 1989: 258; Cairncross 1998) in einer nunmehr postindustriellen, flüssigen (vgl. Bauman 2000), zweiten, riskanten, und reflexiven Moderne (Giddens; Beck, 1986) oder einfach in einer postmodernen Welt (Harvey 1989; Soja 1989; Robertson 1992). Dabei reicht das Spektrum der Begründungen für die neuen raumbezogenen Forschungsansätze von einfachem Interesse an einem immer noch oder wieder zu wenig beachteten Thema in den Sozial- und Kulturwissenschaften über grundsätzliche epistemologische Bedenken am derzeitigen akademischen Kanon: „[U]nseren wissenschaftlichen Grundlagen, mit denen wir bisher Prozesse der räumlichen Entwicklung beschrieben, erklärt und beurteilt haben, [sind] ins Wanken geraten“ (Keim 2003: 11), bis hin zu sehr dramatisch klingenden Postulaten von „Erschütterungen der ontologischen Basis unserer Existenz.“ (Hamedinger 1998: 225)

Die wissenschaftlichen Termini dieser „unerwartete[n], ja erschreckende[n] Renaissance“ (Maresch/Werber 2002: 7)⁴⁷ des Raumes bewegen sich üblicherweise in den Wechsel- und Umkehrsemantiken von als ‘spatial’, ‘topographical’ oder auch ‘geographical’ benannten Wendungen.⁴⁸ Jenseits einfacher Paradigmenwechsel stellen diese auch als produktive Kontaktzonen der Disziplinen (Bachmann-Medick 2006) bezeichneten Theorie- und Forschungswenden wichtige Scharniere

46 Dieses geschichtsphilosophische Narrativ der – idealtypischen – Phasen der Moderne (*embedded* = Vormoderne, *disembedded* = Hochmoderne und *reemdebbed* = Postmoderne) lässt sich sowohl bei Anthony Giddens als auch bei dem sich auf ihn berufenden Geographen Benno Werlen finden.

47 „Es ist weder zu leugnen noch zu übersehen. Der ‘Raum’ ist wieder da und erlebt eine ungeahnte, für manche Beobachter höchst unerwartete, ja erschreckende Renaissance.“ (Maresch/Werber 2007: 7).

48 „Denn sie vernetzen die Disziplinen nicht etwa im luftleeren Raum, sondern beziehen sie in jeweils konkret benennbaren gesellschaftlichen und wissenschaftspolitischen Situationen auf ähnliche Analysekatégorien und gemeinsame Fokussierungen – sei es Bedeutung oder Performanz und Inszenierung, oder auch Raum, Bild, visuelle Wahrnehmung usw.“ (Bachmann-Medick, 2006) in einem Interview mit Stefan Heidenreich in [www: iconicturn.de](http://www.iconicturn.de) (letzter Zugriff: 12.6.2010).

für Grenzüberschreitungen zwischen fachspezifischen Forschungsprozessen dar (ebd.). Die Grenzen zwischen den verschiedenen kultur- und sozialwissenschaftlichen Disziplinen erscheinen jedoch streng bewacht und werden institutionell abgesichert, das ist auch bei Betrachtung internationaler Debatten nicht anders. So ist festzustellen, dass, so populär der Gebrauch räumlicher Topoi umgangssprachlich auch sein mag und die Tendenz in Sozial- und Kulturwissenschaften raumbezogen zu argumentieren, zunimmt, die konzeptionellen Zugänge und disziplinären Stichwörter (im Sinne von wissenschaftlichen Metaphern) Begriffe nach wie vor unterschiedlich sind. Dies ist auch bereits weiter oben am Begriff des 'Sozialraumes' deutlich geworden. Die Inflation raumbezogener Begriffe geht einher mit einer umgangssprachlichen Hochkonjunktur raummetaphorisch bezogener Vorstellungsangebote und Rhetoriken des Räumlichen. Die Begrifflichkeiten, die zur Bezeichnung der räumlichen Aspekte verwendet werden, sind dabei alles andere als eindeutig (Miggelbrink 2002: 12). Die Konjunktur räumlicher Begriffe, verräumlichter Imaginationsangebote und Raumbilder (Strauss, Gregory, Ipsen, Löw, Läßle) ereignet sich dabei auch in einer akademischen Umgebung, in der zugleich um die richtige Theorie bzw. den richtigen Theoriegebrauch gerungen wird. Diese bzw. dieser kann sich aber nur, zumindest ist das meine These, an den konkreten Perspektiven und Fragestellungen der jeweiligen Analysen erweisen: Meine Absicht ist also nicht eine weitere ambitionierte, ontologische Theorie des Raumes zu entwerfen (Koskela 2000: 243ff.)⁴⁹ oder ein Metanarrativ von Räumlichkeit zu entfalten (Strassoldo 1993)⁵⁰, sondern eine raumtheoretisch begründete Perspektive auf ein durch konkrete Fragestellungen strukturiertes Setting einzunehmen.

49 „[B]y creating a framework of opposing positions, theorists set up two extreme positions that cannot adequately describe the complexities of real life'. My object here is to develop an understanding of space that is intimately bound to the issue in question (Koskela, Hille. 2000: 243ff).

50 „[...] there is no purpose in developing a 'great narrative of spatiality' (Strassoldo, R. 1993:.....) Strassoldo, Raimondo (1993): The social nature of space. Tampere:Department of Urban and Regional Planning- zitiert nach Koskela, Hille (2000:248): 'The gaze without eyes':video-surveillance and the changing nature of urban space. In: Progress in Human Geography 24, 2. S. 243-265.

Henri Lefebvre: „Der soziale Raum ist ein Produkt gesellschaftlicher Verhältnisse (und vice versa)“

„[D]ifferent disciplines do space differently“ (Cragg/Thrift 2000: 1).

„Space is at once result and cause, product and producer; it is also a stake, the locus of projects and actions deployed as part of specific strategies, and hence also the object of wagers on the future“ (Lefebvre 1991: 37).

Der Hinweis auf die soziale Konstruktion des gesellschaftlichen Raumes wird seit wenigen Jahren nun auch in den deutschsprachigen Sozialwissenschaften aufgegriffen. Als ergiebig erwies sich dabei vor allem die Rezeption der raumtheoretischen Arbeiten von Henri Lefebvre, aber auch der seit den frühen 1970er Jahren an kritischer Theorie und raumtheoretischer Kritik orientierten anglo-amerikanischen Sozialgeographie.⁵¹ Diese Ansätze bilden auch die Grundlage der folgenden Überlegungen zur Produktion des sozialen Raumes, seiner (Re-)Produktion sowie der symbolischen und materiellen Ordnung der Stadt und ihrer Beziehungen zu anderen Städten und den sie umgebenden Regionen.

Die Geschichte der Diskussion um Charakter und Konstruktion des sozialen Raumes kann auch als Rezeptionsgeschichte der Arbeiten des französischen Sozialphilosophen Henri Lefebvre gelesen werden. Als Schlüsseltext gilt sein 1974 veröffentlichtes Buch „La production de l'espace“, das im Jahr 1991 auf Englisch als „The Production of Space“ erschien. Seit dieser englischsprachigen Veröffentlichung sind zyklisch verlaufende Konjunkturen der Sozialraum-Konzeptionalisierung unter Bezug auf Lefebvre festzustellen. Das mag daran liegen, dass bei Lefebvre marxistisch-materialistische Thesen der Raumproduktion durch die Kräfte der gesellschaftlichen Ökonomie mit – frühen – poststrukturalistischen und situationistischen Elementen einer handlungstheoretischen Perspektive verbunden sind. Diese geschieht historisch an der epistemologischen Schnittstelle fordristischer und postfordristischer Vergesellschaftungsprozesse (Hirsch/Roth 1986). Wenngleich eine Übersetzung von „La production de l'espace“ ins

51 An dieser Stelle sollen nur die zentralen VertreterInnen der ersten Generation 'radikaler' GeographInnen gewürdigt werden; vor allem David Harvey, Allen Pred, Doreen Massey, Trevor Barnes und viele andere im Umfeld des damaligen Diskussionsforums gesellschaftskritischer Geographie „Antipode“. Die nächste Generation kritischer GeographInnen hat sich in den 1980er Jahren in den zumeist angloamerikanischen Debatten bereits ins Unübersichtliche potenziert und diversifiziert. Als wichtige VertreterInnen sind hier Neil Smith, Cindy Katz, Don Mitchell, Gillian Rose, Andrew Sayer, John Allen, aber auch Nigel Thrift zu nennen.

Deutsche immer noch aussteht, ist Henri Lefebvre mittlerweile auch in deutschsprachigen Arbeiten zu einer vielfach rezipierten Inspirationsquelle geworden⁵².

Der Marxist Lefebvre geht davon aus, dass jede Gesellschaft bzw. jede Produktionsweise mit ihren jeweiligen Produktionsverhältnissen ihren eigenen Raumtypus erzeuge. Ein solcher spezifischer Raumtypus entsteht in einer „dialektischen Interaktion, hier etabliert sie [den Raum] und setzt ihn voraus: langsam aber sicher produziert sie ihn, indem sie ihn dominiert und sich aneignet“ (Lefebvre nach Belina 2002: 313).

Die Produktion des Raumes bei Lefebvre ist laut Christian Schmid als dreidimensionaler Produktionsprozess zu verstehen, der materielle Interaktionsprozesse, Kommunikationsprozesse und Bedeutungsprozesse umfasse. Zudem verkörpert der Raum (immer) gesellschaftliche Verhältnisse, gleichzeitig produziert jedes gesellschaftliche Verhältnis einen ihm [spezifischen] Raum (Schmid 2003: 227). Diese verschiedenen Dimensionen der Produktion des Raumes, stellt Henri Lefebvre als dialektisch verbundene Dimensionen und Prozesse der Raumproduktion dar. Er betont in doppelter Perspektive einerseits eine Triade aus räumlicher Praxis, Repräsentation des Raumes und Räumen der Repräsentation und andererseits einem Dreiecksverhältnis aus wahrgenommenem, konzipiertem und erlebtem Raum. Diese beiden ‘rules of the three’⁵³ verweisen auf den doppelten Zugang Lefebvres zu Raumbildungsprozessen: einerseits einen phänomenologischen, andererseits einem linguistischen bzw. semiotischen (Schmid 2002). Um diesen Komplex zu veranschaulichen, schlägt Lefebvre ein in drei unterschiedliche, wenn auch miteinander eng verflochtene Dimensionen aufgeteiltes Raummodell vor:

Es umfasst zunächst den vorgestellten Raum (‘conceived space’). Dieser auf die Ebene des Kognitiven (Kohn 2003: 3) bezogene Vorstellungsraum ist gekennzeichnet durch die in Wissenschaft, Kunst oder Stadtplanung konstruierten Repräsentationen des Raumes, die in sozialen und politischen Praktiken produziert werden und die Beziehungen von Menschen und Objekten im Raum oder die

52 Als bester deutschsprachiger Lefebvre-Kenner ist sicherlich der Schweizer Stadtforscher Christian Schmid zu nennen. [Schmid, Christian (2002): Stadt, Raum, und Gesellschaft. Zur Theorie der Produktion des Raumes bei Henri Lefebvre. Stuttgart: Steiner]. Doch auch in der deutschsprachigen Sozialgeographie sind mittlerweile, wohl angeregt und ermutigt durch die angloamerikanische Lefebvre- Renaissance, Bezüge auf diesen marxistischen Intellektuellen (wieder) möglich.

53 Das Ordnen sozialer Phänomene nach der goldenen ‘Regel der Drei’ galt bereits im Lateinischen (‘omne trium perfectum’) als vollendeter erkenntnistheoretischer Parallelismus. (Danke für den Hinweis an Luita Spangler).

historischen Ressourcen der Konstitution von Raum betreffen. Er wird von Lefebvre auch als der herrschende, dominante Raum einer Gesellschaft bezeichnet. Die Repräsentationen des Raumes verknüpfen Wissen und Ideologien des Raumes mit sozial-räumlicher Praxis eines territorial und absolut gedachten Raumes.

Zum Zweiten umfasst Lefebvres Raummodell den wahrgenommenen Raum ('perceived space'), d.h. die Wahrnehmungen und Deutungen des Alltagslebens, dem räumliche Praktiken zugrunde liegen und dieses im Ablauf strukturieren. Diese bestehen in Lefebvrescher Deutung aus einer Verbindung von (bewusst oder unbewusst vollzogenen) ökonomisch bestimmten Routinen und sozialen Realitäten. Dies umfasst beispielsweise die Wahl der Wege und Netzwerke zwischen Arbeitsplatz, Freizeitgestaltung und Privatleben (Lefebvre 1991: 38). Damit wird in der räumlichen Praxis einer Gesellschaft (oder eines ihrer Ausschnitte) eine enge Verknüpfung zwischen der Alltagsrealität und der absoluten Realität der Arbeitsorte, Räume des Konsums etc. hergestellt.⁵⁴

Als dritte Dimension seines Raummodells nennt Lefebvre den gelebten, erlebten und erlittenen Raum ('lived space'). Dies ist der Raum alltäglicher Erfahrungen, er besteht aus einem Set verschiedenster komplexer Symbole, manchmal in codierter Form, die mit den verborgenen Ebenen des sozialen Lebens, den alltäglichen Praktiken und Deutungen verbunden sind. Hier werden neue Räume und Bilder imaginiert und Räume der Repräsentation erzeugt.

Diese Triade bleibt allerdings, so Lefebvre, abstrakt, wenn sie nicht mit den Subjekten einer sozialen Gruppe verknüpft wird, wenn also zur Struktur nicht auch das Handeln gedacht wird. Diese ist für Lefebvre, – anders als beispielsweise für den Soziologen Giddens⁵⁵, – nur dann gewährleistet, wenn der praktische Gebrauch des Körpers und seine Platzierungshandlungen (Löw) im sozialen Raum ins Zentrum einer universellen Theorie des Raumes gestellt werden. Entscheidend ist also der Körper als Vermittlungsinstanz für die abstrakten und konkreten Bestimmungen des Raumes, für dessen Wahrnehmung und Aneignung: Der Körper, mit dem alles beginnt und alles endet (Eagleton 1988⁵⁶), ist auch für Le-

54 Präzisiert: „This association is a paradoxical one, because it includes the most extreme separation between the places it links together. The specific spatial competence and performance of every society member can only be evaluated empirically“ (Lefebvre 1991: 38).

55 Unter Bezug auf die von Anthony Giddens (1988) in dessen Theorie der Strukturierung ebenfalls umfassend dargestellte Verknüpfung mit den sozialen Subjekten.

56 „This is ironic, because for Marxism, at least, it is that eminently spatial object, the human body, with which everything begins and end“. Eagleton, Terry (1988: xii):

febvre die Instanz, welche die einzelnen Sinne im Raum integriert (Noller 1999: 113) und, welcher letztendlich als Subjekt im Akt des Handelns Räume schafft.

*Räumliche Atmosphärenproduktion oder:
'beauty lies in the eye of the beholder'*

In der hier kurz skizzierten trialektischen Konzeption des sozialen Raums zu kurz gekommen⁵⁷ ist bisher die Dimension der Stadt als Gefühlsraum, als Ort der Atmosphären und als Geschmackslandschaft (Lindner 2010). Diese quer durch alle lefebvreschen Ansätzen der Produktion von Raum verlaufenden wahrnehmungs- oder psychogeographischen Elemente betonen nicht allein die subjektive Perzeptionsseite der Stadt als spezifischem Raum, sie verbindet auch die materiellen und immateriellen Dimensionen in der Vorstellung der Stadt als einem dynamischen, auch durch ästhetische Praxen strukturierten Handlungsraum. Im Unterschied zur äußerlichen Betrachtung von Stadt als einem lediglich komplexen Gegenstand politischer, rechtlicher, architektonischer, organisatorischer und ordnungsstaatlicher Dispositionen und Interventionen beleuchtet der Blick auf die Atmosphären der Stadt die 'Innenseite' des Stadtlebens:

„Mit dem gelebten und sinnlich wie symbolisch spürbar werdenden Raum der Stadt tritt eine „pathische Dimension“⁵⁸ des Lebens [...] ins Bewusstsein. [...] Atmosphären verklammern räumliche Vitalqualitäten, die über einem Ort liegen, und machen ihn dadurch zu diesem besonderen Ort“ (Hasse 2008b: 99).

Die Thematisierung der Stadt als Geschmackslandschaft beinhaltet somit auch die „leibliche Erfahrung heterogener Felder als atmosphärischer Einheit, die dem Empfindenden einen Eindruck darüber vermittelt, an welchem Ort er sich befindet“ (Lindner 2010: 166). Die „Konfigurationen von Gütern und Gruppen“ (ebd.) zu Geschmackslandschaften und Gefühlsraum bleiben allerdings ohne die Vermittlung zur oben genannten räumlichen Dialektik mit einer Kontextualisierung sozialer Lagen ebenfalls unbefriedigend. Fragwürdig ist, ob die Trennung in kognitive Handlungen von vermeintlich rein rationalen

Vorwort zu: Ross, Kirsten (1988): *The Emergence of Social Space*. Minneapolis: University of Minnesota Press. S. vi-xiv.

57 Henri Lefebvre hat sich umfassend mit 'Stadt' als intermediärem Raum zwischen Gesellschaft, Staat und Alltagsleben beschäftigt. Hier werden in altem strukturalistischen Verständnis die sozialen Machtverhältnisse im Alltag re/produziert. Eine eigene Dynamik von Städten war hier nur bedingt angelegt.

58 Der Bezug auf diese pathische Dimension suggeriert eine Leidenssphäre, was freilich im Hinblick auf einschüchternde Angstatmosphären durchaus berechtigt erscheint.

Bereichen des Politischen, Organisatorischen etc. – als die der Geograph Jürgen Hasse oben die handlungstheoretischen Vorstellungen unterteilt hat – hier nicht ebenfalls zu kurz kommen. Oder anders, ob hier nicht auch das Sinnliche mit agiert. Das hier angelegte Gegensatzpaar ‘rationales Äußeres’ vs. ‘atmosphärisch-sinnlich-ästhetisches Inneres’ schafft merkwürdige, letztendlich cartesianische Dichotomien: So erscheinen gerade z.B. ordnungspolitische Handlungen oft eher von (diskursiv) atmosphärischen Argumentationen durchzogen. Zwar wird Handeln nicht direkt über Gefühle begründet, aber diese werden in einem Prozess der (wissenschaftlichen, z. B. kriminologischen) Objektivierung rationalisiert und als allgemeine Empfindungen (z.B. ‘der Bevölkerung’) ausgewiesen. Dies lässt sich hervorragend bei städtischen Unsicherheitsdiskursen beobachten, bei denen beispielsweise ästhetische Vorstellungen von Sauberkeit atmosphärisch zur Geschmackslandschaft aufgeladen und etwa in eine ‘broken windows theory’ (siehe Kapitel 6) überführt werden. Das weiß auch Jürgen Hasse. An anderer Stelle betont er eine Zwiespältigkeit der handlungstheoretisch konzeptionalisierten ‘Stadt der Akteure’: Deren planvolles Handeln sei oftmals eine Stadtentwicklung „aus sich“ – „im Prozess des Werdens der Stadt und oft ohne planvoll intentionales Handeln signifikanter Akteure“ (Hasse 2008: 100).

„Was man aus der Distanz des Gefühls als einen weichen Standortfaktor identifizieren mag, stellt sich im Mitsein städtischen Lebens als gefühlte Seite von Urbanität dar, als eine Orts- und Raumqualität, die ebenso ein Grund für die Sesshaftigkeit wie für die Stadtfucht sein kann“ (Hasse 2008: 100).

Problematisch werden hier holistische und essentialisierende Setzungen weniger im Bezug auf die Stadt, denn auf die RezipientInnen oder wohl eher PerzipientInnen, also die wahrnehmenden Subjekte solcher Atmosphären. So kann derselbe Ort für unterschiedliche Menschen durchaus unterschiedliche räumliche Atmosphären beinhalten. Diese kann zudem auch temporär-dynamisch kippen, etwa von nett und harmlos zu eng und klaustrophobisch.

Nun muß sich dieser Hinweis auf den ebenfalls nicht essentialistischen Charakter städtischer Atmosphären im Begriff der (städtischen) Geschmacks- und Gefühlslandschaft als ästhetischer Ansatz allerdings auch wenig um Gefahren eines atmosphärischen Determinismus scheren. Auch hier gilt, dass das Empfinden von Schönheit dem Auge des/der Betrachtenden überlassen bleibt („Beauty lies in the eye of the beholder“). Das freilich auch Geschmack, Empfinden und Deuten als soziale Dispositive verstanden werden sollten, leitet über zu einer zentralen Arena solcher auch atmosphärisch ausgehandelten und geordneten Stadträume, den als öffentlich und als privat ausgewiesenen und/oder wahrgenommenen Bereichen der Stadt.

1.4 Anmerkungen zum selektiven Charakter städtischer Öffentlichkeit und Privatheit

Wenn sich die vorliegende Untersuchung städtischen Prozessen widmet, so geht es dabei in erster Linie um Prozesse in den Bereichen, die gemeinhin unter dem Begriff des öffentlichen Raums subsumiert werden. Öffentlichkeit ist in der 'Moderne' zum Synonym von Urbanität geworden, wobei städtische Öffentlichkeit in dieser Vereinfachung oftmals mit gesellschaftlicher Öffentlichkeit eng geführt, wenn nicht gleichgesetzt wurde. Einig scheint man sich, dass es sich bei 'Öffentlichkeit' um das Wesentliche, das 'quintessential social territory' des Städtischen (Lofland 1998) handelt. So werden unter Begriffen von Privatheit und Öffentlichkeit stadtheoretische Debatten um das Wesen des Städtischen „an sich“ und „für sich“ (siehe Kapitel 1.1) geführt. Dabei wird angesichts der vielfältigen sprachlichen Gebrauchs dieses Begriffspaars übersehen, dass – so zumindest der österreichische Kulturwissenschaftler und Politologe Oliver Marchart – zunächst einmal zu klären wäre, was denn das Öffentliche am öffentlichen Raum und was das Räumliche an der Öffentlichkeit ist?

„Ist es ein Raum offen politischer Agonalität, des Kampfes um die Bedeutung im Sinne etwa von 'politics of signification' (Stuart Hall), oder ist es ein Raum vernunftgeleiteter rationaler und zwangloser Debatte, [...] oder ist es ein Raum, in dem 'vor Ort' sogenannte konkrete Missstände benannt und behoben werden sollen? Ist der öffentliche Raum ein Raum unter vielen anderen Räumen (privaten, nichtöffentlichen, halb-öffentlichen, lokalen), ist der öffentliche Raum überhaupt ein Raum oder handelt es sich um den Überbegriff für eine Vielzahl öffentlicher Räume? Was genau macht ihn zu einem politischen Raum (im Unterschied zu sozialen Räumen)?“ (Marchart 1998: 1).

Die Aufforderungen zur trennscharfen Definition sozialräumlicher und politischer, kommunikativer, sinngebenden und deutender Verfahren, wie hier von Oliver Marchart angeregt, führen allerdings in die Irre. Die Debatte um Öffentlichkeit und Raum hat sich lange bemüht, eine vermeintlich raumlose Sphäre und einen substantialisierten, imaginationsfreien Raum voneinander zu trennen. Eine heute unmöglich erscheinende Aufteilung, da Raum nicht kommunikations- und vorstellungslos hergestellt wird. Gegenüber standen sich dabei einerseits die politisch-idealistische Vorstellung der bürgerlichen demokratischen Öffentlichkeit als kommunikativer Sphäre der Moderne (Habermas 1989; Arendt 2005: 33) einer 'Menschen- und Dingwelt'. Andererseits bündelten sich Debatten um die konkrete soziale Aushandlungspraxis und ordnungspolitische Disziplinierung und Kontrolle unter den konkreten sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen des Kapitalismus, bestimmter patriarchaler Herrschafts-

formen sowie ethnisierten und auch rassistischer Strukturierungen. Im Begriff der Öffentlichkeit werden permanent Möglichkeiten des Zugangs und der physischen Anwesenheit verhandelt (Lees 1998: 236ff.), Präsenzen ermöglicht oder verhindert, sowie körperliche Unversehrtheit gewährt oder bedroht. Diese Praxis der Herstellung von Öffentlichkeit sind Artikulationen (Hall 2000: 52ff.)⁵⁹ der sprachlichen, aber auch als nonverbaler Sprache der (An)ordnung materieller Objekte – also auch menschlich-körperlicher Präsenzen – symbolische Deutungen und atmosphärische Aufladungen. Der öffentliche Raum wird so zur zentralen sozio-politischen Aushandlungsarena (Goffman 1963, 1971), zum Regulativ und Indikator sozialer Verhältnisse. Nicht extra betont werden muss, dass dies weit mehr umfasst als etwa eine ‚Politik der Straße‘. Städtische Öffentlichkeit bezeichnet hier vielmehr das dynamische und kontingente, und immer auch für Stadt konstitutive Verhältnis einer „Grundform städtischer Vergesellschaftung“ (Barth 1974: 58) dessen, was als Öffentlichkeit, im konzeptionellen Gegensatz zur Privatheit, bezeichnet wird. Man könnte auch sagen, Stadt wird in der Summe aller in ihr stattfindenden Handlungen generiert, also performativ hergestellt.⁶⁰

Deutlich werden soll hier vor allem, dass der Begriff der Öffentlichkeit, ganz im Sinne Lefebvres, raumsemantische und symbolisch-kommunikative Aspekte mit alltäglichen Lebenspraktiken und zudem ordnungspolitischen und territorialisierten Elementen in permanent umkämpften, ‚contested spaces‘ des öffentlichen

59 Der Begriff der ‚Artikulation‘ ist etwa bei Stuart Hall (nach Laclau) ‚schön‘ doppeldeutig (Hall, 2000: 65). So bedeutet (sich) artikulieren einerseits ‚sprechen, zum Ausdruck bringen‘ es kann aber auch als Verknüpfungsform, ‚die unter bestimmten Umständen aus zwei Elementen eine Einheit herstellen kann‘ (aber nicht muss). Dies bezieht sich bei Hall besonders auf die ‚Einheit eines Diskurses‘, wie sich hier ‚bestimmte ideologische Elemente [...] in einem Diskurs verbinden‘ (ebd). In Zusammenhang der hier Öffentlichkeit generierenden praxisbezogenen Artikulationen verbinden sich hegemoniale Dispositive und subjektive Handlungen, die aber durchaus praktisch durchbrochen werden können. Siehe: Hall, Stuart (2000): Postmoderne und Artikulation. In: Rätzl, Nora [Hrsg.]: Stuart Hall. Cultural Studies. Ein politisches Theorieprojekt. Ausgewählte Schriften 3. Berlin: Argument. S. 52-77.

60 Allerdings birgt dieser Bezug auf das Performative auch ambivalente Züge. So unterstreicht es einerseits den arbiträren und dynamischen Charakter der Stadtkultur als generatives Element und eröffnet in der Denkfigur der sozialen Konstruktion qua Performanz den Verweis auf deren auch materielle Körperlichkeit, deren gebaute Form in ihrer symbolischen Deutung. Andererseits verschwimmen die Konturen der handlungsleitenden Bedingungen hinter einem allgemeinen und scheinbar ubiquitären Performanzansatz. Gerade in den kleinen Städten können Handlungsmöglichkeiten für unterschiedliche Menschen sehr unterschiedlich sein.

städtischen Raumes vereinigt. (Low/Lawrence-Zúñiga 2003: 19). Als für meine Untersuchung relevante Dimensionen der Debatte um Stadt und Öffentlichkeit sind vor allem zu nennen:

- der städtische Raum als kristallisierte symbolische Ordnung gesellschaftlicher Machtverhältnisse,
- städtische Öffentlichkeit als Partizipationsforum der unterschiedlichen anwesenden Akteuren und
- Öffentlichkeit als Synonym lokaler Kommunikation in nicht primär verregelten und institutionalisierten Debatten im Kontext städtischer Konfliktszenarien.

Alle Dimensionen sind Elemente des sozialräumlichen Produktionsprozesses von Stadt unter Beachtung der Zuweisung von SprecherInnen- und Handlungspositionen, von Ressourcen und Restriktionen, Strategien und Taktiken (De Certeau 1988: 77) der subjektiven und kollektiven Beteiligung am städtischen Geschehen. Um Missverständnisse hinsichtlich eines scheinbar für alle im selben Maße öffentlichen Raumes der Straßen, Plätze und anderen urbanen Räume zu vermeiden, soll im Folgenden dieser Zustand der permanenten, mehr oder weniger dynamisch-prozesshaften Aushandlung von z.B. Ab- oder Anwesenheitsrechten, aber auch die Folge der Abwesenheit von bestimmten Personengruppen unter dem Ansatz der Stadtkultur behandelt werden.

Öffentlichkeit als symbolische Ordnung

„The spatial practice of a society is revealed through the deciphering of its space“
(Lefebvre 1991: 38)

Stadtkultur manifestiert sich als (symbolische) Ordnung des sozialen Raumes, als lokales Bedeutungssystem, einem „signifying system“ (Raymond Williams nach Marchart 2008: 84). Sie kann als elementares und umfassend wirksames Merkmal jeder Stadt in ihrer dort jeweils spezifischen Ausprägung betrachtet und interpretiert werden. Diese drückt sich aus in den Manifestationen der Trennung in öffentliche und private Bereiche sowie in der (An-)Ordnung und dem baulichen Charakter, der Gestalt und der Ästhetik von Gebäuden und Straßen; des Weiteren in den Nutzungsmöglichkeiten, Bewegungsspielräumen für Auto- und FahrradfahrerInnen sowie FußgängerInnen, den Zugangsmöglichkeiten und Barrieren für Rollstühle und Kinderwagen, der Gestaltung von Plätzen und Freiflächen, etwa deren ‘Möblierung’ mit Parkbänken, Spielgeräten oder Denkmälern. Diese materialisierte Ordnung ist kein fester Zustand, sondern ein – in unterschiedlichen Tempi verlaufender – dynamischer Aushandlungsprozess.

In der vorliegenden Arbeit soll untersucht werden, wer sich zu welchem Zweck, in welcher Form in diesen Räumen aufhält und wer welche Zugangsmöglichkeiten, Bewegungshorizonte und Restriktionen im symbolisch-materialisierten Sinne auf sich nehmen muss. Es wird hier davon ausgegangen, dass die symbolische öffentliche Ordnung der Stadt, etwa als Trennung in sogenannte öffentliche und private Räume, analog zu dominanten gesellschaftlichen Herrschaftskonzeptionen erscheint. Dieser Verweis auf Gesellschaft und ihre Ungleichheit ist keinesfalls banal, lässt sich doch die Wirkmächtigkeit gesellschaftlicher Strukturierungen entlang der immer noch bedeutendsten Kategorien sozialer Ungleichheit gender, class, race (aber auch Alter und Beweglichkeit) in der städtischen Öffentlichkeit als Grundkonstante beobachten (Löw; Allen etc.). Die symbolische Ordnung der Öffentlichkeit wird von institutionalisierten, oftmals materialisierten und ritualisierten Betretungs- und Überschreitungsmöglichkeiten, -geboten und -verboten auf unterschiedlichsten gesellschaftlichen Maßstabsebenen geprägt: Diese 'scales' verlaufen z.B. verrechtlicht anhand privater, kommunaler, korporativer oder staatlicher Besitz- und Zugehörigkeitstitel. Gerade diese Ordnungsverhältnisse markieren den Zustand sozialer Hierarchien, als Kristallisationen von lokaler Vergemeinschaftung und gesellschaftlicher Dynamik der Zugehörigkeit. Diese lassen sich in Prozessen des Ein- und Ausschlusses, der 'Wir'/'Ihr'-Fragen (Elias/Scotson 2002), der Geschlechterordnungen, der Fragen von Ökonomie und Arbeit, des 'Innen' und 'Außen' einer Gesellschaft, ihrer Grenzen und Nischen betrachten.

Symbolische Ordnung der Öffentlichkeit

Die politische und soziale Öffentlichkeit eines Stadtraumes entsteht nicht primär in den planerischen Arbeiten der Freiraumgestaltung, der Privatisierung oder der Anlage von verkehrsberuhigten Zonen, sondern erst in Aushandlungs- und Kommunikationsprozessen der dort anwesenden Akteure. Stadtkulturelle Öffentlichkeit kann in diesem Sinne als Arena der Aushandlungen von Stadtkultur(en) bezeichnet werden. Städte bilden somit stadtkulturelle Labore, die sowohl als Aggregate aber auch Medien derselben verstanden werden können. Dabei können verschiedene Orte spezifische Bedeutung für städtische Kulturen und Atmosphären erlangen: etwa Orte der Ankunft und Abfahrt, Transitionsräume und Treffpunkte des Fremden und des Anderen, der AußenseiterInnen, Marginalisierten, also Bahnhöfe und deren Vorplätze, Kneipen oder Tankstellen, aber auch bestimmte Wohnviertel und Straßenbereiche, etwa innerstädtische Fußgängerzonen und Marktplätze. Bei diesen Orten handelt es sich weniger um Schauplätze im Sinne einer Bühne, wie dies Erving Goffman (1963) dargestellt hat. Hier werden keine

Rollenspiele in einer für alle scheinbar einheitlichen Kulisse aufgeführt. Es findet auch keine Aneignung dieser für andere gebauten Bühne statt, sondern alle hier Handelnden sind aktive oder passive AgentInnen der Herstellung dieser Arena selbst. Diese Abgrenzung von der Vorstellung einer Aneignung der Stadt als Bühne (siehe Exkurs: Aneignung und Lebensführung) eines aufgeführten Rollenspiels (Goffman) ist bedeutsam, weil damit die städtischen Akteure aus dem Status der StatistInnen in den von aktiv Handelnden versetzt werden, die nicht nur taktisch die Strukturen der Obrigkeit umgehen (De Certeau 1980), sondern die gesamte Gesellschaft in ihren Handlungen permanent re/produzieren.

Öffentlichkeit als Verfahren lokaler Kommunikation und Partizipation

Der symbolischen Ordnung der Stadt stehen die Räume und Praktiken der 'vielen Körper' einer gesellschaftlichen Öffentlichkeit dialektisch gegenüber, besser gesagt: Die Praktiken der in der Stadt anwesenden Menschen bedeuten einen ständigen kommunikativen Aushandlungsprozess, der diese Öffentlichkeit konstituiert. Diese sozialen Praktiken werden einerseits demokratisch konnotiert (Deutsche 1998)⁶¹, indem sie mit Öffnung, Zugänglichkeit, Teilnahme an Entscheidungen, sozialem Einschluss von Menschen assoziiert werden. Doch auch diese Öffentlichkeit ist in erster Linie ein Ort der gesellschaftlichen Arbeit, der (konflikthaften) Aushandlung sozialer Macht und kultureller Anerkennung, Repräsentation, Wahrnehmung und Rücksichtnahme. Beide Kategorien sind als historisch und sozialräumlich kontingent, immer mehr oder weniger dynamisch zu verstehen. Kritisch bleibt, dass es sich bei klassischen und die Debatte nachhaltig prägenden Arbeiten wie etwa Jürgen Habermas (1989) „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ eher um idealisierte Formulierungen zukünftiger Vorstellungen, denn um eine macht- und sozialraumsensible Darstellung gegenwärtiger westeuropäischer Zustände handelt. So werden Habermas auch universalisierende Vorstellungen und ein Mangel an Sensibilität für Fragen der räumlichen Maßstäblichkeit und gesellschaftlicher Kontexte vorgeworfen (Howell 1993). Habermas, so seine KritikerInnen, idealisiere die bürgerliche Öffentlichkeit im Sinne der

61 Deutsche, Rosalyn (1998): The term „public“ has democratic connotations. It implies „openness,“ „accessibility,“ „participation,“ „inclusion“ and „accountability“ to „the people.“ Deutsche, Rosalyn (1996): *Evictions. Art and Spatial Politics*. Cambridge/London: MIT Press. Hier zitiert nach Marchart, Oliver (1998): Marchart, Oliver (1998): *Kunst, Raum und Öffentlichkeit(en)*. Einige Anmerkungen zum schwierigen Verhältnis von Public Art und politischer Theorie. Quelle: <http://eipcp.net/transversal/0102/marchart/de>. (letzter Zugriff: 3.11.2010).

bürgerlichen Sphäre der Gesellschaft und beachtete nicht, dass gerade für diese bürgerliche Öffentlichkeit der Ausschluss von nicht-bürgerlichen Schichten, von Frauen und ethnisierten Gruppen geradezu konstitutiv erscheint (Howell 1993; Fraser 1997). Nancy Fraser stellt zudem in Frage, ob Habermas' öffentliche Sphäre tatsächlich im Gegensatz zur sogenannten privaten Sphäre zu denken sei oder ob sich hier nicht vielmehr eine maskulinistisch-patriarchale Sichtweise der Naturalisierung dominanter, hegemonialer Konzepte reproduziere, eine Aufspaltung öffentlicher Räume für Praktiken (bürgerlicher) Männer und häusliche Privatheit als Ort der Frauen: „[W]hat counts as private and public is itself the result of political struggle“ (Fraser, nach Pratt, ebd. 2005: 636). Dies verdeutlicht den umstrittenen Charakter nicht nur politischer Öffentlichkeit, sondern des temporären und sozialräumlichen Konstruktionsprozesses von Öffentlichkeit und Privatheit im Sinne einer „power-geometry of spatialities“ (Massey). Oder mit den Worten Rosalyn Deutsches: „Social space is produced and structured by conflicts. With this recognition, a democratic spatial politics begins“ (Deutsche 1996: xxiv hier 1998: o.S.).⁶²

Oft werden diese konflikthafter Aushandlungsprozesse unter dem Stichwort der 'Aneignung' städtischer Räume, etwa als 'Gegenöffentlichkeit' eines städtischen Aktivismus aufgegriffen und so einer irreführenden Vorstellung von Struktur und (antagonistischer) Handlung zugearbeitet. Ein kurzer Exkurs zum Aneignungsbegriff möchte im Folgenden diese Debatte skizzieren und kritisieren.

Exkurs: Alltagshandlungen als Aneignung und Lebensführung?

Der besonders in der Stadtdebatte beliebte Topos der 'Aneignung' findet in letzter Zeit umfangreiche Verwendung vor allem in der sozialraumorientierten Jugend- und Sozialarbeit.

Aneignung wird hier aus der sozialpädagogischen Perspektive auf typische Entwicklungsdimensionen von Kindern- und Jugendlichen und deren 'Raumaneignungshandlungen' hin diskutiert: Kinder und Jugendliche lernen in sozialräumlichen Kontexten, ihr Leben findet in vielfachen und zunehmend auch virtuellen Raumbezügen statt (Deinet 2004).

62 Deutsche, Rosalyn (1996): *Evictions. Art and Spatial Politics*. Cambridge/London: MIT Press. Hier zitiert nach Marchart, Oliver (1998): *Kunst, Raum und Öffentlichkeit(en)*. Einige Anmerkungen zum schwierigen Verhältnis von Public Art und politischer Theorie. Quelle: <http://eipcp.net/transversal/0102/marchart/de>. (letzter Zugriff: 3.11.2010).

„Aneignung meint sehr allgemein das Erschließen, Begreifen, Verändern, Umfunktionieren und Umwandeln der räumlichen und sozialen Umwelt. Aneignung impliziert das aktive Handeln des Subjektes, seine Auseinandersetzung mit der räumlichen und sozialen Umwelt“ (Deinet/Reutlinger 2006: 295).

Der Aneignungsbegriff erlebt gegenwärtig nicht seine erste Hochkonjunktur. Im Zuge der Marx-Rezeptionen der frühe 1970er Jahre war er als Gegenentwurf zur Entfremdung zu einem „Schlüsselbegriff Marxschen, aber auch liberalen Denkens geworden ... [...] es gibt ebenso viele Ausprägungen und Dimensionen von Aneignung wie Formen, Subjekte und Bewandnisse von Eigentum also als Akt der Bemächtigung von etwas, das jemand anderem oder jedermann gehört“ (Haug 1994: 233)⁶³... In der kritischen Psychologie und Pädagogik bei Klaus Holzkamp wird als Gegensatz zur Aneignung nicht Entfremdung eingesetzt, sondern Enteignung als „strukturelle[r] Ausschluss von allen relevanten Formen der gesellschaftlichen Teilhabe (was z.B. in der Wiederkehr der Bevölkerungsgruppe der sogenannte Überflüssigen aktuell besonders prägnant und dramatisch zum Ausdruck kommt).“ (Holzkamp zit. nach Braun 2004: 24)

Bezug nehmend auf die Arbeit „Überwachen und Strafen“ von Michel Foucault diskutiert auch Michel de Certeau (1988:15ff) unter dem Begriff der Aneignung alltägliche Handlungsweisen als subversive ‘Taktiken’ des Kampfes gegen die Disziplinierungs-Apparate, der Mikrophysik der Macht: De Certeau betont hier vor allem den vielgestaltigen Charakter des alltäglichen Handelns; „die abertausend Praktiken, mit deren Hilfe sich die Benutzer den Raum wieder aneignen, der durch die Techniken der soziokulturellen Produktion organisiert wird“ (ebd.). Er sieht dies als Ergänzung zu Foucaults Macht-Theorie der Subjektivierung, als einen Aspekt des Abschiedes vom widerspenstig handelnden Subjekt. Diese vielfältigen Widerstandshandlungen der Raumanneignung würden sowohl analog als auch konträr zu Foucaults Thesen verhalten:

„Analog, da es sich darum handelt, die quasi mikrobenhaften Operationen zu bestimmen, die sich im Inneren der technokratischen Strukturen verbreiten und deren Funktionsweise durch eine Vielzahl von „Taktiken“ unterlaufen, die sich in den „Details“ des Alltäglichen artikulieren; konträr, da es sich nicht mehr darum handelt herauszuarbeiten, wie die Gewalt der Ordnung sich in eine disziplinierende Technologie umsetzt, sondern darum, die untergründigen Formen ans Licht zu bringen, welche die zersplitterte, taktische und bastelnde Kreativität von Gruppen und Individuen annimmt, die heute von der „Überwachung“ betroffen sind. Diese

63 Aneignung: In: Haug, Wolfgang .Fritz [Hrsg.] (1994):Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus. Band 1, S. 233-249.

Praktiken und Listen bilden letztlich das Netz einer Antidisziplin“ (De Certeau, 1988: 16).⁶⁴

Diese sympathische, aber nichtsdestotrotz ambivalente Betonung des widerständigen und antidisziplinären, auch antiautoritären Charakters des Alltagshandelns soll hier nicht völlig zurückgewiesen werden, gerade in den Praktiken der Klandestinität. Mit den Taktiken, Listen und tatsächlicher Neubestimmung ‘geschützter’ oder zumindest temporär sicherer Orte De Certeaus – etwa aus der Perspektive von illegalen Flüchtlingen oder der Residenzpflicht unterworfenen AsylbewerberInnen – lässt sich durchaus überzeugend argumentieren. Gleichzeitig ist aber den späteren Thesen Foucaults zur Gouvernementalität und Biomacht-Konstitution spätmoderner Gesellschaften nicht zu widersprechen: Mit zunehmender Wirksamkeit eines biopolitischen Charakters der Selbstkontrolle werden Vorstellungen einfach ‘anzueignender’ Räume als Subversion, Veränderungsansatz oder gar ‘Freiraum’ ambivalent.

Der bereits von Max Weber als Kunst der Lebensführung bezeichnete Versuch, sich mit den Widersprüchen und alltäglichen Entscheidungskomplexitäten zwischen Hedonismus, Vernunft und Moral, gesellschaftlichen Zwängen, subjektiven Freiheiten und Konventionen zu entscheiden, ohne dass bereits klar strukturiert vorgegeben wird, wie sich zu verhalten richtig sei, kennzeichnen die Dilemmata der modernen MetropolenbewohnerInnen De Certeaus. Das Wissen um das ‘gute und richtige Leben’ muss sich zunehmend selbst angeeignet werden. Die hegemonialen Institutionen der Kodifizierung von Lebensführung verlieren an Macht, werden durch neue und weiterentwickelte Konzepte der Subjektivierung (Boltanski/Chiapello 2003; Ehrenreich 2009) ersetzt oder differenzieren sich weiter aus. Die moralischen, gesundheitlichen und geschmacklichen Präferenzen mögen wechselhaft sein, sie völlig zu ignorieren und allein nach Vorgaben einer disziplinierenden Autorität zu handeln, scheint ein Auslaufmodell der früheren Disziplinargesellschaft zu sein. Die spätmoderne (Selbst-)Kontrollgesellschaft setzt – so Foucault – auf Selbstregierung und Kontrolle der eigenen Bedürfnisse, Artikulationen und Verhaltensweisen. Bei De Certeau werden die subversiven Alltagspraktiken, die Listen und Taktiken der Aneignung der (Räume in den) technokratischen Strukturen als Gegenkampagne des Alltäglichen angesehen. Doreen Massey wiederum sieht hier bei De Certeau eindeutig strukturalistische, binäre Denksysteme am Wirken:

64 De Certeau verweist hier in einer Fußnote (FN 6) unter diesem Begriff der „Antidisziplin“ explizit auf die Arbeiten Henri Lefebvres, besonders auf dessen „Kritik des Alltagslebens“ als von „grundsätzlicher Bedeutung“ (de Certeau 1988: 361).

„[...] the model of power with which it operates [De Certeaus Ansatz] is essentially one which opposes the strategies of the powerful to the tactics of the little people, those who resist. It is an engagement with structuralism – an attempt to find a way out of a system which in fact has no exit signs. What De Certeau does is to retain ‘the structure’ as his conceptual starting point and to recruit guerrillas to attack it.“ (Massey 2000: 280)

Zusammenfassung

Symbolische Ordnungen und die Aushandlungsprozesse städtischer Öffentlichkeit und Privatheit sind gesellschaftlich strukturiert, daher historisch und sozialräumlich kontingent, also immer mehr oder weniger dynamisch zu verstehen. Die Praktiken der in der Stadt anwesenden Menschen bedeuten einen ständigen kommunikativen Aushandlungsprozess, der diese Öffentlichkeit konstituiert. Dieser Prozess wird in dieser Arbeit unter dem Begriff der Stadtkultur konzeptionalisiert und zugrunde gelegt. Ein wesentlicher, oder besser, der integrale Aspekt dieser Öffentlichkeit ist die Kommunikation der in diesem Prozess anwesenden Akteure. Dies geschieht in der direkten Konfrontation und Begegnung, der sprachlichen Artikulationen der verbalen und körperlichen Auseinandersetzung, aber auch der oft nonverbalen, symbolisch- materialisierten Spuren und Artefakte früherer Anwesender, etwa in Gestalt von gebauter Stadt und deren Infrastrukturen. Eine wesentliche Grundlage dieser stadtkulturellen Kommunikation ist die Vorstellung dessen, was die Wirklichkeit der Stadt bestimmt und wer in diesem Raumausschnitt als ‘wen oder was’ anzusprechen möglich erscheint. Hier wird beispielsweise thematisiert, wie städtische Akteure als Gruppen kategorisiert, also ‘gelabelt’ und ‘geframt’ werden und wie ihr Handeln durch unterschiedliche SprecherInnen dargestellt, erklärt, entschuldigt oder skandalisiert wird. Dies soll im nun folgenden Unterkapitel aufgegriffen werden.

1.5 Vom Reden über Räume und Menschen

„Social classifications and their positive or negative evaluations are universal human phenomena. As scholars from different disciplines have shown, they structure the social environment and provide a foundation for guiding the actions of people and groups. Furthermore, classifications are orientation systems that allow individuals and groups to define their place in society“ (Sutlerlüty/Neckel, 2006: 798).

Städte stellen für die dort lebenden Menschen, ihre Gäste, Planer, Politiker und Verwalter jeweils ganz spezielle symbolische Ordnungen, also ‘maps of meaning’ (Jackson 1989) dar. Die Erstellung solcher Bedeutungs-Kartographien ist inte-

graler Bestandteil jeder menschlichen Auseinandersetzung mit Räumen. Hier werden Orte zueinander in Beziehung gesetzt und mit unterschiedlicher Bedeutung für die Akteure versehen. Dies geschieht freilich 'nicht aus freien Stücken', sondern im Verhältnis intersubjektiver gesellschaftlicher Strukturierungen – man könnte auch sagen auf Grundlage von hegemonialen Dispositiven, common sense oder Doxa – sowie von den jeweiligen Akteuren individuell vorgenommener Deutungen und Handlungsweisen. Ein wichtiger Aspekt dieser Erstellung kognitiver Bedeutungskarten ist die soziale Kommunikation über diese Orte, also eine elementar kulturelle Praxis. Grundsätzlich soll behauptet werden, dass sprachliche Markierungen Grenzen ziehen und Kategorien definieren, auch wenn diese sich mitunter als poröser herausstellen als angenommen. (vergl. Hall 1998: 38)

Das Reden über die Stadt als sprachliche Konstruktion von Raum

„Between the experience of living a normal life at this moment on the planet and the public narratives being offered to give a sense of that life, the empty space, the gap is enormous. The desolation lies there, not in the facts“ (Berger 2001: 176).

Diskussionen und das Reden über 'den Raum' haben in Deutschland ganz besondere, auch historisch bedingte Konnotationen. Darauf verweist bereits das 1945 erschienene Glossar „Aus dem Wörterbuch des Unmenschen“ (Sternberg/Storz/Süsskind 1970)⁶⁵ unter dem Eintrag zum Begriff 'Raum'. Der damalige Verfasser und spätere CDU-Kultusminister in Baden-Württemberg Gerhard Storz⁶⁶ verweist darauf, dass Wörter nicht nur ihr Schicksal haben, sondern auch Schicksale machen: Das Wort Raum habe „nicht nur faulen, sondern bösen und furchtbaren Zauber verübt“ (Sternberg/Storz/Süsskind 1957: 103) etwa in der zur stattlichen Blase emporgetriebenen Wissenschaft der Geopolitik. Die starke raumbezogene Ausrichtung des Nationalsozialismus und seiner angestrebten geopolitischen Großraumordnung, war auch ein Sprachspiel zur ideologischen Einstimmung auf das Imperium. Die Rede über 'Blut und Boden' 'Raumnot', 'Großraum' und den 'neuen Raum der Deutschen' war aber nicht nur ein propagandistisches Instrument des nationalsozialistischen Expansionsdranges, sondern war zugleich ein Begriff, der im intellektuellen Feld dazu diente, den

65 Sternberger, Dolf/Storz, Gerhard/Süsskind, W.E. (1957): Aus dem Wörterbuch des Unmenschen. Hamburg: Claassen Verlag. Eine erste Ausgabe war bereits 1945 erschienen.

66 Storz wurde 1958 Kultusminister in Baden-Württemberg, seit 1964 lehrt er als Honorarprofessor in Tübingen und international.

Nationalsozialismus geistig zu adeln (vergl. Köster 2002: 89). Auch daher, so wird andernorts vermutet, hat sich die bundesdeutsche Geographie nach 1945 so schwer getan, raumtheoretische Impulse aus Debatten anderer Länder aufzugreifen, das 'Reden über den Raum' galt als nationalsozialistisch kontaminiert (vergl. Schlögel 2006: 52). Die Bedrohung einer möglichen erneuten 'Fetischisierung des Raumes' (Bahrenberg 1997; Weichhart 1999; Belina 2000: 135) ist zu einem langjährigen Verdrängungsfall dieser Disziplin geworden. Allerdings hat eine tiefgehende Auseinandersetzung des Faches Geographie mit dem NS und deren speziellen Rolle von deutschen Geographen auch erst in den späten 1970er Jahren begonnen und sich nur zögerlich fortgesetzt. Dazu hatten auch die 'Raumexorzisten' (wie etwa Werlen)⁶⁷ der geographischen Gegenbewegung gegen die 'Raumfetischisten' nichts beigetragen.

Das hier gemeinte 'Reden über den Raum' umfasst aber weniger die geopolitischen und sozialpolitischen Strategien politischer Eliten, sondern den alltäglichen Beitrag sprachlich kommunikativer Verfahren⁶⁸ bei der Produktion des Raumes. Der eingangs vorgenommene Hinweis auf den Nationalsozialismus soll aber gleichzeitig unterstreichen, dass der damalige 'spatial turn' im Nationalsozialismus ebenfalls substantiell aus einer Verbindung verräumlichter Kategorien und Metaphoriken mit kulturellen Attributen bestand. Ein wesentlicher Bestandteil dieser Aufladung des Raumes mit nationalsozialistischen Ideologemen war dessen kommunikative Erschließung in der Propaganda und ihrer kartographischen Visualisierungen. Auch hier wurde Raum nicht alleine militärisch erobert und verloren, sondern kommunikativ zu diesem Zwecke (re)produziert.

Seit mehreren Jahrzehnten wird die Rolle kommunikativer Prozesse bei der Konstitution, Konstruktion oder Produktion des Raumes (im Sinne Lefebvres) allerdings auch wieder in Deutschland geführt. Eine fruchtbare Verbindung haben diese Debatten beispielsweise mit auf Foucault bezogenen machtkritischen und hegemonietheoretischen Ansätzen (Laclau/Mouffe 1985) erfahren. Als besonders anregend seien hier die Beiträge zur diskursiven Konstitution einzelner Raumausschnitte, wie etwa von zu 'Ghettos' erklärten Stadtteilen (Best/Gebhardt 2001) und Großwohnsiedlungen (Brailich/Germes/Schirmel/Glasze/Pütz 2008)

67 Benno Werlen plädiert m.E. in falscher Dichotomisierung für eine gesellschaftszentrierte und nicht raumzentrierte Geographie.

68 Der kommunikative Akt des Sprechens über den Raum ist von der bildlich-kommunikativen (und anderer ästhetisch-sinnlicher Wahrnehmungsformen) nur schwer zu trennen. Visuelle Repräsentationen spielen als 'Raumbilder' im engeren Sinne eine ebenso konstitutive Rolle als Materialgeber, Zeichensprache und Produkt solcher kommunikativer Raumbildungsprozesse.

oder ganzer Regionen (z.B. Ostdeutschland, siehe: Schlottmann 2005) und Städte wie etwa Frankfurt am Main (Mattisek 2008) erwähnt.

Der Ansatz der diskursiven Regionalisierung wie er in Anlehnung an Konzepte des Sozialgeographen Benno Werlen⁶⁹ von Glasze, Schirmel, Pütz, Mattisek et al. (Glasze/Mattisek 2009) in Deutschland verfolgt wird, bezieht sich vor allem auf die medialen Konjunkturen und erschließt Konzentrationen von Schlüsselbegriffen in lexikometrischen Verfahren. Ohne auf die aus den Sprachwissenschaften übernommene Problematik der Lexikometrie ausführlicher einzugehen, sind vor allem die Ergebnisse dieser Untersuchungen für die hier eingenommenen Perspektive interessant. Die AutorInnen erfassen unter Einsatz quantitativer Auswertungsverfahren medial kommunizierte Diskurse um Großwohnsiedlungen in mehreren überregionalen Zeitschriften dieser Länder durch die damit korrelierenden Begrifflichkeiten. Die Ergebnisse sind einerseits wenig überraschend, belegen aber auch deutliche regionale Unterschiede. Während die Siedlungen der französischen Banlieus, aber auch westdeutscher Trabantenstädte Begriffshäufungen wie etwa 'Unsicherheit', 'Gewalt' und 'Delinquenz' – meist in Verbindung mit Jugendlichen – aufweisen, werden ostdeutsche Plattenbausiedlungen vor allem durch die Verbindung von Begriffen wie 'Rechtsextremismus' und 'rechter Gewalt' als bedrohliche Orte markiert und kommunikativ hervorgebracht (Brailich/Glasze/et al, 2008: 121). Dass es sich bei der hier auftretenden Verbindung von Großwohnsiedlungen und dort herrschende Gewaltverhältnisse nicht um allgemeine, universelle Attribute solcher Siedlungen handelt, macht die Studie im Bezug auf polnische Großwohnsiedlungen deutlich. Hier haben die ForscherInnen herausgefunden, dass diese vielmehr selbst als 'bedrohte Orte' kommuniziert werden. Hier kommt die Gefährdung von Außen in Form von

69 Bei Benno Werlen werden die (stigmatisierte) Stadt, oder andere Orte als Raum-ausschnitt zu einer Region, einem spezifischen Schauplatz (setting) die durch drei unterschiedliche praktische menschliche Handlungen hergestellt werden:

a) Die produktiv- konsumtiven Regionalisierungen umfassen Handlungsrahmen in dem Subjekte im Horizont des Wirtschaftens“ agieren, unter b) normativ-politischen Regionalisierungen wird die an autoritative Ressourcen gebundene Herrschaft über Territorien verstanden. Die c) informativ- signifikativen alltäglichen Regionalisierungen umfassen das weite Feld der diskursiven Herstellung von Orten. Ungeachtet unterschiedlicher Vorstellungen der hier agierenden Subjekte und deren Positionen ist dies der Bereich der Bedeutungskonstruktion, der mentalen Dispositive also der für Vorstellungen, Deutungszuweisungen und Bildwelten zuständige Bereich des Stigmatisierenden. Die hier konzeptionalisierten subjektiven Bedeutungszuweisungen sind ähnlich der „spaces of representation“ bei Lefebvre die Ebene der Relationen von Raum und Signifikation (Werlen, 1997: 381).

kleinkriminellen Dieben und Einbrechern, die das Eigentum der hier Lebenden im Visier haben (ebd, 2008: 122ff). Jeder, der einmal polnische Plattenbausiedlungen der sozialistischen Ära im postsozialistischen Gewand besucht hat, kann bestätigen, dass der Abwertungsdiskurs und soziale Abwärtsspiralen wie in (ost)deutschen Siedlungen dort nicht, oder zumindest weit weniger festzustellen ist. Leider enden die lexikometrisch erfassten Befunde der SozialgeographInnen bei der Feststellung dieser Häufungen der Schlüsselbegriffe und komplexen Visualisierungen dieser semantischen Felder. Eine Antwort auf die interessante Frage der Rezeption solcher Zuschreibungen im Sinne stigmatisierender Verfahren und deren Umgang damit, wird hier nicht möglich. Dabei sind gerade bei den auf Raumbildern aufliegenden 'framing'-Verfahren (etwa den unter positiven Vorzeichen der Stadtvermarktung eingesetzten 'urban brandings' und negativen Stigmatisierungen) schnelle Rückschlüsse und Essentialisierungen ihrer Deutungen problematisch. Die zentralen Medien dieser Verfahren sind vor allem die modernen Massenmedien wie Printmedien, Fernsehen, Internet. Diese stehen in einem tauschwertorientierten, also warenförmigen Wettbewerb um Auflage, Quote und KäuferInnen. Gleichzeitig sind sie ProduzentInnen von Meinung, Bedeutung und Vorstellungen aller Art. Allein aus deren Berichterstattung und Inhaltsanalyse darauf zu schließen, es wäre bereits klar, wie diese Produkte auf ihre sie lesenden (oder gar bewohnende) KonsumentInnen wirken, ist seit den Einwänden gegen diese Art der Kulturindustrie (Adorno/Horkheimer) zweifelhaft bzw. nur in einer aufwändigen Rezeptionsforschung zu ergründen (Börjesson 2003). Andere Zugänge vertritt etwa eine kritische, qualitativ orientierte Diskursforschung (siehe etwa Norman Fairclough 1992, 2003; Siegfried und Margret Jäger 1999; Siegfried Jäger 2004; Jürgen Link 1997; Ruth Wodak/de Cillia/Reisigl 1998) oder sich darauf beziehende Ansätze, die Diskursanalyse als Gesellschaftsanalyse verstehen (Belina/Dzudzek, 2009: 129ff). Diese folgen nicht der lexikometrischen 'Magie der Zahl' quantitativ orientierter Wahrheitsproduktionen. Diskurse werden hier als Momente von Gesellschaft verstanden, die gleichzeitig durch sie hervorgebracht werden (ebd.). Dieser dialektische Ansatz versteht sich nicht als sprachanalytisches Unterfangen, sondern als machtkritisches Projekt der Gesellschaftsforschung (ebd.: 130).

'Framing' und 'Labelling' als sprachliche Konstruktion von Wirklichkeit

Das Reden mit anderen Menschen sowie die Konstruktion gesellschaftlicher Wirklichkeit erfolgt unter Bildung und Wiederholung von sozialen Kategorisierungen, Typologisierungen, als Grundlagen der Sprache und des gesellschaftli-

chen Konstruktion von Differenz und Ordnung. Im Kontext der jeweiligen Anwendungsbereiche, etwa in politischen Debatten, Wissenschaft und Forschung, Rechtssprechung, Diskussionen und Plänen der Stadtentwicklung etc. werden jeweils ‘frames’, also semantische Felder und Rahmungen eines Erklärungszusammenhanges und dessen Etikettierungen und Merkmalsbezeichnungen (‘labels’) verwendet, um Positionen zu unterstreichen und anderen zu beschreiben, was sie tun. In der Literatur wird hier etwa in drei Dimensionen der ‘labelling’-Verfahren und ihrer ‘frames’ unterschieden (Moncrieffe 2007:1ff). Diese sind a) auf der Handlungsebene als machtvoll strukturierte Verfahren/Praxen zu betrachten. Dazu gehören aber auch b) die Motivationslagen und Rezeptionen, also Kommunikationsprozesse der in den Prozessen beteiligten, sowie c) deren Strukturen und institutionalisierten Bedeutungen.

a) ‘labelling’-Prozesse können als Handlungen verstanden werden, bei denen machtvolle Akteure bestimmte ‘frames’ benutzen, um die Art und Weise zu beeinflussen, wie etwa bestimmte Menschengruppen zu betrachten und zu behandeln sind.

„Framing refers to how we understand something to be a problem, which may reflect, how issues are represented (or not represented) in political diabetes and discourse“ (Moncrieffe 2007: 2).

b) Es gibt ganz unterschiedliche Motivationen und Ausgangslagen für ‘labelling’-Prozesse auf der Seite der ‘Signifier’, also der Bezeichnenden, der Markierer. Diese können aber andere Effekte bewirken als ursprünglich intendiert und somit auch andere Wirkungsweisen. Die Formen der Kategorisierungen können von den jeweiligen Personen und Gruppe selbst, oder aber von Anderen vorgenommen werden. Dies ändert dann natürlich deren Absichten, nicht aber die Wirkungsweisen auf die unterschiedlichen kommunikativen Sphären, anders gesagt, wenn bestimmte ‘labels’ und ‘frames’ erst einmal in populäre Diskurse Einzug gefunden haben, ist es schwer, diese wieder zu verdrängen oder in Frage zu stellen. Sie sind aber trotzdem als extrem dynamisch zu betrachten.⁷⁰ Dies kann in diesem Zusammenhang etwa an rassistischen Zuschreibungen wie ‘Neger’ oder an nationalstaatlich orien-

70 Siehe auch die im Stigmatisierungsdiskursen vorgenommenen Formen der Selbst- bzw. Eigenstigmatisierung: hier wird als Umgang mit pejorativen oder diskriminierenden Stigmen, der negativen begrifflichen Konnotation zur Umdeutung und Selbstwertsetzung als Abwehrmittel gegriffen. Prominenteste Beispiele sind sicherlich der nun subkulturelle Begriff des „niggers“ im Hip-Hop oder die sich abschwächende diskriminierende Kraft von „schwul“ oder „lesbisch“.

tierten wie 'Ausländer' oder Einwanderern festgestellt werden: „[L]abeling and framing processes involve complex relations of accountability and diverse obligatory relationships, complementary and conflicting“ (ebd., 2007: 3).

Es gibt nie vollständige Gewissheit über die Zuverlässigkeit der Wirkung des Sprachspiels. Also im Reden über bestimmte Gruppen, Konflikte, Wirklichkeiten müssen die begrifflichen Koordinaten von den Beteiligten geteilt werden. Das ist Grundlage von Sprache allgemein, aber ebenso der Grund für deren dynamischen Charakter, dass diese Signifier nämlich immer nur bedingten, relativen und relationalen Gehalt und Aussagekraft besitzen. Das ist die Ebene der Vermittlung von Wort und Welt, aber auch der Kämpfe um Anerkennung im Feld der Sprache.

Es soll vermutet werden, dass Institutionalisierung im Wesentlichen über Fixierungsversuche bestimmter begrifflicher Bedeutungen und der Abwehr ihrer fluiden Umdeutung funktionieren. Beispielsweise ist die Gewissheit von 'SprecherInnen' im lokalen Rahmen eines konfliktiven Szenarios, also derselben situierten Agenda des Problems, über das gleiche Phänomen, mit denselben Akteuren und Konfliktszenarien zu sprechen, zentraler Bestandteil dieser lokalen Kommunikation. Bereits die Beteiligung auswärtiger oder feldfremder SprecherInnen, wie etwa im Fall von mir als Berliner Kulturwissenschaftler hat hier Verwirrung gestiftet. Diese kann nicht nur als sozialpsychologische Irritation im Kennen lernen und bei vertrauensbildenden Maßnahmen verstanden werden. Dies lag gleichzeitig an der Konfrontation mit einer anderen Sprache und ihren Bestandteilen, über deren Verwendung und Verständnis sich in jeder Situation wieder neu verständigt werden musste. Daher rühren auch schnelle Vertraulichkeiten zwischen habituellen und sprachlich-semantischen Formen. Diese können als kulturell strukturierende und strukturierte Faktoren der Kommunikation als extrem wirksam festgehalten werden.

Gerade dieser dritte Dimension des 'labeling-approaches' macht dessen enge Verbindung zu medien- und kommunikationstheoretischen Theorien deutlich. Auf diese kann hier allerdings nicht ausführlicher eingegangen werden.

Exkurs: Framing – Kontingente Konfigurationen von Vergesellschaftung und Vergemeinschaftung

Ein Komplex an 'frames' umfasst Zuschreibungen zum Charakter der sozialen und ökonomischen Verfasstheit gegenwärtiger westeuropäischer Gesellschaften in Verbindung mit Thesen zur Individualisierung der Subjekte und einer Pluralisierung der Lebensstile. Diese moderne Individualisierungsthese ist weit verbreitet und wird vielfach zur sozialwissenschaftlichen und sozialpsychologischen

Beschreibung gegenwärtiger Zustände des Subjektes in den westeuropäischen Gesellschaften angerufen. Sie besteht im Wesentlichen aus den Postulaten eines Bindungsverlustes des Individuums an Konventionen und traditionelle Lebensweisen, Sozialmilieus und Organisationen und Institutionen. Diese 'neuen Zumutungen' der Postmoderne betonen die Notwendigkeit für den Einzelnen, heute seine Biographie stärker als jemals zuvor selbstverantwortlich planen zu müssen und dass „traditionelle sinngebende Institutionen (Familie, Kirche, Schule, Parteien u.a.) an Überzeugungskraft eingebüßt haben“ (Jaschke, 1993: 106). Diese verlorene Bindung wird auch als ein Verlust lokaler Vertrautheiten und überschaubarer sozialräumlicher Horizonte gelesen, sie ist sowohl bei den idealtypischen Kategorisierungen gesellschaftlicher 'disembeddedness' (Weichhart/Giddens und Werlen)⁷¹. Insgesamt lesen sich diese evolutionären, subjekttotalitären, sozialhistorischen und subjektgeschichtlichen Typisierung wie Tönnies' Thesen zum Gegensatzpaar der „kalten Gesellschaft versus warmer Gemeinschaft“ (Gebhardt 1999). In den sozialwissenschaftlichen Debatten über Sozialstruktur und soziale Ungleichheit spielen diese Thesen seit zwanzig Jahren eine bedeutende Rolle. Man kann diesen Zeitraum auch als von – in politisch-ökonomischer Terminologie gesprochen – fordistischen zu postfordistischen Akkumulationsregimen sprechen, die auf der Grundlage einer sozialräumlichen Neuskalierung möglich bzw. notwendig geworden sind. Wichtig ist allerdings auch hier der in diesem Zusammenhang der Spätmoderne, insbesondere im Kontext vermuteter 'nachindustrieller' Gesellschaften, auftretende Topos des „Modernisierungsverlierers“ (Jaschke 1993:106) oder gleich des 'Modernisierungsofifers' als Bezeichnung für Menschen, die von den neu entstandenen Freiheiten – aus welchen Gründen auch immer – keinen Gebrauch machen können – diese bilden das „soziale Potential des rechtsextremen Protests“ (Jaschke 1993: 105). Der Autor Jaschke stellt aber auch fest, dass mit dieser Individualisierungsthese alles erklärt werden könne,

71 Die These einer sozialen Einbettung der Individuen in einer (vorindustriellen) Gesellschaft stellt eine der wichtigsten Postulate gesellschaftswissenschaftlicher Entwicklungstheorien dar. Im Zuge der industriegesellschaftlichen Moderne folgte hier eine Entankerung/soziale Entwurzelung. Nachdem auf direkter (face-to-face) Kommunikation beruhenden Ortsbeziehungen (Giddens 1990: 18) folgt die Mobilisierung, etwa ehemaliger Bauern in die Industriestädte und darauf nun eine 're-embeddedness', oder zumindest Tendenzen solcher neuer lokaler und regionaler Verankerung. Siehe: Giddens, Anthony (1990): *The Consequences of Modernity*. Stanford: Stanford University Press; und in der deutschen Rezeption etwa: Werlen, Benno (1995): *Sozialgeographie alltäglicher Regionalisierung* (Band 1): *Zur Ontologie von Gesellschaft und Raum*. Stuttgart: Steiner.

diese sich auf der empirischen Ebene also kaum kritisieren lasse. Seine Kritik setzt an, dass sie zwar eine zutreffende Beschreibung der veränderten Stellung des Individuums innerhalb der Gesellschaft, nicht aber daraus folgende individuelle und kollektive Handlungsalternativen ermögliche“ (ebd.). Warum diese zu rechtsextremen Gruppen neigen, das lässt sich mit der Individualisierungs-These in keinster Weise klären“ (ebd.: 107). Oder anders gefragt: Warum entscheiden sich die betroffenen Personengruppen für rechtsradikale Parteien und nicht für eine linksradikale oder radikal-ökologische oder andere Kleinparteien?

1.6 Faktizität und Deutung: von der kritischen Diskursforschung zur Dispositivanalyse

„Empirism is not an option, if it ever was, because the ‘facts’ do not (and never will) speak for themselves“ (Gregory 1993: 275).

Eines der grundlegenden Elemente qualitativer Sozialforschung ist, dass es sich dabei nicht ausschließlich um eine Methodenwahl handelt, sondern um die Konfrontation mit und die Anwendung von Denken, das deutlich von positivistisch⁷² grundierten Annahmen, Ontologien und Epistemologien quantifizierender Forschung abweicht. Qualitative Forschung ist also keine reine Werkzeugkiste zum beliebigen Gebrauch, sondern vor allem auch eine Erkenntnismethode, also ein Verfahren, durch das Erkenntnis erzeugt wird (Jäger 1999: 53). In diskursanalytischen Verfahren geht es nicht darum, herauszufinden, was die ‘objektive Wahrheit’ ist, sondern stattdessen jeweils gegebene historische, sozial und kulturell situierte Gültigkeiten von Wahrheiten zu untersuchen (Jäger, 1999: 54). Ein häufiges Missverständnis – um nicht zu sagen der Kern des Streits zwischen radikalen und anderen Konstruktionstheorien – ist das Verhältnis von Diskursen zu Faktizität und Wahrheitserzeugung. Ich gehe in dieser Arbeit davon aus, dass es einen grundsätzlichen erkenntnistheoretischen Unterschied zwischen Fakten, (Realitäten, Wirklichkeiten) und deren Deutung als Wahrheiten gibt. Diese, mit Andrew Sayer (2000) als ‘Critical Realism’ bezeichnete Position, bezieht sich auf den Sozialkonstruktivismus als Hintergrund und Epistème der diskursanalytischen Deutung, also eines immanent kulturwissenschaftlichen Konzeptes. Deutungen sind jedoch nie voraussetzungslos (Jäger 1999: 57), sondern auf jeweilige Kontexte, deren Konstitutionsprozesse, Akteure, Kommunikationsformen und

72 Auch der von Foucault betonte „fröhliche Positivismus“ kann hier als Gegenmittel zu Empirismus und Szientismus verstanden werden.

Materialien zu beziehen. Das bezieht sich auch auf die Deutung und Interpretation von konkret Geschehenem. Anders als die umstrittene Wertung und Wahrheit eines Vorfalls ist die Faktizität des Geschehens zunächst einmal nicht zu leugnen. Allerdings setzt der Akt des Deutens solchen Geschehens bereits im Verlauf des Vorfalls ein, ist mitunter nicht von diesem zu trennen. Ein komplizierter und komplexer Vorgang, der trotzdem nicht über den grundsätzlichen erkenntnistheoretischen Unterschied zwischen beiden Ebene hinwegtäuschen sollte. Den Unterschied zwischen Fakt und Fiktion, Vorfall und Deutung. Denn, wie der Geograph Derek Gregory in dem Zitat weiter oben betonte, Fakten sprechen eben (leider) nicht für sich selbst. Sie finden aber jenseits dieses Sprechens trotzdem statt, immer und überall, permanent und kumulativ (z.B. in Gestalt einer Stadt). Man könnte auch sagen, die Welt geschieht ständig faktisch und wird ständig in ihrer Interpretation und Deutung geschaffen. Es soll hier nicht darum gehen, Fakten einen eigentlichen Wahrheitsgehalt zuzusprechen, sich wieder auf die Trennung zwischen 'Welt' und 'Wort' (Latour) einzulassen, sondern allein die Unterscheidung zwischen Realität(en) und diese sie deutenden „Wahrheitsproduktionen“ zu unterstreichen. Dass Fakt und Deutung mitunter kaum noch voneinander zu trennende Ebenen sind, ist ein Forschungsproblem, ändert aber nichts an der grundsätzlichen Dualität von Wirklichkeit und Wahrheit.

Wenn aber Fakten nur äußerst schwer von deren Deutung zu trennen sind, warum dann also auf so etwas wie tatsächliche Faktizität (im Unterschied zur Deutung) beharren? An einem aktuellen Beispiel aus der hier vorliegenden Untersuchung soll dies illustriert werden: Ein Übergriff auf einen Flüchtling aus dem 'Asylbewerber'-Wohnheim der Stadt findet faktisch statt, indem eine oder mehrere Personen diesen anrempeln, verprügeln etc. Bereits in der Beschreibung des Faktischen setzt die Deutung ein, ist eine neutrale, wertfreie Darstellung des Vorfalls bereits kaum noch möglich, nicht einmal im empirisch-quantitativen oder statistischen Sinne.⁷³ Was bleibt ist die Tat, die konkrete Interaktion einer ungleichen körperlichen Begegnung. Deren Interpretation eröffnet wiederum ein weites Feld unterschiedlich informierter, motivierter und intendierter Deutungshandlungen. Dies ist das Feld der 'kritischen Diskursanalyse'. Denn Deutung beginnt (und endet letztendlich wieder) bei der Wahl der Worte, in denen dieser Vorfall beschrieben wird. Dabei geht es im Weiteren nicht primär um den (mehr oder weniger gelungenen oder angenäherten) erzählten, narrativen Ausdruck

73 Ein zentraler Deutungsstreit stellt etwa die Beurteilung einer Straftat, z.B. einer Körperverletzung als fremdenfeindlich motivierte oder gar rechtsextreme Gewalttat dar. Unterschiedliche Opferstatistiken verweisen auf dieses Dilemma.

von Wirklichkeit, sondern grundsätzlich um die Konstitution durch sprachlich verfasste Deutung. Das ist „ein Unterschied ums Ganze“ (Jäger, 1999: 24 Fn32). Oder, mit Stuart Hall gesprochen:

„A ‘raw’ historical [...] event has to become a ‘story’ before it can become a communicative event“ (Hall, 1980: 129).

Diskursanalyse wird hier aber nicht als reine Sprachanalyse verstanden, was deren vielfältige Anwendung im Bereich linguistisch orientierter Forschung oftmals missverständlich zu implizieren scheint. Kritische Diskursanalyse wird hier vielmehr als machtkritisches Projekt der Gesellschaftsforschung eingesetzt. Dies regen auch die GeographInnen Bernd Belina und Iris Dzudzek (2009: 129ff) an. Ihnen ist der Unterschied zwischen diskursiven Praktiken und den machtvoll hergestellten gesellschaftlich produzierten Formen wichtig.

„Eine Diskursanalyse als Gesellschaftsanalyse geht stets von den gesellschaftlichen Verhältnissen aus und sieht Diskurs als Regelsysteme zur Aufrechterhaltung bestimmter gesellschaftlicher Rationalität in einem System gegenseitiger Stützung“ (ebd).

Diskurse sind daher nur in ihrem Kontext bestimmter diskursiver Regelsysteme, wie etwa Nation/Nationalismus oder auch dem ‘Normalismus’ (Link 1997, hier 2006) zu verstehen, die allerdings nicht allein diskursiv sondern zudem durch ein weites Feld materieller sozialer Praktiken, (auch Ereignissen und Vorfällen) entstehen (Belina/Dzudzek 2009: 135). Weiter unten werden diese Netzwerke aus Deutungen und nicht-diskursiven Praktiken als machtvolle Dispositive dargestellt und als Forschungsansatz angeregt.

Ein weiterer zentraler Aspekt einer kritischen Diskursanalyse ist, dass Kritik ohne Standpunkt, von dem aus kritisiert wird, nicht möglich ist (Sayer 2000: 172). Einen eigenen Standpunkt einnehmen, sich seiner Positionen in einem umstrittenen und konfliktreichen wissenschaftlichen sozialen Feld bewusst zu sein, heißt daher nicht nur eine selbstreflexive Haltung zu vertreten, sondern sich über die transparente und kontroverse Position kritisierbar zu machen bzw. andere zu kritisieren. Eine macht- und herrschaftskritische Ausgangslage sei hier vorausgesetzt, kann aber nicht allgemein angenommen werden (siehe Kapitel: 2.2).

Diskurse ... Texte ...

In enger Anlehnung an Michel Foucault sind Diskurse als artikulatorische Praxen zu verstehen, welche „soziale Verhältnisse nicht passiv repräsentiert, sondern diese als Fluss von sozialen Wissensvorräten durch die Zeit aktiv konstituiert

und organisiert“ (Jäger, 1999: 23). Ein Dreh- und Angelpunkt dieses Konfliktes zwischen Faktizität und Deutung scheint mir die Vorstellung dessen zu sein, was in der Diskurstheorie gemeinhin als Text bezeichnet wird. Die kritischen Diskursanalysen Margret und Siegfried Jägers etwa heben hervor, dass ein Text „das Produkt einer Sprechrätigkeit darstellt“ (Jäger, 1999: 113). Jäger gesteht ein, dass diskursanalytisch gesprochen der Terminus Text „unscharf“ sei, da er eine thematische Homogenität unterstellt, die „in Wirklichkeit nur ausnahmsweise gegeben sei (Jäger, 1999: 113 Fn96). Doch nicht allein diese mangelnde Homogenität des Textes, sondern vor allem sein vielschichtigen Formen und Erscheinungsweise sollen hier als problematisch, weil noch weit unschärfer erachtet werden. Die materielle Repräsentation des Gedachten und Gesprochenen in schriftlicher Form könnte hier also als der Minimalkonsens eines Textbegriffes angesehen werden. Stadt ist eben kein Text (Butor 1992), auch wenn der gebauten Stadt immer auch ein architektonischer und planerischer Diskurs zugrunde liegt, der in Textform seinen Ausdruck findet (Lampugniani/Frey/Perotti 2010), wie dies in der Vorankündigung eines Bandes zu „Stadt und Text“ lautet. Auch der Hinweis auf die ‘urbane Textur’ wirkt verwirrend, wenn diese unter Hinweis auf das Flanieren als eine Art Lektüre der Straße beschreiben wird (urban tools 2001).⁷⁴

„wobei Menschengesichter, Auslagen, Schaufenster, Café-Terrassen, Bahnen, Autos, Bäume zu lauter gleichberechtigten Buchstaben werden, die zusammen Worte ergeben“ (Franz Hessel zitiert nach urban tools 2001).⁷⁵

Wenn schon mit der Metaphorik des Textuellen im Bezug auf Stadt argumentiert wird, dann macht das m. E. vor allem dann Sinn, wenn es um den hier geschilderten zeichenhaften Charakter von Markierungen und semiotischer Wahrnehmungen aller Art, um die visuelle, soziale und symbolischen Landschaft von Stadt als Text geht. Hierbei handelt es sich in erster Linie um (mehr oder weniger kommodifizierte) Repräsentationen gesellschaftlicher Realitäten, die nicht nur dem Flaneur, sondern auch dem Gesellschaftsforschenden Hinweise bieten. Weniger sinnvoll erscheint mir die städtische soziale Wirklichkeit, also die Gemengelage aus Fakten und Deutungen zusammengefasst als Text zu beschreiben. Stadt ist vielmehr eine Fülle an (Handlungs-)Kontexten, also ein in

74 http://www.urbantools.de/02_projekt/09_StadtalsText/stadtalstext.html (letzter Zugriff: 12.11.2010).

75 Ebenda.

die Repräsentation derselben eingegangenes Produkt menschlicher Tätigkeit, in genau dieser Wechselwirkung.

Es scheint, dass die Vorstellungs- und Begriffsebene der Stadt als Text zunächst verlassen werden muss, um sich an die Rolle des Faktischen bei der Konstitution von Diskursen anzunähern. Das heißt zunächst, dass es eine dem Diskurs vorhergehende faktische Ebene gibt. Für diese Ereignisse, Vorfälle, Handlungen und Tätigkeiten die solche Faktizität schaffen, ist es hier egal, ob sie intendiert oder zufällig, ritualisiert oder geplant stattfinden. Sie haben aber eine eindeutig zeitliche und das soll hier unterstrichen werden- auch räumliche Dimension, die nicht einfach zurückgedreht oder an einen anderen Ort verschoben werden kann. Diese Singularität des Ereignisses, im raumzeitlichen Sinn, ergänzt die Diskurstheorie durch die Verbindung zum Dispositiv, also einer Tätigkeitstheorie, in der die machtvollen Dispositive analysiert werden können (Jäger 1999:23). Gerade im Bezug auf komplexe soziale und kulturelle Zusammenhänge wie ein Stadtteil, eine Stadt, (wohl letztendlich jeder wie auch immer skalierte Raumausschnitt) verweisen auch erfahrene DiskursanalytikerInnen wie Margarete und Siegfried Jäger vom Duisburger DISS auf die Grenzen der Diskursanalyse. Gerade Stadtteile oder gar Städte, seien als Netz von Diskursen, Praktiken und Sichtbarkeiten“ (Jäger/Jäger 2000:5)⁷⁶ so komplex, dass eine Diskursanalyse eigentlich zur Dispositivanalyse ausgeweitet werden müsse. Das klingt überzeugend, macht aber die Untersuchung natürlich nicht einfacher.

Vom Diskurs- über das Dispositiv zur Feldanalyse

Ausgangspunkt einer Dispositivanalyse ist, in zu untersuchende Zusammenhänge auch nicht-diskursiv hergestellte Handlungen und Sichtbarkeiten – also Ereignisse und Faktizitäten – einzubeziehen. Nach Foucault ist ein Dispositiv ein Netz von Diskursen, Praktiken und Institutionen (Sichtbarkeiten) das sich ständig neu ordnet und positioniert (Jäger/Jäger 2000: 8). Ein Bewegungselement solch einer Dispositivdynamik ist dabei die Dringlichkeit ('urgence'), man könnte auch sagen, ein 'bewegendes Thema' oder ein Skandal, z.B. ein als 'Notstand' oder als Notwendigkeit empfundene Reaktion auf ein Ereignis (ebd). Dispositive sind also kontingente, spezifische interdiskursive Konfigurationen (Jäger/Schulte-Holtey/

76 Jäger, Margarete/Jäger, Siegfried (2000): Von der Diskurs- zur Dispositivanalyse. Überlegungen zur Weiterführung eines Stadtteilprojekts. Vortrag, gehalten auf dem Workshop des DISS (in Verbindung mit der FES) am 27. Mai 2000 in Freudenberg) Quelle: http://www.diss-duisburg.de/Internetbibliothek/Artikel/Diskurs-_Dispositivanalyse.htm. (letzter Zugriff: 15.11.2010).

Ruth/Wichert 1997: 9), die sich durch Bündelung selektiv diskursiver und nicht – diskursiver Elemente, in einzelnen Spezialdiskursen konkreter hegemonialer Kräfteverhältnisse stabilisieren. Das ist für Foucault nach Jäger/Jäger (2005: 8) auch der Kern und die Bedeutung der Macht-Dispositive: Sie „konstituieren durch ihre kulturell integrative Funktion soziokulturelle Gegenstände, ‘Themen’ und Problematiken. Sie definieren Subjektpositionen und Kompetenzen, sie konstruieren Wahrnehmungsweisen und Handlungsoptionen innerhalb des von ihnen begrenzten Feldes“ (ebd. 2005: 8) Die drei für Jäger/Jäger (2000) konstitutiven Elemente einer von mir in räumlich eingeschriebenen Dispositives übertragenen Untersuchung sind:

- a) Sichtbarkeiten/Vergegenständlichungen, die Vergegenständlichungen diskursiver Wissens-Praktiken darstellen, wobei die Existenz der Sichtbarkeiten („Gegenstände“) nur durch diskursive und nichtdiskursive Praxen aufrechterhalten bleibt“ (Jäger/Jäger 2000: 9).
- b) Handlungen als nicht- diskursive Praxen, in denen aber Wissen transportiert wird, denen Wissen voraus geht bzw. das ständig von Wissen begleitet wird.
- c) Diskursive Praxen, in denen primär Wissen transportiert wird.

Bei genauerer Betrachtung und einer Begriffsbürstung, lassen sich aus diesen drei Konstitutionsebenen eines z.B. städtischen Dispositives die lefebvreschen Re/Rproduktionsbedingungen des sozialen Raumes wieder entdecken. Mit anderen Worten könnte man dies auch eine feldanalytisch angelegte Untersuchung der lokalen Stadtkultur nennen.

Eine Dispositivanalyse umfasst damit ebenfalls drei unterschiedliche Dimensionen:

zu a): Beschreibung und Bewertung der Sichtbarkeiten ist die interpretative Darstellung des städtischen gebauten Raumes, seiner Infrastrukturen und Orte. Dieser ist als Machtraum vielfach symbolisch-materiell konnotiert. Letztendlich handelt es sich hier um geronnene, kristallisierte und sedimentierte Diskurse. (siehe auch Kapitel ‘history matters!’)

zu b): Handlungen als nicht-diskursive Praxen sind im Kontext dieser Arbeit die Taten und Übergriffe zu nennen, die im weiteren Sinne den Aktionsrahmen rechtsradikaler Aktivisten umfassen. Dies ist keine Entschuldigung gewalttätigen Handelns als nicht intentional oder nicht eigenverantwortlichem Tun, umfasst aber die Faktizität der Tat mit den ihr natürlich auch vorausgehenden „Wissensbeständen“ der Täter, dass es sich hier um, wie auch immer hergestellte ‘Gegner’, ‘Andere’ und für sie legitime Opfer handelt.

zu c) die Deutung des hier Geschehenen gewalttätigen Übergriffes ist im weiten Bereich der diskursiven Praktiken angesiedelt. Hier wird aber nicht alleine die

direkte Kommentierung der Tat erfasst, sondern es entsteht ein historisches Gewebe von Narrativen, sei es als Skandalgeschichte oder lokale Heldensaga. Diese Narrative sind der wesentliche Bestandteil des Sprechens über die Stadt und ihre Problemwahrnehmung der GesprächspartnerInnen mit Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit. Sie können diskurstheoretisch sowohl als z.B. medialer Spezialdiskurs, als Interdiskurs oder auch als Alltagsdiskurs sortiert werden. Besonders der Bereich der Fremdenfeindlichkeit ist als Alltagsdiskurs ein interpretativer Akt der gewalttätigen Übergriffe, aber ebenso als Umgang mit den anwesenden MigrantInnen und deren Lebenslagen sprachlich-kommunikativ virulent.

Diese drei Analyseebenen sollen und können jedoch in meiner hier vorliegenden Erkundung der lokalen Stadtkultur zweier Kleinstädte nicht statisch (1./2./3.) und linear (aus a/folgt b/folgt c) hintereinander zur Anwendung kommen. Selbst wenn die Gliederung der deutlicher empirisch ausgerichteten Kapitel (Gefahrenzone?/Angstraum?/Feindesland?“) eine solche Abfolge suggerieren, so sind doch alle Kapitel von diachronen und synchronen Elementen durchzogen.

1.7 Forschung

„‘Raum’ ist in einem aktiven Sinne zu verstehen, als ein vielschichtiges Geflecht von Beziehungen, das laufend produziert und reproduziert wird. Gegenstand [...] sind somit aktive Produktionsprozesse, die sich in der Zeit abspielen“ (Schmid 2003: 225).

Diese Untersuchung geht von der grundlegenden erkenntnistheoretischen Annahme aus, dass der gesellschaftliche Raum stets ein sozial produzierter ist bzw. dass Gesellschaft als inhärent räumlich zu denkender Prozess der Vergesellschaftung zu verstehen ist. In diesem Sinn sind auch lokale Situationen, werden sie nun als Spezifik des Ortes, eigensinnige, eigenlogische Prozesse oder Habitus der Städte verstanden, als dynamische Raumkonstruktionen – einschließlich der konkreten Herstellungsbedingungen des jeweils untersuchten Raums – zu analysieren, wenn auch mit je unterschiedlichen Fragestellungen und Methoden. Wenn von Konstitution, Konstruktion oder (Re)Produktion des sozialen Raumes gesprochen wird, so verlangt dies m. E. die Darstellung der dabei zum Einsatz gebrachten sozialen Objekte, Materialien, Medien sowie der beteiligten Personen und ihrer Vorstellungen.

Innerhalb der sozialräumlichen (Re)Produktionsprozesse stehen die folgenden Elemente in Wechselwirkung zueinander: a) das Geschehen, der zeitliche Prozess (history matters!), b) die jeweils situiert zum Einsatz kommenden Ma-

terialien, Medien und Diskurse⁷⁷ (space/place matters!) und c) die Akteure in ihren persönlich-individuellen, institutionalisierten bzw. vergesellschafteten und vergemeinschafteten Handlungen (policy/politics matters!).

'history matters': Ereignisse und Prozesse

„[I]f space is produced, if there is a production process, then we are dealing with history“ (Lefebvre 1991: 46).

Im Hinblick auf die konkrete Räumlichkeit sozialer Prozesse („jede Tat hat ihren Tatort“) ist auch der zeitlich-historische Kontext einer jeden Handlung bedeutsam. Dies verweist auf die Temporalität des Zustandes, aber auch auf dessen historischen Charakter einer spezifischen Situation. Eine erste Grundannahme meiner Untersuchung ist also die, dass lokale sozialräumliche Formen der (Re)Produktion, etwa des öffentlichen Raumes, auch eine Verbindung zu den sozialgeschichtlichen Sedimentierungen des betreffenden Ortes aufweisen und somit nur durch eine raumzeitliche Perspektivierung erfasst werden können. Auf ähnliche Weise betont auch Neil Brenner die sozialgeschichtliche Bedingtheit sozialräumlicher Konstellationen:

„Any historical configuration of urban spatiality represents a sedimented crystallization of earlier patterns of social interaction and an evolving grid of possibilities for, and constraints upon, future social relations“ (Brenner 2004: 447).

Kristallisation und Sedimentierung (de Landa o.J.⁷⁸; 1997; Deleuze/Guattari 1987:208ff) früherer sozialer Handlungen (inklusive diskursiver Praktiken siehe:

77 „[Lefebvre] also puts both ‘products in space’ and ‘discourse on space’ on the same theoretical level, as clues to understanding the process of production“ (Unwin, 2000: 23). Aus: Unwin, Tim (2000): A waste of space? Towards a critique of the social production of space, Transactions of the Institute of British Geographers, NS/Nr. 25(1), S. 11-29.

78 Manuel De Landa verweist hier u.a. auf die mangelnde geologische Kenntnis von Gilles Deleuze und Felix Guattari (A Thousand Plateaus; 1987: 41). „Actually, here Deleuze and Guattari incorrectly characterize the two articulations involved in rock-production as ‘sedimentation-folding’. The correct sequence is ‘sedimentation-cementation’. Then, at a different spatial scale, ‘cyclic sedimentary rock accumulation-folding into mountain’. In other words, they collapse two different double-articulations (one utilizing as its starting point the products of the previous one), into one. I believe this correction does not affect their underlying argument, and that indeed, it strengthens it“. Aus: De Landa, Manuel (o.J.) The Geology of Morals. A Neo-Materialist Interpretation. Quelle: <http://www.t0.or.at/delanda/geology.htm> (letzter Zugriff: 4.11.2010).

Laclau nach Glasze/Mattisek 2009:153ff) drücken sich zunächst in den 'hard structures' der sichtbaren, allerdings nicht immer lesbaren Spuren vergangener Zeiten aus. Diese Spuren sind in gebauten Formen, Gebäuden und Straßen, in ihren Abnutzungen, der stofflichen Patina und den palimpsestartigen Überschreibungen des städtischen Raumes aufzuspüren. Eine andere Perspektive soll sich allerdings auf die Rolle der sogenannten 'soft structures' richten. Die damit benannte Gemengelage (Matthiesen 2002: 93) von Mentalitäten, Lebensstilen und Milieus kennzeichnet auch die jeweiligen lokalen Verhältnisse nicht nur ostdeutscher Innenstädte. Diese weichen Strukturen sind allerdings nicht so einfach zu erforschen wie etwa die infra- und baustrukturellen Kristallisationen und Veränderungen der städtischen Formen, sondern als Prozesse des Handelns und dessen Motivationen flüchtiger. Henri Lefebvre fasst diese Problematik folgendermaßen zusammen:

„It is never easy to get back from the object (product or work) to the activity that produced and/or created it. It is the only way, however, to illuminate [...] [to] reconstitute the process of its genesis and the development of its meaning“ (Lefebvre 1991: 113).

So sagen die infrastrukturellen Veränderungen einer Stadt – seien es neue Umgehungsstraßen, sanierte Altstadtkerne, die Umnutzung früherer Kasernen, sogenannte Rückbaumaßnahmen von Wohnsiedlungen oder die De-Industrialisierungsbrachen ehemaliger Produktionsstätten und Fabriken und dergleichen mehr – mitunter nur wenig aus über die alltäglichen Praktiken stadtkulturellen Lebens und dessen sozialhistorische Kontinuitäten und Brüche.

Die von Brenner oben als abgelagerte Kristallisationen bezeichnete städtische Verräumlichung verweist bereits im Begriff auf die historische Dimension, auf die Zeitlichkeit von Zyklen und Epochen der Prosperität, des urbanen Wandels oder Niedergangs: Die Metapher der Sedimentierung ist aber nicht im Sinne einer linearen, chronologisch angelegten Geschichtsschreibung zu verstehen. Vielmehr verweist sie auf soziale Konstellationen, die komplexen, geomorphologisch-geologischen Konglomeraten gleichen, in denen unterschiedliche Materialien und Fossilien in gestauchten, gefalteten, gebrochenen Schichtungsverhältnissen abgelagert sind:

„We live in a world populated by structures – a complex mixture of geological, biological social, and linguistic constructions that are nothing but accumulations of materials shaped and hardened by history“ (De Landa 1997: 25).

Diese historische (Geo-)Morphologie der Gesellschaft, ihrer Menschen und sozialen Objekte unterteilt De Landa in drei unterschiedliche Epochen⁷⁹, die er gerade

79 „eine geologische (Lavas and Magma), eine biologische (Flesh and Genes) und eine linguistische Geschichte (Memes and Norms) (De Landa 1997: 26).

als nicht linear auffasst. De Landa beschreibt die Stadt als das Exoskelett menschlichen Lebens, eine Mineralisierung⁸⁰ ganz anderer Art. Diese brachte sonnengetrockneten Lehmziegel hervor und schuf so eine Schutzmauer nach außen und innen. „The exoskeleton served a purpose similar to its internal counterpart: the control of movement of human flesh in and out of town’s walls“ (De Landa 1997: 27). Dieses städtische Exoskelett strukturiert aber auch die Bewegung vieler für die Gesellschaft nützlicher und notwendiger Dinge – z.B. von Objekten, Nachrichten und Lebensmitteln. Ganz besonders trifft dies auf die Märkte zu, welche als Herz der meisten Städte existiert haben und so tatsächliche Aggregate einer zeitweisen Konzentration von Menschen und Gütern aus nah und fern an einem Ort waren – nur um sie dann wieder in Bewegung zu versetzen, entlang einer Vielzahl von Handelsrouten mit ihren Warenzyklen⁸¹. Dies zu beachten, ist zentral und wird hier verstanden im Sinne eines Gegenentwurfs zu jenen simplen und simplifizierenden Globalisierungsthesen mit ihren Dichotomien⁸² und einem oftmals erklärenden Verständnis z.B. der mittelalterlichen Stadt als ‘verankert’ und bewegungslos (Giddens; Luhmann). Diese historisch-geologische Figur der zuerst sortierten, sedimentierten⁸³ und dann kristallisierten Gemengelage kombiniert die jeweils strukturierenden, formierenden Kräfte mit den jeweils lokalen Materialien, Formen und Verformungsverhältnissen. Rückübertragen auf die historische Perspektive taucht hier neben der Sozialgeschichte die Frage nach der Bedeutung bestimmter prägender, formativer Jahre auf, etwa im Sinne

80 De Landas Historismus klingt an vielen Stellen bizarr, aber er verwendet schöne und wenig konventionelle Bilder zur Illustration historischer Mensch- und Objektwerdung, etwa wenn er – in einem Ausflug in die biologische Entwicklungsgeschichte – über die Mineralisierung in Knochen als Nachfolge der Zeit der Muskeln, Nerven, Gase und des Schleims spricht (De Landa 1997: 26).

81 De Landa verweist in diesem Kontext auf Fernand Braudel, den er bereits in der Einleitung von *‘A Thousand Years of Nonlinear History (1997)’* als eine der Inspirationsquellen seiner ‘neo’-materialistischen Geschichtsschreibung anführt. Braudel wird hier als Mentor einer Bewegungs- und Mobilitätsgeschichte der frühen Städte zitiert, der u.a. die Notwendigkeit von Warenzirkulation und Menschenbewegungen beton.

82 z.B. ‘embedded’ versus ‘disembedded’ als kategoriale Idealtypen der Vormoderne und Moderne bei Giddens/Werlen).

83 „[S]edimentation is not just about accumulating pebbles (substance) but also about sorting them into uniform layers (form); while consolidation not only effects new architectonic couplings between pebbles (form) but also yields a new entity, a sedimentary rock (substance).“ De Landa, Manuel (o.J.) *The Geology of Morals. A Neo-Materialist Interpretation*. Quelle: <http://www.t0.or.at/delanda/geology/geology.htm> (letzter Zugriff: 4.11.2010).

von besonderen Phasen der städtischen Blüte, aber auch des Umbruchs, wie sie etwa im Kontext von Zerstörungen und Wiederaufbau auftreten. Besonderer Stellenwert solch einer nicht linearen, 'verschobenen' und 'gestauchten' und dann sedimentierten Geschichte, kommt also der historischen Betrachtung solcher Momente zu: den Kriegen, Systemwechseln, und anderen sozialen 'Pfadbrüchen', aber auch besonderen Ereignissen auf der lokalen Ebene, wie etwa politischen Skandalen, lokalen Katastrophen und anderen dramatischen Erlebnissen der StadtbewohnerInnen, die den Weg in kollektivierbare Erfahrungsberichte finden.

Analytische Ansätze ergeben sich hier aus den Bereichen der Stadtgeschichtsforschung, der Auswertung unterschiedlichster Quellen. Sie sind anschlussfähig an Methoden der Oral-History- und Biographie-Forschung⁸⁴ insofern sie die Lebensgeschichte scheint mir die Betonung historischer Sedimentierungen, unterschiedlicher Kristallisationen und Vergegenständlichungen vergangener Vorstellungen, Techniken und Darstellungsweisen zu sein. Doreen Massey fasst dies wie folgt zusammen:

84 Siehe etwa: Niethammer, Lutz et al (1991): Die volkseigene Erfahrung, Eine Archäologie des Leen einzelner ZeitzeugInnen und StadtbewohnerInnen aufgreifen und die besondere Rolle einzelner 'charismatischer' (Max Weber) Stadtaktiver unterstreichen. Dieser sozialgeschichtliche Fokus auf formative Situationen im der städtischen Biographie ist nicht gegen ein deutlicher alltagsweltliches Verständnis von Sozialgeschichte gerichtet, sie versteht sich eher als komplementären Teil derselben. In diesen Bereich einer Alltagsgeschichte fällt auch der Ansatz der an der französischen 'Annales'-Schule orientierten sozialgeschichtlichen Forschung einer lokalen Mentalitätengeschichte, einer 'longue durée' auf Grundlage materieller Verhältnisse bestimmter Orte und Regionen und deren kultureller, kollektiver Kommunikationsformen. Hier wird im Unterschied zum common-sense-Verständnis der 'Mentalität' weniger auf die Verfassung einer Person oder Gruppe abgezielt, sondern eher im Verständnis von Raymond Williams auf ein Set unterschiedlichster 'structures of feeling' (Williams 1975) und 'ways of seeing' (Berger 1972; Williams 1975). In historisch kürzeren Zeiträumen als die HistorikerInnen der französischen 'Annales'-Schule argumentieren WissenschaftlerInnen, wenn sie sich auf die sogenannte 'path dependency' (Andrusz/Harloe 1996: 27En2) lokaler und regionaler Entwicklungsmöglichkeiten beziehen. Dieses Konzept der Pfadabhängigkeit kommt eigentlich aus der wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion und der Technikforschung. In den letzten zwei Jahrzehnten wurde es aber zunehmend auch im Bereich der Soziologie und Politologie zur Erforschung z.B. des Wandels von Institutionen und Organisationsformen herangezogen (Putnam 1993: 79). Der sozialhistorische Bezug auf die Herstellungsbedingungen städtischen Raumes wurde bereits weiter oben kurz dargestellt: Wichtig bens in der Industrieprovinz der DDR.

„[...] all this relations interact with and take a further element of specificity from the accumulated history of a place, with that history itself imagined as the product of layer upon layer of different sets of linkages, both local and to the wider world“ (Massey 1997: 323).

‘space matters!‘: Materialien, Medien und Diskurse

Die Konstruktion des sozialen Raumes kann nicht ohne die Verarbeitung lokal zur Verfügung stehender (‘endogener’) oder dort hintransportierter (‘exogener’) Materialien und lokaler Diskurse erfolgen. Das ‘Baumaterial’ besteht aus einem breiten Fundus an unterschiedlich situiertem Wissen, historisch sedimentierten und kristallisierten Artefakten, inklusive ihrer diskursiven Ausdeutungen, ihrer Bildwelten und Imaginationen (siehe Kapitel 1). Was in der klassischen Sozialgeographie als Lageverhältnisse oder in der Wirtschaftsgeographie unter den Stichworten des Standortes und der ‘location theory’ bearbeitet wird, trägt im Kern die Frage nach der Verfügbarkeit über die mannigfaltigen Ressourcen lokaler Handlungs- und Entwicklungsmöglichkeiten in sich. Somit geht es in dieser Arbeit auch darum, komplexe Prozesse der materiellen und vorgestellten Stadt aus der Kombination unterschiedlicher Maßstabsebenen, Netzwerkverbindungen, Material- und Informationsflüssen an Orten und über amorphe Räume hinweg zu untersuchen. Denn nichts anderes ist eine Stadt: eine historisch und sozialräumlich kontextualisierte Konstellation von Menschen, Handlungen, Objekten, Imaginationen.

Der raumzeitliche Kontext einer Stadt ist als ein wesentlicher Produktionsfaktor ihres sozialen Raumes nicht alleine von (wie auch immer definierten) ökonomischen Bedingungen bestimmt. Ohne die Betrachtung wirtschaftlicher Prozesse und deren räumliche Maßstäbe aber kann eine Stadtgeschichte nicht geschrieben werden.

‘policy matters!‘: Die Akteure

Der Hinweis auf die zentrale Rolle der handelnden Subjekte bei der sozialen (Re)Produktion von Stadt ist bereits vielfach erfolgt. Der hier verfolgte Ansatz geht davon aus, dass es besonders charakteristisch für kleine und mittlere Städte ist, dass die verschiedenen sich überlagernden Handlungsfelder deutlich durch einzelne Personen geprägt und beeinflusst werden. Das ist auch in größeren Städten der Fall, hier erscheinen die Handelnden quantitativ überschaubarer und Akteurszusammenhänge qualitativ deutlicher nachvollziehbar. Hinter dem

Begriff des Akteurs steckt allerdings ein methodologisches und epistemologisches Dilemma. Dies beinhaltet zunächst Kategorisierungsprobleme, wie etwa, wer als Angehörige welcher Gruppe in welchen Verfahren eingeteilt und 'gelabelt' wird? Außerdem setzt der begriffliche Bezug auf den Akteur dessen mehr oder weniger bewusstes Handeln voraus. Dies wird durch die Einführung von auch wirkmächtigen sozialen Objekten als handelnden Aktanten in der 'Actor-Network-Theorie' (ANT) von Bruno Latour (2005) noch unterstrichen.

Kategorisierungsprobleme sind Ordnungsfragen von Erkenntnis, epistemologisches Basisgeschäft also. Ohne die Einteilung der sozialen Welt, ohne Typologisierungen ihrer Elemente, ohne Namensgebungen für Subjekte, Gruppen, Objekte als deren sprachliche Markierungen wären diese zwar erkennbar aber sprachlich nicht unterscheidbar.

Die Begriffsgeschichte des 'Akteurs' in den Sozial- und Kulturwissenschaften kann hier nicht dezidiert aufgezeichnet werden. Als auffällig sollen hier lediglich die Konjunkturen des Begriffs betont und sein Einsatz in den Sozialwissenschaften als Wandel von gruppenbezogenen Kategorisierungen zu individuellen Perspektiven hin vermutet werden. Der als Akteur einzeln Handelnde, früher eher als Schauspieler bekannt, wird nun zu einer zentralen kulturellen Figur in den Gesellschaftswissenschaften. Trotz einer frühen Einführung des Akteurs (1997) durch den Soziologen Ferdinand Tönnies als 'persönlich Handelnden' gegenüber einer 'Gesellschaft', scheint der Durchbruch des Akteursbegriffs erst mit der Rollentheorie bei Goffman erfolgt zu sein. Besonders in Bereichen der Stadt- und Regionalplanung sind Akteure nunmehr allgegenwärtig und zentraler Fokus vieler Untersuchungen. Allerdings wird hier meist auf städtische Funktionseliten und das politische und administrative Personal von Kommunen recurriert. Weniger institutionalisierte Personen werden selbst bei der Beachtung zivilgesellschaftlicher Prozesse seltener als eigensinnige Akteure in den Blick genommen. Lediglich in der oft bemühten 'Akteurskonstellation' finden sich sprachliche Vergemeinschaftungsbezüge wieder. Hier wird der Netzwerkgedanke, der diese Akteursdimensionen prägt, besonders deutlich. Der Abschied von strukturalistischen Kategorien der Klasse, der sozialen Schicht, des Geschlechts etc. macht diese als soziale Realität gesellschaftlicher Differenzierung freilich noch lange nicht obsolet, auch wenn diese hinter einer Akteurs-Semantik oftmals verborgen bleiben. In der Macht der Nomenklatur, der Namensgebung und ihrer Ordnung, also der Kategorisierung liegt somit auch die (Un)Möglichkeit der Erkenntnis über soziale Existenz, Formen und Inhalte verborgen. Beispielsweise unterliegen für diese Untersuchung relevante Gruppen und Einzelpersonen oft dichotomischen TäterInnen-Opfer-Wahrnehmungsformen. Bis auf wenige

Ausnahmen, und das auch erst seit kürzerer Zeit⁸⁵, werden MigrantInnen nicht mehr nur als StraftäterInnen, in Verbindung mit der Störung der öffentlichen Ordnung oder problematischer sozialräumlicher Konzentrationen identifiziert. Mittlerweile gibt es auch in Deutschland eine zwar minoritäre, aber aufmerksame Darstellungsweise von MigrantInnen als Opfer rassistischer Verhältnisse und deren sozialen Exklusionen. In einem Diskussionsbeitrag der frühen 1990er Jahre wird diese selektive Wahrnehmung bereits als Problemlage – hier seitens eines linken Aktivismus – programmatisch benannt:

„Für die Meisten [...] werden Flüchtlingslager erst dann bekannt, wenn sie Opfer neonazistischer Überfälle werden – MigrantInnen bekommen erst dann Namen und Gesicht, wenn sie Opfer tätlicher Angriffe werden. Erst wenn wir uns MigrantInnen als Subjekten ihrer Geschichte, als TäterInnen ihrer eigenen Lebensvorstellungen nähern – sie uns nicht als Opfer auf Distanz halten – verändern wir unser Verhältnis zu ihnen grundlegend“ (L.U.P.U.S.-Gruppe 1991: 102).

Der Einsatz der Akteure in den hier vorliegenden Erkundungen zur stadtkulturellen (Re)produktion ist sich dieser Dissonanz bewusst, versucht aber unter Bezug auf dessen handlungstheoretische Perspektive sich nicht in individualisierenden Deutungen zu verlieren.

Die hier vorgelegten Gruppenbezeichnungen sind also nicht mehr denn Vorschläge zur praktischen Ordnung der gesellschaftlichen Prozesse in der Stadt durch die dort handelnden Subjekte und ihrer (kommunikativen) Vergemeinschaftungsverfahren. Akteure werden damit zu begrifflichen Markern einer Subjektposition, in denen das Handeln der jeweiligen Personen weder als intentional, bewusst, rational oder wie auch immer verkürzt werden. Noch sollen diese Personen aus den Kontexten ihrer Handlungen abstrahiert werden. Auch hier gilt der Ansatz der sozialen Strukturierung zwischen 'structure' und 'agency', der jeweils nicht deterministischen aber ebenso wenig voluntaristisch zu betrachtenden Möglichkeiten und Begrenzungen von Handlungen und deren Deutungen.

Anders als in Arbeiten der frühen Gemeindeforschung oder gegenwärtigeren Untersuchungen zur 'local governance', die im Wesentlichen auch als lokale Elitenforschung im Sinne eines „who governs?“ (Mills 1956; Dahl 1961; Siewert 1979) gelesen werden können, werden in dem hier vorgeschlagenen stadtkulturellen Ansatz sämtliche in einer Stadt Anwesende (und in ihren Spuren nach-

85 Wie fragil die Debatte um Migration und Zuwanderung nach Deutschland ist, zeigt auch die 'Integrationsdiskussion' der letzten Jahre. Simple populistische Attacken werden rassistisch unterlegt und erhalten erschreckende mediale und alltagskommunikative Zustimmung.

vollziehbar Abwesende) als zumindest potentielle Akteure betrachtet. Das macht auch einen erweiterten Horizont auf politisches Handeln bzw. 'das Politische' im Allgemeinen nötig und möglich. In diesem Sinne werden auch stadtkulturelle Alltagshandlungen zu politischem Handeln. Auch wenn sich dieses nicht unmittelbar in politischen Institutionen und Vergemeinschaftungen (Parteien, Initiativen etc.) niederschlägt, so sollen sie doch in einem erweiterten Politikverständnis als relevant angesehen werden.

Die von mir untersuchten lokalen Akteure können somit sowohl VertreterInnen kommunaler 'Funktionseliten', wie etwa BürgermeisterInnen sein, lokale Industrielle und KapitalbesitzerInnen, AltruistInnen, Mäzene, ansässige Adlige, kirchliche und weltliche Funktionäre und andere 'Eliten'. Eine weitere Gruppe sind städtische AktivistInnen aller Art, deren partizipatorische Aspirationen auch im Kräfteverhältnis zu den oben genannten lokalen Eliten betrachtet werden müssen. Daher ist die Bedeutung von sogenannten Stadtaktiven, lokalen 'stakeholders' mit spezifischen Interessen, rührigen Honoratioren, „Drehpunktpersonen“ (Schwendter 1981: 301), lokalen Gründungspersönlichkeiten als „community founders“ (Suttles 1984: 288), „Raumpionieren“ (Matthiesen 2005) wesentlich für die Untersuchung. Als leitende und sortierende Fragestellung wird verfolgt, welche Personen auf städtischer Ebene eine herausragende Stellung in der Verhandlung der Problematik Fremdenfeindlichkeit und Rassismus einnehmen.

Die Analyse lokaler Stadtkulturen als Forschungsansatz

„Stadt bildet die dort empirisch vorfindbare Variabilität kultureller Konfigurationen“ (Knorr-Cetina 1989: 87).

Diese kulturellen Konfigurationen – wie hier eingangs von Knorr-Cetina formuliert – einer sinnlich-empirisch wahrnehmbaren Vielfalt bedeuten, Stadtkultur als Spiegel, Medium und Agens jeweils lokal situierter Stadtgesellschaften zu betrachten. Abstrahierend formuliert umfasst dies die Handlungsfelder der dort zu einem bestimmten Zeitpunkt anwesenden Personen sowie deren Beziehungen untereinander, deren Vorstellungen voneinander und deren Deutungen der dort vorhandenen sozialen Objekte. Stadtkultur ist somit die lokalisierbare Ebene der permanenten Herstellung von Stadt durch die dort handelnden Menschen in Beziehung zu den dort vorhandenen sozialen Objekten und vice versa.

Mein hier entwickeltes Forschungsdesign besteht aus einer auf einer Dispositivanalyse beruhenden Feldanalyse. Untersucht werden:

- die Positionen lokaler Akteure,
- ihre Vergemeinschaftungsformen und Netzwerke sowie

- ihre vergesellschafteten, kommunikativen und gestalterischen Praktiken an ausgewählten Orten.

In Arbeitsschritten ausgedrückt: Nach einer Vorstellung des lokalen städtischen Settings (Sozialgeschichte und politische Ökonomie der Städte) erfolgt zunächst die Präsentation der Profile und Positionen unterschiedlicher Individuen und Gruppen, ihrer Netzwerke und kommunikativen Konstellationen, um anschließend deren Aussagen und Handlungen im Bezug auf städtische Gefahrenzonen, Angsträume und heterotopische Orte zu untersuchen.

Personen, zivilgesellschaftliche Vergemeinschaftungsformen und Gruppenbildungsprozesse

Die folgenden Personengruppen wurden mittels Profilen charakterisiert und auf ihre Positionen hin untersucht: Lokalredakteure, Pastoren/Pfarrer, relevante Amtsleiter (z.B. Bauamt, Kulturamt, Jugend und Soziales) aber auch die Wachenleiter der Polizei. Dazu kommen andere relevante 'Kulturschaffende', zivilgesellschaftlich Engagierte, „neue Akteure“ (Oswalt 2009), sowie die 'Anderen' in der Stadt: also Flüchtlinge, MigrantInnen und 'alternative' Jugendliche.

Bei den Besuchen vor Ort wurden diese Recherchen durch Archivbesuche, durch eigene Beobachtungen und sinnliche Eindrücke, Gespräche und Interviews in Gruppen und mit Einzelpersonen abgerundet, erweitert und ergänzt. Als Materialsammlung und geordnete Interpretationsgrundlage erfolgte eine Erstellung von Personenprofilen, unter dem Aspekt ihrer stadtbezogenen Aktivitäten und Positionen im Bezug auf Migrations-, Flüchtlings- und Neonazidiskurse.

Bereits vor dem Feldaufenthalt entstand eine erste Liste von Vereinen, Verbänden und Interessengruppen, Bürgerinitiativen etc., die für meine Fragestellung eine Rolle spielen können. Im Zentrum stehen ihre Zusammensetzung, das Selbstverständnis, ihre kollektiv-identitäre Eigendefinition sowie Zugangsbedingungen und Exklusionskategorien, die Aufschluss über den stadtkulturellen Umgang mit der Thematik lokaler Rechtsradikalismus geben. Der so entstandene Überblick ermöglichte erste Einschätzungen relevanter Orte und GesprächspartnerInnen sowie eine erste Lektüre ihrer Publikationen. Besonderes Augenmerk wurde im Rahmen der hier vorliegenden Untersuchung natürlich den Initiativen der sogenannten Zivilgesellschaft, des stadtaktiven 'bürgerschaftlichen Engagements' zuteil. Vor Ort wurde dies dann wiederum durch Gespräche und Fokusgruppeninterviews, Befragungen, Interviews und Beobachtungen unter Mitgliedern der Gruppen und Vereine, aber auch der Fremdwahrnehmung dieser Vergemeinschaftungsansätze erweitert.

Lokale Narrative der Stadtkultur: Bezüge, Symbolisierungen, Deutungen

Jede Stadt verfügt über ein Sortiment an unterschiedlichsten Erzählungen, Interpretationsansätzen und lokalen Bezügen zu ihrer eigenen Geschichte und Gegenwart. Städte sind also „keine unbeschriebenen Blätter, sondern narrative Räume, in die bestimmte Geschichten [...] eingeschrieben sind“ (Lindner 2007: 326). Diese Narrative können als Zeichensysteme und Symbolisierungen lokaler Deutungsmuster unterschiedlicher Akteure aufgespürt und analysiert werden. Beispielsweise stellt die historische Perspektive ein mehr oder weniger großes Angebot an bedeutenden Personen zur Verfügung. Ebenso können dafür als tauglich konstruierte historische Ereignisse und Begebenheiten in eine Sammlung lokaler Identifikationsangebote überführt werden. Hier stehen Erinnerungsangebote neben marginalisierten und untergegangenen lokalen Geschichten und Persönlichkeiten. Somit ist die Frage, wer (Stadt-)Geschichte schreibt, immer auch eine Frage nach der Funktionalisierung historischer Personen und Ereignisse. Stadtgeschichte lässt auch Interpretationen zu, wer mit welchen Absichten und Hintergründen stadtkulturell interveniert oder auf „Traditionalem“⁸⁶ beharrt. Das trifft in ganz besonderem Maße auch auf die Transformationsgeschichte von einer DDR-Stadt zu einer Stadt im wiedervereinigten Deutschland zu. Anregend für die hier angestrebte Untersuchung waren die Narrative über die in den jeweiligen Städten vorgefallenen rassistischen und fremdenfeindlichen Übergriffe, über getötete und verletzte Opfer solcher Taten und die jeweiligen Resonanzen im Stadtgespräch. Hier lassen sich, analog zu anderen stadtkulturellen Umgangsformen, diskursive Stränge unterschiedlich hegemonialer oder subalternen Ausprägung aufspüren, die mitunter auch deutlich im Widerstreit miteinander stehen. Es geht also um die Deutungsmacht im Hinblick auf lokale Ereignisse und die Frage, wer diese in seine Deutungskarte, eine 'cultural landscape' einschreibt bzw. daraus verbannt. Unter dem Stichwort der Stigmatisierung soll in dieser Arbeit die Rolle des medialen 'labellings'

86 'Tradition' wird hier zum Signifikanten solcher geschichts- und identitätspolitischer Strategien bestimmter Akteure. Im Verweis auf 'Früheres' wird diese durch eine Art 'Authentizitätsstrategie' zu einem für alle gleichermaßen bedeutsam postulierten, strukturell prägenden Deutungs- und lokalen Sinnstiftungsangebot. Dergleichen Substantialisierungen gehören zu jedem Set an Identifikationsangeboten – auch für die jeweilige Stadtbevölkerung. Zum Topos der 'Tradition' siehe auch die Klassiker: Hobsbawm, Eric/Ranger, Terence [Hrsg.](1983, hier 1999): *The Invention of Tradition*. Cambridge: Cambridge University Press; und auch Jeggle/Korff (1974): *Das Zillertal. Versuch einer 'Kulturökonomischen' Regionalanalyse*. In: *Zeitschrift für Volkskunde*, Jg. 70 (1974). S. 39-57.

einer Stadt und der thematischen Sortierung ('frames') der hierauf bezogenen Narrative aufgegriffen werden. Bedeutung hat in diesem Zusammenhang die mit der Topographie Ostdeutschlands als ideellem fremdenfeindlichen 'Gesamtnort' die zumeist überregional mediale Darstellung der Stadt und deren lokale Reflexe der eigensinnigen Betonung homogener Stigmatisierung zur Abwehr einer negativen kollektiven Selbstzuschreibung als „provinzieller“, „öder“⁸⁷ oder neonazistisch geprägter Ort. Im Vorwurf der Nestbeschmutzung wird das (vermeintlich nur) fremd zugewiesene und gleichzeitig den Fremden charakterisierende Stigma umgekehrt zur identitätspolitischen Taktik der Selbstbehauptung und des Erhaltes des lokalen Status quo. Stigma und kollektive Identität sind also zwei Seiten einer Medaille. Kurz: Man kann dies als Frage nach Bedeutungen und Deutungshierarchien in den Konzepten der Stadt und Interpretation ihrer jeweiligen Folgen für die Ökonomie, die politische Regulation und das soziale Leben (Ipsen 2004: 259) in der Stadt betrachten.

*'Positionality' und 'situated knowledge':
Reflektionskontexte und Vorstellungshorizonte?*

Die Kontexte und erkenntnistheoretischen Zugänge dieser Arbeit speisen sich aus sozialgeographisch – raumtheoretischen, aber auch kulturwissenschaftlich – ethnographisch orientierten disziplinären Zugängen. Ethnographie wird, zumindest in seiner Form als geschriebener Text oder anderer Repräsentationen) als Produkt dreier kommunikativer Instanzen (van Maanen 1995 – nach Amann/Hirschauer, 1997: 29) betrachtet. Es bildet sich eine Triade aus Forschungssubjekten (plus Orten und Situationen), den AutorInnen und den Lesenden. Ich gehe davon aus, dass qualitative, interpretative Verfahren und deren Darstellung als Text, seien sie nun als ethnographisch oder empirisch-kulturwissenschaftlich eingeführt, ohne reflexives Subjekt nicht vorgenommen werden können. Gleichzeitig ist dies aber der im eigentlichen Sinn konstruktive, aber eben auch komplizierteste Akt im Prozess der Forschungsarbeit. Dabei gehen die Vorstellungen dessen, was dann als wissenschaftliches Produkt Anerkennung erfährt, nach wie vor weit auseinander: „Good arguments are rational, linear, dispassionate, confident, objective, universal. Aren't they? Not necessarily“ (Cook 2007: 16).

Es gilt damit auch zu ergründen, welche Rolle eigene, biographisch geprägte Vorstellungen des Problems und des damit verbundenen Forschungsfeldes bei

87 Siehe hier auch die Bände von Wieland, Rayk/Roth, Jürgen (1995, 1998, 2003): „Öde Orte“ 1-3 Leipzig: Reclam.

der Auswahl der Städte und der Formulierung meiner Forschungsfragen gehabt haben. Diese Hinweise auf den zentralen Charakter der subjektiven Position des Forschenden wird seit Jahren in den poststrukturalistisch und feministisch inspirierten Sozial- und Kulturwissenschaften unter Stichworten wie 'situated knowledge' und 'positionality' diskutiert. Diese bilden Grundkategorien einer „standpoint epistemology“ (Denzin 1997: 87), also einer immer von eigenen Standpunkten geprägten Betrachtungs- und Untersuchungsperspektive. Hier möchte ich vorschlagen, die Anregungen von Donna Haraway 1991; Gillian Rose 1997 und Ian Cook 2007 aufzugreifen und versuchen, diese anzuwenden. Mit 'situated knowledge' wird zum Ausdruck gebracht, dass akademisches und anderes Wissen immer in speziellen sozialen und lokalen Kontexten, eben als situiertes, verortetes Wissen der jeweiligen Personen verstanden werden muss. Wenn davon ausgegangen wird, dass es sich bei der Wissensgenerierung um Prozesse der sozialen Konstruktion von Wirklichkeit (Berger/Luckmann) handelt, dann hat alles was als „wahr“ und „unwahr“ gewusst wird ebenso einen konkreten sozialen, geschichtlichen wie auch sozialräumlichen Kontext. Allerdings sollte auch hier nicht in die „local trap“, also essentialisierende Zuschreibungen an einen Ort und den sich dort aufhaltenden Menschen getappt werden. Dieser ist nicht als selbst referentieller Bezugspunkt zu verstehen. Er erklärt sich also nicht selber, sondern ist vielmehr jeweils zu erklären, kann also diskurstheoretisch zerlegt und analysiert werden. Im Zentrum des situierten Wissens steht also weniger ein substanzialisierter Ort der dort vergrabenen Wissensbestände, die es in einem explorativen Verfahren clever zu heben gilt, sondern die weniger an Bodenschätzen orientierte Vorstellung eines Ortes als metaphorischer Platz auch gesellschaftlicher Positionierung. Es ist also eher der soziale Raum im Bourdieuschen Sinn, der hier als Situierung verstanden wird. Hier können Positionen bestimmt und Relationen zu Anderen hervorgehoben werden.

'Positionality' umschreibt daher nicht einfach einen subjektiven, biographisch geprägten persönlichen Standpunkt, sondern das Wechselverhältnis zwischen gesellschaftlicher Position und subjektiver Artikulation darin. Hier kreuzen sich somit die institutionellen und sozialen Einbettungen von Akteuren etwa in konkrete Beziehungen, mit ihren Mikrophysiken der Macht, Kommunikation, Kooperations- bzw. Konkurrenzstrukturen, Reproduktionsverhältnissen etc.- mit den jeweils persönlichen Umgangs- und Reflektionsweisen der jeweiligen Persönlichkeit. Gerade darin liegen das Problem und die Chance der Positionalität in ethnographischer Forschung. Den Einschluss der eigenen, auch körperlich sinnlichen Persönlichkeit in den reflexiven Prozess der Arbeit am Thema. Ian

Cook et al. fassen zusammen: „All these make a huge difference to what exactly gets done by whom, how and where it's done, how it's turned into a finished product, for whom“ (Cook et al 2005, 2007: 16).

Um mich der (In)Fragestellung meiner eigenen Vorstellungen des Problems und des damit verbundenen Forschungsfeldes bei der Auswahl der Städte und der Formulierung meiner Forschungsfragen anzunähern, muss ich also auch autobiographisch ansetzen, mich persönlich positionieren, eigenes situiertes Wissen transparenter machen, denn wie Howard Becker betont: „imagery enters our heads as the residue of our everyday experience“ (Becker 1998: 15).

Biographisches – oder: einen Standpunkt einnehmen!

„However infrequently this is declared, nearly all social scientific research arises, in part, out of some contingency in the personal biography of the researcher(s)“ (Taylor/Evans/Fraser 1996: 3).

Mein Interesse an den Lebens- und Machtverhältnissen in Kleinstädten ist biographisch durch die Jugend in genau solch einer kleinen Stadt, allerdings im württembergischen Süden der Bundesrepublik unterlegt. Hier prägten Erfahrungen der sozialräumliche Enge, der Mikrophysiken regionalen Regierens und kleinbürgerlicher Normativität, aber auch die Umbrüche in der süddeutschen Provinz der 1960er und 1970er Jahre die ersten zwanzig Jahre meines Lebens. Das bedeutete damals eine gewisse lokale Überschaubarkeit einerseits, aber ebenso eine nahezu selbstverständliche intraregionale Mobilität in die größeren, zentraleren Städte mit Schulen, besseren Einkaufsmöglichkeiten und selbstverständlich den 'cooleren' Leuten mit ihren Jugendzentren, Diskos und Kneipen. Glücklicherweise haben damals in Süddeutschland Neonazis keine Rolle gespielt. Die Suche nach anderen Lebensverhältnissen und der Illusion einer auch für kleinere Städte gültigen urbanen, öffentlichen und offenen Gesellschaft der kulturellen Differenzen statt der imaginierten Homogenität abgegrenzter Gemeinden sind die Koordinaten meines seit damals persönlich situierten Wissens, meiner Vorstellungen und Zugänge zum Forschungsfeld.

Nach Schule und Elternhaus lag somit, wie für viele meiner dort bekannten Gleichaltrigen der Aus- und Aufbruch in die großen Städte – nahe bzw. aus südwestdeutscher Perspektive natürlich eigentlich nur in die große Stadt – das war auch in Westdeutschland der 1980er Jahre ausnahmslos Berlin gewesen (Städte wie Frankfurt, Hamburg oder München haben hingegen eine vergleichsweise geringe Attraktivität ausgestrahlt) Somit sind die letzten 25 Jahre meines Lebens geprägt von großstädtischer Lebensrealität Berlins, allerdings immer noch als

auswärtiger immigrierter 'Schwabe'. Die politischen Konstellationen dieser Zeit waren in der späten Phase des „Kalten Krieges“ in der sogenannten Systemkonfrontation eingeschrieben und einen Platz jenseits der 'gut-böse'-Logik zu suchen war unerlässlich. Daher verfolgen mich Fragen und undogmatisch-linke Kritik an den Gesellschaften eines 'realen' Sozialismus seit diesen Jahren. Selbst in der süddeutschen Provinz der 1970er Jahre war die DDR omnipräsent. Als jugendkulturell Linker in der Kleinstadt war das der uns zugewiesene Ort: 'Geh doch rüber!' die beinahe alltägliche kulturelle Geographie des Kommentars auf unserer Kleinstadtkritik und subkulturellen Lebensführung. Dabei ahnten wir schon, dass das in der DDR nicht all zu anders sein würde: dem Staat der deutschen Kleinbürger! Analog dazu die, selbst in der süddeutschen Provinz, zumindest für einen politisierten Jugendlichen, deutlich zu vernehmenden Differenzierungen und Spannungen zwischen unterschiedlichen K-Gruppen, politischen Sektionen unterschiedlicher Parteien und Sekten meist ausgehend von Großstädten der Region, aber auch in den lokalen Initiativen, zum Land-Agitprop verdonnerten Kadern. Dazwischen bewegten sich politisierte Schülerinnen und Schüler, aus der Jugendzentrumsbewegung und die beginnenden Ökologiegruppen. Ab 1978 überwog eine undogmatische Tendenz zu den 'Grünen', aber auf jeden Fall auch einer die Abgrenzung zur DDR – undogmatische Linke wollten eben weder mit den K-Gruppen, aber auch nichts mit DKP; Spartakisten und dem realen Sozialismus zu tun haben. Das setzte sich auch in der stark undogmatisch, spontaneistisch-autonom geprägten West-Berliner Stadtteil- und Hausbesetzerzene fort. Der Osten hatte, mit wenigen Exkursen der sogenannten 'Antiimps', aufgehört zu existieren – gerade in der 'verinselten' Berliner Situation hatte die umgebende DDR und deren RGW-Ostblock keinerlei Attraktivitäten und Präsenz. Einzelne kurze Ausflüge nach Ost-Berlin, zum Einkaufen und an den Müggelsee trugen wenig zur Steigerung eines Interesses an der DDR bei – eher im Gegenteil schreckte der graue Charakter der Stadt ab. Die zudem ab Mitte der 1980er Jahre zunehmend in Kreuzberg anlandenden DDR-Dissidenten stellten sich zumeist als ganz nett, aber an Szene-Kategorien politischer Differenzierungen und subkultureller Feinheiten gemessen, als naiv bis uninteressant heraus. Die expatriierten AnhängerInnen der damaligen DDR-Friedensbewegung waren zumeist auch eher a-politische Blueser bzw. KünstlerInnen und hatten weniger Debatten um den Charakter der DDR im Sinn. Denn der war allen klar: „Überhaupt nicht attraktiv“ und „nichts wie weg“. Trotzdem, oder eher gerade wegen dieser Ambivalenzen zur DDR in der Berliner Nachbarschaft, begann ich seit Mitte der 1980er Jahren, mich besonders für die Situation in den damals noch realsozialistischen Ländern Osteuropas, besonders den dort agierenden opposi-

tionelle Gruppen und Initiativen zu interessieren. Dieses Interesse konkretisierte sich durch Besuche in der DDR in den späten 1980er Jahren und zunehmende Kontakte mit dissidenten Personen der damals in Ostberlin gerade im Entstehen begriffenen antifaschistischen und antiautoritären Gruppen. Im Zuge der sogenannten IWF-Kampagne im Jahr 1988 waren zum ersten Mal Kontakte zu undogmatischen Linken in Ostberlin entstanden, aus denen sich personelle Verbindungen zu Gruppen wie etwa der „Umweltbibliothek“ und den „Umweltblättern“ (später „telegraph“) im Bezirk Prenzlauer Berg entwickelt haben. Häufiger tauchten nun auch in Westberliner Zirkularen samisdat- Positionspapiere Ostberliner Gruppen auf. Zumindest dieser Teil der DDR wurde langsam zum interessanten Terrain, auch für undogmatische Westlinke. Nach vertiefenden und regelmäßigen Reisen zu den neuen Freundinnen und Freunden in Prenzlauer Berg und Friedrichshain erfolgte eine frühe Übersiedlung in den noch nicht bundesrepublikanisch wiedervereinigten Osten Berlins. Dies bescherte mir – in diesem Jahr des relativen Machtvakuum zwischen November 1989 und Herbst 1990 Eindrücke und Einblicke in den niedergehenden Staatssozialismus in Verbindung mit Diskussionen und Experimenten zu utopisch-reformerischen Ansätzen eines ‘Dritten Weges’ und eines demokratisierten Sozialismus. Zusätzlich erfolgten einige Reisen in die ex-sozialistischen Länder. Die Illusionen dieser Tage des politischen Vakuums und diesem „kurzen Sommer der Anarchie“ in Ostberlin wurde schnell durch die zunehmend Präsenz brutalisierter Gewaltförmigkeit von Orten der Alternativkultur angreifenden Fußballhooligans⁸⁸ und neonazistischer Aktivisten rationalisiert. In den frühen 1990er Jahren eskalierten die pogromartigen Übergriffe. In einer ersten Mobilisierungswelle des Neonazismus wird seit den Übergriffen in Hoyerswerda, Mannheim-Schönau, Solingen, Mölln, Rostock-Lichtenhagen Wismar und Eisenhüttenstadt schmerzlich klar, dass nun auch mit einer völlig neuen Stufe des politischen Nationalismus und Neonazismus (inklusive seiner diversen subkulturellen Strömungen) im nunmehr „normalisierten“ (Hawel 2006) bundesdeutschen Nationalstaat zu rechnen sein würde. Seit diesen Tagen in Rostock-Lichtenhagen und der als endlos deprimierend erlebten Ohnmacht gegen den rassistisch mobilisierten Mob, die Untätigkeit der Polizei und die staatliche Hetze gegen Flüchtlinge haben sich meine Intentionen und Interessen zunehmend der Ergründung rassistisch xenophober

88 Seit dem Frühjahr 1990 wurden verstärkt besetzte Häuser und soziale Zentren in der Innenstadtbezirken Prenzlauer Berg und Mitte zu Zielen von Gruppen nach Fußballspielen herumziehender Fußballhooligans, etwa auf der Schönhauser Allee nach Spielen im JahnSportpark auf (siehe Kapitel 5).

Ausschlussmechanismen zugewandt. Erst bei meinen konkreteren empirischen Untersuchungen im Bereich der Studie zu fremdenfeindlichen und rassistischen Angriffen auf Imbissbuden in Brandenburg wurde mir klar, dass die gewalttätigen Übergriffe rechtsradikaler Aktivisten auf Flüchtlinge, MigrantInnen, sogenannte AsylbewerberInnen und anderen durch 'othering'-Praktiken Exkludierte, nur die Wahrnehmungsspitze der alltäglichen Ausgrenzung von als „fremd“ und als „Eindringlingen“ wahrgenommenen und diskriminierten Neubürgern besteht. Vor allem darum hat sich mein Interessenshorizont auf diese Ebene des Alltags, jenseits von einzelnen Skandalen, Krisen und Katastrophen verschoben. Vor allem in Verbindung mit der Fragestellung nach den historischen Ursachen und gesellschaftlichen Kontinuitäten und Brüchen der nationalistischen Vorstellung von Gemeinschaft und Volk, das sich u.a. in Prozessen der Ethnisierung ausdrückt. Hier sehe ich eine *longue durée* (Braudel 1977) der Mentalitäten und Vorstellungen von nationalen Gemeinschaften und imaginiert homogener städtischer Kulturen. Mein Blick auf die aktuellen Fallbeispiele meiner Untersuchung ist also durch ein langjähriges Interesse an ostdeutschen Lebensbedingungen, sozialen und ökonomischen Transformationsprozessen und Veränderungen von stadtkulturellen Öffentlichkeiten geprägt.

Seit mehreren Jahren lebe ich nun wieder im ehemaligen Westberlin, wieder im Stadtteil Kreuzberg, der mir bereits in den 1980er Jahren geschätzter und umkämpfter Stadtraum einer, trotz aller Mythenbildung urbanistischen Utopie von Toleranz und mehr oder weniger offener Konfliktaushandlung geworden war. Die Veränderungen in der lokalen Bevölkerungszusammensetzung, die Debatten um Gentrifizierungs- und Aufwertungsgeschehen, Diskriminierung und Verdrängungsspielen auch hier zunehmend eine bedeutende Rolle. Auch hier muss das 'Recht auf die Stadt' unter den jeweiligen stadtpolitischen Kontexten und Weichenstellungen als 'contested' und uneingelöst eingefordert werden.

Zusammenfassung: 'Bloß keine Konflikte'?

Ich gehe davon aus, dass in den untersuchten Orten durch die Präsenz und Aktionen der Neonazis eine spezifische Form der Stadtkultur entstanden ist bzw. sich diese in der Akzeptanz bzw. Ignoranz, aber auch der Gegenbewegung im Bezug auf derlei neonazistische Aktivitäten ausdrückt. Dabei spielen unterschiedliche Akteure auf unterschiedlichen lokalisierbaren Maßstabebenen und in verschiedenen Kommunikation- und Handlungszusammenhängen eine entscheidende konstitutive Rolle. Als zu benennende, analysetaugliche und in der sozialräumlichen Topographie einer Stadt zu lokalisierende Kulminations-

punkte stellen sich hier exemplarisch einzelne umkämpfte Orte dar, wie etwa bestimmte Treffpunkte, Lokale, Jugendclubs – aber auch insgesamt der Zustand des sogenannte öffentlichen Raumes als Indikator des „Rechts auf die Stadt“, also wer hier in körperlicher Unversehrtheit, sicher und möglicherweise gar an städtischen Prozessen partizipieren kann. Sämtliche Untersuchungsfelder haben also im direkten oder indirekten Sinne mit gesellschaftlichen Konflikten, ihrer unterschiedlichen Wahrnehmung durch verschiedene Akteure, sowie deren vorzuschlagender Handlungsoptionen zu tun. Das wirft einige grundsätzliche Fragen auf und befördert auch mich in persönliche Dilemmata im Umgang mit Positionierungen, politischen Standpunkten und den geforderten Anwendungsbezügen und Relevanzbeweisen, suggeriert aber auch Handlungsansätze, um mit sozial- und kulturwissenschaftlicher Arbeit direkt in gesellschaftliche Prozesse „vor Ort“ mehr oder weniger wirksam werden zu können. Zusammengefasst lässt sich mein persönliches Dilemma als Forschungsreflektion wie folgt skizzieren:

- wer bin ich als Forschender? (das identitäre und subjektive Element)
- was kann ich, was soll, was muss ich wissen? (die ontologische Dimension)
- wie wird das wahr? (die epistemologische Dimension)
- wer hat etwas von meinem Tun? (das forschungsethische Element)

Alle Vergesellschaftungsprozesse oder auch kurz: Prozesse des „Sozialen“, sind grundsätzlich als konfliktthafte Verfahren zu betrachten, zu untersuchen, zu interpretieren. Dies hat weitgehende Implikationen zur Folge, etwa die bereits erwähnte Positionierung im Feld und den Abschied von einer neutralen und objektivierbaren Betrachterperspektive. Auf der diskursiven Ebene der empirischen Sozialforschung und ihrer theoretischen Konzepte scheint jedoch bisher die ‚Harmonie‘ der ausgeglichene und angestrebte normativ gesetzte Normalzustand zu sein. Ansätze einer Sozialforschung als ‚Problemwissenschaft‘ etwa der frühen Devianzforschung, aber auch aktueller Ansätze eines z.B. Integrations-/ Desintegrationsszenarios (Heitmeyer 1994: 29ff) weisen darauf hin. Ähnlich erscheinen Debatten um Vulnerabilität und Resilienz, der sozialen Kohäsion und gestörten Vergemeinschaftung, städtischen oder staatlichen ‚Ausnahmezuständen‘ (Agamben, Schmitt, Benjamin)⁸⁹ von der Normativität des Konfliktlosen

89 Der italienische Sozialphilosoph Giorgio Agamben hat diesen „Ausnahmezustand“ (unter Bezug auf Walter Benjamin und den nationalkonservativen Staatstheoretiker Carl Schmitt) als gegenwärtigen „Weltbürgerkrieg“ identifiziert: Dieser sei „nichts anderes als der permanente Ausnahmezustand, der in Europa lediglich nicht als solcher wahrgenommen wird, sondern hier externalisiert und normalisiert wird. Siehe: – Agamben, Giorgio (2004): Ausnahmezustand. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

geprägt zu sein. Auch scheint der Nachhaltigkeitsbegriff in seiner ökologischen und erst recht seiner sozialen Anrufung einer 'sustainability' von naturhaft-ökologischen, aber auch sozial ausgeglichenen bzw. als Equilibrium konzeptionalisierter Idealzuständen auszugehen. Der hier angelegte 'nachhaltige' status-quo als gesellschaftlicher Kräfteausgleich entspricht einer ontologischen sozialen Harmonievorstellung. Der Ausgangspunkt des grundsätzlich konflikthaften Charakters sozialer Prozesse (sei es auf der Ebene des 'nation building', des Verhältnisses der Ökonomie, der Geschlechter und Geschlechtlichkeit, der Ethnisierungen und Herkunftszuweisungen, der Aushandlungen sozialer Partizipation und Anwesenheitsrechte etc.), soll hier aber nicht als Rechtfertigung im Sinne einer Naturalisierung missverstanden werden. Vielmehr ist es das Postulat der permanenten Aushandlungs-, Konflikt- oder gar Kampfverhältnisse in Gesellschaften. Kurz gesagt geht es darum, sich über die Strukturiertheit von Prozessen im Konflikt klar zu werden. Selbstverständlich gibt es unterschiedliche historische Dimensionen, sozialräumliche Maßstabebenen und Betrachtungsperspektiven auf diese Konfliktualität. Ebenso gibt es unterschiedliche Quantitäten und Qualitäten, mehr oder weniger gewaltförmige, institutionalisierte, verregelte oder entfesselte politische, persönliche, kulturelle Konflikte.

Der Vorschlag, soziale Prozesse immer als konfliktiv zu behandeln, unterstellt ebenso, dass es keine Personen – auch die des/der Forschenden – außerhalb dieser 'landscapes of social conflict' (Deutsche) gibt. Wir stehen alle in Beziehungen und Kontexten zu Konflikten. Das wird nicht zuletzt an der Auswahl der jeweiligen Wissenschaftsdisziplin, der eigenen Forschungsthematik deutlich.

Aus dem bisher gesagten soll deutlich geworden sein, dass jede Person – auch die Forschende als Trägerin von 'positionality' und eines situierten Wissens (Haraway, Rose) betrachtet werden muss. Somit ist zunächst allgemein festzustellen, dass alle Forschung von den eigenen Subjektpositionen und daraus resultierenden Betrachtungsweisen geprägt wird. Diese können zunächst auf der Ebene sozialer Strukturiertheit von Herrschaft kontextualisiert werden: Diese lassen sich entlang der Kategorien Race/Ethnisierung/Hautfarbe, Class/soziale Schicht und Gender/Sex, aber auch anderer biographisch-individueller Kontexte einer 'Standpunkt' -epistemologischen Artikulation entwickeln. In diesem Objekt/ Subjekt-Dilemma spielt jenseits einfacher sozialer Positionierungsdeterminanten der konkrete, reflexive und transparente Umgang der jeweiligen Personen eine entscheidende Rolle. Das schließt kontextuelle Verfahren des Subjektes zur Anpassung an institutionalisierte Normen explizit mit ein, seien es etwa disziplinäre Diskurse, persönliche Abhängigkeitsverhältnisse, Opportunismus gegenüber Höhergestellten bei der Auswahl der Themen.

Was also im Fall der feministischen Debatte als emanzipatorischer Ansatz der Autonomie, Selbstbestimmung und -positionierung aufgeworfen wurde, kann auch für die Analyse – etwa objektivierender, Konflikte negierender oder neutralisierenden Beiträge in anderen Bereichen der positivistischen und empirizistisch orientierten Wissenschaften nutzbar gemacht werden.

2 Stadtgeschichten: Wittingen und Belsheim – sozialhistorische Kontexte, Orte und Akteure

Bei den in dieser Arbeit untersuchten Fallbeispielen handelt es sich um zwei Kleinstädte im Land Brandenburg¹. Diese Städte habe ich im Zeitraum von drei Jahren regelmäßig besucht, mich dort wochenlang in Gästezimmer eingemietet und von dort aus die jeweilige Stadt erkundet und Gespräche mit dort lebenden BewohnerInnen in 'Übergangswohnheimen', Großwohnsiedlungen und vorsozialistischen Genossenschaftssiedlungen, Cafés und Parkanlagen, auf Straßen und Plätzen, in Büros und Jugendclubs geführt. Bei diesen Gelegenheiten habe ich mit mehr als 100 Menschen gesprochen, ihnen zugehört und mit ihnen diskutiert, Informationen gesammelt und Eindrücke gespeichert. Selbige Gesprächsabschriften wurden in einem weiteren Arbeitsschritt in Software zur Analyse qualitativen Datenmaterials eingespeist, um sie dort in unterschiedlichen Arbeitsschritten und Betrachtungsebenen zu codieren. Auf Grundlage dieser codierten Textpassagen entstanden die nun folgenden Kapitel, meine empirische Auswertung des Redens über die Zugänglichkeit, Offenheit und die Atmosphären der Stadt, die 'Angsträume' und die als gefährlich oder unangenehm wahrgenommenen bzw. kommunizierten Orte.

In beiden Untersuchungsstädten war von Anfang an geplant iterativ vorzugehen und gleichzeitig möglichst aus allen der drei oben gebildeten Kategorien (Professionelle, Stadtaktive, MigrantInnen) Personen zu treffen und mich mit

1 Nach langem Überlegen und Abwägen habe ich mich entschieden, die Orte meiner Forschung sowie die dort angetroffenen Personen zu anonymisieren, also möglichst weitgehend einer Identifizierung zu entziehen. Dies erfolgt vor allem aufgrund der Bitten einiger meiner GesprächspartnerInnen, ich habe aber auch forschungsmethodische und -konzeptionelle Gründe: Der Charakter meiner Untersuchung ist nicht komparativ angelegt – es geht also nicht primär um einen wie auch immer akzentuierten Städtevergleich, sondern um exemplarische Erkundungen zur Diskussion städtischer Aushandlungspraktiken von selektiver Öffentlichkeit und der Produktion des „Fremden“. Außerdem soll so einer von vielen befürchteten oder bereits angenommenen Stigmatisierung der Orte meiner Forschung vorgebeugt werden. Es geht mir nicht um das Vorführen einzelner Städte als besonders schlimme, wenig lebenswerte 'öde Nazi-Orte', sondern um die Darstellung lokaler Praktiken.

ihnen zu unterhalten und diese Gespräche aufzunehmen und auszuwerten. Dies in einem – ungefähr ähnlichen Zahlenverhältnis zueinander, ähnlicher Hintergrundvermutung etc. Natürlich wurden diese Personen nicht allein strategisch ausgewählt – trotzdem wurden Gesprächssituationen meist bewusst herbeigeführt. Dass dies aus vielerlei Gründen nicht so umsetzbar war, muss konstatiert werden. Die unterschiedliche Zusammensetzung der Konstellationen der GesprächspartnerInnen weist unter anderem auf die strukturellen Differenzen hin. Deutlich ist, dass beispielsweise aus der Gruppe der potentiellen Opfer rechter Übergriffe in Belsheim MigrantInnen im Zentrum stehen, in Wittingen wiederum sind dies hauptsächlich SchülerInnen und alternativ bewegte Jugendliche. Neben einer immer gegebenen situativen Zufälligkeit, wer nun gerade zu welchem Zeitpunkt an welchem Ort anzutreffen ist, also Fragen der temporären Präsenz und Absenz, ist die Anwesenheit von MigrantInnen im Wittingener Stadtbild, tatsächlich in einem ganz anderen Maße seltener als in Belsheim. Hier sind es vereinzelt migrantische Geschäftsleute mit einem türkischen oder vietnamesischen Herkunftshintergrund oder Übersiedler aus der ehemaligen Sowjetunion, während es in Belsheim eine von nord- und westafrikanischen MigrantInnen geprägte Flüchtlingsgruppe gibt, die sich deutlich im Stadtbild artikuliert und an zentralen Orten anzutreffen ist. Anders gesagt: Neben Zufällen der Zugänge und Kontakte ist die Belsheimer Szene rund um das 'Stattcafé' tatsächlich weniger von Jugendlichen, denn von MigrantInnen, deren erwachsenen UnterstützerInnen und anderen Stadtaktiven geprägt. In der Stadt Wittingen hingegen sind neben einzelnen Beschäftigten und Betreibern von Gaststätten und Imbissbetrieben der „ethnischen Ökonomie“ kaum MigrantInnen präsent, einzige Ausnahme Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion, sogenannte Russlanddeutsche und deren Angehörige.

Auch die als Stadtaktive und Drehpunktpersonen bezeichneten GesprächspartnerInnen bilden eine gewisse raumzeitliche Auswahl und Zufälligkeit ab. Die Treffen mit den jeweiligen Personen waren nur in Anfangsgesprächen oder anberaumten Gesprächsrunden vorher abgestimmt, später hingegen habe ich diese Orte zufällig während deren Öffnungszeiten, im Alltagsbetrieb aufgesucht und dann dort mit den angetroffenen Personen geredet, Kaffee getrunken, mich umgeschaut, beobachtet.

Ganz anders ist der Zugang zu Personen der Gruppe der 'Professionellen' verlaufen. Mit all diesen Personen wurden vorher Termine vereinbart und Besuche, zumeist an deren Arbeitsorten durchgeführt. Hier können die deutlichsten Ähnlichkeiten in der Gesprächsanordnung, der Rollenverteilung und der Produktion des Gesprächsraumes, seiner Atmosphären und Stimmungen festgestellt werden.

Die folgenden Beschreibungen der Städte spiegeln mit den unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen ihre Darstellung in Gesprächen, aber auch in stadthistorischen Schriftstücken wieder. Wenn also bei Wittingen hauptsächlich die Vergänglichkeit industrieller Blüte thematisiert wird, ist es in Belsheim die Rolle der Stadterneuerung und die Vision einer zukünftigen Kurstadt. Es werden a) einführende stadtbetrachtende settings und b) Skizzen einzelner dort lebender Menschen erstellt, c) Beobachtungen zu einzelnen lokalen Treffpunkten und Initiativen dokumentiert sowie d) öffentliche Orte wie Bahnhöfe, Imbissbuden, Stadtkerne/Fußgängerzonen als Schauplätze der in den nächsten Kapiteln aufgegriffenen stadtkulturellen Praktiken und Raumproduktionen beschrieben. Damit sollen die vielfältigen Herstellungsvorgänge, die Akteure und Materialien dieser stadtkulturellen Raumproduktionen selektiver Öffentlichkeit beschrieben und illustriert werden, um sie somit einer Interpretation meinerseits auszusetzen.

Ortseffekte

Die hier ausgewählten Untersuchungsstädte liegen in der Sprache der Raumordnung in einer regionalen Peripherie (Wittingen) aber auch am ländlich geprägten Rand eines relativ großstadtnahen Verflechtungsraumes (Belsheim): Beide Städte sollen hier aber als peripherisiert (Keim 2006)² bezeichnet werden. Dies ist auch an den Suburbanisierungsprozessen in neuen postsozialistischen städtischen Randlagen zu beobachten. Gleichzeitig werden mit starker finanzieller Förderung Altstadtkerne rekonstruiert und teilweise musealisiert, während zusätzlich die infrastrukturellen Vorgaben einer deutlichen Automobilisierung vergegenständlicht werden³. Ebenfalls im Zuge des Bundesprogramms „Stadtumbau-Ost“

-
- 2 Peripherisierung fasst im Unterschied zu einer reinen Zustandsbeschreibung – eine Lagebeziehung einer wie auch immer definierten Peripherie – als Unterschied in unterschiedlichsten sozialen, z.B. infrastrukturelle Disparitäten und Mängel. Dies sind etwa die Versorgung mit Bildungs- und Pflegeeinrichtungen, Ärzten und Krankenhäusern, technische Infrastrukturen im Bereich Energie, Wasser, Kommunikationstechnologien wie etwa der 'digital divide' aufgrund nicht vorhandener Breitbandkabel in manchen ländlich- peripherisierten Regionen. Siehe auch: Keim, Karl-Dieter (2006): Peripherisierung ländlicher Räume. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ, 2006/Nr. 37), S. 3-7. Quelle: http://www.bpb.de/publikationen/W6TWO1,0,Peripherisierung_l%E4ndlicher_R%E4ume_Essay.html
 - 3 Der Entlastung der Innenstädte vom Autoverkehr durch den Bau von großzügigen Umgehungsstraßen, etwa im Kontext des Förderkonzeptes „Aufbau-Ost“, vor allem in den 1990er Jahren. Dieser Verkehrsplanung lokaler PKW-Ströme, steht seit der Einführung der Autobahnmaut der wieder zunehmende auf Landes- und Bundes-

wurde ein Großteil der Großwohnsiedlungen zumindest äußerlich modernisiert bzw. der Überhang zum Abriss freigegeben.

Die hier untersuchten Städte können als sogenannte schrumpfende Städte, als 'shrinking cities' bezeichnet werden: Sie unterliegen demographischen Schrumpfungsprozessen und haben bei massiver Bevölkerungsabwanderung seit 1990 teilweise über ein Fünftel der damaligen Bevölkerung verloren. Während es in Wittingen, der größeren Stadt, im fraglichen Zeitraum kaum zu Zuwanderung kam, haben sich in der kleineren Stadt Belsheim in den frühen 1990er Jahren zwei große Wohnprojekte für alternatives Leben und zur Therapie ehemaliger Drogenabhängiger angesiedelt. Dieser Umstand spielt eine wichtige Rolle bei der lokalen Vorstellung des Rechtes auf die Stadt (siehe Kapitel 7). Bei aller Skepsis gegenüber dem Aussagewert statistischer Daten sei erwähnt, dass in den untersuchten Städten der sogenannte Ausländeranteil bei ca. 1% der Bevölkerung liegt.⁴ Gleichzeitig sind beide Städte in den letzten Jahren durch eine dominante rechte Szene, durch alltägliche Übergriffe und Bedrohungen und durch mindestens einen tödlich endenden Angriff auch überregional bekannt geworden. Es kann von einer, zumindest temporären und situativen Fremdenfeindlichkeit ohne Fremde gesprochen werden. In beiden Städten gibt es Gedenkstätten für Opfer des Nationalsozialismus, die ebenfalls eine Rolle bei der geschichtspolitischen Dimension der stadtkulturellen Diskussion, aber auch der symbolischen Besetzung bzw. Verdrängung historischer Bezüge spielen.

straßen ausweichende Fernverkehr gegenüber. Quelle: http://www.bpb.de/popup/popup_lemmata.html?guid=BUA6EN (letzter Zugriff: 11.11.2010)

- 4 Die Kategorie des „Ausländers“ ist sowohl semantisch als auch statistisch fragwürdig. Unklar ist ob sich dieses „Ausländer sein“ am Passbesitz oder der vorgestellten Attributen des Gegenteils – des Inländers – orientiert. Sprache und Aussehen sagen kaum etwas über die Staatsbürgerschaft aus. Dies wird auch an der ambivalenten Wahrnehmung russischer Einwanderer deutlich. Genau sie werden oft zuerst als 'Ausländer' stigmatisiert, verfügen aber meist über einen deutschen Pass. Auch in diesen Fällen müssen also die Daten bezüglich der Kategorie Inländer/Ausländer in Frage gestellt werden. So wird beispielsweise nicht jeder, der einen Deutschen Pass besitzt, auch als Inländer akzeptiert und wahrgenommen. Dies zeigt sich am Beispiel von MigrantInnen aus der Türkei ebenso wie von Einwanderern aus der ehemaligen Sowjetunion, seien es nun sogenannte Russlanddeutsche (Spät)aussiedlerInnen oder jüdische „Kontingentflüchtlinge“

Akteure

Im Verlauf meiner Feldforschung in den beiden Brandenburger Städten habe ich mit vielen Menschen geredet, mitunter über Stunden. Eine Liste der für mich wichtigsten Personen aufzustellen, diese gar nach Bedeutung für die Untersuchung zu ordnen, bleibt problematisch, weil hier einerseits eine Linearität der Begegnungen und der damit verbundenen Kommunikation, aber vor allem auch eine Hierarchie der Bedeutungen unterstellt werden könnte. Tatsächlich ist der Gehalt der Aussagen, deren Gewichtung und Auswahl für die hier vorliegende Arbeit wenig an deren Länge, Frequenzen der Treffen sowie Intensität der Gespräche gebunden. Ebenso problematisch ist die Zuordnung zu bestimmten Deutungsfeldern des stadtkulturellen settings, der Zuweisung der Personen in ihre, natürlich von mir als solche definierten primären Handlungs- und Wirkungszusammenhänge. Die Kontexte, in denen Treffen und Gespräche stattgefunden haben, müssen in keiner Weise die alleinigen oder auch subjektiv wichtigsten Alltagsbereiche der jeweiligen Akteure umfassen, sind forschungsheuristische Ordnungsversuche, um dabei nicht den Überblick zu verlieren und um deren Aussagen, Deutungen und Perspektiven weiteren Interpretation zu öffnen. Somit dient die folgende Aufzählung lediglich der Darstellung des personalen Horizontes meiner Untersuchung, der Referenzen und subjektivierten Einblicke in Alltagsleben, deren Ränder ich als kurzer Gast, Teilnehmender und Beteiligter mehr oder weniger deutlich überschritten habe.

Ferner mag auffallen, dass bei den Kategorien der a) Stadtaktiven und Drehpunktpersonen, der b) Professionellen und Verwaltungsleute und c) der (potentiellen) Opfer und subalternen/subkulturellen Marginalen eine vierte Kategorie, nämlich die der Täter fehlt. Wie bereits oben ausgeführt, versteht sich die vorliegende Untersuchung nicht als weiterer Beitrag zur Rechtsextremismusforschung. Vielmehr ist der Erklärungs- und Diskussionshorizont im Bereich einer holistisch orientierten empirisch-kulturwissenschaftlichen Stadtforschung angelegt. Die konkreten, neonazistisch organisierten oder rassistisch orientierten Personen waren mitunter punktuell präsent, wurden von mir aber nicht als Gesprächspartner angesprochen. Darum fehlt hier die Kategorie „rechte Täter“.

Rein quantitativ gerechnet habe ich im Verlauf der Feldforschung mit ca. 100 Personen in zunächst drei Städten längere Interviews durchgeführt, mich in Gesprächssituationen begeben bzw. diese mit hergestellt. Nach einer Vorauswahl und der forschungspragmatischen Einschränkung auf nur noch zwei Untersuchungsbereiche – liegen nun aus der Stadt Belsheim zu 20 Personen, aus Wittingen zu 24 Personen Audiomitschnitte und deren Transkriptionen vor. Zusätzlich wurden noch mehrere Gespräche mit 'externen Fachleuten' geführt,

namentlich aus dem Bereich der Stadtplanung und Stadtforschung. Bis auf letztere wurden, wie in der Einleitung bereits angesprochen, Namen und Orte chiffriert bzw. mit Pseudonymen versehen. Die gewählten Pseudonyme orientieren sich an den mit den jeweiligen Personen entstandenen Beziehungen bzw. formalen Umgangs und Gesprächsformen.

2.1 Wittingen: Von der Ackerbürgerstadt zur schrumpfenden Altindustriestadt

„[...] dass die (rechte) Szene in der Stadt kleiner geworden ist, das kann man nicht sagen ... – die stagniert auf einem relativ hohen Niveau.“ (Interview Witt 15/45)

Die ca. 12.500 EinwohnerInnen zählende Stadt Wittingen ist seit Jahren immer wieder in den Schlagzeilen der überregionalen Medien gewesen. Als Ort rechtsradikaler Aktivisten war sie Schauplatz von Kundgebungen und Demonstrationen und nicht zuletzt immer wieder auch von gewalttätigen Übergriffen. Diese kulminierten im Mai 2002 in dem tödlichen Überfall auf einen russischen Übersiedler. Wittingen ist, wie viele andere Städte der neuen Bundesländer, eine schrumpfende Stadt. Die Stadt kämpft gegen die nahezu hoffnungslosen Bedingungen ökonomischer Deprivation und demographischer wie infrastruktureller Schrumpfung. Wie viele andere Städte im Land Brandenburg hat auch diese Stadt seit 1989 ca. ein Fünftel ihrer EinwohnerInnen verloren. Der tief greifende ökonomische und soziale Wandel seit 1989 kann in Begriffen der politischen Ökonomie als Übergang von einem 'ost-fordistischen' (Matthiesen 2003) zu einem 'post-fordistischen' Akkumulationsregime beschrieben werden. Die DDR-Wirtschaftspolitik schuf im Rahmen ihres Konzeptes der dezentralen Konzentration gerade auch in ländlichen Räumen Zentren der industriellen Massenproduktion⁵. Doch war Wittingen nicht erst seit DDR-Zeiten ein Standort von Fabriken und frühindustriellen Werkstätten. Die Stadt hat eine lange Geschichte als Produktionsort von Stoffen und Garnen, mit einem besonderen Schwerpunkt auf der Herstellung von Militärtuchen. So profitierten bereits die in der Regierungszeit Friedrichs II. dort tätigen Tuchmacher von dessen Kriegspolitik, allerdings wurde die Abhängigkeit vom Militär bereits in den folgenden Friedensjahren vielen selbständigen Tuchmachern zum Verhängnis. Der

5 Dabei unterlag die Auswahl der Orte für diese neuen Produktionsstätten unterschiedlichen Kriterien. Beispielsweise wurden die Industriestädte der Petrochemischen- und Schwerindustrie (Schwedt/Oder, Eisenhüttenstadt) gemäß militärstrategischen Überlegungen am östlichsten Rand des Landes angesiedelt.

stagnierende Absatz an Uniformtuchen zwang viele zur Aufgabe ihres Gewerbes. Erst eine noch engere Verbindung von Wirtschaft und Armee erbrachte eine nachhaltige Stabilisierung des Tuchmarktes, als im Jahr 1799 Lieferungen an die Militärbehörde vertraglich festgelegt wurden. Fast alle Wittingener Tuchmacher arbeiteten nun ausschließlich für diese Aufträge. So lebten um 1800 bereits 44% der Wittingener Bevölkerung von der frühindustriellen Produktion von Stoffen und Uniformtuchen. Auch im folgenden 19. Jahrhundert wurde die ökonomische Prosperität weiterhin von den Konjunkturen des Krieges bestimmt. Am Ende des 19. Jahrhunderts – und nach einer fast 50-jährigen Prosperitätszeit – gab es 12 Tuchfabriken in der Stadt, von denen sich allerdings nur zwei im Modernisierungs- und Konzentrationsprozess behaupteten konnten. In den ersten Jahren der Weimarer Republik erfolgten große Nachfrageeinbrüche nach Uniformstoffen.

Dank der Umstellung auf zivile Produktion bestimmten die Tuchfabriken noch bis zum zweiten Weltkrieg das wirtschaftliche Leben in Wittingen. Warum es in der Zeit der NS-Kriegswirtschaft zu keiner Intensivierung der Wittingener Stoffherstellung kam, müsste noch untersucht werden. Jedenfalls erfolgte lediglich in den Fabrikhallen der Firma (Name) eine Produktion von wahrscheinlich auch militärisch genutzten Flugzeugteilen. Die Produktionsstätten der zweiten Firma standen in diesen Jahren leer. Im Jahr 1945 wurden die Maschinen der verbliebenen Anlagen demontiert und als Reparationsleistungen in die Sowjetunion transportiert. Im Umkreis der Stadt wurden mehrere große Kasernen und Militäranlagen von der Roten Armee übernommen und ausgebaut.

In den ersten Jahren der DDR wurde in den Räumen der noch produzierenden Fabrik ein Werk für die Herstellung von Küchenmöbeln eingerichtet, das spätere Küchenmöbelkombinat. Auf dem Areal der anderen Fabrik wurde 1951 die VEB Tuchfabrik Wittingen gegründet. Hier arbeiteten bald schon mehr als 100 Beschäftigte. Ab 1966 erfolgte der Aufbau eines Obertrikotagenbetriebes (OTB), der ab 1968 dazu übergegangen war, statt Garn Polyesterseide zu verarbeiten. Im Jahr 1970 hatte das OTB 600, acht Jahre später bereits 1842 Beschäftigte, im Jahr 1980 waren es 2.150, davon 1.650 Frauen. 1985 produzierten 2800 Arbeitskräfte (inklusive der ArbeiterInnen in den auswärtigen Betriebsteilen 3,15 Millionen Stück Trikotagen und 8,9 Millionen Stück Untertrikotagen. In diesen Boomjahren der Wittingener Industrieproduktion entstanden die 'Clara-Zetkin-Siedlung' (heute 'Bergsiedlung') und die Siedlung der deutsch-sowjetischen Freundschaft (heute 'Wiesenrandsiedlung' – östlicher Teil⁶). In den späten 1980er Jahren

6 Westlich davon gab es bereits vorher Offizierswohnungen bzw. Unterkünfte für Militärs vom nahen Flugplatz der 'Wehrmacht' aus den späten 1930er Jahren.

arbeiteten in den drei Wittingener Industriebetrieben OTB, dem metallverarbeitenden Kombinat Solio und dem Küchenmöbelkombinat insgesamt über 5.500 Menschen. Im OTB waren ca. 2.500 Personen – hauptsächlich Frauen – beschäftigt, darunter auch viele Vertragsarbeiterinnen aus Vietnam und Kuba. In dem Solio-Betrieb waren es 2.500 größtenteils männliche Arbeiter.

Nach der deutschen Wiedervereinigung stellt das Obertrikotagenwerk OTB nach einer kurzen Übergangsphase als Freizeitmoden GmbH Wittingen die Gesamtproduktion ein, auch die beiden anderen Industriebetriebe Wittingens haben in den frühen 1990er Jahren ihre Produktion aufgegeben. Das führte in Wittingen zu einem schlagartigen Zusammenbruch des neu entstandenen Arbeitsmarktes. Da sich aber in der Stadt außer diesen drei Industriebetrieben wenig alternative Beschäftigungsangebote finden lassen, sind der dramatische Anstieg der Lohnarbeitslosigkeit und der Abhängigkeit von staatlichen Unterstützungsmaßnahmen die absehbaren Folgen – und die Suche nach einer besseren Welt jenseits der lokalen Bedingungen. Die Folgen dieser Entwicklungen zeigen sich nicht nur in der demographischen Dimension der Abwanderung junger, qualifizierter und flexibilisierter BewohnerInnen (ein überproportionaler Anteil davon Frauen), sie sind nicht nur bevölkerungsstatistisch relevant, auch infrastrukturelle Veränderungen sind ein unmittelbarer Ausdruck der Krise der Stadt. So sind der zunehmende Wohnungsleerstand und eine Unterauslastung von technischen und sozialen Einrichtungen ein Grund für deren Funktionsstörung, Infragestellung oder Einsparung. Zunehmend stehen auch die Versorgung alter Menschen, die Gewährung von Angeboten des öffentlichen Nahverkehrs sowie im Bildungs- und Pflegebereich von Kindern und Erwachsenen zur Disposition. Folglich haben Schulschließungen und der Verlust von Schwimmbädern, Bibliotheken und Jugendclubs auf die verbleibenden BewohnerInnen nicht nur Effekte einer sozialen Ungleichheit im Vergleich zu besser ausgestatteten Kommunen, sondern wirken umfassend deprimierend auf die, die zurück geblieben sind.

Stadtentwicklung Wittingen

In der Siedlungsstruktur der Wohnbebauung spiegeln sich auch in Wittingen die zentralen Bauentwicklungsschübe des 20. Jahrhunderts wider. Neben einzeln stehenden Stadtvillen aus der Gründerzeit, etwa zwischen Bahnhofsvorstadt und Innenstadt, folgen Wohnanlagen der 1920er und 1930er Jahre. Die unterbrochene Bautätigkeit der 1940er Jahre wird mit Siedlungsbauten für Flüchtlinge aus dem ehemaligen Osten des Deutschen Reiches wieder aufgenommen. Ab den späten 1960er Jahren bis 1989 sind deutliche Spuren

sozialistischer Bautätigkeit in der Gestalt der Stadt zu verzeichnen. In Wittingen konzentrierte sich diese städtebauliche Aktivität im Wesentlichen auf zwei Großwohnsiedlungen, jeweils in relativer Nähe zu den Industriebetrieben der Stadt. Diese Wohnanlagen waren mit einer Garage und einem oft in Sichtweite der Wohnungen befindlichen Kleingarten zu einer Art 'Dreieck des sozialistischen Wohnens' verbunden.

Die bauliche Gestalt der Stadt wird an vielen Stellen auch durch Industriearchitektur aller historischen Epochen seit der Gründung der ersten Spinnereien in der Stadt geprägt. An mehreren zentralen Orten innerhalb der Stadtmauer verweisen Schilder auf ehemalige Spinnereien und frühe Tuchmachereien, Wollverarbeitungsbetriebe, einen Destillationsbetrieb etc. Viele dieser Gebäude, von der Denkmalpflege mit Bestandsschutz ausgewiesen und mit kleinen Plaketten als solche markiert, werden derzeit nicht genutzt. Allerdings beispielhaft vorgeführt werden die Gebäude einer ehemaligen Spinnerei, deren Umbau zum Verwaltungssitz der Stadt und ihrer Ämter im Jahr 2008 abgeschlossen wurde. Alle Zufahrtsstraßen der Stadt werden durch Industrieanlagen in unterschiedlichen Bestands- bzw. Zerfallszuständen flankiert, das selbe gilt, allerdings weniger linear, entlang der Gleise rund um den ehemaligen Güterbahnhof hier auch für die Einfahrt per Bahn. Vor allem größere Gebäudekomplexe ehemaliger Kombinate und großindustrieller Ensembles wurden in den 1990er Jahren abgerissen, an mehreren Stellen zeugen noch ehemalige Fabrikhallen oder weiträumig abgesperrte ehemalige Werksanlagen von den Dimensionen und Größenordnungen der Anlagen. In einem dieser heute als Gewerbepark ausgewiesenen Betriebsgelände teilen sich mehrere kleine Gewerbebetriebe die noch bestehenden Hallengebäude. Hier gibt es neben einem KFZ-Reparaturbetrieb einen Computer- und Elektronik-Shop, ein kleineres Möbellager und sonstige Betriebe. Zumindest unter diesem Aspekt der sichtbaren Produktionsstätten scheint Wittingen eindeutig im postindustriellen Zeitalter angekommen zu sein.

Die knapp skizzierte Sozialgeschichte der Stadt Wittingen mag zeigen, dass krisenhafte Schwankungen, ausgelöst von wirtschaftlichen Produktionszyklen und politisch einschneidenden Veränderungen auch hier nichts grundsätzlich Neues darstellen. Die Abhängigkeit von militär-ökonomisch bestimmten Fabriken im 18. und 19. Jahrhundert beschert ein ständiges Auf und Ab an Beschäftigungs- und damit Lebensmöglichkeiten in der Stadt. Bis in die 90er Jahre ist die Stadt – sowohl ökonomisch als auch sozial – unterschiedlich stark vom Militär geprägt. Nach dem Abzug der Roten Armee in den Jahren 1992/93 wird einer nahe gelegener Truppenübungsplatz von einem kleinen Kontingent der Bundeswehr übernommen.

Unter mentalitätengeschichtlichen Gesichtspunkten könnte in Wittingen von einer *longue durée* eines militärisch-ökonomischen Komplexes in Stadt und Region gesprochen werden. Die unterschiedlichen militärischen Einrichtungen und angegliederten Produktionsbetriebe dieser Armeestadt waren immer ein wichtiger Faktor der Wittingener Wirtschaft und des sozialen Lebens. Diese direkte militärische Verbindung von Industrieproduktion, Siedlungen, Flugplätzen und Truppenübungsgeländen skizziert somit Kontinuitäten stadtkultureller Entwicklungslinien über die Jahrhunderte hinweg. Möglicherweise lässt sich auch hieraus die dominante Position für einen umstrittenen ehemaligen Truppenübungsgelände in unmittelbarer Nähe erklären. Kritische Positionen sind zu diesem geplanten Bombenabwurfplatz der Bundeswehr auf dem ehemaligen sowjetischen Übungsgelände bei Wittingen eher selten zu hören. Sie werden im Vergleich zu anderen dort angrenzenden Städten und Gemeinden dort zumeist nur hinter vorgehaltener Hand geäußert. Sichtbare Zeichen einer Ablehnung des Bombenabwurfplatzes, wie etwa Transparente oder Plakate, sind im öffentlichen städtischen Raum nicht zu finden.

Jenseits einfacher Determinismen ist hier vertiefend zu fragen, welche Bedeutung etwa für die zivilgesellschaftliche Strukturierung der Region, den lokalen Erfahrungen mit dem deutschen Faschismus beizumessen wäre.

Erinnerungspolitik in Wittingen

Auffällig ist die verborgene und unausgeschilderte Lage des nahezu zerstörten jüdischen Friedhofes, hinter dem Bahnhof gelegen. Die Initiative einer Schulklasse zur Pflege und Recherche der Geschichte dieses Gedenk- und Erinnerungsortes wurde von dieser nicht weiter verfolgt, aus Angst, damit den lokalen Rechten einen weiteren Angriffspunkt für ihre Aktivitäten zu liefern.⁷ Eine andere unterbelichtete Auseinandersetzungslinie stellt der Todesmarsch aus Ravensbrück dar. Dieser führte im Januar 1945 auch durch die Stadt Wittingen, um in einem nahe der Stadt gelegenen Waldstück für mehrere Tage in einer Art Übergangslager zum Stocken zu kommen. An dieser Stelle befindet sich heute eine Gedenkstätte, die im September 2002 Ziel rechtsradikaler Zerstörung geworden war. Eine offene Debatte über die Wahrnehmung dieses Todesmarsches auf Seiten der Wittingener Bevölkerung steht immer noch aus. Es wird beispielsweise immer

7 siehe Interview mit Wittl im Juni 2005

noch vermieden, darauf hinzuweisen⁸, dass diese Überlebenden der Konzentrationslager – wahrscheinlich für viele wahrnehmbar – durch die Stadt hindurch in die nahe Wittingener Heide getrieben wurden.

Konjunkturen des Rechtsradikalismus in Wittingen

‘Themenpark Rechtsradikalismus’

Einer meiner ersten Aufenthalte in der Stadt: Ein Sommertag im Juni. Ich habe mir in der Altstadt, mit Blick auf die Stadtmauer aus Ziegelsteinen, ein Zimmer angemietet. Bei der ersten Tour durch die Stadt war mir bereits am Mittag eine kleine Gruppe von ca. 13- bis 15-jährigen Jungen im Stadtzentrum in der Nähe des Marktplatzes aufgefallen. Auf einer Bank beim Rathaus sitzen sie als ‘Bilderbuch-Nazis’ (im Stil der 1990er wurde das einmal von einem Interviewten genannt) mit HJ-Haarschnitt, Landser-T-Shirts und ähnlichen Nazi-Outfits – eine jähe Begrüßung durch Jungnazis. Später werde ich aufgeklärt, dass es sich bei dieser Gruppe um eine ortsbekannte Clique aus „sozial schwachen Verhältnissen“ handele. Es wird aber auch betont, dass diese Jugendlichen nicht das eigentliche Problem seien, sondern es sich lediglich um ein Symptom rechter Einstellungen vor Ort, bei Erwachsenen und lokalen Autoritäten (Witt 5) handelt.

Den in Sachen Rechtsradikalismus und dessen Phänomenologien nicht ganz uninformierten Beobachtenden stellt sich die städtische Szenerie Wittingens – etwa an einem warmen Sommertag im Jahr 2007 – dar wie ein Ausflug in einen Themenpark Rechtsradikalismus. Vor dem/der BesucherIn entfalten sich beispielsweise am Marktplatz oder einer als notorisch rechtem Treffpunkt bekannten Elf-Tankstelle ein Tableau rechtsradikaler Modestile und Erscheinungsbilder. „Rechtsextremismus (ist) als Bestandteil der Jugendkultur auf jeden Fall überall präsent“ (Witt 15/49). Aber nicht nur die ‘dress codes’ von Jugendlichen, auch deren erwachsenen-kulturelle Erscheinungsformen sind zu beobachten. Beispielsweise am mittlerweile in die Jahre gekommenen Familienvater einer ersten Generation Rechtsradikaler, der noch den Schwung der ersten Mobilisierungen in den frühen 1990er Kampffahren miterlebt haben dürfte und seine Kinder

8 In der offiziellen, staatstragenden antifaschistischen Rhetorik der DDR wurde zwar in den 1980er Jahren die Gedenkstätte Belower Wald als Ort für die Ehrung russischer Kriegsgefangener des Todesmarsches eingerichtet, die damalig Zuständigen leugneten allerdings das Wissen der Bevölkerung um den Marsch. (siehe Gespräch mit Leiterin der Gedenkstätte).

modisch im Dress „Walhalla for Kids“ ausführt. Die jungen Erwachsenen der 18- bis Mitte 20-Jährigen stellen so etwas wie eine zweite Generation dar. Sie waren die Aktivisten der Welle neonazistischer Demonstrationen und Übergriffe um das Jahr 2001/2002. Gefolgt vom Nachwuchs (3. Generation) der heute 13- bis 16-Jährigen, die vor allem an den Schulen (nicht bei allen) für Kopfzerbrechen sorgen und am deutlichsten auch den städtischen öffentlichen Raum für ihre Selbstdarstellung nutzen.

Ein Brandanschlag auf eine Döner-Imbissgaststätte 1999 wird als Ursache angesehen, dass die Stadt ungewollt und negativ in die Schlagzeilen geriet. Seit diesem Tag kämpft Wittingen gegen den als stigmatisierend empfundenen und abgelehnten Status an, fremdenfeindlich eingestellt zu sein und ein Problem mit organisierten Rechtsradikalismus zu haben⁹.

Auf dem Weg vom Bahnhof zum Marktplatz wurde im Frühjahr 2006 in der Altstadt ein Laden für Berufs- und Sportbekleidung eröffnet. An den Auslagen im Schaufenster gemessen ist die dort angesprochene Kundenklientel allerdings deutlich rechtsradikal eingestellt. In den Auslagen finden sich vor allem Thor Steinar-Produkte¹⁰: Jacken, Hosen, Rucksäcke, gerne im Camouflage-Look, überhaupt viel Military-ähnliches, aber auch Zunftkleidung und Handwerkerkluft. Über den Schaufenstern stehen groß in schwarzen Lettern die Produktmarken: ‘Thor Steinar’, ‘Hate Hate’¹¹ und ‘Nordmann’¹². Der Laden selber ist aber eher klein, ein Raum mit kleinem Tresen. Ein befreundeter Journalist besuchte wenig

9 Quelle: Polizeipräsidium [Ortsname], Leiter Abt. Einsatz/Ermittlung (2001): Halbjahresbericht „Bekämpfung der Jugendgewalt in Wittingen“ vom 10.10.2001, S. 1

10 Bei der Marke Thor Steinar handelt es sich um ein in Zeesen bei Königs Wusterhausen gegründetes Modelabel für rechtsextreme Kunden.

11 Hate-Hate ist ein Kleider- und Musikversand aus Hennigsdorf bei Berlin.

12 Nordmann ist sowohl ein Modelabel im engeren Sinn, vor allem aber ein umfassender Bezugsbegriff bei ‘nationaler’ Bekleidung unterschiedlicher Produzenten und Versandhäuser (wotan, wikingerversand etc.) die T-Shirts und anderes mit dem Schreiftzug „Nordmann“ anbieten bzw. sich in unterschiedlicher Ansprache an „Nordmänner“ richten. Quelle: <http://shop.wikingerversand.com/products/de/Kinder/Kleidung/Kinderlagenhemd-Nordmann.html> (letzter Zugriff: 11.11.2010)
Zu Codes und subkulturellen Markierungen: Agentur für soziale Perspektiven [Hrsg.] (2007): Das Versteckspiel. Lifestyle, Symbole und Codes von neonazistischen und extrem rechten Gruppen. Berlin. Quelle: <http://www.dasversteckspiel.de> (letzter Zugriff: 11.11.2010)

Zu rechtsradikaler und neonazistischen Kleidungsstilen und Modefirmen:

Jentsch, Ulli/Weiss, Michael (2007): Rechtsextreme Symbolik und Kleidung im öffentlichen Raum. In: Schoeps, Julius H./Botsch, Gideon/Kopke, Christoph et

später den Laden und sprach dort mit einer Angestellten, die sich selber als Wittingenerin, allerdings als „neutral und nicht rechts“ dargestellt hat. Der Laden hat im Sommer 2008 seinen Betrieb eingestellt.

Fremdenfeindlichkeit ohne Fremde

Noch etwas ist auffällig im öffentlichen Raum in Wittingen: Die beinahe völlige Abwesenheit von dunkelhäutigen Menschen, von türkischstämmigen oder arabischen MigrantInnen. Es fehlen aber auch die bunten Jugendlichen, 'Freaks' oder KünstlerInnen, eben jene Vielfalt an unterschiedlichen Sprachen und Erscheinungsbildern, die heutzutage viele, auch kleinere Städte, als urbane Landschaften charakterisieren. Dies ist zum einen dem nahezu zum Erliegen gekommenen Zuzug von NeubürgerInnen geschuldet und auch die wenigen dort lebenden MigrantInnen versuchen nach Ablauf der Residenzpflicht bzw. des vorgegebenen 2-3-jährigen Wohnbelegungszeitraumes (für Übersiedler aus Russland) die Region zu verlassen. Die dort vorherrschende Fremdenfeindlichkeit kann somit als Xenophobie ohne Fremde bezeichnet werden. Dies ist auch ein wesentlicher Unterschied zur ebenfalls besorgniserregenden Ablehnung von MigrantInnen und Flüchtlingen in Westdeutschland. Dort können sich sozial diskriminierte und exkludierte zumindest in Interessensgruppen zusammenschließen oder über ihre Anwesenheit das lokale Kräfteverhältnis und das gesamte Bild der homogen vorgestellten Gesellschaft durchbrechen. Anders ist dies in den meisten ostdeutschen Städten, die im Durchschnitt einen sogenannten Ausländeranteil von ca. 2-4 % der Bevölkerung aufweisen. Diese Abwesenheit von MigrantInnen (re)produziert eine besondere Art des öffentlichen Raumes, der als Territorium xenophober Rechte angesehen werden muss. Die hier vorherrschende kulturelle Hegemonie orientiert sich zumeist an rassistisch vorgestellten Abweichungen von weiß sein ('whiteness') und männlich-patriarchal sein ('malestream' Tanesini 1999: 38ff) den Physiognomien eines „Nicht-Weißen“ und oft orientalisierten „Ausländers“. Infragestellungen dieser Vorherrschaft, sei es durch körperliche Anwesenheit, Sichtbarkeit oder verbale Bekundungen, werden mehr oder weniger gewaltförmig sanktioniert. Es ist also von einer Verteidigungsposition eines angenommenen Status Quo nationaler und völkischer Vorstellungen auszugehen, und nicht von dem Szenario einer Eroberungsstrategie sogenannter national befreiter Zonen oder anderer Befreiungsterritorialitäten. Dies hat auch Konsequenzen für

al. [Hrsg.]: Rechtsextremismus in Brandenburg. Handbuch für Analyse und Intervention. Berlin: Verlag für Berlin-Brandenburg.

eine Analyse der Territorialisierungsdimensionen dieser neuen rechtsradikalen Bewegung und Folgen für notwendige Handlungsoptionen.

Wittingen – ... offene und schöne Stadt?

Die schrumpfende Stadt Wittingen verliert aber neben BewohnerInnen und infrastrukturellen Einrichtungen wie Schulen, Veranstaltungsorten und Freizeitangeboten, mit jedem Übergriff auf nicht-rechte Jugendliche, auf MigrantInnen oder andere lokale Außenseiter, auch ihre Attraktivität für die einzige wirtschaftliche Option die derzeit diskutiert wird: den Tourismus. Denn, so mein Eindruck, es fehlt der Stadt – neben den symbolischen Willkommensgesten und einem freundlichen, offenen Begegnen der ortsfremden BesucherInnen – eine gelassene und entspannte Atmosphäre. Unter der rekonstruierten Oberfläche einer pittoresken mittelalterlichen Ackerbürgerstadt und späteren Industriestadt sind die sozialen Verwerfungen und emotionalen Spannungen einer Stadtkultur der Fremdenfeindlichkeit schnell zu spüren. Erst recht, wenn man als BesucherIn nicht zur weißen Bevölkerung gezählt werden kann. Erst seit wenigen Jahren, namentlich mit der Gründung eines 'Aktionsbündnisses gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit' (später: 'Bürgerbündnis Wittingen'), wird dieser kulturellen Hegemonie und alltagsweltlichen Dominanz rechtsradikaler Positionen auch in Wittingen entgegenzutreten versucht. Neue Konzepte in der Jugendarbeit, entschieden repressives Entgentreten mittels lokaler Polizei und überlokaler Sondereinsatzgruppen wie der MEGA und TOME¹³ und überregionale Kommunikation und Vernetzungsversuche haben die ersten Ansätze einer zivilgesellschaftlichen Struktur in der Stadt gestärkt.

13 Seit dem Jahr 2000 bzw. 2001 werden im Land Brandenburg Spezialeinheiten der Polizei unter dem Namen Mobilen Einsatzeinheit gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit (MEGA) und TOME¹³ (Täterorientierte Maßnahmen gegen extremistische Gewalt) vom damaligen Innenminister Jörg Schönbohm eingesetzt. Diese sind direkt den jeweiligen 'Polizeischutzbereichen' zugeordnet. Quelle: <http://www.mi.brandenburg.de/sixcms/detail.php?gsid=5lbm1.c.60486.de>
Und: <http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/11003256/61299/#> (letzter Zugriff: 10.10.2010).

2.1.1 Akteure in der Stadt: Stadtaktive, Drehpunktpersonen, zivilgesellschaftliche AktivistInnen in Wittingen

Die Lehrerin, Chronistin und Aktivistin Michaela Bayer lebt seit 1989 in der Stadt Wittingen. Zum Zeitpunkt unseres Zusammentreffens steht sie kurz vor der Pensionierung. Die ehemalige 'Fachberaterin für Geschichte' war zunächst Lehrerin an einer dortigen Realschule, danach an der Gesamtschule: Seit einigen Jahren ist sie eine der treibenden Kräfte im lokalen „Aktionsbündnis gegen Rechtsextremismus und Gewalt“. Nach ihrer Pensionierung möchte sie sich ausschließlich der politischen Arbeit gegen Rechtsradikalismus widmen.

Petra Amann ist zum Zeitpunkt unserer Gespräche Mitte 40. Sie hat zwei Kinder „die keine Lehrstellen kriegen, die psychisch am Boden sind, aufgrund dessen habe ich mich – ... zwölf Jahre jetzt arbeitslos engagiert jetzt am Runden Tisch ... vordergründig war Hartz IV – ... aber wir haben uns inzwischen eingeschossen auf sämtliche soziale Strukturen die nicht stimmen als die ganzen Sozialpolitik – ... nicht nur Hartz IV“ (Witt 3/22). Petra Amann ist Feuerwehrfrau und arbeitet dort jetzt auch in einem Ein-Euro-Job zum Aufbau und der Betreuung der Jugendfeuerwehr in den Ortsteilen. Als Mitglied im Aktionsbündnis steht sie für die städtische „Sicherheitspartnerschaften“ mit Polizei und Feuerwehr ein.

Max aus Wittingen ist Anfang 20 und dort geboren. Er lebt noch bei seinen Eltern, weil er sich im Rahmen seiner derzeitigen Ausbildung zum „Heilerziehungspfleger“ noch keine eigene Wohnung leisten kann. Max besucht eine schulische Ausbildung im ca. 40 Kilometer entfernten N. dorthin pendelt er täglich mit der Bahn. Er erinnert sich an seine Schulzeit, seine Jahre auf der Realschule als relativ „schlimmer Zeit“, die davon gekennzeichnet gewesen sei, dass man entweder rechts war oder man war gar nichts – „... man war unten durch sozusagen“ – ... Folglich war auch Max in der achten Klasse eine Zeit lang rechts gewesen, „hat man sich halt angepasst“. (Witt 1/49). Max' Rechtsradikalismus¹⁴ bleibt allerdings ein kurzes Intermezzo, schon bald beginnt er sich mehr für Musik zu interessieren, für Hardcore und Hardrock, Punk und Metal und schon bald fängt er an selber Musik zu machen und in einer Band zu spielen. Es ist ihm zunehmend auch nicht mehr

14 „also ich war nicht doll rechts – ... also ich war da nicht in der Szene drinn oder so, sondern so ein bisschen mitgelaufen ... also dass ich da im Nachhinein als Verräterschwein abgestempelt – ... überhaupt nicht – ... meine Freunde die ich da eh hatte sind dann halt mehr oder weniger mitgekommen (...) – also bei mir ist es heute immer noch so 'wen du rechts bist kannst du nicht mein Freund sein' ... – die Leute sind dann mitgekommen und haben die Scheiße sein lassen oder man hat sich vielleicht noch 'Hallo' gesagt und das wars.“ (Witt1/53)

egal, dass es rechte Jugendliche in seiner Umgebung gibt, er beginnt, besonders an der Realschule „einen echten Hass gegen die ganzen Leute“ zu entwickeln. So überlegt er sich nach dem Abschluss zwar auf ein Gymnasium zu wechseln, zieht dafür aber eine andre Stadt vor und wechselt in die größere Nachbarstadt: Das „war die beste Entscheidung – ... weil da bist du dann auch mit anderen Leuten in Kontakt gekommen“ (Witt 1/49-57). Auch in N. gibt es eine rechte Szene, aber es gibt auch eine Antifa, mit denen hat Max schnell Kontakt aufgenommen „dann habe ich mich halt bei denen gemeldet mit denen kurzgeschlossen, angefreundet und mit den dort erlebten Anregungen und Ermutigungen auch in Wittingen versucht dort bisschen was aufzubauen“. Vor allem hat er aber Leute aus Berlin kennen gelernt, diese kommen zu Besuch nach N. einmal auch nach Wittingen und laden umgekehrt nach Berlin ein. Noch Jahre nach diesen Besuchskontakten gilt er immer noch als der einzige Antifa der Stadt, er selbst sagt allerdings, dass seine Versuche in Wittingen etwas gegen die Vorherrschaft der Rechten an Schulen und in der Stadt zu unternehmen, gescheitert sei.

„das waren einfach zu wenige Leute die den Arsch hochgekriegt haben ... sich vernetzen wollten – ... also die sind zwar gerne zu den Parties gekommen – ... wenn man hier ne Party gemacht hat aber – ... oder auch mal zu ‘nur Veranstaltung ... aber wenn es darum ging auch mal auch zusammen zuarbeiten ... war man mehr oder weniger auf sich alleine gestellt – ... war man vielleicht drei, vier Mann ... wie gesagt – ... mittlerweile sind die meisten von meinen Freunden weg – ... wer bleibt hier länger als er muss –.“ (Witt 1/59)

Die Frauen aus dem Arbeitslosentreff (Frau Sturm, Frau Rosen, Frau Seiters und Frau Bitow) treffe ich in unterschiedlichen Gesprächskonstellationen bei mehreren Besuchen des Arbeitslosenladens Wittingen. Die Situation ist u.a. gekennzeichnet von dem anstehenden Wechsel der Leiterinnen dieser Außenstelle einer „Qualifizierungs- und Beschäftigungsgesellschaft“. Die aus Altersgründen scheidende Frau Sturm nutzt mein Interesse zum ausgiebigen Resümee ihrer eigenen Arbeit und konfrontiert Frau Rosen mit der Aufgabe, mich nun in die anstehenden Pläne des Projektes einzuweisen. Als Zaungast dieser Übergabegespräche werde ich so zufällig zur außen stehenden Referenzperson kritischer Reflektionen des Projektes. Mehrfach sind auch weitere MitarbeiterInnen anwesend, die sich allerdings selten an den Gesprächen beteiligen. Sowohl Frau Sturm als auch Frau Rosen leben nicht in Wittingen, sie pendeln täglich aus in der Nähe liegenden Dörfern, in denen sie Häuser haben, in die Stadt. Beide betonen aber ihre langjährige Verbundenheit mit der Stadt. Alle, auch weitere GesprächspartnerInnen haben früher in Industriebetrieben, die Frauen alle im Textilkombinat in leitenden Positionen in der Produktion gearbeitet.

Frau Tischler ist eine Spätaussiedlerin aus der ehemaligen Sowjetunion. Sie lebt seit den frühen 1990er Jahren in Wittingen. Die ehemalige Lehrerin hat dort zunächst fast zehn Jahre in einem Pflegeheimen und der häuslichen Pflege gearbeitet. Nach einer Krebserkrankung und Operation kann sie diese körperlich schwere Arbeit nicht mehr ausüben und wird arbeitslos. Durch ihre guten Kontakte zu einem Frauenkreis und ihr Engagement in einer Selbsthilfegruppe für krebserkrankte Frauen bekommt sie eine ABM-Stelle im Wittingener „Haus Drushba“, eines kirchlich getragenen Treffpunktes für (Spät)aussiedlerInnen. Dort arbeitet sie nun schon seit mehreren Jahren auf „Zuverdienstbasis“.

Professionelle

Frau Karin Schlüter kommt aus der Nähe Wittingens, ist in der Stadt zur Schule gegangen, hat an einem anderen Ort eine Lehre zur Kinderkrankenschwester absolviert, ist dann aber nach der Ausbildung wegen ihrer Eltern wieder nach Wittingen gekommen: „ich war immer so ein Verweigerer ... also nicht in der FDJ ... keine Jugendweihe – ...christliches Elternhaus – ... und auch selber dann sehr aktiv in der Jungen Gemeinde [...] persönliche Entscheidung keine Karriere in der DDR sondern lieber christliches Bekenntnis und sozialen Engagement gehört da auch für mich dazu so dass das auch mein Berufswunsch war [...] Kinderkrankenschwester zu werden und das hat auch gut geklappt“ (Witt 6/77). Bis 1989 arbeitete sie dann im sogenannten Jugendgesundheitschutz der DDR, im Bereich Psychotherapie und -diagnostik, nach dessen Abwicklung fand sie Arbeit im Jugendamt und ein paar Jahre später in der mittlerweile von einem kirchlichen Träger übernommenen Sozialberatungsstelle am Ort.

Bereits vor 1989 hat Frau Schlüter zwei dunkelhäutige Kinder adoptiert, deren Probleme mit Beleidigungen und Bedrohungen in der Schule und der Stadt allerdings erst nach der Wende beginnen. Frau Schlüter ist Gründungsmitglied im lokalen „Aktionsbündnis gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt“, das sie von Anfang an als zivilgesellschaftliche Initiative betrachtet. Darum setzt sie sich dafür ein, dass dort möglichst weniger professionelle MitstreiterInnen und mehr BürgerInnen aus anderen Bereichen des städtischen Lebens versammeln:

„[D]ass das wirklich so eine Basisgeschichte wird und dass da Leute sind die sich engagieren weil sie das schrecklich finden und weil sie da was verändern wollen, also dass das von unten kommen soll – ... aber da stehe ich bis heute ziemlich alleine ...weil alle glauben das ist wichtig dass [...] diese ganzen wichtigen Leute da sind ... und dann ist es gut ... und ja irgendwo kriege ich das noch nicht in die Köpfe [...] ich kann mich da [...] mit dieser Meinung nicht durchsetzen“ (Witt 6/189-191)

Der Kirchenmann Peterson ist einer der aktivsten Streiter gegen die neonazistischen Aktivitäten in der Stadt und der Region. Der gebürtige Rheinhesse lebt seit den frühen 1990er Jahren in der ehemaligen DDR. Nach zehn Jahren Tätigkeit in einer anderen Gemeinde arbeitet er seit dem Jahr 2001 in Wittingen, nachdem er hier zum Superintendenten des Kirchenkreises gewählt wurde. In der Stadt selbst fühlte er sich von Anfang an offen aufgenommen. Das läge aber auch daran, dass man sich schließlich keine Pfarrer holen würde, „um nicht mit ihnen zu reden“: Somit sei er also in den städtischen und kommunalen Strukturen „sehr freundlich empfangen worden [...] und auch eigentlich relativ schnell für einen Ortsfremden in die städtische Strukturen hineinintegriert worden“ (Witt 15/24-31).

Er ist Initiator und Mitbegründer des Aktionsbündnisses „Für Toleranz – gegen Rechtsextremismus“ und mittlerweile auch im Vorstand einer ähnlichen landesweiten Organisation. Daher kann er auch ausführlich über die Situation in anderen Städten berichten und diese mit der lokalen Lage vergleichen: „also sie brauchen um einen effektiven Widerstand gegen die Rechten zu organisieren nicht viele Leute-...wir haben mit vier Mann Posaunenchor auf dem Rathaus gestanden [...] dagegen hat keine Lautsprecheranlage eine Chance“ (Witt 15/183).

Andererseits, so betont er, braucht auch eine neonazistische Rechte „für die Gewaltszene ja wirklich nicht viele Leute-...da reicht eine handvoll entschlossener Täter (Witt 15/169)“. Als ausgesprochen öffentliche Person sieht er sich bisher aber nicht als besonders exponiertes Angriffsziel rechtsradikaler Attacken, er stellt sich als uneingeschüchtert und ohne Angst dar und führt aus, dass besonders die, „die im Moment im Kampf gegen Rechts hier in der Stadt engagiert und beschäftigt sind [...] die haben jetzt die persönliche Diskriminierung nicht unbedingt als das Problem. Also, es gab seit dem ich das mache, vielleicht zwei Momente persönlicher Angst – ... das war einmal der Vorabend der Demo als die hier vor dem Haus aufgefahren sind und – ... beim zweiten habe ich schon Schwierigkeiten mich zu erinnern – ... ja – ... aber es sind keine Backsteine durch die Fensterscheiben geflogen ... es gibt keine Kratzer am Auto“ (Witt 15/138).

Aus dem Bereich der (Jugend)Sozialarbeit und der Betreuung von Spätaussiedlern habe ich mit hier beschäftigten Frauen gesprochen: Die Sozialarbeiterin Kathy arbeitet seit mehreren Jahren in dem Jugendclub der Stadt. Sie ist eigentlich studierte Ethnologin aus Berlin, hat sich aber vor Jahren nach einem Umzug in die Brandenburger Provinz auf diese Stelle als Sozialarbeiterin in diesem Jugendclub beworben. Nachdem es zu einem Trägerwechsel des Clubs aufgrund der rechtsextremer Übergriffe gekommen war, „sie meinten dass unter anderem der Jugendverein, der hier vorher den Club hatte, nicht genügend gegen

Rechtsextremismus tut ... und deswegen haben sie das neu ausgeschrieben“ (Witt 19/46), hatte sie sich auf diese Stelle beworben.

Karin Scholz ist Beraterin für Spätaussiedler in einer nicht-kirchlichen Beratungsstelle. Sie zirkuliert an mehreren Arbeitsorten im Landkreis, in denen sie jeweils ein Büro für ihre Tätigkeiten unterhält.

Auch Frau Fischer arbeitet in der Migrationsberatung für (Spät)aussiedlerInnen, allerdings bei einem kirchlichen Träger. Auch sie ist im gesamten Landkreis unterwegs, verbringt allerdings wöchentlich mehrere Tage mit Besuchen und Gesprächen in Wittingen.

Herr Hübner ist leitender Redakteur in der Wittingener Redaktion des ‘Havel-Kuriers’. Er stellt sich in unserem Gespräch als aufmerksamer Beobachter der Stadt und scharfer Kritiker der lokalen Verhältnisse heraus. Besonders die von ihm als Stigmatisierung empfundenen Hinweise auf die hohe Präsenz rechtsradikaler Aktivisten in der Stadt lassen ihn die überlokal verursachte und auch nur da zu lösende Problematik der wirtschaftlichen Stagnation von Wittingen betonen. Trotzdem sei die Hervorhebung der Problematik des Rechtsextremismus übertrieben und gehe in der Wahrnehmung an den eigentlichen sozialen und ökonomischen Problemen vor allem der Jugendlichen vorbei.

Frau Stüben vom Kulturamt der Stadt ist mittlerweile zuständig für eine breite Palette städtischer Aufgaben. Sie sitzt als Vertreterin des Amtes im Aktionsbündnis.

MigrantInnen/Nicht-Rechte SchülerInnen

Mehmet aus dem Döner-Imbiss ist einer meiner ersten Anlaufpunkte in der Stadt. Mehmet berichtet selbst von keinen ernsthaften Problemen in seinem Laden. Er weiß allerdings von anderen, durch seine Cousins betriebene Imbissbetriebe in der Stadt zu berichten. Eines dieser Geschäfte wurde stadtbekannt, weil es Tatort eines schweren Brandanschlages geworden war. Mehmet kam vor mehr als zehn Jahren direkt aus dem kurdischen Teil der Türkei nach Wittingen. Er ist mittlerweile mit der Tochter von Frau Amann verheiratet. In der Stadt selbst gibt es aber wenig Kontakte zu anderen BewohnerInnen außerhalb der engeren Verwandtschaft: „nur zwei drei Dönerladen hier und dann mehr keine Ausländer hier ... ich hab Familie hier – ... muss hier bleiben – ... weißt du (Witt 4/48).

Die Wittingener Schülerin Sandra besucht zum Zeitpunkt der Gespräche die 13. Klasse des Gymnasiums. Sie lebt seit ihrer frühen Kindheit in der Altstadt und betont, dass sie, auch was „die Rechten“ angehe, eigentlich alles hier mitkriegt (Witt 9/19). Dies liegt auch daran, weil ihrer Wohnung gegenüber eine Kneipe liegt, die als Treffpunkt der lokalen Rechtsradikalen und ihrer FreundInnen gilt.

Dabei verstehe sie sich mit dem Besitzer eigentlich ganz gut, „grüße ihn auch immer, aber man weiß halt, dass da am Wochenende immer die rechte Szene sich trifft – ... deswegen ist es natürlich krass, weil die direkt gegenüber sind und so“ (Witt 9/19).

Sie berichtet davon, wie schwer es ist, als „alternativ orientierte“ Jugendliche in Wittingen zu leben. Zumal, wenn selbst die Eltern raten, sich doch mit den Rechten, z.B. dem Wirt aus der Nachbarschaft gut zu stellen. Für Sandra steht aber auch fest, dass sie bald nach dem Abitur die Stadt verlassen wird: ... „also das ist schon eine ziemliche Belastung hier mit den Leuten zu leben irgendwie obwohl man ja so direkt wie gesagt nichts mit denen zu tun hat weil man – ... weiß ich nicht man weiß halt dass die da sind ... irgendwie und dass das ziemlich viele sind ..na ja und deswegen will ich eben so schnell wie möglich weg“ (Witt 9/77).

Die Punkerin Stine (ca. 17 Jahre) ist eine enge Freundin Sandras und auch sie wird Wittingen bald verlassen. Noch vor dem Abschluss der lokalen Schule will sie nach Berlin zur Schule gehen und dort wohnen. „na es gibt in Berlin einen Schulversuch der mich interessiert deswegen gehe ich nach Berlin, aber auch hier so das gefällt mir hier nicht, aber auch die Schule gefällt mir hier nicht deswegen“ (Witt 17/146). Stine kommt bisher jeden Tag von einem Dorf im näheren Umfeld der Stadt zur Schule und bleibt auch meist am Nachmittag noch etwas länger bei ihren FreundInnen. Bei deren gemeinsamen Nachmittagen in der Stadt wurden sie selbst des öfteren Ziel von Beleidigungen und Übergriffen, allerdings sieht sie sich aufgrund besonderer familiärer Bedingungen als eher nicht gefährdet an: „mein Opa war da auch Lehrer, deswegen habe ich ja auch zum Beispiel nicht auf die Schnauze gekriegt trotz dem großen Anarchie-Aufkleber auf dem Rücken ...und dann haben sie gesagt „das ist dein Opa?... das ist ja cool“ und dann waren sie auf einmal ganz freundlich“ (Witt 17/146).

Olli, einen Abiturienten des Wittingener Gymnasiums spreche ich beim Schlendern über den Marktplatz an einem Nachmittag im Sommer an. Er war mir aufgefallen, wegen seine längeren Haaren und einem Ohrring. Grund genug nach dessen Erfahrungen, Einschätzungen und Perspektiven in der Stadt zu fragen. Im Gespräch erfahre ich, dass Olli der Freund eines erst kurz zuvor von lokalen Rechtsradikalen brutal zusammengeschlagenen ehemaligen Wittingers ist. Auch Olli möchte die Stadt so bald als möglich in Richtung Berlin verlassen.

2.1.2 Vereine, Initiativen, Clubs, lokale Treffpunkte in Wittingen

Jugendclubs und Jugendszenen in Wittingen

In der Stadt gibt es zum Zeitpunkt meiner Besuche vier Jugendclubs. Drei der Jugendzentren sind aus früheren Einrichtungen für Jugendliche hervorgegangen. Vor allem in den 1990er Jahren waren die Jugendclubs der Stadt bekannt als notorische Treffpunkte der lokalen rechten Szene. Erst ein Trägerwechsel seit dem Jahr 2000 hatte die Thematisierung solcher rechtsextremen Treffpunkte möglich gemacht und sich um die Beschäftigung problemorientierter und im Bezug auf Rechtsradikalismus sensibilisierter MitarbeiterInnen bemüht.

Das Aktionsbündnis 'Couragiert gegen Rechts'/'Bürgerbündnis' in Wittingen

Mit dem Brandanschlag auf eine Döner-Imbissgaststätte im März 1999 wird laut Polizeipräsidium der Region in Wittingen die vorläufige Spitze der Gewaltspirale¹⁵ erreicht. Dieser Höhepunkt rechtsextremer Übergriffe wird auch zum Gründungsereignis eines Bündnisses, das sich bis heute in Wittingen darum verdient macht, die öffentlichen Auftritte der rechtsextremen Aktivisten vor Ort zu skandalisieren und punktuell Gegenaktionen zu organisieren. Das heute zum 'Bürgerbündnis' umbenannte zivilgesellschaftliche Gremium setzt sich vor allem aus professionellen MitarbeiterInnen städtischer Sozialdienstleister, VertreterInnen der Stadt, der Polizei und der Kirchen zusammen.

Arbeitslosentreff Wittingen

Ein weiterer Treffpunkt mit lokaler Relevanz für die Stadtkultur ist der Arbeitslosentreff, der von dort Anwesenden als Beratungsstelle und gleichzeitig als ein Ort der konkreten Arbeit charakterisiert wird. Relativ unabhängig vom lokalen Migrationsgeschehen und der Lebensverhältnisse einzelner Flüchtlinge ist der Arbeitslosladen ein Ort der Zusammenkunft derer, die vom post-industriellen Transformationsprozess der Stadt auch 15 Jahre nach der 'Wende' betroffen sind. Die vor allem weiblichen Aktiven der Arbeitslosentreffs sind erfreut und überrascht, Gegenstand einer stadtkulturell orientierten Forschung zu sein. Deren sozial marginale Lage manifestiert sich auch im Gebäude und dessen topologischer Situiertheit am Rande der Stadt in einer ehemaligen Kindertagesstätte.

15 Quelle: Polizeipräsidium [Ortsname], Leiter Abt. Einsatz/Ermittlung (2001): Halbjahresbericht „Bekämpfung der Jugendgewalt in Wittingen“ vom 10.10.2001, S. 1.

Drushba – Haus der Freundschaft

Das ‘Haus der Freundschaft’ ist ein etwas peripher, aber immer noch im Bereich der historischen Altstadt gelegener Versammlungs- und Veranstaltungsraum für (Spät)aussiedlerInnen aus der ehemaligen Sowjetunion. Gedacht war es als Haus der Begegnung zwischen den Umsiedlern aus Russland, der Ukraine und Kasachstan und den deutschen EinwohnerInnen Wittingens (Witt 5/224). Als Schlüsselereignis zur Gründung dieses Treffpunktes von (Spät)aussiedlerInnen und alteingesessener Wittingener Bevölkerung wird der gewaltsame Tod eines jungen Spätaussiedlers genannt. Damals, im Jahr 2003 „rollt eine ganz große Welle auf und da haben sich ganz viele Leute dafür eingesetzt dass [...] eben so ein Haus der Freundschaft speziell für Aussiedler geschaffen wird“ (Witt 20/75) [...] da waren ganz viele Veranstaltungen und es wurde richtig mobil gemacht [...] man hat die Aussiedler [...] eingeladen und man hat dann angefangen praktisch mit der Gründung...Haus der Freundschaft zu planen, dann eine Beratungsstelle wurde extra gemacht wo jetzt vier Aussiedler noch zusätzlich Aussiedler betreut haben“ (Witt 23/79-80).

2.2 Belsheim: Vom wilhelminischen Sanatorium zum Kurbad?

Belsheim kann auf eine lange Stadtgeschichte zurückblicken: Nachdem eine frühe Siedlung im Dreißigjährigen Krieg untergegangen war, erfolgt der nachfolgende Wiederaufbau im Frühbarock. Ein Architekturstil, der noch heute das Stadtbild der ‘historischen’ Altstadt bestimmt. Die Lage der Stadt in einem nach Zuwanderern aus Holland benannten Landstrich verweist auf den historischen Charakter der Region als „Schmelztiegel von Kulturen [...] bei dem immer die Niederländer, aber auch die Sorben und Preußen und was hier noch alles hängen geblieben ist, mitgemacht haben“ – wie ein in den 1980er Jahren dorthin eingewanderter Niederländer betont (Übel 15/412).

Die Stadt, der um 1700 Stadtrechte verliehen werden, wird im 18. und frühen 19. Jahrhundert zu einem wichtigen Knotenpunkt des Postverkehrs in Richtung Berlin. Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts erfolgt der Bau einer Eisenbahnlinie und des Belsheimer Bahnhofes (1879). Die sozioökonomische Entwicklung der Stadt kann somit über die letzten Jahrhunderte grob als Ort des Transits von Waren und Menschen, aber auch als Ziel innovativer Einwanderer zusammengefasst werden. Die mit der Bahnanbindung zeitgenössisch modernisierten Mobilitäten der Wende zum 20. Jahrhundert kommen der Stadt aber auch in anderer Hinsicht zugute. Im nicht all zu fernen Berlin haben sich im Zuge der rasanten Industriali-

sierung neben Krankheiten und Seuchen auch die sie begleitenden Hygiene- und Gesundheitsdebatten entfaltet. Zur Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert ist in Berlin u.a. Lungentuberkulose eine weit verbreitete Krankheit des industriellen Proletariats. Aus Sorge um die schwindende Arbeitskraft und mögliche Ansteckung anderer Gesellschaftsschichten werden daher nicht nur in Belsheim, sondern in der gesamten waldreichen Region rund um Berlin Lungenheilstätten durch den Berlin-Brandenburgischen Heilstättenverein errichtet. Auf den hier gelegenen extrem trockenen eiszeitlichen Sanderflächen und Dünenlandschaften eines Urstromtales bieten die ausgedehnten Kiefernwälder Naherholungsflächen an. In manchen Lagen ist dies verbunden mit einem beinahe schon mediterranen Kleinklima. Nach der Blüte dieser Kliniken und ihren Kurangeboten bis in die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, werden die Anstalten bei Belsheim in den 1920er Jahren zur betrieblichen Heilanstalt für Siemens-Arbeiter, im Zweiten Weltkrieg zum Kriegslazarett und nach 1945 zum Krankenhaus für Angehörige der Roten Armee. Im Jahr 1974 erfolgt die Umwandlung zum Sanatorium für Herz- und Kreislaufkrankungen. Seit 1993 beherbergt die ehemalige TBC-Lungenheilstätte eine Reha-Klinik im Besitz einer Unternehmensgruppe aus Westdeutschland. An diese Kurgeschichte in den Wäldern vor der Stadt wird mit der erfolgreichen Bohrung nach Thermalwasser zur Mitte der 1990er Jahre angeknüpft. Die Kommune verfügt nun über eine eigene Heilquelle, wird 1995 zum Luftkurort ernannt und errichtet auf dieser Grundlage wenige Jahre später eine moderne Therme nebst Kurpark und die 'Thermalsiedlung' getaufte Neubausiedlung in ihrer Nachbarschaft. Im Zentrum der Stadtpolitik stehen seitdem Bemühungen die Umbenennung zu Bad Belsheim zu erhalten. Dieses Ziel ist im Jahr 2010 erreicht worden.

Die Industriegeschichte der Stadt beginnt erst im Nationalsozialismus, als stadtnah in den 1930er Jahren ein Rüstungsbetrieb angesiedelt wird. Dazu werden nicht nur Arbeitskräfte aus anderen Teilen Deutschlands angeworben, es entsteht auch eine eigene Werkssiedlung und manche sprechen posthum von der industriellen Blüte der Stadt. Es entsteht für das Werk auch ein Außenlager des Frauenkonzentrationslagers Ravensbrück, in dem bis zu 1.000 Häftlinge der KZ Sachsenhausen und Ravensbrück zur Zwangsarbeit interniert sind.

Im Mai 1945 wird die Stadt auf Initiative von Stadtbürgern unter Regie eines katholischen Pfarrers kampflos an die sowjetischen Truppen übergeben und so vor der Zerstörung bewahrt. Das Zwangsarbeiterlager wird befreit, die Rüstungsfabrik gesprengt. Es dauert noch bis ins Jahr 1975, um den dort inhaftierten Frauen ein erstes Denkmal in der Nähe der alten Barackensiedlung zu errichten.

Wie in Wittingen beginnt auch in Belsheim in den 1950er Jahren eine neue Epoche der Einwanderung: Nach dem Zweiten Weltkrieg werden viele Flücht-

linge aus den Ostgebieten des ehemaligen Deutschen Reiches aufgenommen. Durch die neue Einwohnergruppe werden auch kriegsbedingt gesunkene Bevölkerungszahlen kompensiert. Die Stadt Belsheim bleibt in der DDR industrialisiert bzw. wird durch weitere Ansiedlungen großer Betriebe und industrialisierter 'Landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften' geprägt. Ein Gutteil der städtischen Bevölkerung arbeitet in den 1960er bis späten 1980er Jahren in Industriebetrieben und der Landwirtschaft. Im Zuge der lokalen Industriepolitik entstehen auch die Wohnviertel der dort beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter, vor allem als Großwohnsiedlungen wie etwa der große „sozialistische Wohnkomplex“ in dem dafür erschlossenen stadtnahen Gebiet 'Eспенberg'.

Die Belsheimer Wirtschaftsentwicklung nach 1990 ist zunächst durch Betriebsschließungen und ökonomische Unsicherheit der ehemaligen MitarbeiterInnen geprägt. Neue Ansiedlungen von Industriebetrieben sind zunächst nicht in Sicht. Allerdings werden bis Mitte der 1990er Jahre auch klare Weichenstellungen weg vom Industrialisierungsparadigma der Stadtentwicklung hin zum Kurbad vorgenommen: Mitte der 1990er Jahre wird die Anfrage einer Firma für Gasbetonsteine nach Möglichkeiten eines Produktionsstandortes in Belsheim von der Stadt negativ entschieden. Die zukünftige Orientierung der Stadt als Kurbad hat keinen Platz für Staubemissionen und LKW-Verkehr.

Antifaschistische Gedächtnispolitik in Belsheim: Der 'Brunnenberg'

Ein stadthistorisch ausgewiesener Ort ist nicht allein die historische Altstadt, sondern auch die Gedenkstätte des ehemaligen Außenlagers des Frauen- KZ Ravensbrück in Belsheim. Bereits in den 1960er Jahren gibt es von städtischer Seite erste Initiativen für die Errichtung eines Gedenksteins auf dem 'Brunnenberg'. In den 1990er Jahren wird dieser Ort zu einem neuen Auseinandersetzungsfeld um die Erinnerungspolitik und um die Sichtbarkeit und Bewertung nationalsozialistischer Vergangenheit in der Stadt (siehe auch Kapitel 6)

Ansätze alternativer Stadtentwicklung

Die Aussichten auf die zukünftige Entwicklung der Stadt werden aus der Perspektive der alternativ- bewegten GesprächspartnerInnen, größtenteils ehemalige oder immer noch aktive Kommunemitglieder der in der Stadt ansässigen alternativen Lebensgemeinschaften, durchaus positiv eingeschätzt: So wird betont, dass sich seit geraumer Zeit eine zunehmende Zahl von Projekten in der Stadt, aber auch in der näheren Umgebung niedergelassen habe. Teilweise handelt es sich

hier um Ausgründungen aus dem Ökogemeinschafts-Zusammenhang, andere Gruppen haben sich aber auch im Sog einer 'alternativen' Regionalentwicklung dort angesiedelt. Neben der weiter unten noch ausführlicher dargestellten Öko-Kommune, hat sich in den frühen 1990er Jahren in der ca. 10 Kilometer von der Stadt entfernten ehemaligen landwirtschaftlichen Domäne zusätzlich ein großer Projektträger im Bereich der Drogentherapie angesiedelt¹⁶:

Die Förderung nachhaltiger Landwirtschaft wird mittlerweile auch von nicht der Ökologiebewegung nahe stehenden Beobachtern als endogenes Potential der Region eingeschätzt. Der Effekt von Ausgründungen aus früheren Projekt- und Kommunestrukturen wird als alternatives regionales Entwicklungsparadigma hervorgehoben. Es werden nun regelmäßig 'Tage der Regionen' veranstaltet, eine erstaunlich breite Produktpalette lokaler Erzeugnisse findet auch in Belsheim Abnehmer. So gibt es nun in der Stadt Biobrot aus [Ortsnamen], einen Laden mit regionalen Produkten, Tees, Honig und Gemüse ... „das ist toll [...] und es gibt einen Tauschring...und ebentausend kleine Sachen...es gibt einen Bioladen inzwischen in Belsheim und es wird Bio-Brot im normalen Laden verkauft – ... das ist Revolution“ (Bel 4/145ff). Nachdem es also in den früheren Jahren hauptsächlich Aktivitäten im Umfeld der beiden Gemeinschafts-Großprojekte gegeben hat, wird nun die Angebotslandschaft an alternativen Produkten vielfältiger. Einen besonderen Stellenwert bei dieser lokalen Revolution wird dem bereits erwähnten nichtmonetären Waren- und Dienstleistungsverkehr im „Tauschring“ beigemessen: Die Loslösung von diesen Gemeinschafts-Strukturen mache es auch viel einfacher für die Belsheimer [...] zum Beispiel im Tauschring [...] rein zu kommen – da ist die Hemmschwelle nicht so groß“ (ebd). Beteiligen würden sich hier nun vor allem Leute, die Kontakt suchen und die neu hier rein kommen (Bel 4/160-164). Als ganz besondere kulturelle Bereicherung von Stadt und Region wird die Existenz von drei Chören gewertet, die alle im Umfeld der Kommunen und Lebensreformgemeinschaften entstanden sind (Bel 4/156).

16 Dessen Klientel wurde mit der Wende und der Errichtung der großen Therapieeinrichtung in der Nähe der Stadt Belsheim um Angebote für schwer Alkoholsüchtige, v.a. aus der Region erweitert. Während der großstädtischen Aufbauphase in den 1970er und 1980er Jahren in Westberlin waren die Klienten hauptsächlich Heroinabhängige gewesen (Interview Bel 5). Der Umzug in die ländliche Region hat auch eine Erweiterung der Suchttherapie mit sich gebracht.

Konjunkturen rechter Präsenz in Belsheim

Auch Belsheim ist überregional bereits in den frühen 1990er Jahren als 'rechte Hochburg' bekannt geworden und steht in dem Ruf, „rechtsorientierte Jugendliche könnten sich hier ungestraft zusammenrotten und Straftaten vorbereiten“ (überregionale Zeitung aus Berlin, 12.9.1998). Besonders Mitte der 1990er Jahre kam das brandenburgische Belsheim aus den Schlagzeilen nicht mehr heraus. Von damals wird berichtet, dass es an der Tagesordnung war, dass linke Jugendliche und Ausländer angegriffen wurden. „Es gab mehrere Überfälle auf eben Ausländer unter anderem den, den wir eigentlich erst viel später wahrgenommen haben (Namen) der zusammengeschlagen wurde – ... das war glaube ich 92-93 hier in einer Kneipe in Belsheim ...und der ist ja an den Spätfolgen gestorben“ (Bel 15/92). Nationale und internationale Medien berichteten über fremdenfeindliche Übergriffe, eine offene rechte Präsenz im Stadtbild und eine „ausländerfeindliche Atmosphäre in der 7.700 Einwohner zählenden Kreisstadt“. Aus dieser frühen Phase neonazistischer Präsenz werden Erlebnisse direkter Konfrontation als alltäglicher Zustand berichtet, die sich auch in der retrospektiven Erinnerung damaliger Beteiligten wie die Schilderungen aus einer 'National Befreiten Zone' anhören: „Wenn man [...] jeden Tag auf der Straße öffentlich von Skinheads begrüßt wurde oder nicht begrüßt wurdest oder heftig deutlich nicht begrüßt wurdest – ... da hatten die auch so ihre Methoden oder angemacht wurdest [...] in diesem Moment war Belsheim echt [...] eine rechte Hochburg – ... [...] es war tatsächlich nicht schlimm, rechts zu sein“ (Bel 15/190). Weit schlimmer war es für die Beteiligten links oder gar MigrantIn mit dunkler Hautfarbe oder anderer phänotypischer Merkmale des anders aussehenden Außenseiters ausgestattet zu sein

„damals waren schon auch bedrohliche Situationen, da hat man immer wieder von Jugendlichen gehört, dass es Übergriffe innerhalb (des) Jugendzentrum in Belsheim – ... [...] und an den Schulen war wirklich ein Gewaltpotential und also eine ganz eigentlich offensichtliche Bedrohung – ... die Schüler sind so frech aufgetreten im Unterricht, dass die zum Teil einfach den Lehrern den Mund verboten haben [...] da hat keiner sich getraut irgendwie den Mund aufzumachen und denen irgendwie Paroli zu bieten oder einen aus der Klasse zu schmeißen, wenn er da so frech aufgetreten ist“ (Bel 15/95)

Auch in dem lokalen Jugendzentrum traut sich der Sozialarbeiter damals nicht, den rechten Jugendlichen das Proben ihrer Bands zu verbieten, aus Angst, „dass er da ein Problem bekommen könnte“ (Bel 15/94). Andere Orte in der Stadt sind ebenfalls als gefährlich bekannt: „am Schwimmbad hat sich regelmäßig eine Gruppe gesammelt wo sich auch ältere Leute bedroht gefühlt haben die

ständig die Leute die abends vorbeigehen angepöbelt haben ... also so das war auf verschiedenen Ebenen präsent“ (Bel 15/98).

Als besonders auffällig und von verschiedenen Gegenaktionen unterschiedlicher Stärke und personeller Zusammensetzung begleitet, werden mir die seit mehreren Jahren sich häufenden Demonstrationen rechtsradikaler und neonazistischer Gruppen in der Stadt Belsheim genannt. Auch hier werden wieder einzelne Kader¹⁷ für deren Ablauf verantwortlich gemacht.

Allerdings habe sich deren Auftreten in der Stadt merklich verändert: „das ist auch ein Strategiewechsel ... das sich anpassen ... mehr in die Mitte der Gesellschaft so vom äußeren [...] Nicht mehr die Haare abschneiden und keine Bomberjacken mehr, Springerstiefel ... das ist [...] das Konzept-. das die in die Mitte der Gesellschaft kommen“ (Bel 4/202).

Aus der Sicht des Leiters der städtischen Polizeiwache in Belsheim Herr Fritzsche gibt es in der Stadt zwar noch ein bisschen Potential, das sei aber deutlich seit den letzten zwei Jahren zurückgedrängt worden“ (Bel 13/79ff). Die noch Aktiven seien zudem persönlich bekannt: „Wenn diese Personengruppe, egal wo sie sind – ... da brauchen wir bloß vorbeifahren, dann kann ich schon die Namen aufzählen ... und da rennen die auch nicht mehr weg [...] dieses Spiel, was sie da immer gemacht haben wenn sie da mal wieder unterwegs waren – ... die haben das Ziel nicht erreicht und man merkt einfach ... ja – ... entweder sind sie ruhiger geworden wie sie älter wurden oder werden“ (Bel 4/177-203).

Selbst wenn in der Wahrnehmung der Zeitzeugen aus den 1990er Jahren die allgemeine Sichtbarkeit und der Konfrontationscharakter mit offen auftretenden neonazistischen Jugendlichen zurückgegangen ist, so wird doch selbst für die Lage im Jahr 2008 berichtet, dass es immer noch, vor allem für dunkelhäutige MigrantInnen aus dem Flüchtlingswohnheim gefährliche Orte in der Stadt gibt. So sammeln sich, vor allem in den Sommermonaten in der Nähe des Schwimmbads, und an der Zufahrtsstraße zum Flüchtlingsheim gelegen, „immer wieder Jugendgruppen die auf jeden Fall aus dem Milieu kommen ... oder hier unten das Kalkloch [ein Badesee in Stadtnähe] ist so ein Platz, wo sie sich immer wieder im Sommer versammeln. [...] und zwei oder drei Mal am Tag ist der Busbahnhof auch gefährlich ...morgens wenn all die Schüler ankommen. Das sind doch alles

17 „(S)eit dem der raus ist [aus dem Gefängnis] gab es einige rechtsradikale Demonstrationen hier. Letztes Jahr – ... 8. Mai war eine – ... zum Ende vom Krieg (...) dieses Jahr nicht ... das war gut – ... und 31. Januar war letztes Jahr eine – ... Tag der Machtübernahme von Hitler ... zu solchen Terminen hatten die immer wieder Demonstrationen“. (Bel 4/192-194)

700 Schüler von all den Dörfern und in den Dörfern ist das noch nicht vorbei“ (Bel 15/Pos 92-98).

2.2.1 Stadtaktive, Drehpunktpersonen, AktivistInnen in Belsheim

Lutz Bertram ist emeritierter Geschichtsprofessor und lebt seit seinem akademischen Ruhestand wieder in Belsheim. Nachdem er 1990 seine Professur aufgab, kehrt er in seinen Geburtsort Belsheim zurück und wird dort zunächst leitender Mitarbeiter in einem großen landwirtschaftlich orientierten Projekt zur Suchtherapie. Nach einigen Jahren dort wird er Geschäftsführer einer international tätigen Baufirma, was ihm unter anderem zu einer Mitgliedschaft beim lokalen Rotary-Club verhilft. Sein antifaschistisches Selbstverständnis wurde nach eigenem Bekunden nachhaltig geprägt durch seine Begegnung mit seinem Doktorvater als er diesen ... „der ja nun ewige Zeiten im KZ gesessen hat – ... (Bel. 12/203) – im Alter von „21 oder 22 Jahre kennen gelernt habe“, hätten sie immer die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung diskutiert „und ich sage immer – ... wenn man die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung im 20. Jahrhundert gut kennt und das nehme ich für mich in Anspruch – ... es gibt die Lehre von 31-32 und das darf nicht noch einmal passieren ... es ist doch völlig klar wenn 31/32 unter Hintanstellung aller sonstigen Meinungsverschiedenheiten die Kommunisten und die Sozialdemokraten und angrenzende Ortschaften [...] sich zusammengetan hätten es wäre ein Segen für Deutschland und die Welt gewesen“ (Bel12/211). Dies ist die prägnanteste Aussage zu seinem politischen Selbstverständnis.

Jan Sonntag ist in den 1980er Jahren als Friedensaktivist in die ehemalige DDR eingewandert. Als ehemaliger Vertreter einer holländischen agrarindustriellen Düngemittelfirma ist er weit gereist, auch in die Länder des 'real existierenden Sozialismus'. Auf einer dieser Reisen verliebt er sich in eine DDR-Bürgerin. Zudem durch die Aktionen der Friedensbewegung in den 1980er Jahren deutlich politisiert, wechselt er nach einigen Jahren der Transitbeziehung seinen Wohnort in eine Stadt in der Nähe Belsheims, um hier auf der für ihn besseren Seite in der Abrüstungsdebatte zu leben. Die letzten Jahre der DDR verbringt er zunehmend in Berlin, er kennt dort dissidente KünstlerInnen und politische AktivistInnen, und wird so zu einem Zeitzeugen der Bewegung für mehr Demokratie in der DDR. Sonntag bleibt auch nach der Wende in Belsheim, er engagiert sich nun zunehmend in der antirassistischen Arbeit und wird einige Jahre später zum Ausländerbeauftragten des Landkreises.

Auch Monika Rasch ist eine Zugezogene in Belsheim. Sie gehört zur Gründungsgeneration einer lebensreformerisch-esoterischen Kommunebewegung

‘Ökoville’ die im Jahr 1990 nach erfolgreichen Verhandlungen mit der Stadt eine Niederlassung am Ortsrand von Belsheim gründen. Die ersten Jahre in der Kommune werden für sie durch den Aufbau und die Organisation des ökologischen Alltags dort absorbiert, erst Mitte der 1990er Jahre entstehen erste Kontakte zur Stadt, ausgelöst durch Belästigungen und Übergriffe auf die Kinder der Kommune durch rechte Jugendliche. Rasch ist seit dieser Zeit eine der tragenden Personen der Initiative ‘Stattcafe’, einem Treffpunkt von Flüchtlingen aus dem Wohnheim und verschiedenen Aktivistinnen aus der Stadt und der näheren Umgebung (siehe Kapitel 3.2.2).

Frans Gros ist ein ebenfalls sehr engagierter Streiter für die Belsheimer Zivilgesellschaft. Auch er kommt aus den Niederlanden. Er hat sich Mitte der 1990er Jahre in Belsheim niedergelassen, 1997 die Stadt noch einmal für mehrere Jahre wegen seines friedenspolitischen Engagements in Ex- Jugoslawien¹⁸ und Albanien verlassen und lebt nun seit den 2001 wieder die meiste Zeit des Jahres in der Kommune ‘Freie Erde – Ökoville’. Er sagt, es sei eher Zufall gewesen, dass er in Belsheim angelandet sei, ursprünglich habe er sich auch gar nicht besonders in die Belange der Stadt und der Stadtpolitik einmischen wollen. Aber nachdem er bereits länger in der Kommune ohne wesentlichen Kontakt in die Stadt gelebt habe, sei ihm aufgefallen „was mit unseren Jugendlichen passierte“. Die in Belsheimer Schulen gehenden Kinder der ‘Freien Erde’- Siedlung hatten nämlich erzählt, dass sie dort „mit ihrer Kleidung [...] Probleme [...] gekriegt haben ... und das war wiederum warum Monika und ich beschlossen haben, uns diese[m] Forum von der Stadt anzuschließen“ (Bel 15/91).

In den letzten Jahren bekundet er Interesse an der jüngeren Stadtgeschichte, vor allem der Verfolgung, Vertreibung und Ermordung der Belsheimer Juden und der Zwangsarbeiterinnen in der Außenstelle des KZ Ravensbrück: „ich habe dann ein Projekt über Juden in Belsheim gemacht. Als Jude fand ich das mal interessant herauszufinden, ob es überhaupt noch welche gab, und damit wurde noch mehr deutlich wie viel Altlast über die DDR hinweg noch mitgekommen war“ (Bel 15/189). Kommunalpolitisch ist Frans mittlerweile eine gefragte Person, ursprünglich wurde er sowohl von der SPD, den Grünen und der PDS umworben. Er kandidierte dann für die PDS. Dabei ging es ihm in erster Linie darum, „zu gucken, wie stark wir [sind] eigentlich in dieser Gegend“

18 Frans Gros startet über Internet einen Aufruf und die internationale Initiative „Balkan Seeds“ zur Unterstützung von Flüchtlingen und sozialem Wiederaufbau im Balkan. Er verlässt 1997 vorläufig Belsheim und arbeitet bis Ende 2001 hauptsächlich in Albanien, Mazedonien und Kosovo.

(Bel 15/280), „und da die PDS die einzigen sind, die im Irakkrieg und auch im Kosovokrieg eine deutliche Stellung bezogen hatten und auch die Partei, die [...] vor Ort auch die aktivste mit dabei war beim ‘Stattcafe’“ (Bel 15/280). So wurde er Mitglied und ist mittlerweile Fraktionsvorsitzender im Stadtrat. Die Fraktion ist nach den Sozialdemokraten die zweitstärkste Gruppe im Stadtparlament. Bei der Wahl hat er für die Partei die meisten Stimmen bekommen und sieht sich darin bestätigt, dass in der Region „neben dieser Normalgesellschaft auch eine Alternativgesellschaft“ (Bel 15/290) entsteht. Derzeit arbeitet er mit anderen an einer ‘Globalisierungskarte’ der Region. Hier versucht Frans Gros „die Betriebe aufzudecken, „die als ‘Multinationals’ agieren und gleichzeitig auf örtlichem Niveau präsent sind. Immer entlang der Frage ‘wer kauft uns eigentlich grade auf?’ Wie weit ist die Globalisierung vor der Haustüre angekommen?“ (Bel 15/290). Hintergrund war unter anderem seine Wut, dass die städtischen Kliniken vom Gas der Stadtwerke auf das Angebot eines ‘global-player’-Energieunternehmens umgestiegen sind.

Andi wird mir gleich zu Beginn als ebenfalls im Arbeitskreis ‘Stattcafe’ und dessen Trägerverein als engagierter Mann Anfang 30 vorgestellt. Er war „immer in besonderem Maße bei der Organisation von Gegendemonstrationen und so weiter aktiv war und [hatte den Kontakt zu] der Jugendentifa“. (Bel 1/29) Anders als in vielen anderen Städten gibt es in Belsheim kein Problem mit der Kontinuität von zumeist aus Jugendlichen bestehenden ‘Antifa’-Gruppen. Natürlich verlassen auch hier viele Jugendliche nach ein paar Jahren Engagement die Stadt, meist mit dem Abschluss der Schule. Trotzdem gründen sich nicht nur regelmäßig neue Gruppen, auch ältere Aktive wie beispielsweise Andi sorgen für Kontinuität und Anschlussmöglichkeiten bei der Bildung von Initiativen.

John kommt aus Kamerun und hat eine lange und anstrengende Odyssee von Flucht und Illegalität hinter sich. Er lebt nun seit ca. zehn Jahren in der Stadt und wurde zu einem der aktivsten Mitstreiter im ‘Stattcafe’. Mittlerweile lebt er nicht mehr im Flüchtlingswohnheim, sondern in einer Wohngemeinschaft mit anderen Aktiven des Cafes (siehe auch Kapitel 6).

Johnny ist ebenfalls Aktivist im ‘Stattcafe’, auch er ist ein ehemaliger Kommande der ‘Freien Erde – Ökoville’ und ebenfalls über diese in den 1990er Jahren in die Stadt gekommen. Johnny kommt ursprünglich aus Süddeutschland. In den 1970er und 1980er Jahren ist er in der Amsterdamer Alternativszene aktiv und lernt dort den langjährigen Öko-Aktivisten Frans Gros kennen, mit dem er dann in Jugend-Umwelt-Projekten der Anti-AKW-Bewegung arbeitet (Bel 4/20-30). Auch Johnny geht in den 1990er Jahren zur Friedensarbeit nach Kroatien und Bosnien, nach einem psychischen Zusammenbruch reist er nach Belsheim in die

Kommune, um Abstand zu den Erfahrungen des Krieges zu bekommen. „Ich war ziemlich im Eimer ... im Kopf ... weißt du – ... und 1997 bin ich dann hier hängen geblieben in (Ökoville) erst mal für fünf Jahre“ (Bel 4/20-30). Auch Johnny ist früher Aktivist des ‘Stattcafes’, über dessen Mitgliedschaft bekommt er zudem Kontakt zum Belsheimer Judoclub. Dort bietet er seitdem Selbstverteidigungstraining für eine kleine Gruppe Interessierter an. Er betont die große Bedeutung von Vereinen für die Belsheimer Stadtkultur, dank seiner Mitgliedschaft im Judoclub habe er „halb Belsheim kennen gelernt“ (Bel 4/90). Johnny ist vor ein paar Jahren aus der Kommune ausgezogen, weil es ihm dort „ein bisschen zu dogmatisch zugeht“ (Bel 4/116). Mittlerweile lebt er in einer Altstadtwohnung, unterstützt von Hartz IV und sporadischen Jobs als Programmierer und Computerspezialist, zudem betreut er die Computer und Webseite des ‘Stattcafes’: „weißt du – da ist es manchmal ein Vorteil, dass die Leute so viel Zeit haben. Die Kassenführerin, die ist auch arbeitslos und deshalb kann sie das überhaupt machen“ (Bel 4/134)

Professionelle in Belsheim

Herr Stein aus dem städtischen Bauamt arbeitet dort seit dem Herbst 1990. Bereits damals hat er sich für Fragen des Stadtumbaus und vor allem der Altstadtsanierung interessiert. Als Mitglied des städtischen Bauausschusses hat er sich bereits Mitte der 1980er Jahre gegen den Abriss alter Häuser in der Stadt engagiert. Herr Stein gibt umfassende Auskunft zur Stadtentwicklung und zu den frühen Initiativen zur Sanierung der Altstadt. Mittlerweile ist er stellvertretender Bürgermeister der Stadt.

Lokalredakteur Teichert ist der Redaktionsleiter und Berichterstatter aus der Kreisstadt einer, wie er sagt, „kleinen, aber wichtigen Redaktion“ (Bel 17/16) der regionalen Zeitung. Die von ihm mit 9.000 Stück verantwortete Lokalausgabe wird als Sonderteil des regionalen Blattes erstellt, das mit – wie mir versichert wird – 170.000 aufgelegten Exemplaren täglich in der Region erscheint. Als besonderes Charaktermerkmal seiner Zeitung hebt er hervor, dass sie über „eine unheimliche [...] Nähe zu den Problemen und zu den Lesern und auch zu den Institutionen und Gremien“ verfüge. „Also, da sind wir wirklich unschlagbar [...] im Vergleich auch zu anderen Medien“ (Bel 17/24-27). Herr Teichert hat in der DDR Journalismus studiert und hat danach bei verschiedenen überregionalen Medien gearbeitet, u.a. war er in Berlin bei einer großen Tageszeitung als Polizeireporter tätig. Nun lebt und arbeitet er seit einigen Jahren in der Stadt und Region. Diese nicht gerade übliche Berufskarriere, weg von der Großstadt und dem renommierten Hauptstadtblatt, begründet Teichert mit der unabsehbaren

Perspektive des Großstadtblattes in der Zeitungskrise und mit der Suche nach neuen persönlichen Herausforderungen. Die erste Zeit in der Stadt waren für ihn allerdings nicht einfach: „[M]an wird hier beäugt erstmal wenn man kommt, als Fremder das ist gar keine Frage – ... aber ich hab’s geschafft, bilde ich mir ein [...], die zu brechen – ... zu überzeugen durch Natürlichkeit, nicht (durch) Arroganz [...] einfach durch Arbeit und jetzt gehöre ich eigentlich zu Belsheim“ (Bel 17/42).

Herr Fritzsche leitet seit wenigen Jahren die Polizeiwache in Belsheim. Er führt mich stolz durch seine neue Polizeiwache, stellt mich als Sozialwissenschaftler seinen KollegInnen vor und gibt mir Einblick in Details seiner Arbeit. Seine Einschätzungen zur Lage in der Stadt ist nüchtern positiv, allerdings verweist er auf Problematiken mit rechtsradikalen Demonstrationen in der Vergangenheit. Da habe es einmal „so einen Versuch (gegeben), Belsheim zu erobern oder zumindest einen gewissen Teil von Belsheim zu erobern, was aber sicherlich nicht so den Erfolg hatte, den sie sich erwünscht hatten“ (Bel 13/30). In Bezug auf seine Informationen verweist der Wachenleiter auf die Informanten aus dem ‘Stattcafe’ sowie auf die gute Informationslage dank der Beratung durch die ‘Mobilen Beratungsteams’: „[D]ie wissen im Prinzip schon mehr als wir – ... da bin ich stiller Zuhörer und greife alles auf an Information was ringsum mir dort geboten wird“ (Bel 13/18). Nach dem ersten Gespräch versichert er mir seine weitere Unterstützung und bietet weitere Gesprächskontakte zu Polizeistellen an.

Mit Herrn Treichler vom Ordnungsamt verabrede ich einen Gesprächstermin, nachdem in der lokalen Presse über die Einführung einer „Ordnungsbehördlichen Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in der Stadt Belsheim“ berichtet wurde. Hinter diesem Begriff verbirgt sich umgangssprachlich eine Stadtordnung, so wird mir versichert, die ähnlich einer Hausordnung den BürgerInnen die Stadt verständlich machen soll „was dürfen wir und was dürfen wir nicht“ (Bel 18/10). Der Hauptinhalt dieser Geschichte wird mir als eine Art „Nachbarschaftsrecht“ erklärt, das „den Umgang miteinander und Umgang mit der Öffentlichkeit oder Verhalten in der Öffentlichkeit“ (Bel 18/10) klären soll. Angestoßen wurde diese Debatte um die städtische Sicherheit „aufgrund bestimmter Ereignisse [...] es hat sich auch bei uns notwendig gemacht, dass wir eine Arbeitsgruppe gebildet haben die sich speziell in Verbindung mit Polizei... Ordnungsamt und Schulen ...ja Jugendamt des Landkreises befasst mit der Problematik Jugend – ... Verhalten von Jugendlichen im öffentlichen Raum“ (Bel 18/14) (siehe auch Kapitel 4).

Frau Sassen ist Sozialarbeiterin im Flüchtlingswohnheim Belsheim. Von ihr wird berichtet, dass sie aufgrund ihrer früheren Tätigkeit als FDJ-Sekretärin einen autoritären Gesprächsstil pflege (Bel 15/273). Ich erlebe sie bei einem

Gespräch mit mir und einer ihrer Kolleginnen im Büro des Wohnheimes als eine etwas überarbeitete, aber durchaus auskunftsfreudige und streitbare Mitarbeiterin dieser Anlage. Besonders ausführlich unterhalten wir uns über die Problematik der privatisierten Träger sozialer Dienste und der Willkür, die in der freien Trägerschaft solcher Einrichtungen angelegt scheint. Sie selbst berichtet aus eigener Erfahrung, wurde sie doch von einem früheren Betreiber dieses und anderer Wohnheime in der Region entlassen, nachdem sie sich für eine bessere Behandlung der Flüchtlinge dort eingesetzt hatte, und sich über ihre eigene unterqualifizierte Beschäftigung beklagt hatte. Seitdem das Flüchtlingswohnheim Belsheim in neuer Trägerschaft ist, hat sie dort wieder angefangen, als Sozialarbeiterin zu arbeiten.

MigrantInnen/Nicht-Rechte SchülerInnen in Belsheim

Lucas wurde in Liberia geboren. Lucas war dort Journalist, schrieb aber unter Pseudonym, um sich zu schützen und floh aus dem dort seit 1991 tobenden Bürgerkrieg. Er lebt seit 1996, also seit über vierzehn Jahren, in Deutschland. Lucas ist politisch sehr interessiert und aktiv, er versteht sich als Revolutionär einer pan-afrikanischen Bewegung. Er will so bald wie möglich nach Afrika zurück um sich dort, zusammen mit Mitstreitern an den politischen Auseinandersetzungen zur Lösung der permanenten Krise Afrikas zu beteiligen. Lucas engagiert sich, um andere Afrikaner von seiner Sicht der MigrantInnenwirklichkeit in Deutschland zu überzeugen und lieber nicht nach Deutschland zu kommen. Sein Hauptargument gegen deren Ausreise sind die ihm vorher nicht bekannten Zustände für afrikanische MigrantInnen in Deutschland: „to let people really know what is happening ... what is no good at all“ (Bel 5/128) (siehe Kapitel 6).

Mustafa kommt aus dem Irak und lebt seit knapp 10 Jahren im Flüchtlingswohnheim in Belsheim. Als Angehöriger einer im Irak verfolgte religiösen Minderheit bekommt er trotzdem keine Anerkennung als politisch und religiös Verfolgter. Auch werden sein schweren körperlichen Folterschäden und Traumatisierungen nicht als Anerkennungsgrund beachtet. Immerhin kann Mustafa seit kurzem den Landkreis legal verlassen, um mehrmals im Monat im Zentrum für Folteropfer in Berlin behandelt zu werden. Mustafa hat auch die Erlaubnis erhalten, das Wohnheim zu verlassen und in eine Privatwohnung im Ort zu ziehen. Er betont aber, dass ihn die zuständigen Behörden und Ämter hier nicht unterstützen würden, darum lebt er immer noch im Heim (siehe auch Kapitel 6).

Mahmout ist ein Bürgerkriegsflüchtling aus Algerien, ihn treffe ich bei meinem ersten Besuch in der Stadt. Er sitzt auf der Bank vor dem 'Stattcafe', betrachtet

das Geschehen auf der Hauptstraße und raucht Zigaretten. Als ich mich zu ihm setze und ebenfalls rauche, kommen wir ins Gespräch und ich frage ihn nach seinen Erfahrungen in der Stadt. Überrascht bin ich davon, dass er – obwohl seit zehn Jahren wohnhaft im ‘Übergangwohnheim’ Belsheim – bereits in mehreren Städten, vor allem in Westdeutschland gelebt hat und somit auch einen Eindruck zur dortigen Lage hat: „ja so im West[en] ... ich fühl mich nicht ich bin Ausländer aber wann ich kam nach [Belsheim] – ... schade ich bin ein Ausländer auf Augen und Seele ... ja so ich geh nach Pennymarkt einkaufen [...] die Leute mich angucken weil ich dort einkaufen ehrlich ... und wann ich kann warten so ... egal was du machst Bewegung die Leute gefällt mir nicht ... du bist schlau oder hast du Niveau oder egal bist du Bauer egal ... Hauptsache [zählt nicht] was du bist ... und das ist das Problem also ... du bist (hier kein Ossi) [...] und wann du will mit ihm reden sagt er ‘hey du bist Ausländer’ geht nicht“ (Bel 2/88-92). Der Flüchtling Mahmout war eng mit dem ebenfalls aus Algerien stammenden B. befreundet gewesen, der im Jahr 1993 Opfer eines rassistischen Überfalls in Belsheim geworden war und im November 2000 an den Spätfolgen eines rassistischen Überfalls gestorbenen ist.

Einzig seine wohl mehrmals wöchentlich stattfindenden Ausflüge nach Berlin machen ihm Spaß, dort fühlt er sich besonders in der Gegend um das Kottbusser Tor und den Görlitzer Bahnhof wohl. Wir tauschen uns über Kneipen und Imbissbuden dort aus, er scheint viele Bekannte in diesem Geschäftsbereich zu haben. Obwohl er betont, dass er sich gut mit allen Leuten versteht, sich zudem mittlerweile auch gut auskenne in Deutschland, sei es in Belsheim oder in Berlin – gäbe es ein Problem: „manchmal in Belsheim ein Ausländer hat kein Recht ... egal wo“ (Bel 2/22) (siehe auch Kapitel 6).

Valentina ist eine Spätaussiedlerin aus der ehemaligen Sowjetunion. Auch sie ist regelmäßig im ‘Stattcafe’ anzutreffen, seitdem sie vor mehreren Jahren von ihrer jugendlichen Tochter dorthin einmal mitgenommen wurde. Mittlerweile macht sie dort nicht mehr nur den Tresendienst und ist in Arbeitsgruppen aktiv, sondern wird auch über ein Förderprogramm für die Integration von SpätaussiedlerInnen als ‘Integrationslotsin’ ausgebildet.

Serge ist ein seit knapp zehn Jahren im Landkreis lebender Flüchtling aus Kamerun. Er wohnt noch im Übergangwohnheim der Stadt, bewegt sich aber so oft und gut es geht klandestin außerhalb des Kreises, besonders in Berlin und Hamburg.

2.2.2 Vereine, Initiativen, Clubs: lokale Treffpunkte in Belsheim

Städtische Jugendzentren

In der Stadt gibt es seit Jahren zwei Jugendclubs. Deren Geschichte der Trägerschaften und BesucherInnen lesen sich wie eine städtische Chronik der jugendkulturellen Konjunkturen und Zyklen der neonazistischen Mobilisierung und der Gegenwehr. Der Club 'Clash' ist ein städtisch finanzierter Jugendclub, dessen langjähriger Leiter in dem schlechten Ruf stand, dort nur der 'Bierzapfer für die Nazis' zu sein.

„National Befreite Zone war das eigentlich – ... das 'Clash', obwohl da ein Sozialarbeiter drin saß der von der Stadt war und nicht offen jetzt irgendwie mit den Rechten sympathisiert hat aber .der hatte irgendwie diese -...wie hieß diese Sozialarbeit diese Richtung ...diese nicht offene Sozialarbeit – [...] die 'akzeptierende Sozialarbeit'? – ... ja ... so eine Richtung hat der ein bisschen verfolgt ... obwohl er das nicht offen ausgesprochen hat“ (Bel 15/103-108).

Immerhin ließ der Leiter des Jugendzentrums dort Bands unterschiedlicher musikalischer und auch politischer Ausrichtung in deren Proberaum üben bzw. auch einzelne Konzerte geben, scheinbar führte das auch zur Entlastung anderer Jugendclubs. „[D]ie probten im Clash, weil der Sozialarbeiter Angst hatte, wenn er es denen verboten hat, da zu proben, dass er da ein Problem bekommen könnte“ (Bel 15/92-94). Die Rolle des leitenden Sozialpädagogen im 'Clash' wird aber vor allem als 'naiv' eingeschätzt, auch weil er wohl gedacht hätte „das legt sich wieder“ und ... – er hat das zum Teil einfach zu sehr runtergespielt ... so gesagt „ja das gibt sich wieder „und so – „das ist einfach eine vorübergehende Phase und wenn die dann wieder eine Freundin haben“ oder – ... „hier gibt es eben keine anderen Angebote“ (Bel 15/108-112).

Ein weiterer Jugendclub in kirchlicher Trägerschaft richtet sich vor allem an die in der Kirchengemeinde aktiven Jugendlichen.

Das 'Stattcafe' Belsheim

„also ich bin ins 'Stattcafe' gekommen [...] weil ich eben was machen wollte – weil es eben Unruhe hier in Belsheim – ... da gab wollte ich was dagegen tun.“ (Bel 3/93)

Als stärkste Zäsur der stadtkulturellen Auseinandersetzung mit dem Phänomen der Neonazis muss die seit 1997 bestehende „Initiative gegen Rechts“ und das damit eng verbundene 'Stattcafe' betrachtet werden. Die Situation in der Stadt ist nicht zuletzt durch diesen öffentlichen Treffpunkt geprägt.

Die Initiative zur Gründung dieses Cafés wird als Reaktion auf zunehmende Angriffe auf nicht-rechte Jugendliche und Flüchtlinge erklärt: „Mir ist es irgend-

wie aufgefallen, was mit unseren Jugendlichen passierte, dass die so erzählten, dass sie [...] mit ihrer Kleidung [auf der Gesamtschule] ...da Probleme mit gekriegt haben“ (Bel 15/91).

In einem zentral in der Innenstadt gelegenen Ladenlokal hat sich ein weit über die Angebote und BesucherInnen eines Jugendclubs hinausreichender Kommunikationsort als Kristallisationspunkt etabliert. Auf Grundlage der heterogenen Zusammensetzung der aktiven BetreiberInnen und BesucherInnen ist hier ein Anlaufpunkt auch für BewohnerInnen des nahen Flüchtlingswohnheimes, aber auch für andere MigrantInnen etwa aus der ehemaligen Sowjetunion entstanden. Laut Selbstdarstellung¹⁹ soll sich der Ort „zu einem Treff aller Altersgruppen entwickeln“ (ebd.). Als Schwerpunkte werden angegeben, dass sich hier „ausländische Mitbürger und Einheimische“ besser kennen lernen sollen: „Wenn wir mehr voneinander wissen, ist das gut für unser Zusammenleben“ (ebd.), glaubt der Holländer Frans Gros, der seit 1995 in Belsheim lebt. Im Zentrum der Aktivitäten des ‘Stattcafés’ stehen Angebote für AsylbewerberInnen, Flüchtlinge, MigrantInnen. In diesem Zusammenhang werden Veranstaltungen, sowohl zu den Herkunftsländern der Flüchtlinge, als auch zu aktuellen lokalen Themen konzipiert und angeboten. Gleichzeitig, oder sogar noch wichtiger ist der Charakter als alltägliche Anlaufstelle, als Serviceangebot für die BewohnerInnen des Wohnheimes oder mittlerweile von in Privatwohnungen lebenden MigrantInnen.

Seit der Eröffnung des Stattcafés war dieser Ort mitten in der Stadt immer wieder Übergriffen durch Rechtsradikale ausgesetzt. So wurden die Schaufensterscheiben des ehemaligen Ladengeschäftes bisher zehn Mal durch Steinwürfe und einen Brandanschlag beschädigt. Auch wurden Gäste und die dort sich treffenden Stadtaktiven mehrfach körperlich bedroht. Im Laufe der letzten Jahre haben die direkten Übergriffe auf das Café, wie auch die Präsenz rechtsradikaler Gruppen und Einzelpersonen in der Stadt deutlich nachgelassen.

Die lokale Bedeutung des ‘Stattcafés’ kann nach über zehnjährigen Arbeit nicht hoch genug eingeschätzt werden. Das Café kann als sozialräumlicher Indikator der lokalen Kräfteverhältnisse betrachtet werden. Dies trifft sowohl auf die internen Dynamiken unter den dort Aktiven, als auch ihre Wirkung auf die stadtkulturellen Auseinandersetzungen insgesamt in der Stadt zu. Die Bedeutung dieser internen und städtischen Auseinandersetzungen wird weiter unten ausführlicher dargestellt (siehe Kapitel 7.2).

Zum ersten Mal betrete ich das Café im Herbst 2004, auf der Suche nach Ansprechpersonen für Informationen über die Position migrantischer Imbiss-

19 Aus dem Bericht einer Berliner Tageszeitung (12.09.98)



*Abb. 1: Brandspuren und eingeworfene Fensterscheiben im 'Stattcafé' Belsheim.
Quelle: 'Stattcafé' Belsheim, eigene Aufnahme.*

budenbetreiber. Nach einer vorherigen telefonischen Verabredung mit Herrn Bertram bestellt mich dieser direkt an diesen Ort, an dem es auch an diesem Tage besonders günstig sei, weil eben gerade das Plenum der Ladengruppe tagt und so ein Einblick in die Arbeit möglich und zudem die richtigen Leute auch gleich anwesend seien.

Das Café selbst macht an einem Herbstnachmittag zunächst keinen besonders einladenden Eindruck. Es ist das einzige nicht renovierte, fast abbruchreife Haus in der Straßenzeile. Neben den beinahe durchweg sanierten Fassaden der Marktstraße, ist das 'Stattcafé' schnell im Ensemble der Häuser der Hauptstraße zu erkennen, fällt die marode Hauswand sofort auf. Im Schaufenster der ehemaligen Bäckerei hängen Plakate, ein roter Schriftzug verweist auf den Namen des Cafés. Diese Artefakte des politischen Protestes und der symbolischen Positionierung sind aber hinter der mehrfach gesplitterten Scheibe kaum erkennbar. Über mehreren Löchern in den zwei kaputten Schaufensterscheiben und einer Lادتür kleben mehrere Lagen bunter Plastikfolie. Daneben auf einem kleinen angehefteten Zettel steht die Erklärung dieser Bricolage: Mehrfach waren in den letzten Jahren die Scheiben und Türen durch Steinwürfe und einmal durch einen Brandanschlag zerstört worden. Um nicht ständig neue Scheiben einzusetzen zu müssen, aus Kostengründen vornehmlich – aber auch als Zeichen der politischen Situation vor Ort – seien die BetreiberInnen des 'Stattcafés' nunmehr dazu übergegangen, die Löcher mit Folie zu bekleben. „wir haben es irgendwann

mal aufgegeben ... [...] und dann haben wir ja aus diesen kaputten gesprungenen Scheiben ein Mosaik geklebt ... (Bel 3/138).

Im Innenraum treffe ich auf eine ca. 15 Personen umfassende Runde, die mehr oder weniger gemeinsam um mehrere zusammengestellte Tische verteilt miteinander diskutieren. Der Raum ist mit alten Möbeln und Polstersesseln bestückt, die zusammen gewürfelte Einrichtung erinnert an selbst verwaltete Jugendzentren in den 1970er Jahren. An einer Wand steht ein Bücherregal mit vielen Bänden, einzelne Plakate und Wandbilder. An der zweiten Wand befindet ein kleiner Tresen, hinter dem ein älterer Mann – aus dem Iran wie ich später erfahre – steht und Tee bzw. Kaffee anbietet. Anders als erwartet fällt in der dort versammelten Runde auf, dass im Cafe eben nicht nur die erwarteten Jugendlichen und etwa deren Sozialarbeiter sitzen, sondern vor allem Flüchtlinge, ältere und alte Menschen. Am Tisch sitzt auch die auffällige Erscheinung des Professor Emeritus Bertram, der an seiner Pfeife zieht und selbstverständlich das Gespräch moderiert bevor er zu einem längeren Monolog über die Gründungskontexte und lokalen Zusammenhänge des 'Stattdcafés' anhebt, stellt er zunächst einzelne der am Tisch Anwesenden vor: Bei den hier versammelten Leuten handelt es sich um so etwas wie den harten Kern des 'Stattdcafés', ein Kreis von meist seit Jahren hier Aktiven, mehrere Gründungsmitglieder sind immer noch dabei.

Die Kommune 'Freie Erde – Ökovicille'

„es gibt zwanzig Millionen [...] Vorurteile gegen [die Kommune 'Freie Erde']...ein Belsheimer geht da kaum rein, weil dann weiß es ganz Belsheim“ (Bel 4/50).

Eine weitere wesentliche Säule des Engagements in der Stadt und im 'Stattdcafé' bilden VertreterInnen unterschiedlicher ökologischer, alternativ-reformerischer Gemeinschaftsprojekte in der Stadt bzw. deren naher Umgebung. Als zentrales Projekt dieser alternativ-kulturellen und regionalökonomischen Initiativen gilt die nur wenig außerhalb am Waldrand in der Nähe des Flüchtlingswohnheims gelegene Kommune 'Freie Erde'. Die Kommune hat zum Jahreswechsel 2009 ca. 100 BewohnerInnen, gegründet wurde das Projekt im Jahr 1990. Die BewohnerInnen der Siedlung leben in Wohngruppen von bis zu 10 Leuten, entweder zu mehreren in Wohnwagen, andere zu zweit in Bungalows. Die KommunardInnen sind neben ihrem lokalen und regionalen Engagement aber auch international vernetzt und pflegten die Mitgliedschaft und den Austausch mit globalisierungskritischen und ökologisch orientierten Projekten weltweit. (siehe Kapitel: 7.2)

2.3 Selektive Öffentlichkeiten an exemplarischen Orten

Bahnhöfe, ihre Vorplätze und andere Orte des Transits

Städtische Bahnhöfe werden auch in jüngerer Zeit, wieder als Kristallisationspunkte gesellschaftlichen Lebens, als „Treffpunkt der Vielen“ (Wucherpfeinig 2008:131) betrachtet, in denen Menschen, Technik und Dinge sich begegnen und mischen (Frers 2007:259).. Ähnlich den Häfen sind Bahnhöfe die idealtypischen Orte der Abreise und Ankunft. Die Wartehallen und Vorplätze (mit oder ohne Kiosk) bilden mehr oder weniger einhüllenden Materialitäten eines Terminals (Frers 2007), der Treffpunkte von Menschen unterwegs bzw. von MigrantInnen, die das Fernweh an diesen Ort treibt oder die zur Begrüßung naher und ferner Bekannter immer wieder diese Orte aufsuchen. Wahrscheinlich ist kein Ort sinnbildlich so eng mit dem Migrationsgeschehen in Deutschland verbunden wie der Bahnhof. Dies trifft vor allem auf die sogenannten Gastarbeitergenerationen seit Mitte der 1950er Jahre zu. Im Topos des Bahnhofes erscheinen unter dem Stichwort Gastarbeiter (aber auch dem Migranten und Touristen (Holert/Terkessidis 2006), sofort assoziativ Gruppen von Menschen und deren Praktiken mit zusammen geschürten Koffern auf der Reise, oder Gruppen von rauchenden Männern, die hier am Sonntagnachmittag ihre Freizeit verbringen. Der Bahnhof als idealtypischer Ort des Reisens hat freilich durch den Bedeutungswandel der Bahn zugunsten des Autos und vor allem des Flugzeuges viel seiner schillernden Kraft als Ort der Reise verloren. Nur haben sich Frequenzen und vor allem das Personal, die Akteure dieser Tableaus verändert.²⁰ Während einerseits seit den frühen 1990er Jahren mit der Gründung der Deutschen Bahn AG von dieser Firma versucht wird, das Image und die Aufenthaltsqualität in Bahnhöfen zu verbessern, werden andererseits gerade Bahnhöfe in kleineren Städten von dieser Entwicklung abgekoppelt. Dem Ausbau der Bahnhöfe zu neuen „multifunkti-

20 Während spätestens seit der automobiler werdenden Wirtschaftswunder-Nachkriegszeit Zug fahren etwas für Schüler, Lehrlinge, alte Männer und Frauen und eben MigrantInnen wurde, wurde die Autobahnraststätte zum Ort kultureller Figuren wie Trucker, Monteure, Mittelschichtsgeschäftsleute und -familien, mit dem Vater als Vertreter oder Familienvorstand am Steuer. Und natürlich stehen die Flughäfen seitdem ikonographisch als Ort der großen weiten Welt des internationalen Reisens, des Tourismus und von Business-Reisen. Trotz aller Behauptungen und Bemühungen, die Bahnreise wieder aufzuwerten, ist der Bahnhof in seiner peripherisierten Variante, in den ländlichen Regionen Brandenburgs immer noch der Ort derer, die nicht Auto fahren können.

onalen Zentren urbanen Lebens“ (Deutsche Bahn AG 1996:5)²¹ in vielen, aber bei weitem nicht allen²² Großstädten steht die Verödung oder gar Schließung vieler kleinerer Bahnhöfe gegenüber. Der Betrieb der Bahnhöfe ist nicht mehr personengestützt, Bahnhofsvorsteher, Schalterbeamte und anderes immer präsent. Bahnpersonal ist in beiden Anlagen nicht mehr bzw. nur noch in sehr reduzierter Besetzung zu finden. Der Fahrkartenverkauf findet per Automat statt, in Belsheim gibt es neben dem noch bestehenden Warteraum eine tagsüber betriebene Bahnhofsgaststätte, und eine Bar, die bis zu ihrer Geschäftsaufgabe im Jahr 2007 allerdings nur am Wochenende geöffnet hatte. Anders als bei Frers' Gemengelagen großer Bahnhöfe ist hier also eher eine Entmischung der Dinge und Menschen eingetreten. Die verschrotteten Bahnhöfe der Kleinstädte an DB-Nebenstrecken sind vielmehr zu Transitorten jugendlicher Schulpflichter, MigrantInnen und führerscheinloser älterer Männer und Frauen geworden. Dabei geht es heute nicht mehr im engeren Sinne um das Bahnhofsgebäude, dessen Wartesaal, Bahnhofsgaststätte und Kartenschalter in ihrer räumlichen Dimension des Vorhandenen, seiner Möblierung und Ausstattungen. All diese Funktionen sucht man heute auf den vielen, meist einbruchssicher vernagelten Bahnhöfen in der Mark Brandenburg vergebens. Bahnhöfe sind hier zu Unterständen an einer Bahnstrecke mutiert, zu Wartehäuschen im Stile von Bushaltestellen im Durchmesser von 2x3 Metern. Unter dem kurzen Haltestellendach verfliegt auch hier der letzte Charme des Wartens, das Herumstehen zwischen Reisen und Besuchererwartung wird zur Last und witterungsabhängigem Unterfangen. Trotzdem bleibt auch hier im Kern die Herstellung dieses Raumes durch die praktische Verbindung aus Menschen und sozialen Objekten bestehen, kann man noch trotz minimalistischer Reduktion der Bahnhofsinfrastruktur im Gebrauch entstehenden Kristallisationspunkten ganz eigener Art betrachten.

Auch die in Brandenburger Städten der letzten Jahrzehnte sowieso noch nie besonders zahlreich präsenten MigrantInnen, meiden mittlerweile solche Orte mehr als dass sie diese freiwillig aufsuchen. Einzig an besonderen Tagen sind dort, etwa in Belsheim zum Monatsanfang, größere Gruppen von Flüchtlingen aus dem nahen Wohnheim anzutreffen. Dann hat der Bahnhof für wenige Stunden wieder den Charakter, der ihn zum Bahnhof macht. Ein Ort des Wartens auf den Beginn der eigenen oder das Ende bzw. die Unterbrechung der Reise eines

21 DB AG, Geschäftsbereich Personenbahnhöfe [Hrsg.] (1996): Die Marke Bahnhof. Frankfurt am Main – zit. nach Wucherpfennig, 2008:132)

22 Allerdings werden mitunter auch Bahnhöfe von Großstädten, wie etwa Magdeburg oder Heilbronn von dieser urbanen Renaissance der Bahnhöfe ausgenommen.

anderen. Als Kommunikations- und Sehnsuchtsort, als Geisterbahnen, 'haunted places' der Migration.

Die Bahnhöfe und deren Vorplätze haben oftmals ihre Bedeutung als städtischer Knotenpunkt für Reisende verloren. In beiden Kleinstädten wird die sozial periphere Lage der Bahnhöfe auch durch den Mangel an Gastronomie und Imbissbetrieben dort unterstrichen, erlaubt wohl die dürftige Frequenz an Reisenden keinen lukrativen Betrieb solcher Gaststätten. Das mag mit der deutlichen räumlichen Trennung von Eisenbahnhof und Busbahnhof zu tun haben, kommen und verlassen doch die meisten SchülerInnen die Stadt mit dem Bus. Sowohl in Belsheim als auch in Wittingen befindet sich dieser Busbahnhof in einem völlig anderen Teil der Stadt, lediglich einzelne Stadtlinien haben hier ihre Haltestellen.

Der Mangel an Kneipen und Gaststätten am und im Bahnhof beeinträchtigt zwar die Versorgung der Reisenden mit Snacks, Brötchen und Getränken, er führt aber auch dazu, dass das Leben auf den Vorplätzen noch ausgedünnter verläuft. Das kann ambivalente Folgen haben. So kann der Mangel an Gastronomie auch für die Abwesenheit an möglicherweise angetrunkenen Kneipengästen sorgen, die in den Schilderungen vieler bedrohlicher Situationen in andern Städten zum festen Bestandteil rassistischer Pöbeleien und evtl. auch von Übergriffen zählen. Andererseits kann die Präsenz von Gaststätten, vor allem auch in den Abendstunden wiederum zu einer Öffentlichkeit verhelfen, die solche Attacken erschwert: Auch in Wittingen sorgt eine – zumindest bis 2007 – bestehende Kneipe am Bahnhof für den an den Wochenenden notwendigen Publikumsverkehr, der damit den Ort als Treffpunkt der Neonazis erschwert. Als Treffpunkt der Neonazis gilt jedenfalls der Wittingener Bahnhof nicht, denn da „ist nämlich so eine Kneipe (Name) und da gehen eigentlich alle so ne Disko-Leute hin und so und deswegen haben die da eigentlich nicht wirklich viel verloren“ (Witt 9/100).

Diese Aussage macht deutlich, dass es gar nicht unbedingt die Anwesenheit von explizit antifaschistisch oder demokratisch orientiertem Publikum sein muss, was deren Präsenz stört, sondern dass es vielfach überhaupt um Anwesenheiten anderer Menschen geht, die tatsächlich unkalkulierbar für Täter auch einmal eingreifen könnten. Es zeigt aber auch, dass Bahnhöfe ihren Charakter als Kristallisationspunkt gesellschaftlicher Gemengelagen zumindest in Kleinstädten nicht erfüllen. Auch der Wachenleiter der Wittingener Polizei stellt fest: „der Bahnhof hier in Wittingen ist kein Schwerpunkt [...] für Straftaten oder für solche Sachverhalte gibt es eigentlich keine örtlichen Schwerpunkte hier“ (Witt 7/62-63).

Gaststätten und Imbissbuden

Gaststätten und Imbissbuden der sogenannten ethnischen Ökonomie sind oftmals niedrigschwellige Schnittstellen und niedrigpreisige Kontaktzonen zwischen Alteingesessenen, Einheimischen, Zuwanderern und 'transitorischen Mobilien', wie etwa LKW-Fahrern, Firmenvertretern oder Handlungsreisenden. Sie arbeiten oftmals im informellen Modus von Familienbetrieben nahezu 24 Stunden an 7 Tagen die Woche. Gerade in kleineren Städten Ostdeutschlands haben Imbissbuden der ethnisierten Ökonomie vielerorts Eckkneipen, Werkskantinen und Speisegaststätten, die sich im ökonomischen Niedergang nicht halten konnten, ersetzt. Sie verbinden heute in vielen Städten die Funktion eines Spätverkaufs und einer Imbissbude, mit oftmals ethno-eklektischem Speisenangebot (Euro-Döner, Bockwurst und Asia-Nudeln). Während in großen Städten mit starken MigrantInnengruppen etwa aus der Türkei oder aus Vietnam diese Lokale auch als Treffpunkte von Familienangehörigen und 'migrant community'-Zugehörigen dienen, sind sie in ostdeutschen Kleinstädten zumeist von solchen Gruppenfunktionen abgekoppelt. Dies spiegelt sich nicht allein in der Kundschaft, sondern eben auch im Angebot von Getränken und Speisen wider.

In Wittingen liegen mehrere Betriebe der ethnischen Ökonomie am Marktplatz bzw. in den Seitenstraßen der Innenstadt, so etwa die Pizzeria „Siena“ eines dort seit 10 Jahren lebenden Albaners, ferner gibt es mehrere Döner-Imbissbuden in der Stadt, ein Asia-Imbiss war mir in Wittingen nicht aufgefallen. Die Döner-Imbissbetriebe liegen zumeist an den Ausfallstraßen der Stadt, mehrere in unmittelbarer Nähe zu Discountern und Supermärkten, mitunter auch direkt auf deren Parkplätzen. Nur ein Döner Kebab-Bistro liegt innerhalb der alten Stadt. Dieser Betrieb war auch wiederholt zum Angriffsziel mutmaßlich xenophober Attacken geworden. Die Betreiber dieses Bistros sind eng mit den anderen Döner-Imbissbetrieben vernetzt und familiär verbunden.

Der in der Nähe des Marktplatzes die Pizzeria „Siena“ betreibende Geschäftsmann ist mit dem Erfolg seines Betriebs nur mäßig zufrieden. Zwar ist er schon seit über zehn Jahren in der Stadt, doch konnte sich sein Geschäft aus seiner Sicht noch nicht befriedigend etablieren. Eine Ursache sieht er in der mangelnden Unterstützung durch städtische Stellen, wie etwa den Tourismusverein und die städtische Gewerbeförderung. In städtischen Werbebroschüren zu touristischen Besonderheiten werde sein Geschäft nicht aufgeführt. Versuche, dies zu ändern, seien bisher gescheitert. Auch im Tourismusbüro der Stadt wird mir auf Nachfrage die Pizzeria nicht als empfehlenswerte gastronomische Einrichtung genannt. Für den Restaurant-Betreiber des „Siena“ ist der Fall klar: Man möchte ihn hier nicht als Geschäftsmann akzeptieren, auch wenn immer wieder stadtbürgerliches Pu-

blikum gerne in seinen Räumen feiert und seine gastronomischen Angebote gut angenommen würden. Bei regelmäßigen Besuchen des Lokals konnte zumindest letzteres bestätigend beobachtet werden.

In Belsheim gibt es zum Zeitpunkt meiner Besuche insgesamt fünf Imbissbuden, (drei Döner-Imbisse und zwei Asia- Imbisse). Zwei zu Bistros ausgebauten Geschäfte befinden sich in der Innenstadt an der Markt- und Hauptstraße, eine an einer Ausfallstraße in der Nachbarschaft, sowie in einer der kleineren Plattenbausiedlungen und zwei im Neubaugebiet der Großwohnsiedlung bzw. auf dem Parkplatz vor einem Discounter.

Das Angebot an gastronomischen Betrieben in der Stadt ist für einen angehenden Kurort in der Nähe Berlins nicht besonders vielfältig oder spezifisch entwickelt. Die meisten Gaststätten und Hotels bieten Dienstleistungen im konventionellen Bereich des „gut bürgerlichen“ Standards. Lokale, die sich einer besonderen Kulinarik regionaler Küche verschrieben haben oder – neben dem politisch orientierten ‘Stattcafe’ – als Cafés oder subkulturell orientierte Kneipe antreten, sucht man in der Stadt vergebens. Oder, mit den Worten einer ehemalige Streetworkerin: „Mir fehlt hier so eine Szene-Kneipe [...], so ein nettes Teil mit Sofas und weiß der Kuckuck“ (Bel 8/176).

Eine Nische gefunden haben Gaststätten und Bistros der ethnisierten Ökonomie, wie etwa die zahlreich in der Stadt vertretenen Imbissbuden, sowie ein Asia-Restaurant in zentraler Lage am Marktplatz und eine Pizzeria in der Nähe des Busbahnhofs. Der aus dem Libanon stammende Wirt der Pizzeria „La Gondola“ betreibt dieses Restaurant, an wechselnden Standorten in der Stadt seit über 10 Jahren. Er sagt, es sei reiner Zufall gewesen, der ihn nach Belsheim verschlagen habe. Trotz der langen Anwesenheit in der Stadt, fühlt er sich aber nicht wohl hier und pendelt jede Nacht „eine Stunde mit dem Auto“ nach Berlin-Lichtenrade, wo er und seine Familie wohnen. Trotz der gut gehenden Gaststätte [„toi toi toi“], betont er mehrfach, dass es „nicht gut hier“ sei, denn „alle Leute gehen weg, nach Stuttgart oder so“. (Gesprächsprotokoll)

Das Publikum der Asia- oder Döner-Imbissbuden variiert stark im Tagesverlauf und im Bezug auf deren Lage. Die Imbisse in der Stadtmitte Wittingens und Belsheims, am Busbahnhof und in Gymnasiumsnahe werden während und nach den Schulstunden vor allem von Kindern- und Jugendlichen aus den umliegenden Bildungseinrichtungen besucht. Ferner fallen Handwerker in der Mittagspause und vereinzelte Familienväter bzw. -mütter, die etwas für Zuhause mitnehmen auf. In und, je nach Wetterlage, vor den Imbissen in der Innenstadt und in der Nähe zur Wohnsiedlung bilden sich vor allem in den Nachmittags- und Abendstunden stammtischähnliche Besuchergruppen aus.

Die Imbissbetriebe auf den Discounter-Parkplätzen werden fast ausschließlich von Besuchern der dortigen Geschäfte aufgesucht, indem oftmals mit dem Wagen vorgefahren wird. Der Döner-Imbiss an der Ausfallstraße wiederum wird von LKW und anderen Fahrzeugenkern bevorzugt, hier entscheidet die Wagendichte auf dem Parkplatz mit über die Kundenfrequenz.

Geschäftsleute aus dem ökonomischen Segment der ethnisierten Dienstleistungen scheinen, in Belsheim und in Wittingen gleichermaßen, relativ gute Kontakte zu ihrer Stammkundschaft zu haben, sind aber andererseits wenig im Kreis anderer Geschäftsleute aus der Gastronomie oder anderer Dienstleistungssektoren vertreten. Während migrantische Geschäftsleute aus dem tertiären Sektor, aber auch Ärzte, Lehrer und Sozialarbeiter mitunter in städtischen Gremien und zivilgesellschaftlichen Gruppen vertreten sind, sind Betreiber und Beschäftigte von Imbissbuden dort nicht präsent. Vermutet werden kann, dass neben den ausgedehnten Arbeitszeiten und -volumina auch der soziale Status der Imbissbude weit unten rangiert. Nicht verwunderlich ist auch, dass auf der Ebene von IHK und Wirtschaftsförderung bei der Ansiedlung internationaler Investoren oder auch migrantischer Betriebe in der Regel nicht an diesen Dienstleistungssektor gedacht wird, dass dieser vielmehr im Gegenteil als low level-Ökonomie betrachtet und deren Betreiber wie auch Beschäftigte oftmals als in mafösen Strukturen und dubiosen Geschäften verwickelt stigmatisiert werden. Die verdiente Würdigung als mutige und innovative „Raumpioniere“ (Matthiesen/Lange 2005) im ländlichen Raum und in Kleinstädten wird ihnen zumeist jedenfalls nicht zugestanden.

Auch die Aktivisten des ‘Stattcafes’ haben wenig Kontakt zu Betreibern und Beschäftigten der Imbisse. Die hier erfragten Informationen über diese Betriebe sind oft obskur, es werden Zusammenhänge konstruiert – gerade so, als wären all diese Geschäfte mit unsichtbaren Bändern verbunden, aber „daneben [...] gibt’s einen Döner-Stand jetzt unten beim Netto – ... beim Supermarkt – [...] das muss mit dem Döner zusammenhängen der jetzt hier gegenüber vom ‘Stattcafe’ ist ... die müssen irgendwie zusammenhängen – ... und dann gibt’s ja noch einen – ... (Bel 3/255-257).

Inwiefern sich hier der Mythos der informellen Netze etwa aller türkischen oder vietnamesischen Läden ausdrückt, oder nur mangelnde Einblicke in die sozialen Strukturen der dort Beschäftigten widerspiegelt, mag dahingestellt sein. Betont werden soll lediglich, dass selbst für antirassistisch orientierte Stadtaktive die Betriebe der ethnisierten Ökonomie nicht unbedingt im Zentrum des Interesses und der Unterstützung stehen. Freilich, sobald eine dieser Imbissbetriebe zum Ziel rassistischer Übergriffe geworden ist, ändert sich das schnell, kann aus

einem zuvor kaum wahrgenommenen Döner-Container ein Kristallisationspunkt städtischer und gar überregionaler Aktivierung entstehen.²³

Wichtige Anlaufpunkte sind die Imbissbetriebe für die Menschen aus dem Flüchtlingsheim in Belsheim. Neben dem günstigen Essen und Trinken sind dies oftmals die einzigen gastronomischen Betriebe, in denen sie nicht mit Lokalverweisen oder Ärger mit der Kundschaft rechnen müssen. Ärger kann es freilich in den Imbissbistros auch geben, doch scheint hier zumindest Solidarität der dort Beschäftigten wahrscheinlicher. So nimmt es nicht Wunder, dass zur Stammkundschaft der Bistros und Buden gerade in Belsheim auch die BewohnerInnen des Wohnheimes zählen. In einzelnen Fällen sind daraus Arbeitsverhältnisse entstanden „der eine der den Döner gemacht hat [...] gegenüber vom ‘Stattcafé’, der ist eigentlich aus dem Heim gewesen [...] da habe ich mich eigentlich damals gefreut dass einer aus dem Heim hier bei uns einen Döner- Stand macht (Bel 3/248-249).

Straßenleben: Märkte und zentralen Plätze

Das städtische Leben wird nicht zuletzt durch den Strom der PassantInnen und Fahrzeuge auf ihren Straßen gebildet. Diese symbolische Ordnung eines Netzwerkes an Verkehrswegen soll hier vor allem als Verbindungslinie zwischen den bereits angeführten Sozialräumen betrachtet werden, grundsätzlich ist als Straßenleben alles außerhalb fester Gebäude betrachtet, unabhängig davon, ob diese einen privaten oder öffentlichen Besitztitel tragen. Betrachtungen der städtischen Straßen und ihrer NutzerInnen geben Aufschluss nicht nur über die BewohnerInnen der Stadt, sofern sie sich an diesen Orten bewegen, sondern vor allem auch über die symbolische Ordnung des Verkehrs, über die dominierenden Fortbewegungsmittel und deren NutzerInnen. Also die Frage, wer partizipiert in welcher Form an dieser städtischen Mobilität, wer geht zu Fuß, fährt Fahrrad oder Automobil, welcher Straßenraum wird den jeweiligen Nutzergruppen zugewiesen, wie nehmen sich aber diese auch evtl. den Platz den sie zu benötigen glauben. Die hier nur kurz angerissene Frage an meine eigenen, unsystematischen

23 Verweis auf die Kampagne gegen die mehrmalige Zerstörung des Imbisswagens von Mehmet C. in der Stadt Neuruppin. Hier wurden die Übergriffe auf den Betrieb zum Anlass einer städtischen Unterstützungskampagne, von überregionalen Kundgebungen, Besuchen von Landespolitikerinnen und einer Demonstration vor Ort.

Beobachtungen²⁴ gehen einerseits in die Blickrichtung der Sichtbarkeit, der Präsenz und Performanz der Menschen auf den Straßen und auf der anderen Seite dem Charakter der geplanten Ordnung nach, die städtische Verkehrswege ja repräsentieren. Denn wenn es städtische Planung gibt, die Einfluss auf die Gestalt der Stadt und ihre infrastrukturellen Nutzung hat, so ist diese sicherlich die der Verkehrs- und Freiflächenplanung.

Die augenscheinliche Aufgeräumtheit nach der Rekonstruktion historischer, oft mittelalterlicher Stadtkerne hat den Journalisten Klaus Hartung (2004) nach Reisen durch ostdeutsche Städte zu dem Ausspruch verleitet, dass ihn die Schönheit der Stadtbilder mehr und mehr aggressiv mache.²⁵ Er entdeckte bei seinen Besuchen und Spaziergängen eine städtische Förderkulisse, die dem Paradigma der schönen Stadt folgend, in ganz Ostdeutschland flächendeckend eine Wiederkehr der historischen Stadt als Geschichtslandschaft entstehen ließ. Laut Hartung waren in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung Städte wie beispielsweise Frankfurt (Oder) dadurch gekennzeichnet, dass das einzig Helle an diesem düsteren, fragmentierten Ort mit großen Stadtbrachen, das Thai-Restaurant zu sein schien. Nun habe sich etwas getan: Es sei eine Piazza-Epidemie durch die Städte des Ostens gezogen, die zugegeben auch lebenswerte Orte geschaffen habe. Nur seien diese eben menschenleer, und damit in einer Urbanität um ihrer selbst willen gefangen. Also Form ohne Inhalt, reine Kulisse eben. Das vermutet er hier als das Paradigma für den Osten überhaupt, weil hinter der äußerlich-architektonisch gelungenen Stadterneuerung die Frage nach dem Geld und den Menschen rumore. In dieser durch Stadtentwicklungsprogramme und „Stadtumbau-Ost“ hergestellten Spannung zwischen Perfektion und Verlassenheit erscheinen ihm die rekonstruierten und renovierten Häuser wie eine versteinerte Erwartung auf die Zukunft. Abschließend stellt er die provokative Frage, warum keine „realistischen, chaotischen, langsameren und mithin unzureichenden Entwicklungen möglich waren wie sonst in Osteuropa?

24 Eine Alternative schlägt etwa die sogenannte Burano-Methode aus den 1970er Jahren vor. Hier werden an festgelegten Tageszeiten systematisch sämtliche Straßennutzer kartographisch vermerkt und in ihren Handlungen typisiert. Es entsteht so ein dichtes Bild menschlicher Handlungen in einem zeiträumlichen Freeze-Zustand, deren Interpretationen fallen aber schwer, da von den beobachteten Handlungen nicht auf Interaktionen und Kommunikation geschlossen werden kann. Heute kann und wird dies einfacher durch Fotografien und Filmaufnahmen erledigt, deren Interpretationen freilich nicht minder schwer geworden sind.

25 Zwischenüberschrift aus dem Artikel von Klaus Hartung (2004): Vollendet und Verlassen. In: Die Zeit, Nr. 18, vom 22.04.2004.

Welche panischen Energien waren da am Werk, die den Orten das DDR-Bild ausgetrieben haben, als könne man den Einwohnern ihre örtliche Existenz nicht mehr zumuten?“ (Hartung 2004). Ähnliche Gedanken können einen bei der Betrachtung und Beobachtung des Treibens auf dem Wittinger Marktplatz auch überkommen. Die Fassaden der Stadthäuser, Ladengeschäfte, Cafés und Bankfilialen und ein imposant-altertümliches Rathausensemble umgeben einen mit Lindenbäumen und Sitzecken gestalteten Platz. Dabei handelt es sich bei der gestalteten Form des Platzes um das Resultat langjähriger Planungen und Bautätigkeiten, die bereits weit in die Jahre der DDR und davor zurück reichen. Bereits 1938 war der Platz asphaltiert worden (1989:11)²⁶ im Krieg ging das Markttreiben zunehmend zurück und in den ersten Jahrzehnten der DDR wurde er als Parkplatz genutzt.²⁷

Das relativ lebendige Straßengeschehen widerspricht auf den ersten Blick Hartungs Versteinerungsmetaphorik. Neben den alltäglichen PassantInnen ist der Markt tatsächlich Handelsplatz mit einem zweimal wöchentlich stattfindenden Verkauf von Lebensmitteln und Kleidung. Anders als in vielen Wohngebieten scheint sich hier ein tatsächlich zentraler Ort für die Darstellung und Aushandlung städtischer Öffentlichkeit etabliert zu haben. Allerdings ist dieser hier vor allem durch seine Funktion als Austragungsort der jugendkulturellen Territorialisierungskämpfe gekennzeichnet. Der Platz ist fast das ganze Jahr – zumindest soweit es das Wetter zulässt – der Präsenzraum einer dominant auftretenden und raumgreifenden Gruppe Jugendlicher, vor allem von Jungs und jungen Männern. Und diese sind rechts orientiert. Das bedeutet, dass der Marktplatz ein Ort ist, an dem die nicht zu dieser Gruppe gehörigen Jugendlichen, wie etwa die wenigen eher ‘alternativ’ orientierten SchülerInnen, sich nicht ohne Konfrontation aufhalten können. Passanten oder AnwohnerInnen scheinen sich am Geschehen dieser alltäglichen Territorialisierungspraxis der Anwesenheit nicht zu stören. Versuche,

26 Kulturbund der DDR, Kreisleitung Wittingen[1989]: Wittingen. Ein Wegweiser durch Stadt und Kreis. Heft 2.

27 Allerdings gab es erste Pläne für die Umgestaltung des Platzes bereits seit den späten 1960er Jahren, unter dem Stichwort „Fußgängerzone“ wurden verschiedene Umgestaltungsvarianten erstellt und diskutiert. 1982 wurde dann beschlossen, dass eine der Varianten umgesetzt werden sollte und im September 1983 wurde sie dann endgültig zur Realisierung vorgelegt. Die Bauarbeiten begannen im Sommer 1984 (Baumbepflanzung im September 1984) und wurden am 12.4.1986 mit einem Festakt abgeschlossen und der Platz eingeweiht. Im Kulturprogramm trat u.a. die Singegruppe der Ernst-Thälmann-Oberschule und der Fanfarenzug Dr. Richard Sorge aus Potsdam auf.

in Auseinandersetzungen und Schlägereien einzugreifen, wurden mehrfach mit massiven Einschüchterungen und Drohgebärden seitens der rechten Jugendlichen beantwortet. Ein öffentlicher Kommunikations- und Verhandlungsort stadtkultureller Dynamik wäre somit vorhanden, wird aber weder von nicht-rechten Jugendlichen noch von den PassantInnen oder bürgerschaftlich-zivilgesellschaftlich orientierten EinwohnerInnen aktiv eingefordert. Als Grund dieser Passivität und Toleranz rechtsradikaler „Platzhirsch-Politik“ wird – je nach Perspektive der Befragten – deren Anwesenheitsrecht betont („die stören doch keinen“) oder aber Konfliktvermeidung aufgrund von Einschüchterung und Bedrohung angegeben. (siehe Kapitel 4)

Städtebau und Wohnviertel

In der gebauten Form der Stadt, beispielsweise einer Großwohnsiedlung manifestieren sich immer auch die gesellschaftlichen Vorstellungen von städtischem Wohnen und die technischen Möglichkeiten der Umsetzung: Die funktionale Gliederung einer Stadt, die ökonomischen Produktionsweisen und die sogenannte private Sphäre, mit ihren geschlechtlichen Arbeitsteilungen. Nicht zuletzt verkörpern sich auch ästhetische Ideale des Wohnens in der Stadt sowie Transformationen der alltäglichen Nutzung, eine Patina des Gebrauchs und Verbrauchs von Häusern, Straßen, Plätzen.

In der Zeit nach 1990 erfährt vor allem das historisch-baukulturelle Kapital der Innenstadt von Belsheim und Wittingen eine deutliche Aufwertung im Rahmen des Förderprogramms „Historische Ortskerne“ des Landes Brandenburg (1992)²⁸. Beide Städte gehören zu den Gründungs- bzw. frühen Mitgliedern dieser Landesinitiative zur Renovierung, Rekonstruktion und Revitalisierung ihrer historischen Innenstädte.

Im Unterschied zu vielen anderen Städten mit historischem Altstadt kern kann in Belsheim auf ein bereits für solche baulichen Werte sensibilisiertes Personal zurückgegriffen werden. Bereits vor der politischen Wende hat die Vernachlässigungs- und Abrisspolitik der DDR– Stadtplanung zur Entstehung einer auch auf stadt- und baupolitische Themen Bezug nehmenden Bürgerbewegung geführt (Bel 12). Im Jahr 1991 erfolgt so die frühe Aufnahme der Stadt in die Städtebauförderung des Landes Brandenburg. Unter dem Ansatz der „behutsamen

28 Belsheim ist Gründungsmitglied in der AG „Historische Ortskerne“ des Landes Brandenburg.

Stadterneuerung“²⁹ wird so bereits in den frühen 1990er Jahren der Maßnahmenkatalog einer Rahmenplanung umgesetzt, die unter anderem die Erneuerung von Gebäudesubstanz und eine „Aufwertung öffentlicher Räume“ vorsieht. So soll im Altstadtbereich der KFZ-Verkehr reduziert und für den gesamten Stadtkern Tempo-30 Zonen eingeführt werden; verfolgt wird der Ansatz, den „Besucher- und Touristenverkehr langfristig völlig aus dem Altstadtbereich herauszuhalten.“ (Bel 17/195-196). Da das missverständlich klingt, wird mir versichert, es sollen Touristen in die Stadt kommen, nur eben zu Fuß in die Altstadt.

Ebenfalls in den frühen 1990er Jahren wird mit Erneuerungsmaßnahmen in der Großwohnsiedlung Espenberg begonnen, ab 1994 fließen zu diesem Zweck Fördermittel aus einem Bund-Länder-Programm „Städtebauliche Weiterentwicklung großer Neubaugebiete“ einem Vorläufer des späteren Großprogramms „Stadtumbau Ost“ in die Stadt. Auch hier stehen neben der Gebäudesanierung vor allem die Umgestaltung von Wohnhöfen und Freiflächen im Mittelpunkt der Aktivitäten. Ein Ansatz der ‘behutsamen Stadterneuerung’ ist das Leitbild einer ‘gesunden, sozialen Mischung’ der Wohnviertel. Eine Wohnungsbaugesellschaft in Belsheim formuliert diesen Wunsch aus dem Interesse, „damit das da beherrschbar bleibt“. Die Wohnungsverwalter „wollen ja auch nicht in den Ruf kommen, dass da ein Ghetto entsteht [...] das machen sie schon ganz vernünftig“ (Bel 12/109).

Trotzdem gibt es in Belsheim, so der Mitarbeiter des Stadtbauamtes, eine Konzentration von Rechtsradikalen in der Großwohnsiedlung Espenberg. Das läge einerseits natürlich daran, dass die Hälfte der Bevölkerung der Stadt dort in diesem attraktiven Neubaugebiet lebt. „[D]as ist schön rekonstruiert [...], die Wohnungen sind auch sehr begehrt“. Das liegt auch daran, so mein Gesprächspartner, dass die Stadt seit mehreren Jahren einen starken Zuzug aus den umliegenden Dörfern verzeichnen kann: „Viele alte Leute gehen aus den Dörfern [weg und geben] dann ihre Häuschen auf. Da ist nichts mehr, keine Kneipe, kein Konsum, also ziehen die hier her“. Dies ist nicht nur für die Stadt Belsheim ein neues Reservoir neuer Stadtbürger. Die infrastrukturellen und sozialen Probleme der noch kleineren Städte und Gemeinden im Umland unterstützen oder steigern gar die regionale Zentrumsfunktion einzelner Städte. Der Zuzug in die Großwohnsiedlung ‘Espenberg’ aus den umliegenden Ortschaften, die

29 Der mit der Erstellung von Sanierungskonzepten beauftragte Firma hat ihre Erfahrungen im Bereich der Stadtentwicklung in den 1980er Jahren im Berliner Stadtteil Kreuzberg gesammelt – und den zur Marke gewandelten begriff der „behutsamen Stadterneuerung“ über die Grenzen der Stadt(teile) hinaus popularisiert.

vergleichsweise günstigen Mieten für die hier angebotenen Wohnungen und die Zuweisungspraxis in städtische Sozialwohnungen in diesem Viertel schafft eine konflikthafte Gemengelage, da „der Hauptteil unserer Rechtsorientierten auch dort [wohnt]“ (Bel 12/115).

Das städtische Interesse, vor allem die neu entstandenen Einfamilienhäuser in einem anderen Stadtteil zu vermarkten, scheitert an dem Mangel von „besser Situierten“ – ja det is so die Gemengelage zur Zeit“ (Bel 12/115).

Die Wohngebiete der Wittinger Bevölkerungsmajorität liegen außerhalb des historischen Altstadtkernes mit seinem geschlossenen Ring der Stadtmauer. Auch ‘intra Muros’ leben zunehmend Menschen in den rekonstruierten und renovierten Altstadthäusern, ein attraktives Wohngebiet ist die Innenstadt allerdings trotz der Anstrengungen der Altstadtsanierung für viele Stadtbewohner bisher nicht geworden. Dies deckt sich mit Entwicklungen in vielen historisch rekonstruierten Altstadtkernen, in Wittingen ist dies durch die besondere Kompaktheit und Größe der historischen Innenstadt besonders auffällig. Nach dem Ende der Geschäftszeiten und den Schließzeiten der Restaurants und Kneipen am Marktplatz wirkt die Innenstadt völlig ausgestorben. Das stellt freilich keinen großen Unterschied zu den Wohngebieten außerhalb der Stadt dar.

Vor allem das Gebiet der ehemaligen ‘Clara-Zetkin-Siedlung’ (heute ‘Bergsiedlung’) und die ‘Siedlung der deutsch-sowjetischen Freundschaft’ (heute ‘Wiesenrandsiedlung’) gelten bei vielen meiner Gesprächspartner als problematische Wohnlagen. Auch für Wittingen kann hier eine ‘soziale Mischung’ aus MigrantInnen, vor allem aus der ehemaligen Sowjetunion, älteren Menschen und einzelnen Zuzüglern aus der näheren Umgebung festgestellt werden. Vor allem die baugeschichtlich etwas jünger und fast ausschließlich im Plattenbaustil errichtete ‘Bergsiedlung’ hat den Ruf des sozialen Brennpunktes. Hier kam es zudem in den letzten 15 Jahren zu großen Rückbau-Maßnahmen, die den Charakter des ehemaligen Gebäudeensembles deutlich fragmentierten und den Ort als abreißbar konnotierten.

Zusammenfassung: Vom staatlichen ‘Ost-Fordismus’ zum lokalen ‘Post-Fordismus’

Im Verlauf der Untersuchung konnte ich die Problematik zunehmender sozialer Disparitäten und sozialräumlicher Fragmentierung, so wie sie sich in vielen Städten und Regionen Deutschlands abzeichnet, auch im Land Brandenburg direkt erfahren. Die in beiden Untersuchungsstädten zu beobachtende infrastrukturelle und stadtkulturelle Differenzierung der Städte voneinander (und der Fragmen-

tierungen des Raumes in Deutschland in Wachstums- und Niedergangsregionen insgesamt) können auf unterschiedlichen strukturellen und akteursbezogenen Maßstabsebenen verortet werden.

So kann beobachtet werden, dass sich in den vergangenen Jahren differenzierte lokale historische 'Entwicklungspfade' des stadtkulturellen Umgangs mit den Umbrüchen der ökonomischen Rahmenbedingungen, den demographischen Veränderungen in der Zusammensetzung der lokalen Bewohnerstrukturen, sowie mit lokal zutage tretenden Problemen (wie eben dem virulenten Rechtsradikalismus) herausgebildet haben.

Die Bedeutung der auch lokal so unterschiedlich ausgeprägten sozialhistorischen Prozesse wurde mir in dieser Deutlichkeit erst in den jeweiligen Städten klar und muss somit etwas weiter ausholend hergeleitet werden. Trotzdem gibt es eine verbindende 'Rahmenhandlung' der sogenannten ökonomischen Strukturbedingungen, welche die Spielräume für die jeweiligen Städte bedingen. Die jeweilige Ausformung des Umgangs mit diesen Verhältnissen lässt sich auch in lokal differenzierten Formen und Verfahren feststellen:

Das sozialkulturelle 'Akkumulationsregime' des Fordismus funktionierte nicht nur als technisches, sondern auch als räumliches System (Ipsen 2006: 80ff; Schumacher/Rogner 2001). Im Kontext fordistischer Fortschritts- und Entwicklungsversprechen der 1950-1970er Jahre wurde etwa in Westdeutschland zunächst der sozialräumliche Ausgleich lokaler Disparitäten (Zonenrandförderung, Landesentwicklungspläne) in Form von infrastrukturellen Angleichungsmaßnahmen, etwa durch breite Streuung an Versorgungseinrichtungen, auch auf dem Land angestrebt. Ein „halber Fordismus“ (Murray 1989; Altvater 1998) oder besser eine „ost-fordistische“ (Matthiesen 2005:14) Entsprechung dieser räumlich ausgleichenden Strukturpolitik kann im Konzept der 'dezentralen Konzentration' industrieller Ansiedlungen, regionaler Verwaltungs- und Dienstleistungsschwerpunkte ebenso auf dem Territorium der ehemaligen DDR festgestellt werden. Die 'ost-fordistischen' Raumstrukturen der DDR bestanden aber nicht allein aus Konzepten der in die Fläche gedehnten Fabrik einer Arbeitsgesellschaft und der agrarindustriellen Produktionslandschaft. Zusätzlich prägte eine der militärisch-ökonomischen Logik untergeordnete sozialräumliche Ordnung den absoluten Raum des Staates. Diese setzte sich z.B. aus einer klaren und exklusiven Territorialisierung des gesamten Landes und einzelner darin abgegrenzter militärischer, produktionstechnischer, aber auch bevölkerungsgeographischer (Reise- und Wohnortrestriktionen) und ordnungspolitischer (Berlin-Verbot für 'Asoziale') Exklusionsformen zusammen. Auch auf der lokalen Ebene war diese sozialräumliche Ordnung durch klare Trennungen und Betretungsverbo-

te gekennzeichnet. In den Städten Wittingen und Belsheim hatte sich dies in ausgedehnten militärischen Sperrgebieten, Flugplätzen und anderen (auch paramilitärischer) Arealen rund um die Städte manifestiert, die für den Großteil der Bevölkerung faktisch und auch alltagspraktisch 'No-Go-Areas' darstellten. Auch für die oftmals sowjetischen BewohnerInnen dieser Exklaven waren alltägliche Begegnungs- und Interaktionszusammenhängen mit der Stadtbevölkerung stark eingeschränkt. Dasselbe traf, in allerdings noch regulierteren Formen auch für die (sowohl in Wittingen als auch in Belsheim ab den 1980er Jahren anwesenden) VertragsarbeiterInnen mit ihren sozialräumlich segregierten und zugangskontrollierten Wohnheimen zu. Die symbolische Raumordnung dieser Territorialisierung qua unterschiedlicher Herkunft und sozialem Status hat sich zumindest bis in die 2000er Jahre dort nur langsam aufgelöst. Die auf den nunmehr größtenteils ehemaligen Militärarealen in den Armeegebäuden untergebrachten ersten Flüchtlingslager wurden im Laufe der Jahre sowohl in Wittingen als auch in Belsheim geschlossen und die dort untergebrachten Flüchtlinge und MigrantInnen aus den abgelegenen und infrastrukturell schlecht angebundenen Lagen in städtische Wohnungen (Wittingen) oder stadtnahe Wohnheime verlegt (ehemalige Polizeikaserne Belsheim). Diese historisch geprägte symbolische sozialräumliche Ordnung der stadtbürgerlichen Inklusion und Exklusion 'der Anderen' hat noch viele weitere Facetten. Die hier kurz skizzierte kognitive Landkarte hat aber im Ergebnis auf die heutige Situation in den Städten bezogen, eine erstaunliche Persistenz des gelebten, kommunizierten und gefühlten vergemeinschafteten Ortes bewiesen. Die derzeit zur Disposition stehende, aber immer noch praktizierte Residenzpflicht vieler geduldeter Flüchtlinge, die Wohnortzuweisungen für (Spät)aussiedler, deren ethnisiert zugewiesenen Treffpunkte sind einzelne Belege dieser wirksamen Machtgeographien.

Der seit den 1990er Jahren nun auch in den Beispielstädten durchschlagende nun postfordistisch zu nennenden Paradigmenwechsel hin zu einer nach-industriellen 'economy of scope' und 'Dienstleistungsgesellschaft' beruht hingegen u.a. auf zunehmender, noch deutlicher auch sozialräumlich feststellbaren Verlagerung und Differenzierung der industriellen Warenproduktion, deren Reproduktionsbedingungen und den daraus resultierenden sozialen Verhältnissen. Dieser Prozess eines neuen Zyklus an „uneven development“ (Smith 1984) wird wissenschaftsmetaphorisch und umgangssprachlich gleichermaßen weit verbreitet als „Globalisierung“ bezeichnet. Die damit verbundenen neuen und temporär billigen Kommunikations-, Reise- und Transportmöglichkeiten bewirken im Zuge dieses „fossilen Kapitalismus“ (Altwater 2004), die Verlagerungen agrarischer und industrieller Produktionen in Regionen der niedrigen Lohnkosten, mangelnder

ökologischer Standards, nicht (oder nur marginal) vorhandener gewerkschaftlicher Organisation und hohen Gewinnmargen, sowie andererseits der forcierten Tertiarisierung in Dienstleistungs- und Servicebereichen der Informationstechnologien, Finanz- und wissensbasierter Bereiche. Auf staatlicher und Landesebene sollen diese weltweit, wenngleich auch unterschiedlich ausgeprägt (Massey 1994) wirksamen Prozesse durch die Betonung lokaler Besonderheiten und der Stärkung sogenannter endogener Potentiale aufgefangen werden. Im Spannungsverhältnis der Herausforderungen globalisierter Wirtschafts- und Kommunikationsbedingungen erfolgte somit der Abschied vom Integrationsmodus mit dem Anspruch auf gleichwertige Lebensverhältnisse auf dem gesamten Territorium (Barlösius/Neu 2008:5) hin zum glocalisierten (Robertson 1995; Swyngedouw 1997) Differenzierungsregime nun disparater lokaler Bedingungen auch in den westlichen Ländern. Dies verlangt nicht nur eine steigende Aufmerksamkeit gegenüber der Räumlichkeit sozialer Ungleichheiten durch neue Formen der Peripherisierung, sondern auch die differenzierte Betrachtung der unterschiedlichen (Re)Produktionsweisen dieser sozialräumlichen Ordnung auf lokal charakteristischer Ebene. Diese Spezifik einer Stadt oder eines Ortes zeigt sich folglich in der Art, wie 'global flows' und lokale Kulturen dort zusammenkommen (Berking 1998).

Darüber hinaus wurden die 1990er Jahre in diesen Städten geprägt von urbanen Schrumpfungsprozessen, die nicht nur durch den Wegzug beruflich qualifizierter und gebildeter Mittelschichtsangehöriger gekennzeichnet waren, sondern auch durch die Abwanderung ehemaliger VertragsarbeiterInnen³⁰. Angesichts nur vereinzelter Anwesenheiten von MigrantInnen, sowie durch die erst zaghafte entwickelten zivilgesellschaftlichen Strukturen, bietet sich ein anderes Bild sozialräumlicher Konfrontationen und Aushandlungsverfahren als in der alten Bundesrepublik.³¹

30 In der DDR lebten im Jahr 1989 ca. 150.000 ausländische MigrantInnen, oft sogenannte VertragsarbeiterInnen und Studenten aus sozialistischen Bruderländern wie etwa Kuba, Angola, Mocambik, und der größten Gruppe aus Vietnam (1989: ca 80.000). Viele verlassen Anfang der 1990er Jahre mangels Arbeit, aufgrund rassistischer und xenophober Übergriffe und Beschimpfungen aber auch unter Rückgriff auf eine „Heimreiseprämie“ (3.000 DM) Ostdeutschland Richtung Westen bzw. zurück in die Herkunftsländer.

31 Das legt auch die Dokumentation eines Workshops des Institutes für Stadtentwicklung und Wohnen (ISW) des Landes Brandenburg nahe. Dieser hatte sich im April 2001 speziell dem Thema „Rechte Gewalt in Wohngebieten“ gewidmet, und dabei den öffentlichen Raum vor allem der sogenannte Plattenbausiedlungen als Angsträume identifiziert. (OSWALT, 2001: 19).

Im Rahmen der wirtschaftsräumlichen Transformationen in Ostdeutschland, sowie der sozialstrukturellen und kulturellen Umbrüche seit den frühen 1990er Jahren, kommt auch den nunmehr miteinander im Wettbewerb stehenden Städten und Regionen ein Bedeutungswandel in den Verhältnissen zueinander und dem Stellenwert lokaler Bedingungen im Umgang mit diesen Transformationen zu. Diese nationalstaatlichen, ebenfalls sozialräumlichen neuen Strukturbedingungen prägen auch deutlich den Rahmen der stadtkulturellen Möglichkeiten und Handlungsspielräume in Wittingen und Belsheim.

Beide Städte sind in ihren kommunalen Finanzierungsspielräumen stark eingeschränkt. Lokale Entwicklungsperspektiven sind entweder auf den eigenständigen und informierten Zugriff auf Fördermittel der EU, des Bundes und Landes angewiesen. Als Alternativen dazu stellen sich lediglich Hoffnungen auf eine touristische oder regionalökonomische Stärkung bzw. durch externe Investitionen Ansiedlung eines Produktions- oder Dienstleistungsbetriebes dar.

In Belsheim hat die Ausstrahlung der Stadt über die Ausgründungen einer Kommune und den Standort der Schulen und des Thermalbadebetriebs vor allem zu einer Stärkung der regionalen Perspektive geführt. Auch wenn bisher keine – auch in Berlin wahrnehmbare – explizit politische und kulturwirtschaftliche Region konstruiert wurde, so sind Ansätze regionaler Vermarktungs- und Wirtschaftskreisläufe, alternativer Währungen und eine Vernetzung der über Dörfer und Kleinstädte verstreuten Wohngruppen und Warenproduzenten erkennbar. Dies macht für die Region um Belsheim und die Stadt selbst auch alternative Stadtentwicklungsperspektiven möglich, die für Wittingen dagegen nicht zur Disposition zu stehen schienen. Dort wird nunmehr im Bezug auf städtische Entwicklungsperspektiven eine Art nüchterner Realismus vertreten, der davon ausgeht, auch zukünftig stark von hohen staatlichen Zuwendungen und anderen Fördermitteln abhängig zu sein. Das macht Wittingen zu einer Art Spielball der Verhältnisse, auf Eigeninitiative beruhende Versuche dagegen zu steuern scheinen wenig realistisch und ohne Personal das diese befördern könnte. Eine touristische Orientierung war hier mangels landschaftsästhetischer Besonderheiten und konkreter Freizeitangebote nie eine vertretbare Option. Lange Jahre war für Wittingen in Verbindung mit guter infrastruktureller Ausstattung der Stadt mit Autobahnanschluss und Mittellage zwischen Metropolregionen die Hoffnung auf die Wiederkehr der Industrie oder zumindest logistischer Dienstleister verbunden worden. Auch die Nähe zu einem potentiellen Bundeswehrgelände hatte wirtschaftlich geprägte Argumente gegen antimilitaristische Stimmungen auch in der Stadt befördert.

3. Zwischen Faktizität und Deutung: Die lokale Wahrnehmung und Diskussion von Rechtsradikalismus

Seit 1990 gab es in der Bundesrepublik ca 150 Tote¹ durch rassistisch und fremdenfeindlich motivierte Übergriffe, davon – ebenfalls laut Statistik – überproportional viele in den ‘neuen Bundesländern’. Während in den letzten Jahren nun die Zahl der tödlichen Übergriffe auf Flüchtlinge, Übersiedler, und andere als ‘Fremde’ und ‘Ausländer’ stigmatisierte Außenseiter zurückgegangen ist, verzeichnen rechtspopulistische und rechtsradikal orientierte Gruppen und Parteien mit ihren fremdenfeindlichen und rassistischen Ideologien nach wie vor – insbesondere in Ostdeutschland – hohe Wahlerfolge wie etwa nach dem Einzug der NPD in den Landtag des Landes Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2006, in drei Berliner Bezirksparlamente im gleichen Jahr oder in viele Kommunalparlamente im Land Brandenburg im Jahr 2009. Dies gründet offenbar auf einer lokal mitunter erschreckend starken Akzeptanz, einem „senso comune“ (Gramsci) oder eben einem ‘common sense’ als kulturellem System um sich die Welt eindeutig zu machen (Geertz 1988: 261ff). Dies trifft derzeit besonders für die Bevölkerung etwa in Ortschaften des östlichen Vorpommerns², zu, in denen sich auch unter nicht explizit rechtsradikal eingestellten oder neonazistisch orientierten Bevölkerungsteilen zunehmend Anerkennung auf Grundlage eines alltagsrassistischen und fremdenfeindlichen Dispositives beobachten lässt. Diese „Faschisierung der ostdeutschen Provinz“ (Staud 2006: 10) wird vor allem von der NPD, aber auch anderen, mit ihr mehr oder weniger fest verbundenen neonazistischen Gruppierungen, wie etwa sogenannte ‘Freie Kameradschaften’ vorangetrieben. Eine Konzentration rechtsextremer Politik auf solche ostdeutsche Hochburgen, wie etwa in Mecklenburg-Vorpommern oder im nordöstlichen Brandenburg ermöglicht bei knappen finanziellen Ressourcen dort lokale Kader herauszubilden, diese

1 Quelle: <http://www.mutgegenrechtengewalt.org/artikel.php?id=82&kat=82&artikelid=2316> (letzter Zugriff: 22.11.2010)

2 In einigen Gemeinden wurde hier die NPD bei der Landtagswahl 2006 sogar stärkste Partei, wie etwa im vorpommerschen Postlow, wo sie 38,6 % Stimmen erhielt (Staud, 2006: 10).

auch überregional bekannt zu machen und sich immer fester in der Bevölkerung zu verankern (Staud 2006: 10). Man könnte sogar so weit gehen und die These aufstellen, dass manchen dieser Kleinstädte und Dörfer in der peripherisierten ostdeutschen Provinz den Charakter politischer und stadtkultureller Labore einer neuen rechtsradikalen Bewegung zuzusprechen sei. Die Ethnologin Dietzsch spricht etwa von ganz Ostdeutschland als einem potentiellen Labor gesellschaftlicher und kultureller Transformationen (Dietzsch 2003), allerdings hatte sie dies nicht auf Rechtsradikale und Xenophobie, sondern auf Überlebensstrategien im demographischen Schrumpfungskontext bezogen. In einigen Szenarien der schrumpfenden Städte kann aber bereits von einer Übernahme eines zivilgesellschaftlichen und medialen Vakuums³ durch rechte Bürgeraktivisten und 'soziale Nationalisten'⁴ gesprochen werden. (Nord-Ost-Vorpommern, Städte Anklam und Ueckermünde). In der Stadt Anklam halten etwa im Herbst 2010 34% der Einwohner die NPD für eine ganz normale Partei, während 66% sich „viel lieber unsichtbar machen“ (Geisler 2010: 4). Nicht ausgeschlossen werden kann, dass es sich bei den Formen rechtsradikaler Dominanz und der atmosphärischen Prägung von Stadtkulturen um eine „soziale Bewegung der radikalen Rechten in nuce“ (Leggewie 1998: 131) handelt, die sich bereits bzw. immer noch, zwar lokal differenziert, aber auf einer sozialen Basis mit teilräumlichen und temporären hegemonialen Zügen bewegen kann. Die hier entstehenden personellen, ideologischen und stadtkulturellen Artikulationen wirken jedoch nicht alleine – was schlimm genug wäre – auf der lokalen, kleinstädtischen Maßstabsebene. Die dort entstandenen Gruppen, deren AktivistInnen und deren Überzeugungen reproduzieren sich weit über die lokalen Grenzen hinweg. Hier geht es weniger um das Erlangen von parlamentarischen Mandaten, auch wenn dies eine der strategischen Säulen der NPD darstellt, sondern tatsächlich in einem an Antonio Gramsci erinnernden Konzept der Erlangung der 'kulturellen Hegemonie'. Trotzdem, und das ist trotz der erschreckenden Nachrichten aus der Provinz ebenso wichtig, muss betont werden, dass diese Ansätze einer stadtkulturellen

3 Die Auflage des 'Anklamer Boten' der NPD beträgt Sommer 2010 bereits 100 000 Exemplare. Sie wird als 'unabhängiges Mitteilungsblatt' in der Region bis nach Greifswald und Stralsund kostenlos verteilt. Siehe etwa Blasberg, Anita/Blasberg, Marian (2010): „Der Dicke und die Demokraten“ über die ostdeutsche Stadt Anklam. In: Die Zeit vom 30.9.2010, Nr. 40, S. 19-21

4 In der Zeitung monitor wird berichtet: „Im Dorf Jarmel in Mecklenburg-Vorpommern steht mitten im Dorf ein monumentaler Feldstein mit der Aufschrift 'frei – sozial – national'“. Holm, Martin (2010): Von Technokraten und Extremisten. In: monitor Nr. 47/Sept. 2010. S. 1-3.

Transformation entlang völkischer Vorstellungen und neonazistischer Hegemonie kein flächendeckendes Phänomen darstellen, sondern jeweils spezielle Ausprägungen und lokale Spezifiken aufweisen.

3.1 Wahrnehmungen des Rechtsradikalismus in Belsheim und Wittingen

Wittingen

Mehr zufällig als geplant ergibt sich in den ersten Monaten meiner Erkundungen in Wittingen nach einer Sitzung des von mir besuchten Aktionsbündnisses die Situation einer Gruppendiskussion zur Problematik faktischer rechtsradikaler Präsenz und ihrer Wahrnehmung in der lokalen Stadtgesellschaft. Am Tisch sitzen der Kirchenmann Peterson, die Lehrerin Michaela Beyer, Frau Schlüter (von einem kirchlich-sozialpädagogischen Beratungsdienst) sowie der in einem Jugendclub arbeitende Sozialpädagoge Franco und Tom Scholl, ein Koordinator von Jugendprojekten in der Stadt. Alle sind AktivistInnen im Aktionsbündnis, auch aufgrund ihres professionellen Hintergrundes.

Bei der Frage nach den Anfängen rechter Präsenz vor Ort wird durch die Erzählungen von Frau Beyer schnell deutlich, dass es bereits in den direkten Nachwendejahren, also zu Beginn der 1990er Jahre deutliche Anzeichen einer rechtsradikal orientierten Jugendszene in Wittingen abgezeichnet haben:

„[Also ein halbes Jahr] nach der Wende [begann das] schon [...] dass sich Jugendliche [...] aus unterschiedlichen Gründen meiner Ansicht nach, aus Unzufriedenheit, aus dem Gefühl der neuen Freiheit, [...] – teilweise auch aus dem sozialen Abrutschen der gesamten Familie – ... weil die Eltern die Arbeit verloren haben und die Jugendlichen dann nicht so schnell selber in eine Lehre gekommen sind teilweise auch – ... weil der Alkohol dann eine vermehrte Rolle spielte – ... also da war da hinten da in dieser Siedlung ein großer Sammelpunkt von Jugendlichen so im Alter von 14 bis 16 damals noch – ... und die haben gemeinsam mit Alkohol versucht so ein bisschen was aufzumischen –, aufzutreten [und] den Leuten Angst einzujagen – ... allerdings noch nicht handgreiflich, also nicht mit körperlicher Gewalt – ... mit verbaler Gewalt – ... also sie haben die Leute angegriffen ... sie haben Drohungen ausgesprochen – ... bei meinem Auto wurden die Reifen zerstochen“ (Witt 15/18).

Auf meine Frage hin, gegen welche Leute sich das denn damals vor allem gerichtet habe, erklärt sie, das seien Leute gewesen, „die ehemals SED waren und die [...] versucht haben in der PDS oder irgendwie oder gar nicht Parteimitglieder – ... Leute die versucht haben, sozial abzufedern – ... zu erklären, lasst euch nicht alles

überdrücken – ... überstülpen denkt nach und so weiter – ... die also nicht mit auf die Straße gegangen sind, damals in der Wendezeit oder auch mit auf die Straße gegangen sind und dann enttäuscht waren [...] also Leute die eben nicht in das Schema passen – ... sage ich mal“ (Witt 5/20).

Die langen 1990er Jahre dieses lokalen ‘Kleinkrieges’ um einzelne städtische Territorien, um Treffpunkte und dominantes Auftreten wurden in vielen Stadtgesellschaften, so auch in Wittingen von Einschüchterung der direkt Bedrohten, von Ignoranz der politischen und administrativ Zuständigen sowie von Verdrängung durch lokale Presse und Kommunikationsstrukturen geprägt. Auch Frau Schlüter gesteht ein, dass sie selbst erst Ende der 1990er Jahre aufgerüttelt wurde, als sich die Übergriffe häuften. „Dass man merkt ‘was passiert da eigentlich’ als die ersten Leute angegriffen wurden oder auch hier in Wittingen und Umgebung Zeitungsberichte erschienen sind“ (Witt 6/129). Frühere medial überregional aufgegriffene Todesfälle wie Amadeo Antonio in Eberswalde, waren selbst für die anderen Brandenburger Städte und deren eigenen lokalen Eskalationen dort weit weg. Zwar habe sie „sich Gedanken gemacht, als die Sachen wo anders waren, aber auch nichts unternommen oder organisiert. [...] Diese Verbindung kam mir nicht, dass man hier vielleicht prophylaktisch was machen könnte. Dass das überall passieren könnte war mir klar, aber dass man da oder ich persönlich irgendwas tun sollte und könnte darauf kam ich nicht. [Ich] war ja auch immer sehr beschäftigt [...] mit Arbeit und Familie“ (Witt 6/130).

Glücklicherweise gab es in Wittingen in den 1990er Jahren trotz zahlreicher Übergriffe keine Todesopfer. Das änderte sich mit den tragischen Ereignissen im Jahr 2002, als im Umfeld einer Diskothek ein 20-jähriger Spätaussiedler unter Beteiligung einer ganzen Gruppe von Diskotheken- BesucherInnen vor dem Tanzlokal zu Tode geprügelt wurde. Das verweist einerseits auf die groteske Situation, dass es zunächst eines Getöteten bedurfte, also Katastrophen und Tragödien und deren Skandalisierungen, bis es als ernstes Problem (auch lokal) wahrgenommen wird. Ein Beispiel erster Opfer rechtsradikaler Gewalt nach der Wiedervereinigung ist die Situation in Eberswalde, wo es nach der Ermordung von Amadeo Antonio lokal nach einem ersten Empörungs- und Schockzustand eine ganze Weile gedauert hatte, bis sich lokale AktivistInnen zusammengefunden hatten. Meine GesprächspartnerInnen betonen, dass dort in Eberswalde, wie in Wittingen nach dem Tod des russischen Spätaussiedlers, die engagierten Leute zunächst völlig überfordert waren, und sich zusätzlich lange Zeit bedroht und eingeschüchert fühlten.

Der Wachenleiter der Polizei macht Aussagen zur aktuellen Stärke der Rechtsradikalen in Wittingen. Er spricht von über 200 aktiven Rechten in der Stadt und

Umgebung, also „das sind nicht nur irgendwelche Leute, die die NPD wählen nur, sondern das sind Leute, die tatsächlich zusammenhängen“ (Witt 14/330).

Belsheim

Erste Informationen und Einschätzungen zur lokalen Präsenz einer neonazistischen Rechten in Belsheim erhalte ich bei meinem Besuch von dort zu einer Gesprächsgruppe versammelten AktivistInnen der Initiative im 'Stattcafé'. Als Antwort auf meine Frage nach dem aktuellen Zustand hier vor Ort bekomme ich umfassende und fundierte Informationen und Einschätzungen zur aktuellen Lage: Demnach wird die Belsheimer 'rechte Szene' seit Jahren von einer Abspaltung der NPD geprägt, dem 'Bündnis nationale Ordnung'(BNO)⁵, die im Jahr 2005 bei der Wahl für Brandenburg angetreten sind. Einer dieser „Häuptlinge“ (Bel 1/80) hat mittlerweile mehrere Jahre im Gefängnis verbracht und wurde kurz vor meinem Gespräch in Belsheim entlassen⁶. Daneben gibt es einen weiteren neonazistischen Aktivist, dem die lokale Rolle als Organisationskader zukommt. Bei diesem handelt es sich um einen im Jahr 2007 ca. 19-Jährigen, der aus einer anderen Gegend vor kurzem in die Kleinstadt gezogen ist. Dieser geht jetzt hier aufs Gymnasium, steht vor dem Abitur und ist einer der Kandidaten von 'Ja für Brandenburg' – eben jener Wahlliste hinter der sich die Rechten der BNO verbergen. Dieser wird von dem emeritierten Professor Lutz Bertram als „offensichtlich ein, – ... na sagen wir mal ein intellektuell etwas Begabterer“ charakterisiert (Bel 1/55). Dieser hat auch beim Fackelmarsch die Rede gehalten, „weil er auch der deutschen Sprache in Wort und Schrift entsprechend kundig ist“ (Bel 1/56). Die besondere Rolle 'einzelner' Aktivist wird im Gespräch unterstrichen, denn immer wenn sich diese wieder in der Ortschaft zeigen, führe dies zu einem Aufblühen der rechtsradikalen Aktivitäten. Zur allgemeinen Charakterisierung der Lage wird zusammengefasst, dass es eine sich mit dem Alter verändernde

5 Das 'Bündnis nationale Ordnung' (BNO) war ein vor allem im westlichen Brandenburg aktiver Zusammenschluss ehemaliger NPD-AktivistInnen, die sich von der Partei abgespalten hatten, nachdem ein Mann bosnischer Herkunft als NPD-Kandidat für die Europawahl kandidierte.

6 „[Es] kam einer aus dem Gefängnis, der mal mit seinen Kumpels ne Band fast zusammengeschlagen hat ... irgendwo (...) .ne Punkband – ... also linke Band ... also ziemlich zusammengeprügelt hat ... und er war fünf Jahre glaub ich im Gefängnis und der ist aus dem Gefängnis glaub ich letztes Jahr raus gekommen – ... oder vorletztes Jahr und das ist einer – so ein ... Rhetoriker ... und er – so ein bisschen Einfluss hat“ (Bel 4/177ff).

Neonaziszene gibt, die mit einem harten Kern von bereits Mitte-Zwanzig-Jährigen nicht mehr zu den ganz jungen Neonazis gehört, um die sich aber ein weites Feld an Jugendlichen schart, „teilweise sogar fängt das schon bei 12-13jährigen an“ (Bel 1/62). Politisch würde diese genau dieselbe Linie der NPD verfolgen, was in deren Wirkung auf die jugendliche rechte Subkultur übersetzt heißt, dass die beiden Kader [Namen] die Losung ausgegeben haben müssen „also lasst euch die Haare wachsen und nicht mehr mit Bomberjacken und Springerstiefeln- [...] und nicht dauernd die Fensterscheiben beim ‘Stattcafé’ [...] einschmeißen...das bringt bloß die Leute gegen uns auf’ [...]. Also ein bisschen mehr in die bürgerliche Mitte [...] zumindest äußerlich“ (Bel 1/62-64). Dieser Einschätzung der ‘Normalisierung’ der lokalen Neonazis, wird von allen Anwesenden der Gesprächsgruppe zugestimmt: Es geht der neonazistischen Rechten nun darum, „sich der Wohlanständigkeit unter dem Gesichtspunkt des Echos was es gibt unter der Bevölkerung“ (Bel 1/64) zu versichern. Diese Normalisierungsstrategie hat, wird ergänzt, aber auch mit der konsequenteren juristischen Strafverfolgung rechtsradikal und fremdenfeindlich motivierter Gewalttaten zu tun, „dass [es] bei jeder Geschichte, wenn sie Gewalt ausgeübt haben, sofort eine entsprechende Reaktion [gab], das hat Wirkung gezeigt“ (Bel 1/75). Dies hat dazu geführt, dass nun „ein Teil von denen [...] vorbestraft [ist], das heißt, die sind natürlich schlau genug jetzt selber nüscht zu machen, sondern selber irgend welche teilweise noch nicht mal strafmündige vorzuschicken, die dann irgendwas machen“ (Bel 1/75). Doch wird nicht nur das Alter der Unterstützer eingesetzt, auch die unterschiedlichen Wohnorte und überlokalen Vernetzungen der Szene werden taktisch genutzt. „Indem sie teilweise auch bewusst Leute nach vorne schicken, die nicht ortsansässig sind [...] also die da gewissermaßen vorne bisschen die Schreier machen während die die nun jeder kennt von Angesicht sich nun ein bisschen zurück halten“ (Bel 1/93). Der Hintergrund der Debatte um die Ortsgebundenheit der Neonazi-Szenen und deren regionale oder sogar darüber hinaus gehenden Aktionsradien bietet das in der Gesprächsrunde aufgeworfene Beispiel eines Anschlages auf eine Döner-Imbissbude in einer 10 km entfernten Nachbarstadt.

„Also, ich persönlich ordne die Ereignisse wie sie in [Ortsname] gewesen sind durchaus inhaltlich [...] den Sachen zu, die hier in Belsheim laufen, weil das eigentlich parallel gelaufen ist mit der Stärkung der Naziszene hier in Belsheim und es wurden auch verstärkt [Ortsname] Neonazis auf den Belsheimer Demos gesehen“ (Bel 1/97).

Besonders interessant ist dabei auch der Hinweis, dass meine Gesprächspartner sich vergleichend auf andere Städte beziehen, und dabei meine zweite Forschungsstadt erwähnen (die ich ihnen bis dato aber nicht genannt hatte). So vergleicht Herr Bertram die Lage in Belsheim mit der Stadt Wittingen, der er unter Bezug-

nahme auf eine Analyse der Landesinitiative 'Tolerantes Brandenburg' attestiert, dass diese auch als Schwerpunkt „auf dem langen Marsch zu national befreiten Zonen“ strategisch ausgewählt worden sei, „wo sie glauben, sie haben eine Chance dort politisch dominierend zu werden [...] es sind keine harmlosen Leute mit denen wir es hier zu tun haben. Es sind ziemlich gut Organisierte, muss man sagen“ (Bel 1/64). Gleichzeitig wird die Geschichte der rechten Präsenz in der Stadt von meinen GesprächspartnerInnen als Geschichte des zyklischen Wandels, als Auf und Ab von Mobilisierungen und einflussreichen Personen beschreiben: Es wird betont, dass es offensichtlich solche Zyklen immer wieder gibt: „[E]s gab [...] eine Zeit da war das ziemlich schlimm auch mit Angriffen [...] 95 ... 96 – so und 2002 auch noch einmal ... [...] aber das ist ja wahrscheinlich auch so was da immer mitschwingt eine Zeit lang sind es dann eher nur so Sprüche und dann sagt man wieder eine Zeit lang, dass dann die Jungschen wieder militanter werden oder auch gewalttätiger werden letztendlich“ (Bel 3/300).

Konfrontationen in Belsheim: Auseinandersetzungen mit lokalen Rechten zu Silvester am Stattcafe

„wir erstmal Tür zugeschlossen, weil wir wollten uns auf keine Konfrontation einlassen, dann fangen die an, die Tür mit Raketen und Böllern zu beschießen [...] ich habe da überhaupt nicht nachgedacht – Tür auf raus und erst mal 'was wollt ihr jetzt – ja ... und auf einmal kam der ganze Rest aus dem 'Stattcafe' auch raus – da standen dann auf einmal 60 Leute gegen 15 Leute und was meinst du, wie die auf einmal den Schwanz eingezogen haben du ... pöbeln konnten sie noch – ... aber das was die sich vorgenommen hatten – ... die haben gewusst, wenn es jetzt darauf ankommt, dann kriegen sie richtig die Fresse voll – ... weil da waren ja auch einige von den – ... ein paar von den Afrikanern hier. [...] aus Kamerun, die haben schon mit den Füßen gescharrt ... die waren schon heiß ... die hätten dermaßen die Fresse voll gekriegt – ... dann kamen auch schon die Bullen und die haben eine Platzverweis ausgesprochen ... dann haben die sich verpisst – ... die Sache hätte noch mal fast eskalieren können weil [Johnny] der stand dann noch draußen und wollte dann irgendwie mit dem einen noch ein Gespräch anfangen [...] und auf einmal zieht der Typ eine Knarre raus und hält sie ihm an den Kopf [...] ich denke Johnny, dem gings überhaupt nicht gut – ... wie sich hinterher herausgestellt hat war es eine Schreckschuss-Waffe“ (Bel 7/192).

Ein Belsheimer Jugendlicher aus dem 'Stattcafe' charakterisiert die Erfolge ihrer Arbeit vor allem dadurch, dass es ihnen in den letzten Jahren gelungen sei, Rechtsradikalismus bis „auf eine kleinen Bodensatz von – ... na sag ich mal Unverbesserlichen einzudampfen. Es waren vielleicht ein zwo Handvoll- also nicht mehr als zehne sag ich mal – auch nicht unbedingt so intellektuell hoch stehend

– aber eben stolz darauf deutsch zu sein mit allem drum und dran“ (Bel 1/74). Verändert habe sich die Situation allerdings wieder, als ein bekannter rechtsradikaler Aktivist nach mehreren Jahren Haft wieder entlassen wurde „der hat die alten Connections wieder reaktiviert, hat die Leute die im Prinzip durch uns fünf Jahr lang bissel isoliert gehalten wurden Kopf nach unten gegangen sind und sich eigentlich nur so mehr verstohlen durch Belsheim bewegt haben, die haben wieder Aufwind bekommen, die haben ein neues Selbstbewusstsein bekommen und haben dadurch eben nach außen auch wieder eine stärkere Attraktivität- weil sie halt nicht mehr so durch Belsheim laufen – ... und demzufolge erreichen sie halt auch wieder größere Teile von Jugendlichen“ (Bel 1/74).

3.2 Ursachensuche und Erklärungsansätze

Die Erscheinungsformen und Gründe für das so plötzliche Auftauchen rechtsradikaler Gruppen und Aktivisten werden in der sozial- und politikwissenschaftlichen Forschung kontrovers diskutiert und analysiert. Dabei reicht das Spektrum der Argumentationen von totalitarismustheoretischen Thesen des autoritären und isolierten Charakters des DDR-Systems und einem prägenden Paradigma sozialistischer Vergesellschaftung als sozialpsychologische Vergemeinschaftungstheorien⁷ einer autoritären Zwangskollektivierung. Besonders prominent wurde hier die These des „Gefühlsstaus“ des Psychologen Hans-Joachim Maaz (2010) oder die ‘Töpfchen- These’ des Kriminologen Christian Pfeiffer⁸) bis hin zu differenzierteren Positionen um ‘Geschichte und Eigensinn’ des alltäglichen

7 „Die seltenen Versuche von Erklärung bleiben meist in der sozialpädagogischen Verkürzung von Arbeitslosigkeit, Zukunftsangst und Anfälligkeiten für rechtsradikale Haltungen verhaftet, verweisen im Oberlehrerton der westdeutschen Mittelklasse auf die fehlende Erfahrung der Ostdeutschen mit den humanistischen Werten der bürgerlichen Demokratie oder stellen sich [in] naiver DDR-Verteidigung schützend und behütend vor unsere Kinder.“ Aus: Daniljuk, Malte/Holm, Andrej (1998:14): Zwischen DDR Tradition und Ethnisierung. Historische und aktuelle Entstehungsbedingungen für rechte Bewegungen im Osten. In: telegraph 3/4/98. Schwerpunkt „Brauner Osten“. S. 14-23.

8 „Die Debatte um die Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in den Neuen Bundesländern erreichte 1999 mit dem „Töpfchenstreit“ um die Thesen des Hannoveraner Kriminologen Christian Pfeiffer einen neuen Höhepunkt“ aus: Behrens, Jan C./Kuck, Dennis/Poutros, Patrice G. (2000): Historische Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in den Neuen Bundesländern. Ein Thesenpapier für das Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit des Landes Branden-

Lebens der DDR-Bevölkerung (Lindenberger 1999). Hinzu kommen, unter Bezug auf die etwas angestaubte These der „normalen Pathologie westlicher Industriegesellschaften“ (Scheuch/Klingemann 1967:15), Postulate eines ‘normalen Problems’ in demokratischen Gesellschaften im Sinne eines eben lediglich den ‘gesunden Patriotismus’ (Kronenberg 2006; Rüttgers 2009)⁹ des wiedervereinigten Deutschlands übersteigenden Rechtsradikalismus. Demnach gehören die auch in anderen europäischen Ländern virulente Fremdenfeindlichkeit, Ethnozentrismen und die Diskriminierung von Minderheiten zur ‘Normalität’ oder eher zum „Normalismus“ (Link 2006) hoch entwickelter kapitalistischer Gesellschaften. Allerdings wird auch hier festgestellt, dass seit Beginn der 1990er Jahre die fremdenfeindlich motivierte Gewaltbereitschaft in einem den ‘gewöhnlichen Rassismus’ übersteigenden Ausmaß wächst (Jaschke 1992).

In den folgenden Aufzeichnungen von Gesprächspassagen mit unterschiedlichen BewohnerInnen vor allem der Stadt Wittingen sollen exemplarisch einige der Argumentationsfiguren als Muster der Auseinandersetzung mit der lokalen Präsenz von Rechtsradikalismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit aufgezeigt werden. Grob zusammengefasst überwiegen auch hier, ähnlich zur Literatur über Rechtsradikalismus in Ostdeutschland, vor allem zwei sozialgeschichtliche, sowie gegenwarts- und ortsbezogene Argumentationsmuster.

3.2.1 *Eltern, Lehrer, Polizei – ... vom Versagen lokaler Institutionen und Autoritäten in Wittingen und Belsheim*

„es gibt ja auch diesen versteckten Rassismus [...] der ist einfach in den Köpfen drin, [...] auch wie mein Vater so redet ... er meint es ja nicht so [...] aber trotzdem ist das manchmal so [...] diese Stammtischgespräche was dann so stattfindet, ist schon oft gegen Ausländer gerichtet. Weil sie immer denken die werden bevorteilt und ihnen geht’s schlechter und [...] die schmoren alle so in ihrem eigenen Saft“ (Bel 3/296-299).

burg. Quelle: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/beitrag/essays/popa0800.htm> (letzter Zugriff: 11.11.2010)

- 9 Die Diskussion um ‘gesunden Patriotismus’ wurde vor allem im Umfeld der FiFA-Fussball-WM 2006 geführt, hat sich aber darüber hinaus in der konservativen Debatte gehalten: So äußerte sich etwa 2009 der damalige nordrhein-westfälische Ministerpräsident Jürgen Rüttgers symptomatisch für eine Patriotismusdebatte vor allem konservativer Parteien und ihrer Jugendorganisationen. Quelle: http://www.rp-online.de/politik/deutschland/Gesunder-Patriotismus-ist-noetig_aid_792385.html (letzter Zugriff: 11.11.2010). Siehe dazu auch sozialwissenschaftliche Arbeiten: Kronenberg, Volker (2006): *Patriotismus in Deutschland. Perspektiven für eine weltoffene Nation*. Wiesbaden: VS Verlag.

Neben den großen Narrativen der historischen Ursachen oder der gesamtgesellschaftlichen Transformationszumenungen wird bei den Schilderungen der Lage in der Stadt unter dem Blickwinkel auf den Rechtsradikalismus eine Fülle weiterer Erklärungsansätze aufgeworfen. Im Fokus stehen hier besonders die rechtsradikalen Jugendlichen, oder deren mutmaßlich sozial abgestürzte oder davon bedrohten Eltern selbst, die es nicht schaffen, ihre Kinder von einer sozialen Abwärtsspirale fern zu halten. Aus lokaler Perspektive werden einerseits meist überregionale, gesamtgesellschaftliche oder spezifisch ostdeutsche soziale Koordinaten als Ursachen von Verelendung und Abstieg der Mittelschichten verantwortlich gemacht. Andererseits werden diese 'großen', gesamtgesellschaftlichen Ursachen auf die lokale Ausprägung staatlicher Institutionen oder persönlich Verantwortlicher (Bürgermeister, Lehrer, Eltern) und deren Versagen direkt bezogen.

„Wenn man so einen Ausländer anfasst, ist man gleich ein Rechter“
– oder: Die Schlägerei auf der Märchenwiese

Im Jahr 2000, zwei Jahre vor dem Tod eines jungen Spätaussiedlers in Wittingen, war es zu 'einem großen Zusammenstoß' zwischen Jugendlichen unterschiedlicher Herkunft gekommen, einem bis in die heutige Zeit in der Stadt vielfach erzähltes und interpretiertes Narrativ zur emergenten Jugendgewalt zwischen 'Russen' und 'Deutschen': Dort hatte das Gymnasium eine Abiturabschlussfeier „auf der Märchenlichtung gemacht, hinten am Wald und dort hat man dann Mädchen, die mal austreten wollten, im Busch angegriffen ... – [die] Angriffe erfolgten durch Aussiedlerjugendliche, das haben die Jungs sich natürlich nicht gefallen lassen, da gab es richtig Ärger“ (Witt 3/237). Beschleunigt worden sei das zudem, „weil Alkohol im Spiel [war] und es wurde dann natürlich auch hochgespielt und umgedreht und dann wurden die Gymnasiasten, obwohl sie eigentlich alle gar nicht rechts waren ein bisschen in die Ecke gestellt – ... und das dann wieder auseinander zu klamüsern [...] bei den Jugendlichen und bei der Bevölkerung kam raus: 'wenn man so einen Ausländer anfasst ist man gleich ein Rechter'“ (Witt 5/62).

Rechtsradikalismus und Jugendkultur

Der Leiter der örtlichen Polizeiwache Wittingen ist ein täglich aus einer anderen Stadt zur Arbeit pendelnder Beamter. Seit kurzem ist er nun Wachenleiter mit großem Einzugsgebiet. Für ihn ist dieses „rechte Klientel hier im Stadtbild schon auffällig“ (Witt 7/79), aber auch „nicht auffälliger als im Gegenteil [in] jeder andere Stadt auch (Witt 7/79)“. In dieser zunächst widersprüchlichen Argumentation unterstreicht er die lokale Spezifik der Stadt, die zwar an sich nichts Besonderes sei im Vergleich zu anderen (Brandenburger) Städten, gleichzeitig

aber nicht geleugnet werden kann, dass es „immerhin [...] mal einen Sachverhalt [gab] wo insbesondere dann auf Wittingen aufmerksam gemacht wurde, diese Auseinandersetzung an der Tankstelle¹⁰. Dass die Stadt aber nun eben doch – das kann nicht geleugnet werden – ein Problem hat“ (Witt 7/79). Denn es sei Fakt, so fährt er fort, dass es in Wittingen einen für so eine Kleinstadt relativ hohen Anteil an Personen gibt, die dem rechten Spektrum zuzurechnen sind. Um sich das zu erklären schlägt er vor, „da muss man auch mal so ein bisschen die Geschichte angucken von Wittingen, die demographische Entwicklung und so weiter“ (Witt 7/79-82). Der Leiter der Polizeiwache sieht in seinen Erklärungsansätzen der lokalen Präsenz rechtsradikaler Aktivisten nicht allein in Auswirkungen sozialer Deprivation, sondern eine breitere Palette an Ursachen hier am Werk: „Das ist querbeet. Also derjenige, der denkt, das sind Kinder aus arbeitslosen Verhältnissen von Säufern und was weiß ich was nicht alles der irrt – sicherlich auch – ... jawohl und verstärkt grade aus solchen, aber nicht überproportional. Es sind genau so welche aus [...] Elternhäusern, die sozial ordentlich eingebunden sind, wo das Elternhaus auch stimmt, wo auch die Schule und die Lehre absolviert wurde, manchmal auch ein Studium, [...] und ja die trotzdem manchmal für die Eltern unerklärlich eine wirklich harte Gesinnung haben und niemand sie dabei aufhält [...] wir [haben] schon die Anzeichen, dass dort aus den sozialschwachen Bereichen ... ja dass die natürlich viel schneller und anfälliger sind für Straftaten. Und aus diesen kriminellen Handlungen ergibt sich nach und nach immer so ein bisschen die Richtung ja wie sieht es aus...also so lange wie die rechten Vorbilder in Anführungsstrichen haben ist ja logisch dann wirkt das natürlich ... und der ein oder andere springt dann darauf auf“ (Witt 7/50).

Für den Leiter der Polizeiwache stellt sich neben der sozialen Lage vieler Jugendlicher somit bereits als politisches Problem die Ausstrahlung der ‘rechten Vorbilder’ dar. Und auch, „dass diesen niemand entschieden entgegentritt“ (ebd.), nicht die Eltern, auch die Lehrer seien letztendlich überfordert. Und die Polizei wird ein weiteres Mal mit diesem eigentlich sozialen Problem wieder einmal alleine gelassen. Er muss aber zustimmen, als ich die Aktivisten aus eigener Anschauung weniger als arbeitslose und ausgeschlossenen Jugendliche schildere, sondern oftmals als in der lokalen Situation integrierte junge Männer wahrge-

10 Interessant und bezeichnend, dass er natürlich gerade das Beispiel der Übergriffe zur Illustration rechter Aktivitäten in Witt herausgreift, bei dem Polizisten die Opfer waren – nämlich dem Übergriff auf der notorischen Total-Tankstelle auf eine dort hin gerufene Polizeistreife an einem Abend im Juli 2004. Dabei verletzt mehrere junge Männer aus der rechten Szene bei einer Prügelei zwei Polizisten teils schwer.

nommen habe, die oftmals als z.B. Auszubildende „letztendlich dann auch ganz normal leben ... also in der Wohnung mit Familie vielleicht sogar“ (Witt 7/51-53).

Im Verlauf des Gespräches mit Frauen aus dem Arbeitslosenprojekt Wittingen entspinnt sich ein interessanter Disput zu den sozialen Hintergründen der rechten Aktivist: Während Frau Hinze betont „aus welchen Schichten oder sagen wir mal aus welchem Milieu diese Menschen kommen – ... das ist ziemlich flach angesiedelt“ (Witt 14/335), möchte Frau Sturm dies so nicht stehen lassen, sie stellt dem ein deutliches „nicht alle!“ (ebd.) gegenüber. Darauf Frau Hinze: „Nicht alle aber viele...ich würde sagen $\frac{3}{4}$ davon ist so flach“ (Witt 14/336). Während deutlich unterschieden wird zwischen den ‘Anführern’ und ‘Mitläufern’, gerade auch in Bezug auf deren soziale Herkunft: So werden Mitläufer für Frau Sturm zu eben jenen „Dummen aus der Unterschicht“, welche es braucht, „um stark zu erscheinen“, die aber, wenn sie nicht mehr gebraucht würden ohnehin „abserviert“ würden (Witt 14/336). Bezeichnend ist hier auch die historische Analogie zum NS, „das ist genau das gleiche wie früher zu Hitlers Zeiten [...], der brauchte das Fußvolk ja auch und nachher, wo er denn an der Macht war, waren die auch nicht mehr akzept[iert]“ (Witt 14/336).

Der in den frühen 1990er Jahren aus Westdeutschland zugezogene Kirchenfunktionär Peterson hat für die lokale Stärke der rechten Mobilisierung bzw. für deren ungebrochene ‘nachwachsende’ Reproduktion die Vermutung, dass es sich dabei eigentlich auch nur um „Kriminelle“ handele, „die sich ihren Schutz im Rahmen – ... die fremdenfeindlich sind und kriminell und die sich als Schutzgruppe die Skinheadszene hier suchen, aber wo die eigentliche Problematik noch mal wo anders liegt“ (Witt 15/49). Zu deren Entstehungsursachen fällt er eine klare sozialraumtheoretische Diagnose: eine Kernthese ist, „dass die sozial sich immer weiter nach unten entwickelnden Plattenbauquartiere rund um diese Stadt, aber auch um die anderen Städte im Grunde genommen ein ziemliches Brutkastensystem sowohl für die kriminelle Runde, aber auch für die rechtsextreme Geschichte ist“ (Witt 15/49).

Mit seiner überregionalen Perspektive und Sichtweise stellt er zudem verallgemeinernde Thesen zur Erklärung der rechtsradikalen Stärke auf. Das Problem sei für das gesamte Land Brandenburg „gleich bleibend flächendeckend vorhanden“ (ebd.) weil hier „im Zuge dessen, dass die demographische Entwicklung der Randzonen immer bedrohlicher wird und dass hier auch vor allem die übrig bleiben, die keine weiteren Chancen haben“ (Witt 15/130-132).

In der Diskussion um die Erklärungsansätze rechter Mobilisierung und Politisierung betont Pastor Peterson, dass die Forschung zu Rechtsextremismus als Bestandteil der Jugendkultur oft überbewertet würde, „der Rechtsextremismus

als Bestandteil der Jugendkultur“ (Witt 15/186) sei als ausschließliche Erklärung und Konzentration in Programmen fragwürdig. Hinterfragt wird von ihm auch die ‘Desintegrationsthese’: Hier werde übersehen, dass es sich bei der Betonung mangelnder sozialer Integration, vor allem jugendlicher Rechtsradikaler maximal um nur ein kleines Teil des Phänomens handelt, das in der Stadt lediglich etwa auf eine kleine Gruppe von 13-14jährigen zutrifft. Aber im verallgemeinerbaren Überblick entsteht eher der Eindruck, dass es sich bei diesen Jugendlichen und jungen Erwachsenen, von den älteren ganz zu schweigen, um zumindest in lokalen Strukturen relativ integrierte Menschen handelt. Diese haben im Gegensatz zu den anderen Jugendlichen wahrscheinlich relativ klare Ziele, oder eine relativ klare lokale Perspektive und fühlen sie wahrscheinlich gerade relativ gut aufgehoben im Vergleich zu vielen anderen. Etwa solche, so Peterson, „die sich existentialistisch allein traurig als Grufties in irgendwelchen Wohnungen hängen lassen und oft nur noch weg wollen“. (Witt 15/191). Dass es sich also bei den Trägern adoleszenter Identitätskrisen in den Kleinstädten nicht primär um die Klientel der radikalen Rechten handelt, bestätigen mir auch mehrere Gespräche mit Jugendlichen, die sich der in Wittingen nicht besonders deutlich ausgeprägten und relativ unsichtbaren ‘alternativen’ Jugendszenen, wie Punks, Hip-Hoppern und ‘Independent-Leuten’ zugehörig fühlen. Die es aber (selbstverständlich) hier auch gibt. Deren Selbstdarstellung und öffentliches Auftreten wird allerdings nicht nur von Fragen der ästhetischen Distinktion, sondern auch von den Gefahren der falschen Szenezugehörigkeit bestimmt.

Anpassung an rechte Jugendkultur als Selbstschutz?

Eine Schülerin aus Wittingen vermutet bei den sich dem rechten Stil anpassenden SchülerInnen, dass es sich dabei um eine Adaption des Aussehens und der Überzeugungen aus Selbstschutz handele, einer Strategie um „keinen Stress zu bekommen [...] ich glaube einfach damit sie sich gut fühlen. Wenn irgendwer jetzt weiß ‘Oh Gott wenn ich jetzt so ne und so ne Hose trage oder wenn ich jetzt so oder so nen Haarschnitt habe ... ‘oh nein dann könnte ich ja Stress kriegen!’ und dass halt die meisten dann sagen – ... ‘gut dann schneide ich mir halt die Haare ab’ – ... und dann ‘ja dann werde ich halt rechts’ ... was die meisten ja nicht sind weil sie da nicht viel von verstehen, weil sie gar nicht wissen zum Teil was da so geschichtlich los war“ (Witt 17/102). Diese Erklärung aus Anpassung an den Verhaltensdruck, der von der Präsenz neonazistischer Cliques ausgelöst wird, in Verbindung mit einem, letztendlich verharmlosenden oder zumindest relativierenden Betonen der Unbildung bzw. des schlechten historischen Wissens stellt eine oftmals gehörte Mischung eines ‘Dummheits-Diktums’ („die sind halt dumm! – sie können aber

nichts für ihre Dummheit, weil sie die Opfer der Verhältnisse sind“), also einem wiederum nahezu verstehenden viktimologischen Erklärungsansatz.

Die lokale Sichtbarkeit und zahlenmäßige Häufigkeit mit der die rechtsradikalen in Wittingen und Belsheim auftreten (bzw. immer wieder in den letzten 15 Jahren aufgetreten sind) kann auf ein breites 'set' an möglichen Artikulationen zurückgeführt werden, weil in der rechten Szene „für jeden etwas dabei“ sei (ebd.). Tatsächlich handelt es sich auch hier um ausdifferenzierte Szenen, sowohl was das Alter, als auch die sozialen Herkunft sowie kulturelle Präferenzen angehen. Neben den Jugendlichen mit '88er'-T-Shirt, jungen Skinheads „gibt es ja auch noch solche mit Bärtchen und Seitenscheitel ... die sind so um die fuffzig rum“ (Witt 17/182). Eine Freundin ergänzt: „Hier laufen wirklich noch solche mit 'nem Hakenkreuz auf der Wade rum“ (Witt 17/183). Das klingt gerade so, als handele es sich bei diesem Typus zumindest um eine eher altmodische Variante. Jedenfalls kann festgehalten werden, dass auch der Umgang, den 'alternative' Jugendliche mit den rechten Jugendkulturen entwickelt haben (Camouflage, Selbstschutz, Unsichtbarkeit – siehe Kapitel 7) im Laufe der Jahre immer wieder neu gelernt und vermittelt werden muss. Es ist quasi zum situierten Wissen als einer konstituierenden Größe alternativen Lebens in den Städten geworden.

Jugendkultur als Entschuldigung?

Auf jugendkulturelle Schemata reduziert wird auch der Anschlag gegen eine Imbissbude in Wittingen im Sommer 2001: „Das war so eine dumme Sache, betrunken – ... eine Wette. 'Du schmeißt da den Molotow-Cocktail nicht rein – ... hundert Mark damals noch, wenn du den rein schmeißt' – ... und dann hat er geschmissen ... na und das [...] hat ja auch große Wellen gemacht – ... die Mutter kam an die Schule hat sich entschuldigt bei den Schülern – bei den Lehrern ... bei der Direktion ... war ganz traurig – ... die kannte ich auch – ... also ein typisches Beispiel wie Jugendliche ... wenn sie zuhause – ... arbeitslos – ... wenn sie zuhause nicht mehr den Ansprechpartner finden oder der Kontakt irgendwie zu den Eltern durch irgendeine Art unterbrochen ist wie sie sich gerade zur Zeit der Pubertät – ... die Jungen auch Gruppen suchen da hineingeraten um dann stark zu sein ... aufgenommen zu werden“ (Witt 5/36).

Anders verhalte es sich allerdings bei Eltern, deren Kinder von Rechtsradikalen bedroht und beschimpft werden: Während jeder von einer klaren Unterstützung für die eingeschüchterten Jugendlichen ausgehen würde, wird hier von der erfahrenen Lehrerin Frau Beyer betont, dass das „eben nicht so einfach“ sei: Das wäre zwar „der richtige Weg, aber das geht nur sehr langsam – und viel trauen sich auch dann nicht“ (Witt 5/193-195). Auch die Eltern rechtsradikaler SchülerInnen sol-

len nun in einem neuen Schulprojekt betreut werden. Es soll so versucht werden, „über die Kinder an die Eltern, an die Erwachsenen zu erreichen ‘es geht auch um euch ... es geht nicht bloß um die Jugendlichen’ – ... das ist sehr schwer – ... das ist unwahrscheinlich schwer“ (Witt 5/193-195). Und natürlich, das sollte in der obigen Argumentation auch nicht übersehen werden, muss auch immer wieder der tatsächlich auch omnipräsente Alkohol als Erklärungsansatz dienen: „Wenn die vielleicht nicht Alkohol getrunken hätten, hätten sie ihn vielleicht auch nicht verprügelt“ (Witt 8/41) oder aus anderem Mund: „Es soll da auch um Alkohol um Geld – ... soll – ... die genauen Ermittlungen weiß man nicht – ... so – ... die einen sagen ‘ja der hat uns angemacht’ ... und so – ... die anderen sagen ‘das war eine politisch motivierte Tat’“ (Witt 5/71). Als Grund wird also die Metamorphose von netten Jungs zu großen Schlägern unter dem Einfluss des Teufels Alkohol und jugendkultureller Gruppenbildung beschreiben: „Ich zum Beispiel bin von Beruf Physiotherapeutin und dann hast du die auch als Patienten gehabt und dann sind das auch liebe nette Jungs – ... oder – ... sind ja meist Jungs gewesen [...] aber in der Truppe oder unter Alkohol sind das die größten Schläger und Schreier“ (Witt 12/174). Die Runde der GesprächspartnerInnen am Tisch des Arbeitslosentreffs in Wittingen ist sich einig, dass die Entpolitisierung in der Betrachtung des Phänomens, etwa über die Alkoholfrage, als einer der zahlreichen Fehler im Umgang mit bzw. der Leugnung der Problematik sich radikalisierender und brutalisierender Rechter zu betrachten ist.

Für den Lokalredakteur handelt es sich bei den Rechtsradikalen in Wittingen „nicht um überzeugte Rechte“ (Witt 11/127), sondern es sind eigentlich frustrierte Jugendliche. Die lokale Spezifik besteht für ihn darin, dass es dort „sehr viele Jugendliche gibt, die trotz des Elends [...] nicht bereit sind die Stadt zu verlassen. Die sind [...] so fest verwurzelt hier, die wollen nicht von zuhause weg. Die wohnen zum Teil im großen Stil sogar noch bei Mutti – Hotel Mutti – und das wollen sie um nichts in der Welt davon trennen und die laufen natürlich auch schnell solchen Rechten hinterher die jetzt [...] gegen Staat und Gott schimpfen, dass sie dem Elend überlassen bleiben. Aber die sind von der inneren Einstellung – davon bin ich überzeugt – nicht rechts im wirklichen Sinne oder von rechtem Gedankengut – ... sie nehmen nur die Parolen gerne auf, weil die natürlich auch irgendwo noch so einen sozialen Touch mit rein basteln und das ja immer gekonnter – ... aber wenn sie denen eine andere Perspektive bieten würden bin ich überzeugt würden die sofort von dem rechten Glauben abfallen und würden zur anderen Seite kommen“ (Witt 11/127-130). Die Perspektive, um die es hier gehe, sei ganz klar eine wirtschaftliche soziale Perspektive. „Wenn sie denen die bieten würden, dass die beispielsweise als Familie irgendwo sich mal

eine Existenz aufbauen können würden die das rechte Volk laufen lassen wo die gerade laufen und dann verschwinden lassen“ (Witt 11/136).

Am überzeugendsten scheint auch für die Schülerinnen die ‘Frustrations-These’ zu sein: So vermuten sie, „vielleicht weil sie frustriert sind, weil es für viele schlecht gelaufen ist oder nicht so, wie sie sich das vorgestellt haben“ (Witt 17/192). Meine Beobachtungen, dass gerade viele der erkennbaren Rechtsradikalen eher nicht dem Typus des abgehängten Underdogs entsprechen, viele doch schicke Autos fahren, beispielsweise besonders gerne einen ‘tiefer gelegten’ VW-Golf oder ähnliches, wird nur lachend angemerkt „Papa bezahlt“ (Witt 17/194). Es scheint da also konkretere Kenntnisse über die Einnahmequellen so mancher Jugendlicher zu geben. Meinen provokativen Ausführungen zum Status als besser Situierte wird allerdings hartnäckig widersprochen. Es sei tatsächlich „zum Teil wirklich so“, dass die Eltern arbeitslos sind. Allerdings wäre es auch so, dass viele (...) auch einfach nicht arbeiten (wollen) „(Witt 17/195). Das sei auch merkwürdig, dass die einerseits „gegen die Punker [sind] aber kassieren selber Sozialhilfe und sitzen auch nur mit dem Bierchen zuhause. Also auf eine Art denke ich mir gefällt ihnen das Leben auch so wie es ist“ (Witt 17/198). Rechtsradikalismus als Lebensstil, als Lebensführung.

In einem Gespräch mit dem ca. 18-jährigen nicht-rechten Jugendlichen Olli, der gerade seine Übersiedlung zum Zivildienst nach Berlin vorbereitet, frage ich diesen, ob er glaubt, dass die Neonazis durch bestimmte Vorstellungen wie man zu leben, wie man auszusehen habe sich in ihrer Motivation vereinen? Er wählt als Erklärung einen eher individualpsychologischen Ansatz. Es handele sich dabei doch tatsächlich eher um „Leute [...] die irgendwas in ihrem Leben nicht erreicht haben, von was sie träumen und was sie für Vorstellungen haben und nicht sich selbst dafür verantwortlich machen, weil es wesentlich schwerer ist als andere Leute dafür verantwortlich zu machen ... und dass das wirklich der Großteil ist, weil das sind [...] Leute die es meistens irgendwie zu nichts gebracht haben. Wahrscheinlich auch eine ganz andere Vorstellung haben von dem was sie erreichen wollen und was sie erreichen können“ (Witt 16/137).

Diese Variante der Frustrations-These klingt – trotz seiner individualistischen Färbung – stark auch nach einer sozialpsychologischen Verortung dieser Frustrationen in einer alten DDR-Geschichte und vor allem den letzten 15 Jahren, also dem Szenario der ‘shrinking cities’. Zumindest in Ollies Analyse wird immer betont, „dass das mit der Transformation zu tun hat von diese Städten mit einem offenen Ausgang [...], weil man weiß ja nicht wo die sich hin verändern“ (ebd.). Trotz dieser deutlichen ökonomischen Niedergangssituation bleibt Olli dabei, dass dies als Ursache für Rechtsradikalismus nur schwer plausibel sei: „Also ich

kann mir nicht wirklich diese ökonomische Sache [...] warum sind in Deutschland die anderen schuld, wenn man selbst zu doof ist zum denken?“ (Witt 16/141). Denn genau dabei handele es sich um „so was Typisches, dass die andere Leute dafür verantwortlich machen, was sie selbst nicht erreicht haben“ (Witt 16/143).

In Bezug auf ihren 'alternativen' Freundeskreis und deren Verhältnis zu den lokalen Neonazis relativiert eine Schülerin deren eindeutig 'rechten' Lebensstil und betont dabei die zumindest (sub)kulturelle Nähe bei Formen des Freizeitvergnügens: „Ich meine die sind ja nun auch nicht ganz sauber – ... die rauchen ja nun auch ab und zu einen Joint und so“ (Witt 9/109). Diese Grenzüberschreitungen werden allerdings von den überzeugteren Rechtsradikalen offensichtlich sanktioniert, in einer Art lokalem Kulturkampf stehen sich dann 'linke Kiffer' und 'rechte' Alkoholtrinker gegenüber: Bei der Anfrage nach weiteren Jugendlichen mit negativen Erfahrungen bekomme ich nämlich auch den Hinweis auf ein interessantes Phänomen der gefühlten „Selber- Schuld“ Argumentation indem die Nazis zu lokalen Ordnungs- und Moralhütern stilisiert werden. Besonders im Moment der allgemeinen gesellschaftliche Stigmatisierung wird Drogenkonsum ('Joint') zu einem Argument des „selber schuld“: Der Gang der Argumente war wie folgt: „Vielleicht kriege ich ja meinen besten Freund bewegt [...] man kann das ja auch nicht abstreiten – ... der nimmt ja eben auch Drogen und das ist ja auch ein Grund warum die immer sagen können – „okay der kifft jetzt und deswegen ist der jetzt scheiße und deswegen verprügeln wir den jetzt“ (Witt 9/214). Auf dessen Recht einer uneingeschränkten Unterstützung als Opfer eingegangen bleibt die Verunsicherung: „Ja aber ich weiß nicht, ob man das dann immer so sagen kann ob das so gut ist [...] weil im Grunde ist es ja verboten hier“ (Witt 9/218).

Insgesamt zeigt sich die jugendkulturelle Dimension des Rechtsradikalismus an den Wittinger Beispielen, aber auch durch ähnliche Gespräche in Belsheim belegt, als dynamischer und – neben der Migrations- und Flüchtlingsdebatte – um den immer wieder am sichtbarsten lokal ausgetragenen Konflikt. Die jugendkulturelle Dimension gilt daher auch oftmals als eigentliches Feld der 'Rechts-extremismusforschung' in Verbindung mit sozialpädagogischen Programmen und Konzepten. Und natürlich stehen viele nicht angepasste oder 'alternative' Jugendliche häufig in konfrontativen Konflikten um Anerkennung, Treffpunkte oder ihren Stil und/oder ihre Überzeugung zeigen zu können. Dies ist aber nur die sichtbarste Ereignisebene des Feldes. Die Reduktion des Phänomens Rechtsradikalismus auf jugendkulturelle Szenen ist daher ebenso irreführend, wie deren Entschuldung als frustrierte oder dumme Jugendliche.

Das 'Elternhaus' als Ort des Versagens?

Aus „eigener Muttererfahrung“ (Witt 12/174) der Hilflosigkeit mit den Entwicklungen und Tendenzen der pubertären Phase berichtet Frau Schon aus dem Arbeitslosenprojekt: „Ich habe noch einen älteren Sohn und als der damals 15 ... 16 war [...] da fühlte der sich eine zeitlang [...] auch zu dieser Szene hingezogen. [Er] kam auf einmal mit fast Glatze mit bestimmten Sachen – ... konnte ich nicht mit umgehen bin da auch hineingewachsen mit 88 ... und 18 und diesen Aufdrucken und dieses 'Lonsdale' und diese komischen Turnschuhe [...] und wusste ich gar nicht mit umzugehen. [Das] war für mich ganz schlimm und irgendwann kam der Junge da raus aus der Szene“ (Witt 12/176). Dass es sich damit aber noch nicht erledigt hatte, erlebte Frau Schon im Anschluss nach dem Umzug in ein Nachbardorf: „Ich habe dann gebaut und wir sind raus aufs Dorf und auf einmal – ... ja er geht wieder in den Döner was essen und er hatte Angst – ... er wurde dann auch bedroht ... dann kamen Anrufe und dann versucht er, raus zu kommen aus der Szene – ... gelang ihm zum Glück auch ... ja und dann fragst du dich 'warum warst du denn damals da dabei' – ... er war ja zum Glück nur ein Mitläufer ... ja ein kleiner dummer Junge der da seine Freunde fand oder was weiß ich – ... es gibt aber auch noch welche aus der damaligen Zeit, die jetzt noch dabei sind ... wo sie sagten die sind schon Anfang Mitte 20 – ich ... und sind noch dabei da weiß ich auch und ich sag mal, ich kenne auch viele Wittinger und die Elternhäuser und ich kann mir nicht vorstellen – ... weil man immer sagt 'das Elternhaus ist schuld daran' ... wir haben mit unserem Sohn auch KZ-Filme geguckt und haben mit ihm geredet aber ... es führte kein Weg – ... ich hatte keine Macht mehr es war ganz schlimm – ... Schule litt auch und alles das war für mich auch eine schlimme Zeit als Mutter ... und ich hatte aber dieses Glück, dass er dann von sich aus raus ging aus dieser [...] Szene“ (Witt 12/176).

Eine ganz andere Verbindung zur Rolle der Eltern zieht Herr Peterson. Er verweist auf die Integration in den Familien und darauf, dass viele Rechtsradikale tatsächlich von ihren sozialen Strukturen getragen würden „die Jungs, die von der Mutti zum Anschlag gefahren werden¹¹ [...] bzw. die auch bis zum 30 Lebensjahr bei Mutti wohnen“ (Witt 15/191).

Dies unterstützt ein Mitglied aus dem lokalen Aktionsbündnis in Wittingen. Besonders in den frühen Jahren des Rechtsradikalismus in der Stadt Wittingen seien viele der dort Aktiven die Kinder bedeutender lokaler Größen gewesen: „Ein großer Teil derer', die damals die Szene bestimmt haben die Kinder der Bestimmer

11 Siehe auch den Verweis auf die Jugendlichen der 'Gruppe Freikorps' im Westhavelland die von Mutti zum Anschlag auf Dönerbuden gefahren wurden.

waren [...] das ist mehr als ein Gerücht ... wird dir aber niemand bestätigen, dass Polizisten sich verweigert haben irgendwelchen [...] Anzeigen nachzugehen, weil sie genau wussten, dass wenn sie das tun, [der] Herr Bürgermeister und andere ihren Draht in das damalige Polizeipräsidium in [Ortsname] nützen würden. Es hat Versetzungen gegeben weil – ... 'unsere Jungs machen so etwas nicht' ... und damit ist ihnen natürlich sehr viel Raum eingeräumt worden und sie haben also über ne recht intensive Zeit auch komplett auch die Jugendszene hier beherrscht“ (Witt 2/22-24).

Die Hilflosigkeit anderer Eltern gegen die Sogwirkung dieser Jugendszene wird durch die Charakterisierung der lokalen Jugendarbeit oder vielmehr durch deren langjährige Mängel unterstrichen. Auch für Frau Schlüter liegt die rechte Dominanz in der Stadt an dem Mangel an Alternativen für die Jugendlichen, „weil es wirklich keine Alternative gab für Jugendliche ... denn das haben wir ja auch in den Städten rundum gesehen“ (Witt 6/208). In anderen Städten Brandenburgs ist es nämlich durchaus bereits in den 1990er Jahren gelungen, wenn schon die rechte Szene nicht völlig aus der Stadt zurückzudrängen, so doch immerhin deutliche Gegenorte alternativen Kulturbetriebes oder migrantischer Öffentlichkeit zu verankern. Dabei spielen die konfliktfähigen Träger vieler Jugendclubs und lokale Initiativen gegen Rechtsextremismus eine entscheidende Rolle.

Eine der Frauen aus den Arbeitslosentreff Wittingen vermutet, dass die Affinitäten vieler Jugendlicher mit der rechten Szene „auch dem jugendlichen Entdeckerdrang, dem Ausprobieren des neuen etc geschuldet sein mag“ [...] „den meisten war das halt auch neu gewesen, man probiert ja Neues hin und wieder auch mal aus und dann – ... ja und manche sind dabei hängen geblieben – ... ne ... war ja verboten gewesen und verbotene Sachen sind ja immer Sachen die man erst mal probieren muss“ (Witt 12/289). Neben adolescentem Abenteuerdrang wird bei vielen Jugendlichen auch der Mangel an Perspektiven in durchaus ambivalenter Betonung gleichzeitiger Verweigerung und Motivationslosigkeit beklagt:

„Es gibt ja auch keine Perspektive. Wenn man versuchen würde, die Jugendlichen irgendwie zu beschäftigen [...] man kriegt sie ja auch kaum motiviert [...] die lehnen alles ab, aber selber Vorschläge zu machen, wie man bestimmte Sachen ändern könnte – ... da sind sie auch nicht zu in der Lage“ (Witt 12/178).

Eine frühere Vorarbeiterin im Textil-Kombinat macht für die rechtsradikale Politisierung ebenfalls eindeutig die Eltern bzw. das Elternhaus¹² verantwortlich „Ich habe zwei Söhne und ich sage ihnen, die schlagen sich nicht – ... und das

12 Der Ort des Elternhauses beinhaltet hier semantisch mehr als nur die Eltern und deren Erziehungsbereich, eher die Idee des 'ganzen Hauses' als Ort der (früh) kind-

liegt auch im Elternhaus begründet“ (Witt 13/25). Und in einer klaren Absage an DDR-gesellschaftliche Sozialisationstheorien zum autoritären Charakter, kolportiert sie diese mit „das kann man so nicht abtun, das mit dem gemeinsam auf dem Töpfchen sitzen das ist lachhaft. Ich habe so liebe Söhne, die krümmen keiner Spinne ein Bein“ (Witt 13/25). Gerade die DDR-Kindererziehung könne überhaupt nicht für das spätere Phänomen Rechtsradikalismus [bei jugendlichen Männern] verantwortlich gemacht werden „die Kinder, wenn die sich gesehen haben, die haben sich [...] auch natürlich auseinander gesetzt, aber überhaupt nicht aggressiv, gar nicht -...haben ihre Liedchen gesungen, haben alles gelernt und wir haben eigentlich also alles in allem sind die auch alle was geworden“ (Witt 13/27).

Im Kontext der zentralen Verantwortung des Elternhauses für die Entwicklung der Kinder führt sie auch Beispiele aus ihrer Erfahrung mit Arbeitslosen hier im Projekt an: „Da gibt es bestimmt immer wieder Menschen, die unaufgeklärt sind, unwissend-[...] es gibt ja ganz verschiedene Familien: Es gibt aufgeklärte Familien wo man offen ist für alles und dann gibt es welche, was ich nicht kenne, feinde ich an -...das geht ja hier untereinander schon los. Aus jeder Ecke kommen hier Leute zusammen [...] und die verstehen sich nicht, weil die einfach nicht wollen [...] sie kennen das Wort Toleranz nicht, sie wissen damit nichts anzufangen. Wenn wir diese Menschen hier einführen in die Arbeit rede ich sehr lange darüber, dass man bitte beachten möge, dass jeder eine eigene Biographie hat, dass nicht jeder so denken muss wie ich -...dass wir trotzdem Teamarbeit leisten möchten, weil wir hier weiterkommen wollen.... Solche Dinge bereden wir und da kommt vielleicht ein Drittel an das ist schon viel [...] ich denke, das liegt einfach auch daran, dass die Menschen mit solchen Dingen zu wenig konfrontiert werden“ (Witt 13/82-84).

Dieser zweite zentrale Schauplatz für rechtsradikale Motivationen, das Elternhaus, bildet neben den Ebenen der Öffentlichkeit und Staatlichkeit den privaten Gegenpart der idealtypischen Orte der Ursachensuche. Auch hier schwanken die Befunde. Zwischen schlechten und guten Elternhäusern, die entweder alleine oder gar nicht schuld sind, je nach konkreten Kontexten in denen diese Fragen gestellt und besprochen wurden. Somit lässt sich daraus auch nur folgern, dass die Bedeutung des Elternhauses für die Debatte um den Rechtsradikalismus vor allem ein weiteres mal im diskursiven Bereich zu suchen ist, also der Ebene auf der Ursachensuche mit Gegenrezepten verwechselt werden. Die Zuweisung der Verursacherrolle impliziert damit auch oftmals ein Verursacherprinzip: (Para-

lichen Sozialisation im Verhältnis zum Rest der Gesellschaft, also quasi so etwas wie die Ur-Gemeinschaft und die oftmals beschworene Keimzelle der Gesellschaft.

phrasiert: „also wenn die Elternhäuser das nicht schaffen...warum soll sich dann jemand anders damit befassen“). Gleichzeitig leuchten in dieser Debatte um die Rolle der Eltern auch Positionen zur vergangenen DDR-Staatlichkeit und dessen Erziehungsansatz durch: „Früher gab es diese Probleme so nicht“ (Witt 13/82-84).

Die Passivitätsthese: Mangel an Zivilgesellschaft?

„Ignoranz kann man schon sagen... ich weiß nicht, jeder hat mit sich selbst zu tun. Jeder hat seine Probleme wir sind hier eine Stadt, wo Betriebe, die sehr viele Arbeitsplätze hatten kaputt gemacht wurden – wir sind 25% Arbeitslose hier“ (Witt 3/103-106).

„Ich kenne auch jemanden, der von Nazis paar aufs Gesicht gekriegt hat- [Er] hat ne Anzeige gemacht und anschließend ist er hingegangen ‘Mensch der hat doch ein kleines Kind’ und es kam die Freundin ‘das kannst du nicht machen – wenn der abgeht, wie soll ich das Kind versorgen’“ (Witt 3/102).

Als ein Grund der Ausbreitung und Stabilisierung der lokalen Rechten wird die Passivität städtischer Stellen vermutet, aber auch der gesamten städtischen Bevölkerung wird vielfach von lokalen Aktiven Passivität, Empathielosigkeit und Nichtbeachtung des Problems durch die ‘Mehrheitsbevölkerung’ in der Stadt attestiert: „Intensivere Bemühungen [...] aus der Bevölkerung der Stadt heraus gab [es nicht] bis hin zu dem Aktionsbündnis – das ist erst Ende der Neunziger wirklich sichtbar geworden“ (Witt 2/22-24).

Die langjährige Ausblendung der Problematik nahezu während der gesamten 1990er Jahre hindurch, spielt neben dem auch belegten Schutz einzelner Rechtsradikaler durch ihre Eltern in wichtigen Positionen der Stadt eine zentrale Rolle für die Stabilisierung des Rechtsradikalismus auf „relativ hohem Niveau“ (Witt 15/45). „Ich sag mal die sind ja fast alle noch da, die damals die Szene gebildet haben, die damals [...] das Alltagsleben, die Alltagskultur beherrscht haben, die sind heute die jüngeren Familien dieser Stadt“ (Witt 2/108).

‘Bloß nicht auffallen!': Lokale Situation der politischen Konventionen und die Vermeidung politischer Auseinandersetzungen

Die KollegInnen bzw. Mitarbeiterinnen in dem Wittinger Arbeitslosenprojekt bewegen sich in ihrer Erklärungsargumentation des Rechtsradikalismus einerseits in einem klaren ökonomischen Deprivations- und Verelendungsszenario der Hoffnungslosigkeit, betonen aber auch den Charakter städtischer Öffentlichkeit als von Konventionen und Normativität bestimmt. So müsse man sich im Bezug auf eine Parteinahme für die regional starke Bürgerinitiative gegen einen Truppenübungsplatz der Bundeswehr richtig zugunsten des Militärs positionieren, („auf

der richtigen Seite stehen“), damit man nicht boykottiert wird. Dies erscheint mir zur Umschreibung des politischen und sozialen Klimas in der Stadt bedeutend: Einerseits sind viele lokale AktivistInnen gegen Rechtsradikalismus klare Gegner dieser Wiederaufnahme militärischer Aktivitäten in den Wäldern und Heiden rund um die Stadt Wittingen, andererseits wird dies aber getrennt vom Engagement gegen Rechtsradikalismus betrieben. Es scheinen dies jedoch politisch wie auch inhaltlich zwei völlig unterschiedliche Bereiche zu sein. Analytisch gibt es in der Argumentation gegen Neonazis keinen Bezug auf militaristische Grundlagen und Verbindungen. Dies wird mir mehrfach als auch taktischer Schritt zur Bewahrung des lokalen Aktionsbündnisses geschildert. Um das Bündnis gegen Rechts nicht zu spalten bzw. auf städtischer Ebene nicht zu polarisieren, sollen Konfrontation und politische Kontroversen um das Militär verhindert werden. Politik muss aus der Bündnisarbeit gegen Rechts scheinbar herausgehalten werden. Diese Konventionen der Anpassung, des Schweigens und der Ignoranz drückt sich darin aus, „dass viele auch sagen – ‘ich find’s ja auch nicht gut aber – ... ich darf nicht so laut sein weil... in meiner Position kann ich das nicht“ (Witt 14/324). Als Kontrast zu dieser Anpassung an den common sense, eines ‘bloß nicht Auffallens’, der sozialen Konvention offensichtlich für die Bundeswehr sein zu müssen, wird andererseits von einer Kollegin der vorherigen Sprecherin betont, „die anderen sind halt in so eine Lethargie verfallen, dass sie sagen ‘also ich hab mit mir selber genug zu tun ... hört mir ja auf’ ...“ (Witt 14/324).

Diese Taten- und Positionslosigkeit, mangelnde Emphase für lokale zivilgesellschaftliche Belange, wird auch von einer weiteren Kollegin der ökonomischen Situation angelastet: und als „vielen ist das dann zu viel [...] jemand hat mal gesagt „man muss erst [...] essen und sich kleiden, bevor man sich mit Politik befassen kann“ und so lange die Leute so arg kämpfen müssen, damit dass sie ihr Auskommen haben [...] die sind ja eigentlich gewöhnt oder sagen wir mal, jeder Mensch strebt danach, eine Ruhe reinzukriegen in seine Existenz erst mal – ... und dann haben die einfach keinen Kopf dafür“ (Witt 14/325).

Einschüchterung und Angst?

Auf die Frage nach den Formen und Wirkungsweisen der Einschüchterungsversuche durch die lokalen rechtsradikalen AktivistInnen, bieten meine Gesprächspartnerinnen Frau Amman und Frau Beyer ein differenziertes Bild solcher Bedrohungsszenarien. So funktioniere Einschüchterung nicht alleine über das Bedrohungspotential, sondern auch über die Annahme der Bedrohung selbst.

„Es gibt viele, die Angst haben, die richtig Angst haben [...] ja ich würde sagen ... ein Teil [...] traut sich einfach nicht gegen die aufzustehen und der andere Teil ist

wirklich nur faul“ (Witt 3/96-100). „Das ist so das Problem [...] dass diese Truppen [...] immer in der Gruppe auftreten und da haben viel Angst davor ... weil ja doch man hört ja auch dieses und jenes man liest ja auch [...] Zeitung – dass einer, [der] mal der geholfen hat eben auch mal ... ne – ... so“ (Witt 5/191).

In diesem Gespräch betont die Lehrerin Beyer allerdings auch, dass bisher „die wenigsten erwachsenen Wittingener hier angepöbeln worden [sind]“. Geschweige denn seien sie jemals von Rechtsradikalen angegriffen worden, „sie tun immer so als hätten sie alles mögliche schon erlebt ... so – ... natürlich wenn du mal sagst du ... 'guck mal die Flasche, die kannst du da hinschmeißen – ... musst nicht zerschmeißen mach mal in Papierkorb rin' – ... musste damit rechnen, dass du eine dämliche Antwort kriegst, das tut aber noch nicht weh – ... und schon davor haben viele Angst – ... deswegen mischen sie sich nicht ein“ (Witt 5/191).

Für viele in Auseinandersetzungen involvierte Beteiligte spielen mittlerweile auch die zunehmend juristischen Bearbeitungsformen, also z.B. das Aussagen vor Gericht als ZeugIn eines Übergriffs oder gar eine eigene Anzeige zu stellen eine abschreckende Rolle: „Es gibt die Angst, wenn ich aussage gegen jemanden, dann kriege ich hinterher paar auf die Fresse – ... solche Sachen – ... zum Beispiel unter Jugendlichen“ (Witt 3/102). Dass gerade im Umgang mit den juristischen Ebenen diese Ängste nicht unbegründet erscheinen, belegen Vorfälle, in denen Rechtsradikale die Namen und Anschriften der Kläger aus Prozessunterlagen erhielten.

Sie zerlegt also diese Erzählungen über Angst der Erwachsenen in einen Teil der Schutzbehauptungen andererseits tatsächlich der Tatsache, dass die meisten Rechtsradikalen im „normalen“ Stadtbewohner nicht ihren Gegner sehen. Lediglich einzelne prominente AktivistInnen wie Frau Beyer, Frau Amann oder Herr Peterson scheinen hier mehr gefährdet. Da dieser Teil der Bevölkerung aber keinesfalls eine idealtypische Opfergruppe der radikalen Rechten darstellt, ist deren Wahrnehmung durch diese relative Sicherheit nachhaltig geprägt. Dies macht auch die Grenzen zwischen duldsamer Passivität und unterstützender Aktivität verschwommen.

Stigmatisierung: Argument der selektiven Wahrnehmung

Die Frage nach den Gründen für die lokale Übermacht der Rechten in Wittingen wird von einer Jugendlichen zunächst mit Unverständnis beantwortet, einer Infragestellung, ob dem überhaupt so sei. Trotzdem wird betont, dass es „schon ganz schön viele hier“ gäbe, ein Problem allerdings in letzter Zeit „man sieht es jetzt nicht mehr so öffentlich [...] aber ich denke schon, dass die hier immer noch vorherrschend sind ... und so und man sieht sie ja auch wenn man durch die Stadt läuft – ... bloß die machen halt dann nüscht“. (Witt 9/73). Bei der

Nachfrage beim Wachenleiter, warum genau Wittingen ein deutliches Neonazi-Phänomen aufweise, rudert der aber argumentativ wieder etwas zurück, indem er dies „doch nicht so genau“ sagen könne. Eine Möglichkeit sei natürlich, dass es „wo anders bisschen unterschätzt würde – ... vielleicht ist es hier ein bisschen auffällig geworden, auch durch die offensive Arbeit – ... wir sind sehr kritisch gegen Rechts – und wo anders wo man vielleicht ein bisschen weniger hinguckt ... ja ... da stellt man weniger fest ist ja klar – ... aber ob unbedingt weniger rechte Klientel dann in dem vergleichbaren Bereich ist – ... das kann man dann nicht sagen“ (Witt 7/81).

3.2.2 Kontinuitäten und Brüche: Argumentationsmuster

Zugespitzt changieren vor allem wissenschaftliche Erklärungsansätze des Rechtsradikalismus zwischen Betonungen der soziokulturellen Kontinuität und des historisch-kulturellen Bruches. Demnach prägen a) die nachhaltigen Folgen der DDR-Gesellschaft und des selektiv bzw. unbearbeiteten Nationalsozialismus auch heute noch das soziale Klima im Land und bilden daher die Dispositive fremdenfeindlichen und rassistischer Einstellungen und Handlungen, oder aber die Ursachen der aktuellen Probleme werden b) in den sozialen Turbulenzen und Umbrüchen und dem neuen Wirtschaftssystem seit der Wiedervereinigung vermutet. Dies mündet etwa in der Perspektive auf mangelnde Bildungs-, Arbeits- und Aufstiegschancen von Jugendlichen in der Auffassung eines sozialpolitisch verursachten Problems von 'Modernisierungsopfern' als verwahrlosten und daueralkoholisierten Jugendlichen. Umfassender, und als Synthese dieser Kontinuitäts- und Bruch-Positionen, werden aber auch c) Positionen vertreten, die auf die neuen Koordinaten und den sich wandelnden Charakter der bundesdeutschen Gesellschaftsdeutung im Zuge einer 'Ethnisierung' von Zuwanderung und des Politischen insgesamt verweisen. Darüber hinaus wird in Gesprächen in den Untersuchungsstädten aber meist mit der Ursachensuche zugleich auch eine Antwort auf den notwendigen oder versäumten Umgang mit der Problematik des Rechtsradikalismus kommentiert. In einem weiteren Unterkapitel wird dieser zwar gesamtgesellschaftlich bezogen, etwa als Ursache ordnungspolitischen Versagens der Polizei, der Exekutivorgane und der Justiz, aber auch der lokalen Staatlichkeit in Form von städtischen Ämtern und Behördenvertretern angesehen. Besonders betont wird aber vor allem die Rolle der Elternhäuser und deren Versäumnisse eines vor allem als Jugendproblem dargestellten gewalttätigen Rechtsradikalismus. Zusätzlich wird, das haben die Gespräche auch gezeigt, Rechtsradikalismus und aktive Fremdenfeindlichkeit von vielen erst gar nicht

als lokales Problem wahrgenommen oder lediglich als Produkt medialer oder anderer kommunikativ-stigmatisierender Zuschreibungen von außen in einer Art 'Nestbeschmutzungs'-Vorwurf imaginiert.

a) *Kontinuitäten. Die historische Argumentationslinie*
– oder: *Die autoritäre DDR ist schuld!*

„Deutlich ist, dass die DDR es nicht geschafft hat, rassistische und damit auch nationalsozialistische Geisteshaltungen endgültig aus der Gesellschaft zu verbannen.“
(Daniljuk/Holm 1998: 16)

Die politisch-publizistische und auch sozialwissenschaftliche Debatte um den „hausgemachten“ (Hippler 1990: 30) Charakter des rechten und neonazistischen Aktivismus in Ostdeutschland prägte vor allem während der frühen Jahre des wiedervereinigten Deutschland die Debatten. Der Umstand, dass die Regierung der DDR bis zu ihrem Fall im Herbst rechtsradikale und neonazistische Tendenzen in ihrem Land stets ignoriert, geleugnet oder auf den ideologischen Einfluss des Westens zurückgeführt hat (ebd.), schien diese These noch zu bestärken. Im Zuge eines DDR-Staatsantifaschismus war tatsächlich kein Platz für eine öffentliche Debatte um Neonazismus im eigenen Land. Der ideologische Charakter eines 'neuen, besseren Deutschland' wurde vor allem im Umgang mit dem Vermächtnis des Nationalsozialismus postuliert. In der DDR hätten somit neonazistische Erscheinungen 'keinen Nährboden' vorgefunden, sie seien ausschließlich aus dem Westen importiert worden (Hippler 1990:31). Und tatsächlich waren viele der frühen Nazi-Kader über westdeutsche Umwege zurück in die ehemalige DDR gelangt¹³.

Eine frühe Verbindung zwischen autoritärer DDR und dem Erstarken neonazistischer Ideologien und Gruppen zieht bereits im März 1989 der Dokumentarfilmer und Mitbegründer der Bürgerrechtsvereinigung „Demokratie Jetzt“, Konrad Weiß:

„Nicht Originalität und Innovation haben den höchsten Stellenwert, sondern Unterordnung und Konvention. Nicht Widerspruch und Kritik sind wirklich geschätzt, sondern Anpassung und Duckmäsertum. [...] Die kommunistische Kaderpartei

13 Bereits im Januar 1990 wurde von der Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front (GdNF) ein „gesamtdeutscher Aufbauplan“ verabschiedet. Die in den Osten entsendeten Kader – meist ehemalige Gefangene, die in den 1980er Jahren aus den Knästen der DDR freigekauft wurden – begannen, in den verschiedenen Regionen ein Netzwerk von Organisationen aufzubauen (Daniljuk/Holm, 1998: 19ff).

beförderte nicht die Entwicklung demokratischer Tugenden, sondern schuf ein System neuer Privilegien zur Belohnung von Maulheldentum, Untertanengeist und Parteidisziplin. Das Führerprinzip, das sich für die Deutschen als verhängnisvoll erwiesen hatte, erlebte unter anderem Vorzeichen eine Renaissance: erst der Stalin-kult, dann der unbedingte Anspruch der kommunistischen Partei, Avantgarde und Vorhut zu sein. Eine basisdemokratische Kontrolle der Mächtigen und ihrer Organe gab es nicht und wird bis heute nicht geduldet. [...] All das ist nicht Faschismus. Aber die grundsätzliche Bejahung von Gewalt und der Mangel an demokratischer Kultur haben den Propagandisten der neuen faschistischen Bewegung ein leicht zu beackerndes Feld bereitet. Menschen, die hierzulande aufgewachsen und in unseren Schulen erzogen sind, sind ungenügend gegen den Bazillus [rechts-]radikaler Ideologien immunisiert“ (Weiss 1989 nach Hippler, 1990: o.S).

Auch der bereits mehrfach zitierte Rechtsextremismus-Experte Bernd Wagner sieht eine kollektive Annäherung an rechtsradikale Ideen als durch die Erfahrungen in der DDR geprägt, „die von Autorität, Vormundschaftlichkeit und Konformität bestimmt waren. Auf diesem Boden haben sich bereits zu DDR-Zeiten die ersten faschistischen Gruppen herausgebildet. Vor allem die ‘ent-individualisierte’ Unterwerfung des einzelnen unter die Gruppe“ ist ein Grund, warum sich „auch heute wieder Jugendliche in streng hierarchischen, bestimmte Normvorgaben setzende Gruppen zusammenfinden Die völkischen Stimmungen gegen Ausländer, die sich heute in ostdeutschen Kommunen offen und brutal artikulieren, sind folgerichtig keineswegs lediglich einer spezifischen Wendeproblematik geschuldet“. (Wagner nach Daniljuk/Holm, 1998: 15). Mit der Konzentration auf die historische Genese der neonazistischen Bewegung führt Wagner das Entstehen einer rechten Jugendbewegung in Ostdeutschland auf die DDR, ihr Bildungssystem und ihre staatlich vermittelten Werte zurück. Auch in der undogmatisch-linken Debatte der 1990er Jahre wurden die gesellschaftlichen Wurzeln des Phänomens Rechtsradikalismus in der DDR-Gesellschaft noch deutlich ausgesprochen:

„Wenn die DDR, als System, in die Verantwortung für die ostdeutschen Jungfaschisten genommen werden soll – und es ist sicher nicht falsch, das auch zu tun – so vor allem indirekt als Erklärung für das unsichere und feige Verhalten der gesellschaftlichen Mehrheit. War es doch üblich, Angriffe von zum Teil organisierten Faschisten auf Punks und Ausländer in der Öffentlichkeit zu verschweigen oder als ‘Rowdytum’ zu verharmlosen, obwohl die Formen der staatlichen Verfolgung und Bestrafung nicht zimmerlich ausfielen. Der offizielle Antifaschismus schloss somit faschistische Reorganiserungen aus und versperrte gleichzeitig die Möglichkeit einer breiten gesellschaftlichen Auseinandersetzung, obwohl ja gerade eine konsequente und auch öffentliche staatliche Vorgehensweise die Akzeptanz der Partei möglicherweise noch einmal hätte festigen können. Die Aufdeckung von faschistischer Gewalt und auch die politische Auseinandersetzung mit Nazis in der DDR wurde einer dissidentischen Gegenöffentlichkeit und einer kleinen, z.T. verfolgten Subkultur überlassen. Daran

hat sich bis heute wenig geändert – eine gesellschaftlich übergreifende Bewegung gegen Nazis – wie auch zu anderen Themen – ist in Ostdeutschland nicht entstanden“ (Daniljuk/Holm 1998: 19).

Ein für meine Fragestellungen besonders interessanter Aspekt ist die Beurteilung sozialer und kultureller Einschließung oder anders betrachtet der monokulturellen Abschließung in der DDR bzw. die mit der Wiedervereinigung auftretende Konfrontation mit einer ‘multikulturellen’ Gesellschaft. Diese Argumentation wurde bereits in den frühen 1990er Jahren von Jaschke aufgeworfen, in dem dieser „Fragen des Zusammenlebens von Deutschen und Ausländern im Hinblick auf die Geschichte der alten Bundesländer als historisches Kontinuum seit den 1950er Jahren beschreibt, während es in den neuen Bundesländern an Erfahrungen und an Konfliktgeschichten mit ausländischer Wohnbevölkerung mangle“ (Jaschke 1992: o.S.). Einen Höhepunkt der Debatte zur bedrohlich fremdenfeindlichen Lage in Ostdeutschland ist im Umfeld der FIFA-Fußball-WM 2006 zu verzeichnen. In der Diskussion um ihre Austragungsorte sowie eine potentielle Gefährdung für dunkelhäutige BesucherInnen werden, immerhin 17 Jahre nach dem Fall der Mauer, weiterhin elementar xenophobe Prägungen der ehemaligen DDR-Bevölkerung aufgrund dieser historischen Erfahrungslücke mit Migration angenommen:

„Deswegen ist es eher ein Problem, dass in der früheren DDR die Menschen die Erfahrung gar nicht sammeln konnten, was für eine Bereicherung es ist, mit Menschen aus anderen Teilen der Welt zusammen zu leben. Aber die waren ja auch durch eine Mauer eingesperrt“ (BRD-Innenminister Schäuble 21.4.2006)¹⁴.

Einer polemische Zuspitzung dieser Position betreibt Ivo Bozic in einem Kommentar der Zeitung ‘Jungle World’ im selben Jahr um das ‘ausländerfeindliche’ Ostdeutschland:

„Für den ideologisch geschulten ostdeutschen PDS-Antifaschisten etwa, für den Faschismus nur eine extreme Herrschaftsform des Kapitals darstellt, ist es eine Zumutung, wenn man ihm sagt, dass die national befreiten Zonen, von denen heutzutage wieder so oft die Rede ist, von den Neonazis nicht geschaffen, sondern lediglich verteidigt wurden. Die SED war es, die sie in einer sich antifaschistisch verstehenden und dabei weitgehend ausländerfreien DDR etabliert hat“ (Bozic 2006).

Diese These, dass es sich bei der DDR um ein fremdenfeindliches Land gehandelt haben könnte, lehnt der langjährige ‘Antifa’-Aktivist Andi aus Belsheim grundsätzlich ab: „Das ist Quatsch – [...] was heißt Fremdenfeindlichkeit? Wir hatten natürlich [...] auch haufenweise die Ausländer. Du hast sie in Berlin getroffen,

14 Zitiert nach Berliner Kurier, 21.4.2006

du hast sie in anderen Städten getroffen und – ... von vornherein so wie ich mich erinnern kann – ... du wurdest immer – ... überall im Kindergarten in der Schule ... Völkerfreundschaft – ... Antirassismus Solidarität [...] für viele waren das keine leeren Worte, sondern eine Herzenssache“ (Bel 7/138). An konkreten, alltäglichen Berührungspunkten, wird allerdings betont, in denen sich ein Aufbrechen bestimmter homogenisierter kulturellen Vorstellung hätte ergeben können, wird eingestanden: „Das gab’s weniger. Das war vielleicht ein Grund, warum diese ganzen Sachen eher ‘gut gemeint’ waren – ... Antirassismus – ... Solidarität Antifaschismus und so weiter – ... [...] wenn man mehr Möglichkeiten gehabt hätte, auch auf privater Ebene, dort mehr solche Leute kennen zu lernen ... also, ich kann mich nur an ganz, ganz wenige Sachen erinnern, wo ich wirklich in näheren Kontakt gekommen bin ... so dass vielleicht für viele Orte solche Worte auch ein bisschen trocken geblieben sind ... solche Sachen wie Solidarität das musst du leben ... das musst du praktisch irgendwo leben ... ja? ... aber andererseits ... ich weiß, dass ich anders erzogen worden bin, ich weiß aber auch, andere die, sind auch anders erzogen worden ... nicht jeder ist nach der Wende – ... also es gab keinen Automatismus ... dass man irgendwo zum Nazi wird“ (Bel 7/140-142). Die Frage der Fremdenfeindlichkeit war nicht nur eine im Umgang mit sogenannten Ausländern, also vor allem den StudentInnen und VertragsarbeiterInnen aus Mosambik, Kuba, Angola und Vietnam, sondern auch mit in der DDR geborenen dunkelhäutigen Menschen. Dies betraf darüber hinaus aber in unterschiedlicher Weise auch Menschen, deren kulturelle Orientierung, Arbeitsverhalten und soziale Orientierung insgesamt zu Außenseitern gemacht hat – mit Leuten, die aus dem normativen DDR ‘mainstream’ ausgeschert sind: Die zu sozial Fremden, Randseitern zumindest gemachten ‘Blueser’, ‘Punks’ und ‘Asozialen’ (Rauhut/Kochan 2009). Auch diesem Prozess des ‘Otherings’, der ‘Befremdung’ nicht angepasster DDR- BürgerInnen, widerspricht der Gesprächspartner Andi: Es habe so einen Ausschluss in der DDR eigentlich in dem hier skizzierten Sinne nicht gegeben, „denn du warst DDR-Bürger und konntest dich im Rahmen der Gesetze immer noch frei bewegen. Aber es war natürlich so, dass bestimmte [...] Institutionen, das können Lehrer gewesen sein, das können aber auch entsprechende Sicherheitsorgane gewesen sein, die waren natürlich in vielen Sachen – ... wie soll ich sagen ... allen selbst organisierten Sachen denen wurde erstmal ein bisschen skeptisch hinterher geguckt – und wenn die Sache dann auch erstmal eine politische Dimension angenommen hat ... wurde noch ein bisserl genauer hingeguckt. Und gerade bei solchen Jugendgruppen [...] wie Punks zum Beispiel – ... die nun ja wirklich eigentlich was ja nun auch im Wesen des Punks ist – ... eine Umkehrung auch aller Werte der bestehenden Gesellschaft

[darstellten], die haben halt [...] .schmuddelig-kaputte Jacke angehabt, kaputte Hosen oder Sicherheitsnadeln oder die haben halt gesoffen und sind dann irgendwo rum gelegen oder sind nicht arbeiten gegangen. Bei solchen Sachen, die halt irgendwo abseits der Norm sind – da wurde oft- ich denke mal, das ist eine ich würde fast sagen typisch deutsche Eigenschaft – [...] da fehlte so das lässige laissez- faire.“ (Bel 7/143-146).

„Opa war in Ordnung“

Eine weitere Referenz auf geschichtspolitische Erklärungsansätze ist der immer wieder auftauchende Verweis auf gute Kontakte zu Großeltern und deren Geschichtsrezeption. So berichtet etwa die Wittinger Schülerin Sandra von der Begegnung mit einem alten Schulfreund, einem mittlerweile zur neonazistischen Rechten übergewechselten jungen Mann aus der Stadt. Dieser habe sich besonders nach den Demonstrationen im November zur Verhinderung des Neonazi-Aufmarsches auf dem Soldatenfriedhof im märkischen Halbe bei Königs Wusterhausen empört ihr gegenüber geäußert. Hier habe er ihr über seinen Opa erzählt, und dass er „ja nur stolz sein will, auf seinen Opa [...] dass der gekämpft hat und det kann ja wohl nicht sein, dass der dem nicht mal auf dem Friedhof die letzte Ehre erweisen kann in Halbe“ (Witt 9/153). Ähnlich argumentiert Frau Schlüter aus Wittingen in einem anderen Gespräch unter dem Hinweis auf eine insgesamt zu starke Fixierung auf die Jugendlichen bzw. jungen Männer als Fokus des Problems. Hinter den Problemen von Jugendlichen verschwindet, „dass die Generation, sogar die Generation vor uns ganz stark beteiligt ist. Das wurde hier auch sehr deutlich dadurch, dass in [Name einer benachbarten Kleinstadt] dieser Opa [Name] sehr aktiv war und die Jungs geschult und agitiert hat. Und da ja fand ich das auch konkret nachzuvollziehen, wo das herkommt. Wobei wenn man mit Jugendlichen spricht, die oft selber nicht wissen, wo sie es herhaben und alles ja sehr diffus ist“ (Witt 6/131-137). Dies verweist auf weitere historische Kontinuitäten, nämlich in der biographischen Gestalt der immer noch vorhandenen alten Nazis bzw. der hier ebenfalls geprägten Eltern und die ungenügende Thematisierung der Erfahrungen und Verarbeitung dieser Großeltern-Generation in der DDR. Eine der Gesprächspartnerinnen aus dem Arbeitslosenzentrum betont auch historische Kontinuitäten: „Es ist echt so, die gab’s auch zu DDR-Zeiten. Die Gesinnung ist immer noch da, da sind immer noch welche – ... mein Vater der ist 93 Jahre alt, der hat auch gesagt ‘bei Hitler war nicht alles schlecht gewesen’“ (Witt 12/276). Eine Kollegin bestätigt dies: „Wir sind doch auch damit groß geworden, mit diesen Sprüchen ‘bei Adolf war nicht alles schlecht’ und trotzdem sind wir anders – ... in der Jugend orientiert und haben uns nicht

so verhalten.“ Darauf erwidert eine Kollegin: – „tja aber das Potential war immer noch da und wurde zu DDR-Zeiten unterdrückt muss ich wirklich so sagen“ (Witt 12/276-281). Der Ausdruck einer offen nazistischen Haltung wurde in der DDR unterdrückt, wer Nazilieder gegrölt habe „der war ruckzuck weg vom Fenster [gewesen]...das hat man dann gar nicht so mitgekriegt“ (Witt 12/281).

Mein Gesprächspartner Andi in Belsheim wollte „lange nicht wahrhaben [...], dass dort historische Traditionen eine Rolle spielen, also innerhalb der Familie ... dass viele Leute hier in Belsheim auch ein Leben vor 1945 hatten – ... auch eine Biographie vor 45 hatten, die nicht im Widerstand war – ... ums mal ironisch auszudrücken“ (Bel 7/129-130). Eine grundsätzliche Kritik am DDR-Antifaschismus mag Andi so allerdings nicht stehen lassen. Er betont Versäumnisse: „In vielen Sachen [wurde] nicht ausreichend genug gegen solche Sachen vorgegangen – ... ja? ... es gab eine Entnazifizierung, die war auch wesentlich intensiver und erfolgreicher als in Westdeutschland. Es wurde hart gegen Kriegsverbrecher vorgegangen, aber ich glaube die individuelle Aufarbeitung ist ein bisschen zu kurz gekommen. Sachen, die ich auch wieder verstehen kann. Die [Antifaschisten] hatten als Menschen mit einer Vision [...] den Wunsch ‘jetzt bauen wir etwas Neues auf!’ ... mit wem hätten sie’s den aufbauen sollen? ... doch nur mit diesen Leuten – ... aber gleichzeitig hast du halt – ... du musst damit klar kommen – ... es gab auch in Belsheim eine Bücherverbrennung“ (Bel 7/132).

b) Diskontinuitäten und Umbrüche: Die Transformation der ostdeutschen Gesellschaft als Ursache des Rechtsradikalismus

„Rechtsextreme Ideologien/Organisationen haben nur Erfolg, wenn sie besonders in gesellschaftlichen Krisen- und Umbruchsituationen spürbare Unzufriedenheit der Unter- bzw. der vom sozialen Abstieg bedrohten Mittelschichten aufgreifen“ (Butterwegge 1993: 19).

Der frühere Innenminister Wolfgang Schäuble hat bereits weiter oben anlässlich eines rassistischen Überfalls in der Stadt Potsdam im April 2006 in einer fast idealtypischen ‘westdeutschen Position’ Rechtsradikalismus als ‘Ostproblem’ historisch exterritorialisiert. Seine Betonung der „Bereicherung des Zusammenlebens mit Menschen aus anderen Ländern“ wirkt vor dem Hintergrund der damals auch von ihm geprägten bundesdeutschen Flüchtlingspolitik zudem zynisch. In einer ebenso idealtypischen, allerdings ‘ostdeutschen’ Argumentation, begegnet die damalige Bundestags-Vizepräsidentin Petra Pau (Partei ‘Die Linke’) der Ursachensuche in der DDR demgegenüber mit dem Verweis auf aktuelle Konfliktlagen der ökonomischen und sozialen Transformation.

„Der Rechtsextremismus ist viel zu gefährlich, um ihn rückwärtig und regional zu betrachten“ (Pau 2006: 13).¹⁵

Dieser ebenso fragwürdige Reflex auf die Ursachensuche, auch in einer historischen Betrachtung der DDR, wird zudem durch die Ablehnung regionaler, also sowohl ostdeutscher als auch anderer kleinräumlicherer Bezugsebenen, unterstrichen. Die Konzentration auf die Jahre nach 1990 überwiegt aber auch bei vielen meiner GesprächspartnerInnen in Belsheim und Wittingen. Lokale Besonderheiten werden allerdings durchaus festgestellt. Im Zentrum der Transformationsargumente steht gut nachvollziehbar das soziale bzw. vor allem das ökonomisch-existentielle Argument der wirtschaftlichen Verelendung. Die großen wirtschaftlichen Strukturbrüche auf dem gesamten Territorium der DDR haben durchaus unterschiedliche lokale Ausprägungen angenommen. In Belsheim werden diese aufgrund einer weniger monostrukturell geprägten lokalen Wirtschaft weniger wirksam als in Wittingen. Wie bereits ausgeführt, unterscheidet die beiden Städte vor allem das Wachstum zur überregional bedeutenden Industriestadt in der DDR (Wittingen), im Vergleich zur eher randständigen Lage Belsheims zu DDR-Zeiten. „Man hat während der vergangenen Jahre, damit meine ich jetzt nicht die 15 Jahre, sondern während der vergangenen 30, 40 Jahre hat man den Ort künstlich [...] hochgepäppelt und es wird wohl wieder so sein, dass wir an unseren Ursprung zurück kommen“ (Witt 10/288).

Diese einseitigen Auswirkungen der ‘dezentralen Konzentration’ von Wirtschaftsstandorten in der DDR scheint nun besonders in Wittingen zurückzuschlagen. Durch die Schließung sämtlicher Industriebetriebe in nur wenigen Jahren wurden dort weit mehr Menschen in kurzer Zeit arbeitslos als in Belsheim. Die wirtschaftlich angespannte Lage in der Stadt schlägt auch auf die Ursachensuche und Erklärungsansätze zum Rechtsradikalismus durch. Die hoffnungslose Stimmung in der lokalen Bevölkerung wird nicht alleine von den Frauen aus dem Arbeitslosentreff hauptsächlich auf die hohen statistischen Zahlen an ‘Empfängern staatlicher Transferleistungen’ zurückgeführt. „Also, wenn das mit den Arbeitsplätzen immer weniger wird und so ... ich denke mal das werden noch mehr – ... das sammelt sich ja alles hier ... die kommen ja hier von Mecklenburg nach Wittingen [...] das ganze Umfeld trifft sich ja hier in Wittingen“ (Witt 12/210-211). In dieser Deutung wird die Stadt also zu einem Schauplatz der radikalen Rechten auch aus anderen Regionen, weil die auch dort arbeitslos sind.

15 Zitiert nach Berliner Kurier vom 21. April. 2006 (S.13). Quelle: <http://www.berlinonline.de/berlinerkurier/archiv/bin/dump.fcgi/2006/042/seite1/0129/index.html> (letzter Zugriff: 11.11.2010)

Die beiden Belsheimer AktivistInnen Monika Rasch und Frans Gros sehen ebenfalls ein ganzes Bündel miteinander verschränkter Ursachen, eben auch in den Hintergründen der DDR, aber auch in den gegenwärtigen sozialen Problemen in der Stadt Belsheim: „Da gibt es ja viele Faktoren, die da mitwirken, dass Rechte sich etablieren können, aber warum sollten hier im Osten keine Rechten gewesen sein, auch wenn es vorher eine DDR gegeben hat – ... also im Westen waren ja auch genügend unterwegs – ... das hat man damals auch schon diskutiert und die ökonomische Situation – ... also da reicht es nicht aus, wenn ein paar Leute zivilgesellschaftlich sich entgegenstemmen“ (Bel 15/244-246). Der hier vorgenommene Hinweis auf bestehenden Rechtsradikalismus in der DDR, wie auch in der BRD vor 1989 wird zurecht auch auf die Geschichte der Auseinandersetzung mit der 'Neuen Rechten' in Deutschland, hier bereits in den 1980er Jahren in Westdeutschland bezogen. Während es in der BRD mindestens seit den frühen 1980er Jahren eine gesellschaftliche Kontroverse in Teilen der Bevölkerung gab, ist dieser in der DDR zeitlich etwas verzögert aufgetretene Rechtsradikalismus dort gründlich tabuisiert worden.

Unter der Betonung, dass es nicht weniger wird mit dem Rechtsradikalismus, erzählt etwa Frau Beyer aus Wittingen eine Geschichte aus ihrer Verwandtschaft: „Mein ältester Sohn ist verheiratet und [...] seine Schwiegereltern sind ganz normale Leute, aber seine Schwiegermutter ist auch seit der Wende arbeitslos [...] letztens saßen wir beim Geburtstag zusammen und da sagte sie [...] ich bin jetzt so lange arbeitslos ...wenn da einer von den Glatzen käme und sagte, sie könne ab morgen anfangen zum normalen Stundenlohn, dann würde ich die beim nächsten Mal auch wählen“ (Witt 5/113).

c) Ethnisierung der deutschen Gesellschaft seit 1990

Die in beiden Fällen von Kontinuitäten und Brüchen vertretenen unterkomplexen Essentialisierungen der DDR beziehungsweise der 'Ostdeutschen' strukturieren wesentliche Aussagen des Rechtsextremismus-Diskurses. Historische und sozialpsychologische Sedimentierungen werden gegen aktuelle Konfliktlagen ins Feld geführt. Die bestechende Logik dieser Argumentation liegt darin, dass etwas, das als historisch verursacht angesehen wird, scheinbar keine aktuellen Akteure und Konstellationen hat, in denen es sich bewegt. In einem Prozess der Ursachenverschiebung wird die Thematik quasi historisch geerdet und damit als gegenwärtig nicht einfach zu bearbeiten erklärt. Mit zunehmender historischer Distanz zur DDR werden auch die Erklärungsansätze neonazistischer Kontinuitätslinien und gesellschaftlicher Persistenzen – im Sinne einer 'longue durée' – weniger häufig

aufgegriffen. Dies mag, neben den tatsächlich langsam verblassenden Formatierungen durch die DDR-Gesellschaft liegen, aber auch an den Konjunkturen der vereinfachenden Zuweisung der Ursachen in die DDR-Vergangenheit.

Differenzierte Betrachtungen einzelner Akteursgruppen sowie den lokalen Anwesenheiten bzw. Abwesenheiten von MigrantInnen, von alternativen Jugendlichen und zivilgesellschaftlich antinazistisch aktiver Menschen gehen im großen Tableau der diskursiven Bearbeitung des Themas oftmals unter oder werden ganz unsichtbar.

Die ehemalige Streetworkerin Gabi sieht Xenophobie in Verbindung mit der prekären sozio-ökonomischen Situation als Hauptgründe des Rechtsradikalismus in den 'fünf neuen Ländern': „Es gibt keine Arbeit, dann ist natürlich diese Gesellschaft Ausländern gegenüber nicht wirklich offen“ (Bel 8/186). Die Diskussion um den xenophoben Charakter der DDR-Gesellschaft wird auch von Andi stark als Problem um die soziale Deklassierung und Verarmung interpretiert: „Wenn ich nichts mehr habe – oder fast nichts mehr habe oder glaube fast nichts mehr zu haben, dann habe ich immer noch das Gefühl 'ich bin Deutscher' ... ich kann der letzte Arsch sein – ... aber der letzte Assi, der letzte Alki, der im Wind steht – ... ich kenne da einige in Belsheim – aber die fühlen sich immer noch jedem Afrikaner überlegen“ (Bel 7/134). Auch für John liegen diese Ursachen nicht in der DDR, sondern in der Transformationsgesellschaft der letzten 15 Jahre: „Nein, ich werde nicht die DDR kritisieren, im Gegenteil. Ich sage einfach so: Die[ses] Zuwanderungsgesetz, diese Asylverfahren, diese Art – ... wo die Heime zum Beispiel liegen, [...] das löst schon diese Ablehnung (aus)... ich weiß nicht ob das ist gedacht ... ich weiß nicht, ob solche Absicht [...] Asylbewerber müssen nicht unbedingt im Zentrum mit uns sein, die müssen außen sein ... dass da schon eine Art von Bestätigung [...] die gehören hier nicht her“ (Bel 6/159-160).

Kirchenmann Peterson aus Wittingen sieht diese Problematik in der Verbindung früherer sozialer und kultureller Prägungen mit der ganz spezifischen, von Arbeitslosigkeit und demographischem Wandel geprägten Situation im Land Brandenburg, aber auch der Stadt Wittingen selbst:

„Wir haben das Problem gleich bleibend flächendeckend in Brandenburg. Im Zuge dessen, dass die demographische Entwicklung der Randzonen immer bedrohlicher wird und dass hier auch vor allem die übrig bleiben, die keine weiteren Chancen haben, werden wir es nicht los kriegen – ... ähm ... weil – ... was ist rechts hier – ... ist es Nationalsozialismus? – ... eher weniger – ... es ist doch eher so eine gewisse Südstaatenmentalität – ... man ist fremdenfeindlich, man hat den Krieg verloren – ... aber man weiß, dass man besser ist (...) und im Zuge dessen wie die wirtschaftliche Lage sich hier oben sich hier oben nicht bessern wird – ... wird sich diese Bunkermentalität auch verfestigen ... also, wir behandeln das in der Regel ja als

Jugendphänomen – ... aber das ist es ja eigentlich gar nicht – ... das ist gerade, wenn man auf dieses Phänomen Südstaatenmentalität kommen nun eingehen Fremdenfeindlichkeit das Gefühl was besseres zu sein und alles für mich – ... dann speist sich das ja aus der Lebenshaltung ganz vieler Erwachsener, die schon seit 15 Jahren keine Chance mehr haben – ... also selbst Leute, denen es verhältnismäßig gut geht, haben diese Sichtweise – ... und diese Lebenseinstellung – ... also, von daher fehlt mir die Phantasie, wie wir dem Phänomen wirklich Herr werden sollen“ (Witt 15/130-133).

Bemerkenswert erscheinen mir bei dieser nüchternen und nicht gerade optimistischen Einschätzung des Zustandes im Land die Verbindungslinien aus aktueller sozialer Krise und historisch tradierter 'Mentalitäten', die hier von Herrn Peterson vermutet werden.

Dieser Hinweis auf die lokalkulturelle 'mentale' Verfasstheit der hier lebenden Menschen, auf einen ganz bestimmten sturen oder eher zurückhaltenden Menschenschlag, ist mir in allen Untersuchungsstädten begegnet und wird besonders bei der Frage nach der 'Willkommensatmosphäre' und ersten Hürden für Neuzugezogene bemüht. Er bildet zugleich die lokale Ausprägung einer als 'Ethnisierung' des Alltags und der Politik zu verstehenden Interpretation sozialer Zustände:

„Wittingen ist faul – ... die Leute hinter dem Ofen hervorzukriegen, das ist schon ein Kunststück ... – man muss Freibier spendieren – ... man muss freies Essen spendieren und dann denke ich mal, werden sie kommen, aber dazu ist ja keiner in der Lage – ... ähm – ... ich sage mal desinteressiert [...] ein Teil traut sich nicht – ... traut sich einfach nicht gegen die aufzustehen und der andere Teil ist wirklich nur faul“ (Witt 3/96).

Auch für Belsheim wird mir mehrfach der komplizierte Lokalcharakter seiner BewohnerInnen als Ursache und Wirkung historisch unterschiedlich lang zurückliegender Prozesse geschildert: „Belsheim ist tiefste Brandenburger Provinz ... Ackerbürger ... und genau so ist auch ihre Mentalität. Die können hier alles machen, aber nicht so doll – ... wir machen zwar ... nicht so richtig Faschismus mit ... wir machen auch nicht so doll den Sozialismus mit – ... also immer so mit dem Arsch an der Wand und Hauptsache mir geht es gut – ... das ist die Mentalität hier“ (Bel 7/238). Das wird auch in der vermuteten Selbstwahrnehmung 'der Belsheimer' von einem ihrer selbsternannten Sprecher, dem Lokalredakteur auf deren Charaktereigenschaften zurückgeführt:

„Die Belsheimer selbst sagen über sich dass sie 'schwierig' sind und ... ja ein bisschen nörgelig und ein bisschen – ... weiß ich nicht, das sagen sie über sich selbst ... ich empfinde es nicht stärker als anderswo – ... im Gegenteil, ich empfinde sie teilweise als sehr freundlich und aber ich bin ja nun auch schon geprägt und – ... also ich habe damit keine Probleme – ... es hängt ja auch immer von einem selber ab [...] und wenn jetzt zwei verschlossene Charaktere aufeinander treffen ... da kann ja nichts daraus werden- wenn aber einer offen ist und der andere ist verschlossen ... und der andere

schreckt nicht gleich beim ersten Versuch ab den aufzuschließen ... der braucht drei Versuche ... dann hat er ihn und dann können sich die besten Freundschaften entwickeln [...] aber du musst es wollen und du musst es schaffen“ (Bel 17/133-137).

Implizit vertritt der Lokalredakteur damit eine Art 'selbst schuld'-These gegenüber potentiellen Opfern von Diskriminierung und Übergriffen. Auf Grundlage eigener Erfahrungen wird Neuzugezogenen eine ähnliche Verhaltensweise angeraten und ein langer Atem, sich gegen die abweisende Mentalität der lokalen Bevölkerung durchzusetzen.

Unterschiedliche Mentalitäten werden auch den Zugezogenen als Merkmal und Ursache möglicher Spannungen und Missverständnisse zugewiesen. So werden etwa die BewohnerInnen des Wohnheimes („jede Nation hat so ihre Mentalität“; Witt20/166) qua kollektiver mentaler Verfasstheit eingeteilt und krisenpolitisch gemanagt. Auch der Vertreter vom Stadtbauamt spricht von „Mentalitätsunterschieden der zugezogenen Spätaussiedler“, als Problem der sozialen Konzentration in bestimmten Wohnvierteln: „Also det is schon so, dass also die Um- und Aussiedlerquote hier [...] prozentual gar nicht so schlimm ist, aber manchmal hat man den Eindruck, dass es dann doch ... je wenn eben acht Familien in dem Aufgang wohnen und davon sprechen dann halt drei oder vier russisch ... dann isset schon ein Problem und dann versuchen dann manchmal die die dort gewohnt haben letzten Endes dann auch wo anders hin zu kommen, weil die Mentalität halt anders ist – ... aber so dass es jetzt hier zu großen Problemen kommt – ... ist mir also unbekannt“ (Witt10/79).

Der emeritierte Professor Bertram aus Belsheim erzählt von Gesprächen mit Bekannten und seinem Freundeskreis, dass es da im Bezug auf die Wahrnehmung und Einschätzung der Aktivitäten der Öko-Kommune durchaus „ein bisschen hin und her gehe. Wenn er diese dann fragen würde, „was habt ihr denn eigentlich gegen die? ... tun sie irgend jemand was?“ – ... „nee!“ also kann keiner etwas Konkretes sagen – ... so – ... dann sage ich ... ‘ja nun dann lasst sie doch machen – ... ist doch kein Problem’ – ... ‘na ja aber Überfremdung und so“ (Bel 12/145). Kern dieser ‘Überfremdungsangst’ sei jedoch wieder die soziale Lage: „Der Frust wächst doch, [...] die Leute sind sauer. [...] naja, der Hintergrund ist, dass ein erheblicher Teil der Leute natürlich 89-90 dicke Rosinen gehabt hat. [...] Es ist immer schwer, wenn Leute nun merken, dass da das, was sie sich vorgestellt haben, nicht gekommen ist. Das mit sich selber abzumachen und sich zu sagen ‘naja, vielleicht hast du Illusionen gehabt, die nicht gerechtfertigt waren’, das setzt ja eine selbstkritische Haltung voraus. Das ist natürlich nicht so, so was stülpt sich dann nach außen“ (ebd.). Diese klassische Sündenbocktheorie richtet sich interessanterweise eben nicht allein gegen phänotypische Ausländer

alleine, sondern – so Bertram – zunehmend auch gegen Westdeutsche. „Wessi ist ein Schimpfwort [...] geworden, es gibt einen wachsenden [...] Hass regelrecht auf Wessis, das muss man sagen“ (Bel 12/153). Dieser ‘wachsende Hass’ hat, so Professor Bertram einen „sachlichen Hintergrund“:

„Wir [haben] wie überall natürlich so in der ersten Hälfte der 90er Jahre nun natürlich auch einen Haufen Grobzeug hier erlebt [...] – ... ne? Auch da ist natürlich wirklich eine differenzierte Sicht am Platze. Es gibt eine Reihe von zugezogenen westdeutschen Unternehmern und so weiter, die eine ganz positive Rolle hier spielen und auch ernsthaft bemüht sind, sich hier nun ein bisschen zu sozialisieren sich hier nun einen entsprechenden Bekanntenkreis aufzubauen. Aber bei denen, die sauer sind [...] sind diesen Differenziertheiten [unwichtig] [...] Ich trete immer mit dem vor: Ich sage ‘wisst ihr die Idioten sind in allen Volksstämmen ziemlich gleichmäßig verteilt, die Vernünftigen auch’. Ich sage in der Hinsicht gibt es zwischen Ost und West keine so gravierenden Unterschiede“ (Bel 12/149).

Auf die Frage an Schülerinnen in Wittingen, warum hier ‘die Rechten’ so stark werden konnten, geben diese zur Antwort, eine erstaunlich und tatsächlich auch empirisch¹⁶ abgesicherte Antwort, nämlich weil diese vielleicht „keine Ausländer kennen“ (Witt 17/99). Dem gegenüber kann die Sozialarbeiterin Frau Fischer zunächst gar nicht nachvollziehen, dass mir aufgefallen ist, dass es andere Kleinstädte gibt, in denen die Präsenz von MigrantInnen viel offensichtlicher ist. Nach einem ungläubigen ‘ja?’ und meiner Betonung, aus Westdeutschland zu sein – daher auch mit westdeutschen Kleinstädten vergleichen würde – ist ihr wichtig, zu ergänzen:

„Da müssen sie aber auch sehen, das ist anders gewachsen. [...] In Westdeutschland sind die Strukturen ja schon etwas länger – ... hier in Ostdeutschland ist das ja alles ein bisschen langsamer und dann muss man sich ja auch – ... sind ja auch Befindlichkeiten der Bevölkerung – ... früher gab es ja offiziell keine Zuwanderung – ... es war ja zu DDR-Zeiten da sind zwar welche gekommen aber nie offiziell – ... also, ich kann mich nicht erinnern, dass ich zu DDR-Zeiten gewusst hätte dass hier Zuwanderung war – ... aber es gab welche“ (Witt 23/164-166).

Eingewendet, dass es ja zum Beispiel auch „Russen“ in der DDR gab, und etwa in Wittingen die Rote Armee relativ präsent gewesen sei, kontert sie schnell und scharf, dass das „ja nichts mit Zuwanderung zu tun“ (Witt 23/168) gehabt habe.

16 Empirische Studien unterstreichen, dass sich die Zahl der MigrantInnen im Verhältnis zum aktiven Rechtsradikalismus umgekehrt proportional verhält, also je mehr Menschen mit ‘Migrationshintergrund’ in einer Stadt oder einem Stadtteil leben, desto geringer sind die fremdenfeindlichen und rassistischen Übergriffe und Bedrohungsszenarien für diese.

Dass diese Anwesenheit russischer Soldaten sehr wohl relevant für Fragen im Bezug auf den Umgang mit MigrantInnen, Flüchtlingen und sonstigen 'Ausländern' sein könnte, wird deutlich gemacht indem „die Russen [...] ja früher nicht so – ... wie soll ich mal sagen – ... nicht so angesehen (waren), die wurden ja als die Besatzer angesehen und waren ja auch relativ“ (Witt 23/170) – „isoliert?“ füge ich fragend hinzu. Worauf ausgeführt wird, dass es eben tatsächlich „nur getrennte Sachen (gab). Es gab die deutsche Bevölkerung und es gab die russische Armee“ (Witt 23/172). Die Überwindung solcher alltäglichen Trennungen war, so meine Vermutung, auch nicht unbedingt gerne gesehen. Das wird bestätigt unter dem Hinweis auf sogenannte deutsch-sowjetische Freundschaftstreffen, bei denen jeder wisse „wie so was abläuft [...] und organisiert ist klar werde, dass da [...] nichts mit wirklich Kontakt zustande gekommen ist“ (Witt 23/174).

Die Verbindung zu den aktuell in der Stadt anwesenden sogenannten Spätaussiedlern aus der ehemaligen Sowjetunion zur Lage der ehemaligen Soldaten der Roten Armee, mögliche Verbindungen in Ablehnung und 'Russenfeindlichkeit' wird von der in der Spätaussiedlerhilfe tätigen Frau Fischer deutlich zurückgewiesen: „[das] dürfen sie ja nicht vermengen. Also Spätaussiedler sind ja eine andere Gruppe als Russen“ (Witt 23/176). Dass es aber doch schon bezeichnend sei, dass beide Gruppen – damals wie heute als 'Russen' nicht gerade freundlich empfangen wurden. Obwohl es doch gerade zu Menschen aus der ehemaligen Sowjetunion eine lange Geschichte der Beziehungen beider Länder gibt, würden beide in der Wahrnehmung als 'die Russen' bezeichnet. Das, so berichtet sie aus ihrer Arbeit, sei ja gerade das, „worunter sie sehr leiden. In Russland waren sie 'die Deutschen' und mussten sozusagen [...] alles erdulden, wie unter Adolf die Juden oder so, die waren ja auch in Internierungslagern [...] gesteckt und mussten ja auch Vertreibung und alles über sich ergehen lassen und war ja auch nicht unbedingt alles so, wie es sein sollte und hier sind es eben 'die Russen'“ (Witt 23/178). Deren Unverständnis im Bezug auf die lokale Ablehnung ihres 'Deutschtums' wird betont, eben weil „die hiesige Bevölkerung eben kein Verständnis habe für die spezielle Situation dieser Russlanddeutschen“. So würden die wenigsten sich damit befassen, „dass im Deutschen nun mal das Recht nach der Abstammung gelte, stattdessen würden die sagen 'der ist doch nicht hier geboren, der ist da geboren, also es ist ein Russe'. Aber dass das in Deutschland eben so ist, wenn man eben einen deutschen Stammbaum hat, dass es eben immer weitervererbt wird, damit befassen sich aber die Leute nicht“ (Witt 23/178). Mein Hinweis auf die auch historische Fragwürdigkeit dieses mittlerweile auch in der Bundesrepublik überkommene Abstammungsrecht ('ius sanguinis') als Staatsbürgerkonzept wird mit der Bemerkung kommentiert „es ist aber in Deutschland so [...] und daran

können wir ja nichts ändern, letztendlich wenn das so geregelt ist. Es gibt ja andere Länder, wo das eben nach dem Geburtsort geregelt ist [...] aber wenn das in Deutschland eben nach dem Stammbaum ist, dann ist das eben so“ (Witt 23/180-184). Die Affinitäten dieses Staatsbürgerschaftsverständnisses zu Politiken der radikalen Rechten sind ihr aber auch in ihrer Arbeit begegnet: „Das ist ja immer das komische [...] die Russlanddeutschen werden ja zum Beispiel von der rechten Szene sehr gerne sozusagen als die wahren Deutschen [angesehen], wegen ihrer Tradition und so sehr streng gepflegt haben und – so sag ich mal – diese Gefühl ‘ich bin deutsch’ sehr mit sich rumgetragen haben über Generationen [...] und das ja auch sozusagen als Stolz weiter vererbt haben was ja hier in Deutschland gar nicht so stattgefunden hat – ... wer von uns sagt heute schon mal, – also die wenigsten sagen gerne ‘ich bin deutsch’ außer jetzt zur WM“ (Witt 23/186).

Der Feststellung, dass es hier ja einen deutlichen Bruch zwischen Deutung und Wirklichkeit gäbe, folgt meine Frage, ob es denn konkrete Bezüge zwischen Russlanddeutschen Jugendlichen und der rechten Szene gibt. Vor allem, nachdem der Eindruck entstanden sei, dass das eigentlich nicht so richtig funktioniert hat. Daraufhin führt Frau Fischer aus: „Ich weiß, dass es mal eine Zeitlang Werbeaktionen [...] unter Rechten bei Russlanddeutschen [gab], weil man eben gesagt hat, sie sind diese deutschen Traditionen und sie habe ja auch weniger mit den Russlanddeutschen ihr Problem, sondern wirklich mit den Zugewanderten, die eben aus anderen Ländern kommen und das hängt eben mit diesem ‘Deutsch sein’ zusammen“ (Witt 23/190). Meinen Einwand, dass es aber doch gerade auf der alltäglichen Ebene in Wittingen kaum Berührungspunkte gäbe, beziehungsweise in der Stadt gerade die Auseinandersetzungen zwischen ‘deutschen’ und ‘russischen’ Jugendlichen eskaliert waren und es Konfrontation und Gruppenbildung gegeneinander gab, bis hin zum Tod des eingewanderten Russen B. wird unter Verweis auf die lokale Spezifik und besonders die ländlichen Strukturen erklärt: Unter mehrfacher Einschränkung kommt es dann doch zu einer sehr deutliche Aussage in Bezug auf die vermuteten Ursachen rechtsradikaler Präsenz in der Stadt: Letztendlich gibt es doch eine Kausalitätenkette von „zu vielen Ausländer und daher zu wenigen Jobs für die Einheimischen als Grundlage für Rassismus und Totschlag: „[W]enn ich selber keine Perspektiven habe und wenn ich selber mitkriege – meine Stadt – ... sie empfinden es ja so dass die Stadt bevölkert wird von Zuwanderern egal wo sie jetzt herkommen [...] das sind diese [...] Klischees die da irgendwo mit ne Rolle spielen [...] die es dann aushaken lässt“ (Witt 23/192).

Erfahrungskollektiv DDR?

Nicht nur die Zuwanderer, sondern auch die in den ostdeutschen Städten lebenden Menschen werden gemäß ihrer Herkunft sozialwissenschaftlich klassifiziert und medial vergemeinschaftet. Teilweise münden diese in Fragestellungen 'eigenethnischer'¹⁷ Identität der Ostdeutschen auf Grundlage eines deutungs- und wirkmächtigen Diskurses um die vermeintliche kollektive Erfahrung der Wiedervereinigung als „Weg in die soziale Obdachlosigkeit“ (Maron, 2009: 70) auf dem 'die Ostdeutschen' ihren Stolz verloren hätten. (ebd.) Auch dies kann in gewisser Weise als eine Form der Ethnisierung betrachtet werden. Demnach prägen kollektive Erfahrungshintergründe in der ehemaligen DDR und gegenwärtige soziale Lagen auf dem alten Territorium als Ursachenprofil der besonderen Spezifik auch einer überdurchschnittlichen Fremdenfeindlichkeit (FES-Studie 2010/Winkler, 2002, 2009) und als Grundlage rechtsradikaler Präsenz in vielen Orten die Deutung- und Erklärungsangebote. In den Narrativen zur Transformationsgesellschaft DDR/BRD fällt auf, dass hier eine homogen essentialisierte DDR-Bevölkerung im Täter/Opferdiskurs zum gesamtgesellschaftlichen, kollektiven 'Modernisierungsoffer' erklärt, also posthum zu einem ostdeutschen Erfahrungskollektiv gewendet wird. Die wichtigsten Bestandteile dieser Erklärungsansätze bestehen aus der Annahme einer kollektiven Erfahrung der 'Wende' plus den daraus resultierenden, für alle Individuen gleichermaßen erfahrbaren Entwertungen des Selbstbewusstseins in allen Lebensbereichen sowie die „gleichzeitige Zerstörung der kollektiven Strukturen einer ganzen Gesellschaft“ (Daniljuk/Holm, 1998) Beispielsweise werden Begriffe wie 'Desintegrierte' und 'Modernisierungsverlierer' (Heitmeyer/Anhut, 2000) aus der sozialwissenschaftlichen Diagnose um die 'Krise der Städte' in der migrationspolitischen Debatte auf

17 Im Sommersemester 1998 thematisierte beispielsweise die Kulturwissenschaftlerin Dr. Ina Merkel am Institut für Europäische Ethnologie der Humboldt-Universität zu Berlin die Frage, „inwiefern in der öffentlichen Meinung präsente kulturelle Unterschiede als Ethnisierungsprozess (der Ostdeutschen) zu deuten“ seien. Quelle: http://www.euroethno.hu-berlin.de/studium/wichtiges/kvv/archiv/SS_98/komm98.htm (letzter Zugriff: 12.4.2009). Spätere Publikationen von Ina Merkel zu 'Ostdeutschen als eigener Ethnie' sind mir allerdings nicht bekannt. Überregional bekannter geworden ist aber der sogenannte Minus-Ossi-Skandal: Eine aus Ostberlin stammende Frau hatte gegen einen Fensterhersteller aus Baden Württemberg geklagt, weil sie eine Bewerbung mit dem Vermerk Minus, Ossi zurückerhalten hatte. Allerdings wurde nach einem Arbeitsgerichtsverfahren in Stuttgart im Frühjahr 2010 festgestellt, dass „Ostdeutsche sich nicht als ethnische Minderheit betrach[tet werden können]“. Quelle: http://www.nachrichtszeiger.de/nachrichten/arbeitsgericht_ossis_sind_kein_eigener_v-255049 (Letzter Zugriff: 3.11.2010).

ostdeutsche Verhältnisse übertragen. Hier werden dann Arbeitslose und sozial Abgehängte als besonders anfällig für rechtsextremistische Propaganda einer überwiegend fremdenfeindlichen Grundstimmung betrachtet. Bei gleichzeitiger Abwesenheit von MigrantInnen wird in diesem Kontext des Öfteren von einer 'Fremdenfeindlichkeit ohne Fremde' gesprochen.

Die problematische Verkürzung unterschiedlicher Wendeerfahrungen führt zu dem sozialpsychologischen Rückschluss, dass die davon Betroffenen, sowohl ihre augenblickliche Situation verbessern wollen, als auch ein Trauma zu bewältigen haben und sich selbst gegenüber Erklärungen für die eigene missliche Lage finden müssen, also auf sich selbst als Ursachen des individuellen Scheiterns verwiesen würden. Nichts jedoch erscheint gerade im Angesicht der massiven politischen, ökonomischen und staatlichen Transformationsprozesse unwahrscheinlicher, als dass die davon Betroffenen hier sich selbst als Ursachen biographischer Brüche betrachten. Im Gegenteil, dieser radikale Bruch in vielen Biographien konnte durch eine umfassende Erzählung der Veränderung von oben und außen erklärt werden. Daher erscheinen auch die daraus gezogenen Rückschlüsse der Autoren Daniljuk und Holm auf eine kollektive Verunsicherung bei der Ursachensuche nicht haltbar. Im Bezug auf die Schwierigkeiten der persönlichen Bewältigung der sozialen Transformationsprozesse verfolgen sie schon eher die richtige Spur:

„Die Verlusterfahrung der eigenen Biografie (z.B. des Arbeitsplatzes, der Qualifikation etc.), des gesellschaftlichen Wertesystems und auch materieller Sicherheiten wird [...] durch die Flucht in eine imaginierte Realität kompensiert. Im konkreten Fall Ostdeutschland wird dabei vor allem auf den über die DDR hinüber geretteten Wertekanon der fordistischen Arbeitsgesellschaft rekurriert. Denn er bestimmte nicht nur die historisch ungebrochenen Vorstellungen ganzer Generationen, sondern kann zugleich die erfahrenen Verluste (vor allem die ökonomische und soziale Marginalisierung) in einfacher Weise abbilden. Das fordistische Versprechen von Arbeit und Konsum sind für viele also Osten genug, um darauf zurückgreifen zu können und zugleich ausreichendes Idealbild, um eine Vorstellung von einem besseren Leben daraus zu entwickeln. Dieser Bezug auf eine Wertvorstellung ohne Basis [es gibt in Ostdeutschland keine materielle Grundlage für einen industriellen Wohlstand mehr] jedoch wird zum Ausgangspunkt einer hilflosen und zum Teil aggressiven Formulierung einer normativer Selbstsetzung“ (Daniljuk/Holm, 1998: 20).

Die hier vorliegende Untersuchung geht allerdings mit Dietzsch (2003) nicht von einer homogenen Vergemeinschaftungsform aller Ostdeutschen aus und widerspricht vielmehr entschieden den Thesen einer kollektiven Identitätsbildung auf Grundlage gemeinsamer Umbruchs- und Transformationserfahrungen einer Gruppe 'für sich'. Zu unterschiedlich waren die jeweiligen Möglichkeiten, Ressourcen und Restriktionen in den nun wiedervereinigten neuen bundesdeutschen

Verhältnissen. Erfahrungen mit Erwerbsmigration und einer aus fortschreitenden Globalisierungsprozessen resultierenden Aufwertung des Lokalen (Dietzsch, 2003) wirken hier ähnlich fragmentierend auf Vergemeinschaftungsformen ein wie andernorts auch. Während diese Debatten um eine kollektive Ost-Identität vor allem auf Absichten der jeweils darüber Sprechenden verweisen, ist es in dieser zwischen kollektiven Täter- und Opferzuweisungen oszillierenden Debatte schwer, nicht der identitätspolitischen Lagerbildung bezichtigt zu werden.

‘Kulturelle Differenzierung’ als Ethnisierung der Gesellschaft

Das Wiedererstarken des Rechtsextremismus und die Ansätze einer sozialen Bewegung von rechts sind ohne das ‘Problembündel der Zuwanderung’, so Jaschke (1993: 112) nicht zu verstehen. Die veränderte Wahrnehmung und Benennung der politischen und gesellschaftlichen Landschaft besteht derzeit aus der Überlagerung sozialer Konflikte und Gegensätze durch die Transformation in Bildern ethnischer Ungleichheit und Ungleichwertigkeit des Menschen. Dies ist freilich keine neue Differenzkategorie, kann aber im Sinne Gramscis durchaus als hegemoniales Konzept bezeichnet werden. „In den real erfahrenen Alltagswelten, als auch in den medial mitgeprägten Deutungsmustern, resultieren hieraus Polarisierungen zwischen ethnischen Gruppen, es bildet sich ein Denken, Fühlen und Handeln in ethnisch bestimmten Ab- und Ausgrenzungsmustern aus, die bis hin zu Freund-Feind-Kategorien reichen“ (ebd.)

Freilich sollte die Strukturkategorie gesellschaftlicher Ungleichheit Race/Ethnie nicht einfach als Überlagerungsverhältnis älterer gesellschaftlicher Hierarchien behandelt werden, auch wenn es Konjunkturen und Veränderungen in der Bedeutung dieser Konzepte gibt. Vielmehr handelt es sich auch bei Jaschke (1993) um die Bezugnahmen auf aktuelle Deutungsangebote, also gesellschaftliche ‘frames’ der Diskussion um den Wandel des Sozialen- und Subjektiven. Der Argumentationsgang Jaschkes, soll hier aber symptomatisch für die ganze Debatte zusammengefasst paraphrasiert werden. Die hier festgestellten gesellschaftlichen Ethnisierungstendenzen, in denen „sozialstrukturell definierte Probleme überlagert von ethnischen Deutungsmustern werden“ (Jaschke 1993: 112) passt zum Befund der „Kulturalisierung des Sozialen“ (Kaschuba 1995) und einem generellen Verschieben der sozialen Differenzierungen (Klasse, Geschlecht) hin zugunsten ethnisiert-kulturalisierter Differenzierungen (Herkunft, Hautfarbe, Religion, Subkultur, sexueller Präferenz). Der ‘cultural turn’ weg von der sozialen, oft ausschließlich ökonomistisch verstandenen Differenz als Leitkategorie sozialwissenschaftlicher Untersuchungen hin zur kulturellen Differenzierung als neuer ‘poststrukturalistischer’ Klassifizierungsmatrix postmoderner Subjek-

tivierungen vollzieht – in an nutshell – den Wandel von der selbstreferentiellen Identitätspolitik früher antikolonialer, differenzfeministischer und homosexueller Emanzipation hin zur fremdreferentiellen Zuschreibungsdifferenzierung qua Religion, Herkunft, Passbesitz, et al. Als ‘Ethnisierung des Politischen’ bezeichnet Jaschke damit konsequent die Übertragung ethnisierter Kategorien in die Sphäre der Politik indem beispielsweise „die Asylproblematik zur Überlebensfrage des deutschen Volkes und erst recht der sich formierenden rechten Protestbewegung (wird), die als solche ethnisch-kulturelle Ungleichheit sowohl als Ursache für die Misere benennt wie auch zum Programm für die Zukunft erklärt“ (Jaschke, 1993: 113).

Richtig – aber auch vertraut – schlussfolgert Jaschke, dass der Ethnisierung sozialer Ungleichheit einzig dadurch entgegenzutreten sei, indem die ökonomischen Grundstrukturen – national wie international – wieder sichtbar gemacht werden (Jaschke 1993:113). Jaschke betont als Perspektive das Spannungsverhältnis zwischen Traditionalismen und diesen Ethnisierungsprozessen: In der neonazistischen Rechten sei darum ein antimodernistischer Versuch zu sehen, „die Entwicklung aufzuhalten und alte Zustände wiederherzustellen (ebd.: 114). Als Beleg für diesen Traditionalismus können deren Schlüsselbegriffe ‘Gemeinschaft’ und ‘Volk’ gelten.

Zusammenfassung

In der beinahe unübersichtlichen Argumentationsfülle bei der Wahrnehmung und Ursachensuche des lokalen Rechtsradikalismus in Wittingen und Belsheim lassen sich neben den oben skizzierten groben Bezugslinien historischer Kontinuitäten und Brüche auf der Ebenen städtischer Erfahrungshintergründe mehrere Muster erkennen: Einmal werden ‘die Rechten’ selbst als die ökonomisch verelendete Täter (‘Modernisierungsverlierer’), also viktimologisch gesprochen als ‘Opfer der Verhältnisse’ dargestellt, ein anderes Mal ist das Kräfteverhältnis gegen die lokalen Neonazis deshalb so ungünstig, weil aufgrund von Abwanderungen, ökonomischen Abstiegszenarien usw. lokal keine starken zivilgesellschaftlichen Initiativen und Engagierte mehr anzutreffen seien. Diese Abwesenheit lokaler aktiver Bildungsbürger, der Lehrer, Anwälte, Beamten der idealtypischen Trägerschichten zivilgesellschaftlichen Engagements, führt wiederum zum Erstarken der Rechten vor Ort, weil es einen Sogeffekt der lokalen Stärke gibt. Wo viele sind, werden es noch mehr, die guten Infrastrukturen werden attraktiv auch für den Zuzug weiterer rechtsradikaler Aktivisten. Dies als Strategie der kulturellen Subversion zu bezeichnen (Wagner) ist eine Sache der Perspektive. Analytisch mag das sogar stimmen, strategisch scheint das aber nur bedingt bestimmt worden zu sein.

Auffällig ist auch die Identifikation der Problematik vor allem in den Personen lokaler, mehr oder weniger jugendkulturell konnotierter Artikulationen und Konfliktlagen. Der implizit zumeist männlich assoziierte Jugendliche hat meist Ärger mit dem Elternhaus oder aber ist gerade der passende Repräsentant eines solchen Problemhaushaltes. Versagt haben aber nicht nur die Eltern und andere Erziehungsberechtigte wie Lehrer oder lokale Autoritäten, auch das jugenddeviante Freizeitverhalten ist das Resultat gescheiterter oder zumindest ungeförderter Jugendarbeit.

Neben der Bagatellisierung ihrer Taten als lediglich jugendkulturell geprägte oder jungmännlerkulturell geleitete Aktionen unter Alkoholeinwirkung wird das Versagen der Elternhäuser, aber auch der städtischen Jugendeinrichtungen als das wesentliche Ferment der Problematik angesehen. Insgesamt wird den hier wahrgenommenen Jugendlichen viel Verständnis für ihre Taten entgegengebracht, sei es unter Verweis auf Alkohol und Verwahrlosung, sei es unter Hinweis auf das pubertäre Abenteuer und die Suche nach Orientierung und Halt in der Gruppe.

Kaum Beachtung wiederum finden die Opfer und von dieser Präsenz bedrohten Menschen in der Stadt. Während die temporär aus dem Ruder laufenden Jugendlichen 'unsere Jungs' immer noch als integraler Bestandteil der Stadt betrachtet werden, bleibt den 'Anderen' jeweils die Außenseiterposition. In dieser werden sie zudem bestätigt, wenn sie durch 'deviantes' Verhalten vermeintlich 'selber schuld' an der Ausgrenzung sowie der Gegnerschaft und der Bedrohung der lokalen rechten Szene geworden sind.

3.3 Rechtsradikalismus: Von der Szene zur sozialen Bewegung

„Die Eskalation rechtsextremer Gewalt im vereinten Deutschland [...] hat nicht nur viele Bürger/innen sondern auch die akademische Rechtsextremismusforschung überrascht“ (Butterwegge 1993: 17).

„Gerade in strukturschwachen Regionen ist zu beobachten, dass gesellschaftliche Gestaltungs- und Beteiligungsspielräume zunehmend von rechtsextremen Organisationen und Parteien besetzt werden. Besonders in den neuen Bundesländern fehlt vielerorts eine demokratische, zivilgesellschaftliche Infrastruktur, die in der Lage ist, situations- und bedarfsorientierte Formen von Beteiligungskultur zu erproben und Interaktionsketten zu verbessern“ aus: Leitlinien zum Programmbereich „Entwicklung integrierter lokaler Strategien“ (Lokale Aktionspläne und Regiestelle „Jugend für Vielfalt“ 2007: 12).¹⁸

18 In den aktuelleren Leitlinien zur Förderung lokaler Aktionspläne aus dem Jahr 2010 ist im Abschnitt zu „strukturschwachen Regionen“ der Verweis auf die neuen

Während viele der direkt in Auseinandersetzungen mit dem neuen Rechtsradikalismus verwickelten BeobachterInnen bereits seit den späten 1980er Jahren und speziell seit 1990 Schlimmstes befürchtet hatten, betreten im nationalem Wiedervereinigungstaumel (Hippler 1990: 29) radikale Rechte sichtbar und überregional die öffentlichen Arenen ostdeutscher Städte (Hippler 1990: 29)¹⁹. Bereits früh wird eine politische Klimaveränderung gegenüber den 80er Jahren in Westdeutschland festgestellt, in deren Folge sich „Gewalt gegen Andersartige [sic], Ausländer, Nicht-Dazugehörige in Wort und Tat [...] nicht länger im Tabu privater Mentalitäten [versteckt], sie schafft sich öffentliche Räume, tritt unverblümt nach außen und veranlasst die Politiker, den populistischen fremdenfeindlichen Stimmungen nachzugeben“ (Jaschke 1993a: 105). Nur wenig zeitversetzt beginnt sich dies ebenfalls in der diskursiven Sphäre gesamtdeutscher SozialwissenschaftlerInnen niederzuschlagen (Korfes 1991; Siegert 1991; Jaschke 1992; Farin/Seidel-Pielen 1992; Jaschke 1993b; Butterwegge 1993; Hellmann/Klein 1994a; Hellmann 1994b; Bergmann/Erb 1994 u.a.).

Exkurs: Die Genese der westdeutschen Bewegungsforschung

Bereits seit den frühen 1990er Jahren wird das Phänomen Rechtsextremismus nicht mehr allein in der politologischen und sozialpädagogischen Rechtsextremismusforschung, der Parteien und Organisationsforschung diskutiert, sondern zunehmend auch in der Bewegungsforschung, vor allem der Untersuchung ‘neuer sozialer Bewegungen’²⁰. Die deutschsprachige sozialwissenschaftliche Bewegungsforschung ist im Kern ein Produkt der 1970er und vor allem 1980er Jahre in Westdeutschland und Westeuropa bzw. Nordamerika, und somit ein vergleichsweise junger Forschungsschwerpunkt. Für Westdeutschland²¹

Bundesländer gestrichen worden. Quelle: http://www.vielfalt-tut-gut.de/content/e4458/e8048/TOLERANZ-FOERDERN_LAP-neu-Foerderleitlinie_27.09.10.pdf (letzter Zugriff: 11.11.2010)

- 19 Etwa bereits während der Montagsdemonstrationen in Leipzig und den Besuchen von Helmut Kohl in Erfurt
- 20 Als eines der wichtigsten Foren dieser Debatte erweist sich das seit 1987 herausgegebene Forschungsjournal *Neue Soziale Bewegungen*.
- 21 Der Vermerk auf die Bewegungsforschung als westdeutschem Phänomen in den Sozial- und Politikwissenschaften ist auch insofern interessant, weil es in der DDR nur eine Bewegung – nämlich die im Singular der Arbeiterbewegung gab/geben konnte – was sich allerdings für die Regierenden in den Jahren vor und um 1989

skizziert Benthin (2003: 11ff) die späte Konjunktur des Begriffes aus dessen historischer Kontaminationsgeschichte: Anfänglich nach dem Ende des NS war der Bewegungsbegriff zunächst nur mit Vorbehalten in Wissenschaft und Öffentlichkeit neutral zu benutzen, zu frisch waren noch die Erinnerungen an die Nationalsozialistische Herrschaft, die ja selbst aus eben solch einer Bewegung hervorgegangen waren. Erst mit dem Phänomen der später sozialwissenschaftlich getauften sogenannten 'Neuen sozialen Bewegungen' ab den 1970er Jahren (Studentenbewegung, Anti-AKW und Ökologiebewegung, der Neuen Frauenbewegung, Lehrlingsbewegung, Jugendzentrumsbewegung, Gefangenenbewegung, Antipsychiatriebewegung etc.) wurde eine Beschäftigung mit diesen gesellschaftliche Phänomenologien – wenn auch nicht ohne Widerstände – auch als universitätstauglich und forschungsrelevant erachtet. Dies führte nun auch in der Bundesrepublik zu einem Umdenken in der wissenschaftlichen Rezeption und in der Folge zu einem Anschluss an den internationale Diskussionsstand und zur Entstehung einer eigenen wissenschaftlichen Teildisziplin innerhalb der politischen Soziologie, die sich bis heute institutionalisiert und weiter ausdifferenziert hat (Benthin 2003: 12). Die in diesem Zusammenhang diskutierenden Sozialforscherinnen und Sozialforscher definierten soziale Bewegungen zunächst unter diesem Eindruck emanzipatorischer, linker Ansätze stadtteilbezogener, feministischer, homosexueller, wohnungsbaupolitischer oder ökologisch orientierter Bürgerinitiativen und Massenmobilisierungen 'neue' soziale Bewegungen als „mobilisierenden kollektiven Akteur, der mit einer bestimmten Kontinuität auf der Grundlage hoher symbolischer Integration und geringer Rollenspezifikation mittels variabler Organisations- und Aktionsformen das Ziel verfolgt, grundlegenden sozialen Wandel herbeizuführen, zu verhindern oder rückgängig zu machen“ (Raschke 1987:.....). Ein paar Jahre später lautet dies: „Mobilisierte Netzwerke von Individuen, Gruppen und Organisationen, die mittels Protest grundlegenden sozialen Wandel herbeiführen oder verhindern wollen“ (Koopmann/Rucht 1996: 270). Später wird das dann erweitert bzw. differenzierter definiert als ein auf „gewisse Dauer gestelltes und durch kollektive Identität abgestütztes Handlungssystem mobilisierter Netzwerke von Gruppen und Organisationen, welche sozialen Wandel mit Mitteln des Protests – notfalls bis hin zur Gewaltanwendung – herbeiführen, verhindern oder rückgängig machen wollen“ (Rucht 2002: 77). Diese Charakterisierung beruht somit auf den Grundannahmen: Neben der Beobachtung a) informeller, netzwerkartiger Strukturen,

mit dem Erscheinen der „Bürgerbewegungen“ als Irrtum herausstellen sollte (siehe Benthin, 2003).

die weder ausschließlich Parteien noch Organisationen noch Kleingruppen oder gar 'groupuscules'²² (Griffin 2003; Virchow 2004) sind, (Gessenharter 1998: 36) sowie einer b) auf sozialen Wandel gerichteten c) Protestpraxis (Detjen 1998), die zudem von d) Formen kollektiver Identitätsstiftung zusammengehalten und angetrieben werden.

Im Weiteren soll hinterfragt werden, wie es dem Rechtsradikalismus gelingen konnte, sich von einer vormals isolierten Subkultur zu einer rechten sozialen Bewegung, oder sich zumindest in einem Aufbaustadium befindliche politischen und sozialen Mobilisierung seit Anfang der 90er Jahre zu entwickeln (Detjen 1998).

Wie oben geschildert, äußern sich aber zu Beginn der 1990er Jahre unter dem Eindruck einer Welle rechtsradikaler Übergriffe zunehmend AutorInnen, die in den rechtsradikalen Mobilisierungen nicht mehr allein eine „normale Pathologie westlicher Industriegesellschaften“ (Scheuch/Klingemann 1967: 15) vermuten. Schon Jahre 1992 schrieb der Bewegungsforscher Hans-Gerd Jaschke: „Wir haben es heute nicht mehr, wie noch bis in die 80er Jahre, mit einer politischen Subkultur von Außenseitern und Ewiggestrigen zu tun, die auf breite Ablehnung in der Mehrheitsgesellschaft stößt und in ihrem abgeschotteten politisch-sozialen Milieu verbleibt. Verschiedene Anzeichen deuten daraufhin, dass nach der Studentenbewegung und den neuen sozialen Bewegungen nun eine neue, von ihren Zielen gänzlich andersartige, nun von rechts kommende Bewegung ihren Anfang nimmt“ (Jaschke, zitiert nach Detjen 1998: 40). Sie machen vielmehr erste Anzeichen einer (neuen) bzw. sich im Aufbau befindenden sozialen Bewegung aus, vor allem in Ostdeutschland, und besonders dort unter (neo)-national-sozialistischen Vorzeichen. Seit damals kann somit eine Debatte über Rechtsradikalismus als sozialer Bewegung nachgezeichnet werden. Die Erscheinungsformen und Gründe für diese so plötzliche und gewalttätige

22 Unter groupuscules können fragmentierte Kleingruppen oder unverbindlichere, auch temporär spontane Zusammenschlüsse von Aktivisten wie etwa von Hooligans nach einem Fußballspiel vorgestellt werden. Mehr oder weniger spontaner Aktionismus getragen von der temporären Stimmungs- und Spannungslage gemeinsamer (gewalttätiger) Handlungen gegenüber der Polizei oder anderen politischen oder sozialen Gegnern. Es kann aber auch von familiären groupuscules gesprochen werden, Bsp: etwa im Zusammenhang einer rechtsradikalen Aktionsgruppe des 'Freikorps Haveland', deren Mitglieder im Sommer 2005 von der Mutter eines der Beteiligten zum Brandanschlag mit dem Auto gefahren wurden. Quelle: <http://www.fluchschrift.net/deutsch/d210804.htm> (letzter Zugriff: 10.11.2010)

Präsenz²³ rechtsradikaler Aktivisten, werden auch hier kontrovers diskutiert und analysiert. Hingegen war aufmerksamen politischen BeobachterInnen der DDR-Gesellschaft, wie etwa dem Kriminologen Wagner, aber auch Mitgliedern in subkulturellen und linken oppositionellen Gruppen (etwa um die Zeitschrift Umweltblätter, später telegraph) bereits früher zunehmende Aktivitäten neonazistischer Gruppen und rechtsradikaler Einzelaktivisten aufgefallen.

Zur Entwicklung des Rechtsradikalismus in der DDR

„Die Entwicklung der Skinheadszenen war in den 80er Jahren von Anbeginn mit rechtsextremen Symbolen und Parolen besetzt, die eine Form des sozialen Protestes gegen das gesellschaftliche System des 'Realen Sozialismus' darstellten“ (Wagner et al. 1994: 185).

Das Phänomen rechtsradikaler Gruppen und rassistisch-xenophober, oft eindeutig auch neonazistischer Aktivisten ist nicht erst mit der staatspolitischen 'Wende' 1989-90 in Ostdeutschland aufgetreten. Analog zum Erscheinen einer 'neuen' militanten Rechten in Westdeutschland, muss auch für die DDR von einer eigenen, dynamischen DDR-Naziszene ausgegangen werden. Die ersten Kerne einer rechtsradikalen Szene ließen sich in der DDR etwa seit 1980/81 beobachten. Dies soll nicht implizieren, dass es auch zuvor keine radikal Rechten oder neofaschistischen Tendenzen in der DDR gegeben hat, organisiert oder politisch relevant waren sie aber bis zum Ende der siebziger Jahre nicht. In der DDR datiert man den Beginn des strafrechtlich relevanten Neo-Nazismus und verwandter Aktivitäten offiziell auf 1981 (Hippler 1990: 27), frühere neonazistische Erscheinungen wurden dem Feld der 'Privatsachen' und dem heute provinziell anmutenden Begriffs des 'Rowdytums' zugeschrieben. Der Beginn rechtsradikaler Tendenzen zu Anfang der achtziger Jahre speiste sich im Wesentlichen aus zwei miteinander verknüpften Phänomenen: jugendlichen Freundescliquen und Fußballfans (Hippler 1990: 28).

In einem Papier der damals im Frühjahr 1990 noch bestehenden DDR-Kriminalpolizei ist es bereits möglich, dies als historischen Problem auch der DDR-Gesellschaft zu behandeln:²⁴ „Aus diesen Kreisen Jugendlerner rekrutierten

23 Freilich sind verstärkte Aktivitäten rechtsradikaler Gruppen und Aktivisten bereits in den 1980er Jahren in Westdeutschland und vereinzelt auch in ostdeutschen Städten (Berlin, Erfurt, Jena) zu spüren gewesen.

24 Wolfgang Brück vom Zentralinstitut für Jugendforschung in Leipzig schätzt aufgrund empirischer Studien, daß 10-15 % der DDR-Bevölkerung über ein festgefügtes „rechtsradikales Denkmuster“ verfügen, und dass insgesamt bis zu 50% „rechtsra-

sich etwa seit 1982 Skinheads, die mit nationalistischen, rassistischen und antisemitischen Parolen auftraten und aus solchen Motivlagen bei verschiedenen Gelegenheiten, insbesondere Sport- u.a. Veranstaltungen lokal öffentlichkeitswirksam Straftaten begingen“ (nach Hippler 1990: 28). Ein anderes internes Papier „Studie über Erkenntnisse der Kriminalpolizei zu neofaschistischen Aktivitäten in der DDR“ (o.A.; 1989, siehe auch Döring, 2007: 99FN) aus der gleichen Zeit hat insbesondere die Skinheads soziologisch untersucht und auch deren Ideologie zum Gegenstand gemacht. Diese Studie hat umfangreiches Material, z.B. 1.800 Verhörprotokolle, Zeugenaussagen und andere Befragungen, vom Herbst 1987 bis zum November 1989 ausgewertet. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass es die ‘Nazi-Skins’ insgesamt geschafft haben, aus den diffusen und ‘privaten’ Cliques einen Organisationsgrad zu entwickeln, der auf der einen Seite nach innen durch oft straffe Führung gekennzeichnet ist, andererseits aber auch Kommunikationsstrukturen und Zusammenarbeit auf Landesebene und sogar darüber hinaus (in die BRD, nach Ungarn, das Baltikum, etc.) umfasst. Das Organisationsniveau der Skinheads ist dabei weiter uneinheitlich, es schwankt zwischen noch existierenden Cliques ohne landesweite Vernetzung (z.T. ‘Schmuddelskins’ genannt) und einer verdeckten zentralen Kommandostruktur (zitiert nach Hippler 1990:28).

Auch der profunde Kenner Bernd Wagner betont, dass es bereits zu Beginn der 1980er Jahre auch in der DDR kleine, zumeist jugendsubkulturelle rechtsradikale Gruppen, beispielsweise innerhalb der dort allerdings recht kleinen Punk- und Heavy Metal-Szene gibt. Hier waren das sogenannte ‘Nazi-Punks’ bzw. ‘Nazi-Heavies’, (wie beispielsweise die Ostberliner ‘Vandalen’). Wichtigerer Hintergrund rechtsradikaler Politisierung waren allerdings auch hier die aus den Randalen der Fußballstadien entstehenden Fußball-Hooligans und Fanklub-Skins. Neben einer ganzen Reihe anderer kleinerer, subkultureller Gruppen (‘Psychobillies’, ‘Oi-Skins’, ‘Schmuddel- und Edel-Skins’) zeichnete sich (so Wagner et al., 1994: 186), bereits seit den frühen 1980er Jahren eine deutliche Radikalisierung im Ideologischen und Brutalisierung im körperlich-gewaltförmigen Bereichen ab. So lieferten sich bereits einer ersten Phase von 1980/81 die beiden stil-prägendsten Richtungen in der jugendsubkulturellen Szene der DDR – Punks und Skins – zwar oft Auseinandersetzungen, Gewaltausübende und Opfer gehörten in die gleichen

dikale Gefühlsstrukturen“ entwickelt hätten. Als Kriterien nennt er Ausländerfeindlichkeit, Nationalismus, Autoritätsdenken, Gewaltbereitschaft, Intoleranz, Sozialdarwinismus und anderes, wobei die „rechtsradikalen Gefühle“ diese Elemente eher diffus und unreflektiert, das „rechtsradikale Denken“ die gleichen aber systematisiert, durchdacht und in einem Zusammenhang enthalten. Diese Studie des Deutschen Jugendinstitutes Leipzig konnte in der DDR nicht veröffentlicht werden.

jugendkulturellen Szenen und waren kaum zu unterscheiden (Wagner et al. 1994: 186). Bereits in der zweiten Phase (1982/1983) der Entwicklung einer rechten Jugendsubkultur in der DDR sei das Gewaltmonopol in der jugendkulturellen Szene an die Skinheads übergegangen. Körperliche Gewalt wurde gezielter als Disziplinierungsinstrument und zum Erobern von Räumen benutzt²⁵. Deren alles andere als marginale Einstellung zu einer von ihnen definierten 'richtigen' Lebensführung wird aus den Interviewpassagen der DDR-Kripo mit einem jugendlichen Skinhead, einem 18jährigen Bauarbeiter deutlich:

„Ich gehe regelmäßig meiner Arbeit nach und bin der Meinung, daß ich fleißig bin und eine gute Arbeit leiste. Das ist der Punkt, der einen echten Skin auszeichnet. [...] Insgesamt sind wir fleißig und können Arbeitsbummelei und Schmarotzertum nicht ausstehen. ... Ich bin dieser Gruppierung zugehörig, um wieder mal Ideale zu schaffen. Ich meine damit Zucht und Ordnung einkehren zu lassen und aufrechte, harte Menschen zu erziehen“ und ein anderer jugendlicher DDR-Skinhead: „Ich finde auch solche Dinge wie Kameradschaft und Disziplin gut. Ich bin einfach der Meinung, dass in einem Staat Ordnung herrschen muß und nicht Anarchie. Deshalb lehne ich Punks ab. Die könnten auch in der Mülltonne leben. Ich bin der Meinung, daß man ordentlich lernen soll, einen Beruf erlernen muß und regelmäßig arbeiten geht“ (Hippler 1990: 29).

Bereits damalige Versuche, aus devianten Grenzüberschreitungen ein ideologisches Integrationsproblem zu konstruieren, sind problematisch und verweisen auf Verkürzungen innerhalb der Rechtsextremismusforschung. Gerade im Bezug auf Alkoholkonsum, zumal in der DDR, kann ja nicht gerade von einer marginalisierten Praxis gesprochen werden (Kochan 2009)²⁶. Andere Deutungsmöglichkeiten könnten auch an einem DDR-Krisenszenario ansetzen, das sich etwa in einer

25 Beobachtet wurde hier auch das Wechseln der subkulturellen Lager. Beispielsweise von ehemaligen Punks, die zu Skinheads wurden, um endlich einmal nicht mehr zu den verprügelten Opfern zählen zu müssen, sondern zu denen, vor denen man Angst haben müsse (Wagner, 1994). In diese Kategorie passen auch die subkulturellen biographischen Metamorphosen des ehemaligen DDR-Anarcho-Punks Ingo Hasselbach zum Kader der Nationalrevolutionären 'Nationalen Alternative' (NA) [gegründet 1.2.1990], und vom Besetzer des ostberliner Neonazi-Hauses Weitling-Straße 122 zu einem der prominentesten Aussteiger aus der Szene im Rahmen des 'Exit'-Programms. Quellen: Hasselbach, Ingo/Bonengel, Winfried (1996): Die Abrechnung. Ein Neonazi steigt aus. Berlin: Aufbau Verlag. Sowie: <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/0,1518,114203,00.html> (letzter Zugriff: 11.11.2010).

26 Eine umfassende Studie zur Rolle des alkoholischen Getränks erstellte Thomas Kochan. Siehe auch sein Vortrag „Rotkäppchen und der Blaue Würger – Vom Alkohol in der DDR“ in der Geschichtswerkstatt Jena (2009) Quelle: http://www.geschichtswerkstatt-jena.de/archiv_texte/vortrag_kochan_alkohol.pdf (letzter Zugriff: 11.11.2010)

Re-Maskulinisierung in den sozialen Kontext der 1980er Jahre einfügen ließe. So können diese ultra-maskulinen Skinheads auch als Verteidigungskämpfe brutalisierter Männlichkeit gegen Tendenzen feministischer Selbstbehauptung interpretiert werden, immerhin stellten auch diese maskulinen Inszenierungen in der DDR der 1980er Jahre eine deutliche Tendenz dar (Baake 1987; Weiß 1989)²⁷.

In der dritten Phase von 1985/86 ist eine Ritualisierung der Gewaltanwendung bei den rechtsradikalen Skinheads zu verzeichnen. In diesem Zeitraum handelt es sich um das Stadium der Funktionalisierung als Instrument der Machtausweitung, um „aus dem spontanen Bereich“ herauszukommen (Wagner). Dies sei vor allem der um sich greifenden Ideologisierung zu verdanken. „Man hat uns Respekt zu zeigen. Wer den Respekt verweigert, wird zur unterwürfigen Referenz gezwungen“ lautete, so Wagner, die Formel. Interessant ist, dass im Rahmen dieser Ideologisierung und, man könnte auch sagen, einer strategischen Machtausweitung, neue Opfergruppen in den Fokus gelangen. Zu den Punks kommen nun Ausländer, darunter besonders Menschen mit dunkler Hautfarbe, homosexuelle Männer, als ‘Grufties’ bezeichnete ‘Dark Wave’-Fans. Zu Gegnern, zumindest situativ nach Fußballspielen und Konzerten, werden aber ebenso Repräsentanten des DDR-Staates wie Polizisten und ‘Stinos’ (‘stinknormale Bürger’). Auch wenn in dieser allgemeinen Opferausweitung ein gezieltes Feindbild zum Ende der DDR abhanden gekommen zu sein scheint, bleiben doch die zentralen Feindbilder gegenüber ausländischen VertragsarbeiterInnen und Punks bestehen. Unter dem Eindruck und der Gewalt der rechten Skin-Szene schrumpft die Punk-Szene in vielen Städten der DDR rapide. Viele der eher militanten Punks wandelten sich zu Skinheads. Ebenso nehmen zum Ende der DDR hin Übergriffe auf Homosexuelle – vor allem in den größeren Städten der DDR mit einer kleinen präsenten schwullesbischen Subkultur und ihren Treffpunkten, wie

27 Eine frühe Studie zu Jugend(sub)kulturen in der DDR wurde 1988 von Konrad Weiß noch in der DDR im samisdat-Verlag veröffentlicht. Weiß, Konrad (1989): Die neue alte Gefahr. Junge Faschisten in der DDR. Quelle: <http://www.bln.de/k.weiss/gefahr.pdf> (letzter Zugriff: 11.11.2010)

Aus westdeutscher Perspektive gibt es ebenfalls eine Studie aus den späten 1980er Jahren, mit einem kurzen Kapitel zur DDR von dem Bielefelder Pädagogikprofessor Dieter Backe erstellt: Backe, Dieter (1987): Skinheads, Grufties, Heavy Metals, Punks: Szenen in der DDR. In: Backe, Dieter: Jugend und Jugendkulturen. Darstellung und Deutung. Weinheim/München:Juventus. S. 85-89.

Zu DDR-Jugend(sub)kulturen gibt es mittlerweile eine Fülle an studentischen Hausarbeiten, und wissenschaftlichen Aufsätzen, aber auch private Webseiten zum Thema: siehe auch: <http://ddrsubkulturen.homepage24.de/Subkulturen> (letzter Zugriff: 10.11.2010)

etwa dem Ostberliner 'Märchenbrunnen' zu. Täter sind hier vor allem jüngere Rechte. Wagner geht für diese Phase von einer neuen Stufe der Gewalteskalation aus, welche sich in der gezielten Wahl der Opfergruppen, in der vorbereiteten Wahl von Örtlichkeiten für Gewaltanwendung und zudem als Gruppenhandlung charakterisieren lasse (Wagner 1994: 188). Besonders zum Ende der DDR werden zunehmend Anzeichen für neonazistische und rassistische Tendenzen in Volkspolizei, Stasi und NVA aufgedeckt. Ebenso berichteten verhaftete und misshandelte Demonstranten aus dem Oktober 1989 von entsprechenden Beobachtungen, etwa rassistischen Beschimpfungen (Hippler 1990: 29).

In der letzten, der vierten Phase dieser Mobilisierung rechtsradikaler (Skinhead-) Gruppen in der DDR, hat sich mittlerweile die „gewalttätige Szene etwa verviunffacht, das Spektrum der Opfergruppen blieb unverändert“ (Wagner 1994: 189). Auch hat sich zusätzlich zu den rechten Skinheads bereits seit Mitte der 1980er Jahre eine deutlich distinkte 'Fascho-Szene' herausgebildet. Diese systematisiert die Ideologie im Sinne des klassischen Faschismus, wobei sich eine Vorliebe für den ehemaligen Straßer-Flügel der NSDAP abzuzeichnen scheint. Diese sich selbst so nennenden 'Faschos' sind heute „die ideologische und organisatorische Elite des harten Kerns der Rechtsextremismus in der DDR“ (Hippler 1990: 30). Diese orientiert sich in ihrer Kleiderwahl, dem Dresscode und vor allem ihren ideologischen Bezügen deutlich an Erscheinungsformen²⁸, Habitus und Ideologie früherer (Bewegungs)Nationalsozialisten. Das Jahr 1987 markiert eine qualitativ neue Entwicklungsstufe in der Skinhead-Szene. Hier habe nun ein interner Differenzierungsprozess eingesetzt, in dessen Verlauf sich zunehmend die neonazistisch orientierten Teile der Szene absondern. Bernd Wagner betont, hier seien „Handlungsleitende und Bewusstsein formende Inhalte auf einfache Formeln gebracht. Dem Normalbürger bereitete es Schwierigkeiten, zur Kenntnis zu nehmen, dass der gleiche fleißige arbeitsame Deutsche in der Gruppe ohne Bedenken einen Menschen mit dunkler Hautfarbe angreifen und schwer misshandeln konnte“ (Wagner et al. 1994: 1990).

Was aber, wenn die Grenze zwischen dem sogenannten Normalbürger und dem devianten jugendkulturellen Skinhead fließend ist? Was ist also der analytische Kern der Unterscheidung in normalen und subkulturellen Bürger? Die äußere Erscheinungsform, Glatze und Stiefel contra 'Vokuhila' und 'stone-washed'-Jeans? Richtig beobachtet scheint aber sicherlich, dass den Nazis im Osten – anders als

28 Hier tauchen bereits die mit braunen Hemden und schwarzen Krawatten, Stiefelhosen, schwarzen Stiefeln und Ledermänteln bekleideten Abziehbilder des 30er Jahre Nazis auf.

im Westen – keine parteiliche Organisierung offen steht. Auch Artikulationen politischer Konzepte, programmatische Schriften und Medien stehen nur sehr begrenzt zur Verfügung. Wagner (ebd.) verweist darauf, dass das „klassische Protestverhalten gegenüber der etablierten gesellschaftlichen Macht fehlte, es handelte sich auch überwiegend nicht um marginalisierte, aus der Gesellschaft ausgegrenzte Gruppen „(ebd.). Rechtfertigungen für ausländerfeindliche Handlungen wurden aus dem Alltagsverständnis eines Teils der DDR Bevölkerung geschöpft. Als Ergebnis einer solchen „unpolitischen Strategie, wuchs eine diffuse Sympathie in Teilen der Bevölkerung unter dem Begleitmotto: ‘Das sind doch keine neonazistischen Bestrebungen’“ (Wagner 1994: 191).

Diese Brutalisierung und Ideologisierung einer subkulturellen neonazistischen Rechten in den letzten Jahren der DDR kulminiert in dem Übergriff auf ein Punk-Konzert am 17. Oktober 1987 in der Ostberliner Zionskirche. Andererseits beginnen sich auch hier, vor allem in den Großstädten Berlin, Leipzig und Dresden bereits ab Ende 1988/Beginn 1989 Vorzeichen der gesellschaftlichen Auflösungs- und sozialen Bruchs abzuzeichnen. Die anfangs noch habituelle Unterscheidung zwischen Glatzen, Scheiteln, Skins, Faschos, Hools wird unmöglich. Es beginnt die Phase der Ablösung von der jugendkulturellen Protestbewegung und der Entstehung neonazistischer Konglomerate, die fortan in die Jugendkultur hineinwirken, und eine erste Generation nationalsozialistischer Bewegungs-Militanter hervorbringt. In den Bezirken der DDR hatten sich bis zur Wende Organisationsstrukturen herausgebildet, die den Grundstock neonazistischer Kaderparteien und autonomer Kameradschaften bilden (Wagner et al. 1994: 191).

... nach der ‘Wende’: DDR-Strukturen, Westimporte und zivilgesellschaftliche Förderkulissen

„Vor allem in Ostdeutschland prägen rechte Jugendliche zunehmend das Stadtbild. Sie dominieren die Straße, die Jugendkultur, die Clubs. Sie verbreiten Terror gegen Nichtdeutsche, Schwarze, Juden, Andersdenkende und Anderslebende“ (AK Zukunft 2000: 10).

Besonders die 1990er Jahre stehen rückblickend betrachtet für einen ungeheuren „Aufschwung des Rechtsextremismus und Rassismus“ und das „Anwachsen von völkischen Stimmungen im Durchschnitt der Bevölkerung“ (Marquardt 2000). Von aufmerksamen Beobachtern wird eine Normalisierung völkischer Ideen und Einstellungen in allen Altersgruppen, quer durch die politischen Parteien gestreut, beobachtet. Das führt auch dazu, „dass rechtsextreme Einstellungen und Verhaltensweisen auf der Ebene der Alltagsrealität, im Sinne des Begriffs des kulturellen Alltags, Normalität geworden sind. Das heißt also, diejenigen

die das als kritikwürdig empfinden, diejenigen, die Gegenwehr üben, werden in den Alltagskontexten immer mehr zu Exoten. Das ist gerade in jenen Kommunen besonders stark, zu bemerken, in denen eine hohe Kontrolldichte herrscht“ (Wagner, 2000: 37). Der das hier so prägnant und auch in ihrer Wirkung auf die Ebene einzelner Kleinstädte charakterisiert, ist der seit Jahren zum Thema arbeitende Berliner Rechtsextremismusexperte Bernd Wagner. An dessen kurz skizzierter Berufsbiographie lassen sich Entwicklungen und Schwerpunktsetzungen in der zunächst polizeilichen und später zusätzlich zivilgesellschaftlichen Auseinandersetzung mit Rechtsradikalismus und besonders seinen gewalttätigen Formen explizit deutlich nachvollziehen. Wagner verfügt zudem über eine klare Einschätzung zur politisch-kulturellen ‘Agenda’ einer breit in gesellschaftlichen völkischen Stimmungslagen verankerten Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Bernd Wagner war nach eigenen Aussagen im Jahr 1987 für kurze Zeit Beauftragter im Innenministerium der DDR und hat sich in der Abteilung ‘Kriminalpolizei’ mit dem Thema Rechtsextremismus beschäftigt: „Unser Forschungsbericht bedeutete damals das Ende der Arbeitsgruppe und trieb die Forschung in die Illegalität“ (Wagner 2000: 36). In der ‘Wendezeit’ arbeitete Wagner dann wieder zum Thema, als Leiter der Abteilung ‘Staatsschutz’ im Landeskriminalamt – bis zu dessen Auflösung und Neuorganisation im Jahr 1991. Danach folgte die Arbeit am Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS) in Frankfurt am Main, Dort wurde er Mitarbeiter am Bundes-Modellprogramm ‘Gegen Aggression und Gewalt Jugendlicher’ (AgAG) in den ‘fünf neuen Bundesländern’.

‘Das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt’ (AgAG) wurde zunächst für die Jahre 1992-1994 aufgelegt. Hier waren von 140 insgesamt geförderten Projekten 40 im Bereich der ‘akzeptierenden Jugendarbeit’²⁹ angesiedelt. Das Programm wird retrospektiv als negativer Impulsgeber für die weitere Entwicklung in Ostdeutschland, besonders im Bereich der Förderkulisse und deren Trägerlandschaft gegen ‘Rechtsextremismus’ angesehen. Laut Wagner wurden damit damals durch „falsch verstandene ‘akzeptierende Jugendarbeit’ rechtsextremen Ausbreitungs- und Subversionsbemühungen eher Vorschub geleistet“ (Wagner 2000: 44). Schlecht ausgebildete und bezahlte Sozialarbeiter waren mit ihrer neuen Klientel oftmals überfordert oder waren selbst diesen maskulinistisch orientierten Jungmännerkulturen zugeneigt. Wagner schildert ein Beispiel aus Weimar: „Die Klienten hängten dort Hakenkreuzfahnen auf, während der

29 Diese „akzeptierenden Jugendarbeit“ der sogenannten „Bremer Schule“ war dort von z.B. Franz Josef Krafeld unter anderen Rahmenbedingungen entworfen worden (Wagner, 2000: 40).

Sozialarbeiter Kellner spielte. Anschließend sind die Kameraden aus Hessen, Thüringen, Sachsen und Brandenburg zum Spanferkelessen gekommen, und das Ganze hat dann die Bundesregierung seinerzeit bezahlt. Bier floss in Strömen, und alle sangen fröhlich SA-Lieder, bis es dann zu einer öffentlichen Berichterstattung in den Tagesthemen kam. Das war glücklicherweise das Ende des Projekts“ (Wagner 2000: 36). Die schnell gestrickte Programmauflage des AgAG hatte nach den skandalösen Vorfällen der Übergriffe auf Flüchtlingswohnheime und deren Insassen in den frühen 1990er Jahren den Drang zur Normalisierung und zur Entpolitisierung gefördert. Dies führte zudem zu einer Fehleinschätzung einer Konfliktlage, in der die „Entwicklung in Ostdeutschland als reines Wende- und Jugendproblem und der Verknennung der historischen Komplexität [betrachtet wurde]. Von daher war die Konzentration auf die formale soziale Kontrolle und die soziale Arbeit mit rechtsextrem orientierten Gewalttätergruppen als gesellschaftlicher Ansatz zu kurz bemessen. So konnte die Normalisierung völkischer Stimmungen im Durchschnitt der Bevölkerung nicht aufgehalten [...] werden [...]. Jetzt schäumt die Flasche und man muss schnell einen Korken drauf machen“ (Wagner, 2000: 44ff).

Als Reaktion auf das Scheitern dieses frühen Programms folgte jedoch zunächst eine Reduktion auf einen Gewaltbegriff, dem mit ordnungsinstrumenteller sozialpädagogischer Arbeit begegnet werden sollte. Dass damals in den frühen 1990er Jahren die Infrastruktur „nicht so formiert werden konnte, dass bereits damals ein starker demokratischer Faktor“ (Wagner 2000: 45) unterstützt wurde, kann als historisches Versagen mit weit reichenden Folgen für die Lage vieler stadtkultureller Konflikte in Ostdeutschland betrachtet werden.

Seit 1994 arbeitet Bernd Wagner beim 'Mobilen Beratungsteam Brandenburg' (MBT). In dieser Position beobachtet er die weitere Entwicklung rechtsradikaler Gruppierungen und deren Strategiewechsel hin zu einer neonazistischen Rechten als sozialer Bewegung. Während früher Parteaufbau und Errichtung öffentlicher Reklame- und Propagandaflächen im Vordergrund der rechtsradikalen Aktivitäten standen, so ist dies seit den 2000er Jahren zunehmend die Förderung der kulturellen Hegemonie bzw. Subversion und lokaler Organisationskerne. Wagner nennt das auch „Gramsciismus von Rechtsaußen“, wie er beispielsweise schon früh von der Zeitschrift 'Junge Freiheit' und dem internationalen neuen Rechten Alain de Benoist als „Aufstand der Kulturen“ propagiert wurde. Wichtigster Ansatzpunkt der „kulturellen Subversion“ ist es, „die Mentalität der Menschen zu ändern, alltagskulturelle Momente stehen im Mittelpunkt“ (Wagner 2000: 43). Besonderer Stellenwert im Kampf um die 'kulturelle Hegemonie' in diesem rechtsradikalen subversiven Kampf haben 'lokal bezogene Organisationskerne'.

Diese sind eine „Mischung aus Basisdemokratie und Autoritarismus, ähnlich dem demokratischen Zentralismus bei den Marxisten-Leninisten zu betrachten. Auf Grundlage einer dezentralen Vernetzung steht im Mittelpunkt der kommunale Nahraum, Mentalitätsänderung und Herstellung der Organisationsmacht auf der kommunalen Ebene“ (Wagner 2000: 43). Hieraus erklärt sich auch die ‚Kameradschaftsbildung‘ vor Ort. Dies ist ein weiterer Hinweis auf die ambivalente Rolle der Kommunen, vor allem der Kleinstädte, in denen sich starke rechte Ansätze befinden, im Wechselverhältnis zur Schwäche der Kommune. Kameradschaften werden als Ortsgruppen bzw. aber auch als regionale Gruppen organisiert, auf jeden Fall im engen Bezug zum Territorium, wie das im früheren italienischen Operaismus geheißen hat. Diese zentralen Thesen Wagners bilden auch meine Ansatzpunkte bei der Behauptung des zentralen Stellenwertes stadtkultureller Aushandlungs- und Konfliktebenen. Wenn es nicht gelingt, auf der alltagskulturellen Ebene diese „Mentalitäten, Milieus und neuen Raumordnungsansätze“ anzugehen bzw. aufzulösen, werden sich diese verfestigen und zu Reproduktionsgebieten einer dann auch überregional spürbaren rechtsextremistischen Bewegung werden. Oder, um abschließend noch einmal Bernd Wagner zu zitieren: „Im Mittelpunkt steht das Klima in den Kommunen“ (Wagner 2000: 48).

3.4 Drohkulissen und andere Bewegungspraxen

„Je kleiner die Kommunen werden und dieses Denksystem durchschlägt, also die völkischen Ideale zur Normalität und Hegemonie werden, umso mehr werden die Leute stigmatisiert, die sich diesem Diskurs entgegenstellen.“ (Wagner 2000: 37)

Aus dem Zusammenwirken der primär nicht parteigebundenen oder subkulturell-szeneorientierten Kleingruppenpraxis und deren informellen Kommunikations- und Handlungsweisen, lassen sich Rückschlüsse auf damit verbundene, bewegungsspezifische Territorialisierungspraxen formulieren. Allerdings kann der ‚top-down‘-Ansatz strategischer Ideologiebestimmung und deren Umsetzung auf der Straße oder im Stadtteil in Frage gestellt werden. So schwenkt bei bewegungsförmig handelnden, gesellschaftlichen Mobilisierungen der Parteistrukturen zueigene hierarchische Befehls- und Orientierungsprozess – wenn nicht ganz – so doch zumindest auf eine horizontale soziale Ebene ein. Die Formen rechtsradikaler Identitätspolitik (nach innen) und Machtpolitik (nach außen) folgen den bereits strukturell und lokal unterschiedlich vorgefundenen Bedingungen und Kräfteverhältnissen. Es bedarf nicht mehr allein eines zentralistischen Partei- und Organisationsapparates, sondern der selbsttätigen Initiative lokaler Gruppen

und AktivistInnen, die sich nur vage an einer diffus kommunizierten 'nationalen' Grundvorstellung und deren Begriffskanon orientieren. Als ideologische Klammer dient weiterhin der nationalsozialistische Vorstellungsrahmen des 'Volkskörpers' in einem diesem zugewiesenen genealogischen Territorium. So zehren auch heute selbst diffuse neonazistische Grundvorstellungen elementar von einem historischen Projekt: „Es geht um die Phantasie von einer ethnisch-homogenen, organischen Gemeinschaft auf der Basis eines starken Staates“ (Jaschke, 1993: 111). Auf die Situation in der ehemaligen DDR bezogen, ist der starke Staat, wie auch dessen angenommene organische Gemeinschaft besonders gefährdet. Hier ist der Gegner sowohl in der Ankunft von MigrantInnen aber auch von Westdeutschen auszumachen. Diese Aktivierung des immer noch bestehenden Ost-West-Gegensatzes kann als neue strategische Positionierung gegen den 'BRD-Staat'³⁰ gerichtet interpretiert werden. Hier wird in ersten Ansätzen ein Versuch der populistischen, mitunter antikapitalistischen und 'Ost'-lokalisierten Thematisierung der zunehmenden Disparitäten zwischen West- und Ostdeutschland, unternommen. Somit kann dieser Nationalismus, anders als beispielsweise antikoloniale Befreiungsnationalismen, als Verteidigungs- und Beharrungsposition interpretiert werden. Dieser Widerspruch zwischen nationalrevolutionärer, antistaatlicher Rhetorik einerseits und der Verklärung realsozialistischer nationalisierter Ökonomie, ethnisiert homogene und staatlich autoritäre frühere Zustände andererseits, prägt den spezifisch-ostdeutschen rechtsradikalen Mobilisierungsrahmen. So werden einerseits Gesten der gegenkulturellen Dissidenz und Rebellion inszeniert und andererseits auf eine konservativ-reaktionäre (Scheuch/Klingemann, 1967: 12) Beharrung bzw. Restauration früherer Verhältnisse insistiert. Dies drückt sich auch in den intergenerationellen Bezügen auf die Großeltern als damaliger Kriegsgeneration aus („Opa war in Ordnung“!). Somit ist sie als vergangenheitsorientierte Verteidigungspolitik bestehender Strukturen und Vorstellungen anzusehen – anders als utopische, antistaatliche Ansätze linker und emanzipatorischer Bewegungen. Sie steht aber auch der 'Gegen Multikulti'-Semantik westdeutscher Rechtsradikaler in ihrer Betonung der sozialen Normalität im Wege. Diese grundsätzlich anderen Ausgangsbedingungen und Zielvorgaben evozieren, wenn auch vordergründig ähnlich erscheinend, andere sozialräumliche Praxen. Da es sich hier insgesamt um militärisch gesättigte Imaginationen und rhetorische Figuren handelt, muss von den Rechtsradikalen keine neues Terrain erobert, erforscht und eingegrenzt,

30 Vgl. Plakatkampagne des „Schutzbund Deutschland“ vom Sommer 2006, der verschiedene Persönlichkeiten wie bspw. den Fußballspieler Asamoah oder den damaligen Bundespräsidenten Köhler (mit Kipa) als „BRD“ und nicht „Deutschland“ beleidigt.

sondern bestehende Territorien verteidigt und gesichert werden. Dies hat weitreichende Implikationen auch für den Charakter dieser Auseinandersetzung, deren lokalisierte Ausgangspunkte, Bastionen und Rückzugsgebiete. Die 'Verteidigung' eines Zustandes und seiner räumlich-reifzierten Formen ist etwas völlig anderes als dessen Infragestellung und gewünschte Veränderung. Man könnte somit auch im Bezug auf die rechtsradikalen Gruppen auf deren Bestreben im Sinne eines Verteidigungsterritorialismus sprechen, während linke Bewegungen (unter diversen unterschiedlichen Bezugnahmen) von einer Art Befreiungsterritorialismus angetrieben werden. In besonderer Weise werden soziale Bewegungen durch die Bedeutung lokaler Anwesenheiten, von Treffpunkten und konkreten Personen geprägt, auch wenn die in den jeweiligen Städten und Regionen zur Aktivierung bzw. zur Verfügung stehenden Bedingungen verschieden ausfallen. Je amorph und informeller die Kontaktebene, umso wichtiger sind Personen und Orte. Gerade für soziale Bewegungen mit ihren unterschiedlichen formalen, aber vor allem auch informellen, wenig institutionalisierten Organisations- und Kommunikationsformen sind Treffpunkte und dort regelmäßig präsente Personen als Kristallisationspunkte mit der Anwesenheit bestimmter Schlüsselpersonen extrem bedeutsam.

Darum kommt der Sichtbarkeit antirassistischer, toleranter und atmosphärisch offener Orte als eine Art Machtpolitik symbolischer Formen eine unschätzbare Bedeutung zu. Vor allem wenn sie ein ernst gemeintes, eindeutiges aktives Bekenntnis zur heterogenen, komplexen und konfliktoffenen Gesellschaft darstellt. Auf Grund der Versäumnisse dieser eben genau nicht entschlossenen, sichtbaren und selbstbewussten Stadtkulturen konnte es vor allem in den 1990er Jahren auch geschehen, dass einzelne Städte zu besonders wichtigen Aufenthaltsorten der sich vernetzenden Gruppen und Aktivitäten geworden sind. Wo es weder eine links-alternativen Szene gab und/oder die Ignoranz bzw. Toleranz lokaler Kommunalpolitiker, der Polizei und anderen Bevölkerungsgruppen die Situation begünstigte, konnten Aktionsformen erprobt und Städte zu Laboratorien rechtsradikaler Territorialisierung werden. Obwohl, oder wohl eher weil beobachtet wird, dass „rechte Gewalt [...] hochgradig an den Wohnort gebunden (ist)“³¹ kommt es zu Wohnortwechsel in besonders begünstigende Städte, zusätzlich zu regen aktionistischen Reisetätigkeiten an den Wochenenden bzw. zur Präsenz nicht-lokaler Gruppen zur Unterstützung der örtlichen Kameraden. So stabilisierte und etablierte sich bereits in den frühen 1990er Jahren eine erste Generation an

31 Brandenburger Verfassungsschutzbericht: Rechte machen mehr Propaganda. In: taz vom 2.3.2007.

Erfahrungsträgern im Umgang mit den später ausgebauten Aktions- und Kommunikationsformen, dem Zusammenwirken von Demonstrationspolitik, Politik der symbolischen Formen, Drohkulisse und zumindest temporärem direkten oder symbolischen Gewaltmonopol der Rechten. Dieses besteht aus der von durchaus unterschiedlichen Akteuren und auch ohne unbedingt gemeinsame Planung praktizierten stadtkulturellen Hegemonie, der Rhetorik eines zu verteidigenden Territoriums und räumlicher Kontrolle. Diese Entwicklung wird mittlerweile auch vom Brandenburger Verfassungsschutz als „dumpfe Form der Revierverteidigung gegenüber Andersartigen und Schwächeren“ (ebd.)³² bewertet.

In einer nächsten Phase politischen Selbstbewusstseins und identitätspolitischer Formierung werden zusätzlich und zunehmend etwa ab 1996/97³³ Demonstrationen zu einem beliebten Mittel der Propaganda und Selbstvergewisserung (Bergmann/Erb 1998). Der kontinuierliche Anstieg solcher Aktivitäten verweist auf deren Attraktivität und Bedeutung im Rahmen ihres durchaus wörtlich zu verstehenden bewegungsorientierten Aufbaues. So finden beispielsweise in Deutschland im Jahr 1997 schon 25 Aufmärsche mit insgesamt knapp 9.000 TeilnehmerInnen statt, 2001 sind es bereits 100 Demonstrationen mit jeweils mehr als 50 TeilnehmerInnen gewesen (Virchow 2003: 81). Virchow bezieht sich hier auf das sogenannte „Drei-Säulen-Konzept“ der Rechtsradikalen³⁴, die Demonstrationen und Aufmärsche gezielt als Aktionsform einsetzen, um ihr eigenes Klientel zu mobilisieren, zu organisieren und gleichzeitig den politischen Raum für ihre Propaganda schrittweise zu erweitern (Virchow 2003: 81). Gerade der symbolische Gehalt dieser Demonstrationen als straff geordnete, kontrollierte Aufmärsche, deren mit Fahnen, Trommeln und Marschmusik etabliertes, nationalkonservatives Formenrepertoire (Bergmann/Erb 1998: 155) beinhaltet immer auch ein Drohpotential gegenüber dem potentiellen Gegner. Die lokale Bedeutung, regelmäßig mit solchen Aufzügen konfrontiert zu sein, die unverhohlene Offenheit in der Betonung rassistischer und neonazistischer Positionen und oft anschließend oder im Umfeld stattfindende Übergriffe bilden für nicht-

32 Ebenda:

33 Am 1. März 1997 demonstrierten 5.000 Rechtsradikale, Alt und Neo-Nazis, Geschichtsrevisoren etc. in München gegen die Ausstellung des Hamburger Institutes für Sozialforschung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1945“. Dies war sicherlich ein Schlüsselereignis für rechtsradikale Demonstrationen.

34 Die NPD beschloss auf dem Bundesparteitag 1998 in Stavenhagen ein Strategiepapier, in dem von ‘drei strategischen Säulen’ des Kampfes die Rede ist: von der ‘Schlacht um die Köpfe’, der ‘Schlacht um die Straße’ und der ‘Schlacht um die Wähler’ (Streck, 2005).

rechtsradikal eingestellte ZeugInnen der Ereignisse traumatische Erfahrungen eigener Hilflosigkeit, Einschüchterung und Angst, selbst zum Ziel zu werden.

Seit einigen Jahren kann verstärkt politische Propaganda, oft im Zusammenhang mit Kommunalwahlen und Landtagswahlen, verzeichnet werden. Flugblätter füllen die Briefkästen der Städte und massive Plakatkampagnen überziehen die Masten und Alleebäume entlang der Durchgangsstraßen. Gleichzeitig werden die früher äußerlich eher subkulturell orientierten rechtsradikalen AktivistInnen zum netten Nachbarn von nebenan. Die meisten ostdeutschen Städte befinden sich im Zustand einer Normalisierung rechtsradikaler Präsenz auf vergleichsweise hohem Niveau (Wagner 1998). Der seit mehreren Jahren zu beobachtende Wandel hin zu parteipolitischen Formen der Artikulation neonazistischer Positionen – der engeren Zusammenarbeit mit sich etablierenden Parteikadern und Netzwerken der NPD – hat auch zu einer Verlagerung rechtsradikaler Aktivitäten zu weniger unkontrollierter Gewalt und zu mehr ‘Propagandadelikten’ geführt. Teilweise haben sich die lokalen Funktionäre deutlich von den prügelnden Kameraden der 1990er Jahre abgesetzt und betonen jetzt ihre Volksverbundenheit in Bürgerinitiativen, Freiwilligen Feuerwehren und Vereinen, wie etwa die Gruppe rechtsradikaler Öko-Landwirte im Bereich Teterow und Güstrow in Mecklenburg-Vorpommern, die sich gegen Gentechnik organisieren (Schrenk, 2007). Die gar nicht so neue Strategie einer ‘kultureller Subversion’ (Wagner 1998) setzt zunächst auf kommunaler Ebene an, hier soll das „nationale politische Fundament [...] gefestigt werden um sich danach dauerhaft in den deutschen Parlamenten verankern (zu) können“. Der Rechtsradikalismusexperte und Kriminologe Wagner sagt dazu: „Das gefährliche an dieser Strategie ist die Profanität des Alltags“ (Wagner, 1998).

Überleitung

„Gefahrenzone, Angsttraum, Feindesland?“ – die in den Titel dieser Arbeit aufgenommenen Begriffe stellen raummetaphorische Assoziationsangebote dar, welche Räumlichkeit mit hoch imaginativen Attributen der Angst und Furcht, der Bedrohung und des Gefährlichen aufladen. Die seit nunmehr fast 20 Jahren ausgerufenen riskanten Charakteristiken gegenwärtiger westlicher Gesellschaften (Beck, Giddens), sowie deren mutmaßlichen Entgrenzungen oder gar Verflüssigungen (Bauman) unterliegen allesamt einer gewissen Hochkonjunktur. Der sogenannte ‘spatial turn’ kann auch hier, über den Debattenhorizont der Sozial- und Kulturwissenschaften hinaus, als Ursache und Wirkung gleichermaßen vermutet werden.

Die folgenden drei Kapitel werden anhand dieser Angst- und Gefährdungsmetaphoriken die lokalen stadtkulturellen Verhältnisse mit Überlegungen verbinden, die sich der jeweiligen Begriffe, ihrer Sprecher und Debattenhintergründe annehmen. Angst wird hier als sozialpsychologische Kategorie der Machtgeographie verstanden. Gefahr als konkrete Faktizität alltäglicher Lebensweisen, vor allem im Umgang mit gefährlichen Situationen. Das „Feindesland“ strukturiert Handlungen im Territorium „der Anderen“ und Taktiken des Umgangs als Bewältigungsformen des dort leben Müssens bzw. Wollens.

Diese drei Gliederungsversuche entlang raummetaphorischer Konfrontationsszenarien stellen Elemente einer holistischen Raumproduktion dar. Daher wird zu Beginn jedes Kapitels eine kurze Vorbemerkung diese Elemente auf den Lebensformen „trialektischen“ (Soja 1996) Modus der Raumproduktion beziehen. Ferner werden Anregungen aus George E. Marcus „Multi-Sited Ethnography“ als heuristische Brille und Gliederungselement aufgegriffen. Wissenschaftliche Texte werden hier auf derselben Ebene einbezogen, wie dies beim Sprechen über Wahrnehmungen und Einschätzungen einzelner städtischer Akteure vorgenommen wird. Die jeweiligen Kontexte der Gespräche oder der Lektüren ergeben sich aus den bereits dargestellten feldanalytischen, also methodologischen und theoretischen Referenzen im ersten Teil dieser Arbeit.

II. Teil

4 Gefahrenzone? Über die Kommunikation gefährlicher Orte



Abb. 2: Gefahrenzone. Grafik von Theres Atorf von der Berliner Rudolf-Virchow-Oberschule Marzahn-Hellersdorf¹

1 Aus dem Plakatwettbewerb „Die Opfer von rechter Gewalt brauchen Unterstützung“ In: Landeskommission Berlin gegen Gewalt [Hrsg.] (2005) Berliner Forum Gewaltprävention.

Forschungsperspektive

In diesem Kapitel wird die Herstellung der Stadt als dem (politischem) Raum des gelebten Lebens unter dem heuristischen Bezug auf LEFEBVRES 'spaces of representaion' (espace vecu) aufgegriffen. Dies ist der Raum alltäglicher Erfahrungen, er verkörpert ein Set verschiedenster, komplexer Symbole, manchmal in codierter Form, die mit den verborgenen Ebenen des sozialen Lebens, den alltäglichen Praktiken und Deutungen verbunden sind. Hier werden Räume imaginiert und Bilder der Repräsentation erzeugt (LEFEBVRE 1974, 1991). Das ist die Ebene der Kommunikation gefährlicher Orte und Personen. Hier zirkulieren Geschichten über die Präsenz rechtsradikaler AktivistInnen im Ort, (temporär unterschiedliche) Betretbarkeiten eines Gebiets wie z.B. des Busbahnhofes, entstehen mentale Kartographien der ungefährlichen Bewegungen in der Stadt. Hier bilden neonazistische Aktivitäten im lokalen Rahmen den Fokus der Frage nach der Kommunikation des Faktischen durch die Beteiligten. Auch hier wird die kulturelle Figur des 'Rechtsradikalen' bzw. der kommunikative Rahmen eines 'Rechtsextremismus in Ostdeutschland' in den Fokus genommen, speziell im Kontext des Redens über die Stadt und die Fremden oder Anderen in ihren lokalisierten Konfrontationen mit neonazistischen Aktivisten. Einen besonderen Aspekt bilden hierbei mediale Kommunikationsprozesse, in diesem Fall die Rolle einzelner Lokalzeitungen im stadtkulturellen setting. Deren Einflüsse sollen anhand von zwei sie verfassenden und verantwortenden Redaktionsleitern thematisiert werden.

Bevor aber der Beitrag von Lokalredakteuren zur diskursiven Herstellung von Stadtkultur anhand einer kurzen Vorstellung zweier idealtypischer Personen verdeutlicht werden soll, wird der Strang der Stigmatisierung eines Ortes als 'gefährlicher Ort' weiterverfolgt werden. Die wichtigsten medialen Stichworte im Bezug auf Raum und Rechtsradikalismus stellen die rhetorischen Topoi 'national befreite Zone' und 'No-Go-Area' dar. Unter Referenz auf die damit verbundenen Vorstellungen territorialisierter rechtsradikaler Hegemonie sowie von der Unmöglichkeit bestimmte Gebiete nicht betreten zu können zirkulieren diese Begriffe seit zwei Dekaden in der Debatte. Sie wirkprägen mächtige Diskursformationen und wurden selbst zu Stichworten selbst rechtsradikaler AktivistInnen.

Zur medialen Bearbeitung des Themas 'National Befreite Zone' und 'No-Go-Area'

National Befreite Zonen

Der Begriff 'National Befreite Zone' (NBZ) ist ein früher Strategiebegriff der Neuen Rechten. So wird die NBZ bereits Anfang der 1990er Jahre in rechtsradikalen Publikationen konzeptionell ausgewiesen, um einen territorialen Machtanspruch zu begründen, der dann eben 'National Befreite Zonen' installieren könnte. Dabei ist, folgt man den damals publizierten Strategiepapieren eine Mischung aus lokalem oder regionalem Gewaltmonopol angestrebt und eine in diesem Sinne nationalistisch und völkisch geprägte, hegemoniale Alltagskultur. Als wichtigste Dokumente dieser Strategiedebatte können im Jahr 1990² und im Sommer 1991³ erschienene Artikel dienen. Der Beitrag „National Befreite Zonen – Vom Strategiebegriff zur Alltagserscheinung?“ aus Vorderste Front, dem gemeinsamen Theorieorgan von „Jungen Nationaldemokraten“ und „Nationaldemokratischem Hochschulbund“, wird relativ breit wahrgenommen (Döring, 2006b: 38). Darin wird postuliert, dass eine NBZ zunächst als eine „überörtliche Kooperation als Vernetzung und Ausweitung vorhandener kommunikativer und ökonomischer Strukturen“ (Vorderste Front, 1991:6)⁴ zu verstehen sei. Es wird also zunächst die Bedeutung der alltagspraktischen lokalen Treffpunkte und regionalen Netzwerke betont. Eine 'befreite Zone' wird von den AutorInnen aber zudem auch noch als territorialer 'Freiraum für Nationalisten' in deutlicher Gegnerschaft zur staatlichen Exekutive oder politisch Andersdenkenden und Gegnern betont. Unter dem Motto: „Wir sind drinnen, der Staat bleibt draußen“⁵

2 In der Zeitschrift „Einheit und Kampf“ der Jungen Nationaldemokraten.

3 In der Zeitschrift „Vorderste Front. Zeitschrift für politische Theorie & Strategie Nr. 2, Frankfurt/Main, S. 4-7.

4 N.N. (1991): „National Befreite Zonen“. Vom Strategiebegriff zur Alltagserscheinung? In: Vorderste Front. Zeitschrift für politische Theorie & Strategie Nr. 2, Frankfurt am Main. S. 4-7.

5 „Befreite Zonen bedeutet für uns [...] die Etablierung einer Gegenmacht. Wir müssen Freiräume schaffen, in denen wir faktisch die Macht ausüben, in denen wir sanktionsfähig sind, d.h. wir bestrafen Abweichler und Feinde, wir unterstützen Kampfgefährtinnen und -gefährten, [...]. Das System, der Staat und seine Büttel werden in der konkreten Lebensgestaltung der politischen Aktivisten der Stadt zweitrangig. [...] Wir sind drinnen, der Staat bleibt draußen. Natürlich besitzen die Staatstragenden weiterhin alle Möglichkeiten der Repression, von der Pistole und dem Wasserwerfer bis zur Abhörwanze. Aber diese Waffen werden stumpf“ N.N. (1991): „National

(ebd., 1991: 5) sollen hier „sowohl Aufmarsch- als auch Rückzugsgebiete für die Nationalisten Deutschlands geschaffen“ werden (ebd., 1991: 5). Dieser nationalrevolutionäre Ansatz betont zudem die Notwendigkeit der Etablierung einer „Gegenmacht“ und den Aufbau einer „Gegengesellschaft“. Als Voraussetzung dafür wird eine räumliche Konzentration von Rechtsextremisten und deren Verankerung in der ansässigen Bevölkerung (Döring, 2005) angestrebt, „in denen [...] wir MIT (Hervorhebung im Original) dem Volk uns solidarisieren, mit ihm kämpfen und siegen werden“ (Vorderste Front, 1991: 5).

Der Stellenwert und die Auswirkungen dieser strategischen Setzung in der rechtsradikalen Szene, sind nach wie vor umstritten. So hat die Politologin Uta Döring (2007) unlängst in einer Medienanalyse die Konjunkturen des Begriffes verfolgt und sich mit der Genese des Begriffs „National Befreite Zone“ auseinandergesetzt. In ihrer quantitativen und diskursanalytischen Auswertung mehrerer Zeitschriften der radikalen Rechten⁶, aber auch der Qualitätspresse⁷, zeigt Döring auch die mediale Karriere des Topos von ‘national befreiten Zonen’, ihre Wirkung auf die öffentliche Wahrnehmung sowie die Rückwirkungen auf die Strategiedebatte der rechten Szene nach. Als Ergebnis stellt sie fest, dass eine einheitliche Strategie zur Installierung von ‘national befreiten Zonen’ weder in der parteiförmig organisierten noch in der Partei ungebundenen extremen Rechten zu erkennen sei. Vielmehr erschwere die einfache Übertragung der Begriffe aus dem Argumentationsrahmen der ‘national befreiten Zone’ sogar die detaillierte Analyse regionaler Formierungsprozesse der rechtsextremen Szene (Döring, 2005), sowie deren strategische und ideologische Anpassung an aktuelle gesellschaftliche, politische und gesetzliche Rahmenbedingungen. So kann zumindest bezweifelt werden, dass es sich bei diesen territorialisierten Praxen rechtsradikaler Aktivisten und fremdenfeindlicher Schläger in erster Linie um die Umsetzung einer von der Leitung von Oben nach unten ausgegebenen Parole handelt. Gleichzeitig mag aber die Konjunktur der Begriffe NBZ und „No-Go-Area“ in die rechten Kreise als einer Art semantischer copycat-effect⁸ zurückwirken. Die angeschlagene Rhetorik der „nationalen Befreiung“ bezieht

Befreite Zonen“. Vom Strategiebegriff zur Alltagserscheinung? In: Vorderste Front. Zeitschrift für politische Theorie & Strategie Nr. 2, Frankfurt am Main.

- 6 Vor allem das NPD-Organ „Deutsche Stimme“ und die bereits genannten Zeitungen „Vorderste Front“ sowie „Einheit und Kampf“
- 7 Hier die Frankfurter Allgemeine Zeitung und die Frankfurter Rundschau.
- 8 Unter copycat Effekten kann die Nachahmung von Symbolen und Praktiken sozialer Bewegungen bezeichnet werden.

sich explizit auf Konzepte territorialer Aneignung und der Übernahme politischer Macht inklusive dem Gewaltmonopol des (neuen) Nationalstaates. Freilich ist dies im Kontext eines bereits bestehenden nationalistischen Staates nur über den identitätspolitischen Diskurs einer [minoritären] unterdrückten Bevölkerungsgruppe zu bekommen. Diese wird hier von den rechtsradikalen Nationalisten in viktimologischer Deutung als Bedrohungsszenario einer verschwindenden deutschen, das heißt hier völkischen und weißen Bevölkerung intoniert: Ein Journalist der NPD-nahen Zeitung „Deutsche Stimme“ formuliert daher den NBZ- Ansatz als Verfahren zur Schaffung von „Schutzräumen für nationale Bürger [...] die zudem „allmählich in Mitteldeutschland entstehen ...“ (Schwab 2002) würden. Neben diesem ‘Nationalpark Ostdeutschland’ wirkt das politische Projekt der radikalen Rechten aber noch umfassender sozialräumlich ausgerichtet, indem explizit zur Aneignung von öffentlichem Raum aufgerufen wird. Neben dieser, wie bereits gesagt, fragwürdigen Bedeutung strategischer Überlegungen der Neonazis selbst, sollte aber der spezifische Charakter ihrer Mobilisierung und ihrer Formierung als soziale Bewegung in nuce in Ostdeutschland beobachtet werden (siehe Kapitel 6).

Im Frühjahr 2006, im Vorfeld der Fifa-WM, ist die Debatte um rechtsradikale Gewalt von einem weiteren raummetaphorischen Schlagwort geprägt. Ist es in den Jahren 2000-2001 die Kennzeichnung des Phänomens unter dem Stichwort: ‘national befreite Zone’ so wurde im Sommer 2006 die Diskussion um sogenannte No-Go- Areas in Ostdeutschland geführt.

‘No-Go-Area’

Mit ‘No-Go-Areas’ werden im Englischen umgangssprachlich allgemein gefährliche Orte bzw. Orte unter Betretungsverbot/gebote bezeichnet (vgl. Keith 1988). In der Übertragung des Begriffs aus dem Feld militärischer Rhetorik⁹ in die politisch-sozialräumliche und geopolitischen Semantik, werden damit aber vor allem Szenarien des Verlustes zumeist staatlicher Gewaltmonopole im territorialisierten Raum verbunden; sprich in bestimmten Stadtvierteln oder Regionen. Hier liegen Orte und Gebiete, in denen weder Polizei noch Armee, oft aber auch nur der Steuereintreiber oder Gerichtsvollzieher, unbeschadet seinen/ihren Job

9 Im Kontext militärischer Territorialer Eroberungsstrategien wird hier unterschieden in „Go-Areas“, „Slow-Go-Areas“ und „No-Go-Areas“. Dies bezeichnet also den Grad an Widerständen und Verlusten, mit denen militärisch beim Passieren bzw. Erobern eines Gebietes zu rechnen ist.

versehen können. Üblicherweise geschieht das in vorgestellter Verbindung mit Stadtvierteln und Regionen, in denen Straßengangs, Mafiastrukturen und/oder Guerilla-Gruppen eine politisch-militärische Gegenmacht ausüben. Jenseits dieser militärischen Konnotationen gibt es in westlichen Gesellschaften seit den 1970er und 1980er Jahren verstärkt auch alternative Diskurse unter dem Topos des/der 'No-Go-Areas' und aus viktimologischer Perspektive auf fear of crimes (Yin, 1982) (siehe Kapitel 5).

Die bundesdeutsche Diskussion um Rechtsradikalismus, seine Wirkungsweisen und Opfer wurde vor allem im Zuge der Fifa-WM 2006 durch den Begriff des 'No-Go-Areas' erweitert. In Zeitungsartikeln sowie in einem Interview mit einem Radiosender hatte im Frühjahr 2006 der Sprecher der Initiative 'Gesicht zeigen', der ehemalige Regierungssprecher der SPD/Grünen-Koalition Uwe-Carsten Heye, im 'Deutschlandradio Kultur' und im 'Inforadio Berlin' unter Bezug auf Aussagen eines Sprechers des 'Afrikarates' davor gewarnt, als dunkelhäutiger Mensch das Land Brandenburg zu bereisen.

„Es gibt kleine und mittlere Städte in Brandenburg und anderswo, wo ich keinem, der eine andere Hautfarbe hat, raten würde hinzugehen. Er würde sie möglicherweise lebend nicht mehr verlassen“ (Heye 2006)¹⁰

Diese Reisewarnung löste eine erregte Debatte um Rechtsradikalismus (in Ostdeutschland) im Allgemeinen und die Wirkung solcher Reisewarnungen im Besonderen aus. Es folgte eine mediale Welle der Entrüstung gegenüber dieser als pauschalisierende Stigmatisierung ganzer Regionen empfundenen Aussage. Der Afrikarat beschließt, entgegen früherer Überlegungen, keine Broschüre mit solche 'No-Go-Areas' zu erstellen, sondern im Internet in fünf Sprachen Verhaltenstipps geben:

„Nicht alleine gehen, sondern in Gruppen unterwegs sein, nicht einfach in jede Kneipe gehen und auf keinen Fall nachts in den Osten zu fahren“¹¹.

Auch in der politischen Sphäre Berlins und Brandenburgs hatten diese Reisewarnungen eine lebhafte Debatte ausgelöst, die beispielsweise durch Aussagen von Wolfgang Thierse nachverfolgt werden kann. Thierse hatte sich in einem Interview zwar eindeutig dafür ausgesprochen, auf die spezifische Lage in Ostdeutschland und auch im Land Brandenburg in Bezug auf rechtsradikale Ge-

10 Heye, Uwe-Carsten zitiert nach Mitschnitt der Sendung im Inforadio und Lee, Felix „Die unbequeme Wahrheit“. In: taz, 19. Mai 2006, S. 3.

11 Zitiert nach: Schmidt, Dorothee (2006): „Grenzfragen der Toleranz“. In: Der Tagesspiegel, Nr. 19195, 19.5.2006, S. 10.

walt hinzuweisen, er empfindet es aber als „wenig sinnvoll (...) ‘No-Go-Areas’ zu benennen“.¹²

„Trotzdem rede ich nicht von ‘No-Go-Areas’, wo Ausländer nicht hingehen dürfen. Erstens: Wenn man zu so etwas auffordert, bestätigt man die Rechten und bescheinigt ihnen öffentlich, sie hätten ihr Ziel erreicht. Ich halte das für verheerend. Zweitens: Man demotiviert alle, die sich gegen Rechtsextreme wehren. Das halte ich für falsch. In Ostdeutschland ist das Problem deutlich größer. Richtig. Deswegen müssen wir uns mehr anstrengen und wir müssen ehrlicher mit dem Thema umgehen. Aber wir dürfen das Feld nicht den Rechten überlassen und sagen: Ausländer, geht da nicht hin! Solche Warnungen führen letztlich dazu, dass die ausländerfreien Zonen, das Ziel der Rechten Wirklichkeit werden. [...]. Mich ärgert seit Jahren der Medienkonjunkturelle Umgang mit dem Thema: Es passiert etwas, dann gibt es zwei Tage Aufregung, dann ist wieder Ruhe. Wir brauchen ein kontinuierliches Problembewusstsein. Alles andere ist falsch.“ (Thierse, 2006)¹³

Auch der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Konrad Freiberg grenzt sich ab.

„Ich würde zwar Begriffe wie No-Go-Areas nicht benutzen. Aber ich würde es sehr begrüßen, wenn wir mit einer gründlichen Analyse und einer umfassenden Diskussion der Situation anfangen. Wir müssen uns intensiv damit auseinandersetzen, denn diese Problematik wird nicht plötzlich einfach verschwinden“¹⁴.

Diesen Absagen an pauschale Gefährdungsbedrohung werden Hinweise auf die unhaltbaren Zustände im Land entgegnet. In einem Beitrag des Berliner ‘Tagespiegels’ vom 19.5.2006 wird betont, dass „aus der Sicht der unzähligen Opfer des rechten Straßenterrors in Brandenburg seit der Wiedervereinigung – Migranten, Linke, Punks, Obdachlose, Homosexuelle und viele andere – [...] Heye nicht zu widersprechen [sei]. [...] Das Risiko, von rechten Schlägern attackiert zu werden, ist in Brandenburg und den anderen vier neuen Ländern im Schnitt drei bis vier mal so hoch wie in Westdeutschland [...] knapp ein Drittel der Brandenburger sind ausländerfeindlich eingestellt [...]. Von den 99 Todesopfern, die von den Zeitungen ‘Frankfurter Rundschau’ und ‘Der Tagesspiegel’ seit der Wiedervereinigung bis zum Jahr 2003 bundesweit gezählt wurden, hatten 20 in Brandenburg

12 Schottner, Dominik (2006): Interview mit Wolfgang Thierse. In: taz, 19.Mai 2006, S. 3.

13 Schottner, Dominik: Interview mit Wolfgang Thierse. In: taz, 19.Mai 2006, S. 3

14 Jansen, F./Meier, A./Schlegel, M./Lemkemeyer, S. : „Kurz vor der WM Streit um rechte Gewalt“. In: Der Tagesspiegel, Nr. 19195, 19.5.2006, S.1

ihr Leben verloren. Das ist angesichts der geringen Bevölkerung des Landes ein enorm hoher Anteil“ (Jansen 2006)¹⁵.

Immerhin werden im Zuge dieser Debatte auch vereinzelt Stimmen und Eindrücke von MigrantInnen eingeholt:

„Wissen sie wie das ist in einem Land zu leben, wo die Farbe Schwarz für alles Schlechte steht, für schwarze Schafe und so weiter.“¹⁶

Neben Radiobeträgen und Presseberichten erzeugt die Debatte aber auch eine Flut an Infographiken und kognitiven Kartierungen:

„Ich persönlich halte nichts davon, das als Landkarte in der Zeitung abzudrucken, nach dem Motto: Hier verlassen Sie den demokratischen Sektor. So würde man die Neonazis mit ihrer Idee von „national befreiten Zonen“ bestärken. Es reicht, wenn man ausländischen Touristen rät, in sicheren Stadtteilen Berlins und Leipzigs zu bleiben“ (Heye 2006)¹⁷

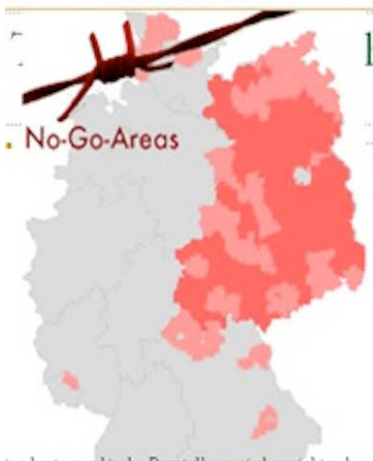


Abb. 3 (oben): Quelle unbekannt



Abb. 4: Telegraph.co.uk. 21.06.06

15 Jansen, Frank: „Gewaltiges Aufkommen“. In: Der Tagesspiegel, Nr. 19195, 19.5.2006, S. 2 und Potsdamer Neueste Nachrichten, 19.5.2006, S. 2

16 Arntz, Jochen/Junghänel, Frank/Leo, Maxim: „Fremdes Land“. In: Berliner Zeitung, N. 116, 19.Mai 2006, S. 3

17 Quelle: Spiegel online 24.05.06

4.1 Die diskursive Produktion von Orten: Lokale Presse und überregionale Medien in der Debatte

Im ersten Kapitel dieser Arbeit wurde die Bedeutung der kommunikativen Konstruktion von Raum bereits hervorgehoben. Nun geht es darum, diese Verfahren exemplarisch zu vertiefen und im Bezug auf die lokale stadtkulturelle Situation der beiden hier untersuchten Kleinstädte zu erfassen.

Auch in meinem Fall wurde die Aufmerksamkeit auf stadtkulturelle Krisenszenarien rechtsradikaler Präsenz, getöteter und verletzter Opfer deutlich durch die Skandalisierung dieses Zustandes im Spannungsfeld massenmedialer Repräsentation beeinflusst. Während in den 1990er Jahren die bundesrepublikanischen Medien, in Verbindung mit der Neuformierung einer gesamtdeutschen Zeitungslandschaft, zunächst nur in den frühen 1990er Jahren nach den pogromartigen Großereignissen in mehreren ostdeutschen und einzelnen westdeutschen Städten berichteten, verschwand das Thema relativ bald wieder aus der bundesrepublikanischen Medienlandschaft. Ein deutlicher Konjunkturwandel überregionaler Berichterstattung kann erst um die Jahrtausendwende, auch im Zuge des sogenannten „Aufstandes der Anständigen“ festgestellt werden. Besonders überregionalen Medien, also Presse, Funk und Fernsehen, kommt hier bei der Enthüllung, der Skandalisierung oder anderweitiger Zuweisung besonderer lokaler Zustände eine zentrale Rolle zu. Hier können Hinweise etwa aus aktuellen Untersuchungen zu „Angstzonen“ (Döring 2007) oder zu den „Ostdeutschen in den Medien. Das Bild von den Anderen nach 1990“ (Ahbe/Gries/Schmale 2009) Aufschluss bieten, wie deutungsmächtig mediale Darstellungen, vor allem in ihrer überregionalen Verbreitung interpretiert werden, ohne freilich konkrete Aussagen über die Bearbeitung durch ihre Rezipienten treffen zu können. Besonders deutlich wird bei der Verbindung von ‘Ostdeutschland’ mit dem Krisenszenario des sozialen und kulturellen Bruchs argumentiert. Als Beleg für eine noch nicht vollständig gelungene Transformation der alten DDR-Gesellschaft in die neue Zeit der wiedervereinigten Bundesrepublik gelten neben ökonomisch-sozialen Krisen vor allem Verweise auf die noch nicht gelungene zivilgesellschaftliche Normalisierung. Das soziale Phänomen Rechtsradikalismus wird so zu einem medialen Marker einer oftmals von lokalen Akteuren in Verwaltung und Stadtpolitik als stigmatisierend empfundenen Ursachensuche. Der Diskurs um Rechtsradikalismus in ostdeutschen Kleinstädten wird so um ein wesentliches Element, nämlich den des befürchteten Imageverlusts vieler Kommunen, ergänzt.

Die Rolle der medialen Kommunikation, vor allem anhand von Printmedien hat in Ostdeutschland einen deutlich lokalistischen Aspekt, der oftmals in der



Abb. 5 und 6: (links): Konkret-Titel Sommer 2006, (rechts) Titanic Mai 2006

Abgrenzung „unserer“ Medien von der „Westpresse“ besteht. In einer Veranstaltung anlässlich der Publikation der Untersuchung „Die Ostdeutschen in den Medien. Das Bild von den Anderen nach 1990“ (Ahbe/Gries/Schmale 2009) betont einer der Autoren, dass ihn die Befunde der Studie in ihrer Deutlichkeit „doch einigermaßen überrascht“ hätten. Die Arbeitsgruppe hat festgestellt, dass sich am tradierten Bild von den ‘Ossis’ bis ins zweite Jahrzehnt der deutschen Einheit hinein wenig geändert hat. Der Sozialwissenschaftler Thomas Ahbe unterstreicht, dass die Ostdeutschen von Westdeutschen bis heute als fremdartig wahrgenommen würden. Eben als „die Anderen“, welche in erster Linie die Aufgabe hätten, die westdeutschen Identitäten zu stabilisieren. Auf Grundlage einer nicht genauer ausgeführten Inhaltsanalyse von Artikeln in der tageszeitung (taz) und der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) konnten die Autoren deutliche Unterschiede in der Darstellung der ‘Ossis’ feststellen. Während die taz Ostdeutsche häufig als „von der Diktatur deformierte, autoritäre Persönlichkeiten“ (Seiffert 2010) definiert, würde die FAZ wiederum kritisieren, dass sich die Ostdeutschen „zu wenig mit der Bundesrepublik identifizierten“ (ebd.). Weiterführend ist an dieser Stelle allerdings vor allem der Befund des Journalisten Seiffert, dass die Ergebnisse der Untersuchung ein grelles Licht auf den Stand der sogenannten inneren Einheit Deutschlands werfen. „Denn das Muster, selten oder nie auf Augenhöhe mit Westdeutschen zu sein, gehört auch zu den prägenden

medialen Erfahrungen der Ostdeutschen während der Neunziger Jahre. Das heißt, dass die Bewohner der neuen Länder längst nicht mehr erwarten, dass ihr Leben in bundesweiten Medien angemessen widergespiegelt wird“ (Seiffert 2010). So sei es auch kein Zufall, fährt Seiffert fort, dass im Osten der Marktanteil der überregionalen Blätter deutlich geringer ist als im Westen. „Gewinner sind Medien wie ‘Super Illu’ oder dritte Fernsehprogramme, die die Seele der Ostdeutschen streicheln. Die überregionalen Medien werden wohl auf absehbare Zeit bei ihrem angestammten Bild von den Ostdeutschen bleiben“ (ebd.).

Als Gegenpol zur überregionalen Berichterstattung steht idealtypisch ein lokaler ‘embedded journalism’, der sowohl andere personelle Loyalitäten und Gefüge als auch Betrachtungsperspektiven an den Tag legt. Lokale Medien und deren RedakteurInnen versuchten hier meist explizit einen Gegenpol zur regionalen oder gar bundesweiten Presse zu bilden. Die lokalen Zeitungen entwerfen sich trotz ähnlicher Konzentrationsprozesse auf dem Zeitungswesen oftmals als die ‘authentische Stimme’ der Stadt oder Region. Mit eigenem Supplement für ihre lokale LeserInnenschaft versehen, erreichen diese regionalen Printmedien eine nicht zu unterschätzende Anzahl an Haushalten und können das lokale Kommunikationsgeschehen deutlich anregen und beeinflussen. Auch wenn diese Blätter zunehmend Konkurrenz von kostenlosen Anzeigenblättern bekommen, die mit wenig redaktionell bearbeiteten Themen versuchen, sich ebenfalls regional zu platzieren, können diese Blätter als zentrale Organe der Stadtgesellschaften verstanden werden. Deren Personal und dessen Position zu den Ereignissen und Verhältnissen in der Stadt, bilden in der journalistischen Bearbeitung einen wichtigen Spiegel lokaler Kommunikationspraxen. Trotzdem – das soll hier auch noch einmal aus der Erfahrung der Untersuchungsstädte unterstrichen werden – kann aus der Analyse der lokalen Presse nicht ungebrochen auf den Umgang mit der Problematik geschlossen werden.

4.2 Sprecherpositionen – oder Die Macht der Lokalredakteure

Bei genauerer Betrachtung und analytischer Bearbeitung eines Korpus von Artikeln, Kommentaren und Berichten der beiden auflagenstärksten Lokalzeitungen der untersuchten Städte, kann deren Bedeutung als Organe des thematischen ‘agenda-settings’ deutlich festgestellt werden. Im Zuge meiner Feldanalyse wurden Zeitschriften aber nur selektiv und nicht systematisch, etwa lexikometrisch oder anderweitig seriell inhaltsanalytisch ausgewertet. Dies lag einerseits an Schwierigkeiten im Archivzugang bzw. der mangelnden digitalen Quellenla-

ge. Andererseits lag in meiner Untersuchung der Schwerpunkt nicht auf einer Medianalyse. Stattdessen wurden, wie bereits erwähnt, ausgiebige Gespräche mit LokalredakteurInnen über deren Einschätzung der Lage, ihre Positionen und möglicherweise Interventionen in den städtischen Diskursen geführt. Ansatzpunkt war hier, Informationen zum Verbreitungsgrad des lokalen Mediums, aber auch zu dessen Ressourcen und Themen zu bekommen. Als mindestens ebenso bedeutsam, wie Einblicke in die lokale Medienlandschaft zu bekommen, erscheint mir der persönliche Hintergrund der sie prägenden Akteure. Anders ausgedrückt, werden Medien nicht allein abstrakt zu Trägern von Kommunikationsprozessen, sondern darüber hinaus in der persönlichen Färbung und Deutung durch die RedakteurInnen geprägt und formiert. Dies trifft in ganz besonderem Maße auch für die überschaubaren Personengruppen in kleineren Städten zu. In diesem setting kann der Lokalredakteur zu einer bedeutenden Persönlichkeit des städtischen Diskurses werden und den Umgang mit den Themenfeldern des Ortes deutlich prägen. Die Lokalpresse wird hier primär als Medium vor framing- und agenda-setting-Prozessen betrachtet. Dabei stehen hier nicht, wie in den meisten Diskursanalysen, die Texte der eigentlichen Zeitungsmeldungen im Zentrum des Interesses. Stattdessen werden die Positionen und Haltungen der sie Verantwortenden und oftmals selbst recherchierenden Redaktionsleiter dieser für die örtliche Kommunikation wichtigen Informationsquelle untersucht. Neben den Meldungen selbst spielen m.E. die persönlichen Positionen der die Zeitungen maßgeblich produzierenden Menschen eine hervorzuhebende und oftmals gerade in Kleinstädten unterschätzte Rolle. Lokalredakteure sind mehr als neutrale, objektivierende BeobachterInnen des städtischen Geschehens. Sie sind vielmehr aktive (Co)-Produzenten einer kommunikativen Öffentlichkeit. Sie mischen sich hier mehr oder weniger deutlich und persönlich involviert ein und strukturieren so als Personen mit Standpunkt die Agenden der lokalen Probleme, ihrer Akteure und der Konfliktdiskurse vor Ort. Freilich können deren Ansichten ebenfalls nicht ungebrochen auf die Wirkungsweise und Rezeption des hier Gedachten und Gesagten übertragen werden. Aber das ist schließlich bei Textanalysen von Zeitungsartikeln ebenfalls nicht möglich. So lauten zumindest meine Ausgangsthesen, die nun anhand eines Vergleichs der Gespräche mit den beiden Redaktionsleitern Herr Teichert (Belsheim) und Herr Hübner (Wittingen) exemplarisch am unterschiedlichen Umgang mit diesem Konflikt beleuchtet werden.

Wittinger Lokalzeitung

Herr Hübner ist der leitende Redakteur der lokalen Ausgabe in Wittingen und Umgebung. Mit zwei fest angestellten Redakteuren und dem Redaktionsleiter, sowie einer freien Mitarbeiterin und einer Fotografin wird hier zu den Erscheinungstagen ein als Lokalteil gekennzeichnetes Supplement mit variierender Seitenzahl in einer Auflagenzahl von ca. 10.000 Stück eingelegt. Der 'Mantel' der Zeitung kommt immer vom Sitz der Zeitung in der Landeshauptstadt. Herr Hübner betont aber den unabhängigen Charakter des Lokalteils, der sich im Wesentlichen auf die eigene Recherche der Redakteurinnen vor Ort stützt: „Also Pressemitteilungen so was, das ist nicht unser Ding“ (Witt 11/17). Diese würden nur als „Anlass genommen, um nachzufragen, um dann selbst Geschichten daraus zu machen, Hintergründe zu erfragen“. Dieser investigative Ansatz schöpft aus der intimen Kenntnis der lokalen Situation und „selbst [zu] entscheiden, was wir hier für ein geeignetes Tagesthema ansehen und in dem Sinne wird dann recherchiert“ (Witt 11/19). Der Redaktion wird vom Hauptsitz der Zeitung „völlig freie Hand gelassen [...] in jedweder Form der Recherche [...] Themen und so – ... es gibt keine Vorgaben [...] das ist wirklich eine ganz autark funktionierende Lokalredaktion inhaltlich bestimmen wir alles selbst“ (Witt 11/30).

Diese journalistische Eigenständigkeit bestimmt auch seine Position gegenüber der Stadtverwaltung: „[A]lso wir sind nicht Helfer und Transporteure für Nachrichten der Verwaltung... das schafft dann mitunter auch einen Misston hier aber – ... naja, gut, da können wir gut mit leben“ (Witt 11/19). „[D]ie Schwierigkeit besteht eigentlich, wenn es um Verwaltungsgeschichten geht, die vermittelt werden sollen, dass die natürlich oftmals einfach zu komplex sind und wir dann erst mal hier sitzen und einige Mühe haben, das auseinander zu dröseln, um daraus Einzelgeschichten zu machen, die dem Leser verständlich wieder rüberzubringen ... ein ganz klassisches Beispiel sind diese ganzen Planungsgeschichten“ (Witt 11/36). Am Beispiel solch einer Planungsgeschichte, nämlich der Problematik der Windräder erläutert Hübner sein Verhältnis zur Stadtverwaltung. Immerhin sei die Region um Wittingen so Hübner, „zugepflastert ringsum das weite Territorium ... und es gibt nur noch Restflächen, die jetzt bebaut werden sollen“ (Witt 17/38). Allerdings sei gerade dies eine Thematik der städtischen Verwaltung, welche in der Regel für die LeserInnen der Zeitung nicht besonders interessant sei bzw. erst dann zur Kenntnis genommen würde, wenn „das Kind bereits in den Brunnen gefallen“ (Witt 11/42) sei und sich in den Planungsverfahren nichts mehr beeinflussen lasse. Darum ist eine Maxime des Redaktionsleiters „bestimmte Entwicklungen und Tendenzen, die in der Verwaltung ziemlich leise ablaufen

doch öffentlich zu machen, richtig ins Licht zu holen“ (Witt 11/42). Um dies zu gewährleisten, werde in der Zeitung Leserbriefen und -kommentaren ein erheblicher Platz eingeräumt. Diese würden nicht alleine von vielen KonsumentInnen der Zeitung in Resonanz auf die Berichterstattung aktiv wahrgenommen, auch die Stadtverordneten würden in ihren Sitzungen gerne und regelmäßig aus der Zeitung zitieren. Daraus allerdings zu schließen, dass die Zeitung damit in die Politik eingreifen wolle, läge ihnen aber nicht: „Man könnte schon eine gewaltige Politik machen damit, was uns aber absolut fern ist“ (Witt 11/42).

Angesprochen auf die Problematik der hohen Präsenz von Rechtsradikalen betont Hübner, dass mehr als die eigentliche Berichterstattung über einzelne Vorkommnisse nicht zu machen sei. Er widerspricht zudem deutlich meiner Fragestellung nach einer von der radikalen Rechten dominierten Stadt: „[Wir] sehen das [...] selbst als hier Arbeitende nicht so, dass Wittingen besonders dominiert von Rechten ist im Vergleich zu anderen Landesteilen. Es ist nur eben auf Grund der sozialen Struktur in der Stadt und auch der Größenverhältnisse natürlich auffällig, wenn hier schon eine kleine Gruppe rum läuft, dann heißt es schon ‘ganz Wittingen ist Rechts’“ Witt 11/52). Die Medienstrategie des Lokalteils gegenüber den Neonazis besteht darin, „denen natürlich nicht [zu helfen], indem wir über die kleinen Sachen groß und breit berichten. [...] Also wir schaffen ihnen lieber kein Forum [...] und wir haben im Stadtparlament ja auch einen NPD-Abgeordneten sitzen [...] der wird bei uns bewusst ignoriert, ... der wird überhaupt nicht zur Kenntnis genommen“ (ebd.). Damit verfolge die Redaktion das, was „hier in Wittingen auch so angenommen und gewollt ist [...] so wie das hier immer aufgebauscht wird...Wir haben hier in Wittingen nicht das Problem damit“ (Witt 11/52). Als Nachweis lokaler Expertise wird erneut die „Kenntnis der Situation direkt vor Ort“ angeführt: „Wir könne das natürlich auch klarer einschätzen als jetzt überregionale Medien wenn es hier eine Schlägerei gegeben hat mit Rechten, ob es in jedem Falle rechts motiviert war oder ob es einfach nur eine Prügelei gewesen ist“ (Witt 11/52).

Gegenteilige Argumente einerseits, etwa unter Verweis auf die unterschiedliche Wahrnehmung einer Gefährdung je nach Position und z.B. Aussehen der Betroffenen, werden von Herrn Hübner deutlich zurückgewiesen. Der Hinweis auf einen schwarzen Mitarbeiter der Kirche („Der hat überhaupt kein Problem damit, der wird auch in Ruhe gelassen“, Witt 11/62) dient noch einmal der Bekräftigung des Stigmatisierungscharakters dieser Beobachtung: „[D]eswegen halten wir das immer für sehr fragwürdig, wenn das nach außen immer so rauskommt, dass Wittingen nun die rechte Hochburg ist“ (Witt 11/62). Diese Fremdwahrnehmung der Stadt sei nun zudem „eine so festgeklopfte Meinung mittlerweile nach

außen hin, die kann man auch mit keiner Berichterstattung mehr wett machen aus dem lokalen Bereich“ (Witt 11/125).

Trotzdem mag auch Herr Hübner einer gewissen Auffälligkeit rechtsradikaler Aktivitäten in Wittingen nicht widersprechen. Diese seien aber „teilweise auch planerisch provoziert worden ... [...] wir haben bis vor einigen Jahren hier auch ein sogenanntes Aussiedlerheim gehabt direkt an der Peripherie der Stadt ... das ist dann schon wie ausgegrenzt von der Stadt und so kam das natürlich auch immer an und dann hat es natürlich den Jugendlichen hier Spaß gemacht, da hin zu marschieren, sich da zusammenzurotten“ (Witt 11/64). Verstärkt wurde diese Polarisierung noch dadurch, dass den Spätaussiedlern „eine ganze Siedlung neu gebaut [wurde] ... mit Fördermitteln und dort kommen dann eben Übersiedler rein [...] zu günstigeren Mieten und das weiß in Wittingen auch jeder, das schafft natürlich auch Konfrontationen ... also das kann niemanden überraschen, das ist in jeder Stadt genauso“ (Witt 11/66-68). Die dorthin zugewiesenen Übersiedler hätten „dort sehr komfortable sehr große Wohnungen zu Mietpreisen [gekriegt], wo andere, die schon seit Jahrzehnten hier wohnen, eben nur von träumen können“ (Witt 11/76).

Dieses Sozialneid-Argument, das auch ein zentraler Bestandteil des rechtsradikalen Diskurses um die bevorzugte Behandlung von MigrantInnen darstellt, wird als probates Entlastungsargument angeführt:

„Das schafft natürlich auch Konfrontation, ohne dass man jetzt sagen [kann], dass der Wittingener sich dagegen auflehnt, dass der rechts ist ... das ist völlig an den Haaren herbeigezogen ... das hat damit überhaupt nichts zu tun [...] Weil der Wittingener selber hat auch keine Arbeit, muss trotzdem sehen, wie er seine Miete bezahlt kriegt zum vollen Preis und der andere hat zwar auch keine Arbeit ... aber der wird eben gestützt ... und so schafft man dann Konfrontationen, die einfach sozial begründet sind“ (Witt 11/84).

Versuche, Herrn Hübner mit Einschätzungen anderer KennerInnen der lokalen Situation im Bezug auf rechtsradikale Präsenz zu konfrontieren, lassen ihn nicht an die besondere Problematik für die Stadt glauben. Er stimmt zu, dass die Stadt auch ein Rekrutierungshintergrund für Rechte darstellt, dass es sich im Ganzen aber um „überzeugte Rechte“ handelt, stellt er in Abrede, „denn es sind eigentlich frustrierte Jugendliche“ (Witt 11/127). Die Spezifik der Stadt sieht er darin, dass es hier besonders viele Jugendliche gäbe,

„die trotz des Elends [...] nicht bereit sind, die Stadt zu verlassen. Die sind so [...] fest verwurzelt hier, die wollen nicht von zuhause weg. ... Die wohnen zum Teil im großen Stil sogar noch bei Mutti – Hotel Mutti – und das wollen sie um nichts in der Welt davon trennen und die laufen natürlich auch schnell solchen Rechten hinterher die [...] gegen Staat und Gott schimpfen. [...] Aber die sind von der in-

neren Einstellung davon bin ich überzeugt – ... nicht rechts im wirklichen Sinne oder von rechtem Gedankengut – ... sie nehmen nur die Parolen gerne auf, weil die natürlich auch irgendwo noch so einen sozialen Touch mit rein basteln und das ja immer gekonnter“ (Witt 11/127).

Folgt man der Erklärung des Wittinger Lokalredakteurs Hübner handelt es sich bei den jugendkulturellen Phänomenen der rechten Szene

„lediglich um sozialpsychologische Probleme einer falsch entwickelten Gruppendynamik auf Grundlage einer falsch bzw. gar nicht mehr finanzierten lokalen Jugendarbeit, weil das mittlerweile der einzige Anhaltspunkt überhaupt noch ist, sich als Gruppe zu treffen. Denn alles andere gibt es hier nicht mehr. Einen wirklichen Jugendclub in dem Sinne gibt es hier nicht mehr – ... es gibt zwar Jugendeinrichtungen, aber dort auch nur als Treffpunkt, wo jeder macht das, was er gerade will und am besten keiner macht überhaupt was ... weil es gibt auch keine finanziellen Mittel mehr für irgendwelche Veranstaltungen – ... es gab ja bis vor einigen Jahren auch noch groß organisierte Camps und so für Jugendliche wo die dann im Sommer campen gefahren sind – ... das gibt's alles nicht mehr, das gibt es alles nur noch für Preise, die die Leute, die keinen Job mehr haben, nicht mehr bezahlen können und wenn, dann eben die Rechten irgend etwas mit Gruppe organisieren, wo sie sich in Macht und Größe zeigen können, dann haben die natürlich Spaß daran, als Äquivalent dahin zu laufen“ (Witt 11/131).

Was tun? Perspektiven journalistischer Interventionen

Die Möglichkeiten eines auch journalistischen Eingreifens und Positionierens in solchen Konflikten sieht der Redaktionsleiter Hübner als wenig effektiv an:

„Wir haben es zwar versucht zu verarbeiten, [...] wir haben dazu [...] auch die Verwaltung gehört und die beruft sich dann eben auf Regelungen, die in Gesetzen verankert sind und damit ist das Thema dann erschöpft ... und der neidische Wittinger, der steht dann eben weiter so nass da wie vorher – ... dem hat es dann gar nichts gebracht – ... da gab es dann auch Leserbriefe dazu, wo das dann nochmal versucht wurde ziemlich drastisch darzustellen von den Wittingern ... haben wir dann auch mit denen gesprochen, dass man bestimmte Sachen dann so drastisch eben doch nicht bringen kann [...] ... da versuchen wir dann auch schon ein bisschen zu kanalisieren, bisschen mehr Frieden rein zubringen. Aber es hat zum Schluss nicht das Problem gelöst ... weil das [...] über die Region hinausgeht“ (Witt 11/84).

Es wird unterstrichen, dass die lokalen Möglichkeiten, an den überregional strukturierten und wirksamen wirtschaftlichen Bedingungen etwas zu verändern, begrenzt sind. Ökonomische Probleme werden also nicht primär in der Stadt erzeugt und können somit erst recht nicht lokal alleine gelöst werden. Der fatalistischen Einschätzung, dass dies aber bedeuten würde, den Rechten die Stadt

auch in absehbarer Zeit zu überlassen, stimmt er unter erneutem Hinweis auf die Unzulänglichkeiten des lokalen Aktionsbündnisses zu:

„Wenn ich so ein Gremium habe wie das Aktionsbündnis dann kann es nicht mehr machen, als darüber (zu) beraten, dass es das Problem gibt und es kann zwar viel orakeln, wie man dem Problem beikommen kann – ... sie können selbst aber auch nichts in Gang setzen – ... weil sie selbst alle merken, es hängt letztlich an der Wirtschaft ... und das ist auch wo wir selbst auch den Eindruck gewinnen, dass auch dieses Aktionsbündnis in seiner Identität deutlich nachlässt, weil sie selbst die Ohnmacht erkennen, vor der sie selber stehen“ (Witt 11/139).

Dem nun auch in Wittingen seit mehreren Jahren sich verändernden Diskurs um den Umgang mit dem rechtsradikalen Potentialen der Stadt, steht Herr Hübner also recht skeptisch gegenüber. Dies unterstreicht er mehrfach im Bezug auf die lokalen Initiativen und Jugendprojekte, den kirchlichen und anderen zivilgesellschaftlichen Aktivitäten wie etwa dem 'Aktionsbündnis'. Er betont, dass besonders die kirchlichen Einrichtungen hier deutlich an Einfluss verloren haben: „Die Tendenz, die es noch kurz vor dem Ende der DDR gegeben hat, dass die Kirche sozusagen auch das Dach für Jugendliche geboten hat, mit Bands und mit allem ...selbst das ist hier gestorben, das gibt es nicht mehr [...] die Kirche ist hier für Kinder und für Alte“ (Witt 11/155). Diese frühere gesellschaftliche Position kirchlicher Einrichtungen in der DDR als Ort der Dissidenz und der sozialen Arbeit kann auch durch gegenwärtiges Engagement nicht mehr erreicht werden: „[D]ie Kirche ist zwar auch im Aktionsbündnis mit involviert [...] aber eigentlich ohne wirklich was geschafft zu haben“ (Witt 11/157-159).

Auf die Frage, ob sich gerade in den letzten Jahren im Bereich der Jugendarbeit eine Menge getan hat, lehnt er mit der Begründung der mangelnden Effektivität solcher Veranstaltungen ab. Gerade auch am Beispiel des 'Aktionsbündnisses' zeige sich, dass hier zwar derzeit „massiv“ versucht werde, das zu ändern, dies aber alles „nicht funktioniert“ (Witt 11/133). Das liegt für Hübner vor allem daran, dass das lokale Aktionsbündnis selbst „auch keine wirklich helfenden Konzepte hat [...]. Das sind auch alles nur Bekenntnisse was man machen müsste – ... gemacht hat keiner was – ... das ist Fakt-wirklich spürbar für die Leute die es betrifft hat keiner etwas gemacht – ... es wird ihnen immer nur etwas erklärt“ (Witt 11/133). Und: „Programme machen hier keinen Sinn mehr ... Programme haben wir so viele gehabt – ... alle haben immer gesagt, nach dem Programm [...] und dann merken sie alle ohne Geld geht nichts“ (Witt 11/141).

„Es sieht düster aus – ... ja“: Perspektiven der Stadtentwicklung

Letztendlich stellt Herr Hübner der Stadt eine düstere Prognose in Aussicht. Diese, und auch sein eigenes mangelndes lokales Engagement unterstreicht er mit der Information, selbst nicht aus der Stadt zu sein und jeden Tag hierher zur Arbeit anzureisen:

„na ich bin ja sowieso nicht von hier [...] für mich ist das eine sehr gute Abwechslung gewesen, hierher zu kommen, das hier kennen zu lernen – ... ich komme auch gut zurecht von daher habe ich kein Problem und sehe natürlich dann auch viele Sachen möglicherweise nüchterner als die, die nun direkt hier wohnen, weil ich hier niemanden privat oder eben betrieblich verpflichtet bin“ (Witt 11/163).

Er betont aber auch, dass in Wittingen zu wohnen, nie eine Option für ihn gewesen sei:

„nein, ich würde hier auch nicht wohnen wollen, weil ich natürlich von der Infrastruktur her verwöhnt bin. Ich hab in meinem Wohnumfeld einen ganz anderen [Spielraum]. Das ist eine Stadt, die ist ein bisschen größer als Wittingen, wo noch einigermaßen alles ein bisschen funktioniert und ich habe dort [in Mecklenburg] ein eigenes Haus auch stehen – da würde ich nicht tauschen wollen und es ist ... muss ich selber dann auch zugeben landschaftlich eine reizvollere Gegend wo ich alleine schon weiß ... dass diese Region mit Tourismus im wirklichen Industriesinne ... keine Chance hat“ (Witt 11/165).

Dafür fährt Herr Hübner jeden Tag über hundert Kilometer mit dem Auto zur Arbeit.

Belsheimer Lokalzeitung

Lokalredakteur Teichert ist der Redaktionsleiter und Berichterstatter aus der Kreisstadt einer, wie er sagt „kleinen, aber wichtigen Redaktion“ (Bel 17/16) der regionalen Zeitung. Ein Treffen mit ihm kommt erst nach mehreren terminlichen Anläufen zustande. Herr Teichert ist ein viel beschäftigter und wenig in seinen Redaktionsräumen anzutreffender Journalist. Seit über zehn Jahren ist Teichert nun Lokalredakteur und betont seine seitdem errungenen profunden Kenntnisse der lokalen Verhältnisse. Teichert hat vorher in Berlin bei einer großen Tageszeitung gearbeitet und ist vor einigen Jahren nach Belsheim umgezogen, um sich beruflich noch einmal neu zu orientieren. Die Anfänge in der Stadt waren nicht leicht für ihn gewesen, er wurde zunächst „argwöhnisch beäugt“ und letztendlich sei es hier für ihn so, als wenn er „irgendwo [...] an die Nordsee mit den sturen Fischköppen oder (zu) den grantigen Bayern“ gezogen wäre: „Belsheim ist was eigenes [...] die haben ja auch zu DDR-Zeiten so ein relativ autarkes Gebiet“ (Bel 17/39) gebildet.

Aber seine harte journalistische Arbeit hat ihm in der Stadt mittlerweile Ansehen und Achtung eingebracht. Außerdem werde er nunmehr auch überregional und auf Landesebene geschätzt. „[W]ir produzieren oft gute Nachrichten, dann finden sie das am nächsten Tag im ORB oder RBB“ (Bel 17/28).

Herr Teichert mag seine Arbeit als Lokalredakteur, schildert diese aber „ein bisschen ... wie Sado-Maso“ (Bel 17/48). Dies beinhaltet vor allem die Erfahrung, ständig auf der städtischen Bildfläche präsent zu sein, auf der Straße, in Gaststätten und Ämtern als städtische Prominenz wahrgenommen zu werden „[D]ie Leute kenne einen, die wissen das man mit denen zu tun (hat) und ich muss mich jeden Tag mit dieser Arbeit behaupten – ... auch mit Fehlern, die ich dann ausbaden muss in irgend einer Form (...). Und das ist aber reizvoll. Dass du wirklich eine tolle Resonanz (hast) also, da ich ja davon ausgehe, dass ich relativ gut bin [...] habe ich eigentlich mehr Lob als Kritik“ (Bel 17/48).

Besonders wenn es um „kritische Sachen geht, muss jedes Wort stimmen, weil das muss ich verantworten können und ich muss auch morgen mit den Leuten wieder arbeiten“ (Bel 17/50). Diese lokale Einbettung und soziale Kontrolle mache sich auch in der Art und Weise bemerkbar, wie die hier vorgefundenen Erlebnisse und Eindrücke von ihm beschrieben werden können:

„Ohne dass du dich selbst verbiegest und verleugnest. Es ist einfach so, dass du in einer Sprache und in der Ausdrucksweise wesentlich zutreffender, wesentlich genauer, wesentlich filigraner bist – ... durchaus klar erkennen lässt deine Meinung ... aber wiederum unantastbar bist, dass es objektiv ist und dass sich keiner jetzt persönlich richtig tief getroffen fühlt – ... gibt es aber auch ... manchmal muss man das auch – ... also wenn eben so das Verhalten der Abgeordneten wirklich so dilettantisch und spießig und kleinbürgerlich und was weiß ich ist dann muss man das auch so benennen und da habe ich auch kein Probleme mit ... sie können mir ja dann im Leserbrief ihre Meinung schreiben, den drucke ich ab ... ähm nur ich habs dann nicht gerne wenn man dann – ... ich verleumde sie nicht, ich wähle eine gute Wortwahl und die hauen dann in einem unsachlichen Ton zurück oder so in einem beleidigenden oder verleumderischen Tonfall“ (Bel 17/509).

Teichert beschreibt sein Verhältnis zur Stadtverwaltung als „differenziert“. Da auch hier seit langen Jahren persönliche Bekanntschaften vorherrschen („man kennt sich, man kennt jeden einzelnen Amtsleiter über Jahre hinweg“, Bel 17/52) sei die Kontaktebene sehr direkt und offen.

„[D]as hat sich ganz gut entwickelt und wie gesagt mit den Ämtern sowieso – ... Ordnungsamt Bauamt – ... ich bin bei den Ausschusssitzungen dabei, höre ja was diskutiert wird und wenn ich dann Rückfragen habe, melde ich mich und das geht schon ganz gut – ... was eben generell hier noch nicht verbreitet ist in den Ämtern und so weiter – ... also eine offensive Öffentlichkeitsarbeit“ (Bel 17/52).

Gerade in diesem Bereich der Transparenz der Verwaltung und ihrer Entscheidungen sieht er deutlichen Handlungsbedarf. Allerdings werde er über alles irgendwie dann doch informiert: „[I]ch kriege alles mit – ... abends irgendwie, weil ich kenne die Leute“ (Bel 17/54), stellt das amtliche Verständnis von Öffentlichkeit und Kommunikation allerdings als immer noch nicht zufriedenstellend dar: „Jetzt fängt die Zensur schon vor den Redaktionsstuben an ... die Zensur fängt in den Ämtern selbst an“ (Bel 17/56). Gerade kommunale VerwaltungsmitarbeiterInnen würden sich gerne hinter der Pressestelle verstecken und bei Nachfragen nach persönlichen Meinungen und Positionen erst auf das „grüne Licht“ dieser Abteilung warten. Diese Scheu vor persönlicher Positionierung, die ungeheure Angst, dass etwas Schlechtes oder dass überhaupt was über sie geschrieben wird, erscheint symptomatisch für den kleinstädtischen Verwaltungsalltag. Redakteur Teichert versteht sich somit auch als Schnittstelle und Kommunikator zwischen diesen semi-transparenten Kommunalstrukturen und der städtischen kommunikativen Öffentlichkeit. Selbst Abgeordnete des Stadtrates scheinen dies zu schätzen. So wird betont, dass „sie das alles erst aus der Zeitung erfahren haben und nicht über die normalen Kanäle“ (Bel 17/58). Mein Gesprächspartner sieht das vor allem als „ein großes Kompliment“ an, das ihn immer wieder in seiner Arbeitseinstellung bestätigt.

„[I]ch könnte auch eine Zeitung machen, die oberflächlicher ist [...] ich glaube, dass wir auch im Vergleich zu vielen anderen Lokalzeitungen auch in den alten Bundesländern ...was man da so manchmal in die Hände kriegt – ... also, wir sind noch nicht an dem Punkt angelangt, wo wir nur die Feuerwehrtermine und die Sparkassenscheckübergaben und die Partnerschaftsdelegationen (abdrucken)“ (Bel 17/58).

Angesprochen auf mein zentrales Untersuchungsthema, nämlich die Präsenz von Rechtsradikalen im Ort und der lokale, stadtkulturelle Umgang damit, entgegnet Teichert, das spiele „in der scharfen Form seit zwei, drei Jahren – ... zweieinhalb Jahren so gut wie keine Rolle und wir wehren uns – ... und auch ich wehre mich dagegen [...], dass alte Kamellen dann herangezogen werden“ (Bel 17/64). Als ein Indiz dieser veränderten Lage beruft er sich auf das ‘Stattcafe’:

„Mitten in der Stadt [...] wo jeden Tag [...] dunkelhäutige Iraner, Iraker, Osteuropäer und so weiter sich treffen. Aber auch Belsheimer Schüler und und und – ... hier braucht kein dunkelhäutiger Angst haben, wenn er sich anständig benimmt. Das ist immer die Grundvoraussetzung [...] – wir dürfen ja nicht davon ausgehen, dass jeder von denen ein eins A unbescholtener Vorzeige – ... Afrikaner – ... Asiate und so weiter ist ... die sind auch Menschen – ... ganz normale Menschen und natürlich dealt der eine auch mal – ... haben wir auch gehabt im Asylbewerberheim und ... es wird – ... das spricht sich dann rum in der Stadt und es bildet sich so ein Vorurteil“ (Bel 17/66).

Seine Kenntnisse der Lage im Flüchtlingswohnheim bezieht Teichert, wie er betont, aus seinen regelmäßigen Kontakten zur Polizei. Er besteht aber darauf, dass man das nicht verallgemeinern dürfe. Und wechselt selbst noch einmal zum Thema der rechten Präsenz in der Stadt:

„Wir hatten mal eine Zeit da [marschierten] hier jedes halbe Jahr [...] Neonazis oder die halbwüchsigen Kinder durch Belsheim [...] einmal sogar mit Fackeln auf dem Marktplatz. Da kann ich natürlich unsere deutschen Gerichte überhaupt nicht verstehen. Am 8. Mai – ... also ein symbolträchtiges Datum, hat das Gericht eine Erlaubnis erteilt auf dem Marktplatz einen Fackelumzug [...] es war gespenstisch [...] ich war ja da – ... ich habe keine Angst vor denen – ... das waren dreißig, fünf- unddreißig Leute Hanseln, Halbwüchsige“ (Bel 17/70).

In dieser „schwierigen Zeit“ sei zu spüren gewesen, „dass es ein richtiges Thema war und sich das Belsheimer Forum [...] dagegen gegründet hat“ (Bel 17/70). Schon früher, im Jahr 2000 und noch relativ neu in der Stadt, hat der Redakteur Teichert nach einem Brandanschlag gegen eine vietnamesische Familie mit einer Artikelserie „Bürger gegen Gewalt“ in der Zeitung reagiert. In über sechzig Folgen sind damals „auf Seite eins jeden Tag mit Bild und Namen und das war sehr mutig für Belsheimer Verhältnisse – ... einfache, [...] normale Leute zu Wort kommen lassen, warum sie gegen Gewalt sind [...] jeder hatte einen anderen [Grund] und entsprechend seiner Aufgaben und seines Berufes. Der Gastwirt hat natürlich gesagt ‘ich mag es nicht wenn sie sich bei mir hier schlagen, aber ich mag es auch nicht, wenn sie sich auf der Straße schlagen, weil es ist auch für mein Geschäft schädlich’ – ... und so weiter – ... also auf einem ziemlich guten Niveau, [auch] diese Antworten“ (Bel 17/70). Bei dieser Gelegenheit bekomme ich dann auch gleich von Herrn Teichert eine Pressemappe mit Kopien dieser Portraits auf den Tisch gelegt und entdecke so manches bekannte Gesicht unter den dort vertretenen mutigen Belsheimer BürgerInnen. Später, ab dem Jahr 2002, initiiert die Lokalredaktion dann auch noch eine Serie über die BewohnerInnen aus dem Flüchtlingsheim. Hier werden in kurzen Personenprofilen Flucht- und Migrationsgeschichten, Herkünfte und Alltagswünsche einzelner HeimbewohnerInnen dargestellt „wir wollen mal ein bisschen Verständnis – ... wir wollen die Leute da mal ein bisschen vorstellen ... die unbekanntten Nachbarn“ (Bel 17/99). Die Recherchen dafür waren auch für Herr Teichert aufschlussreich:

„[A]lso ich muss sagen auch während meiner Recherche auch sehr wohl gemerkt, dass es da große Unterschiede – ... dass es wirklich den politischen Flüchtling gab, der damals gefoltert worden ist, weil er in der falschen Befreiungsbewegung mitgekämpft hat und es aber ganz klar knallharte Wirtschaftsflüchtlinge gibt, die sich hier in Europa ein besseres Leben erhoffen oder beziehungsweise die wollen sogar

mal weiter nach Neuseeland irgendwann einmal [...] das war aber auch sehr interessant“ (Bel 17/102).

Darüber hinaus waren aber auch die Fälle der Abschiebungen aus der Stadt und dem Wohnheim ein Thema: „Wir (hatten) ja auch die Abschiebungen, [die] begleitet worden ist von der Schülern, die dagegen protestiert haben – ... mit Erfolg der Mehmet ... und und und – ... das haben wir natürlich alles sehr intensiv und [...] teilweise ja sehr ausführlich mit verfolgt und werden das auch weiterhin tun“ (Bel 17/104). Um sich hier aber nicht zu deutlich zu positionieren, scheint es ihm wichtig, auch immer wieder „gleichzeitig (zu) sagen, wo es die Probleme umgekehrt gibt [...]– ... das machen wir vielleicht manchmal auch zu wenig – ... also mit den Spätaussiedlern beispielsweise da gibt es echte Probleme“ (Bel 17/104). Auch hier werden vor allem deren residentielle Konzentration in der lokalen Großwohnsiedlung, sowie deviante Jugendliche hervorgehoben. Und überhaupt sei die schnelle Beurteilung aller Vorkommnisse als fremdenfeindlich motiviert voreilig:

„[E]s gab so Wellen [...] wo dann eine Meldung auftauchte ‘Schlägerei auf dem Dorffest mit fremdenfeindlichen Hintergrund’ ... (...) und wenn man das dann als Journalist recherchiert und plötzlich mitkriegt – ... na ja der eine hat eben mal die Freundin vom anderen angebaggert und dann hat er eine in die Fresse gekriegt ... so wie es bei uns schon vor 30 Jahren auf der Tanzfläche auch passiert ist [...] also das muss man dann sehr wohl unterscheiden und da macht man mehr kaputt, wenn man jetzt immer das schon so in der Öffentlichkeit so betont“ (Bel 17/114).

Neben der kumpelhaften Eingemeindung in vermeintlich gleiche Erfahrungshintergründe verläuft das Gespräch nun in Richtung einer Schelte der bundesrepublikanischen öffentlichen Medien, die obwohl es keinerlei Beweis gäbe „in die Öffentlichkeit haut [...] und das ist sehr gefährlich und das ist für mich auch nicht zufällig [...] da soll dann doch eben schon gelenkt werden [in der] öffentlichen Meinung“ (Bel 17/118).

Der Umgang der Lokalzeitung mit den lokalen Rechtsradikalen wird von Redakteur Teichert als „offensiv“ bezeichnet. Er nennt ein Beispiel:

„[A]ls die Demos zum Beispiel waren da war einmal dieser Chefinitiator, der eigentlich aus der Prignitz kommt [...] und ich bin auf ihn drauf zugegangen, um mit ihm über (das) Motto dieser Veranstaltung [zu reden]. – ... er wollte nicht ... er wollte keine Presse ... das heißt, wir sind ja alle gleichgeschaltet und imperialistisch oder weiß ich nicht, was er da für eine Blödsinn erzählt hat [...] aber ich habe mir nichts vorzuwerfen ... ich habe ihm die Chance gegeben und ich hätte auch zwei Sätze von ihm zitiert, wenn er mir zwei Sätze gesagt hätte“ (Bel 17/126).

Auch bei anderen Gelegenheiten stellt sich Teichert dem Gespräch mit lokalen Rechtsradikalen. Das sei „gerade in so einer Kleinstadt wichtig, wenn man die-

se Leute kennt und [...] der harte Kern ist eigentlich nur eine Handvoll“ (Bel 17/126). Er berichtet ein weiteres Beispiel:

„Vor ein paar Jahren [...] gab es eine Veranstaltung im Landratsamt. Da waren dann auch Asylbewerber, da waren auch Rechte eingeladen und waren auch welche da ... das war zu dem Zeitpunkt als es auch alles hier schon alles so ein bisschen hochkam [...]. Das werde ich nie vergessen. Der Saal war proppenvoll, die Stühle reichten gar nicht aus, [...] und da stand dann nach der Veranstaltung so ein Häufchen Glatzköpfe und diskutieren und – ... ganz [betont]. 'ja – ... nehmen uns die Arbeit weg' und ich hörte nur so ein paar Wortfetzen – ... dann bin ich hingegangen und habe gesagt – ... 'Jungs – ... darf ich mich mal in euer Gespräch einmischen' und so ... ich sage 'wisst ihr überhaupt, dass die Asylbewerber gar nicht arbeiten dürfen – ... dass die ein Verbot haben – ... dass die sich eigentlich nicht mal eigentlich aus ihrem Heim wegbegeben dürfen' und und und – ... und bla bla bla – ... „ja ...“ und so – ... dann habe ich mit denen eine halbe Stunde diskutiert [...] die waren ganz geduldig, es gab ein richtiges gutes Gespräch. Ich hatte natürlich das höhere Wissen und die besseren Argumente, aber auch den Zugang zu ihnen offenbar gefunden und da sagte zum Abschluss des Gesprächs jemand zu mir – ... und das werde ich nie vergessen- „so hat uns das ja noch nie jemand erklärt“ – ... da kriege ich noch eine Gänsehaut jetzt [...] also wir haben ja als Journalisten auch Psychologie ein bisschen studiert – ... 8 Semester ... [...] mich interessiert das einfach“ (Bel 17/126).

Bei Nachfrage nach der derzeitigen Situation attestiert er unter Verweis auf die von ihm seit Jahren auch selbst verfasste Kriminalstatistik Belsheims einen zutiefst friedlichen Charakter der Stadt und ihrer Öffentlichkeit:

„Die Gewaltverbrechen kann man an einer Hand [...] abzählen [...] jede Omi kann hier nachts ganz ruhig durch die Straßen gehen, weil oftmals bin ich der Einzige, der noch nachts von irgendeinem Termin kommt, der noch aus der Gaststätte [...] und dann sind die Straßen leer und man kann sich gruseln eigentlich – ... aber, weil keiner auf der Straße ist – ... aber nicht, weil er Angst haben muss, dass hier [...] fünf Neonazis [...] ihm auf die Rübe hauen – ... definitiv nicht [...] und eigentlich auch als Ausländer“ (Bel 17/132).

Teichert vertritt die Einschätzung der positiven Einflüsse, welche beispielsweise durch die Zuwanderung auch der Kommune am Stadtrand auszumachen sind. Die Tatsache, dass es in der Stadt relativ früh Fremde, im Sinne von sich einmischenden Zuwanderern gab, im Gegensatz zu den meisten anderen Städten, wo nur abgewandert wird, hebt Teichert ebenfalls hervor. Die Kommune werde aber auch heute noch „bei den Ur-Belsheimern“, die noch nicht auf dem Gelände waren, abgelehnt. Er hingegen war schon einige Male auf dem Gelände dort und verfolgt die Entwicklungen mit großem Interesse: „Ehrlich gesagt, sie haben teilweise sehr interessante Ideen und [...] mich stören sie nicht, aber sie müssen eben damit leben, dass sie eben auch an ihrem Outfit und an ihrem Auftreten [...]

gemessen werden [...] sie sind sehr aktiv [...] und haben im Grunde genommen hier auch ein bisschen Schwung rein gebracht“ (Bel 17/157).

Belsheimer Perspektiven der Stadtentwicklung

„Bad Belsheim – ... das ist so das große Ziel!“ (Bel 17/183)

Anders als in Wittingen hat die Stadt Belsheim schon früh auf eine Entwicklung als touristische Stadt, besonders unter dem Schwerpunkt der Entwicklung zum Kurort, gesetzt. Der Redakteur Teichert unterstützt diese Entwicklung Belsheims zu einem „touristischen Ort“ (Bel 17/191) ausdrücklich und engagiert. Als weitere Option sieht Teichert den Umgang mit den Folgen der demographischen Entwicklung: „Man müsste ein richtiges großes Konzept erarbeiten um Belsheim als altersgerechte Wohnortresidenz im Naturpark mit vielen Annehmlichkeiten (zu) entwickeln“ (Bel 17/191). Unter diesen altersgerechten Annehmlichkeiten versteht er nicht nur die schöne Umgebung, der ruhige und sichere Ort [„hier hat keine Oma etwas zu befürchten“], sondern auch, dass sich die lokalen Geschäfte „darauf einstellen in ihren Angeboten – ... es gibt ja in Österreich schon die Kaufhallen über 50 – ... das heißt, wo die Preise größer sind – ... dass man auch ohne Brille – ... wo die Gänge breiter sind, dass man auch notfalls mit dem Rollstuhl [...] da durch die Kaufhalle fahren kann“ (Bel 17/191) Dies klingt allemal nach einer Alternative zu suburbanen und peripheren Residenzen und Seniorenheimen. Ein Trend, der in der Stadtentwicklungsdebatte seit längerem diskutiert wird und der bereits von einigen Städten ins Konzept ihrer städtischen Entwicklung aufgenommen wurde. Dies alles kostet freilich Geld, das betont auch der Lokalredakteur Teichert:

„Ich habe so viele Visionen, aber ich kann sie im Moment privat nicht finanzieren [...] aber ich finde trotzdem – ... Leute mit Visionen sind mir lieber als Leute, die sich nun mit dem abfinden und nur warten dass von Gott – ... von irgendwoher nun irgendwas kommt“ (Bel 17/211).

Abschließend vertritt Herr Teichert die Einschätzung, dass es Belsheim trotz aller Widrigkeiten der letzten beiden Jahrzehnte „geschafft hat, die Situation zu öffnen und dynamisch in Gang zu bringen, im Gegensatz zu vielen anderen Kommunen des Landes, die sich erstmal nach innen abgeschlossen haben beziehungsweise die sehr stark versucht haben, erstmal nach außen nur an große Investoren zu denken-...die kamen natürlich nirgends und ansonsten ist denen nichts eingefallen und die sitzen heute da und da ist Heulen und Zähneklappern und die haben gar nichts-...die haben noch nicht einmal Visionen und das ist das allerschlimmste“ (Bel 17/207).

Zusammenfassung

Das journalistische Selbstverständnis und die darauf basieren Strukturen der redaktionellen Arbeit beider Medienarbeiter beruhen auf der Betonung hoher Unabhängigkeit ihres Presseproduktes, vor allem gegenüber der Stadtverwaltung und der Stadtpolitik. Beide streichen das investigative Verständnis ihrer Arbeit und den hohen Grad angestrebter Autarkie und Autonomie deutlich heraus. Dies bezieht sich sowohl auf die Auswahl der Themen, der Formate und der dort vertretenen Meinungen. In dieser Position werden sie von der Leitung der Zeitungen bestärkt und unterstützt.

Das Verständnis ihrer Rolle im Bezug auf eine städtische, kommunikative Öffentlichkeit wird durch das kritisch- distanzierte Verhältnis zur Stadtverwaltung beschrieben. Während sich Hübner allerdings deutlich gegen Fraternisierung und Funktionalisierung wendet, vertritt Teichert eine durchaus stolze Hervorhebung seiner Position als Lokalredakteur im städtischen Kräfteverhältnis zu anderen Akteuren. Es ist die Rolle eines einflussreichen Stadtbürgers, dem lokalen Macher einer kritischen Öffentlichkeit. In Wittingen versteht sich Herr Hübner eher als Regulativ und Sprachrohr der bürgerlichen Interessen gegen die Verwaltung, er will sich aber nicht als Akteur in der Stadtpolitik betrachten, sondern als Schnittstelle und Kommunikator zwischen diesen semi-transparenten Kommunalstrukturen und der städtischen kommunikative Öffentlichkeit. Der Einfluss seiner Person jenseits der Pressearbeit ist also gering, Herr Hübner verbringt keine Freizeit in der Stadt und ist daher als öffentliche Person wenig bekannt.

Auch Herr Teichert betont sein unabhängiges und differenziertes Verhältnis zur Stadtverwaltung und Stadtpolitik, das allerdings von vielen persönlichen Bekanntschaften getragen und geprägt wird, die er sich über zehn Jahre hart erarbeitet hat. Nun ist er eine allseits geachtete und gefragte städtische Persönlichkeit. Während der Wittingener Redakteur Hübner seine Unabhängigkeit mit der Position eines zwar kenntnisreichen, aber gleichzeitig externer Beobachters verbindet, könnte Herr Teichert aus Belsheim eher als eine Art 'local embedded journalist' bezeichnet werden.

Beide sehen sich in der Verantwortung einer wie auch immer zu bestimmenden Gesamtbevölkerung gegenüber, die sie vor allem gegen stigmatisierend empfundene Zuschreibungen in Schutz nehmen. Als solche werden in meinen Gesprächen aus ihrer Sicht, die einseitigen und wenig kenntnisreichen Behauptungen rechtsradikaler Präsenz angesehen. Beide Redakteure erteilen der Wahrnehmung der Stadt als Konfliktort mit radikalen Rechten eine klare Absage: „Wir haben hier in Wittingen nicht das Problem damit“ (Witt 11/127) oder „auch ich wehre mich dagegen [...], dass alte Kamellen dann herangezogen werden“ (Bel 17/64).

Als Gegenbeleg dient der Hinweis auf dezidierte und präzise Ortskenntnis, im Vergleich zu den Anderen, die das behaupten, also das lokale Wissen vs. nicht-lokalem Wissen. Zur Unterstützung ihrer Einschätzung wird Ortskenntnis auch als Expertise zur Unterscheidung von politisch motivierten rechten und einfachen Prügeleien angeführt. Mögliche Zustände der Vergangenheit gelten aber nunmehr als von der Stadtgesellschaft bewältigt. Auch klingt hier der Hinweis auf die Fehlinterpretationen Außenstehender durch, und die Betonung, dass es eben meist einfache, sozial schwach positionierte Jugendlicher seien und keine rechte Gewalt. Lediglich bei persönlichem Missverhalten hätten MigrantInnen Grund, Angst zu haben („hier braucht kein Dunkelhäutiger Angst haben, wenn er sich anständig benimmt“ Bel 17/66). Dies unterstreicht auch die immer wieder aufgetauchte Rhetorik des Anstandes als Hinweis auf die lokal aufmerksam überwachte Einhaltung von Gesetzen, Normen und Regeln und das bezieht sich dann meist auf Zugewanderte und Flüchtlinge, wer sich eben nicht an diese Regeln hält, muss sich auch nicht über Folgen beschweren.

Die städtischen Missstände sind für Herrn Hübner Resultate auch städtischer Fehlplanung, die mit Wohnheimen und Begünstigungen von Spätaussiedlern in der Wohnungsfrage Sozialneid produziert und so Auseinandersetzungen provoziert habe. Er äußert Verständnis für die Situation der Einheimischen, Konfrontation wird durch die ungleiche Behandlung und die einseitige Unterstützung der Zugezogenen begünstigt.

Auch der Belsheimer Lokalredakteur Teichert betont die verzerrte Darstellung des Themas Rechtsextremismus im Bezug auf die Stadt. Auch hier werde von früheren Problemlagen verkürzt auf die gegenwärtige Situation geschlossen. Es lässt sich also auch hier zunächst ein deutliches Abgrenzen gegen als stigmatisierend empfundene Darstellungen der Stadt erkennen. Auch für ihn scheint dies vor allem von Außenstehenden Stigmatisierenden zu kommen, die sich in der lokalen Situation nicht auskennen und die Ereignisse dann falsch interpretieren, denn unpolitische Schlägereien habe es immer schon gegeben. Die Stadt ist für ihn zutiefst friedlich und gekennzeichnet durch den klaren Rückgang rechtsradikaler Aktivitäten. Als Indiz und Motor dieser Entwicklung sieht er explizit das ‘Stattcafe’ und die dort engagierten Leute an. Allerdings werden auch von ihm immer wieder die Anteile der z.B. im Belsheimer Flüchtlingswohnheim untergebrachten MigrantInnen an xenophoben Stimmungen betont. Aber insgesamt sei die Stadt sehr friedlich (geworden). Diese Stigmatisierungsabwehr könnte man auch als lokalpopulistischen Umgang bezeichnen, indem eine imaginierte Gesamtbevölkerung vor den Angriffen externer KritikerInnen geschützt wird. Zur Verteidigung eventueller fremdenfeindlicher oder rassistischer Erfahrungen

werden von beiden Argumentationen der Externalisierung und der Wahrnehmungsverzerrung vorgebracht.

Die Vorschläge und Ideen zur Verbesserung der lokalen Situation gehen weit auseinander. Während Herr Hübner eher Verständnis für die von der Politik gebeutelten Wittinger zeigt, betont er Versuche, deren fremdenfeindliche Ausbrüche in LeserInnenbriefen abzumildern. Seine journalistischen Interventionen gegen rechtsradikale Vorkommnisse versteht er als vorsichtige und zurückhaltende Berichterstattung. Diese solle nicht zuviel berichten und sich auf die Darstellung der Fakten beschränken. Sein Credo: Kein Forum schaffen. Im Bezug auf die seit mehreren Jahren nun auch in Wittingen deutlich demokratischer gewordene Jugendarbeit, aber auch gegenüber den nun bestehenden Initiativen konstatiert Hübner, dass dies allerdings nichts bringt, weder Programme noch neue Konzepte an der grundsätzlich schlechten ökonomischen Lage etwas zu verändern mögen. Ohne externe Hilfe ist also nichts möglich.

Demgegenüber hat sich Herr Teichert mehrfach aktiv gegen Übergriffe, Anschläge und Demonstrationen engagiert. Auch bezieht er sich mehrfach positiv, selbstverständlich und ungefragt auf die Initiative 'Stattcafe', die aktivierenden Einflüsse von BewohnerInnen der Kommune sowie auf einzelne Stadtaktive als Motoren einer dynamischen, guten Entwicklung.

Wenig überraschend stellt der Wittinger Redakteur Hübner mangels wirtschaftlicher Entwicklung der Stadt eine düstere Zukunftsprognose. Er wird weiterhin der Beobachter dieser Entwicklung sein, allerdings auch das aus der automobilen Perspektive des täglichen Pendelns nach Wittingen.

Herr Teichert hingegen ist begeistert von der Vision der Stadt als Kurort. Dafür hat er sich seit Jahren auch persönlich eingesetzt und öffentlich Position bezogen. Neben einer Reihe wirtschaftlicher Argumente bestehen diese Chancen für die Stadt auch in einer kulturellen Aufwertung durch dieses nicht alleine für Touristen attraktive Angebot. In Verbindung mit einem an demographischen Kategorien orientierten Umbau der Stadt und ihrer Infrastrukturen in eine seniorengerechte Stadt sieht der Visionär Teichert zukünftig eher positive Entwicklungen als möglich an.

Mit dieser kurzen Skizze der beiden Lokalredakteure sind weder ein einfaches 'Gut-Böse'-Schema noch 'best-practice'-Handlungsoptionen beabsichtigt. Das ließe sich auch bei noch größerer Schematisierung der Aussagen dieser lokalen Journalisten nicht erstellen. Deutlich geworden sein sollte lediglich, dass die Positionen dieser wichtigen städtischen Akteure in der kommunikativen Sphäre eine wichtige Rolle spielen bzw. deren Haltung gegenüber der Stadtbevölkerung auch die städtischen Aufmerksamkeitsstrukturen und die damit verbundenen

Informationen, Empathien und Empörungen beeinflussen. Angeregt werden soll hier lediglich, lokale MedienarbeiterInnen auch in ihrer Wirkungsweise ernst zu nehmen und beispielsweise als Stadtaktive wahrzunehmen, auch wenn sie sich selbst nicht als solche betrachten würden.

Der Einfluss der beiden Redakteure und ihrer Aussagen in den jeweiligen Presseorganen kann natürlich nicht direkt aus den hier vertretenen Positionen abgeleitet werden. Auffällig soll aber der Unterschied betont werden, dass Herr Hübner eher den 'mainstream' der Urteile gegen 'Ausländer' vertritt und zur Verfestigung der Bilder vom 'benachteiligten Deutschen' und den 'privilegierten MigrantInnen' beitragen mag. Herr Teichert wiederum räumt durch seine Öffnung der Berichterstattung für die Flüchtlingsprofile Raum für deren Stimmen ein, und macht sie damit auch als BewohnerInnen der Stadt bemerkbar, ihnen werden sogar selbst Artikulationen zugestanden und photographisch Gesichter, also eine Persönlichkeit verliehen.

5 Angstraum? Stadtplanung und Furchtprävention

Forschungsperspektive

Die in diesem Kapitel zugrunde gelegte Forschungsheuristik folgt dem Lefebvreschen Vorschlag der 'representation of space' (espace conçu). Dieser kognitiv vorgestellte Raum ist der konzipierte, geplante, oftmals auch kartographisch visualisierte Raum. Gekennzeichnet durch die Praktiken von Wissenschaft, KünstlerInnen oder StadtplanerInnen, stellen diese konstruierte Repräsentationen des Raumes dar, die in sozialen und politischen Praktiken produziert werden und die Beziehung von Menschen und Objekten im Raum oder die historischen Ressourcen der Konstitution von Raum betreffen. Espace conçu kann auch als der hegemoniale Raum einer Gesellschaft bezeichnet werden, der sich zudem oftmals in territorialisierten und absoluten Raumvorstellungen niederschlägt. In diesen representations of space drücken sich etwa die gebaute Form der Stadt oder auch die Planungsansätze und -logiken einer städtischen Architektur und „Freiraumgestaltung“ aus.

5.1 Begriffe, Bilder und Konjunkturen der Angstraumdebatten

„Es ist wohl der Gegensatz zwischen dem geschlossenen, unerschütterlichen Konstruktionsystem und dem zerrissenen menschlichen Durcheinander, der das Grauen erzeugt [...] Krass und schrecklich wird durch das vollkommene System toter Stoffe die Unvollkommenheit des lebendigen Chaos enthüllt“ (Kracauer, orig. 1932, 1964: 49).

Als bedeutende Gefühlslage beschreibt schon Siegfried Kracauer in den frühen 1930er Jahren in Berlin die Atmosphäre eines Angstraumes beim schnellen Durchqueren einer Eisenbahn-Unterführung. Der von ihm beschriebene Durchgang aus Backsteinmauern und Eisenträgern unweit des Charlottenburger Bahnhofs ist von „finsterer Strenge, der jede Heiterkeit fehlt“ (Kracauer 1964:49). Auch für Kracauer entsteht dieses Gefühl beim Durcheilen der Unterführung nicht aufgrund der düsteren baulichen Konstruktion und klaustrophobischen Enge im Tunnel allein, dieser „Höllenpassage, ein düsterer Zusammenhang von

Backsteinen, Eisen und Beton, der für alle Zeiten gefügt ist“ (ebd), sondern aus der Kombination des Raumes mit den ihn erzeugenden Menschen, der ihn so zum Sozialraum macht. Hier treffen eilige PassantInnen auf die länger sich hier aufhaltenden Menschen, auf StraßenhändlerInnen und die nahezu unsichtbaren BettlerInnen in den Nischen und am Boden des Tunnels.

Die Debatte um den Angstraumcharakter vieler städtischer Räume – wie etwa genannte Unterführungen, Tunnels aber auch Parkhäuser, unübersichtliche Parkanlagen und dunkle Gassen – hat seit längerem Einzug in die Planungspraxis der Städte gehalten. Zumindest in der westdeutschen Angstraum-Debatte scheint es auch vorrangig um den Charakter solcher städtischer Räume und deren Transformationen in weniger ‘grausame’ (Kracauer) Orte zu gehen. Kracauer hat aber auch auf den Stellenwert des Konstruierens solcher Orte und der Verwendung der Baumaterialien verwiesen. Natürlich können Orte mit anderen Materialien, helleren Lampen und mehr Übersichtlichkeit verändert, nicht aber grundsätzlich ihres Grauens beraubt werden, besteht dieses doch gerade aus der Präsenz anderer Menschen an solchen Orten und den dort Präsenten zugesprochenen Attribute der Angsterzeugung.

Wer sich allerdings mit Entstehung und Wirkungsweisen verräumlichter Angst beschäftigt, muss sich möglicherweise fragen lassen, ob es sich hier nicht lediglich um das Aufgreifen eines medial vermittelten Stigmatisierungsdiskurses (‘Angstorte’) im Kontext eines größeren politischen Konjunkturschemas (Holert 2001) handelt. So kann, besonders seit 9/11 von einer zunehmenden Politik der Angst als „Schlüsseltechnologie der Kontrollgesellschaft“ (Holert 2001) gesprochen werden. Diese Diskussionen werden meist außerhalb der dafür akademisch primär zuständigen Psychologie im Feuilleton großer Zeitungen und in kulturwissenschaftlich orientierten Kreisen geführt. ‘Angst’ wurde zu einem sozialpsychologisch erweiterten Leitbegriff, zur Machttechnologie des Kapitalismus (Holert 2001) schlechthin erklärt.

Der so entstehenden „neuen Geopolitik der Angst“ (Pain/Smith, 2008: 1ff) wird unterstellt, durch die Anrufung bedrohlicher Zustände punitive und restriktive Politiken durchsetzbarer zu machen (ebd: 2). Wie Pain und Smith zurecht feststellen, fehlen in dieser Perspektive die alltäglichen Erfahrungen im Umgang mit solchen globalisierten Krisenszenarien: „What is perhaps most extraordinary is the extent, to which the everyday¹ [...] has become so unvisi-

1 Pain und Smith charakterisieren den Alltag/das Alltägliche folgendermaßen: „The feelings, experiences, practices and actions of people outside the realm of formal politics“ (ebd).

ble in the flurry of interest in the globalised geopolitics of fear“ (ebd.). Frühere, etwa kriminologische Arbeiten, hätten auf empirische Erfahrungen eines „Bottom-Up“ Ansatzes gegründet versucht, lokale Ereignisse und Erfahrungen gesellschaftlich zu verallgemeinern und daraus etwa Ratschläge für politisches Handeln zu generieren. Mittlerweile sei allerdings eine umgekehrte Richtung zu beobachten, in der globale oder andere großräumige Krisenszenarien auf die lokale Ebene zurückgespielt würden. Hier bekommen nun plötzlich Menschen voreinander Angst, die dies in früheren Zeiten lediglich auf Grundlage konkreter Erfahrungen getan hätten (ebd.).

Beide semantischen Felder der Angstdiskurse, die geopolitischen wie die alltäglichen, bewegen sich scheinbar selbstverständlich in verräumlichten Vorstellung- und Praxisphären, sogenannten „landscapes of risk and fear“ (ebd.). Eine ganz spezifische, wenngleich auch sicherlich archetypischen Angst-Landschaft² bilden städtische Räume und dort besonders der sogenannte öffentliche Raum, die Schnittstelle zwischen gesellschaftlicher Sphäre und Privatheit. Dies schließt ein, zu untersuchen, wer in diesem Kontext überhaupt zugibt „Angst zu haben“³ bzw. in der Lage ist, Angstzustände als potentielles Opfer zu formulieren und wie diese auf die Agenda von Planerinnen und präventiven Ansätzen der Rechtsradikalismusdebatte geraten ist. Es muss also im Folgenden sowohl über gesellschaftliche Verhältnisse wie auch das persönliche Verhalten einzelner Menschen nachgedacht werden.

-
- 2 Der Humangeograph Yi-Fu-TUAN legte bereits in den späten 1979er Jahren mit seinem Buch „Landscapes of Fear“ (1979) eine umfassende phänomenologische Untersuchung zu subjektiven Angstzuständen und erfahrungsgesättigten Umwelterfahrungen, einer Art ‘sensual geography’ vor. In seinem Ansatz der „Topophilie“ (TUAN 1974) unterstreicht er vor allem die subjektive Wahrnehmungsebene des Ortes, der sich allerdings nicht alleine über die physische Umgebung herstellt, die angenehme Gefühle und Atmosphären vermittelt, sondern ebenfalls über furchteinflössende Erfahrungen und Angstzustände im Bezug auf solche – dann topophobischen – Orte.
 - 3 Auch das Reden über eigene Ängste unterliegt historischen Konjunkturen. Beispielsweise war die Parole „wo die Angst ist geht’s lang“ der Nach-1968er antiautoritären Bewegung konstitutiv für die Befindlichkeiten eines ‘neuen Sozialisations-Typus’ (NST) der späten 1970er Jahre. Hier wurde die Betonung einer Angstposition zur individuellen Stärke: Über seine Ängste reden war ein ganz besonderes Distinktionsmittel, das konnte nicht jeder – zumindest nicht jeder Mann. Auch dies beförderte eine Hausse von Selbsthilfegruppen und Beratungsinstitutionen (zumindest in Städten).

5.2 Die Stadt als Opfer und Opfer der Stadt: Sicherheitsdiskurse in stadtplanerischen Perspektiven

Quer zu den Hinweisen auf historische und gegenwärtige Konjunkturen der Angst einerseits und der subjektiven Wahrnehmung und Bewältigung von Angstzuständen andererseits liegen die Topographien solcher Debatten. Das heißt, dass Angst und Gefahr zumeist nicht raumlos gedacht und meist auf Orte bezogen kommuniziert werden. Die Debatte um die Existenz oder Lokalisierung städtischer Angsträume ist deutlich gekennzeichnet von den Auseinandersetzungen um die Partizipation an städtischer Öffentlichkeit und der Möglichkeiten, diese als angstbesetzt zu thematisieren. Die meisten Gefährdungsszenarien, Viktimologien und Kriminalitätsdiskurse können daher als Angstraumdebatten verstanden werden, die freilich aus unterschiedlichen Perspektiven geführt werden.

Die Angst vor Kriminalität, vor körperlichen Übergriffen und der Verletzung der persönlichen Integrität wird in der Literatur als erster Schritt einer Verinnerlichung im Sinne eines 'positive feedback loop' betrachtet. Dieser Rückkopplungseffekt legt den so Eingeschücherteten vorausseilende Verhaltensweisen auf, welche diese wiederum daran hindert, selbst Teil einer informellen sozialen Kontrolle zu werden. Diese Übernahme von Verantwortung für ein gesellschaftliches Umfeld wird als einzige, nicht repressiv-ordnungspolitische und territorialisierende Lösung des Sicherheitsproblems angesehen (Doran/Lees 2005: 1). Somit prägt die Furcht vor Kriminalität entscheidend auch die Handlungen, etwa von Teilen der Wohnbevölkerung in einem bestimmten Stadtviertel (Skogan 1990), indem sich diese nicht mehr auf die Straße trauen oder sich nicht mehr für ihre Nachbarschaft, den Stadtteil oder die ganze Stadt sozial verantwortlich fühlen. Hier setzen die, vor allem in angloamerikanischen Debatten favorisierten Programme zur Steigerung sozialer Kohäsion ebenso an, wie auch die in Deutschland zunehmend propagierten 'integrativen' Ansätze etwa eines lokalen Quartiersmanagements oder für kleinere Städte in einer 'integrierten Stadtentwicklung'.

Trotzdem wird immer wieder betont, dass auch die 'Schlüsselkomponenten' der 'broken windows'-Theorie abhängig sind von räumlichen und temporären Einflüssen, wie etwa dass nachts die Angst vor Kriminalität höher sei als am Tage, wenn in der Dunkelheit der Stadt die Straßenlaternen nicht oder nurmehr vereinzelt brennen (Painter 1996:194; Herbert/Davidson 1994). Daher kann für Analysen des Phänomens 'fear of crime' in der planungs- und ordnungspolitischen Debatte mittlerweile die raumzeitliche Dimension von Kriminalitätsangst als

grundlegend festgestellt werden (Doran/Lees: 2005: 10)⁴. Dem Umstand als Kriminalitätsoffer 'zur falschen Zeit am falschen Ort gewesen zu sein' wird sowohl zeit- regulatorisch (Sperrstunden, zeitlich gebundene Aufenthaltsverbote, Ausgangssperren), aber vor allem sozialräumlich, namentlich raumordnungspolitisch und -planerisch Rechnung getragen.

Bilder: Angstkartographien

Die sozialpolitische Feststellung von Angst generierenden Orten und deren Repräsentation erfolgt nicht alleine im Reden über diese Orte, sondern in einem weiteren Schritt der Repräsentation in vielfachen Visualisierungspraktiken via z.B. Kartographien, Sozialstrukturdaten, graphisch dargestellten Sozialindices. Auf Grundlage sozialräumlicher Festlegungen bestimmter administrativer oder ordnungspolitischer Areale und Territorien können hier sozial auffällige, problematische oder gar gefährliche Orte bis hin zu Orten mit 'Entwicklungsdefiziten' verzeichnet werden. Transportiert und vermittelt werden Repräsentationen des Raumes und seiner temporär oder personell selektiven Betretbarkeit aber auch bildlich, im ganz wörtlichen Sinn als Vorstellungshilfen in Form eines politischen kognitiven 'mappings', also in Form von mehr oder weniger topographisch orientierten Karten bzw. 'Infographiken'. Ein besonders aufschlussreiches Beispiel solch einer Blaupause als Konstruktionszeichnung sozialer Problemwahrnehmung lieferte im Jahr 2000, zum Höhepunkt der 'national befreiten Zonen'-Debatte eine Wochenzeitung⁵ unter dem Titel: 'Zonen der Angst'. Neben einem als Layout eingeblendeten Paar martialischer Springerstiefel, werden hier Regionen Ostdeutschlands in einer eher an militärischen Tarnfleck oder an die Färbung einer Holsteiner schwarzbunten Milchkuh erinnernden Karte flächig eingefärbt und als eben solche Gebiete der Gefährdung für sogenannte 'Ausländer' gekennzeichnet.

Spätestens seit den Arbeiten des angloamerikanischen Geographen J.B. Harley (1988/1997) kann nachgelesen werden, dass es sich bei Karten nicht um harmlose Illustrationen der gesellschaftlichen Wirklichkeit dreht. Gerade das Gegenteil ist der Fall, sind doch diese zumeist bunten Repräsentationen Ausdruck objektivierter, abstrahierter und kodifizierter räumlicher und gesellschaftlicher Sachverhalte. Und in ihrer Bedeutung für die Vorstellung sozialer Räume und

4 „Recognition of the spatiotemporal nature of the fear of crime is generally regarded as fundamental to any analysis of the phenomenon“ (Doran/Lees, 2005: 10).

5 „Zonen der Angst“. In: Die Woche vom 9.2.2000.

antirassistischen Initiative ‘Gesicht zeigen’ befürchtet zudem, dass mit jeder in der Zeitung abgedruckten Landkarte über sogenannte ‘no-Go areas’ „nach dem Motto: Hier verlassen Sie den demokratischen Sektor“ zudem die rechtsradikalen Aktivisten mit ihrer Idee von „National Befreiten Zonen“ bestärken würde (Heye 2006)⁷ Und tatsächlich waren im Zusammenhang dieser Situation im Sommer 2006 an mehreren Orten Brandenburgs bereits Aufkleber und Parolen mit diesem ‘No-Go-Area’ Bezug aufgetaucht. So wurden beispielsweise in der brandenburgischen Stadt Oranienburg Aufkleber des sogenannten ‘Schutzbundes Deutschland’ festgestellt, auf denen dieser offen mit Übergriffen droht⁸.



Abb. 8 und 9: (links): Neonazi-Propaganda. Quelle: „Schutzbund Deutschland“ (2006) und (rechts) Neonazi-Propaganda: ‘No-Go Area’ Ostdeutschland.⁹

Der Kartograph Brian J. Harley (1989) schlägt als Handwerkszeug ein Verfahren namens ‘Karten lesen lernen’ vor, Karten als symbolische Repräsentationen von Deutungsmacht, von Benennungswissen und Vermessungswissen zu interpretieren. Karten suggerieren Einblick und Übersicht. Mit immer avancierteren

7 Der Sprecher der Initiative Carsten Uwe Heye in Spiegel online 24.05.2006.

8 „Helfen Sie mit, Deutschland wieder sicherer zu machen und markieren sie die „No-Go-Areas“, damit auch die Älteren, die Kinder, die Frauen und auch der Nachbar nicht mehr zum Opfer werden. Natürlich können diese Schilder auch zur Warnung für unsere ausländischen Gäste benutzt werden, damit auch sie nicht etwa ohne Vorwarnung in die oben beschriebenen Gebiete gehen. Gäste sind bei uns schließlich immer willkommen“//www.schutzbund-deutschland.de/index.php?section=artikeln&rid=artikel&id=223 (letzter Zugriff: 12. Mai 2006 – ab Jan. 2008 nicht mehr zugänglich wg. Verbot der Vereinigung)

9 Quelle: <http://www.wotan-patria.de/patria-area-ostdeutschland-kontrastshirt-langarm-p-6072-2.html> (letzter Zugriff: 2.11.2010)

Techniken der Geoinformationssysteme und Satellitentechnik werden die letzten weißen Flecken auf dem Globus erfasst und in Nanoperspektiven betrachtbar.

Pläne: Stadtplanerische und stadtpolitische Ansätze als Angsträumvermeidung

Die alltägliche Praxis der Planung moderner Städte fußt wesentlich, so die weiter oben aufgeworfene These – neben Fragen der funktionalen Bestimmung und infrastrukturellen Versorgung – auf hegemonialen Diskursen um die sichere Stadt der Gegenwart bzw. Zukunft. Dies geschieht etwa im Modus des Redens über ökologische und soziale Nachhaltigkeit. ‘Sicherheit’ wird also neben den Daseinsgrundfunktionen (kurz: DSDF) zu einer Basisleistung planerischen Gestaltens. Unter den Daseinsgrundfunktionen werden in der deutschsprachigen Sozialgeographie grundlegende menschliche Bedürfnisse und somit Ansprüche an den jeweiligen Lebensraum des Menschen formuliert. Diese Debatte aus den 1960er Jahren erfolgte im Feld der ‘Münchener Schule der funktionalen Sozialgeographie’ um Ruppert und Schaffer (1969). Diese umfassen ‘wohnen, arbeiten, sich versorgen, sich bilden, sich erholen, in Gemeinschaft leben, am Verkehr teilnehmen’. Ergänzt wurden diese Ende der 1970er Jahre um ‘entsorgen’ (seit 1979) und ‘an Kommunikation teilnehmen’ (Heineberg 2007: 27). Die ausdrückliche Verhinderung von Angstzuständen bzw. eine Minimierung von Gefährdungspotentialen aller Art, hatte damals noch nicht zu diesem Kanon des Daseins – etwa im Sinne eines ‘in Sicherheit leben’ oder ähnlich gehört. In pessimistischen Krisenszenarien über den Verlust innerstädtischer Gebiete, zunächst vor allem us-amerikanischer Städte, wird unter Stichworten der „healthy city“ (Jacobs 1961) soziale Kontrolle zum zentralen Leitmotiv für die Verbrechensprävention in amerikanischen Wohngebieten (Zinganel 2000). Hier setzt wenig später der stadtplanerische Ansatz einer gegen Kriminalitätsfurcht gerichteten Architektur an, indem Raumgestaltung als zentrales Steuerungselement für soziale Verhaltensweisen betrachtet wird. Sie mündet in der Vorstellung über die Herstellung eines ‘defensible space’ (Newman 1972; 1973; 1996) die Krisen der fordistischen Stadt und ihrer Mittelschichten zu lösen und erste Schritte zur Befriedung und Rückeroberung der als bereits verloren geltenden Innenstädte vorzuschlagen.

Am deutlichsten zutage tritt der Versuch ‘urban angst’ oder gar ‘panic’ durch gezielte Gestaltung des städtischen Raumes (dem ‘urban environment’ in der Sprache vieler PlanerInnen) zu beheben, bereits im Ansatz des ‘designing out crime’ (Poyner 1983). Stadtplanung hat, neben ästhetischen und repräsentativen Ansätzen, immer auch den Sicherheits- und ordnungspolitischen Anforderungen

ihrer jeweiligen Auftraggeber oder weitsichtiger Sozialingenieure zu genügen. Sprichwörtlich wurde diese 'Haussmannisierung' etwa durch die Umbaupläne des Baron Haussmann in Paris Mitte des 19. Jahrhunderts, die auch ordnungs- und militärstrategischen Zielen der Aufstandsbekämpfung dienen sollten (Debord 1955, hier 2008)¹⁰. Ein weiterer Klassiker dieses Ansatzes ist die unter dem Stichwort einer 'Broken-Windows-Theorie' bekannt gewordene Arbeit der us-amerikanischen Soziologen James Q. Wilson und George L. Kelling aus dem Jahr 1982. Diese Untersuchung erfuhr rasch Aufmerksamkeit, sowohl unter sozialwissenschaftlichen KollegInnen, als auch unter StadtplanerInnen und StadtpolitikerInnen (Kelling/Coles 1996). Im Kern betonte diese Arbeit den engen Zusammenhang zwischen städtischer Ordnungsproblematik, Kriminalitätsfurcht und städtischem Niedergang und entwirft ein Krisenszenario, das vor allem durch Müll, Graffitis, Autowracks und eben durch die paradigmatischen eingeworfenen Fensterscheiben gekennzeichnet war. Das hier vorgeschlagene Konzept ist zunächst simpel an den Phänomenologien städtischer Probleme orientiert und empfahl unordentliches Verhalten im öffentlichen Raum zu kontrollieren, um damit zu einem merklichen Rückgang krimineller Handlungen beizutragen (Kelling/Coles 1996). Das sich daraus entwickelnde Konzept der CPTED¹¹, der Kriminalprävention durch öffentliches Design, vergleicht den Ablauf städtischer Prozesse mit der infrastrukturellen Einrichtung des Straßenverkehrs. Hier soll der störungsfreie Ablauf städtischer sozialer, politischer, ökonomischer Funktionen hergestellt werden. In einer Analogie zwischen Verkehrspolitik und Kriminalpolitik ließe sich nämlich feststellen, „dass in beiden Fällen die Garantie von Sicherheit als Ziel im Vordergrund der politischen Steuerung“ (Stummvoll 2003: 2) stehe. Dieses Beispiel entsubjektivierter, also akteursfreier und herrschaftsblinder Thematisierungen des öffentlichen Raumes als einen aufgrund bestimmter materieller, gestaltförmiger Elemente pauschal und für alle gleichermaßen Unsicherheit generierend, findet seinen epistemologischen Ursprung in einer grundsätzlichen Verdinglichung sozialräumlicher Prozesse im Substrat der Stadt. Der städtische Sozialraum wird hier

10 Historical conditions define what is considered 'useful'. Baron Haussmann's urban renewal of Paris under the 'Second Empire' for example was motivated to open up broad thoroughfares enabling the rapid circulation of troops and the use of artillery against insurrections. But from any standpoint other than that of police control, Haussmann's Paris is a city built by an idiot, full of sound and fury, signifying nothing." Debord, Guy (orig. 1955, hier 2008): Introduction to a Critique of Urban Geography. In: Bauder/Engel-di Mauro [Hrsg.] (2008): Critical Geographies. A Collection of Readings. Kelowna: Praxis (e)Press. S. 23-27.

11 CPTED – Crime Prevention Through Environmental Design

lediglich zum baulich strukturierten Ensemble, als räumliche Fixierung verkürzt. Die raumdeterministischen Versuche der Steuerung menschlicher Handlungen durch die Beschaffenheit des städtischen materiellen Substrates und seiner symbolischen Ordnung gewinnen auch im Bereich der Angstraumdebatten und der Kriminalprävention wieder an Bedeutung.

5.3 Feministische Angstraumdebatten

Die Begriffswolke „Angstraum/Angstort/Angstzone“ kann in ihren Ursprüngen in den feministischen Debatten der 1980er und 1990er Jahre in Westdeutschland, Österreich und der Schweiz aufgespürt werden. Hier wurde zu Beginn der 1990er Jahre konstatiert, „dass die Literatur zum Themenbereich ‘Angsträume’ [...] in den vergangenen Jahren heftig angeschwollen“ (Geiger 1993: 137) sei. Unter dem Topos ‘Angstraum’ wurde von kritischen Stadt- und Regionalplanerinnen, Architektinnen und Geographinnen, die von den hierarchischen und gewaltförmigen Geschlechterverhältnissen geprägten Zugangs- und Handlungsmöglichkeiten für Frauen in einer männerdominierten, zumeist städtischen Öffentlichkeit thematisiert (Dörhöfer/Terlinden 1985; Bock/Hünlein/Klamp/et al [Hrsg.] 1989; Dörhöfer 1990; Feministische Organisation von Planerinnen und Architektinnen [FOPA]¹², und Siemonsen/Zauke 1991). Dies geschah oft in Verbindung mit der Thematisierung einer „Verbesserung der Mobilitätschancen für Frauen“ (Bielefeld 1986; Berlin-Kreuzberg 1989; Striefler 1990 für Hannover; Dortmund 1991). Die hier angeregten Debatten und konkreten Veränderungsvorschläge etwa zur Einrichtung von Frauenparkplätzen, veränderten Beleuchtungsregimes in Parkhäusern und Wohnvierteln bis hin zu überschaubaren Grünflächen und Hecken sind im Zuge einer ‘frauengerechten Stadtplanung’ und neuerer ‘Gender Mainstreaming’- Programme (Färber et al. 2003;) in einigen westeuropäischen Städten in die kommunale Planungspraxis eingegangen (für Wien: Frauenbüro Wien 1995; für Heidelberg Füg 1994; für Dortmund 1991 und 2010; Düsseldorf Preis/Pohlmann-Rohr 1995). Dieser lediglich „gut gemeinte geschlechtsbezogene Sicherheitsdiskurs“ (Zinganel 2000) hat zumindest dazu geführt, dass es mittlerweile in Westdeutschland „kaum eine Kommune [gibt], die nicht irgendeine

12 Die ‘Feministische Organisation von Planerinnen und Architektinnen’ (FOPA) wurde 1981 als Verein in Berlin gegründet. Im Laufe der nächsten Jahre bildeten sich weitere FOPA- Gruppen als Vereine in Dortmund, Hamburg, Bremen, Kassel, Köln, Hamburg, Freiburg i.Br., Rhein-Main.

Aktivität zum Thema 'frauenspezifische Belange in der Planung,' [...] keine Landes- oder Bundesraumordnungsinstitution – die nicht eine Tagung veranstaltet hat oder eine Studie in Auftrag gab“ (Dörhöfer 1997: 7). Im selben Text stellen die Autorinnen aber auch fest, dass es andererseits an „jeglichem wirklichen Interesse am Thema [...] Raumwahrnehmung, -verfügung, und -gestaltung durch Frauen – selbst für Frauen“ (ebd.) mangle. Als nüchternes Fazit des feministischen Angstraumansatzes fassen Dörhöfer/Terlinden zusammen: „Die Aufbruchstimmung vor zwanzig Jahren ist verebbt, nicht einmal an den Hochschulen erregt das Thema das Interesse vieler Studentinnen [...] „Das Anliegen wurde aufgegriffen, 'in Gebrauch genommen' und ist nun erledigt. [...] Die Veränderung und Gestaltung der Raumstrukturen folgt ungebrochen den Regimes, die männliche Herrschaft bedeuten und symbolisieren“ (Dörhöfer/Terlinden 1997: 7).

Kritisch diskutiert wurde darüber hinaus, die mit der Angstraumdebatte verbundene Stigmatisierung der nicht domestizierten Bereiche der öffentlichen und halböffentlichen Räume als potentielle Angsträume. Durch diese würde vor allem die Viktimisierung der Frau durch bestimmte 'gefährliche' (männliche) Subjekte essentialisiert und letztendlich gegen diese strategisch wieder umgekehrt (Zinganel 2000), u.a. indem Frauen als homogene, wehrlose Opfergruppe dargestellt werden. Durch den Versuch, soziale Probleme – etwa das sexualisierter Gewalt und patriarchaler Strukturen der städtischen Öffentlichkeit – raumgestalterisch zu lösen, werden sozial erzeugte Ängste zunehmend individualisiert und deren Bekämpfung eher sozialtechnokratisch denn emanzipatorisch diskutiert (Ruhne 2003a; 2003b). Demgegenüber stehen zudem empirische Befunde, die belegen, dass diskursive Angst-Orte und faktische Tat-Orte beispielsweise im Bereich von männlicher Gewalt gegen Frauen, nicht übereinstimmen. Geschehen doch statistisch die meisten Übergriffe auf Frauen gerade in den vermeintlich geschützten und sicheren Räumen einer privatisierten Sphäre, ausgeübt von zudem meist bekannten männlichen Personen. Dieses perzeptive Auseinanderfallen angstbesetzter Öffentlichkeit und sicherer Privatheit hat viele Gründe. Einer ist in der für bürgerliche Gesellschaften konstitutiven Idealisierung und Individualisierung 'privater Paradiese' als intime, vertraute Rückzugsorte, als Freiräume jenseits kapitalistischer Verwertung, patriarchaler Macht und sexualisierter Gewalt zu suchen. Zu bedenken ist zusätzlich im Umgang mit den Begriffen der verräumlichten Angst, dass gerade in der kritischen Auseinandersetzung mit Angstraumdiskursen deren letztendlich irrationaler Kern unterstrichen wird. Das Sprechen über Angstzustände und Bedrohungsgefühle wendet sich dann wieder gegen die Opfer selbst. Diese zumeist zusätzlich feminisierte Zuschreibung weicher Verhaltensweisen („Männer haben eben keine Angst“ bzw. „zeigen diese

nicht“) müssen aber ernst genommen werden. Selbst wenn es keinen ‘konkreten’ Grund für Angst gibt, muss diese als wirkmächtig betrachtet werden, weil sie die Wahrnehmung von Realität, Bewegungsspielräumen und Alltagspraxen ebenso prägt, wie direkt gemachte Erfahrungen. Anders ausgedrückt: Da es sich hierbei um komplizierte sozialpsychologische Effekte von Angst und Einschüchterung handelt, kann diese Wahrnehmung auch nicht einfach negiert oder durch gutes Zureden, Ignoranz oder Bagatellisierung abgetan werden. Die feministische Kritik an der Angstraumdebatte verdeutlicht, welche Probleme mit der Verräumlichung von Unsicherheit und Angst einhergehen. Auch die Verräumlichung des Problems ‘Rechtsradikalismus’ sieht ab von allen rechtsradikalen Praktiken, die nicht territorialisierend und im öffentlichen Raum vonstatten gehen.

5.4 Paradigm shift? Von Angsträumen für Frauen zu neonazistischen Angsträumen

Während unter dem Terminus ‘Angstraumforschung’ bis etwa Mitte der 1990er Jahre ausnahmslos von feministischer Forschung oder ‘frauengerechter Stadtplanung’ ausgegangen werden kann, wird nur wenige Jahre später dieser Begriff aufgeweicht und auf andere potentielle Opfergruppen und städtische Gefährdungssituationen und deren potentielle Situiertheit übertragen. In der Diskussion über die Lage in ostdeutschen Städten und Regionen taucht ab ca. dem Jahr 2000 in der viktimologisch orientierten Antirassismus- und Integrationsarbeit zunehmend der Begriff des Angstraumes für MigrantInnen, AusländerInnen und Flüchtlinge auf. Auch in dieser Hinsicht ist eine semantische Zweiteilung Deutschlands im praktischen Gebrauch des Angstraumbegriffes festzustellen. Anders als im Osten Deutschlands wird in Westdeutschland – ausgelöst und umgesetzt über feministisch inspirierte Stadt- und Freiflächenplanung – der Begriff in die ordnungspolitische Agenda der Stadtplanung übernommen. Wenn hier im Kontext städtischer Debatten über Angsträume gesprochen wird, dann dreht es sich zumeist um als ‘Gefahrenorte’ ausgewiesene städtische Orte wie etwa dunkle Unterführungen, Parkhäuser oder andere städtische ‘Unorte’. Allerdings wird das Opfer-, aber auch das Täter-Spektrum ausgeweitet. In einer vergleichenden Artikelrecherche unter dem Stichwort ‘Angstraum’ konnte festgestellt werden¹³,

13 Diese Recherche bediente sich dem Suchdienst google-alert in einem Zeitraum der letzten zwei Jahre. Hierbei handelt es sich um eine Suchmaschine, die regelmäßig Artikel unter diesem Stichwort, in diesem Fall „Angstraum“ anzeigt.

dass eine Übernahme des Begriffes durch die polizeiliche Kriminalprävention und deren medialer Bearbeitung stattgefunden hat. Allerdings findet diese hauptsächlich in größeren westdeutschen Städten der Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Hessen statt. Unter Angsträumen werden also in westdeutschen Medien hauptsächlich städtische 'Angstorte' als gefährliche Orte für ältere, gebrechliche und sonstige viktimisierte Gruppen bezeichnet. Besonders erwähnt werden hier Straßen und Bahnstufenunterführungen, aber auch öffentliche Plätze, an denen sich Jugendliche treffen. Erste Veröffentlichungen, die unter dem Aspekt neonazistischer und rassistischer Übergriffe auf MigrantInnen den Begriff Angstraum verwenden, konnten erst ab dem Jahr 2002 aufgefunden werden. Eine der ersten Studien war die des damaligen Ausländerbeauftragten des Landes Sachsen-Anhalt Günter Piening¹⁴ verfasste Studie „Angsträume von Ausländerinnen und Ausländern in Sachsen-Anhalt“ (Piening 2002), später wird dieser Ansatz dann vor allem von zivilgesellschaftlichen Initiativen und Projekten aus den staatlichen und föderalen Programmen gegen Rechtsextremismus, Fremdefeindlichkeit und Gewaltprävention aufgegriffen und popularisiert.

Als publizierte sozialwissenschaftliche Arbeiten zu dieser Thematik liegen bisher lediglich die Arbeiten von Uta Döring (2006a, 2006b, 2007) vor, mehrere Diplom- und Studienabschlussarbeiten (Streck; Münch) bleiben unveröffentlicht. Bereits Günter Piening et al. (2002) hatten in ihrer frühen Studie zu Sachsen-Anhalt festgestellt, dass auf Angsträume bezogene Untersuchungen für die Opfergruppe 'Ausländerinnen und Ausländer' bisher nicht vorliegen und konstatiert, dass „gerade in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern, in denen die Debatte um 'No-Go-Areas' eine stärkere Rolle spielt als in den gewachsenen Einwanderungsmilieus des Westens, [...] diesem opferorientierten Ansatz bisher zu wenig Beachtung“ geschenkt wird (ebd). Piening und seine Mitarbeiterinnen in Magdeburg sind von der These ausgegangen, dass die „Erfassung und Thematisierung solcher Angsträume ein breites Feld von Präventionsansätzen v.a. im kommunalen Raum bietet“ (Piening 2002). Orientiert an den Untersuchungen der frühen feministischen Forschung, bezieht sich auch dieser Ansatz auf das direkte Gespräch mit den potentiellen Opfern, indem deren Sicherheitsgefühle im Zentrum des Interesses stehen. Empirische Grundlage bildete allerdings lediglich eine Fragebogenaktion, die im Zeitraum Februar bis April 2002 über die Stellen der Ausländersozialarbeit durchgeführt wurden. Hierbei wurden 'Ausländerinnen und Ausländer', also

14 Günter Piening ist seit 2003 'Beauftragter für Migration und Integration des Landes Berlin'.

Menschen ohne deutschen Pass, im Bundesland Sachsen-Anhalt nach deren Wahrnehmung angstbesetzter Räume und Situationen befragt: „Ziele des Projektes waren die Sensibilisierung für das Thema Gewalt gegen Ausländer, die Evaluation von Angsträumen in Sachsen-Anhalt und die Erarbeitung von Anhaltspunkten für einen Maßnahmenkatalog zur Beseitigung dieser Angsträume“ (Piening, 2002). Als Ergebnis dieser kurzen Untersuchung formulieren die AutorInnen:

„Migrantinnen und Migranten finden weite Bereiche des öffentlichen Raums und halböffentlichen Räumen (Disco usw.) bedrohlich – auch wenn er von Menschen überfüllt ist, ja häufig gerade dann. [...] Neben Angst vor körperlicher Gewalt tritt die Angst vor Beleidigungen und Diskriminierung. Verschärfend kommt hinzu, dass eine Vertrauensbasis zu den deutschen Sicherheitsinstitutionen nur eingeschränkt vorhanden ist. Man fühlt sich häufig von ‘den Deutschen’ alleingelassen. Als Gegenstrategie zur Verbesserung der Sicherheitssituation werden darum neben polizeilichen Maßnahmen zur Entschärfung bestimmter Unsicherheitsorte vor allem Begegnungen mit Bürgerinnen und Bürgern und Institutionen gefordert (Piening 2002).

Die Verschiebung des Angstdiskurses auf eine andere Opferklientel kann über die massive Zunahme rechtsradikal motivierter Übergriffe auf MigrantInnen, Flüchtlinge, Dunkelhäutige etc. und die mediale Skandalisierungen solcher Taten erklärt werden. Die Thematik der politisch motivierten, oder zumindest fremdenfeindlichen bzw. rassistisch motivierten Gewalt und Bedrohung, wird seit dem Frühjahr 1990 zu einem permanenten Thema im Wiedervereinigungsszenario. Warum aber hat es bis zur Jahrtausendwende gedauert, bis der Angstraumbegriff auch zivilgesellschaftlich und medial bzw. im Kontext der Kriminalprävention auch im Bezug auf „Ausländer, Migranten etc.“ aufgegriffen wurde? Ebenso ist zu fragen, warum dieser Angstraumdiskurs in Westdeutschland nicht unter den Aspekt der MigrantInnen als viktimologischer Gruppe behandelt wurde?

Mögliche Interpretationen dieser doppelt polarisierten Wahrnehmungslandschaft, also Frauen/MigrantInnen und westdeutsch/ostdeutsch sind in den unterschiedlich starken Möglichkeiten der selbstbezogenen Artikulation von Interessen und Partizipationsmöglichkeiten an politischen und sozialen Prozessen zu suchen.

Die ‘zweite’ Frauenbewegung der 1980er und frühen 1990er Jahre war gekennzeichnet von einem differenzfeministischen Ansatz (Fleischmann/Meyer-Hanschen 2005: 18ff), der aber immer noch den strategischen Essentialismus eines gemeinsamen Interesses an Emanzipation von der hierarchischen, patriarchalen Strukturkategorie Frau beinhaltete: „We never meant less than the

making new of all relationships. The problem was we did not know who we meant when we said 'we'" (Rich nach Bonnett 1993: 1). Während aber trotz dieser Widersprüche um die kollektive Identität der Frauenbewegung nicht nur eine Gruppe der Frauen 'an sich', sondern gleichermaßen eine Gruppe 'für sich' als einer „Gruppe an Übereinkünften“ (Hark 2005: 45) die politische Bühne betritt, ist das für die Gruppe der MigrantInnen nicht festzustellen. Während also Frauen im Zuge einer neuen Frauenbewegung sowohl theoretisch als auch praktisch um Aufmerksamkeit, Teilhabe und Emanzipation präsent wurden, gibt es nur wenige Stimmen, die für Flüchtlinge, MigrantInnen, 'AusländerInnen' etc. sprechen und deren Interessen unter dem Topos sozialer Gleichberechtigung und Gleichstellung postulieren und einfordern. Die Probleme der Übertragung der 'wir'-Frage auf die Gruppe der MigrantInnen 'an sich' zeigt die Schwierigkeiten der politischen und sozialen Repräsentation, also einer zum ideellen Interessenskollektiv zusammenfassbaren Gruppe der MigrantInnen 'für sich'. Dies unterstreichen auch langjährige Erfahrungen in der Migrations- und Flüchtlingsarbeit, die ein kollektives Gesamtsubjekt Migrant/Flüchtling lediglich feststellen, dieses aber nur schwer in homogenen Erlebnis- und Subjektkategorien essentialisieren konnten. Neben die soziale Diskriminierungskategorie 'Frau' wurde im Verlauf der letzten dreißig Jahre das kulturelle Differenzsubjekt 'MigrantIn' gestellt, kommt vielmehr deren Kulturalisierung der Herkunftshintergründe, der Ethnizität zum Tragen. Falls sich dies in Forderungen nach Respekt und Partizipation übertragen lässt, so werden diese heute unter dem semantischen Schirm des Integrationsbegriffes gestellt. Konnte in den 1980er Jahren 'Integration' noch vs. Assimilation als politische und soziale Teilhabe übersetzt werden, wie dies etwa Migrantenverbände unter der Forderung nach kommunalem Wahlrecht vorgebracht hatten, so wird heute vor allem von kultureller und 'identifikatorischer' Integration (Schuleri-Hartje et al. 2005: 15) ausgegangen, was vornehmlich Sprachkurse, Akzeptanz des juristischen und kulturellen Kanons der Lebensstile Deutschlands beinhaltet.

5.5 Sozialräume Kristallisationspunkte in Wittingen und Belsheim

„In einem Ort wie Mahlow in Brandenburg oder Muldenstein in Sachsen-Anhalt kann eine Gruppe von 30 oder 40 Personen den öffentlichen Raum vollständig beherrschen: Jugendclubs, Bahnhofzone, Tankstellen oder Marktplätze sind mit einer gewissen Aura versehen. Oft sind diese Gruppen motorisiert, d.h. mobil und können überörtlich reagieren, indem sie auftauchen und dadurch bestimmte Gebiete systematisch kontrollieren [...] Der Slogan lautet: 'Wir sind national'. Alle, die sich dieser Anweisung nicht fügen, werden eingeschüchtert, bedroht, mitunter physisch attackiert. Auf diese Weise wird der öffentliche Raum systematisch kontrolliert, bis er ethnisch 'rein' ist oder keiner mehr wagt, sich über Kleidung oder Engagement als 'undeutsch' zu artikulieren.“ (Wagner 1998, 2004: 315)

Im Kontext der untersuchten Kleinstädte ist vor allem von VertreterInnen städtischer Behörden und Ämter immer wieder, fast schon reflexhaft zu vernehmen, dass es 'so etwas' wie 'Angsträume' hier in der Stadt nicht gäbe. Angesprochen auf die Unsicherheitsgefühle dort lebender MigrantInnen oder alternativer Jugendlicher betonen diese, das sei entweder übertrieben oder schlicht unwahr. Als Beleg dafür dient immer der eigene Erfahrungsschatz, könne man sich doch dort selbst auch des Nachts und an Fußballwochenenden, auf Festen oder in bestimmten Wohnvierteln völlig angstfrei bewegen. Der Ansatz, Angst zu einem allgemein empfundenen Zustand oder Indikator einer Stadtkultur zu machen, muss scheitern. Neben dem Stigmatisierungsverdacht gegenüber 'ihrer Stadt' und dessen Abwehr durch ihre RepräsentantInnen, spricht hier zunächst die Position der Stadtbürger, die sich hier schon immer sicher fühlten. Sie also potentielle Unsicherheiten eher gegenüber Neuankömmlingen empfinden, als gegenüber der gewohnt städtischen Klientel des öffentlichen Raumes. Andererseits werden aus der Perspektive männlicher städtischer Funktionsträger, aber auch von Seiten professioneller Sicherheitskräfte bestimmte Situationen als Orte der eigenen Unsicherheit benannt. Dies erfolgt zumeist im Modus der Kriminalitätsfurcht bzw. der Schilderung begangener Verbrechen oder Straftatbestände, wie etwa dem Randalieren betrunkenen Jugendlicher ohne Herkunftsbezeichnung, der Fluktuation der im Ort Belsheim untergebrachten Flüchtlinge, deren Verletzung der Residenzpflichtaufgaben, Ruhestörungen und Zusammenrottungen in größeren Gruppen. Besondere Aufmerksamkeit erfahren auch hier Menschen aus Afrika, Ex-Jugoslawien oder dem arabischen Raum. Türkeistämmige MigrantInnen sind in beiden Orten lediglich im ethnisierten Gewerbe anzutreffen. Bemerkenswert ist, dass sich selbst als in Sicherheit artikulierende Vertreter des lokalen mittelständigen, männlichen 'mainstreams' mit planerischen Vorschlägen zur Befriedung der Stadt durch raumordnungspolitische Maßnahmen, wie etwa Kameras am Busbahnhof, verstärkte Streife in der Stadt, Polizeipräsenz

am Wochenende, Vermittlungsversuche vor Diskos, sowie im Kontext rechtsradikaler Demonstrationen etc. einverstanden zeigen. Es scheint also auch hier eine Verschiebung der 'Machtgeographie' fortgeschritten zu sein. So werden viktimologisch orientierte Argumentationen, wenn zwar nicht selbst vorgebracht, so doch zumindest toleriert. Ebenso wird der Verbindung aus Angst und Raum im Zuge planerischer und baulicher Repräsentationen dieser Ansätze zugestimmt, kann auch hier Verständnis für Frauenparkplätze und Angstraumprävention in Erfahrung gebracht werden. Wie kam es zu dieser Akzeptanz solcher, auch als Kostenfaktoren im Stadtsäckel zu Buche schlagenden Maßnahmen? Wie kann dieser neue 'spatial turn' der Sicherheitsdebatte selbst in diesen Kleinstädten erklärt werden?

Viele der von mir befragten GesprächspartnerInnen, vor allem jene aus dem Flüchtlingswohnheim und ihre UnterstützerInnen aus dem 'Stattcafé', aber auch weniger involvierte und direkt in Kontakt mit MigrantInnen stehende StadtbürgerInnen können auf einen oder mehrere als 'gefährlich' kommunizierte Orte in der Stadt hinweisen. Neben den regelmäßig genannten Bahnhöfen und deren Vorplätzen, werden vor allem zentrale Bushaltestellen sowie bestimmte Straßen und Plätze, mitunter auch einzelne Straßenkreuzungen in Wohngebieten oder die Wegstrecke zwischen Bahnhof und Flüchtlingswohnheim, wie etwa in der Stadt Belsheim genannt. Betont wird ebenfalls fast immer der sich wandelnde Charakter solcher Orte zu unterschiedlichen Tages- und Nachtzeiten. In Wittingen stand hier immer wieder an erster Stelle eine Tankstelle an einer Verbindungsstraße zwischen Altstadt und einem Großwohngebiet. Diese Art Scharnierlage scheint sich für die sich dort treffenden neonazistischen Kunden und ihre Freundinnen und Freunde aus mehreren Gründen anzubieten. Die relative Nähe zu einem großen Wohngebiet macht die rund um die Uhr geöffnete Tankstelle zu einer beliebten und häufig frequentierten Serviceeinrichtung des Viertels. Die Überschaubarkeit der Umgebung, die Möglichkeiten, sich rund um die Uhr mit Alkohol zu versorgen, überdachte Plätze, um auch außerhalb der Fahrzeuge zusammenzustehen, symbolische Kraft des Boxenstopps für die Freunde des starken Automobils etc. mögen diese zentrale Rolle noch fördern. Von mehreren lokalen GesprächspartnerInnen wird Unverständnis geäußert, dass es bisher nicht möglich gewesen sei, auf die Betreiber der 'Total'-Tankstelle dahingehend Druck auszuüben, dass diese ihre rechte Klientel nicht mehr bedienen. Andere Forderungen wollen diesen Treffpunkt etwa durch das Unterbinden von Alkoholkonsum weniger attraktiv machen. Da dies bisher nicht erfolgt ist, sind Vermutungen über eine politische und soziale Nähe der BetreiberInnen der Tankstelle zur rechtsradikalen Szene der Stadt zu hören. Dies konnte aber nie-

mand meiner Gesprächspartner eindeutig bestätigen. Bei einem eigenen Besuch der Tankstelle – allerdings mit dem Fahrrad und an einem Nachmittag in der Wochenmitte – konnten die anwesenden Servicekräfte weder in ein Gespräch zum Charakter der Tankstelle als Treffpunkt verwickelt werden, noch waren eindeutige Zeichen etwa im Erscheinungsbild bei den dort Beschäftigten sichtbar. Das wurde aber als Information im lokalen Kreis der Stadtaktiven nicht unbedingt als Beleg ihrer politischen Neutralität gewertet und mir mit anderen Erfahrungsschilderungen widersprochen.

In beiden Städten wird auch der Marktplatz, besonders an Sommerabenden als 'gefährlicher Ort' dargestellt. Ferner sind beide Großwohngebiete als Wohnorte der rechten Szene einerseits, aber auch ihrer potentiellen Opfer, nämlich der wenigen dort lebenden MigrantInnen aus Vietnam und der ehemaligen Sowjetunion. Besonders Jugendliche berichten zudem über ihre Erfahrungen in den Jugendzentren und -clubs der Stadt. Aus ihrer Perspektive werden diese extra für sie bereit gestellten Orte als Treffpunkte zu Indikatoren des lokalen Kräfteverhältnisses zwischen unterschiedlichen Gruppen, Szenen, Subkulturen und Lebensstil-Fraktionen. Daneben gibt es aber auch Jugendliche, für die Jugendclubs nicht mehr oder überhaupt noch nie eine Rolle gespielt haben. Das Spektrum reicht hier von Kindern, deren Eltern nicht wollen, dass sie dort verkehren oder von Jugendlichen wie etwa PunkerInnen, denen die Regeln in den Clubs zu streng oder die Umgehensweisen mit z.B. rechts orientierten Jugendlichen nicht konsequent genug erscheinen. In Bezug auf Kinder- und Jugendliche werden, allerdings besonders aus der Perspektive von Erwachsenen, oftmals LehrerInnen und andere Professionelle, besonders die Schulen als Ort der Konfrontation genannt. Dass sich an dieser zentralen Institution des städtischen Bildungsbetriebes viele Probleme besonders deutlich zeigen, soll hier nicht geleugnet werden. Als eindeutiger nicht öffentlicher Ort, inklusive des manchmal semi-öffentlichen Schulhofes unter der Autorität der Schulleitung, werden die Institution und der soziale Ort Schule hier allerdings nicht genauer betrachtet.

Der Bahnhof als gefährlicher Ort

Bahnhöfe sind Schnittstellen unterschiedlichster Alltagspraktiken. Hier treffen sich Reisende des nicht automobilen Teils der Bevölkerung, Jugendliche, SchülerInnen und Auszubildende, alte Menschen und Fußballfans, MigrantInnen, Flüchtlinge und andere Menschen, die auf den Gebrauch des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs angewiesen sind oder dies gar freiwillig tun. Während Bahnhöfe in einer historischen Deutung als der transitorische Gefahrenort

für Moral und Anstand galten, ist der kleinere Bahnhof heute erneut zu einem 'Angstort' geworden. Dies ist vor allem seiner Transformation zu einem gesellschaftlichen Unort geschuldet. Nicht zuletzt, weil er viele seiner Funktionen und seines früheren Lebens als pulsierender Ort von Ankunft und Abschied verloren hat. Personaleinsparungen, geschlossene Gaststätten und Kioske, Abbau des Wartungspersonals und der berühmten Figur des Bahnhofsvorstehers haben diese zu oftmals menschenleeren Orten gemacht. Besonders jenseits der Schülerpendlerzeiten sind Bahnsteige und Wartehäuschen verwaist, nur vereinzelt stehen Gestalten an den Ecken oder warten auf den Bahnsteigen vor vernagelten Bahnhofsgebäuden auf ihren Zug. In der kognitiven Wahrnehmungskarte gefährlicher Orte nehmen Bahnhöfe eine besonders herausragende Stellung ein. Sie sind nunmehr Tatorte, die Reisende oder dort Wartende nun zu potentiellen Tätern und Opfern macht. Die Bahn als öffentliches Verkehrsmittel wurde zum Transportmedium vieler Tätergruppen im Kontext rechtsradikaler oder fremdenfeindlicher, aber auch anderer Gewalttaten. Seien es nun angetrunkene Bundeswehrsoldaten, betrunkene Hooligans oder Schüler im Cola-Rausch, viele der befragten Jugendlichen und MigrantInnen haben bereits Erfahrungen in der Bahn oder auf Bahnhöfen gesammelt oder wissen von solchen zu berichten. Die Mutter eines dunkelhäutigen Sohnes schildert „zunehmende Belästigungen“ (Witt 6/138) in der Bahn, andere wissen von dem brutalen Übergriff bei dem versucht wurde, einen schwarzen Migrant aus der fahrenden Bahn zu werfen. Andere berichten von Versuchen im Bahnhof vor die einfahrende Bahn gestoßen zu werden oder ihre Angst einfach im falschen Moment in der Bahn mit anderen, aggressiven Reisenden unterwegs zu sein:

„In dem ersten Jahr passierte da auf dem Bahnhof noch nicht so richtig was und nachher ist es ja oft so – ... dann kam da so ein SchwungJungs die da immer mitfahren und die ihn anpöbelten ... und anmachten – ... angriffen körperlich glaube ich nicht hat er jedenfalls so dargestellt – ... also nur bedroht und zusammengeschlagen wurde er da wohl nicht – ... und deshalb hat er wahrscheinlich auch gedacht 'ja na es ist ja nichts passiert' und das ist ja auch so die Haltung die alle Haben 'es ist ja nichts passiert' und ich kann [mich] denkt er ... ja nicht beschweren. Worüber denn, dass ich Angst habe ist ja mein Problem und Außenstehende sehen das eben auch so“ (Witt 6/144-145).

Dieser Charakter der Bahnhöfe und der Bahnreise ist dramatisch, stellen sie doch für Jugendliche und MigrantInnen gleichermaßen oft die einzige Verkehrsverbindung zum Verlassen der Stadt her. Der hier geschilderten Umgang eines jugendlichen Mannes mit Einschüchterungen und Angst ist auch symptomatisch für viele männliche Jugendliche: Keine Angst zeigen, stark sein, es als persönliches Problem betrachten und internalisieren bzw. kompensieren. Vor diesem

emotionalen Hintergrund werden auch der Besitz eines Autos ab dem 18. Lebensjahr oder zumindest Kontakte zu Leuten mit Autos zu zentralen Aspekten in Erzählungen zu Mobilität und Ortsbindung. Bei vielen in den Wohnheimen lebenden Flüchtlingen wird die Mobilitätseinschränkung aber auch durch die immer noch im Land Brandenburg bestehende Residenzpflicht für Asylsuchende verschärft (siehe Kapitel 7).

Bahnhofsvorplatz

Doch auch mit dem Verlassen des Bahnhofes entspannt sich die Lage nicht unbedingt. Der Wachenleiter der Polizei in Belsheim berichtet:

„Es ist einfach auch so, wenn sie auf dem Weg vom Bahnhof gewesen sind ...wenn sie von Berlin gekommen sind unsere Asylbewerber oder die dort wohnen im Asylbewerberheim, dann gab es hin und wieder doch Anpöbeleien ... aber – ... weil wir das immer gleich wenn so ein Vorkommnis ist so ein Ereignis wird ja gleich mit allen Kräften, die wir hier zusammen führen können und wir sind ja keine schwache Wache“ (Bel 13/74-75).

Busbahnhof Belsheim

Deutlicher noch als der etwas außerhalb der Innenstadt liegende Bahnhof Belsheim wird mir bereits bei ersten Erkundungen in der Stadt ein anderer Ort des Transits als 'gefährlicher Ort' beschrieben: „Na, der Busbahnhof [...] da treffen die sich“ (Bel 11/210-213). Ein Flüchtling aus dem in der Nähe liegenden Wohnheim schildert:

„Ich krieg immer Problem oder bei Leute saufen machen Problem im Busbahnhof immer ... wie jetzt [im] Sommer [...] die Leute nahmen also zwei Kästen vom Bier und so und bleiben im Busbahnhof und wenn ein Ausländer laufen zum Beispiel nach dem Asylheim da sie kriegt Problem ... es gibt nur einen Weg ist Busbahnhof“ (Bel 2/64).

Dabei handelt es sich bei diesem Verkehrsknotenpunkt bei erster Betrachtung vor allem um einen harmlosen, überschaubaren und wohlgeordneten Platz für SchülerInnen aus den umliegenden Städten und Dörfern. In seiner jetzigen Gestalt wird der Busbahnhof in den 1990er Jahren ausgebaut, hiervon zeugen Beton-Verbundsteine und Pflanzenrabatten, eine Möblierung mit robusten Metallsitzbänken, Abfallkübeln und Wartehäuschen aus Sicherheitsglas. Umgeben wird die Anlage von einem erhöht liegenden Einkaufszentrum, das einen Discounter und ein Lebensmittelfachgeschäft beherbergt, sowie etwas zurückgesetzt

einem Döner-Bistro. An der Westseite des Platzes liegen die Pizzeria 'La Gondola' und einzelne Wohnhäuser. Die leicht ansteigende Straße zu den Supermärkten und dem dahinter liegenden Parkplatz bindet nicht nur den Busbahnhof in das Straßennetz ein, sie bildet auch die kürzeste Verbindung zwischen der Innenstadt, dem Schwimmbad und dem Flüchtlingswohnheim.¹⁵

An einem beliebigen Wochentag in der Schulzeit liegt der Busbahnhof die meiste Zeit menschenleer da. Nachdem in den Morgenstunden die Schulbusse ihre Passagiere in die umliegenden Schulen entlassen haben, sitzen hier um die frühe Mittagszeit lediglich ein paar ältere Leute und ein männlicher Migrant aus dem Irak und warten auf Busse, die sie in umliegende Ortschaften bringen. Das Szenario ändert sich im die Mittagszeit bis hinein in den frühen Abend¹⁶. Neben vielen SchülerInnen, die nach Schulschluss relativ schnell den Ort per Bus wieder verlassen, bilden sich Gruppen an Jugendlichen und jungen Erwachsenen, für die der Busbahnhof mehr scheint, als ein Wartepunkt auf den nächsten Bus. Es lässt sich eindeutig beobachten, dass der Busbahnhof der soziale Treffpunkt für Jugendliche geworden ist bzw. zumindest temporär dies darstellt. In der Gruppe von bis zu 50 Kindern und Jugendlichen fühlten sich bis vor einiger Zeit, so betonen zumindest mehrere meiner GesprächspartnerInnen, auch Protagonisten der lokalen Neonazi-Szene wohl:

„Busbahnhof normalerweise nur vom Bus Leute so die Leute gehen woanders, aber die Leute von Belsheim also die Glatze von Belsheim versuchen die Basis wo ist Asyl und wo ist Belsheim also [...] wegen wenn ein Ausländer kam .die lachen.[...] ich hab gesehen ... das ist die Wahrheit“ (Bel 2: 77).

Ob diese ursprünglich den Platz auch nur als Transitort nutzten oder sich selbst dort auch über längere Stunden niederließen, bleibt dahingestellt. Die hier zitierte Quelle betont zumindest den auch strategischen, absichtlichen Charakter der 'Belsheimer Glatzen' sich hier aufzuhalten. Mittlerweile wird die Debatte um das 'Neonaziproblem' der Stadt eng mit diesem Locus verbunden, auch wenn es freilich in erster Linie als ein Problem der öffentlichen Ordnung betrachtet wird.

15 „am Busbahnhof hoch und dann wo die Badeanstalt ist ... (...) – ach da die kleine Ecke ... da gab's oftmals Ärger“ (Bel 3/102-104).

16 „zwei oder drei Mal am Tag ist der Busbahnhof (für die) auch gefährlich ... (...) das sind doch alles 700 Schüler von all den Dörfern und in den Dörfern ist das noch nicht vorbei ...“ (Bel 15/97).

Zusammenfassung

Eine Aura der Angst, wie eingangs von Bernd Wagner konstatiert, wird auch von mehreren meiner GesprächspartnerInnen in Belsheim und Wittingen, sowohl aus ihrer persönlichen Erfahrung, als auch aus der Perspektive Anderer beschrieben: Auch hier sind es neben Personen, also den jeweils als 'Glatzen', 'Nazis', 'Ausländerfeinde' usw. typologisierten Personen, zumeist konkrete Orte, die mit Angsterfahrungen in Verbindung gebracht werden. Dies geschieht zudem zu bestimmten Tages- oder Nachtzeiten, häufiger an bestimmten Wochentagen oder am Wochenende. Die Ortsnennung wird damit auch zur Ortskennung, also zur attributiven Ladung eines bestimmten Ortes oder erweitert eines ganzen Raumausschnittes, Gebiete des Stadtteils oder Quartiers, einzelne Straßenzüge oder sogar nur Wohnblocks oder darin befindliche Treppenaufgänge die z.B. als „national befreite Zonen“ geschildert werden.

5.6 Kommunale Präventionsarbeit und ordnungspolitische Maßnahmen

„Die sichere und lebenswerte Stadt ist das Leitbild kommunaler Präventionsräte“ (Piening 2002).

Der paradigmatische Wandel hin zur Angstraumforschung aus viktimologischer Sicht öffnet sich deutlich zur kriminologischen Prägung der Prävention. Zu einem Thema kommunaler Präventionsarbeit wird nun auch die Verbesserung der Lebens- und Sicherheitssituation von Migrantinnen und Migranten (Piening et al. 2002). Dabei lassen sich, so die AutorInnen, Orte und Situationen ausmachen, die überregional zu thematisieren sind. Hier werden etwa der Themenbereich 'häusliche Gewalt' sowie der 'Angstraum Bahnhöfe' angesprochen (ebd.).

Bei der Entwicklung kommunaler Strategien zur Verbesserung der Sicherheitssituation und des Sicherheitsempfindens wird vorgeschlagen, die Stadt „mit den Augen der Migrantinnen und Migranten zu sehen“ (ebd.). Die Betroffenen sollen ihre Kenntnisse über Brennpunkte und Lösungsmöglichkeiten einbringen können. Dies bedeutet, dass nicht nur die körperliche Gewalt, sondern auch „Orte und Situationen der Diskriminierung mit thematisiert werden müssen, wenn die Präventionsarbeit die Lebenswirklichkeit der Ausländerinnen und Ausländer erreichen will“ (ebd.). Die Präventionsarbeit im engeren Sinne soll in eine breitere gesellschaftspolitische und interkulturelle Arbeit eingebettet werden, die das „Klima“ in der Stadt und der Region positiv beeinflusst. Auch

sollen verbesserte soziale und nachbarschaftliche Integration der Migrantinnen und Migranten diesen Prozess fördern.

Ein zusätzlich vorgeschlagener Ansatz opferorientierter Präventionsarbeit gegen den Rechtsextremismus liegt in der Aufarbeitung der Angsträume besonderer Opfergruppen.

Allerdings stellen die AutorInnen dieser Handlungsmöglichkeiten fest: „Die Voraussetzungen für eine solche enge Zusammenarbeit mit Ausländerinnen und Ausländern, bzw. den Beratungsstellen, sind längst nicht in allen Präventionsräten gegeben“ (Piening et al. 2002). Es war nicht zu ermitteln, in wie vielen Brandenburger Städten es mittlerweile lokale Präventionspläne für MigrantInnen und andere Opfergruppen rechtsradikaler Gewalt gibt. Es kann allerdings beobachtet werden, dass die Sensibilität kommunaler und anderer administrativer Strukturen (Polizei, Justiz) für Präventionsmaßnahmen zugenommen hat. Das zeigt sich auch im ordnungspolitischen Umgang der städtischen Verwaltung mit diesen angstbesetzten Ortsszenarien. Auch in Belsheim wurde der Charakter des Busbahnhofes als unsicherer Ort durch die Vorlage einer an Videoüberwachung und anderen Präventionsmaßnahmen orientierten Stadtordnung zu beeinflussen versucht.

Ordnungspolitische Interventionen am Busbahnhof in Belsheim

Nach mehreren Beschwerden der AnwohnerInnen, vor allem auch wegen nächtlicher Ruhestörung und trinkender Jugendlicher wird für den Busbahnhof in Belsheim eine verstärkte Bestreifung der Anlage beschlossen:

„Die Polizei hat dann verstärkt hier Streife gemacht [...], das dünne sie zur Zeit wieder ein bisschen aus – ... also immer ein bisschen in Abhängigkeit von der konkreten Lageeinschätzung – ... aber haben das gut im Auge[...] – immer mit so einem VW-Bus hier mit – ... gleich nach dem Motto „sie können auch gleich welche einladen und so ...“ – ... nee nee da haben sie richtig Präsenz gezeigt – ... in der Hinsicht lasse ich auf Belsheim nichts kommen“ (Bel 12/77-82).

Um sich diesem ordnungspolitischen Brennpunkt konzentriert anzunehmen, wurde auf Initiative des städtischen Ordnungsamtes im Sommer 2007 eine Arbeitsgruppe gebildet, die sich, so die Aussagen eines Mitarbeiters des Amtes- „speziell in Verbindung mit Polizei, Ordnungsamt und Schulen – ... ja Jugendamt des Landkreises mit der Problematik Jugend [und dem] Verhalten von Jugendlichen im öffentlichen Raum befasst hat:

„[H]ier haben wir durch den Busbahnhof eine zentrale Stelle, wo ... hier viele Jugendliche [...] ankommen – ... von hier zu den Schulen gehen beziehungsweise dann auch

wieder in ihren Heimatort abfahren [...] und da gab es eben Unzulänglichkeiten – ... Beschwerden – ... vom Bauhof die das immer sauber machen mussten und somit haben wir dann auch Maßnahmen eingeleitet – ... in Verbindung mit der Polizei, dass wir Kontrollstreifen dort gehen schon über Monate jetzt – ... wie gesagt jetzt diesen Verkehr begleiten“ (Bel 18/14-16).

Als Ergebnis dieser städtischen Debatte wurde neben dem Anbringen von zwei Überwachungskameras eine neuen ‘Stadtordnung’ verabschiedet, auf deren Grundlage es nun möglich sein soll, dort restriktiver vorzugehen:

„Wir haben jetzt auch die Möglichkeit [...] auf Beschluss bestimmte Plätze [...] ein Alkohol- und Nikotinverbot aussprechen können [...] es ist noch nicht so weit, dass wir es durchsetzen müssen – ... wir hoffen [...] es immer noch ohne Verbote tun zu können oder einzugrenzen – ... aber dass durchaus die Möglichkeit drin liegt dass die Sache so eskalieren sollte, dass es notwendig wird und wir die anderen Jugendlichen davor schützen müssen – ... und die Anwohner davor schützen müssen vor Verunreinigung und Belästigung und dergleichen, dass wir dann auch die rechtliche Handhabe haben dagegen vorzugehen – ... und unter anderem wie gesagt ist auch dieser neu an diese Stadtordnung angehangene Bußgeldkatalog eine Sache wo wir jetzt unseren Ordnungskräften vor Ort und uns selbst auch mehr Rechtssicherheit geben können ... selbst der Bevölkerung dann eben Material an die Hand geben können wo sie nachlesen können was es kostet – ... was kann es kosten, wenn ich ein Papier wegwerfe oder eine Zigarettenstummel [...] dass sie sich darauf einrichten können und wir haben dann eben auch die Möglichkeit dieses Verwarngeld auszusprechen vor Ort – [...] es geht nicht vorrangig um das Geld – ... sondern das [...] als Zweck der Durchsetzung von Ordnung und Sicherheit [...] das betrifft auch andere Stellen – ... also die wandern – ... also wir haben jetzt bestimmte Konzentrationpunkte wo Jugendliche sich treffen“ (Bel 18/21-26).

Auch wenn in Gesprächen betont wird, dass es mit der neuen Stadtordnung auch um andere städtische Orte als den Busbahnhof geht, ist der Zuschnitt der Maßnahmen auf die dortigen Problemlagen doch recht eindeutig:

„[D]er Busbahnhof ist halt eine Stelle die wird ständig frequentiert ... ja? – ... also da haben wir wie gesagt im Rahmen des Schülerverkehrs und des normalen Ablaufes da ... und selbst darüber hinaus – ... [...] zur Abendzeit auch noch – ... das ist auch noch ein Treffpunkt von Jugendlichen – ... – am Wochenende speziell – ... ja – ... also dort merkt man das dann immer wenn unsere Leute montags sauber machen müssen – ... was dann übers Wochenende – ... die machen Freitags sauber ... dann ist der sauber und wenn sie denn [am] Montag kommen – ... müssten sie mal sehen wie das dann aussieht“ (Bel 18/21-26).

Im Ordnungsamt Belsheim wird die Debatte um Sicherheit und Ordnung somit vor allem als Problem von weggeworfenen Zigarettenkippen, Glasscherben und Müll auf den Straßen interpretiert. Das ist ein klarer Fall von ‘crime prevention through environmental design’ (CPTED)?

5.7 Fazit: Angst-Macht-Raum oder Raum (M)acht Angst. Die 'spatial dialectics' von Angsträumen

„Fear influences our experience of places, as much as places influence our experiences of fear“ (Koskella/Pain 2000).

Aus einer viktimologischen Perspektive, also aus Sicht (potentieller) Opfer von Bedrohung, Beleidigungen, Verunsicherungen und Übergriffen aller Art ist eines zumindest klar und evident zu beantworten: Jede Tat hat ihren Tatort. Dieser faktische Ort muss aber nicht mit lokal kommunizierten Angstorten übereinstimmen. Auch die Gespräche in Belsheim und Wittingen haben gezeigt, dass es unzweifelhaft Orte, Plätze, halb-öffentliche und öffentliche Räume wie Kneipen oder Eisenbahnabteile, Sportplätze oder Fußgängerzonen, Wohnviertel und Marktplätze gibt, die aufgrund des – allerdings meist nur temporären – dominanten Auftretens von sexistischen Männern, von Rechtsradikalen und Neonazis, von Fremdenfeinden und rassistischen Hooligans sowie deren Bedrohungs- und Gewaltpotentialen, als Orte der Angst vor Übergriffen bezeichnet werden müssen.

Diese auf persönlichen Begegnungen und Konfrontationen gründenden Erfahrungen umfassen bereits die visuellen Geographien alltäglicher Raumproduktion. So wirkt etwa der Blick, das abschätzen und einschätzende 'scannen' einer sozialen Situation, der gegenüberstehenden und/oder passierenden Personen und die Abwägung angenommener Verhaltensweisen als breites Spektrum möglicher Konfrontationserfahrungen. Bei diesem 'Durchschauen' einer sozialen Situation spielt der visuelle Eindruck und Blickkontakt eine konstituierende Rolle. Dieser – nach John Urry (2002) – hier nicht touristische, sondern öffentlich-räumliche Blick, bildet als kulturelle Praxis des Spähens, Schauens und taxierenden, abwägenden Beobachtens folgt vielfach unbewussten Mechanismen der Einordnung des Sichtbaren und visuell vermittelten Spürbaren in die Koordinaten und Kontextualisierungen gesellschaftlicher Macht. Hier spiegeln und erzeugen sich gesellschaftliche Verhältnisse in der Begegnung und Konfrontation der gesellschaftlichen Subjekte.

Dazu kommen als gefährlich erlebte oder imaginierte Orte, die auch in Abwesenheit der potentiellen Täter aufgrund ihrer physisch-materiellen Gegebenheiten – und eher abends und nachts als tagsüber – Einschüchterung begünstigen, Flucht erschweren oder unmöglich machen und Mobilitäten einschränken. Dies sind dann die oft zitierten dunklen Parks, unübersichtliches Straßenland, finstere Tunnel und Unterführungen, aber auch die temporären Zwangsgemeinschaften eines Regionalbahnwaggons oder eines menschenleeren Bahnsteigs. Somit lassen sich auch in der Gestalt der Stadt, also in ihren symbolischen Ordnungen von Privatheit und Öffentlichkeit, die dort vergegenständlichten dominanten Angstdiskurse lesen. Zentrale Stätten intentionaler und alltäglicher Praxen der

Angstvorsorge und -bewältigung sind die Büros der Stadt- und Verkehrsplanerinnen, aber natürlich auch anderer Ordnungsbehörden aller Art. Deren Pläne und ihre sozial- und stadtpolitischen, stadtplanerischen und ordnungspolitischen Initiativen, können im Kontext der Lefebvreschen Trialektik als Bereich der „Spaces of Representation“ in folgende Subkategorien unterteilt werden: In einer Art Stigmatisierungsverfahren und seiner planerisch angewendeten Abwehr verschränken sich auch hier in der Umsetzung Raumbilder der geordneten, sicheren Stadt als Imaginationen, deren Kommunikation und deren Visualisierungen. Anders gesagt, bewegen sich zirkulär umeinander kreisend die Ebenen der a) flankierenden Begriffsbildungen und semantischen Markierungen (Etikettierungen, Stigmen), b) deren Formen der Visualisierung und Kartographien (visuelles Framing/Stigmatisierungen) sowie die Planungsprozesse selbst (Umgang mit Stigmatisierungen und Bewältigungsversuche solcher Mängel).

Die im städtischen Raum auffindbaren Markierungen bieten ein breites ‘setting’, einen Schauplatz symbolischer Codes und Formen an. Diese kultureller Praxen der räumlich-territorialer Markierungen können via baulicher Form, Ästhetiken der Straßen- und Stadtgestaltung, aber auch durch Plakate, Graffitis, Duftmarken, Sauberkeit/Schmutz, Ordnung/Unordnung, Überschaubarkeit, Verwirrung, Beleuchtung, ‘Wildnis’ vs. geplanter Strukturen empfunden werden. Allerdings sind diese immer als deutungsöffnen, und somit in ihrer Interpretation als diskursiv hergestellt zu betrachten. In diesem Zusammenspiel aus konkreten Erfahrungen, kommunizierten Deutungen und materialisierten sozialen Verhältnissen, wird entgegen sozialtechnologischer Planungspraxis, ein Ort nicht primär und singulär via Raummarkierungen über seine materielle Gestalt zu einem Angstraum, sondern in Wechselwirkung über seinen Charakter als sozialer Raum in seiner zeitlichen Dimension.

Die Aushandlungspraktiken in diesen sozialräumlichen Arenen verlaufen in unterschiedlichen, aber miteinander verflochtenen Dimensionen ab. ‘Angsträume’ werden primär in der konkreten Begegnung mit sozialen Objekten und Menschen an einem Ort virulent. Allerdings können diese direkten Kommunikationsergebnisse via Zeichen unterschiedlichster Prägung und Deutung zusätzlich durch eine Art vorauseilender medialer Markierungen vorweggenommen werden. Mit diesen Formen der diskursiven Regionalisierung beschäftigte sich das vorhergehende Kapitel. Im folgenden Kapitel werden die Alltagshandlungen von in Belsheim und Wittingen lebenden MigrantInnen, ‘alternativen’ Jugendlichen und zivilgesellschaftlichen Initiativen und Projekten vorgestellt und als ‘Coping’-Strategien mit der Präsenz fremdenfeindlicher, rassistischer und rechtsradikaler Personen und Institutionen in Beziehung gesetzt.

6 Feindesland? Alltagshandlungen im Konfrontationsraum

„The world outside was enemy terrain, everyone a potential foe“. (Rankin 2006: 772)

„The specific spatial competence and performance of every society member can only be evaluated empirically.“ (Lefebvre 1991: 38)

Forschungsperspektive

In diesem Kapitel orientiere ich mich an der Forschungsheuristik eines ‘following the people’ (Marcus 1995, 1998)¹ in Verbindung mit der raumtheoretischen Perspektive auf die ‘lived spaces’ in der Raumtrialektik Henri Lefebvres: Diese Dimension des ge- und belebten Raumes benennt Praktiken, Wahrnehmungen und Deutungen des Alltagslebens. Diese bestehen im Neokapitalismus (Lefebvre) und auch im postindustriellen, neoliberal geprägten Transformationskapitalismus ostdeutscher Städte aus einer Verbindung (bewusst oder unbewusst vollzogener) alltäglicher Handlungen und städtischer Realitäten, die auf den mehr oder weniger deutlichen Eindruck rechtsradikaler Präsenz übertragen werden. Nach Lefebvre bestehen der wahrgenommene Raum aus den Wegen und Netzwerken zwischen Arbeitsplätzen, Freizeitgestaltung und dem Privatleben (Lefebvre 1991:38). Er stellt durch die sozialräumliche Praxis der Menschen einer Gesellschaft eine enge Verknüpfung zwischen der Alltagsrealität (der Verwendung von Zeit) und der Realität der Stadt, der Alltagswelt (Arbeitsorte, Räume des Konsums etc.) her. Dabei handelt es sich – so Lefebvre – durchaus um ein Paradoxon, da sich hier die deutlichste Aufteilung zwischen Orten darstellt, die andererseits durch diese sozialräumlichen und kommunikativen Praktiken verbunden werden. Diese räumlichen Kompetenzen und performativen Handlungen

1 „Follow the people. [...] the procedure is to follow and stay with the movements of a particular group of initial subjects. Migration studies are perhaps the most common contemporary research genre of this basic mode of multi-sited ethnography“. Aus: Marcus, George E. (1995): *Ethnography in/of the World System: The Emergence of Multisited Ethnography*. In: *Annual Review of Anthropology* 24, S. 95-117. Sowie: Marcus, George E. (1998): *Ethnography through Thick & Thin*. Princeton: Princeton University Press. S. 79-104.

können nach Lefebvre nur empirisch, also in der Darstellung und Dokumentation und Interpretation alltäglicher Praktiken untersucht werden²(Lefebvre 1991: 38). Die Entschlüsselung des gesellschaftlichen Raumes kann somit als Gesellschaftsanalyse verstanden werden (Lefebvre 1991: 38)³. Damit können die Bewegungsformen und -praxen einzelner als relevant erachteter Gruppen und Einzelpersonen als Hinweise auf die sozialen Koordinaten in der Stadt im Bezug auf den Umgang mit rechtsradikaler Bedrohung (und Bedrohungsgefühlen) interpretiert werden. Dabei geht es nicht nur darum, den Akteurswegen historisch zu folgen, sie also in ihrer sozialgeschichtlichen Genese zu betrachten, sondern ebenfalls deren Interaktionen bzw. ihren Wechselwirkungsgehalt im Bezug auf stadtkulturelle Öffentlichkeit und Atmosphäre zu interpretieren. In diesem Kapitel stehen daher die Handlungsweisen der städtisch (temporär) an- und abwesenden BewohnerInnen, Gäste und Durchreisenden im Mittelpunkt des Interesses. Sie re/produzieren die Stadt in ihren alltäglichen Praxen und schaffen sich, das sollen die Beispiele im Abschnitt 6.2 belegen, heterotopische Orte als relationale Felder der Artikulation, etwa durch die Unterstützung von Flüchtlingen und MigrantInnen, aber auch durch Treffpunkte für 'alternative' Jugendliche oder von zu Außenseitern gemachten Arbeitslosen in Wittingen.

6.1 'Coping strategies' und street wiseness: Exemplarische Handlungsweisen potentieller Opfer, Taktiken der zivilgesellschaftlichen Raumproduktion

6.1.1 Bewältigungsversuche der Bedrohung 'alternativer' Jugendlicher

Einer meiner ersten Gesprächspartner in Wittingen war der junge Erwachsene Stefan. Er gilt vielen als einer der wenigen aktiven 'Antifas' der Stadt. Seit mehreren Jahren hat er sich aber von seinen politischen Aktivitäten zurückgezogen. Er behauptet, dass dies nichts mit Einschüchterungen durch die lokale Neonaziszene zu tun gehabt habe, erzählt aber trotzdem ein paar erschütternde Anekdoten aus dieser Zeit:

-
- 2 „[...] it includes the most extreme separation between the places it links together. The specific spatial competence and performance of every society member can only be evaluated empirically“ (Lefebvre, 1991: 38).
 - 3 „The spatial practice of a society is revealed through the deciphering of its space“ (ebd.).

„Wir haben nachts hier Anrufe gekriegt ... 'wenn du dich nochmal auf die Straße traust' ... sie wissen wo du wohnst und so ne Schoten [...] Freunde von mir wurden auch abgefangen und haben ordentlich – ... mich haben sie irgendwie nie angefasst ... keine Ahnung warum – ... vielleicht weil sie wussten, dass ich doch ein bisschen mehr Kontakte hatte – ... also, das war mir bis heute immer ein Rätsel (...) warum sie mich bis heute nicht gekriegt haben“ (Witt 1/63)

Trotz dieser bedrohlichen Situation fühlt sich Stefan in seinen alltäglichen Bewegungsformen nicht besonders eingeschränkt. Das liegt wohl daran, dass er „hier eh nichts mehr mache“ (Witt 1/69), er sich also aus dem politischen Engagement in der Stadt wieder zurückgezogen hat. Das funktioniert aber nur so reibungslos, weil er und seine Freunde immer noch sehr genau wissen, wo sie sich aufhalten können oder wo es über kurz oder lang „Stress gibt ... selbst wenn es hier nicht so viele wären“ (Witt 1/69). Auffällig an Stefans 'coping'-Strategien mit der lokalen Situation ist dessen Leugnung eines darauf abgestimmten Verhaltens. Vieles, was als Einschränkung seiner alltäglichen Bewegungsroutinen verstanden werden könnte, fällt ihm nicht als solches auf bzw. wird von ihm als nicht besonders problematisch erachtet, weil es sich hierbei sowieso um Orte und Ereignisse handelt, die wenig Attraktivität für die nicht-rechten Jugendlichen Wittingens haben: „[I]ch würde hier nicht auf ein Dorffest gehen oder so...weil ich irgendwie nicht der Typ bin und in die komische Disco gehe ich auch nicht, Kinder schubsen ... also, fühle ich mich da nicht unbedingt so eingeschränkt“ (Witt 1/71-73). Das bezieht sich auch auf den Besuch von Stadtfesten und Jugendclubs, zumindest bis vor dem Trägerwechsel vieler Clubs. Trotz der Vermeidung bestimmter Orte können Konflikte allerdings immer wieder aufbrechen: „[A]lso wenn ich mal irgendwo war, dann hat es nicht lange gedauert, bis es dann Stress gab“ (Witt 1/69). Denn selbst bei Veranstaltungen, die als ungefährlich eingeschätzt werden, sei es bei Konzerten alternativer Bands oder bei selbst organisierten Feierlichkeiten, gibt es letztendlich keine Garantie, dass hier nicht im Laufe des Abends konfrontative Situationen entstehen:

„Das letzte [Mal] wo ich hier war im Jugendclub – ... da haben drei Bands gespielt, wo ich gedacht habe ... da kannste ja mal hingehen mit ein paar Leuten – ... das ging dann auch ein paar Stunden gut, dann kamen die richtigen Leute, sozusagen war der Stress halt da [...] wir sind dann abgehauen, aber wir wollten eh gehen ... hat mich ein bisschen angekotzt, weil ich wäre gerne aus diesem Grund ein bisschen länger geblieben, weil es hat dann wieder so ausgesehen, als wären wir bloss wegen denen abgehauen“ (Witt 1/71-73).

„Wir haben hier zwei Jugendclubs ... und in dem einen, den kann man mieten für Feierlichkeiten und seltsamerweise wissen die immer, wenn da irgend eine Feierlichkeit ist und tauchen da auf – ... es ist so dass man mit Türstehern einigermaßen

gut gegen ankommen kann, aber es gibt immer welche die reinkommen und dann da Stress machen ... desto später der Abend wird desto wahrscheinlicher ist, dass es da irgendwie Stress gibt“ (Witt 16/38).

Um Konfrontationen zu vermeiden, reicht es anscheinend nicht, diese Orte zum richtigen Zeitpunkt zu verlassen. Um unangenehme Situationen zu vermeiden, verbringen Stefan und seine FreundInnen ihre Zeit in der Stadt entweder in Privaträumen („wir haben eigentlich unseren Platz“) oder sie besuchen eine der wenigen nicht von den Rechten dominierten Gaststätten der Stadt. Unter diesen raren Orten befindet sich neben einzelnen Döner-Bistros in Wittingen auch die stadtauswärts in Richtung Autobahn gelegene – und gut nur mit dem Auto zu erreichende – MacDonalds- Filiale. Diese gastronomischen Betriebe mit langen Öffnungszeiten sind städtisch nicht unbedingt als Treffpunkte der alternativen Jugendszene bekannt, wenngleich sich hier oftmals auch MigrantInnen treffen:

„Entweder bleibe ich zuhause oder [ich] fahre (...) mit meiner Tussi zu McDonalds ... wir kaufen uns einen Kaffee und sitzen dort drei Stunden rum und schlagen die Zeit tot ... labern ... gucken uns die anderen Leute an (...) wenn wir nicht irgendwo hinfahren ... aber ständig kann man ja nicht irgendwo hinfahren ... Geld sparen – ne ... –“ (Witt 1/77).

Dieser von Stefan als wenig kommerzialisiert empfundene Ort ohne ständigen ‘Verzehrzwang’ scheint für die rechte Klientel wenig attraktiv. Möglicherweise wird er aufgrund seiner internationalen oder gar kosmopolitanen Ausstrahlung gemieden. Das Wissen um die Bewegungsformen und Treffpunkte der Rechtsradikalen gehört zur festen Existenzstrategie der Jugendlichen. Neben Festen und Jugendclubs gibt es mehrere halb-öffentliche Räume, die als Treffpunkte der rechten Szene und ihrer Anhänger gelten. Ein prominentes, weil vielfach genanntes Beispiel, ist in Wittingen die bereits vorgestellte, 24-Stunden geöffnete ‘Total’-Tankstelle, ebenfalls an der Ausfallstraße zur Autobahn stadtnah gelegen: „Meistens sind sie oben an der Total-Tankstelle...da sind sie sehr viele“ (Witt 1/81). was eine andere Person bestätigt „ja stimmt ... da ist ein Nest“. Dort solle man „auf keinen Fall auch nur als links Angehauchter hingehen“ (ebd.). Außerdem weiß man „also bestimmte Gaststätten [...] da kann man nicht hingehen“ (Witt 12/165), „Kneipen, die als Rechtenkneipe schlechthin bekannt sind, die gehört einem Rechten – ... da verkehren auch nur solche Leute“ (Witt 1/81).

„ich gehe nicht gerne nachts durch Wittingen [...] also, ich weiß nicht, ob die mich kennen oder so aber [...] weil ich so viele üble Sachen schon gehört hab [...] von Freunden von mir oder dann weiß man natürlich auch, wo die sich treffen und wo man besser nicht hinget und das ist eigentlich total schlimm, dass man sich nicht mal mehr frei bewegen kann, weil man genau weiß ... da sind die jetzt“ (Witt 9/49).

Diese Schilderung der in Gefahrenzonen mental und alltagspraktisch fragmentierten Stadt, stammt von der Schülerin Sandra aus Wittingen. Sie lebt mit ihren Eltern in einem Altstadtthaus in der Innenstadt Wittingens. Ihrer Wohnung gegenüber liegt eine bei den Jugendlichen als Treffpunkt der lokalen Neonaziszene bekannte Kneipe. Die Präsenz der Gäste dort beschränkt sich aber nicht nur auf den Gastraum. An manchen Abenden stehen sie auch vor der Gaststätte auf der Straße und werden so auch von Sandra beobachtet. Das wirkt für sie besonders bedrohlich oder zumindest bleibt ihr in Erinnerung, dass solche Versammlungen auf der Straße auch an Tagen stattfanden, an denen etwas besonderes geschehen war:

„Ich weiß nicht, ob du das mitgekriegt hast ... [...] das stand auch in der Zeitung, da haben sie irgendwie so einen Langhaarigen zusammengeslagen und dann danach haben sie sich bei uns wieder in der Straße versammelt“ (Witt 9/21).

Trotz dieser eindeutigen Kundschaft ist es Sandra trotzdem nicht so richtig wohl bei der Bezeichnung des Lokals als 'Fascho-Kneipe', „weil ich den Besitzer total nett finde, weil der eigentlich total tolerant ist ... irgendwie“ (Witt 9/23). Sie kann allerdings auch nicht genauer sagen, warum sie das so empfindet:

„Ich hab mich ja auch noch nie mit dem unterhalten – ... aber meine Eltern kennen den zum Beispiel und die erzählen immer, der will auch, dass ich da mal reinkomme und mich mit denen unterhalte – ... bloß ich weiß nicht – ... ich würde mich dort glaube ich nicht wohl fühlen ... da umgeben von 30-40 Nazis da alleine – ... und deswegen gehe ich da gar nicht erst rin“ (Witt 9/23-25).

Während also der junge Erwachsene Stefan sich in Wittingen alltäglich nicht besonders eingeschränkt fühlt und sich auch fast überall bewegt, bestimmen bei ihm die Möglichkeit potentieller Konfrontationen sein 'mentales mapping' im lokalen Gefährdungstadtplan. Die jüngere Schülerin Sandra wiederum vermeidet grundsätzlich Orte zu bestimmten Tages- oder Nachtzeiten. Auch sie hat einen eigenen Gefahrenstadtplan, der ihre Bewegungen sozialräumlich und zeitlich strukturiert. Darüber hinaus kennzeichnen Widersprüche zwischen eigenem Erleben und den Empfehlungen und Einschätzungen z.B. der Eltern oder anderer Erwachsener diesen adoleszenten Lebensabschnitt nicht nur im Allgemeinen, er wird auch in den persönlichen Urteilen Stefans und Sandras, eines 'dort nicht wohlfühlens' – ohne es genauer erklären zu können oder zu wollen – manifest. In der Position der Eltern von Sandra kann vermutet werden, dass sich hier nicht nur eine biographische Anekdote einer vereinzelt, von den Eltern nicht verstandenen Jugendlichen widerspiegelt. Es klingt vielmehr nach einer symptomatischen Ignoranz vieler Erwachsener gegenüber den Problemen ihrer Kinder und anderer Jugendlicher, die sich mit rechter Dominanz und Gewalt lokal konfrontiert sehen.

Der Anpassungsdruck an ein als normal empfundenes Szenario unterstützt hier nicht alleine die Ausblendung konkreter Konflikte, es wird auch als normatives Gerüst einer wenig solidarischen Erwachsenenwelt empfunden. Auch dies unterstützt den Wunsch, diesen Ort so bald wie möglich zu verlassen.

Auf der Straße, beim Einkaufen oder beim Gehen in der Stadt charakterisieren auch andere Jugendliche ihr Verhalten als Taktiken der Gefahrenvermeidung, etwa einer bewussten mentalen Abwesenheit. Dies geschieht etwa durch das Wechseln der Straßenseite („Wenn man das sieht, geht man dann halt über die Straße – ... wechselt man die Straßenseite oder so“ (Witt 9/104-105) oder durch das Tragen von Kopfhörern: „Dann [...] höre ich sowieso nichts, wenn sie mir was hinterher rufen oder so ... – aber ich gehe denen ja so nicht aus dem Weg“ (Witt1/85). Diese Abschottung durch Musik und Weghören bleibt gefährlich, denn wer weiß schon, ob es sich bei diesen Zusammentreffen immer nur um Begegnungen in kleiner Zahl dreht:

„Es ist echt so, wenn du einen oder zwei so alleine auf der Straße triffst, [...] ... dann trauen sie sich nicht, mal dich anzugucken [...]. Es ist halt echt nur so, wenn sie zu fünf sind, dann schreien sie halt irgend was [...] mit ner Freundin oder so und da kommt dann einer vorbei und der pöbelt uns dann auch immer an- [...] was du oft hast wenn sie mit Auto an dir vorbeifahren ... dann müssen sie was aus Auto (dem) brüllen oder dir den Finger zeigen ... wo du dir dann immer denkst [...] ‘ist doch total affig’“ (Witt 1/95).

Andere sind froh, wenn sie endlich mit 18 Jahren den Führerschein gemacht haben und damit in der ‘Raumblase’ des Autos den alltäglichen Konfrontationen in der städtischen Öffentlichkeit entkommen können: „Jetzt habe ich ja glücklicherweise Führerschein, da kann man ja dann mit (dem) Auto fahren, dann ist es ja auch nicht so schlimm“ (Witt 9/105). Ohne Auto bleibt immer noch das Fahrrad als schnelles und daher relativ unangreifbares Fortbewegungsmittel: „Abends sehe ich dann meistens zu, dass ich mit dem Fahrrad fahre“ (Witt 9/104). Eine Jugendliche hat zudem eine ganz spezielle Methode der Gefahrenabwehr, indem sich sich starke, schützende Begleitung sucht, „... oder dass ich den [Namen] mitnehme, irgend einen der groß ist und möglichst männlich“ (Witt 9/104).

Für junge Männer wie Stefan mündet diese Drohkulisse bisher in nur wenigen Fällen in einem tätlichen Angriff. Anscheinend reicht die akustische Beleidigung als Einschüchterung und Markierung gleichermaßen aus. Bei Anderen bleiben solche Begegnungen nicht immer nur verbal, vor allem MigrantInnen, aber auch junge Frauen wie Sandra berichteten davon, dass sie neben verbalen Beleidigungen auch noch angespuckt wurden. Wer sich weniger auf Camouflage, Weghören und Beschleunigung qua Fahrrad oder Auto verlassen will oder kann, greift zu

Mitteln des Selbstschutzes. Einer der wenigen, ziemlich auffälligen Punker der Stadt Wittingen trägt nach Auskunft einer Freundin [Sandra]

„... immer sein Pfefferspray mit – ... und – ... also ich meine er hat das bisher noch nie gebraucht [...] – ... aber ich habe mir da auch schon so oft Gedanken darüber gemacht, ob ich mir nicht lieber so was zulegen sollte – ... ich denke mir, eigentlich mir ist noch nie was passiert und eigentlich bin ich auch gegen so was, aber ... ähm weiß ich nicht dann denke ich mir immer wieder es sind so viele hier und so wenig die was dagegen machen ... und ob ich das nicht wirklich mal machen sollte weil ich glaube schon das man sich wirklich auch sicherer fühlt und ich merke auch, dass ich, wenn ich 500 Meter von Zuhause weg bin ... suche ich schon in der Tasche meine Schlüssel ... und so das ist ganz schlimm – ... man überlegt sich, dann auch wenn man nach Hause geht und man sieht nirgends einen Menschen – ... guckt man natürlich sich auch um und so – ... das kann es ja nicht sein“ (Witt 9/49-50).

Die als Notwendigkeit empfundene 'Bewaffnung' mit CS-Gas, Knüppeln, Messern und dergleichen hat in vielen Städten, so auch in Wittingen und Belsheim temporär zu empörten Reaktionen seitens der Erwachsenenwelt und polizeilichen Repressionen einerseits und zu brutalisierten Gewaltspiralen unter den Jugendlichen andererseits geführt. Die Selbstbewaffnung der sich hier als Kontrahenten um das städtische Territorium gegenüberstehenden – zumeist jugendlichen – Männer wird oftmals als dieser Alters- und Geschlechtergruppe innewohnender Impuls interpretiert. Das bewirkt, neben der Stigmatisierung jugendlicher Männer als sozialer Problemgruppe, eine Entpolitisierung und Positionierung zuungunsten der Opfer dieser Konflikte.

Nicht verwunderlich ist, dass Sandra, Stefan und die anderen Jugendlichen keine persönliche Perspektive in Wittingen sehen. „Also das ist schon eine ziemliche Belastung hier mit den Leuten zu leben [...], obwohl man ja so direkt [...] nichts mit denen zu tun hat, weil man weiß halt, dass die da sind ...irgendwie und dass das ziemlich viele sind ... na ja und deswegen will ich eben so schnell wie möglich weg“ (Witt 9/74-77). Auch politisch sehen sie auf die Stadt eher düstere Zeiten zukommen:

„Wenn dann müsste das irgendwie eine neue Generation sein [...] ... also, ich sehe da irgendwie nicht mehr viele Chancen – ... ich mache mein Ding – ... [...] aber ich sag mal 'ich bin hoffentlich [...] in einem Jahr weg – ... und dann ist es eh wurscht'. Meine Eltern wollen dann auch weg ziehen – ... die wollen nach Hamburg ziehen zu meinem Bruder – ... dann habe ich mit Wittingen eigentlich gar nichts mehr zu tun“ (Witt 1/142).

Eigentlich finden es die Jugendlichen wie Stefan „schon schade, den Ort dann auf immer zu verlassen, aber nur hier in Wittingen zu bleiben, damit hier auch ein paar Linke sind“ (Witt 1/144) kann es für ihn auch nicht sein. Im Kern geht

es aber auch darum, dass „Wittingen ja auch nichts zu bieten hat – ... gar nüscht – ... was ist denn hier großartig? ... du kannst vielleicht mal ins Kino gehen und dich zuhause bei ein paar Leuten treffen ... zu Mc Doof fahren und das war es ... dann ziehe ich da doch schon lieber nach Berlin wo ich meine Viertel habe, wo ich hingehen kann, irgendwo“ (Witt 1/144).

6.1.2 *'Street-wiseness' als Taktiken der Gefahrenvermeidung bei Flüchtlingen und MigrantInnen*

„Ich geh in kein Cafe mehr. Ich war einmal [...] in ein Cafe gegangen, also in ein kleines Lokal und ich hatte ein Problem wegen [dem] Besitzer – ... sein Reden gefällt mir nicht – ... er hat [zu mir] gesagt: 'warum bist du da [...] du musst nicht in unseren Laden kommen' [...]. Ein Besitzer ... normalerweise ein Kellner oder so es geht ihn nichts an was ich bin [...] und manchmal kriegst du zu viel Probleme so...deswegen also ich kann in kein Cafe“ (Bel 2/25-30).

Anders als für viele 'alternative' Jugendliche ist für die in den Städten lebenden MigrantInnen und Flüchtlinge die Option auf einen Ortswechsel zwar auch gewünscht, kann aber aufgrund von Residenzpflicht-Beschränkungen⁴, prekären ökonomischen und sozialen Lagen oftmals nicht umgesetzt werden. Die meisten MigrantInnen sind somit an den Ort gebunden und gezwungen, sich diesem in unterschiedlicher Weise zu stellen. Es kann auch hier von einer raumtheoretischen Trialektik migrantischer Raumproduktionen ausgegangen werden.

Absoluträumliche Territorialisierungen bildet eine zentrale Bedingung der Lebensrealitäten der meisten Flüchtlinge. Sie definieren Bereiche legaler Aufenthaltsmöglichkeiten oder -restriktionen, der Zugehörigkeit zu Verwaltungsbezirken und verwaltungstechnischen Zuständigkeitsbereichen. Daneben wird der Alltag durch das mehr oder weniger kommunizierte Wissen um die Beziehung zwischen relativen Räumen, wie etwa dem Wohnheim und anderen möglichen Orten der ungefährlichen Präsenz beeinflusst. Die sozialen und räumlichen Anwesenheits- und Mobilitätsverhältnisse werden zudem durch die relationalen Wahrnehmungen eines wohlwollenden, toleranten, ignoranten oder fremdenfeindlichen und rassistischen Umganges mit MigrantInnen

4 Seit dem Sommer 2010 wird die Residenzpflicht in einzelnen Städten und Landkreisen der Bundesrepublik, so auch im Land Berlin und Brandenburg ansatzweise aufgehoben. Dies markiert einen Umschwung in der Anwesenheitspolitik für MigrantInnen. Es muss nun genauer verfolgt werden, ob Erleichterungen der räumlichen Mobilität hier möglicherweise mit Verschärfungen im Bereich der sozialen Mobilität (etwa im Arbeitsbereich für Illegale) einhergehen.

bestimmt. Dabei geht es nicht zuletzt um die Quantität und Qualität der hier möglichen Beziehungen zu den 'Einheimischen', aber auch zu UnterstützerInnen und FreundInnen. Die Beschränkungen, die ihnen durch Anwesenheitszwang und Arbeitsverbote auferlegt werden, insbesondere die hohen Risiken, die eine Verletzung der Residenzpflicht mit sich bringt, sorgen bei den BewohnerInnen der Wohnheime für große Unzufriedenheit. Viele GesprächspartnerInnen haben daher die Hoffnung auf einen möglichen Umzug in eine größere Stadt nicht aufgegeben. Dies setzt allerdings die Legalisierung, also die Anerkennung als Flüchtling oder eine Einbürgerung voraus, um die Möglichkeiten legalen Arbeitens und Wohnens für ein 'normales', selbst bestimmtes Leben nutzen zu können.

Institutionalisierte Bewegungsgrenzen: Residenzpflicht im absoluter Raum

Als die deutlichste Einschränkung im Alltag der asylsuchenden BewohnerInnen des Heimes in Belsheim wird von diesen die als 'Residenzpflicht' bezeichnete Auflage geschildert, nach welcher der Landkreis, in dem das Wohnheim lokalisiert ist, nur nach vorheriger Anmeldung und dem Antrag eines Urlaubsscheines unter Angaben von Gründen verlassen werden kann. Wer ohne Passiergenehmigung außerhalb der Kreisgrenzen angetroffen wird, muss mit Bußgeld von bis zu 200 Euro rechnen. Bei wiederholten Verletzungen gegen diese territorialisierte Mobilitätsbeschränkung drohen Haftstrafen oder gar die Abschiebung. Dies zu vermeiden, bedeutet umfassende Kenntnisse der administrativen und institutionellen, sozialen und sozialräumlichen Kontexte, die somit auch einen zentralen Inhalt der Kommunikation zwischen den Heiminsassen bilden. Neben dem Wissen um die Lage der Behörde und der Verfahrensweisen dieser Antragstellung sowie der Reise zu diesem Amt mit Bus oder Bahn gehört hierzu auch die Kenntnis der administrativen Grenzen des Landkreises. Ein Wissen, das auch manche alteingesessenen Brandenburger deutlich überfordern würde. Damit wird der Aufenthalt im Flüchtlingsheim zu einem Zwangsaufenthalt, unabhängig davon, welchen Kontrollcharakter die Anlage in sich selbst aufweist. Ein Flüchtling aus Kamerun berichtet mir, dass er die meiste Zeit im Heim in Belsheim verbringt, weil er nicht immer einen Urlaubsschein beantragen kann, wenn er unterwegs sein will. Denn „wenn man keinen Urlaubsschein hat, darf man nicht nach Berlin gehen [...] oder verreisen nach Hamburg“ (Bel 6/116).

Für Lucas aus Liberia sind diese Restriktionen der Residenzpflicht ein weiteres Indiz für den menschenunwürdigen Empfang in Deutschland und ein Grund des permanenten Leidens an diesem Zustand der Zwangsgemeinschaft im Wohnheim.

„Because there is restricted the movements [...] the foreign office is now at the [Ortsname] now we have to go out from this [Heim] to go there to take the bus and go to the Ausländerbehörde to take permission ... in most cases they will take permission this month ... next month [...] we are not given permission to move off ... so ... unfortunately we have to stay here ... stay in the room [...] know whatsoever ... people have to stay here for a very long time ... waiting – waiting for nobody knows what ... and in most cases people are – a lot of people are fed up ... [because] the condition here self is very bad [...] some people who stay in [the town] with friends ... some go to Potsdam to stay with friends ... others may at the end of the month [...] come back to collect their social money“ (Bel 5/39-45).

Seit mehreren Jahren gehen die Zahlen der Zuweisungen in das Wohnheim in Belsheim allerdings stark zurück. Mehrere andere Wohnheime für Asylsuchende im Landkreis wurden mittlerweile geschlossen und Belsheim zum zentralen Standort des Landkreises für die Flüchtlingsunterkunft erklärt. Die noch hier lebenden Flüchtlinge sind aber selten alle im Wohnheim anzutreffen. Aufgrund des relativ offenen „Lagerregimes“ (Pieper 2006) verbringen viele der BewohnerInnen einen Großteil des Monats illegal an anderen Orten, zumeist in Städten wie Hamburg oder Berlin. Nur zum Monatsende, wenn die Auszahlungen der Sozialhilfe durch das Amt anstehen, treffen sich viele wieder für mehrere Tage in der Stadt und im Wohnheim, das dann wieder die alte Enge der Zimmerbelegung aufweist. Die Auszahlung von Bargeld an die Flüchtlinge ist noch nicht lange Praxis im Sozialamt von Belsheim. Bis vor kurzem wurden auch hier die BewohnerInnen des Wohnheimes mit Warenbezugsscheinen konfrontiert: „Damit [kann man] einkaufen gehen ... und mit Scheine kann man nicht nach Berlin oder andere [...] Städte man kann [...] nur in dem Landkreis einkaufen gehen ... also hat mich so viel Stress gegeben, ich werde auch depressiv“ (Bel 6/113).

6.2 Relative Räume: Das Flüchtlingsheim in Belsheim und das Übergangwohnheim in Wittlingen

6.2.1 *Belsheim*

Das Asylbewerberheim Belsheim liegt am Ende einer Asphaltstraße am Waldrand auf dem Gelände einer ehemaligen Polizeikaserne. Hier leben offiziell über 100 Menschen in mehreren einstöckigen, barackenähnlichen Häusern sowie in vier kleineren Bungalows im schwedischen Stil, die vor allem für Familien gedacht sind. Der Weg auf das Gelände führt durch eine tagsüber nicht besetzte Besucherschleuse. Jeder Aufenthalt im Wohnheim muss eigentlich sofort beim

Pförtner gemeldet werden, um hier dann unter Angabe der besuchten Personen und des Aufenthaltsgrundes sowie der voraussichtlichen Verweildauer schriftlich niedergelegt und quittiert zu werden.

Bei meinen Besuchen im Wohnheim gelange ich, ohne mit dem Pförtner oder dem Heimleiter in Kontakt zu kommen, auf das Gelände und kann ohne Probleme meine Gastgeber in ihren Zimmern besuchen. Das Heim in Belsheim gilt als offenes, wenig zugangskontrolliertes Heim. Auch andere Besucher versichern mir hier „nie das Gefühl gehabt [zu haben], dass ich hier irgendwie beobachtet oder überwacht werde“ (Bel 3/42), es sei eben „kein Knast hier“ (Bel 8/114). Allerdings gäbe es Gebührenregelung als Eintritt: „Man muss vier Euro bezahlen, wenn man als Gast kommt...dann meldest du den Gast eben nicht an“ (Bel 8/114). Auch mir wird bei einem ersten Besuch aus der Ferne von dem Hausmeister zugerufen, mich doch bitte in der Verwaltung zu melden. Das wird allerdings nicht eingefordert. Lediglich nachts wird geschaut, wer kommt und geht, immerhin hat es auch mehrfach Anschläge auf die Anlage gegeben. Außerdem soll der Charakter des Heimes gewahrt und dieser sich nicht zu einem offenen MigrantInnentreffpunkt entwickeln. Diesen Charakter hatte das Heim in den 1990er Jahren ansatzweise angenommen, so wird mir zumindest berichtet (Bel 3/37ff), als im Zuge der Flüchtlingsbewegungen aus Bosnien ca. 200 Kriegsflüchtlinge hier gelebt hatten: „Da haben wir tolle Feste gefeiert ... es war super ... schöne Erlebnisse gehabt [...] wir haben auch immer zusammen mal gekocht“ (Bel 3/47+205).

Aus der Sicht der langjährigen sozialpädagogischen Leiterin stellte sich diese Situation damals wie folgendermaßen dar:

„Wir haben hier begonnen mit 380 Asylbewerbern in diesem Heim ... also das waren wirklich sagenhafte Zustände hier ... wir hatten dreiundzwanzig Nationalitäten zu betreuen – ... waren zu der Zeit sechs Sozialarbeiter in diesem Heim – ... eine Dolmetscherin, weil wir damals eben auch noch 160 bosnische Kriegsflüchtlinge hier hatten“ (Bel 11/43).

Ein Flüchtling aus dem Iran, der an manchen Tagen im ‘Stattcafe’ im Tresendienst arbeitet, hat lange Jahre selbst im Flüchtlingsheim gelebt, bis er vor einigen Monaten die Möglichkeiten zum Umzug in eine Wohnung in der Großwohnsiedlung Espenberg bekam. Seine Erfahrungen mit dem Wohnheim sind eindeutig und bezeichnend für die Empfindungen vieler Heiminsassen und seine Wertschätzung für das ‘Stattcafe’ als Treffpunkt und kommunikativem Ort gegen die Isolation im Heim:

„Wenn sie gehen Heim alle Leute sitzen Heim – ... haben eine private Zimmer – ... machen [...] keine Kontakte mit andere – ... [...] darum habe ich gesagt die [...] die Leute müssen lernen wissen verstehen – ... kommt hier macht seine [Tür zu] ... und mit andere Leute verschiedene Nationalität hat keine Kontakte“ (Bel 19/167).

6.2.2 Übergangswohnheim Wittingen

In der Stadt Wittingen gibt es seit den frühen 1990er Jahren vor allem Zuwanderung aus der ehemaligen Sowjetunion. Ein Asylbewerberheim wurde bereits im Jahr 1992 wieder geschlossen, weil der Druck in der Stadt gegen das Heim und seine Insassen zu groß geworden war. In den frühen 1990er Jahren lebten in Wittingen – auch auf Grund der hohen Beschäftigungszahlen in den Bekleidungsfabriken – mehrere hundert vietnamesische VertragsarbeiterInnen. Deren Unterkünfte waren als Arbeiterwohnheime auf dem Gelände der Betriebe untergebracht, „da waren zwei Wohnheime [...] das war ein Behelfswohnheim und da waren dann glaube ich auch die Vietnamesen drin ... ja die wurden da richtig – ... ja wohlbehütet ... weiß nicht wo die einkaufen gingen und so ... also keine Ahnung ... die wurden dann sicherlich auch weitgehend versorgt“ (Witt 6/249-254). Ob diese gute Versorgungslage der VertragsarbeiterInnen von diesen auch so empfunden wurde, lässt sich nicht mehr rekonstruieren. Berichte über die Lebensbedingungen für VertragsarbeiterInnen in der DDR sprechen von deutlichen Isolationsversuchen und repressiven Maßnahmen bei Missachtung eines strengen Reglements, der Kontakt mit der DDR- Bevölkerung nur in sehr beschränktem Umfang zuließ (siehe auch Kapitel 2.3). Bereits in den frühen 1990er Jahren wurde dieses ehemalige Vertragsarbeiter- und nun Übergangswohnheim geschlossen. Bis zur Jahrtausendwende gab es aber in der Stadt Wittingen zudem ein sogenanntes Aussiedlerheim für Menschen aus der ehemaligen Sowjetunion. Dies befand sich zunächst in den oberen Etagen eines ehemaligen Lehrlingswohnheimes der Bekleidungsfabrik:

„So das waren dann so Übergangswohnungen ... also, die haben dann auch eine befristete Zeit hier gewohnt wir haben eine Aufnahmekapazität im Haus gehabt von ca. 120 Personen und ja die Zahlen sind dann zurück gegangen und das hatte dann, denke ich mal, mit den ganzen Finanzen zu tun gehabt und dann haben sie gesagt 'das Heim wird hier auch geschlossen'. Das frühere Lehrlingswohnheim war faktisch somit vorübergehend ein Vertragsarbeiterwohnheim und dann Aussiedlerunterkunft, immer in den oberen Stockwerken eines fünfstöckigen Betriebsgebäudes, während sich unten die Büros der Volkshochschule und Kfz-Zulassungsstelle befanden“ (Witt 20/103-123).

„[Z]um Schluss waren wir hier nur – ... die dritte Etage war leer die vierte Etage war leer nur in der fünften waren dann Aussiedler aufgrund der sinkenden Zahlen ... dann die Heizkosten ich denke das war schon ziemlich hoch gewesen – ... dass man überlegt 'was macht man'“ (Witt 20/140-161).

Nach der Schließung der relativ zentral gelegenen Übersiedlerunterkunft wurde diese an den Stadtrand in die Nähe der ehemaligen sowjetischen Kasernen verlegt.

Frau Tischler, eine Migrantin aus der ehemaligen Sowjetunion und frühere Bewohner des Übergangwohnheimes in Wittingen beschreibt ihren Weg nach Wittingen und die ersten Jahre in der Stadt. Nachdem sie zunächst in die 'Zentralen Aufnahmestelle' (ZASt) für 'Asylbewerber' in Eisenhüttenstadt eingewiesen wurden, folgten Unterkünfte in zwei weiteren Städten des Landes Brandenburg:

„Wir durften sowieso nicht auswählen, weil [...] wahrscheinlich diese Übergangsheime, wo nicht viele von den Aussiedler waren da wurde immer [...] dann so in alle Länder (zugewiesen) ... und wir sind nach Brandenburg ... nach [Ortsname] erstmal ... und dann nach [Ortsname] hierher nach Wittingen“ (Witt 22/20-37).

Nach der Zuweisung nach Wittingen im Jahr 1992 lebte Frau Tischler mit ihrem Mann und ihren beiden Töchtern zunächst für zwei Jahre im Wohnheim, „weil damals in Wittingen waren nicht so einfach wie jetzt, jetzt kann man heute Wohnung gleich nehmen, aber damals war es schwer“ (Witt 22/23). Hart waren die Bedingungen auch, weil Familie Tischler in das nunmehr außerhalb der Stadt gelegene Heim überstellt wurde. „[D]rei Kilometer von hier solche Heim und da haben wir zwei Jahre gewohnt“ (Witt 22/23). Dieses Heim außerhalb der Stadt ist mit der Tötung eines Spätaussiedlers in dessen Nähe zum Schauplatz besonders tragischer Ereignisse geworden, die sich als zentrales Narrativ über die Position der (Spät)aussiedler in der Stadt verankert haben:

Das Wohnheim in der mehrere Kilometer außerhalb Wittingens liegenden Siedlung Sunder, das nach der Schließung des zwei Jahre bestehenden Übergangwohnheimes in dem ehemaligen Lehrlingswohnheim eröffnet wurde, stammt aus dem Gebäudebestand der Roten Armee. Diese hatte hier unweit der Stadt auf einem riesigen Flughafenkomplex und angrenzenden militärischen Übungsflächen auch mehrere Wohnsiedlungen für hier stationierte Soldaten und ihre Angehörigen gebaut. Diese in Plattenbauweise errichteten Gebäude waren mit dem Abzug der Roten Armee nur wenige Wochen vor dem Umzug der neuen BewohnerInnen frei geworden. Nun stand einem Umzug in die Räume der russischen Armee durch die größtenteils russischen Neusiedler nichts mehr entgegen.

Das Heim wurde im Jahr 2002, nach dem Tod des dort lebenden Migranten als Reaktion auf diesen Vorfall, wieder geschlossen:

„[H]ier 2002 gab es doch diesen Todesfall [...] daraufhin hat die Stadt (...) ihre Maßnahmen getroffen – ... auch der Landkreis – ... dass man gesagt hat hier nicht mehr weil hier ja auch die rechte Szene sehr groß ist in Wittingen... dann hat man gesagt 'nicht mehr Wittingen' weil hier die Spannungen zu groß wurden [...] der Kreis hat entschieden [...] welches das Zuzugsgebiet ist für den Landkreis – ... und der Kreis hat dann entschieden nicht mehr in Wittingen“ (Witt 23/57-73).

In den 1990er Jahren ist Heimunterbringung für Spätaussiedler aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion die Regel. Erst im Jahr 2000 wird für die Spätaussiedler im Land Brandenburg in einem 'Runderlass des Landes' angeregt, dass jeder Landkreis prüfen könne, „ob sie ein Heim bezahlen oder ob sie die Leute gleich in Wohnungen [unterbringen können] ... was vorher überhaupt nicht denkbar war, wurde dann sozusagen den Landkreisen freigestellt“ (Witt 23/89-91).

Auch Familie Tischler konnte nach zwei Jahren im stadtfernen Wohnheim in die Stadt umziehen. Im alten Vertragsarbeiterwohnheim wurden nun die MigrantInnen untergebracht, die sich an Sprachkursen beteiligen wollten und für die der regelmäßige Weg nach Sunder zu weit geworden wäre (Witt 22/20-37).

Relationale soziale und räumliche Anwesenheits- und Mobilitätsverhältnisse

„[I]ch hab [...] in Cafe setzen [...] ein Typ sagt zu dir 'du bist Kanake' ... was willst du mit dem machen ... ich kenn ihn überhaupt nicht und er sieht in mir ein Problem“ (Bel 2/102).

Die Lage vieler MigrantInnen in Kleinstädten ist auch durch deren relative soziale Isolation und Vereinzelung gekennzeichnet. Der Betreiber eines Wittinger Döner-Imbisses betont etwa, dass sie hier fast die einzigen sind: „[N]ur zwei drei Dönerladen hier und dann keine Ausländer [mehr] hier ... ich hab Familie hier – ... muss hier bleiben“ (Witt 4/49). Mangelnde Kontakte zur 'einheimischen' Bevölkerung und die zumeist geringen MigrantInnenzahlen vor Ort haben viele MigrantInnen in Isolation, Depression und Verzweiflung gestürzt. Dies bestimmt deren Wahrnehmungen der lokalen Situation, sowie deren Taktiken der Gefahrenvermeidung, der Camouflage und Klandestinität sowie der Gegenwehr und (Selbst)organisation.

Auf meine Nachfrage nach möglichen Gesprächspartnern mit afrikanischem Hintergrund werde ich in Wittingen lediglich an einzelne Jugendliche verwiesen:

„Die sind aber – ... wir hatten doch mal in der DDR kubanische Arbeiter hier und daraus kommen die als Vertragsarbeiter ... und da sind so ein bisschen und ein oder zwei sind auch adoptiert und so aber so direkt haben wir [die hier] nicht“ (Witt 8/205-208).

Die Stadt Belsheim hat anders als Wittingen „relativ viele Ausländer, weil hier das Heim ist. Also da hast du die Chance auf der Straße mal einen Schwarzen zu sehen...aber sonst [nirgends]“ (Bel 6/123). In einem Dorf in der Nähe Belsheims, in dem meine Gesprächspartnerin wohnt, „war irgendwo mal eine schwarze Frau, keine Ahnung wo die herkam...jedenfalls kam dann die Freundin von [Kindername] an und sagte 'da ist ne schwarze Frau, die hat bestimmt eine Pistole'“ (Bel

8/262). Nicht nur Kinder hegen stereotype Vorstellungen über Flüchtlinge aus Afrika: Der in Belsheim lebende mittlerweile anerkannte Flüchtling John berichtet von seinen Erfahrungen mit der zentralen Aufnahmestelle für Flüchtlinge im brandenburgischen Eisenhüttenstadt.

„Wir Afrikaner waren anders behandelt als die Tamilen oder Bosnier ... weil die Polizisten zum Beispiel [...] die haben sich [über] uns lustig gemacht [...] wenn irgendwelche Musik war ... 'ah tanze mal, ... die Afrikaner können tanzen'. [...] da [...] stimmt etwas nicht ... wir sind keine Gorillas im Zoo oder uh-uh – rufen im Wald [...] das ist das typische Klischee ... und lustig ... noch schlimmer noch“ (Bel 6/123).

Dieses Beispiel eines Rassismus von MitarbeiterInnen in für Migration zuständigen Institutionen kennzeichnet viele Erfahrungen vor allem afrikanischer, aber auch vietnamesischer Flüchtlinge und MigrantInnen. Neben diesen strukturellen und alltäglichen Formen der erlebten Ablehnung durch Ämter und EinwohnerInnen zirkulieren in Wittingen und Belsheim unter Flüchtlingen und MigrantInnen auch die Erinnerungen an verletzte oder getötete Flüchtlinge und MigrantInnen.

Serge und John berichten mir die Geschichte eines früheren Heimbewohners Manuel B.: „Der ist in Berlin aus dem Zug geschmissen worden – ... und dann haben sie ihm das Bein abgefahren – ... das Bein musste abgenommen werden“ (Bel 3/271). Daher ist John froh, dass ihm „so richtig nichts passiert ist [...] aber es gibt viele Afrikaner denen ist so etwas passiert und [die] viele Probleme gehabt [haben]“ (Bel 6/127). Mahmout hat, wie auch der aus dem Irak stammende Mustafa, selbst körperliche Auseinandersetzungen erfahren. Das ist beiden sowohl in der Bahn auf dem Weg von und nach Berlin, als auch auf dem Weg zum Bahnhof passiert. In einer Beziehung zu Gewalterfahrungen steht die atmosphärische Wahrnehmung alltäglicher Begegnungen und verbaler und nonverbaler Interaktionen. Sie bildet das Ferment eines umfassenden Bedrohungs- und Ablehnungsszenarios: „Belsheim hat zwei Seiten für mich ... für meine Augen – also – ... die Leute sie lachen zum Beispiel nicht über die Sachen mit dir [...] und immer zum Beispiel 'geh weg' ... und das geht mir [...] auf den Nerv ... [...] das ist mein Gefühl dazu“ (Bel 2/34). Die verschlossenen Gesichter ohne Lachen werden hier von Mahmout mit der Aufforderung die Stadt zu verlassen als zusammengehörig wahrgenommen, wahrscheinlich muss in vielen Situationen das Letztere dann gar nicht mehr immer wieder betont werden. So wirkt Unfreundlichkeit, als körpersprachlicher Ausdruck, als nonverbale Kommunikation der Aufforderung die Stadt zu verlassen. Woran diese mangelnde Gastfreundschaft denn wohl läge, möchte ich von Mahmout wissen, der schon lange Jahre im Heim lebt: „Also ich glaube [...] die Leute [sind] nicht neugierig

wie bei uns [...], sie wollen zum Beispiel nur Abstand und geh weg... mehr kriegst du nicht [...] ich hab versucht eine Beziehung [aufzubauen] ... ich krieg nicht ... ich krieg immer Problem oder bei Leute saufen macht Problem im Busbahnhof immer“ (Bel 2/62-64). Mahmout hat auch eine Erklärung für dieses spezifische Verhalten der (Ost)deutschen ihm gegenüber:

„Leute früher hat viel Schmerz [...] gibt nur Trabbi und du weißt die Geschichte [...] jeder Deutsche kennt das ... und ich glaube die Problem liegen auch [daran], dass [er] jetzt alles im Griff (hat) – ... hat ein BMW kann er fahren – ... hat eine Wohnung – ... ein Kredit kann nehmen [...] ich kenn das, wenn einer hat lange Zeit gelebt in Deutschland“ (Bel 2/110-111).

Auf die Nachfrage hin, ob es denn nicht wenigstens ein paar nette Leute in der Stadt gäbe, stellt Ali klar, dass es die hier für ihn nicht gibt und wenn es die gab, dann seien die „alle weg nach West. [...] ... sie wollen nicht in Belsheim sein ... ich kenne viele Jungs früher [die] jetzt nicht mehr in Belsheim [sind]“ (Bel 2/57-58). Mahmout betont, dass in Berlin die Leute offener und freundlicher zu ihm sind: „[I]n Belsheim [sind] die Leute nicht radikal, aber die Leute [sind] blind ... sie wollen nicht wissen, was du hast für ein Problem“ (Bel 2/18). Er betont, dass es Rassismus überall gibt „ich sag dir ehrlich jedes Land hat [...] Rassismus aber [...] in Deutschland ist [das] ganz anders [...] ich war überall in [der] Welt ... ich war in Spanien, ich war in Italien, ich war in England ... [...] es gibt [überall] einen Spitze auf [der] radikalen Seite ... aber so [wie] die Leute im Ost[en] ist ganz anders“ (Bel 2/100). Den Unterschied zur ostdeutschen Situation erklärt Ali damit, dass es in anderen Ländern möglich sei, sich auch mit ‘radikalen’ Leuten – wohl seinem Synonym für Neonazis, Alltagsrassisten, Fremdenfeinde – möglich sei zu reden „oder kannst du mit ihm was verhandeln“ (Bel 2/102) – „aber mit [den] Leute[n] auf [der] Ostseite von Deutschland – tut mir leid, [da] hast du keine Chance mehr ... wann gehst du tiefer in Sachsen-Anhalt ist mehr schlimmer ... das ist Dunkelheit ... Wittenberg ...Dessau“ (Bel 2/102). Diese konkreten Schilderungen beruhen, wie ich später erfahre, auf ebenso konkreten Erlebnissen. Mahmout ist der langjährige Freund des ebenfalls aus Algerien stammenden B., der im Jahr 2000 nach langer Krankheit in Belsheim an den Folgen eines rassistischen Überfalls gestorben ist. Auch Ali ist vor Jahren selbst Opfer eines Angriffs von rechten Skinheads geworden. Ein Versuch der Notwehr brachte ihm mehrere Strafverfahren wegen Körperverletzung ein: „Was kannst du erwarten? Zwei Seiten ... oder schlägst du ihm oder Polizei ruft an mehr kriegst du keine Chance – ... oder schlägst du ihm ... ja ist so ... ich hab zwei Körperverletzungen nur von den Glatzen“ (Bel 2/100-102).

6.3 Taktiken des Umgangs mit Gefährdung und Bedrohung

Anpassung

Viele Verfahren der Gefahrenabwehr durch Anpassung, wie sie von vielen 'alternativen' und linken, subkulturellen Jugendlichen praktiziert werden, sei es etwa durch Ignoranz, die Straßenseite wechseln, der Beschleunigung mit Fahrrad oder Auto, können von dunkelhäutigen und anderen phänotypisch auffälligen MigrantInnen nicht oder nur sehr begrenzt angewandt werden bzw. wirken nicht unbedingt als Konfrontationsvermeidung. Eine der häufigsten Mißverständnisse in der Debatte von Drohkulissen und Bedrohungsängsten zwischen weißen EinwohnerInnen und zugezogenen dunkelhäutigen MigrantInnen besteht dann auch aus dem nicht Nachvollziehen (wollen) der alltäglichen Konfrontations-situationen. Aus der eigenen Position des zumeist unbehelligten Lebens in der Stadt wird auf die Lage der MigrantInnen geschlossen oder aber deren Situation ausgeblendet. Erfahrungen aus migrantischer Perspektive werden hier gerne mit einem 'mir ist hier noch nichts passiert' beantwortet. Dieses Unverständnis und die mangelnde Sensibilität für die besondere Situation von zumeist nicht-europäischen MigrantInnen prägen den Charakter fremdenfeindlicher Stadtkultur nachhaltig. Niemand der von mir befragten 'alternativen' Jugendlichen und erst recht keine Migrantinnen und Migranten fühlten sich am richtigen Ort, weder sicher noch akzeptiert, geschweige denn respektiert.

Klandestinität, Illegalität und Unsichtbarkeit

Wenig verwunderlich ist somit auch die am häufigsten praktizierte Taktik der Gefahrenvermeidung, die der Klandestinität und der versuchten Unsichtbarkeit. Das Wissen um die Wege, der Aufenthaltspflicht in den Landkreisen zu entkommen, bekommt damit einen zentralen Stellenwert: Beispielsweise ermöglicht das Untertauchen in der Vielfalt von Berlin-Kreuzberg oder Hamburg-St. Pauli, sich den Augen der skeptischen (Kleinstadt-)Bevölkerung zu entziehen und der Atmosphäre der Ablehnung zu entkommen. Aber es bieten sich hier auch die ambivalenten Möglichkeiten des informellen und illegalen Sektors, um etwas Geld zu verdienen. Immerhin befindet sich ein Großteil der Flüchtlinge in einer höchst prekären finanziellen Situation, oftmals müssen Schleuser ('human traffickers') bezahlt oder Gelder an Familien in den Herkunftsländern überwiesen werden. Diese Mischung aus ökonomischen Zwängen Geld zu verdienen und den klostrophobischen Kleinstadtmotmosphären zu entkommen, hat eine breite Palette klandestiner Praktiken entstehen lassen. Immerhin leben derzeit in der

Bundesrepublik weit über 500 000 Menschen⁵ illegal, zumeist in großen Städten. Diese 'sans-papiers' haben es in anderen Ländern, etwa Frankreich, Großbritannien, Italien, Spanien, geschafft, Unterstützung aus der Einwanderungsgesellschaft zu erfahren, in Deutschland ist diese Thematik bisher allerdings weniger politisch präsent.

Informationen zur klandestinen Praxis der Mobilität, des Identitätswechsels und anderer illegaler oder illegalisierter Bewegungs- und Aufenthaltsformen zu bekommen, war nur sehr eingeschränkt möglich und auch nicht die Absicht meiner Untersuchung. Allerdings zeigt sich in der hohen Zahl an untergetauchten und illegalisierten Flüchtlingen in der Bundesrepublik, dass es auch jenseits des Leidens an der restriktiven und exkludierten Situation als Flüchtling Nischen des Überlebens und der Unterstützung, wie etwa medizinische Flüchtlingshilfen oder Möglichkeiten des Schulbesuches für Kinder von Illegalen gibt. Dies verweist auf die Faktizität von Migration und Flucht in diesem Land, die allerdings unterschiedliche Möglichkeiten des Lebens aufweisen. Kleinstädte in Ostdeutschland gehören hier eindeutig nicht zu den Orten der Zuwanderungsgunst.

Selbstorganisation und Gegenwehr

Die Formen der Selbstorganisation und der politisch-repräsentativen Zusammenschlüsse zur Verbesserung migrantischer Lebenslagen sind wenig entwickelt. Der auch im Land Brandenburg aktive Zusammenschluss vor allem afrikanischer Flüchtlinge 'the voice'⁶ sowie die Initiative 'Flüchtlingsrat Brandenburg'⁷ sind seltene Ausnahmen der Selbstorganisation bzw. der Zusammenarbeit von Flüchtlingen und UnterstützerInnen. Auch für die lokalen Aktionsbündnisse und Zusammenkünfte zur Unterstützung von MigrantInnen und Flüchtlingen stellt sich das Problem der geringen Resonanz ihrer Werbungsversuche für eine aktive Zusammenarbeit. Am Beispiel des Wittinger Aktionsbündnisses wird dies exemplarisch deutlich:

„Also wir hatten ja durchaus ein gewisses hochkarätiges Potential an Aussiedlern hier in der Stadt gehabt, aber die sind alle weg, weil sie halt hier keine Chance haben, ihr Leben auf eine würdige Art und Weise zu bestreiten. Und so wird es ihnen mit jeder anderen Bevölkerungsgruppe, die sie von irgendwoher hier her importieren

5 Quelle: <http://www.clandestino-illegal.de/Internetcafe/Bildschirm/bildschirm.html> (letzter Zugriff: 1.12.2010)

6 Siehe auch: <http://thevoiceforum.org/about> (letzter Zugriff: 25.11.2010)

7 <http://www.fluechtlingsrat-brandenburg.de/>

auch gehen. Und wenn man den anderen Punkt, also der Leute die Angst haben oder die unter rechter Gewalt gelitten haben, aktiv angehen wollte, dann müssten die bereit sein, entweder im Aktionsbündnis mitzumachen oder sich im Rahme des Aktionsbündnisses zu engagieren und zu organisieren oder zumindest Laut zu geben – ‘also hier und da hätten wir was’ ... also als die Aussiedler-community aufgetreten ist und gesagt hat ‘also wir haben die und die Probleme – unsere Kinder werden in der Schule immer geschlagen und ins Klo eingesperrt und sonst was’ [...] da hatten wir eine Handlungsansatz – ... aber solange die, die unter rechter Gewalt leiden, sich nicht von sich aus trauen zu sagen ‘also hier muss was passieren und wir wollen dass das auch laut wird’ [...]. Wie gesagt, wir hätten auch die Mittel, sie sowohl zu schützen also auch zu unterstützen“ (Witt 15/138-139).

Die auffällige Abwesenheit von MigrantInnen im Aktionsbündnis Wittingen einerseits sowie die deutliche Präsenz von Flüchtlingen aus dem Wohnheimen im Belsheimer ‘Stattdcafe’ kann Aufschluss über Möglichkeiten und Grenzen der kollektiven Unterstützungsarbeit und Gegenwehr aufzeigen. Während in Wittingen das Spektrum an Aktiven im ‘Bündnis gegen Rechts’ vor allem aus VertreterInnen unterschiedlicher städtischer und privater sozialer Einrichtungen besteht, setzen sich die Leute im ‘Stattdcafe’ aus relativ unterschiedlich motivierten und städtisch differenziert eingebundenen Personen zusammen. Neben randständigen ‘Alt-Hippies’ und jungen ‘Antifas’ haben sich hier sowohl lokale Eminenzen, KünstlerInnen als auch – zumindest ideell – VertreterInnen der Stadt zusammengefunden.

Trotzdem, oder gerade deswegen, funktioniert in Wittingen eher eine imaginierte Gemeinschaft der wenigen zivilgesellschaftlichen Aktiven mit den Strukturen und Geschäften von MigrantInnen:

„Die Vietnamesen, die hier sind, die sind auf unserer Seite. Wenn wir da irgendwas haben [...] die wissen genau sie werden auch von uns beschützt oder beziehungsweise unterstützt ... und wenn da irgendwas ist zum Beispiel hier der in der Gasse der Italiener, der ist voll auf unserer Seite [...] oft auch die türkischen oder kurdischen Mitbürger, die hier sind, sind auch voll auf unserer Seite, weil sie auch wissen, dass wir da dahinter stehen“ (Witt 8/174-179).

Jenseits der direkten Zusammenarbeit scheint es in Wittingen allerdings eher diffuse Solidarität zwischen Stadtaktiven und MigrantInnen zu geben. Auch wenn diese in meinen Gesprächen zumeist einseitig aus der Perspektive der im Aktionsbündnis und anderen Initiativen Engagierten formuliert wird.

Besonders türkisch-kurdische MigrantInnen in Wittingen sind politisch gut informiert und haben etwa im Vergleich zu MigrantInnen und Flüchtlingen aus anderen Weltregionen umfassendere Kenntnisse der historischen und sozialen Situation in Deutschland und dem Land Brandenburg. Auffällig sind neben

deren ökonomischem überregionalen Organisationsgrad mit engen Verbindungen nach Berlin auch die dezidierten Kenntnisse zur deutschen Geschichte und einer genauen Vorstellung, bei wem es sich etwa um 'richtige Nazis' und bei wem es sich nur um 'normale Rassisten' handelt (Witt 8/179-191). Vor dem Hintergrund der Politisierung vieler kurdischer Flüchtlinge durch den Konflikt in der Türkei, dem Iran und Irak und den hohen Organisations- und politische Bildungsgrad in pro-kurdischen Gruppierungen ist dies möglicherweise erklärbar.

Auch unter afrikanischen Flüchtlingen gibt es Ansätze der politischen und sozialen Selbstorganisation. Einer solchen Initiative bin ich in Belsheim in Person des glühenden Pan-Afrikanischen Aktivisten Lucas begegnet. Dessen Ansatz konzentriert sich vor allem darauf, andere Flüchtlinge aus Subsahara-Afrika von den unmöglichen Zuständen in Deutschland zu überzeugen und mittels Pressearbeit, Internetforen und Flugblättern diese zur Rückkehr bzw. zum Verbleib in Afrika aufzufordern. Die Kernbotschaft ist im Bezug auf Deutschland klar: 'AfrikanerInnen werden mit falschen Versprechungen hierher gelockt'. Sie bezahlen viel Geld an Schleuser und machen sich und ihre Angehörigen auf Jahre erpressbar durch Menschenhändler. Dann geraten sie hier in menschenunwürdige Zustände, die nichts mit ihren Träumen von einem selbst bestimmten Leben in Europa zu tun haben. Im Bezug auf Afrika rekurriert Lucas auf eine panafrikanische Befreiungsbewegung, die jeden dort braucht, um ein neues post-nationalstaatliches, demokratisches Afrika zu erkämpfen. Diese Position von Lucas ist unter den anderen Flüchtlingen aus Afrika äußerst umstritten. Rege politische Diskussionen prägen nicht nur regelmäßig unsere Zusammenkünfte im Wohnheim, der Stadt, in Potsdam und Berlin. Auch seine Veranstaltungen zum Thema wurden im 'Stattcafé' immer äußerst kontrovers aufgenommen.

Unabhängig von konkreten Positionen der jeweiligen Beispiele soll hier auf den Mangel an Aufmerksamkeit im Bezug auf MigrantInnenselbstorganisationen hingewiesen werden. Während einerseits zumeist religiöse und kulturelle Vereine und Gruppen als 'authentische' Repräsentanten von MigrantInnen-'Communities' angesehen werden, kommt etwa politisch orientierten Gruppen diese Wahrnehmung in der lokalen und überregionalen Migrationsdebatte nicht zu. Neben einer Entpolitisierung von Flüchtlingen spiegelt dies vor allem die Unfähigkeit der deutschen Einwanderungsgesellschaft zur aktiven Auseinandersetzung mit den migrantischen Subjekten, deren Motivationen, Wünschen und Problemen wider.

Eine ganz spezielle, generell als unpolitisch betrachtete Ebene der Gegenwehr und des Zusammenschlusses gegen ein exklusives bundesdeutsches Migrationsregime ist in bi-nationalen Ehen zu sehen. Auch die Geschichte des Belsheimer

‘Stattcafes’ ist von Liebesbeziehungen und Heiraten zwischen alteingesessenen BelsheimerInnen und MigrantInnen begleitet. Besonders für Frauen aus Belsheim scheint dies allerdings oft auch mit Stigmatisierungen der Beziehung verbunden gewesen zu sein: „[I]n bi-nationalen Ehen, beziehungsweise mittlerweile auch eingebürgert [...] kriegen [sie] von der Seite ganz viel mit. Auch die Frau [...] die muss sich eine ganze Menge anhören [...] ... üblicherweise sind das ja immer so die Sprüche ‘wer mit einem Ausländer geht’“ (Witt 8/193-200).

Zusammenfassung

Die Schilderungen unterschiedlicher MigrantInnen und Flüchtlinge bezüglich ihrer Bewegungsspielräume als ‘maps of meaning’ der Gefährdung, unterscheiden sich aber von den meist recht konkreten Ortsverweisen und Verhaltenstipps der ‘alternativen’ Jugendlichen in Wittingen durch eine diffuse Angst vor den Verhältnissen außerhalb relativ klar definierter und als sicher erfahrener Bewegungskorridore. Flüchtlinge und MigrantInnen sind in ihrer sozialräumlichen Mobilität weit abhängiger von Bedrohungsgefühlen, Ängsten und Gerüchten als die zumeist im Ort aufgewachsenen alternativen Jugendlichen, die zudem unter der ambivalenten Obhut ihrer Eltern und anderer sozialer Netzwerke stehen. Die Wahrnehmung der Stadt als gefährlicher Ort setzt also bei MigrantInnen auf einer anderen, man könnte auch sagen grundsätzlicheren Ebene der Atmosphäre und Perzeption an. Während sich lokale, alternative Jugendliche zwar als Kontrahenten der rechtsradikalen Aktivisten erleben und begreifen, ist für viele MigrantInnen bereits der Begriff ‘Nazi’ unklar und weit dehnbar. Der Schauplatz aus alltäglicher fremdenfeindlicher Abwehr, aus Unfreundlichkeit, Ignoranz, Platzverweisen, Beleidigungs- und Bedrohungssituationen bis hin zu brutalen tätlichen Übergriffen verschmilzt in der Erzählung und der Einschätzung des Ortes zu einer empirischen Melange aus sich allgemein abgelehnt und umfassend bedroht zu fühlen.

6.4 Heterotopien der Stadtkultur in Wittingen und Belsheim

„Im Prinzip besteht die Zivilgesellschaft, sage ich jetzt mal ganz laienhaft, aus solchen kleinen Pünktchen wie unser Ort Wittingen [...] das ist die Basis – ... eine Großstadt ist natürlich wieder etwas ganz anderes und der ländliche Raum ist noch wieder etwas anderes. Aber im Prinzip besteht es aus allen diesen einzelnen kleinen Punkten [...] und es ist immer unterschiedlich ausgeprägt.“ (Witt 8/341)

Der etwas abgegriffene und in die Jahre gekommene Begriff der Heterotopie soll hier nur insofern Verwendung finden, dass er einen Terminus zur Verfügung stellt, mit dem es möglich erscheint, auf den Charakter eines 'anderen Ortes' einzugehen ohne gleichzeitig zu implizieren, dass hier die gesellschaftlichen Verhältnisse grundsätzlich aufgehoben werden könnten, wie diese etwa in der Freiraumsemantik angelegt ist: Für Michel Foucault (1963) stellen Heterotopien, anders etwa als Utopien, „wirkliche, wirksame Orte dar, die in die Einrichtung der Gesellschaft hineingezeichnet sind, [...] Gegenplatzierungen oder Widerlager, tatsächlich realisierte Utopien, in denen die wirklichen Plätze innerhalb der Kultur gleichzeitig repräsentiert, bestritten und gewendet sind, gewissermaßen Orte außerhalb aller Orte, wiewohl sie tatsächlich geortet werden können“ (Foucault 1990: 40). Allerdings gibt es zwischen den Utopien und den Heterotopien eine Art Misch- oder Mittlererfahrung, die sich in der Form des Spiegels, der mitunter verzerrten, rein optischen Wiedergabe des eigenen Bildes, darstellt. Denn im Spiegel sehe ich mich da, wo ich nicht bin, in einem unwirklichen Raum, der sich virtuell hinter der Oberfläche auftut und umgekehrt funktioniert der Spiegel aber auch selbst heterotopisch, indem er mir einen Platz zeigt, den ich einnehme, während ich mich im Glas erblicke. Es bleibt also die Illusion einer gelebten Utopie im heterotopischen Raum konstituierend bestehen. Während diese 'Heterotopias' in der Literatur häufig mit einem zentralen Forschungsschwerpunkt Foucaults, den Anstalten, Kliniken und Gefängnissen identifiziert werden, geht das Konzept der Heterotopien, abhängig von der eingenommenen Perspektive, über den Bereich staatlicher Disziplinierungsinstitutionen weit hinaus. So lassen sich Heterotopien eben auch als Orte eines lokalen Widerstandes oder Andersseins, als 'andere Räume' (Hamedinger 1998: 188) verstehen. Heterotopias können ihren Sinn in der Zeit verändern, sie sind in raumzeitliche Phasen eingeteilt, die Erfahrungen von Zeit und Zeitlichkeit verändern sie, und sie haben Grenzen, also sozial konnotierte Anfänge und Enden (Hamedinger 1998: 189). Diese Grenzziehungen können vielfältig und vielschichtig vorgenommen werden, sie unterscheiden sich von territorialisierten Grenzen nicht durch deren vermeintlichen Charakter als 'Freiraum'. Auch in ihnen bleiben gesellschaftliche Machtverhältnisse eingeschrieben, und sei es nur in der betonten Negation derselben. Vor allem aber verfügen auch Heterotopien über inhärent disziplinierende Wirkungsweisen. Obwohl also Heterotopien keine herrschaftsfreien Räume darstellen, sondern mitunter gerade ins Gegenteil verkehrte, sozial marginalisierte Orte des extremen Ausschlusses aus der Gesellschaft der sogenannten 'Normalen' sind, können sie doch auch Nischen einer anderen, alltagsweltlichen Verwirklichung von Träumen und Wünschen eines besseren Lebens darstellen.

Arbeitslosentreff Wittingen

Ein Treffpunkt mit besonderer, wenn auch verborgener heterotopischer Relevanz für die Stadtkultur Wittingens ist der 'Arbeitslosentreff'. Das Projekt befindet sich in einem einstöckigen, lang gestreckten barackenähnlichen Gebäude, auf solidem Betonsockel zwar, das aber den Charakter des Provisorischen in sich trägt. Früher, das heißt zu 'Ost-Zeiten', war hier eine Grundschule für die umliegende Siedlung untergebracht. Dieser Stadtteil Wittingens besteht aus einem Wohngebiet mit NS- und Nachkriegsbauten, daneben wurde dann in den 1970er Jahren eine Großwohnsiedlung für eine nahe Metallverarbeitungsfabrik gebaut. Hervorgegangen ist der Arbeitslosentreff an diesem Ort aus einem zuvor an anderer Stelle eingerichteten Lokal.

„[V]orher war das von den Räumlichkeiten auch besser gewesen [...] da waren immer Veranstaltungen [...] auch mal ein Arbeitslosenfrühstück [...] dann wurde es irgendwann mal nicht mehr genehmigt und (dann) war es erstmal eine Beratungsstelle gewesen und das sind wir im Moment auch bloß noch“ (Witt 12/11).

Das derzeit genutzte Gebäude wird vor allem durch die an dem langen Flur liegenden offenen Räume geprägt, in denen sich unterschiedliche Sortimente an Hausrat, an Möbeln, Büchern und Kleidung befinden. Im 'Arbeitslosentreff' gibt es aber nicht nur diese Lager- und Verkaufsräume, sondern auch Werkstätten und eine Küche sowie eine Kantine namens 'Löffelstube' – das Herz der Simulation der Normalität eines Betriebsalltags. Diese Art Suppenküche bietet Knacker, Bockwurst und Suppe im Angebot, manchmal wohl auch Tagesessen (Witt 12/9-28).

Bei dem gegenwärtigen Träger des Projektes handelt es sich um eine bundesweit tätige 'Gesellschaft für Berufs- und Arbeitsförderung', die sich als Träger von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Projekten im Sinne von 'Arbeit statt Sozialhilfe' versteht. Schwerpunkte der ABM liegen im Recyclingbereich und in der sozialen Arbeit, mit einem Schwerpunkt in der Beschäftigung und Qualifizierung schwervermittelbarer Langzeitarbeitsloser – der Hilfe zur Selbsthilfe für Länder der 'Dritten Welt' und Osteuropa – in der Müllvermeidung und 'Förderung des Recyclinggedankens'. Medizinische Ausrüstungen und Geräte, Werkzeuge, Gartengeräte, Fahrräder, Nähmaschinen, Weißware, Möbel sowie Leder und Lerngeräte werden gesammelt und in die oben genannten Länder kostenlos bzw. zum Selbstkostenpreis abgegeben.

Auffällig ist, dass der Arbeitslosentreff tatsächlich die Ausstrahlung eines Produktions- oder Verkaufsbetriebes besitzt. Es gibt Menschen in Arbeitskleidung, vom grauen Arbeitsmantel bis zur bunten Kittelschürze, eine Kantine und

geschäftig auf den Fluren sich bewegende Menschen, eben wie in einer 'richtigen' Fabrik oder Werkstatt. Dass es sich lediglich um Recyclingware handelt, die hier in den unterschiedlichen Räumen anlandet und zum Verkauf präsentiert wird, tut dieser Betriebsatmosphäre keinen Abbruch. So wird mir auch von einer Mitarbeiterin bestätigt: „[I]ch fühle mich wohl hier, ich habe wieder eine Arbeit, eine Aufgabe“ (Witt 14/219). Diese Simulation der Arbeitswelt hat allerdings ebenfalls temporäre und sozialräumliche Grenzen. Die hier möglichen Tätigkeiten sind befristet und ortsgebunden. Als besonders schlimm wird die mit dem 'arbeitslos sein' verbundene Stigmatisierung geschildert und die damit zusammenhängenden ökonomischen Engpässe und materiellen Mängel. Die hier aktiven Menschen fühlen sich als Wittinger '2. Klasse', ausgeschlossen auch vom kulturellen Leben eines überregional mobilen Mittelstandes abgehängt. Dazu kommt der zunehmende Rechtfertigungsdruck der eigenen Lage, also der permanenten Betonung des Arbeitswillens und der Temporalität dieses 'Zustandes auf Staatskosten'. Die Aussagen meiner Gesprächspartnerinnen unterstreichen deren Status der dort Gebliebenen, der auch vom städtischen und regionalen Leben Abgekoppelten, und auch, dass man „im Lokalen gefesselt“ (Steyerl 2001:153) sein kann. Hier wird der Begriff des Lokalen, der Ortsbindung also vor allem zu einem negativ konnotierten Signifikanten des in der Immobilität Gefangenen, der dazu hin noch stigmatisiert, als Kleinstädter und Abgestiegener im Stereotyp fixiert (Steyerl 2001: 156) wird. So wird mir berichtet, dass für viele Hartz IV Empfängerinnen in Wittingen die Frage der Mobilität ohne Auto sich auf den mit dem Fahrrad oder (falls vorhanden) der Regionalbahn (und anderer ÖPNV) erreichbaren Nahraum konzentriert. Dieses 'an den Ort gefesselt sein' trifft somit nicht nur, wenn auch in einem anderen sozialen Kontext, für die von Wohnortzuweisungen in der Stadt gehaltenen (Spät)aussiedler oder residenzpflichtigen Flüchtlinge und Asylbewerber zu.

'Drushba – Haus der Freundschaft'

Das 'Haus der Freundschaft' ist ein etwas abseits, aber immer noch im Bereich der historischen Altstadt gelegener Versammlungs- und Veranstaltungsraum für (Spät)aussiedlerInnen aus der ehemaligen Sowjetunion. Gedacht war es als 'Haus der Begegnung' zwischen den Zugezogenen aus Russland, der Ukraine und Kasachstan und den deutschen EinwohnerInnen Wittingens (Witt 5/224). Als Schlüsselereignis zur Gründung dieses Treffpunktes von (Spät)aussiedlerInnen und alteingesessener Wittingener Bevölkerung wird der gewaltsame Tod des jungen Spätaussiedlers genannt. Im Jahr 2003 wird der Treffpunkt in Trägerschaft

der Diakonie, also der evangelischen Kirche eingerichtet. Betont werden die ausschlaggebenden Aktivitäten einzelner Stadtaktiver, in diesem Fall des auch an anderer Stelle mehrmals erwähnten Kirchenoberen Herrn Peterson: „Ich denke mal wenn er [Peterson] nicht das gemacht hätte damals, ich weiß nicht ob das geklappt hätte, weil das Haus gehört auch der Kirche nur [...] zum Beispiel Renovierung und so da wurden unsere Leute „so ... wer Zeit hatte ein bisschen renoviert und so [...] perfekt ist es nicht weil es kostet alles Geld“ (Witt 22/52-61).

Von der damaligen Aufbruchsstimmung und der ‘ganz großen Welle’ ist zumindest bei meinen Besuchen im ‘Drushba – Haus der Freundschaft’ nicht mehr viel zu spüren. Hinweise auf den Toten und die Umstände der Projektgründung finden sich weder an der Fassade noch in den Innenräumen des Hauses. Ein Schaukasten an dem unauffällig renovierten Fachwerkhaus zeugt von Veranstaltungen wie etwa „Russisch Backen und Kochen“, einem Kinderfest und einem Schachclub. Die hier auf Ein-Euro-Basis beschäftigte Projektleiterin Frau Tischler war früher in Kasachstan Lehrerin und lebt seit den frühen 1990er Jahren in der Stadt. Sie ist eine der wenigen (Spät)aussiedlerInnen die auch heute noch in Wittingen geblieben sind, während viele der zeitgleich oder später Zugewanderten mittlerweile in andere, vor allem südwestdeutsche Regionen Deutschlands umgezogen sind. Das Projekt in dem Altstadthaus verfügt zwar über einige kleine Räume, Büros, eine Küche und Teestube, ein größerer Versammlungssaal fehlt aber in dem Gebäude. Nach Angaben von Frau Tischler besteht das Angebot des Hauses derzeit vor allem aus Veranstaltungen wie der einmal im Monat stattfindende Cafénachmittag, ein ebenfalls monatlicher Spielenachmittag, ein Bastelnachmittag „und dann zwischendurch [...] organisieren wir auch mit Kinder manchmal in den Sommerferien [...] drei vier Tage Ferienprogramm“ (Witt 22/66-67).

Bei den hier angebotenen Kinderveranstaltungen kommen nicht nur „die Kinder von Aussiedlern, aber auch viele Einheimische [...] das ist unser Ziel normalerweise – ... alle Veranstaltungen was wir machen, versuchen wir, werden von Aussiedlern besucht und von Einheimischen“ (Witt 22/69). Es wird aber auch betont, dass sich die zentralen Angebote des Hauses besonders auf Beratung konzentrieren „oder etwas das mit Papiere ausfüllen oder diese Behördengänge machen und so wir helfen öfters mal“ (Witt 22/71).

Nach der Gründung von ‘Drushba – Haus der Freundschaft’ gab es – so die AWO -Betreuerin für Übersiedler Frau Scholz – zunächst Anlaufschwierigkeiten,

„Weil die jungen Leute [...] die möchten nicht unbedingt mit den Eltern – ... man muss den jungen Leuten schon eine paar besondere Höhepunkte anbieten. Also [...] die haben zum Beispiel zum Festival der Kulturen letztes Jahr oder davor – ... haben

sie mit Mädchen so verschieden Tänze einstudiert ... waren Aussiedlermädchen da auf diesem Fest in Berlin [die haben] das da vorgeführt und so [...] Was immer sehr gut ankommt – [...] zu Weihnachten kochen sie und backen Kuchen. Also, das wird sehr gut angenommen – ... weil das hat sich schon rumgesprochen, wie gut die russische Küche hier ist“ (Witt 20/94-103).

Trotz der deutlich zurückgegangenen Zahlen an MigrantInnen aus der ehemaligen SU sowie deren immer noch starke Abwanderung nach Westdeutschland, sieht die Leiterin des Projektes Perspektiven für die Zukunft: „Ich denke mal [...] hier bleiben welche [...] zu uns kommen manchmal die Leute die hier schon ein paar Jährchen, aber trotzdem sie brauchen Hilfe ... – oder einfach ein bisschen zu Gesprächen kommen – ... ich denke, das bleibt erstmal so zwei drei Jahre“ (Witt 22/161-162).

Meiner Vermutung, der Treffpunkt sei mit dem Gebäude in der städtischen Öffentlichkeit relativ isoliert, wird entgegengehalten, das Haus werde von der gesamten Stadtbevölkerung genutzt:

„Die Wittingener kommen zu allen Veranstaltungen was wir machen [...] diese [Jugendgruppe] von der evangelischen Kirche, die waren bei uns auch manchmal und die Kinder aus dem Kindergarten. Wir bereiten manchmal was hier erzählen von Russland oder zeigen russische Bücher oder machen was kochen Kleinigkeiten auch von russische Küche [...] und von der Schule manchmal kommen die Kinder auch – ... nicht nur – ... und die Älteren und einfach Erwachsene auch – [...] ich sage [...] was für Veranstaltungen die Stadt macht wir versuchen immer teilzunehmen und irgendwie unser Haus ein bisschen so zu präsentieren“ (Witt 22/161-170).

Die Frage nach einer Beteiligung von (Spät)aussiedlerInnenInnen im Aktionsbündnis 'Couragiert gegen Rechts' wird mit dem Hinweis auf den dort bereits engagierten Herrn Peterson verneint (Witt 22/172). Inwieweit der gewaltsame Tod des jungen Übersiedlers als traumatisierendes Erlebnis eine Rolle für diese mangelnde Präsenz in solchen Gremien spielt, bleibt unklar. In Wittingen werden Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion immer wieder Opfer von Beleidigungen und gewalttätigen Angriffen. Die Problematik, dass sich gerade die Betroffenen nicht zu diesen Vorfällen äußern oder gar Unterstützung fordern, wurde bereits angesprochen. Umgekehrt wird aber, so Frau Fischer in Wittingen sehr viel für die Integration von (Spät)aussiedlerInnen getan: „Von offizieller Seite ist die Stadt sehr bemüht, dass Kontakte stattfinden [...] -...und man muss auch definitiv sagen, dass mit dem „Haus der Begegnung“ auch Kontakte stattfinden und die auch wirklich als Begegnungsstätte angenommen werden“ (Witt 23/155-157).

Das 'Stattcafe' Belsheim

Anfang 1998 wurde mit einem Straßenfest in Belsheim der Treffpunkt 'Stattcafe' eröffnet. Zu diesem Zeitpunkt sind weder die Räumlichkeiten vertraglich gesichert, noch die Finanzierung geklärt. Auch ein fester Kreis an tragenden Aktiven ist nicht in Sicht. Als Vorläufer gab es bereits eine mehrjährige Diskussions- und Vorbereitungsphase und frühere Versuche der Lokalisierung eines Treffpunktes für explizit 'nicht rechte' und 'alternative' Jugendliche in der Stadt. In stetigen, mitunter mühsamen und konfrontativen Schritten ist dort nunmehr ein Ort zivilgesellschaftlichen Engagements entstanden, der sich nicht mehr an den Konjunkturen von Jugendkulturen orientiert und in seiner personellen und inhaltlichen Langfristigkeit bis in die institutionalisierte Stadtpolitik hinein wirkt. Mit mittlerweile relativ viel Erfolg werden die in der Stadt früher sehr dominanten Rechten in Schranken verwiesen. Diese können jetzt nicht mehr so offensiv agieren und müssen nun mit sehr gut organisierten und vielfältig getragenen Gegenaktionen rechnen. Das 'Stattcafe' ist zum Kristallisationspunkt und Kommunikationszentrum einerseits des zivilgesellschaftlichen Engagements gegen Rechtsradikalismus und andererseits der Unterstützung von MigrantInnen und Flüchtlingen geworden. Eine in nicht vielen Städten gleichberechtigte Kopplung tätiger Gegenwehr und Unterstützung.

„Wir haben die Asylbewerber begleitet zu dem Ämtern, wir haben sie abends eingeladen zu Partys als noch die verschiedenen Heime hier waren wo sie Jot-Weh-Deh da in [Ortsname] gewohnt haben [...] wir haben Straßenfeste organisiert in diesem Zusammenhang wo wir andere Vereine mit einbezogen haben – ... [...] haben Infoveranstaltungen gemacht über die Länder – ... über Kamerun – ... wir haben eine große Gruppe von bosnischen Kriegsflüchtlingen hier gehabt – ... da war dann auch die [damalige Ausländerbeauftragte des Landes Brandenburg] öfters mal hier ...da gings darum eben die bei der Rückkehr zu begleiten – ... also von daher haben wir sehr gute Kontakte zu allen Ausländergruppen hier und Asylbewerbern die hier in der Umgebung sind oder direkt hier“ (Bel 1/35).

Das Cafe wird aber auch geschätzt von den unterschiedlichen in der Stadt lebenden „Menschen die eben dieses bürgerliche Konzept nicht so gefressen haben oder das eben nicht leben können wollen wie auch immer ... [...] für die ist es natürlich gut, dass es hier so etwas wie das 'Stattcafe' gibt“ (Bel 8/176). Das 'Stattcafe' ist im Laufe der Jahre zu einem stark frequentierten Ort für MigrantInnen und Flüchtlinge aus der in Belsheim gelegenen 'Gemeinschaftsunterkunft' geworden. Besonders betont wird in Gesprächen der Charakter des Cafes als geschützter Ort:

„Wir haben auch am Anfang so ne Linie gefahren [...] wir wollen [...] mit den rechten Jugendlichen in Kontakt kommen – ... bisschen so den Ansatz von akzeptieren-

der (Jugend)Sozialarbeit [...] wir haben hier auch Veranstaltungen angeboten, die durchaus geeignet gewesen wären, dass auch die Rechten hier reinkommen und mit uns ins Gespräch kommen und es waren auch [...] ein paar da – aber diese Richtung haben wir über die Zeit nicht weiter verfolgt“ (Bel 1/109).

Trotzdem wird auch heute von einzelnen MitstreiterInnen des Cafés noch vertreten,

„dass wenn die [rechten Jugendliche] hier rein kommen und sich normal verhalten, und so also als Gast quasi vom ‘Stattdcafe’ – hier einen Kaffee trinken und nicht irgendwelche Leute anmachen ... dass das geht“ (Bel 1/109).

Diese Position wird aber von einem Großteil der AktivistInnen des ‘Stattdcafés’ abgelehnt. Der Charakter des geschützten Treffpunktes für MigrantInnen und Flüchtlinge ist ihnen wichtiger als ein soziopädagogischer Ansatz mit rechtsradikalen Jugendlichen.

„[D]ass jetzt jeden Tag das ‘Stattdcafe’ [...] von verschiedenen Leuten und gerade auch Afrikaner und der Iraner und der Iraker ist dort ständig [...] und die werden dort nicht angemacht“ (Bel 17/167-172).

Diese eindeutige Position und Parteilichkeit für die Sache der Zugezogenen hat die Bedeutung des Cafés für MigrantInnen in den letzten Jahren verstärkt, wird mir bestätigt:

„Wir sind als ‘Stattdcafe’ [...] am Anfang sogar der Treffpunkt gewesen wo Ausländer [die] zusammen im selben Flüchtlingslager waren, einander getroffen haben in [Name eines Wohnheimes] hatten die sich nicht getroffen auf ihren Zimmern und die sind in Belsheim im ‘Stattdcafe’ zum ersten Mal zusammen gekommen“ (Bel 15/210).

Völlig untypisch, fast schon einzigartig ist die Mitarbeit früherer BewohnerInnen des Flüchtlingswohnheimes. Mehreren ist es gelungen, nicht nur einen Aufenthaltsstatus zu erhalten, sondern zudem auch noch in Belsheim ansässig zu bleiben. Sie engagieren sich im ‘Stattdcafe’ und werden dort über unterschiedliche Beschäftigungsverhältnisse immerhin ansatzweise bezahlt und anerkannt.

Die Kommune ‘Freie Erde- Ökovicke’

„Es gibt zwanzig Millionen [...] Vorurteile gegen [die Kommune ‘Freie Erde’] ... ein Belsheimer geht da kaum rein, weil dann weiß es ganz Belsheim“ (Bel 4/50).

Die Mitbegründerin der Siedlungsgemeinschaft ‘Freie Erde – Ökovicke’ schildert die Entscheidung für den Kauf des Anwesens am Belsheimer Waldrand:

„Also ich bin mit einer ganzen Gruppe hier her gekommen ... 1990 – ... wir haben nach einem Gelände gesucht wo man eben in Gemeinschaft leben konnte – ... was

groß genug ist, dass um die 100 Leute da leben konnten [...] und was so ökologische gewaltfreie Prinzipien umsetzen sollte und Raum bieten sollte wo eine Gemeinschaft wohnen kann und Tagungsbetrieb verschiedene Richtungen und da haben wir dann eben nachdem die Mauer gefallen war, im Osten angefangen zu suchen und letztendlich haben wir von hier von Belsheim zwei Angebote gekriegt vom Kreis und von der Stadt“ (Bel 15/64).

Die Mitbegründerin Monika Rasch hat die Geschichte des Geländes recherchiert und festgestellt, dass dieser Ort bereits vor einhundert Jahren wirtschaftlich genutzt wurde, damals als Gemüsebaubetrieb. Später im Nationalsozialismus war es zunächst ein Ferien- und Sportlager, dann trainierten hier unter anderem die Springreiter für die olympischen Spiele in Berlin 1936, nach dem zweiten Weltkrieg – zu ‘Ostzeiten’ – sei es dann zunächst eine FDGB-Funktionärsschule geworden. Mit der Gründung der Staatsicherheit der DDR habe sich hier dann ab 1958 eine Stasi-Agentenschule befunden „– ... vom MfS – ... wo Agenten vor allem für den Westen für Westdeutschland ausgebildet wurden“ (Bel 15/70), auch der Kanzlerspion Günther Guillaume, wird behauptet. Andere Quellen sprechen weniger spektakulär von der Nutzung des Geländes durch die Gesellschaft für Sport und Technik, die für die vormilitärische Erziehung der Jugend zuständig war. Gleich nach der Wende hatte ein neu in den Osten Deutschlands expandierender Discounter an der Straße liegende Gebäude gemietet, resignierte aber vor der abgelegenen Lage und schloss nach kurzer Zeit wieder. Als die Kommune das Gelände bezieht, ist es zu großen Teilen immer noch eine Baustelle der letzten Planungsperiode der DDR. Hier sollte als weiterer Abschnitt in der wechselvollen Nutzungsgeschichte der Anlage nun eine „stasiinterne ReHa-Klinik“ entstehen. Etwas befremdlich wirkt auf mich der Hinweis von Monika Rasch, dass aber letztendlich die historische Kontinuität der Anlage – und wohl auch der esoterische ‘genius loci’ des Geländes – immer schon auf das Triumvirat aus Gemüseanbau, Sport/Freizeit und Schulung (Bel 15/72) aufgebaut gewesen sei.

Von Seiten der Stadt war der damalige Referent für Jugendkultur und Sport der Ansprechpartner: „[D]ie haben einen Käufer gesucht für dieses Gelände, was schon vorher viele angeguckt hatten“ (Bel 15/66). 1991 kauft die Gemeinschaft Land und Gebäude von der Treuhand, für 2,1 Millionen D-Mark. Allerdings läuft diese Transaktion nicht reibungslos. Dieser Abschluss wäre nicht ohne die aktive Unterstützung auf Kreisebene zustande gekommen. Besonders dafür engagiert hat sich – so meine Gesprächspartnerin – der damalige Landrat. Er sei sogar selbst nach Süddeutschland gefahren, um sich dort im „Vorgänger-Projekt“ (Bel 15/75) von Seriosität und ernststen Absichten der potentiellen Neu-Bürger zu überzeugen. Doch auch der Gemeinderat und das Stadtparlament waren um

ihre Zustimmung für den Kauf des Geländes zu überzeugen, ein aufgrund der bereits damals kursierenden Gerüchte und Stadtgespräche um den Charakter der Kommune nicht einfaches Unterfangen:

„In der Stadt hatten wir einige Leute, die mehr so aus der Richtung Bündnisgrüne kamen, [...] die unsere Ansiedlung unterstützt haben [...] also, so hatten wir quasi von Anfang an mit der Stadtebene zu tun – ... aber am Anfang waren es wenige Leute von hier die einfach eben durch die ganzen Verhandlungen beim Kauf und so die Leute kannten“ (Bel 15/76).

Allerdings waren aus der Sicht der frühen Bewohnerin der Siedlung ‘Ökville’ die ersten Jahre in der Stadt die schwersten, besonders der Kontakt zur Stadtbevölkerung war problematisch:

„Zwischendrin hatte ich auch einmal eine Zeit, wo ich mit Belsheim gar nichts mehr zu tun haben wollte und wo wir hier relativ wenig [...] außer das Notwendigste mit Belsheim zu tun hatten und wo erst mit dem Stattcafe [...] vor allem durch uns und dann auch durch andere die da mitgegangen sind, der Kontakt aufgebaut worden ist in Richtung Stadt und auch normalisiert also in Richtung Nachbarschaft“ (Bel 15/78).

Diese anfängliche Ablehnung oder zumindest die Kontaktschwierigkeiten mit der einheimischen Stadtbevölkerung wird mir als Phänomen der speziellen, auch ostdeutschen Kleinstadt und der damit verbundenen engen Vorstellungshorizonte erklärt:

„Also Belsheim hat einfach 8.000 [EinwohnerInnen] – ... ist ein größeres Dorf und so viele Leute die an den Themen die relativ neu waren einfach auch gleich nach der Wende im Osten hier also diese Art von Alternativangebot was wir gemacht haben in unseren Seminaren oder auch also die Szene, aus der wir gekommen sind die hat eigentlich zu der Zeit im Osten überhaupt nicht existiert – ... und deshalb hat sich das auch erst ganz [...] langsam etabliert – ... wie ein Fremdkörper waren wir am Anfang – ... würde ich mal sagen weil [...] fast die meisten aus dem Westen gekommen sind – ... nein, alle aus dem Westen oder aus der Schweiz oder deutschsprachiger Westen – Schweiz – ... Österreich und auch von der Thematik her und die erst jetzt langsam nach 15 Jahren oder so wo man auch die Parallelitäten sieht“ (Bel 15/79).

Neben xenophoben Friktionen gab es in den ersten Jahren auch direkte Übergriffe auf das Gelände:

„Das war eine Gruppe von Jugendlichen, die damals sehr aktiv war – ... das war gleich 91, die haben ein paar Molotow-Cocktails über den Zaun geworfen ... da hätte schon was passieren können – ... aber nur einer ist in der Wiese gelandet und die anderen auf dem Beton eben abgebrannt – und da haben wir uns aber voll – ... damals haben wir immer Nachtwache gemacht ... damals haben wir uns schon bedroht gefühlt auch – ... und die Jugendlichen haben wir dann angezeigt und die kamen dann ...

da kam es dann später – ... also es kam nicht zum Prozess und zu einer Verurteilung weil wir uns vorher mit denen ... ich sage mal außergerichtlich geeinigt haben ... die kamen dann und haben sich entschuldigt“ (Bel 15/85).

Ein wichtiger Hinweis auf die Gründungsgeschichte der Kommune ist, dass es bereits in der frühen Projektphase der Siedlung in der Stadt Belsheim Menschen gab, die in der Ansiedlung des Lebensreformprojektes Möglichkeiten einer alternativen Stadtentwicklung sahen. Insofern hat die Initiative für das ‘Stattcafe’ zwar nicht auf bereits bestehende enge Verbindungen zwischen städtischen AktivistInnen und KommunardInnen aufgebaut, sondern war im Gegenteil ein wechselseitiger Prozess der Annäherung und des miteinander bekannt Werdens bzw. des langsamen Prozesses der gegenseitigen Vertrauensbildung

„98 ist das ‘Stattcafe’ im September [...] gegründet worden aber vorher hat schon dieser ganze Prozess angefangen mit der Art von Bürgerinitiative ... also Belsheimer Forum – ... das war schon 97 [...] also es waren mal drei – ... vier Jahre wo das Verhältnis auch durch die ganzen Sekten-Geschichten, die immer im Zusammenhang mit unserem Projekt gekommen sind getrübt war – ... sage ich jetzt mal oder wo man eigentlich gesagt hat hier – ...’ mit den Leuten hier die sind irgendwie von Jottwedeh ... mit denen haben wir weniger was zu tun“ (Bel 15/79).

Seit der Gründung der Kommune steht diese im Verdacht, eine esoterische ‘Psycho-Sekte’ zu sein. Besonders viel Sprengstoff und Material für Vermutungen aller Art bietet zudem der programmatische Ansatz der ‘Freien Liebe’ in der Siedlergemeinschaft. So ist es nicht verwunderlich, dass die Kommune nicht nur in der Boulevardpresse Schlagzeilen als ‘Paradies der freien Liebe’ machte, auch ein Sektenbeauftragter der evangelischen Kirche ordnet die spirituelle Konkurrenzveranstaltung der Ökovicke als ‘Psycho-Organisation’ ein.

Auffälliges Merkmal der Kommune ist tatsächlich die ökologisch motivierte Spiritualität als Vergemeinschaftungskern sowie Tagungsangebote als ein Teil der ökonomischen Struktur der Siedlung. Diese spirituelle Akzentuierung bestimmt auch heute noch das Selbstverständnis vieler KommunardInnen, so sei man etwa „auf energetischer Ebene mit der Vergangenheit der Gebäude umgegangen“. Im Zentrum des Geländes befindet sich ein riesiger, runder Steinplatz, in der Mitte plätschert ein Springbrunnen. Dieser Campus dient auch als Ort der Meditation, als „kosmische Antenne“ (Höhne 2004:27). Ausdrücklich betont wird neben der esoterischen Ebene von meinen GesprächspartnerInnen aus der Kommune aber auch die ökonomisch-kollektive und demokratische Struktur: Grundlegende Beschlüsse fällt die Bewohnerversammlung möglichst im Konsens. Über die Finanzen entscheiden ein Finanzgremium und der sogenannte 13er-Rat. Wer mehr als 4.000 Euro Darlehen in ‘Ökovicke’ einlegt, hat Einspruchsrecht gegen

Finanz-Entscheidungen. Wer auf dem Gelände wohnt, zahlt 340 Euro Miete an die GmbH, die knapp 30 Mitarbeitende hat.

Die Wahrnehmung der Kommune hat sich durch das stadtkulturelle und auch kommunalpolitische Engagement einzelner prominenter BewohnerInnen der Siedlung deutlich verändert. Überwogen im ersten Jahrzehnt seit der Gründung 1990 Ressentiments und Ablehnung, („das ist eine Sekte“ Bel 14/148), so sind heute vielfach wohlwollende Kommentare zur Reformsiedlung und ihren BewohnerInnen zu hören: Die leitende Sozialarbeiterin aus dem Flüchtlingswohnheim in der Nachbarschaft hatte zunächst große Bedenken gegen das ‘Stattcafé’, nicht zuletzt, weil viele der dort Aktiven

„alle aus der Kommune [kommen]. Weil bei uns war klar, ‘hier sind Ausländer ... und det isset’ ... aber da unten wusste man nicht so richtig von Seiten der Bürger in Belsheim ‘was wird det, was steckt dahinter’ [...] ... det is doch eine Kifferzentrale von der ‘Freien Erde’ und so – ... oder die rennen da vielleicht alle nackend rum [...] ... also da waren ja die dollsten Dinger im – [Umlauf], aber mittlerweile ...“ (Bel 11/262-262).

Auch der Leiter der Belsheimer Polizeiwache findet mittlerweile anerkennende Worte für das kommunale Engagement der KommunardInnen: „Es ist wie eine große Gemeinschaft und jeder hilft jedem [...diese ‘Freie Erde’], die sich hier einbringt und auch gerade im ‘Stattcafé’ oder im Forum von Belsheim sind sie stark vertreten, also Integration ist nicht nur ein leeres Wort, das wird wirklich mit Leben erfüllt“ (Bel 13/180).

Zur Bedeutung der Kommune, ihrer Ausgründungen und anderer alternativer Projekte für die lokale (zivilgesellschaftlich en) Entwicklung fasst Lutz Bertram zusammen:

„Das ist etwas was im Bewusstsein der Leute ihnen etwas unheimlich ist [...]. Ich kenne nicht [alle] Leute aus der Kommune, ich kenne eben nur die Besten und da sind ganz fabelhafte Leute dabei [...]. Aber es sind natürlich [...] Aussteiger, vorwiegend natürlich aus dem Westen, darunter einige die schon eine ganz normale kapitalistische Karriere hinter sich hatten und dann mit Mitte 40 festgestellt haben, dass ist nicht alles im Leben und nun auf die Sinnsuche gegangen sind. Darunter sind eine Reihe sehr kluger und auch welche die wissen wie man es macht. [...] und dann sind natürlich einige dabei, die noch nicht eingestiegen waren – ... die es ja im Westen auch zuhauf gab, die da nun so ihr Leben fristen und es gibt natürlich auch eine ganze Menge Spinner [...]. insgesamt ist es aber [...] eine Bereicherung für die Gegend – ... also im Bezug auf kulturelle Aktivitäten und so weiter und so fort bekommt das der Gegend gar nicht schlecht – ... es sind eine Menge Leute dabei die freihändig ihre zwei – ... drei Fremdsprachen sprechen und so – ... das ist ja keine Selbstverständlichkeit hier es sind weltläufige Leute. [...] Wenn wir hier eine Aktion gegen die Nazis haben, ist von der Kommune immer eine starke Mannschaft mit

dabei ... wir haben unsere Sache hier zum 60. Jahrestag der Befreiung...da haben die 'Vereinigten Havel-Chöre' – ... das ist fast alles Kommune und angrenzende Ortschaften... haben dort gesungen und es war sehr eindrucksvoll – ... also es ist unter dem Strich eine Bereicherung. [...] Ich habe oft viel zu tun, selbst im Bekannten und Freundeskreis, dass ich da dann immer sagen 'was habt ihr denn eigentlich gegen die? ...Tun sie irgend jemand was?' – ...'nee!' also kann keiner etwas Konkretes sagen – ... so – ... dann sage ich ... 'ja nun dann lasst sie doch machen – ist doch kein Problem' – ...'na ja aber Überfremdung und so'" (Bel 12/143-145).

Die Kommune und ihrer Aktivitäten erscheinen in wesentlichsten Zügen durch Herrn Bertram treffend dargestellt: Die Angst vor den Fremden mischt sich aus deren unklaren sozialen und möglicherweise moralisch verwerflichen Praxis ('Sexsekte', 'moral panic'), deren sozialer (Aussteiger, Hippies) und geographischer Herkunft (Westdeutschland, Schwaben), deren regionaler Ausdehnung (Kolonisten, Kommunen) und den Erfolgen bei der Gründung von lokalen mehr oder weniger alternativ-ökonomischen Unternehmen und regionalen Waren – und Dienstleistungsnetzwerken. Ein Bewohner der Kommune und überaus aktiver Unterstützer des Stattcafés Belsheim, Frans Gros ist mittlerweile für die Partei 'Die Linke' ins Stadtparlament eingezogen.

6.5 Beispiele lokalen zivilgesellschaftlichen Handelns

Das Aktionsbündnis 'Couragiert gegen Rechts'/'Bürgerbündnis' in Wittingen

Ein Brandanschlag auf einen Döner-Imbiss wird zum Höhepunkt rechtsradikaler Übergriffe Ende der 1990er Jahre in Wittingen. Er wird auch zum Gründungsereignis eines Bündnisses, das sich bis heute in Wittingen darum verdient macht, die öffentlichen Auftritte der rechtsradikalen Aktivisten vor Ort zu skandalisieren und punktuell Gegenaktionen zu organisieren. Im Jahr 2000 erstellt die Polizei zunächst ein 'Präventionslagebild', dessen Auswertung zum Jahresende betont, dass spezieller Handlungsbedarf bei der Jugendarbeit bestehe, um allgemein die Situation bezüglich der Jugendkriminalität positiv zu verändern⁸. Mit Jahresbeginn 2001 konkretisieren sich die Pläne für die Gründung eines Projektes zur 'Bekämpfung der Jugendgewalt' in Wittingen. Durch die Maßnahmen dieses Projektes solle der 'Druck auf Störer' erhöht werden, die Gewalt von der Straße verdrängt und die Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene erweitert werden.

8 Quelle: Polizeipräsidium [Ortsname], Leiter Abt. Einsatz/Ermittlung (2001): Halbjahresbericht „Bekämpfung der Jugendgewalt in Wittingen“ vom 10.10. 2001, S. 1

Die Eröffnungsveranstaltung des Projektes fand dann am 28.2.2001 im Gebäude der freiwilligen Feuerwehr Wittingen statt. Als Mitglieder der damaligen Projektgruppe konnten u.a. Mitarbeiter des staatlichen Schulamtes, die evangelische Beratungsstelle, der Superintendent, Jugendgerichtshilfe Wittingen, Mitglieder des 'Mobilen Beratungsteams Tolerantes Brandenburg' (MBT), Vertreter der Stadt Wittingen, der Wachenleiter der Polizei, und der Kommandant des Truppenübungsplatzes gewonnen werden. Im Verlauf dieses ersten Jahres konzentrierter Auseinandersetzung mit der Situation in der Stadt, holt sich das Projekt Unterstützung beim MBT sowie ab April bei zwei Sozialarbeiterinnen eines sozialpädagogischen Institutes aus Berlin. Durch zusätzliche Veranstaltungen zum Thema 'Rechtsextremismus und Ausgrenzung', aber auch durch Berichte von SchülerInnen aus Wittingen, scheint sich nach knapp einem Jahr Projektarbeit herauszustellen, dass es bei den problematisierten Phänomenen weniger um eine, wie auch immer zu verortende allgemeine Jugendgewalt in Wittingen geht, sondern dass es sich hier um unterschiedliche Formen rechtsradikaler Mobilisierung von nicht nur Jugendlichen handelt. Somit hat sich bei einem der Treffen der Projektgruppe der Wunsch nach einem neuen Namen herauskristallisiert, der den direkten Zweck und die Ziele bereits im Titel führt. Anfang November 2001 wird beschlossen, zukünftig 'Couragiert gegen Rechts in Wittingen' zu heißen. Am 20. November 2001 trifft sich dann zum ersten Mal ein Wittingener Aktionsbündnis 'Couragiert gegen Rechts – für ein tolerantes Wittingen'. Diese Treffen finden nun regelmäßig im Gebäude der Polizeiwache Wittingen statt, erst seit 2003 werden die monatlichen Treffpunkte im Jugendbüro der Netzwerkstelle des DGB abgehalten. Als am 8. Dezember 2001 eine 'Aktionsgemeinschaft der Anständigen' ca. 45 Personen zu einer rechtsradikalen Kundgebung in Wittingen mobilisieren können, demonstrieren am Nachmittag desselben Tages ca. 1.000 Menschen 'Für ein tolerantes Wittingen'. Dies ist ein erster, unglaublicher Erfolg für die Arbeit des neu entstandenen Aktionsbündnisses. Bereits am 20. April 2002 ruft das Aktionsbündnis Wittingen erneut zu einem 'Frühjahrsputz gegen Rechts' auf. Dieses Mal beteiligen sich rund 300 EinwohnerInnen Wittingens an dem symbolischen Akt gegen die rechtsradikale Präsenz in der Stadt. Am 20. April, in der rechten Szene bekannt als 'Tag des Hitler-Geburtstages', will man die Stadt, die in der Vergangenheit wiederholt Aufmarsch-Ort der NPĐ war, nicht den 'Rechten' überlassen⁹. Veranstaltet wird unter anderem ein Konzert 'Rock gegen Rechts' auf dem Marktplatz. Im Mai und November 2003

9 Erklärt der evangelische Superintendent Herr P. in der Berliner Zeitung vom 18.2.2002.

lädt das 'Aktionsbündnis' zu zwei vom 'Mobilen Beratungsteam' moderierten Zukunftswerkstätten, die sich unter dem Motto: 'Für eine bunte Jugendkultur' ausdrücklich an Kinder und Jugendliche aus Wittingen richten. Als im August 2004 erneut Rechtsradikale zu einem 'Hess-Gedenkmarsch' durch Wittingen aufrufen, veranstaltet das 'Aktionsbündnis Couragiert gegen Rechts' wieder Gegenaktionen. Die Arbeit und Aufmerksamkeit des Aktionsbündnisses ist wohl ein Grund, warum die gerade in den Jahren 2001 und 2002 häufigen Demonstrationen und Kundgebungen organisierter Neonazis durch die Stadt weniger werden. Es kommt in den folgenden Jahren nur noch vereinzelt zu Aufmärschen, seit dem Jahr 2005 können die Rechtsradikalen keine Demonstration in Wittingen mehr durchführen. Gleichwohl haben sich die Aktivitäten der organisierten Rechten mit dem flächenhaften und massiven Verteilen von Flugblättern und politischen Plakaten, dem Sitz eines ehemaligen NPD-Aktivisten in der Wittinger Stadtverordnetenversammlung und überregionaler Aktivitäten auf andere Ebenen und auf überregionale Handlungshorizonte verschoben. Dass das Problem rassistischer und fremdenfeindlicher Gewalt in Wittingen bei weitem noch nicht überwunden ist, belegt der tödliche Angriff auf den Einwanderer B. im Mai 2003, sowie die immer wieder punktuell und unvorhersehbar auftretenden Gewaltausbrüche gegen alle, die der Normativität der Rechten nicht entsprechen.

Diese anderen, viel alltäglicheren Formen rechtsradikaler Aktivitäten können nicht wie bisher mit reaktiven Konzepten des Aktionsbündnisses allein bewältigt werden. Zudem ist die Zusammensetzung der Aktiven im Bündnis deutlich an deren professionellen Hintergrund gebunden. Fast alle Mitglieder des Aktionsbündnisses treffen sich dort auf Grund ihrer Arbeit mit Jugendlichen an den Schulen [Lehrer] oder in Jugendclubs [Jugendsozialarbeit], ihrer Beratungstätigkeit im sozialen Bereich oder ihrer verwaltungstechnischen, exekutiven und präventiven Aufgaben bei Stadtverwaltung, Polizei und Feuerwehr. Somit spiegelt die Zusammensetzung des Aktionsbündnisses bisher lediglich die administrativ-zivilgesellschaftliche Ebene der Stadt wider. Nicht in derartige Funktionen eingebunden sind allerdings andere BürgerInnen der Stadt. Jugendliche oder gar Einwanderer aus Russland oder andere Flüchtlinge sucht man bisher im Bündnis vergebens. Nicht zuletzt darum wird der gegenwärtige und zukünftige Charakter des Aktionsbündnisses im März 2006 im Anschluss an die Tagung 'Wittingen – eine Stadt zeigt Gesicht' auf einem Workshop zur Zukunft und dem Selbstverständnis des Aktionsbündnisses diskutiert. Hier kommt es auch zur erneuten Namensänderung in 'Bürgerbündnis gegen Rechts-Extremismus in Wittingen und Umgebung'. Zukünftig solle dieses Bürgerbündnis ein zivilgesellschaftliches Forum aller Wittinger sein.

Erinnerungspolitik: Die Gedenkstädte Brunnenberg

Bei den ersten Besuchen in Belsheim und Wittingen habe ich den stadtkulturellen symbolischen Umgang mit der Erinnerung an den Nationalsozialismus, aber auch an die Opfer rassistischer Übergriffe, nicht direkt mit der Präsenz von Rechtsradikalen im Ort in Verbindung gebracht. Bald wird mir aber in den Gesprächen mit verschiedenen zivilgesellschaftlich Aktiven der Stellenwert eines Kampfes um die Sichtbarkeit und Deutungsmacht von Geschichte deutlich gemacht. Vor allem in Belsheim haben sich in den historischen Initiativen um die Gedenkstätte 'Brunnenberg', einer alten Munitionsfabrik mit Zwangsarbeiterlager, die Städter gesammelt, die sowohl an einer Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, also auch mit dem neuen Rechtsradikalismus Interesse zeigen.

„Wichtig finde ich auch noch das du den [Brunnenberg] mit einbeziehst in die Geschichte [der Stadt], das darf man nicht vergessen bei Belsheim“ (Bel 15/526).

Die Sozial- und Industriegeschichte der Stadt Belsheim ist in der Zeit des Nationalsozialismus eng verbunden mit der Ansiedlung einer Munitionsfabrik.

Frau Elsner ist eine alte Belsheimerin, und zum Zeitpunkt unseres Gespräches auf der Bank vor dem Stattcafe wohl gut über 80 Jahre alt. Im Cafe ist sie regelmäßige Besucherin, gerne schaut sie ab und an für ein Gespräch im Stattcafe vorbei und wird mir von dort Aktiven als 'Tante Erna' vorgestellt. Frau Elsner schildert mir ihre Kindheit in der Zeit vor der Fabrik, als die Stadt noch eine Ackerbürgerstadt gewesen sei. Damals hätten die meisten Männer in anderen Ortschaften Arbeit gehabt, hätten lediglich einen Garten und etwas „Viehzeug“ bewirtschaftet. Ansonsten habe es nur den Rat des Kreises gegeben mit seinen „paar Beamten“, die Schule und einige Handwerksbetriebe. Ihr Vater war Maurer, aber auch in der Gewerkschaft organisiert und parteilos, betont Frau Elsner, um den antifaschistischen Charakter ihres Elternhauses zu unterstreichen. Frau Elsner erinnert sich auch an mehrere jüdische Familien im Ort: „[D]er eine von dem Laden [...] der ist vorher noch abgehauen nach Amerika“ (Bel 16/39). Ferner war da noch „der alte Opa da und dem hat aber keiner was getan – ... die Tochter [...] die habe ich auch nicht gekannt aber es hieß nachher zu DDR Zeiten, da war sie irgendwie im Wedding. Die haben das soweit wir das mitgekriegt haben [überlebt]“ (Bel 16/30). Eine andere jüdische Familie konnte ebenfalls in die USA fliehen.

Aus ihrer Schulzeit in den 1930 Jahren erinnert sich 'Tante Erna' vor allem an den Rektor der Schule, „das war ein großer Nazi gewesen“ (Bel 16/34), der sie als Schülerin immer dazu aufgefordert habe, sich am Abend vor dem Schlafengehen zu befragen „was habe ich heute dazu getan um ein hundertprozentiger

Nationalsozialist zu werden – ... uns 14jährigen – ... als ich nach Hause kam, durfte ich das gar nicht erzählen“ (Bel 16/34).

Bereits seit der Jahrhundertwende existierte in einer Nachbarstadt von Belsheim eine Munitionsfabrik. Hier wurden auch Frauen aus Belsheim angelernt, um dann in der in den Jahren 1934/1935 am Stadtrand von Belsheim ebenfalls errichteten Munitionsfabrik zu arbeiten. Für den Bau der Fabrik wurde ein größeres Waldstück gerodet, und neben der Fabrik eine Wohnsiedlung für die dort Beschäftigten errichtet. Für diese große Anlage „[die] war sehr groß gewesen“ (Bel 16/38) reichten bald die lokalen Arbeitskräfte nicht mehr aus, und so wurden auch überregional und im gesamten Deutschen Reich ArbeiterInnen angeworben. „Dann kamen ja von überall Arbeitskräfte her [...] aus dem Rheinland kamen sie her aus Österreich und aus dem Sudetenland, aus Schlesien also aus allen Gebieten eigentlich und haben hier Arbeit gekriegt – ... viele und kamen dann einzeln bloß her – ... einzelne Männer, einzelne Frauen ... die Männer wurden ja sowieso nachher Soldaten – ... und viele sind dann auch heute noch hier sind ansässig geworden hier“ (Bel 16/60). Als Unterkünfte dieser neuen Arbeitskräfte dienten zunächst Baracken in der Bahnhofsnähe, bald aber wurden Siedlungshäuser gebaut, „für die Familien, die ganze Siedlung, (...) von hier aus Richtung Autobahn“ (Bel 16/40-42). Diese auch heute noch bestehende Siedlung bestand damals vor allem aus kleinen Arbeiterhäusern für kinderreiche Familien. „Die sollen sehr billig gewesen sein. Die gab es für 6.000 Mark, da hat der Staat dann zugezahlt – ... [es] sollten ja alle recht viele Kinder haben damals“ (Bel 16/44). Auch die Schwiegereltern von Frau Elsner haben mehrere Jahrzehnte in solch einem Siedlungshaus gewohnt: „Schwiegervater [hat] die Zinsen für das Haus übernommen und der hat auch im ‘Brunnenberg’ gearbeitet vor dem Krieg“ (Bel 16/46). Bereits die Kinder wurden in der Schule instruiert, den wahren Charakter der Fabrikanlage zu verheimlichen. „Also wenn uns jemand fragt was in der Fabrik hergestellt wird, dann soll man sagen Konserven“ (Bel 16/48). Allerdings habe das „sowieso keiner geglaubt“. Tatsächlich wurde dort aber Munition für Flugabwehrgeschütze und Panzerkanonen hergestellt. Unmittelbar nach Kriegsbeginn wurde in der Nachbarschaft zur Fabrik ein Lager für Zwangsarbeiterinnen und Kriegsgefangene eingerichtet. Ab 1943 wurde zusätzlich in der Nähe der Fabrik ein Barackenlager für 750 KZ-Häftlinge errichtet. In dieser Außenstelle des Konzentrationslagers Ravensbrück¹⁰ waren überwiegend Frauen aus Polen,

10 Das Frauenkonzentrationslager Ravensbrück hatte über 40 Außenlager. Quelle: <http://www.ravensbrueckblaetter.de/alt/schwerpunkte/aussenlager/aussenlager.html> (letzter Zugriff: 6.8.2010)

der Sowjetunion, aus Frankreich und Belgien inhaftiert. Sie wurde von 6 SS-Männern, die aus dem KZ-Sachsenhausen abgestellt wurden, sowie von 20 SS-Aufseherinnen bewacht. Der Charakter der Anlage war auch Frau Elsner vertraut:

„Dieses Lager da oben da war einmal ein kleines KZ [...] das war ja ganz streng eing[engt]“ (Bel 16/52). Auf meine Frage, ob das auch für andere BelsheimerInnen bekannt gewesen sei, antwortet sie eindeutig: „Ja dieses KZ [...] das war [ein Teil] – ... aber das andere das war dann ein Fremdarbeiterlager ... die durften ja dann auch hier in der Stadt [rumlaufen], aber die anderen die waren ja vollkommen eingesperrt [...] ich kann mich entsinnen, wir waren damals in der Bahnhofstraße und da kam ein Zug und dann sind die ausgestiegen und die haben uns ja so leid getan – ... die haben ... so sahen die aus ... und dann waren so SS-Weiber dabei ... die Bewachung ... ja – ... [die hatten eine Knute in der Hand gehabt] wehe die durften sich nicht umgucken und gar nichts die mussten nur grade aus und weg“ (Bel 16/54).

Die in Häftlingskleidung vom Bahnhof in Richtung Lager und Fabrik getriebenen Gefangenen waren – so Frau Elsner – mit Winkeln versehen, kamen also bereits aus anderen Lagern. Die Schülerin Elsner kann sich auch noch daran erinnern, dass sie da „gar nicht so genau hingucken“ durften und immer „gleich weggeschickt“ wurden, wenn es Transporte durch die Stadt gab.

Mit dem Bau und der Inbetriebnahme der Munitionsfabrik erlebte Belsheim einen kleinen, lokalen Wirtschaftsaufschwung. Neben den bereits einheimischen ArbeiterInnen führte der Zuzug vieler hunderter Arbeitskräfte zu einem Bauboom an Häusern, an dem nicht alleine die lokale Handwerkerschaft, die Gasthäuser und Fleischereien profitieren konnten. Auch viele BelsheimerInnen vermieteten Gästezimmer an die ArbeiterInnen. „Da waren diese einzelnen Zimmer wo sie erstmal [unterkamen] und viele haben dann geheiratet“ (Bel 16/68). Dass diese Fabrik damals eine hohe lokale Akzeptanz erfahren hat, steht für Tante Erna außer Frage. Kurz nach der Befreiung der Stadt und des Lagers im Mai 1945 wurde die Munitionsfabrik, die dazu gehörigen Zwangsarbeiterlager und das KZ, noch im selben Jahr durch die Truppen der Roten Armee gesprengt und dem Erdboden gleichgemacht. Das wurde nicht von allen gut geheißt:

„Es war ja ziemliche Kritik gewesen. Sie hätten ja was draus machen können. Die Räume waren ja da und die Wände standen ja auch [noch], aber da waren die eben so fanatisch ... das musste alles kaputt gemacht werden ... erstmal – ... dahinter standen Häuser [...] hinter der Fabrik...die wurden kaputt gemacht und die Fabrik selber auch“ (Bel 16/70).

Im Jahr 1965 Jahren wird auf Initiative des damaligen Bürgermeisters der in einem Ehrenhain errichtete Gedenkstein für die ‘Opfer des Faschismus’ am Ort des Lagers enthüllt. Bereits damals wurden Überlebende der Lager regelmäßig in die Stadt eingeladen. Eine Gedenkfeier, die auch heute noch jedes Jahr zum

3. Mai, dem Jahrestag der Befreiung Belsheims und des Lagers, mit den letzten Überlebenden aus Belgien und den Niederlanden begangen wird.

Bei den Feiern zum 60. Jahrestag der Befreiung (im Jahr 2005) sang dort der Chor der Kommune. Frans Gros erzählt mir die Geschichte seiner Recherchen zu den Zwangsarbeiterinnen in den KZ-Außenlagern sowie zu Gedenkstein und Erinnerungspolitik in diesem Zusammenhang: Es habe in der DDR bis zur Mitte der 1960er Jahre gedauert, bis es überhaupt möglich geworden sei, in Belsheim einen Gedenkstein für die Ermordeten und Ausgebeuteten des Zwangsarbeiterlagers zu erreichen, „bis dahin wurde da nicht drüber geredet“ (Bel 15/187). Doch dann hat es bis zur Wende gedauert, bis man überhaupt darüber geredet hat, dass es „Juden in dieser Stadt gegeben [hat] und informell haben wir [...] Fotos gezeigt von der Bücherverbrennung in Belsheim [...] wo man dann zu hören kriegt ‘da darf man nicht drüber reden weil die Familie [...] die lebt hier noch“ (Bel 15/187-190).

Mit Andi unternahme ich mehrere Ausflüge zum Gelände des ehemaligen Außenlagers. Hinter einer Wiese mit dem Gedenkstein in einem mit Bäumen bepflanzten Hain finden wir im Buschwerk des lichten Waldes noch Betonfundamente, Markierungen und Fragmente des ehemaligen Lagers. Ein in der Nähe stehendes niederes Gebäude der „Schäferhundefreunde Belsheim e.V.“ wurde, so wird mir versichert, auf der betonierten Bodenplatte einer Lagerbaracke errichtet. Ansonsten ist die gesamte Fläche der ehemaligen Rüstungsfabrik und des Lagers ein von dichtem Wald überzogenes, tief gefurchtes Gelände, durchzogen lediglich von einzelnen Pfaden der Pilzsammler, von Erdwällen und Gruben, deren Herkunft weder eindeutig noch natürlich erscheinen.

Ein Gedenkstein für einen getöteten Flüchtling

Ein weiterer erinnerungspolitischer Konflikt um die symbolische Ausweisung städtischen Gedenkens entspannt sich neben der Debatte um den Brunnenberg und für die Opfer des Nationalsozialismus: Die Auseinandersetzung um die Errichtung eines Gedenksteines für einen im Jahr 2000 an den Folgen eines rassistischen Überfalls gestorbenen Asylbewerber B. aus dem Mahgreb.

„Der marokkanische Gewerkschafter, Mitglied der Partei für Fortschritt und Sozialismus, hatte in den 80er-Jahren in seiner nordafrikanischen Heimat für die Einheit von Arbeitern und Bauern, gegen feudale Arbeitsverhältnisse und die korrupte Verwaltung gekämpft, hatte Streiks organisiert und war dafür mehrfach in Haft genommen und gefoltert worden. Schließlich gelang ihm eine mehrjährige Flucht über Algerien und Libyen. Als blinder Passagier kommt er 1991 nach Deutschland und wird ins Belsheimer Asylbewerberheim eingewiesen. In einer Belsheimer

Gaststätte, in der er abends mit einem Freund ein Bier trinken will, ereilt ihn sein Schicksal. Rechte Jugendliche schlagen und treten auf ihn ein, Baylal trägt schwere Darmverletzungen davon, deren Verwachsungen mehrfach Darmverschlüsse auslösen und Notoperationen erfordern. Im November 2000 kommt nach einem erneuten Darmverschluss jede ärztliche Hilfe zu spät [...]. Die beiden Täter waren nach dem Übergriff zu einer fünfmonatigen Bewährungsstrafe bzw. zu Arbeitsstunden und einer Geldbuße verurteilt worden“ (Quelle: Lokalzeitung, Havel-Echo).

Der Tod des Flüchtlings aus Marokko wird erst mehrere Jahre nach seinem Tod zu einem lokalpolitischen Thema bei der Frage des Umgangs mit Rechtsradikalismus und dessen Sichtbarkeit im öffentlichen Raum. Auf Grundlage von Recherchen einer Berliner Journalistin und einer von ihr moderierten Veranstaltung im lokalen Jugendzentrum ‘Clash’ in Belsheim, wird im Jahr 2002 von vielen Teilnehmerinnen der Veranstaltung und anderen Stadtaktiven die Errichtung eines Gedenksteines für den Getöteten an einem zentralen städtischen Ort gefordert. Als ‘Stein des Anstoßes’ soll er auch neue Auseinandersetzungen über die „alltägliche, bürgerliche Form des Rassismus“ (Jugend- Antifa- Belsheim) ermöglichen. In der Diskussionsveranstaltung wird aber auch in Frage gestellt, „wie man in der Belsheimer Bevölkerung Interesse für einen Toten wecken [soll], wenn es nicht einmal eine Brücke zu den lebenden 200 Asylbewerbern in der Stadt gibt“ (Frage einer ZuhörerIn: Havel-Echo)

In den auf die Veranstaltung im Jugendclub ‘Clash’ folgenden Wochen entsteht ein Streit auf der politischen Ebene der Stadt. Der SPD-Fraktionsvorsitzende ist für einen Gedenkstein, möchte diesen aber mit anderen fünf städtischen Gedenkstätten zu einem zentralen Ort mit der Aufschrift „Die Toten mahnen“ zusammenführen. Sein Argument, man solle die Zahl der Gedenkstätten nicht gleichsetzen mit der Qualität des Gedenkens. „Allein ein weiterer Stein nutzt nichts im Kampf gegen Neonazis und Gewalt“. Der Vertreter der PDS spricht sich hingegen für einen Gedenkstein an zentralem Ort, vor dem alten Postgebäude der Stadt aus:

„Dies hätte auch Symbolcharakter, [...] weil der tote Marokkaner im weitesten Sinne ein Opfer des Faschismus in der heutigen Zeit“ ist. Zudem „würde es der Stadt Belsheim gut zu Gesicht stehen, sich einzureihen in die Liste solcher Städte wie Guben oder Eberswalde, wo sich ebenfalls rassistisch motivierte Übergriffe ereignet hatten und heute öffentliche Gedenksteine an die tödlichen Konsequenzen erinnern“. VertreterIn der CDU/FDP-Fraktion gaben zu dieser Debatte keine Stellungnahmen ab. Der Gedenkstein wird ein halbes Jahr später neben dem alten Postgebäude errichtet und am 8. Mai 2003 feierlich enthüllt“ (Quelle: Havel-Echo).

Demonstrationsverhinderung

Unter dem Motto „Eine Stadt wehrt sich“ organisiert ein kleiner Kreis städtischer Engagierter aus Belsheim im Frühjahr 2004 Gegenaktionen zu einer geplanten Demonstration. Ein stadtbekannter Rechtsradikaler hat für den Samstag derselben Woche, also nur in wenigen Tagen, als ‘Preußische Aktionsfront’ einen Aufmarsch seiner Kameraden mit vermutlich überregionaler Unterstützung angemeldet: Bis Sonnabendmittags sind allein vor einem Jugendclub schon mehr als 100 Unterschriften unter einem offenen Brief aller Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung gesammelt worden. In diesem wird etwa dazu aufgefordert, „ein Klima in der Kur- und Kreisstadt zu schaffen, in dem Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und Faschismus keinen Nährboden finden“. Unterschriften werden gesammelt auch auf dem Parkplatz eines Baumarktes, wo gerade dessen Betriebsjubiläum gefeiert wird, und in der Haupteinkaufsstraße. Unter dem Motto, dass Belsheim „kein Hort faschistischen Gedankengutes und erst recht keine „national befreite Zone“ sei, unterschreiben auch hier viele Passantinnen. Neben der Unterschriftenaktion am Tag des Aufmarsches versammeln sich die entschlossenen GegendemonstrantInnen auf einem stadtnahen Parkplatz, hängen dort Transparente auf und bereiten sich auf die Begleitung und wenn möglich auch Blockade der rechtsradikalen Demonstration vor. Angesichts dieser kurzfristigen, vielfältigen und viel versprechenden Gegenmobilisierung sagen die rechtsradikalen Anmelder die Demonstration für diesen Tag ab. Ab dato wird keine Demonstration von Neonazis in der Stadt unbemerkt und unbegleitet von Gegenaktionen mehr durchgeführt. Der in der Stadt für einen Tag zirkulierende offene Brief ist von über 1.000 Menschen unterschrieben worden.

Territorialkämpfe und lokale Deutungshoheit

Auf Nachfrage nach lokalen Treffpunkten der Rechten Szene in Belsheim wird mir auch eine Diskothek im dortigen Industriegebiet genannt, ein Ort

„wo sich die Rechten immer getroffen haben oder wo für Ausländer auf jeden Fall angeraten ist, dass sie da vorsichtig sind [...] in diesem Frühjahr sind die Antifa-Jugendlichen da hingegangen und haben sich quasi ihr Terrain mit zurückerobert“ (Bel 1/135).

In Bezug auf die Einschätzung um diesen Diskothekenstreit als umkämpfter rechter Treffpunkt entspannt sich eine kurze, aber deutlich dissonante Debatte in der kleinen Fokusgruppe, die für mich exemplarischen Charakter in der Diskussion um die Einschätzung solcher umkämpfter Orte als ‘contested places’

hat: Nachdem zunächst von einer Person die genaue Kenntnis der Lage in Frage gestellt wird („nein das stimmt nicht“), erfolgt die Relativierung, dass ja wohl „auf jeden Fall [...] da Auseinandersetzungen stattgefunden [haben ...] jetzt so im Einzelnen will ich [da nichts zu sagen] (Bel 1/137). Das wird aber von einer anderen Person am Tisch überhaupt nicht akzeptiert, das nun als persönliches Geheimnis zu behandeln, daher wird versucht, mir Kontext und Handlungen der Beteiligten zu erklären: Es hat offenbar um die Einschätzung dieser Tanzgaststätte eine Debatte in der städtischen Öffentlichkeit gegeben, der sich die Betreiber dieses Lokals in Form einer öffentlichen Erklärung stellten: Nach den Übergriffen sei „quasi gemeinsam mit den Betreibern [...] eine Erklärung erarbeitet worden“ (Bel 1/138). Dabei kommt zur Sprache, dass einer der Anwesenden der Runde, nämlich die graue Eminenz, Professor Bertram, selbst an der Erstellung dieser Erklärung beteiligt gewesen ist. Dabei habe es sich, so der angesprochene Herr Bertram um „so quasi ne Hausordnung gehandelt, die der Presse vorgestellt worden sei und in der betont wurde, dass sie da nicht nach ideologischen Kriterien irgendwelche Leute bevorzugen“ (Bel 1/139). Zur Rechtfertigung sowohl der Position der Geschäftsbetreibers, wie auch des befreundeten Mitkämpfers wird konstatiert, dass es jetzt nicht darum gehe

„Angriff gegen das ‘Smoke’ zu reiten [...] das sind Geschäftsleute und wenn da einer reinkommt, dem können die nicht an der Nase ansehen ob der jetzt rechtsradikal ist oder nicht – ja – die müssen ihr Geschäft betreiben – aber de facto ist es halt so dass – ähm – das ‘Smoke’ von rechts orientierten – zumindest nicht erkennbar aber vom Kopf her – dominiert wird und der auch ne Ausstrahlungskraft hat auf andere Besucher im ‘Smoke’ – also eine andere Klientel sich ins ‘Smoke’ nicht reintraut“ (Bel 1/141).

Aufschlussreich ist diese Debatte der zivilgesellschaftlichen AktivistInnen in mehrerlei Hinsicht: Zunächst geht es darum, sich wechselseitig der mangelnden Informationen zu überführen bzw. über unterschiedliche Expertise Deutungsvorteile in der Bewertung der Vorgänge zu erhalten. Ein klarer Vorgang der Erlangung der diskursiven Lufthoheit. Im nächsten Schritt werden kontextbezogene Erklärungen und ein Handlungsrahmen benannt, in dem die Involviertheit einzelner Gesprächspartner selbst aufgedeckt werden, die sich aber selbst nicht klärend einmischen. Im dritten Schritt werden – über die Person des Geschäftsführers und dessen logischen und legitimen Bedürfnissen der Geschäftspflege, Ansätze vertreten, die einer politischen Bewertung der Lage entgegenstehen und diese als quasi systemisch der Wirtschaftslogik unterworfen, naturalisieren. Wer praktisch auf der Strecke bzw. auch zukünftig vor der Tür der Disko bleibt – und auch in der Debatte am ‘Stattdcafe’- Tisch keine Stimme mehr hat, sind

die nicht-rechten Jugendlichen bzw. die dort gefährdeten 'Ausländer'. In diesem Beispiel der Argumentations- und Aushandlungsverfahren auch bürgerschaftlicher AktivistInnen soll diesen nun natürlich kein Vorwurf eines 'falschen Tuns' gemacht werden und sie erst recht nicht als Personen beschädigt werden. Es zeigt aber, dass selbst politisch zivilgesellschaftlich Aktive den Verlockungen einer Verschleierung skandalöser Verhältnisse unterliegen, indem sie diese auf der stadtkulturellen Bühne als Vermeidung einer Zuspitzung, Konfrontation, eines Skandals betreiben. Während Vorwürfe gegenüber antifaschistischen Jugendlichen unisono in deren konfrontativem und taktisch unklugen Verhaltensweisen begründet liegen sollen, dem mangelnden Blick fürs ganze Bild der Stadt und vor allem deren oftmals nur noch temporäre Anwesenheit am Ort.

7 Fazit

Zwischen meinen ersten Besuchen in den Brandenburger Kleinstädten im Frühling 2005 und der Fertigstellung dieser schriftlichen Ausarbeitung im Herbst 2010 ist viel Zeit vergangen. Im Rückblick auf diese Jahre war das ein ausgesprochen fruchtbarer, aber ebenso anstrengender Prozess der vielschichtigen Auseinandersetzung mit Personen, Positionen, Lebenslagen, wissenschaftlichen Arbeiten, Deutungsweisen und methodischen Verfahren. Und natürlich würde ich heute einiges anders machen. Diese Schlussbetrachtung soll eine Reflektion auf diesen Diskussions- und Interaktionsprozess mit meinen GesprächspartnerInnen in den Städten, aber auch den unterschiedlichen Literaturen und sozialen Kontexten sein. Die Orte der Entstehung dieser Arbeit waren neben den Städten Belsheim und Wittingen und einer zunächst noch dritten Fallbeispielstadt, die Institute für Geographie und für Europäische Ethnologie der Berliner Humboldt-Universität, das Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) in Erkner sowie Diskussionen mit FreundInnen und KollegInnen in Berlin, Genthin und Hamburg. Gemäß dieser langjährigen Beschäftigung mit der Thematik wurde diese immer wieder erweitert, an anderen Enden beschnitten, sie ist letztendlich auch heute noch als ein temporäres Produkt eines 'work in progress' zu betrachten. Zur sozialräumlichen und raumtheoretischen Perspektive der früheren Jahre gesellten sich mit meiner Tätigkeit am IRS zunehmend konkrete Fragen der Stadtentwicklung, der Stadtpolitik und der Stadtplanung als neue Perspektiven auf meine Stadtforschung. Auch daher mögen die hier angesprochenen Themen mitunter eklektizistisch und disziplinbezogen unübersichtlich erscheinen, mein spezieller Zugang in der Stadtforschung wird aber hoffentlich deutlich werden.

Die hier vorliegende Arbeit verfolgt die Ausgangsthese, dass für die untersuchten ostdeutschen Kleinstädte nicht alleine die dort aktiven rechtsradikalen Gruppen und EinzelaktivistInnen als problematisch zu betrachten sind, sondern dass deren Aktivitäten auch Aufschluss über den aktuellen Zustand der städtischen Zivilgesellschaften bieten. Anders ausgedrückt: Rechtsradikale Aktivitäten (und das über Jahre, wenn nicht gar Jahrzehnte hinweg) sind lokal nur dann möglich, wenn diesen eine Stadtgesellschaft keine Gegenaktivitäten entgegengesetzt und hegemoniale Deutungen in Frage stellt. Es ist also stadtkulturell konstitutiv,

dass sich die Täter in diesem sozialräumlichen 'Setting' so bewegen, dass sie Angriffe an diesem Ort und in dieser Weise durchführen können. Andersherum wird aber auch gefragt, wie diese Schauplätze durch die Übergriffe, faktisch und kommunikativ gemacht werden und wie die dort ebenfalls vorhandenen zivilgesellschaftlichen Initiativen und Flüchtlinge dem entgegenzutreten versuchen. Im Kern geht es also darum, welche Praktiken, welche Akteure, welche Debatten zur Stabilisierung und welche zu Brüchen und Infragestellungen der dominanten Verhältnisse beigetragen haben. Dies ist auf dem Wege der Erfassung einer lokalen 'Machtgeographie' (vgl. Allen 2003) in ihrer einzigartigen topologischen Ausprägung der hier betrachteten Städte geschehen. Vor dem Hintergrund veränderter Zugangsfragen an mein Feld wurde eine sozialräumliche Betrachtungsperspektive gewählt, die sich den (heuristischen) Raumausschnitt von zwei Kleinstädten zum Untersuchungsrahmen gesetzt hat. Wohl wissend, dass diese Festlegung bereits andere Perspektiven ausblendet (im engeren Sinne also keinen 'multi-sited approach' nach Marcus darstellt), sich an administrativ-territorialisierten Rahmungen orientiert und diese lokale Ebene nur einen Aspekt des städtischen sozialen und kulturellen Horizontes abdecken kann.

Als Konzeption dieses Untersuchungsfeldes wurde eine Gliederung der Betrachtungsebenen unter Paraphrasierungen – 'history matters', 'space matters' sowie 'policy matters' – zugrunde gelegt, die sich zudem um das trialektische Raumverständnis Henri Lefebvres drehen. Die Spezifik der jeweiligen Städte stellt sich aus dem Zusammentreffen der drei Dimensionen in auch sozialräumlicher Perspektive dar. In der Schlussbetrachtung soll dieser Ansatz als 'holistische', oder zumindest als komplexorientierter Zugang einer sozialräumlich orientierten Stadt(kultur)forschung unterstrichen werden.

Die Ergebnisse dieser Untersuchung sind nicht primär daran orientiert, schnelle und einfache Handlungsanleitungen für Kommunen und lokale Initiativen zu generieren. Das mag, angesichts der drückenden Problemlagen unverständlich und unverantwortlich, (kultur)wissenschaftlich abgehoben und bequem erscheinen. Andererseits sind die grundlegenden Forderungen im Bezug auf den Umgang mit Rechtsradikalismus bereits bekannt: So muss der Stabilisierung rechtsradikaler Präsenz bei einem Status quo auf hohem Niveau entgegengetreten werden. Er darf nicht zum akzeptierten Zustand in – politisch abgeschriebenen, schrumpfenden – Städten werden. Hier sind mit konsequenter Strafverfolgung, eindeutiger Positionierung zugunsten der Opfer und Unterstützung demokratischer, zivilgesellschaftlicher Initiativen und alternativen Jugendkulturen gute Wirkungen zu erzielen. Die folgende Diskussion um die Wahrnehmung von lokalen Problemlagen und die daraus

abzuleitenden Handlungsmöglichkeiten geht aber davon aus, dass neben der bekannten Programmatik zur Förderung toleranter, nicht-xenophober und entschieden antirassistischer Stadtgesellschaften im Detail und unter Beachtung der jeweiligen lokalen städtischen Spezifiken weitergehende Überlegungen (und Forschungsprojekte) angebracht sind.

Zunächst sollen aber abschließend Reflektionen zu den drei Dimensionen der Stadtkultur skizziert werden.

'history matters' – Industriestadt versus Kurstadt?

Die in Wittingen und Belsheim sichtbaren historischen Ablagerungen – also mit DeLanda die Sedimente und kristallisierten Gemengelagen des baulichen Ensembles, aber auch der infrastrukturellen Anordnung des Bahnhofs, der Straßen der Industrie- und Gewerbegebiete, der Wohnsiedlungen und Brachflächen – spiegeln auch heute noch sichtbar die historische Dimension der Stadtentwicklung wider. Auch in ihren mehr oder weniger bereinigten, sanierten und den gegenwärtigen Stadtvorstellungen und Deutungen angepassten Formen wird die unterschiedliche Genese der beiden Städte deutlich. Die geographische Lage in einem relativen Nahraum zur Großstadt Berlin (80 km Distanz) für Belsheim und die etwas weiter von der Hauptstadt entfernt gelegene Stadt Wittingen spielen geschichtlich und gegenwärtig eine große Rolle. Trotzdem kann aus der reinen 'Lagegunst' bzw. 'Ungunst' des Ortes keine Stadtgeschichte und erst recht keine Sozialgeschichte der Städte geschrieben werden. Dies ist auch nicht die Absicht dieser Arbeit. Es sollte aber deutlich geworden sein, dass die jeweiligen Entwicklungspfade der Städte immer wieder von gesellschaftlichen Strukturen, aber auch von Entscheidungen und Präsenzen einzelner Personen, sowie von historischen Zufällen abhängig sind. Im Ansatz der Sedimentierungen einer nicht linearen Stadt(entwicklungs)geschichte muss auch der Zufall, das unvorhergesehene konzeptualisiert werden. Das geht freilich nur retrospektiv, die Option auf zukünftige Zufälle ist für manchen eine hoffnungsvolle Perspektive der Veränderung, während sich andere – so scheint es – mehr denn je davor fürchten und der Vision der geregelten Planung huldigen. Die Planbarkeit der Zukunft der Stadt auf der Grundlage der jeweiligen Stadtgeschichten hat Charme, wird aber bereits in der gegenwärtigen Situation als normatives Konzept mit engen Eigeninteressen erkennbar. Während sich die Musealisierung der Altstädte für beide Kommunen als Option auf Tourismus und lokale Identitätspolitik sehr differenziert entwickelt – Belsheim relativ erfolgreich, Wittingen relativ

erfolglos – wird der Umgang mit der eigenen, auch unerfreulichen Geschichte in beiden Städten zu einer Art ‘Lackmustest’ der stadtkulturellen Fähigkeit, Geschichte und Gegenwart nicht nur als Element des Stadtmarketing zu betrachten. Hier versucht besonders Wittingen sich als Ort mit ‘mittelalterlicher’ Altstadt auch international gegen eine schier unübersehbare Konkurrenz anderer baulich ähnlich ausgestatteter Städte zu präsentieren. Denn gerade in Ostdeutschland haben sich aufgrund des spezifischen (nicht)Umgangs mit Altbausubstanz in Innenstadtlagen in Klein- und Mittelstädten oftmals historische Altstadtkerne erhalten, die in den letzten beiden Dekaden nun einer Wohlühl- oder Gruselkulisse (immer wieder ‘Mittelalter’) entsprechend punktuell historisch passend rekonstruiert wurden. Der dabei entstehende ‘Themenpark historische Altstadt’ scheint freilich nur noch spärlich bewohnt, ab dem frühen Abend gehen hier zwar nicht die Lichter aus, doch die Gaststätten schließen früh und nur wenige Passanten sind nach 20:00 Uhr noch unterwegs. Ein Großteil der Bevölkerung lebt auch hier in den Großwohnsiedlungen und den stadtnahen Einzelhaus- und Eigenheimvierteln. Neue Konzepte für die Innenstadtnutzung haben es schwer, Initiativen zum freien Ausbau alter Fachwerkhäuser werden nicht immer wohlwollend aufgenommen. Auch in Belsheim wiegt die Option der historischen Altstadt schwer, noch schwerer fast, weil sich hier zudem ein pittoreskes Schloss über die Stadtkulisse erhebt. Auch hier wird das ‘Mittelalter’ regelmäßig und recht frei ausgelegt zelebriert. Auch hier werden Stadtfeste als Ritterfeste gefeiert und Umzüge in historischen Kostümen durchgeführt. Allerdings scheint sich hier die Geschichte nicht aus ‘Mittelalter’ und DDR alleine zusammensetzen. Die erinnerungspolitischen Initiativen in Belsheim beziehen sich vor allem auf den historischen Zeitraum des Nationalsozialismus, zudem wurde 2006 eine kontrovers diskutierte Ausstellung über die Wohnungen, Büros und Observationsorte der lokalen Abteilung der Staatssicherheit der DDR veranstaltet.

Freilich gibt es hier wie dort auch historische Vereinigungen und lokale Chronisten, Heimatvereine und Stadtaktive, die sich redlich um die vielen Facetten der Stadtgeschichte kümmern und immer wieder mit Ausstellungen und Publikationen auf unterschiedliche Epochen aufmerksam machen. Für den Besuchenden, den Gast und Durchreisenden, ja selbst den länger Anwesenden allerdings überwiegt im Sichtbaren und Hervorgehobenen die hegemoniale Deutung der Stadtgeschichte als Altstadtgeschichte. Die soziale Geschichte der Stadt als Arbeits- und Wohnort vieler Generationen unterschiedlicher Menschen bleibt aber immer noch eine Spurensuche, die oftmals im Verschütteten endet. Der Abriss vieler alter Fabriken und Produktionsstätten, der Rückbau ehemaliger Wohnensembles lässt sich weder zurückdrehen noch grundsätzlich verurteilen. Doch mit

jeder einseitigen Konzeption von renovierbarer Geschichte und solcher, die es eben nicht verdient hat erhalten zu werden, entsteht ein weiteres Konfliktfeld einer streitbaren Stadtkultur.

'Space matters' – der soziale Raum als multiskalares Re/Produktionsverhältnis gesellschaftlicher Wirklichkeit

Die der Arbeit zugrunde gelegte sozialräumliche Betrachtungsperspektive hat sich im Verlauf der Feldforschung und der diese interpretierenden Auswertungsarbeit als richtiger Zugang bestätigt, auch wenn hier bewusst keine kognitiven Karten oder andere 'mappings', etwa von Bewegungshorizonten, Interaktionszonen und 'Angsträumen' angefertigt wurden.

Die sozialräumliche Perspektive wurde einerseits immer als disziplinäre Verschränkung und kontroverse Debatte zwischen sozialgeographischen und raumtheoretischen Ansätze einerseits sowie empirisch kulturwissenschaftlichen Ansätzen andererseits verstanden und versucht, dies plausibel zu machen. Die oftmals schwierige Grenzgängerei zwischen disziplinären Epistemologien, Methoden, Begriffen und Sprachstilen wurde jedoch durch den weiten, über diese beiden Disziplinen hinausgehenden Horizont der hier aufgegriffenen Fragestellungen noch erschwert. Es ging also oftmals um Übertragungsarbeiten und kritische Lesarten von Betrachtungsweisen aus der Stadtsoziologie, der Sozialpädagogik, (Sozial)Psychologie oder politikwissenschaftlichen Arbeiten. Das war grundsätzlich sehr anregend und ist bei der Auseinandersetzung mit Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit wohl unerlässlich. Diese Interdisziplinarität bedurfte aber neben dem Eintauchen in die quantitativen Dimensionen der Materialfülle dieser viel beforschten Thematik auch einer qualitativen Ebene der Diskursanalyse solcher Beiträge aus weniger vertrauten wissenschaftlicher Feldern. Neben diesem fächerübergreifenden Fokus auf 'Stadt', 'Raum und Kultur' haben sich quer liegend dazu ein ganzes Bündel an eher ontologische Fragestellungen aufgeworfen:

- Wie kann Stadt raumtheoretisch konzeptionalisiert werden?
- Welche Rolle spielen hier gegenwärtige und nicht mehr anwesende BewohnerInnen und Gäste?
- Welcher nicht essentialistische, (alltags)praktisch orientierte Kulturbegriff kann auf städtischer Ebene zugrunde gelegt werden?
- Wenn das 'Reden über den Raum' bereits eine raumproduzierende Handlung darstellt, welchen Einfluss hat es dann auf die Alltagspraxen?

Diese Fragen wurden im ersten Kapitel zumindest ansatzweise aufgegriffen und in der Debatte mit vorliegenden interdisziplinären Konzepten vor dem Hintergrund unterschiedlicher Lektüren und Gespräche diskutiert.

Das forschungspraktische Resultat dieser Überlegungen mündete in den Ansatz der Stadtkulturanalyse. In dem hier vorliegenden Ergebnis einer solchen Untersuchung ist der Fokus auf die Wahrnehmung und Umgangsweisen mit städtischen 'Außenseitern' (hier im lokalen Konstruktions- und Konfrontationsverhältnis mit Rechtsradikalismus) bezogen. Einer für die Re/Produktion von Städten elementaren Dimension. Es wären aber natürlich auch andere Schwerpunkte möglich gewesen, die stadtkulturanalytisch bearbeiten werden können. Es ist also zu hoffen, dass diese Forschungskonzeption auch in ihrer Übertragbarkeit deutlich wird.

Die Reduktion der komplexen, raumtheoretischen Arbeiten Henri Lefebvres auf eine Kleinstadt ist im strengen Sinn – auch der eigenen Lefebvre-Rezeption – eigentlich nur redundant möglich. Das ist keinesfalls der Kleinstadtproblematik geschuldet, geht doch Lefebvre (1996) selbst davon aus, dass es sich bei Stadt um einen unabhängig von seiner Größe und anderen Faktoren hergestellten Zustand handelt: „It does not matter whether the urban fabric encloses the countryside and what survives of peasant life, as long as the 'urban' place of encounter [...] finds its morphological base and its practico-material realization“ (Lefebvre 1996:138). Zusätzlich unterstreicht Lefebvre, dass Städte als Orte der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse – dazu auch noch von ihm aus einem historisch-fordistischen Vorstellungshintergrund heraus konzipiert – nicht isoliert und, selbst unter heuristischen Vorzeichen, 'für sich' betrachtet werden können. Die Problematik eines solchen Lokalismus wird im Bezug auf die Debatte um die Spezifik von Städten in dieser Arbeit aufgegriffen, die Abgrenzung von lokalistischen Argumentationen soll hier im Ergebnis aber noch einmal zusammengefasst werden:

In den Überlegungen zu Städten 'an sich' und 'für sich' (Kapitel: 1.1) bin ich davon ausgegangen, dass Städte und andere Raumausschnitte erst durch die dort Lebenden oder sich zeitweilig dort aufhaltenden Menschen (und die von ihnen zurückgelassenen Spuren) zu einem spezifischen Ort werden. Städte werden über ihre (temporären) BewohnerInnen hergestellt und über sie identifiziert. Dies passiert aber nicht im isolierten, verinselten Raum, sondern in vernetzten, mehr oder weniger aufeinander bezogenen oder voneinander getrennten räumlichen Maßstabsebenen und Handlungshorizonten, die von Akteur zu Akteur stark unterschiedlich sind. Dieses Verhältnis lokaler An- und Abwesenheit der Handelnden in einem relationalen Raum erzeugt die ganz spezifischen Charakteristika einer Stadt – auch einer Kleinstadt. Das ist eine andere Position als die Identifikation

einer Stadt mit einer imaginierten kollektiven 'community' ihrer BewohnerInnen, einer eigenen ihr abstrakt innewohnenden, intrinsischen Logik oder einer missverständlichen Habitus-Position der kollektiven Verkörperung. Auch der Genius Loci einer Stadt ist in erster Linie ein diskursives Element im literarischen, journalistischen und mitunter auch politischen Reden über die Stadt, kein Geist 'an sich', nicht einmal in sogenannten Geisterstädten und anderen 'haunted places'.

Das 'Reden über die Stadt' wird auch in den für diese Untersuchung durchgeführten Gesprächen (aber auch der Lektüre zu den Orten) mitnichten als Abstraktion der gesammelten Lebens- und Aufenthaltsverhältnisse der sich zu einem bestimmten Zeitraum dort befindlichen Menschen und ihrer Beziehungen zueinander verstanden, sondern als unterschiedlich kommunizierte Raumkonzepte aufgenommen: 'Die' Stadt wird so wahlweise in stadtpolitischer Annäherung an die lokale städtische Elite, die städtische Verwaltung mit Bürgermeister und Kämmerer als ein politischer und machtvoller Raum der lokalen Autoritäten angesehen. Dazu kommen in siedlungsgeographischer Weise die territorialisierten, absoluträumlichen Inklusionen eines als Entität betrachteten Siedlungsmusters mit administrativen Grenzen. In diskursiv-imaginerter Perspektive werden die Städte aber auch als soziale Verhältnisse beschrieben, die mit einem mehr oder weniger hohen lokalen Identifikationswert („wir in Wittingen“, „die Belsheimer sind so“) aufgeladen und oftmals identitär verteidigt wurden. Und natürlich wird in den Gesprächen auch immer wieder die historische Perspektive auf die Genese der jeweiligen Stadt, ihre Vergangenheit aus Höhepunkten und Tiefschlägen, Kriegen, politischen Wenden, Skandalen und Tragödien einbezogen. Gerade diese Historizität der Stadt liegt auch beim Betrachten nahe, sie macht eine auch visuelle Spurensuche möglich.

Die ebenfalls stark symbolisch aufgeladene Stadtperspektive wird vor allem in Belsheim durch die dort virulente Debatte einer Erinnerungskultur im Kontext gegenwärtiger Auseinandersetzungen um Rechtsradikalismus und Xenophobie betrachtet. Daten und Ereignisse einer politischen Geschichte haben es zu Recht geschafft, punktuelle Aufmerksamkeit in Form von Gedenksteinen, Wandtafeln und Denkmälern zu erzeugen. Diese Artefakte sind sowohl in Belsheim als auch in Wittingen immer wieder Gegenstand symbolischer Kämpfe um Geschichte. Auch das unterstreicht ihre Bedeutung für die stadtkulturelle Kommunikation. Stadt wird hier auch zum geschichtspolitischen Diskussionsforum, zur zivilgesellschaftlichen Bildungsveranstaltung der Stadtbevölkerung.

Trotz des in Literatur und Forschungsgesprächen höchst unterschiedlichen Stadtbegriffes kann relativ kontextunabhängig von einer topologischen Perspektive auf die Stadt gesprochen werden. Möglicherweise spiegelt sich hier ein

alltagsverständlicher Unterschied zwischen Begriffen des Raumes (als abstrakte und übergeordnete Kategorie) und des Ortes (als konkretem Lokus bestimmter Handlungen) wider, seien dies nun das Rathaus, das Wohnviertel 'Espenkamp', die früheren Wohnheime und Containersiedlungen im Wald oder das 'Haus der Freundschaft' für (Spät)aussiedlerInnen in Wittingen. Der stadtkulturelle Erfahrungshintergrund mit den Aktivitäten einer neonazistischen Szene, aber auch die Präsenz von MigrantInnen und Flüchtlingen erzeugt auch Orte sogenannter Raumpioniere (Matthiesen/Lange 2005) oder eher von 'Provinzbohèmiens', die im Idealfall den zivilgesellschaftlichen Boden bereiten können für eine tolerante und konfliktfreundige Auseinandersetzungskultur in der Stadt. Die – in dieser Arbeit als heterotopisch bezeichneten Orte – haben daher über deren praktischen Bezug hinaus auch eine Bedeutung für die symbolische Ordnung der Stadt: In der zentralen Lage eines 'Stattcafes' in Belsheim bündeln sich Sichtbarkeiten einer Normalität von Differenz mit den praktische Ebenen der Kommunikation und Interaktion bis hin zum geschützten und selbst verwalteten, eigenverantwortlichen Treffpunkt von MigrantInnen, alternativen Jugendlichen und anderen Stadtaktiven. Dieser topologische Effekt kann im Bezug auf die beiden Untersuchungsstädte nicht unterschätzt werden.

Lokalität meint auch in Belsheim und Wittingen für alle dort lebenden Menschen keine homogene Alltagspraxis, beispielsweise unter Bezug auf die Bedeutung der Kernstadt, sondern ein vielfach räumlich differenziertes Netz von Mobilitäten in der Region und darüber hinaus. Die Stadt scheint für viele, die darüber reden, lediglich ein identitärer Ankerpunkt jenseits der eigenen Wohnung zu sein. Die praktische Bedeutung und symbolischen Position der Innenstadt, und somit auch der von mir beschriebenen heterotopischen Orte, ist auch daher nicht für alle gleich. Wer sich selten in der Altstadt bewegt, wird auch wenig von der veränderten Atmosphäre durch den Treffpunkt 'Stattcafe' erfahren, aber auch das abgelegene 'Haus der Freundschaft' in Wittingen wird marginalisiert schwerer zu einem Treffpunkt für die Stadtgesellschaft.

Die symbolische Ordnung, die Topologie des städtischen Raumes als konfliktfähige und konfliktbereite Öffentlichkeit, spielt eine zentrale Rolle, wenn es um den Umgang mit den Aktivitäten und Präsenzen rechtsradikaler Gruppen in der Stadt geht. Die heterotopischen Orte sind nur ein Teil von Strategien und Selbstermächtigungsversuchen gegen rechtsradikale Praktiken. Sie sollten nicht alternativ zu Programmen und Initiativen auf anderen sozialräumlichen Maßstabebenen missverstanden werden. Denn es stimmt, wie dies die Geographen Amin und Thrift (2002) einmal polemisch formulierten: „[I]njustices committed against marginals [hier unter Bezug auf Obdachlose] are more likely to be resolved

through good public housing and welfare schemes than providing heterotopic spaces for self-expression“ (Amin/Thrift 2002: 142). Ohne solche Orte des Selbstschutzes, der internen Kommunikation und der symbolischen Ausstrahlung über die Stadt hinaus, wird es aber nicht einfacher, für eine Politik der Wahrnehmung rassistischer Übergriffe und ihrer Opfer einzutreten. Auch der Ruf nach einer ‘landscape of rights’, einer an Gerechtigkeit (und Toleranz) orientierten stadtkulturellen Öffentlichkeit, wie diese im Kontext der ‘Recht auf die Stadt’ – Debatte beispielsweise von Don Mitchell (2003) gefordert wird, kommt nicht ohne konkrete Bezugspunkte aus. Dies bezieht sich im symbolisch-materiellen wie auch in zivilgesellschaftlicher Hinsicht auf Landmarken, Symbolisierungen und Möglichkeitsräume einer praktischen Kommunikation gleichermaßen. Dieser Aspekt einer immer mehrdimensional zu begreifenden Sozialräumlichkeit sollte auch im Hinblick auf diese Orte nicht unterschlagen werden.

Trotz, oder eher gerade wegen dieser topologisch so deutlichen Dimension ist es verlockend, in einer Beschränkung der Untersuchung auf das ‘Lokale’ die Vernetzung und gesellschaftlichen Kontexte solcher Ortsproduktionen und Ortseffekte zu vernachlässigen. Dies ist freilich keine Frage bloßer Abstraktion oder einer Maßstabsarithmetik, die sich unterschiedliche sozialräumliche Ebenen als sowohl hierarchisch geschichtet und auch klar voneinander abgrenzbar vorstellt (Körper/Leib, Haus, Stadt, Region, Land/Staat, Welt). Dabei stellt gerade deren vielfältige und oftmals synchrone Verbundenheit sozialräumlicher Maßstabebenen eine Herausforderung für eine nicht konflikt- und komplexitätsscheue Sozialforschung dar.

Eine Kernthese ist daher die der Lokalisierung des xenophoben oder rassistischen Tatortes (und faktischen Tatsachenortes) im Sinne einer Spezifik des Städtischen, die sich aus mehreren, wechselseitigen, nicht deterministisch zueinander verhaltenden Faktoren herstellt. Diese bestehen aus der alltäglichen (Re) Produktion von gesellschaftlichen Strukturen, auf Grundlage dieser Handlung ermöglichenden Doxa und/oder Dispositive, den Schnittmengen und Qualitäten der dort stattfindenden Interaktionen in einem darüber hergestellten stadtkulturellen sozialräumlichen Arrangement sozialer Objekte und Menschen.

Trotz dieser immer eher ‘durch die Stadt’ als ‘ohne’ oder gar ‘gegen die Stadt’ zu denkenden multi-skalaren Dimensionen, wie etwa dem rassistischen Dispositiv und seiner Bilder, die mitnichten in Wittingen oder Belsheim entstanden waren oder sind, gibt es lokale Ausprägungen dieser Dispositive. Das möchte das in dieser Arbeit aufgegriffene Stichwort des ‘situierten Wissens’ deutlich machen.

Auch auf organisatorischen, infrastrukturellen und alltagspraktischen oder natürlich politischen Ebenen gibt es eine deutliche Macht des Lokalen. Im Gegen-

satz etwa zu einer zunehmend überregional kommunizierenden und zusammenarbeitenden radikalen Rechten, ist die überregionale Koordination und Vernetzung zwischen den Initiativen in den Städten schwach entwickelt. Lediglich zu Initiativen, Opferverbänden und Beratungsinstitutionen auf Landesebene wie etwa den 'Mobilen Beratungsteams' haben sich in den letzten Jahren Beziehungen entwickelt.

'policy matters' – oder die (Ohn-)Macht lokaler Akteure

In Hinblick auf die in den jeweiligen Städten in unterschiedlichen Institutionen, Initiativen und Projekten aktiv tätigen Menschen eröffnet sich ein weiteres Spannungsverhältnis auf der Ebene der wachsenden Bedeutung der Einbeziehung und Aktivierung unterschiedlicher lokaler Akteure, an deren Handlungsanforderungen und –möglichkeiten: Neue, integrierte Entwicklungskonzepte unterstreichen beispielsweise zunehmend die Eigenverantwortung der Städte und Kommunen bei der Generierung und Durchführung zukunftsfähiger Konzeptionen der Stadtentwicklung. Hier soll besonders den lokal vorhandenen 'endogenen' Potentialen im Zuge eines 'Stärken stärken' zentrale Aufmerksamkeit gewidmet werden. In diesem Sprachspiel nimmt die Betonung auch zivilgesellschaftlicher Partizipation an städtischen Entwicklungsprojekten einen immer größeren Raum ein. Gleichzeitig mehren sich die Klagen um eine nur wenig aktivierbare Stadtbevölkerung. Diese in der Sprache der Stadtplanung oftmals gewünschte 'Partizipation (neuer) Akteurskonstellationen' klappt eben nicht in jeder Stadt und bei jedem Projekt, vielfach werden gerade zivilgesellschaftliche Prozesse im Bereich Toleranz und politische Bildung von nur wenigen Aktiven gestützt. Das wird etwa im Kontext von Programmen zur „Stärkung der demokratischen Bürgergesellschaft“¹ und der „Entwicklung integrierter lokaler Strategien“ (Lokale Aktionspläne 2006)² problematisiert: Hier wird konstatiert, dass gerade in strukturschwachen Regionen gesellschaftliche Gestaltungs- und Beteiligungsspielräume zunehmend von rechtsextremen Organisationen und

1 Schwerpunktthema des Programms „Lokale Aktionspläne“.

2 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend [Hrsg.]: Bundesprogramm Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. Leitlinien zum Programmbereich „Entwicklung integrierter lokaler Strategien“ (Lokale Aktionspläne) Quelle: http://www.vielfalt-tut-gut.de/content/e4555/index_ger.html. (letzter Zugriff: 6.6.2008).

Parteien besetzt werden. So wird besonders für die neuen Bundesländern, das Fehlen einer „demokratischen, zivilgesellschaftlichen Infrastruktur“ attestiert, die in der Lage ist, „situations- und bedarfsorientierte Formen von Beteiligungskultur zu erproben und Interaktionsketten zu verbessern“ (ebd. 2006: 6).

Am Beispiel der Städte Wittingen wurde deutlich, dass die dort ‘Stadtaktiven’ bei ihrem Engagement oftmals einen professionellen Hintergrund haben, also zumindest hier in doppelter Funktion agieren. Es entsteht der Eindruck, dass vielerorts (und ansatzweise auch in Wittingen) die lokalen Akteurskonstellationen von verkrusteten lokalen Hierarchien der ‘Funktionseliten’ geprägt werden. Außerdem hat das Vollwertwort des ‘Ehrenamtes’ und des ‘freiwilligen Engagements’ (etwa über ‘Freiwilligenagenturen’) für viele seine Neutralität verloren, seitdem erfahrbar wird, dass damit oftmals auch die Kompensation früher professioneller und bezahlter (sozialer) Arbeiten einhergeht. Vor diesem Hintergrund muss die Anrufung zur ‘Aktivierung’ in Sachen Stadtgesellschaft problematisch erscheinen bzw. kann das nur geringe Interesse bei Versammlungen zur Stadtentwicklung nicht verwundern. Diese Ambivalenz zwischen wenigen Aktiven, die ‘es sich leisten können’ – und der Notwendigkeit einer umfassenden Sensibilisierung und Politisierung der Stadtgesellschaft, lässt sich über Appelle allein nicht auflösen. Auch das hat das Beispiel Wittingen deutlich gemacht. Es wirft natürlich einerseits die Frage des ‘Aktionsbündnisses’ auf, ob unter den bisher als relevant erachteten stadtgesellschaftlichen Akteuren sämtliche Möglichkeiten der Partizipation ausgeschöpft wurden. Oder aber, ob selektiv weniger akzeptierte Gruppen und Individuen bisher zu wenig wahrgenommen wurden. Das trifft vor allem auch auf Gruppen und Individuen zu, die bisher in den Szenarien städtischer Handlungsräume entweder als deviant, marginalisiert, auswärtig oder unsichtbar gehalten wurden, von denen aber wichtige Impulse bei einer zukünftigen ‘Neuerfindung’ der Stadt im Umgang mit den gegenwärtigen Herausforderungen städtischer Zukunftsfähigkeit ausgehen können. Dass lokale Veränderungen und Entwicklungsdynamiken mitunter die ‘endogenen Potentiale’ einer Stadt überfordern können, kann auch mit Ansätzen der technischen Innovationsforschung hinterfragt werden. Hier wird unterstrichen, dass nicht nur im technisch-erfinderischen Bereich, sondern auch in anderen sozio-kulturellen Sektoren, die Impulse zur Erneuerung und Horizonterweiterung in der Regel nicht aus der etablierten und institutionalisierten Mitte der Gesellschaft erfolgen. Vielmehr wird betont, dass Neuerungen eher vom Rande der Gesellschaft ausgehen, aus marginalisierten und oftmals exkludierten Bereichen gesellschaftlicher Experimentierfreudigkeit. Dies wird auch im unterschiedlichen Umgang in dieser Hinsicht in den beiden Untersuchungsstädten

deutlich. Das stadtkulturelle Geschehen in Belsheim mit dem 'Stattcafe' in enger Verbindung mit der Kommune 'Freie Erde' und einzelnen BewohnerInnen sowie dissidenten Honoratioren (jenseits von Rathaus und der Kirche) haben hier eine einzigartige Gemengelage, eine ganz spezifische 'Akteurskonstellation' geschaffen. Das könnte auch unter StadtentwicklerInnen als Beispiel ('best practice') für die gelungene Förderung zivilgesellschaftlicher Prozesse gelten, wenn dabei nicht die relative Zufälligkeit des Zusammentreffens von unterschiedlichsten Menschen zur selben Zeit am selben Ort vernachlässigt wird. Die tolerante Stadtkultur ist eben durch keine Universalrezeptur zu erzeugen und ihre drei Hauptingredienzien des 'Floridaismus' (talent/technology/tolerance) lassen sich nicht in externen Planungsprozessen zusammenmischen. Die 'lokalen Eliten' der städtischen Verwaltung, der wirtschaftlich relevanten und stadtpolitisch aktiven Personen werden in dem deutlichen Fokus auf zivilgesellschaftlich aktive Personen in meiner Untersuchung etwas unterbelichtet. In der Auswertung der beiden stadtkulturellen Kleinstadtszenarios muss lokalen Autoritäten und Eliten eine bedeutsame Rolle zuerkannt werden. Als Resultat kann in dieser Hinsicht festgehalten werden: Ohne eine aktive und auch (symbol)politische klare Positionierung der jeweiligen Bürgermeister, Stadtverordneten, möglicherweise auch Geschäftsleute und anderen Repräsentanten lokaler (Sub)Kulturen, kann der Präsenz und aktivistischen Artikulation der radikalen Rechten nicht effektiv begegnet werden. Während in Belsheim bereits in den frühen 1990er Jahren die Ansiedlung von Ortsfremden gefördert wurde, gab es in Wittingen die deutliche Tendenz zur Abschottung. In Belsheim wurden lebensreformerisch orientierte KommunardInnen nicht nur randständig toleriert, sondern gegen den städtischen 'mainstream' der frühen Nachwendezeit aktiv durchgesetzt. Auch das städtische Flüchtlingsheim erfuhr bereits in den 1990er Jahren Unterstützung durch viele StadtbürgerInnen und nach anfänglichem Zögern auch durch den Bürgermeister. Aus Wittingen ist nur bekannt, dass sich in den 1990er Jahren von städtischer Seite aktiv für die Schließung des dort ebenfalls in den frühen 1990er Jahren eröffneten Flüchtlingswohnheimes eingesetzt wurde. Dies geschah unter diskursivem Einsatz von eindeutig xenophoben wenn nicht gar offen rassistischen Argumentationsmustern. Die Bürgermeister der Stadt Wittingen haben sich lange Zeit mit einer klaren Position für die MigrantInnen und gegen die lokal deutlich sichtbare Neonazi-Präsenz schwer getan.

Darüber hinaus ist der Eindruck entstanden, dass lokale Autoritäten und stadtpolitischen Eliten in diesem Typus ostdeutscher Kleinstädte immer noch (bzw. nunmehr) einen hohen Orientierungswert für die Bevölkerung darstellen. Die Ebene der politischen Autorität geht hier über deren lokale Verwal-

tungs- und Repräsentationsfunktion weit hinaus. Die Träger städtischer Posten, höherer Hierarchiepositionen und (Amts)Titel sind hier gefragte Autoritäten und Orientierungspersonen. In Bezug auf eigene Aktivierung ist auch dies ein widersprüchliches Verhältnis, wie es personifizierte Repräsentations- und Delegiertenstrukturen oftmals zueigen ist: Wenn 'die' nichts machen, machen andere auch nichts. Und weil 'die' etwas machen, muss selber nichts getan werden.

Gerade aufgrund dieser Orientierung und Handlungsübertragung vieler Stadtbürger auf die lokalen Eliten fallen in beiden Städten die Initiativen zur Unterstützung von MigrantInnen bzw. für Toleranz und gegen Rechtsradikalismus besonders auf und auch besonders ins Gewicht. Für Wittingen kann in dieser Hinsicht festgestellt werden, dass die Gruppe der dort in den Initiativen und Bündnissen engagierten Personen sich hauptsächlich aus damit auch professionell Beschäftigten besteht. Menschen, die bereits in ihrem Berufsalltag in sozialpädagogischen Einrichtungen, der Jugendsozialarbeit oder kirchlichen Institutionen arbeiteten, sind hier neben einzelnen VertreterInnen der Stadt (Kultusamt, Bürgermeister), der Polizei und der Feuerwehr, die zentralen Träger der Initiativen. Dies hat nicht nur Einfluss auf den internen Charakter der Initiative, auch deren Außenwirkung ist davon deutlich geprägt. Im internen Debattengeschehen spiegeln sich – gemäß meiner Beobachtung solcher Sitzungen – Autorität und Aufmerksamkeitsstrukturen analog der gesellschaftlichen Positionen in diesem sozialen Feld der städtischen Verwaltung, Sozial- und Ordnungspolitik wider. So werden beispielsweise Ideen für Aktionen, ein Konzert oder ein Veranstaltung, von Außen durch die Sprachrohre der Bürgergesellschaft oder Jugendlichen in das Gremium hinein, die Intermediären mit der Nähe zur städtischen Gremien herangetragen. Pressearbeit, Plakatieren und andere Kommunikationsaufgaben wiederum werden durch dieselben AktivistInnen „nach draußen in die Stadt“ kommuniziert. Die Praxis des 'Aktionsbündnisses' hat daher eher den Charakter eines Informations- und Delegationsapparates, der in erster Linie den wichtigen Menschen auf der stadtpolitischen Ebene eine Gruppe an lokalen Drehpunktpersonen zur Kommunikation in deren Felder vorschaltet. Dies ist eine ganz besondere Form einer 'lokalen governance', die zwar unterschiedliche zivilgesellschaftlich-professionelle Akteure anhört und einbindet, gleichzeitig aber als stadtpolitische Autorität nicht in Frage gestellt wird. Dies führt zur Betonung und Zementierung der 'Alleinstellung' des Gremiums. Der Mangel an eigenständigen und nicht in stadtverwaltende Kommunikationskanäle eingebundenen Gruppen einerseits und nicht professionell engagierter, sondern privat und persönlich motivierter Stadtaktiver andererseits, definiert diese zivilgesellschaftliche Monopolstellung. Das 'Aktionsbündnis' in Wittingen

wird so zu einem lokal-staatlichen Instrument der städtischen Kommunikation zur Problematik Rechtsextremismus sowie festgelegten Vorstellungen, wie damit umzugehen sei. Andere Ansätze würden sicherlich nicht offen bekämpft, sondern geduldet oder aber von dem Gremium angeeignet.

Dass dieses politische Akteurs-Szenario nicht nur den spezifischen und überschaubaren Strukturen einer Kleinstadt geschuldet ist, kann der Blick auf die andere, sogar noch kleinere Untersuchungsstadt, also nach Belsheim zeigen: Die dynamischere Stadtgesellschaft Belsheim ist nicht nur von der Initiative ('Stattcafé') gekennzeichnet, sondern von einer – freilich auch auf die Größe der Stadt bezogen – relativen Dynamik unterschiedlicher 'Akteurskonstellationen' geprägt, die keineswegs alle in einem linearen oder kommunikativ direkten Verhältnis zu den Stadtoberen stehen. Im Gegenteil: Das 'Stattcafé' Belsheim zeigt durch seine Zusammensetzung an aktiven MigrantInnen, Leuten aus der Kommune, Künstlerinnen, rüstigen RentnerInnen und Arbeitslosen, sowie einer ganzen Reihe irgendwie und temporär immer wieder involvierter BewohnerInnen der Stadt, (und der völligen Abwesenheit städtischer Funktionäre) eine deutlich andere zivilgesellschaftliche Kontur, die auch die stadtkulturelle Kommunikation im Ort anders prägt. Diese nicht konfliktfreie und sehr lebhaft Mischung kann punktuell in Krisen geraten, der stetige Nachwuchs und veränderte Verantwortlichkeiten machen aber auch im Bezug auf die Zukunft eine langfristige Kontinuität eher möglich, als dies bei der sehr autoritätsnahen Wittinger Initiative der Fall ist. Als Vermittlungsinstanz zwischen Stadtverwaltung und der Initiative 'Stattcafé' dient in Belsheim eine lokale Vereinskonstruktion, die sich je nach Bedarf in unregelmäßigen Abständen (mitunter mit dem Bürgermeister, Wachenleiter der Polizei etc. trifft), aber keinen direkten Einfluss auf die Aktivitäten des Cafés hat. Darüber hinaus gibt es in unterschiedlichen konjunkturellen Schwankungen jugendkulturelle Initiativen wie etwa eine lokale Punk- und 'independent'- Musikszene, Cliquen von Skateboardern und Hip-Hoppern um die Jugendclubs herum sowie sich immer wieder personell (und wohl auch inhaltlich) erneuernde 'Antifa'- Gruppen, vor allem im Kontext des städtischen Gymnasiums. Diese unter dem Begriff der 'Raumpioniere' aufgegriffene Doppelrolle lokaler Akteure erscheint vor dem Hintergrund des Spektrums der Aktiven des 'Stattcafés' und der regionalen Kommune-Szene als semantisch zu kurz gegriffen. Da ist zunächst die schwer übersehbare Konnotation des kolonialen Pioniers, der auf der Suche nach persönlichem Reichtum und Glück in vermeintlich unbewohnte Gebiete vorstößt und sich diese territorialisierend aneignet, indem er seine 'claims' absteckt und Raum für sich beansprucht. Dem gegenüber steht in Belsheim und sehr vereinzelt auch in Wittingen die neue Akteursgruppe der 'Provinzbohémien's'.

Diese sind, trotz deutlichem Großstadtbezug dieser kulturellen Figur, nicht zu verwechseln mit Angehörigen von Jugend-Subkulturen oder Leuten, die einfach den Absprung nach Berlin oder Hamburg nicht geschafft haben. Im Bohèmien der Kleinstadt trifft der (auch hier oftmals immer schon präsente) lokale 'underdog' auf den Künstler, den 'Aussteiger' und die nicht bürgerlichen Lebensentwürfe. Kurz gesagt: Die Stadtkultur einer Kleinstadt wird durch die Präsenz dieser Personen – beispielsweise auch als Gegenentwurf zur rechtsradikalen Normierung – nicht nur ästhetisch belebt, sondern zur widerstandsfähigen Stadtgesellschaft.

Problemlagen und Handlungsmöglichkeiten

Beide untersuchten Städte – und dies kann als symptomatisch für viele kleinere ostdeutsche Städte gelten – befinden sich in einem Zustand einer Normalisierung rechtsradikaler Präsenz (auf unterschiedlich) hohem Niveau. Diese haben den Charakter (von Frühformen) einer neonazistischen oder zumindest aggressiv-nationalistischen sozialen Bewegung. Das drückt sich auch darin aus, dass sich im Laufe der letzten 20 Jahre in Städten wie Wittingen ein differenziertes Netz rechtsradikaler BürgerInnen unterschiedlichen Alters etabliert hat.

Die Sichtbarkeit Rechtsradikaler hat durch den glücklicherweise deutlichen Rückgang an Übergriffen auf MigrantInnen, der lokalen Demonstrationen und Veranstaltungen (wie etwa dem Heldengedenken in der brandenburgischen Kleinstadt Halbe) nachgelassen. Auch in den von mir untersuchten Kleinstädten ist die äußerlich erkennbare Anwesenheit rechtsradikaler AktivistInnen weniger geworden. Deren Aktionsradius hat sich nicht alleine auf überregionale Ebenen verschoben, viele ehemalige AktivistInnen der Neonazi-Szene haben zudem durch starken polizeilichen Druck und juristische Maßnahmen die Stadt verlassen (in Richtung Gefängnis, andere Bundesländer oder das Ausland) oder sich in den privaten Bereich ihrer Familien zurückgezogen. Aus dieser Lage den dauerhaften Sieg über neonazistische Aktivisten zu verkünden erscheint nicht nur vorschnell, sondern wirkt bei derzeit feststellbaren gesamtgesellschaftlichen Tendenzen zu einem neuen, aggressiven islamophoben Rechtspopulismus gefährlich besänftigend. Gerade auch in den kleineren Städten – zunehmend nicht nur Ostdeutschlands – ist hingegen gesteigerte Aufmerksamkeit über Reproduktions- und Formierungsprozesse (alter und) neuer Szenen und Bewegungsansätze nötig. Nach wie vor ereignen sich täglich mehrere „politisch rechts, rassistisch oder antisemitisch motivierte Gewalttaten in Deutschland, mit immer noch hunderten an Verletzten. Dass dieser Umstand in den großen Medien und ihrer

Berichterstattung derzeit eher Randmeldungen“ (Holm 2010: 1) sind, liegt jedenfalls nicht an dem quantitativen Rückgang der Taten, sondern an medienökonomischen Strategien, an deren Skandalisierungsschwerpunkten und politischen Aufmerksamkeitskonjunkturen, die im 20. Jahr der deutschen Einheit eher auf Normalisierung der Verhältnisse durch Selektion der Wahrnehmung setzen, als dass sie offene und kritische Hinweise zu politischen und sozialen Schief lagen im Land geben (Holm 2010: 1).

Der hier behauptete und bisher zu wenig beachtete Faktor der sozialen Bewegungsförmigkeit besteht aus dem synergetischen Zusammenwirken der oben genannten Ebenen (z.B. rechtspopulistische ‘frames’) und sozialen Sphären entstehender neuer kollektiver Identitätsangebote, die – in Verbindung mit multilokaler Präsenz – rassistische und nationalistisch-völkische Politik entfalten und Perspektiven politischer Verwirklichung anbieten. Das hat auch weit reichende Implikationen im Hinblick auf den Charakter der stadtkulturellen Auseinandersetzungen um Dominanz und Hegemonie im öffentlichen Raum, sowie der Bedeutung von Treffpunkten und soziale Reproduktionsstrukturen. Anders als überregional operierende Parteistrukturen werden soziale Bewegungen durch regionale und lokale Kontexte geprägt, auch wenn die in den jeweiligen Städten und Regionen vorherrschenden Bedingungen unterschiedlich ausfallen. Diese lokal bezogenen Organisationskerne können als eine Mischung aus Basisdemokratie und Autoritarismus bezeichnet werden, in denen dezentrale Vernetzung, Mentalitätsänderung und Herstellung der Organisationsmacht auf der Ebene des kommunalen Nahraumes ansetzen (Wagner). Je amorph und informeller die Kommunikationsstrukturen, umso wichtiger sind Personen und Versammlungsorte. Gerade für soziale Bewegungen mit ihren unterschiedlichen formalen, aber vor allem auch informellen, wenig institutionalisierten Strukturen sind konkrete Orte und dort anzutreffende Personen als Kristallisationspunkte mit der (garantierten) Anwesenheit bestimmter Schlüsselpersonen extrem bedeutsam. Darum kommt auch der sichtbaren Präsenz antirassistischer, heterotopisch-toleranter Orte – im Rahmen einer Art Machtpolitik symbolischer Formen – zentrale Bedeutung zu. Vor allem wenn ein ernst gemeintes, eindeutiges, aktives Bekenntnis zur heterogenen, komplexen und konfliktoffenen Gesellschaft damit unterstrichen werden kann.

Aufgrund der Versäumnisse dieser eben nicht entschlossenen, sichtbaren und selbstbewusst demokratisch orientierten Stadtkulturen – vor allem in den 1990er Jahren – konnte es auch geschehen, dass einzelne Städte zu besonders wichtigen Aufenthaltsorten und ‘Stützpunkten’ der sich vernetzenden rechten Gruppen und Aktivitäten wurden. Wo es weder eine links-alternative und/oder ‘Antifa-

Szene' gab und/oder das Ignorieren bzw. Tolerieren rechter Schlägertrupps durch Kommunalpolitiker, die Polizei und andere Bevölkerungsgruppen die Situation für rechte/rechtsradikale Gruppierungen begünstigte, konnten diese Aktionsformen erproben und Städte zu Laboratorien rechtsradikaler Territorialisierung machen. Seit einigen Jahren ist zudem verstärkt politische Propaganda seitens der Rechten, oft im Zusammenhang mit Kommunal- und Landtagswahlen, zu verzeichnen. Flugblätter füllen die Briefkästen der Städte und massive Plakatkampagnen überziehen die Masten und Alleeebäume entlang der Durchgangstraßen. Gleichzeitig werden die früher äußerlich eher subkulturell orientierten rechtsradikalen AktivistInnen zum den netten Nachbarn von nebenan.

Die gängigsten Erklärungen bei der Suche nach den Ursachen dieser deutlichen lokalen Präsenz von Rechtsradikalen spiegeln auch die gesellschaftlich und wissenschaftlich paradigmatischen Argumente wider. Neben individualpsychologisch inspirierten Frustrations-Thesen („schlecht gelaufen, kein wirtschaftlicher Erfolg, abgehängt von den Entwicklungen“) werden vor allem Sozialisationsargumente und gesamtgesellschaftliche Ursachensuchen betrieben. Dies bündelt sich im 'Unbedarftheits' – oder 'Dummheits-Diktum' („dumm, aber nicht selber schuld daran!“) in einem Opferstatus der (potentiellen)Täter. Eine Position, die in der Regel 'unseren eigenen Kindern' zugestanden wird. MigrantInnen werden hingegen, z.B. wenn sie sich straffällig verhalten, als Belegexemplare einer devianten Kultur oder anderer gesamtkultureller Prägungen behandelt. Kurz: Während sich in der Debatte um rechtsradikale Täter ein deutliches Entlastungsargument findet, werden die zugezogenen Flüchtlinge oder MigrantInnen defizitär identifiziert. Neben Pass und der Sprache fehlt ihnen die lokale Kenntnis der Verhältnisse, der regionale 'Stallgeruch', die soziale Verankerung.

Dass dem so ist, hat weniger mit dem bösen Willen einiger xenophober AktivistInnen und kommunaler Funktionäre zu tun, sondern auch mit institutionalisierten und habitualisierten Alltagspraktiken der (Klein)stadtbewölkerung, deren bereits etablierten, hegemonialen stadtkulturellen Vorstellungen des „wir“ gegen die anderen ('Fremde', 'Ausländer', 'Schwarze', 'Zecken', 'Auswärtige' etc.) auch auf lokal-spezifischen Opferdiskursen der schrumpfenden und vernachlässigten Stadtgründen, der nicht eingelösten Entwicklungsversprechen und des politischen Pessimismus bzw. völkischen Anti-Egalitarismus. Trotzdem, oder gerade wegen dieser möglicherweise nicht unerwarteten Befunde sind auch hier die Dynamiken der stadtkulturellen Entwicklungen zu betonen.

In den von mir besuchten Kleinstädten waren die neonazistisch-orientierten Akteure über mehr als ein Jahrzehnt (die formativen 1990er Jahre des militanten Rechtsradikalismus) mitunter die einzigen, die einfache Lösungswege aus der Mi-

sere anbieten, kontinuierlich politische Orientierung und Identifikationsangebote bestimmen und dies in Wittingen immer noch tun. Deren Mobilisierungserfolge speisen sich aus einem klaren Feindbild und auf Vergemeinschaftung angelegten Gruppenritualen und Treffpunkten. Somit können die rechtsradikalen Aktiven in einer stark von Krisenstimmungen geprägten Stadt als die einzigen beschrieben werden, die dort hoffnungsfroh in die Zukunft blicken. Aus dieser Perspektive kann jeder weitere zivilgesellschaftliche Einbruch, die anhaltende ökonomische oder politische Depression, antidemokratische Emotionen und die anhaltende Abwesenheit von MigrantInnen, gegenkulturellen AktivistInnen etc. als Bestätigung der eigenen Programmatik und stadtkulturell hegemonialen (eben oft auch gewalttätigen) Praxis verstanden werden.

Die Besonderheit der Rekrutierung von Jugendlichen für diesen Mehrgenerationenpool an aktiven oder passiven Rechtsradikalen ist unter anderem gerade deren integrierte soziale Lage. Das wird auch dadurch bestätigt, dass sie dort in familiäre Strukturen ('Hotel Mutti' und eigene Familiengründungen), aber auch in Arbeitsverhältnisse (oftmals im Handwerk) und Vereine und andere Freizeitstrukturen wie der Feuerwehr oder dem Motorradclub eingebunden sind. Besonders in der Altersgruppe der unter 18-jährigen gibt es darüber hinaus eine besonders in der städtischen Öffentlichkeit präasente Gruppe. Die Phase der jugendkulturell stark geprägten Jahre ist als Initiationsphase zu betrachten. Aus diesem Alterspektrum von Jungen und junger Männern heraus geschehen auch heute noch in Belsheim und Wittingen regelmäßig Übergriffe, Sachbeschädigungen und rechtsradikaler Vandalismus. Jugendkultur ist auch hier ein zentrales Reproduktionsfeld des rechtsradikalen Nachwuchses (Musik, Kleider, Lebensführung). Diese werden hier in kulturelle Konzepte eingeführt, um sie später in stabile Erwachsenenkulturen zu überführen. Diese subkulturelle Phase dient damit lediglich als 'starter-kit' für eine immer schon grundreaktionäre und tief im deutschen Mainstream verankerte Vorstellung von 'Volkswirtschaft' ('alles für uns, nichts für die anderen' oder 'Wir Deutschen wollen nicht mehr für andere bezahlen' und ähnliches), Familie, Geschlechterrollen, rassistischer Überlegenheit und des Nationalen.

Die etwas in die Jahre gekommenen Aktiven widmen sich stattdessen, ganz im Sinne der Strategie der 'kulturellen Subversion' der Pflege von 'nationalen' Überzeugungen, und der Nachwuchsarbeit in einer vergleichsweise unauffälligen Präsenz in der Stadt.

Die rechtsradikale Bewegung in Belsheim und Wittingen ist lokal unterschiedlich stark ausgeprägt. In beiden Städten ist deren Stärke allerdings nicht mit dem Selbstbewusstsein und der Verankerung in anderen Städten – wie etwa in der

Region Vorpommern zu vergleichen. Das ist im Wesentlichen ein Verdienst der lokalen Zivilgesellschaft mit ihren (wie auch immer zustande gekommenen und zusammengesetzten) Initiativen gegen Rechtsextremismus.

Grundlegend problematisch bleiben die Rahmenbedingungen etwa für MigrantInnen und Flüchtlinge in Deutschland. Ohne die Anerkennung der Einwanderung als (gewünschte) Normalität wird es kaum Erfolge gegen politisch motivierten Rassismus und völkischen Kulturessentialismus geben. Dazu gehört elementar die Umwandlung lokaler Residenzpflichten zu Residenzrechten der freien Ortswahl und der freien Mobilität für Flüchtlinge sowie die Auflösung sozialräumlich stigmatisierter und isolierter peripherer Wohnheime. Insgesamt geht es darum, gerade auch MigrantInnen und alternative Jugendliche in ihrem Bestreben um das „Recht auf die Stadt“ zu unterstützen und Konzepte zu fördern, die sich an einem Aufbau kultureller Heterogenität und Differenz bei gleichzeitiger Konzentration auf Ziele sozialer Gleichheit orientieren. Diese sollten sich gegen allen Formen einer Kulturalisierung des Sozialen – vor allem in Verbindung mit territorialisierten Vorstellungen der Legitimation qua Herkunft – wenden. Wenig hilfreich erscheinen hier Kampagnen³ und (inter)nationale bzw. föderale Förderstrukturen, die an den lokalen Verhältnissen vorbei gehen, sei es aus reiner Unkenntnis der Lage oder aber aus (sozial)politischem Kalkül. Dies gilt auch, wenn Regionen und Städten – so zeitgemäß – „endogene“ Potentiale eingeschrieben werden, die sich an einer Traditionalisierung lokaler Zustände (und ihrer Protagonisten) orientieren. Aus den Verkrustungen der Vergangenheit sind keine zukunftsweisenden Lösungen abzuleiten. Eher schon können experimentelle, utopische und latent unplanbare Maßnahmen Erfolge versprechen.

Politischen Positionen politisch begegnen oder: Gegen die Pathologisierungsthese und neue Extremismusdebatten

Die Tendenz zur ‘Ethnisierung’ der Gesellschaft, sowie diese als quasi selbstverständliche und ubiquitäre, also normalisierte Reaktion auf soziale Verelendung anzusprechen, durchzieht sowohl die Literatur und die Gespräche in den Städten wie ein roter Faden. Auch dies kann einerseits als wirkmächtiges ‘framing’ sozialer Lagen und ihrer Erklärungen betrachtet werden. Dergleichen Ethnisierungen

3 So wird etwa die für das Land Brandenburg derzeit ausgegebene Politik der (ökonomischen) Leuchttürme in Verbindung mit einer Orientierung an Richard Floridas *TTT*-Konzept vertreten.

umfassen allerdings ein weites semantisches und argumentatives Spektrum. Beispiele solcher Anrufungen des Kollektiven reichen hier von Behauptungen einer lokalen Identität des/der BelsheimerIn oder Belsheims als Stadt über Postulate ostdeutscher Erfahrungskollektive bis hin zu den deutlichen Zuweisungen auswärtiger Zusammengehörigkeiten. Neben den derzeit harmloser erscheinenden identitären Regionalismen, negieren Ethnisierungen der Migration den Charakter des Rassismus als politisches Projekt mit einer eigenen ideologischen und geopolitischen Landkarte. Anstatt zu schauen, wer über Ethnizität und 'Volkszugehörigkeit' in welchen Kontexten und zu welchen Zwecken spricht, kann in der Debatte um Migration, Integration und Nation die Tendenz zur politischen Kulturalisierung festgestellt werden. Die Schwäche linker und demokratischer Positionen ist die Stärke rechter, identitätspolitischer Ansätze. Somit scheint es notwendig, immer wieder auf die Existenz auch anderer politischer und lebensweltlicher Entwürfe hinzuweisen. Das setzt auch voraus die Stärke der 'Rechten' als Position in einem politischen Machtkampf zu begreifen, statt universalistische und homogenisierende Aussagen zum Charakter von Gesellschaft und Gemeinschaft zu machen. Den Ideologien und politischen Philosophien der radikalen Rechten kann und muss als politisches Projekt entgegen getreten werden: Es besteht in seinen Grundlagen aus folgenden Postulaten: Genealogisches Volk und nationaler Essentialismus, Kulturraumdeterminismus (Herkunft als Charakter- und Gütekriterium), patriarchaler Maskulinismus ('Männerstaat') sowie einem 'nationalen' Ökonomismus („alles für uns nichts für die anderen“). Grundsätzlich, und entgegen vielen Trends in der gegenwärtigen sozialwissenschaftlichen Forschung, sollten zukünftig wieder deutlicher die politischen Parolen der Rechtsradikalen als politische Positionen des völkisch-orientierten Nationalismus und der rassistischen „whiteness-Ideologie“ ernst genommen werden. Sie sind somit als politische Herausforderungen zu betrachten und nicht lediglich als Devianzproblem, als gesellschaftspathologisches Problem der Sozialpädagogik und Jugendhilfe zu behandeln. Wer Fremdenfeindlichkeit als quasi 'natürlich pathologische' Reaktion auf soziale Verelendung (wissenschaftlich) legitimiert, negiert den Charakter des Rassismus als politische Agenda. Dem entspricht auch eine deutliche Zurückweisung einfach polarisierender Extremismustheorien, die nunmehr erneut den Staat und seine Verfasstheit in der Mitte der Gesellschaft von linken und rechten (und relativ neu auch islamistischen) Extremisten bedroht darstellen. Dieser neue Trend auch der zivilgesellschaftlichen Förderkulissen (seit 2010) kann zudem fatale Folgen nicht nur für bereits bestehende Initiativen und finanziell aus Landes- und Bundesprogrammen unterstützte Gruppen bedeuten.

... immer die Anderen ...

Die Externalisierung nicht nur der sozialen Problemlagen, sondern auch deren enge Verknüpfung mit allein ökonomischen Argumenten in Verbindung mit einem auch wirtschaftspolitisch retrospektiven Horizont („früher war vieles besser ... wir hatten zumindest Arbeit“), prägt die Rahmenbedingungen auch im Umgang mit dem lokalen Rechtsextremismus. Deutlicher als in Belsheim wird aber in Wittingen die überregionale Ursache neonazistischer Politik betont. Vielen dort aktiven Rechtsradikalen wird zudem deren Herkunft aus anderen Regionen, aber auch stadtnahen Dörfern, als Hintergrund unterstellt und die Stadt damit kollektiv von Konfliktursachen neutralisiert. Gerade sich in der Position städtischer Repräsentanz empfindende Personen (wie die Lokalredakteure, Beschäftigte der Stadtverwaltung, andere lokale Autoritäten) verbinden daher in Wittingen deutlich stärker den Hinweis auf die problematische Dichte und qualitative Stärke des lokalen Rechtsradikalismus als stigmatisierende Fremdwahrnehmung. Die Abwehr der als das Image der Stadt schädigend rezipierten Stadtforschung überträgt sich von den potentiellen Hauptschuldigen überregionaler Blätter und anderer Medien auch auf die Person des empirischen Kulturwissenschaftlers. Offene Gespräche sind vor diesem Hintergrund weniger möglich, die Positionen zwischen den Gesprächspartnern scheinen oftmals bereits zwischen Anklage und Verteidigung festgelegt. Dies macht den Stellenwert der überregionalen Bearbeitung des Problems noch einmal deutlich, freilich in einem anderen Sinn als der einseitigen Zurückweisung lokaler Bedingungen und spezifisch stadtkultureller Koordinaten als Ermöglichungsraum rechtsradikaler Taten.

In der kollektiven Konfliktabwehr werden Aussagen eines „nicht mein Problem – ... nicht lokal verursacht, nicht lokal lösbar“ den Fragen der an den Konflikten interessierten JournalistInnen oder ForscherInnen entgegengehalten. Deren Einschätzungen und Berichte werden als negative Zuschreibungen von „nicht lokal verankerten“ und „schlecht informierten Leuten aus der Großstadt“ als übertrieben oder gar erst herbei geschrieben abgewertet.

Bedeutung hat in diesem Zusammenhang die mit der Topographie Ostdeutschlands als ideellem fremdenfeindlichen ‘Gesamtunort’ die zumeist überregional mediale Darstellung der Stadt und deren lokale Reflexe der eigensinnigen Betonung homogener Stigmatisierung zur Abwehr einer negativen kollektiven Selbstzuschreibung als „provinzieller“, „öder“⁴ oder neonazistisch geprägter Ort.

4 Siehe hier auch die Bände von Wieland, Rayk/Roth, Jürgen (1995, 1998, 2003): „Öde Orte“ 1-3 Leipzig: Reclam.

Im Vorwurf der Nestbeschmutzung wird das (vermeintlich nur) fremd zugewiesene und gleichzeitig den Fremden charakterisierende Stigma umgekehrt zur Identitätspolitischen Taktik der Selbstbehauptung und des Erhaltes des lokalen Status quo. Stigma und kollektive Identität sind also zwei Seiten einer Medaille. Kurz: Man kann dies als Frage nach Bedeutungen und Deutungshierarchien in den Konzepten der Stadt und Interpretation ihrer jeweiligen Folgen für die Ökonomie, die politische Regulation und das soziale Leben (Ipsen 2004: 259) in der Stadt betrachten. Der Vorwurf des Imageschadens gegen BesucherInnen und der 'Nestbeschmutzung' gegen einige der lokalen AktivistInnen ist mittlerweile nicht mehr von der lokalen Rezeption des Rechtsradikalismus zu trennen. Beide Topoi haben eine fast unentwirrbare Kooperation miteinander eingenommen. Der Stigmatisierungsvorwurf ermutigt lokale ExpertInnen, die wahren Kenntnisse der Lage zu verkünden und dem Auswärtigen praktisch jede Ebene der eigenen Wahrnehmung und Informationshintergründe abzusprechen. Es versetzt den Forschenden in die Position des Eindringlings und den 'Jäger der verlorenen Wahrheit', um hinter den Erzählungen, Rechtfertigungen und Abschwächungen die 'wirkliche Wirklichkeit' zu entdecken. Ganz nebenbei werden auf diesem Wege im sozialen Geflecht des Feldes gemeinsame Deutungen produziert und gegen andere Wahrnehmungen verteidigt. Da gibt es kein Entrinnen, das ist auch mir so widerfahren. Daher wird es ein leichtes sein, meiner Perspektive auf die beiden Untersuchungsstädte Befangenheit, Voreingenommenheit, gar Blindheit oder großstädtische Arroganz zu beweisen. Denn auch hier versagt der Empirizismus, wird aus der Welt der Fakten schnell eine untrennbar damit verbundene Welt der Deutungen. Die gerne von mir vorgenommene ironische (Selbst)Distanzierung und Brechung der Verhältnisse ist in diesem Problemfeld oft missverständlich. Ihr wird auch im Untersuchungsprozess oftmals pauschal mangelnde Ernsthaftigkeit unterstellt. Welch ein Irrtum.

Fremdenfeindlichkeit unter Fremden

Die stadtkulturelle Dimension der bereits im Titel dieser Arbeit mit Rechtsradikalismus eng geführten 'Fremdenfeindlichkeit' wird konzeptionell eher implizit bearbeitet. Das mag als weitere Lücke in dieser Untersuchung erscheinen. Viele Aussagen meiner GesprächspartnerInnen haben sich mit dieser Thematik beschäftigt, manche haben es auch als Zitate in diesen Text geschafft. Ähnlich wie rechtsradikale AktivistInnen sind auch fremdenfeindliche Aussagen fest in der städtischen Öffentlichkeit verankert, allerdings in einer anderen Sphäre dieser

Öffentlichkeit. Die kommunikative Ebene der Stadtkultur bildet die sprachliche und begriffliche Ebene des Gesagten, sowie die unausgesprochene Ebene des Gedachten. Dies ist das Gerüst und 'Framework' von Kategorisierungen, der Bereich in dem es ein klares begriffliches 'wir' und 'die anderen', etwa im Bezug auf die Anwesenheit und Zugehörigkeit in der Stadtgesellschaft gibt. Ich habe den Eindruck, dass diese Sortierung viele Subtexte der Gespräche, wenn nicht sogar die Gespräche selbst konstitutiv prägt. Es soll nun nicht behauptet werden, dass damit auch jede/r meiner GesprächspartnerInnen eine latente Fremdenfeindlichkeit vertritt. Vielmehr ist die Selbstverständlichkeit dieser Herkunfts- und Zugehörigkeitskategorien als 'common sense' so tief verankert, dass selbst in der gut gemeinten Exotisierung einer z.B. afrikanischen Herkunft aus diesem Denkschema 'wir' und 'die' zu entkommen kaum zu gelingen scheint. Die strukturellen Bedingungen dieser Dichotomisierung liegen auf der Hand. Der legale Status von MigrantInnen in Verbindung mit Vorstellungen von 'deutsch sein' und kulturell kompatibel zu sein werden überlokal erzeugt und perpetuiert. Ein Ausbrechen aus dieser kognitiven Grundierung scheint auch lokal nur ansatzweise möglich. Fremdenfeindlichkeit wird damit, anders als der einfacher zu skandalisierende aggressive Nationalismus und Rassismus der Rechtsradikalen, zu einer Herausforderung auf schwerer zu problematisierenden Ebenen. Dies mündet auch in eine Suche nach 'anderen Orten' in Städten und deren Betrachtung im Sinn einer offenen, antifaschistischen, demokratischen Stadtkultur und dem „Recht auf die Stadt“ (Lefebvre).

Vom 'wir' in der Stadt zur Stadt für (fast) alle“

Konzeptbegriffe wie etwa 'Eigenlogik der Städte' haben die Tendenz zur Charakterisierung von Städten als handelnde oder zumindest Praxis bestimmenden Einheiten. In diesen integrierten Gebilden manifestiert, wird die Stadt zur imaginierten Gemeinschaft, der Polis, die unsere Vorstellung von Sesshaftigkeit (Terkessidis 2010: 35) und Kleinstädten bis heute nachhaltig (oder erneut) prägt. Dem entgegen soll hier auch für kleinere Städte die Perspektive einer mobilen Bevölkerungsvielfalt stehen. Dieses Gegenbild zur identitären 'einen' Stadt könnte mit Terkessidis (2010) die 'Parapolis'⁵ sein, die Stadt als Ort der Vielheit und

5 Die Stadt wird hier als 'para poli' (altgriechisch für „sehr viele“) präsentiert und folgt damit einem Stadtbegriff der sich vor allem an den vielen in der Stadt orientiert, und nicht nur an bestimmten Gruppen und Personen.

nicht der Einheit eines wie auch immer zu bestimmenden 'wir'. Hier werden Städte als 'in Bewegung' vorgestellt, als diffuse Gebilde, in denen sich Menschen unterschiedlichster Mobilitäten, Wohn- und Verweildauern, legalen und illegalen Aufenthalts- und Arbeitsmöglichkeiten in einer „anwesenden Abwesenheit“ (Terkessidis 2010: 34) befinden. Dies ist auf den ersten Blick nicht die prägende Realität vieler Kleinstädte, auch nicht von Belsheim und Wittingen. Bei genauerer Betrachtung ist aber selbst hier der formalrechtliche Status der Illegalität, des Aufenthaltsstatus oder die soziale Position in der Stadt für lokale Fragen wie etwa der Auslastung des öffentlichen Nahverkehrs irrelevant: „Wichtig ist, wer aktuell da ist, und nicht, unter welchen Bedingungen die Person da ist oder ob sie da sein darf“ (Terkessidis 2010: 34). Dies ist der Blick auf die Stadt wie sie ist, auf das was tagtäglich hier passiert – und nicht auf die Stadt wie sie sein sollte.

Diese Perspektive ermöglicht auch die Öffnung einer an zukünftig neuen räumlichen und sozialen Mobilitäten und gesellschaftlichen Dynamiken orientierten Perspektive. Grundlage sollte auch hier und gegenwärtig die Frage nach den Gestaltungsmöglichkeiten aller in der Stadt anwesenden Menschen gestellt werden, an den Beteiligungsmöglichkeiten, die auf Grundlage von Partizipationsangeboten- und -möglichkeiten beruhen. Die Beteiligung möglichst vieler an der Gestaltung der Stadt, bedeutet so eine 'Teilhabe im Vorübergehen', und das „Recht auf einen Ort“ (Terkessidis 2010: 35).

postscript

Anfang August 2009 werden in zwei kurz hintereinander folgenden Nächten in Wittingen die Scheiben eines Döner-Imbisses in der Altstadt mit Steinen eingeworfen. Im September des Vorjahres war bereits bei einem anderen Döner-Bistro mit einem Brandsatz gegen die Schaufensterscheibe versucht worden, diesen in Brand zu setzen. Später im Winter 2009 wurden fünf Jungs bzw. männliche Jugendliche zwischen 14-17 Jahren der Tat überführt.

Im Spätherbst 2010 gibt es auch neue rechtsradikale Aktivitäten in der Stadt Belsheim. Neben erneuten Beschädigungen an dem Gedenkstein für den getötenen Flüchtling werden seit langem zum ersten Mal wieder die Scheiben des Stattcafés eingeworfen und mit einem Hakenkreuzfragment bemalt. Mitte November wird eine afrikanische Migrantin auf dem Weg zum Besuch im Flüchtlingsheim von einem jungen Mann vom Fahrrad gezerrt, gewürgt und geschlagen. Die städtischen und überregionalen Medienberichte reagieren besorgt und fragen 'ob es denn jetzt wieder los geht, wie bereits in den 1990er Jahren?'

Die Leitung der Polizeiwache betont die Einmaligkeit der Vorkommen und den Überblick über die Lage, außerdem sei nicht geklärt, ob der Täter nicht möglicherweise Auswärtiger gewesen sei und kündigt verstärkte Bestreifung der Stadt an. Im Wohnheim am Waldrand leben immer noch 160 Flüchtlinge in einem lediglich 'geduldeten' Wartezustand.

Die BewohnerInnen der Städte Wittingen und Belsheim werden sich also noch in nächster Zukunft von durchreisenden JournalistInnen, TouristInnen und anderen Gästen aller Art fragen lassen müssen, „ob es bestimmte Lokale gibt, in denen man sich nach Einbruch der Dunkelheit besser nicht mehr sehen lassen sollte? Überhaupt, wie aktiv und für jeden sichtbar die ganze Nazi-Scheiße im Alltag von [Stadtname] noch ist?“ (von Uslar 2010: 97).

Literatur

- Agamben, Giorgio (2004): *Ausnahmezustand*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- (2008): *Was ist ein Dispositiv*. Zürich/Berlin: Diaphanes.
- Agentur für soziale Perspektiven [Hrsg.] (2007): *Das Versteckspiel*. Lifestyle, Symbole und Codes von neonazistischen und extrem rechten Gruppen. Berlin. Quelle: <http://www.dasversteckspiel.de> (letzter Zugriff: 11.11.2010).
- Ahbe, Thomas/Gries, Rainer/Schmale, Wolfgang (2009): *Die Ostdeutschen in den Medien. Das Bild von den Anderen nach 1990*. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag.
- Allen, John (2003): *Lost Geographies of Power*. Malden/Oxford: Blackwell.
- Amann, Klaus/Hirschauer, Stefan (1997): *Die Befremdung der eigenen Kultur. Ein Programm*. In: Hirschauer, Stefan/Amann, Klaus [Hrsg.] (1997): *Die Befremdung der eigenen Kultur*. Frankfurt am Main: Suhrkamp. S. 7-52.
- Amin, Ash/Thrift, Nigel (2002): *Cities. Reimagining the Urban*. Cambridge: Polity Press.
- Andrusz, Gregory/Harloe, Michael/Szelenyi Ivan (1996): *Cities after socialism*. Oxford: Blackwell.
- Anheier, Helmut K/Neidhardt, Friedhelm/Vortkamp, Wolfgang (1998): *Konjunkturen der NS-Bewegung. Eine Untersuchung der Veranstaltungsaktivitäten der Münchener NSDAP, 1925-1930*. Berlin: WZB: Discussion Paper FS III, S. 98-104.
- Arendt, Hannah (engl. Original, 1958, hier 2005): *Vita Activa oder Vom tätigen Leben*. München/Zürich: Piper.
- Aring, Jürgen/Reuther, Iris [Hrsg.] (2008): *Regiopolen. Die kleinen Großstädte in Zeiten der Globalisierung*. Berlin: JOVIS-Verlag.
- Atkinson, Rowland/Helms, Gesa [Hrsg.] (2007): *Securing an Urban Renaissance: Crime, Community and British Urban Policy*. Bristol: Policy Press.
- Augé, Marc (1994): *Orte und Nicht-Orte Vorüberlegungen zu einer Ethnologie der Einsamkeit*. Frankfurt am Main: S. Fischer.
- Autonome L.U.P.U.S-Gruppe R/M (1991): *Doitsch-Stunde*. In: Edition ID-Archiv [Hrsg.]: *Drei zu Eins*. Berlin-Amsterdam: ID-Verlag, S. 83-103.
- Bachmann-Medick, Doris (2006): *Cultural Turns. Neuorientierungen in den Kulturwissenschaften*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Backe, Dieter (1987): *Skinheads, Gruffities, Heavy Metals, Punks: Szenen in der DDR*. In: Backe, Dieter: *Jugend und Jugendkulturen. Darstellung und Deutung*. Weinheim/München: Juventa. S. 85-89.
- Baecker, Dirk/Kettner, Matthias/Rustemeyer, Dirk (2008): *Über Kultur. Theorie und Praxis der Kulturreflection*. Bielefeld: transcript.
- Bahrenberg, Gerhard (1997): *Zum Raumfetischismus in der jüngeren Verkehrspolitischen Diskussion*. In: Eisel, Ulrich/Schulz, Hans- Dietrich [Hrsg.]: *Geographisches Denken*. Kassel: Kasseler Schriften zur Geographie und Planung (Urbs et Regio), Nr. 65/1997. S. 345-371.

- Barlösius, Eva/Neu, Claudia [Hrsg.] (2008): Peripherisierung – eine neue Form sozialer Ungleichheit? In: *Materialien* 21; Berlin: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften. S. 1-82.
- Barnes, Trevor/Gregory, Derek. [Hrsg.] (1997): *Reading Human Geography. The Poetics and Politics of Inquiry*. London/New York/Sydney: Arnold, S. 315-323.
- Barth, Hans Paul (1961, hier 1974): *Die moderne Großstadt*. München: Nymphenburger Verlagshandlung.
- Bauman, Zygmunt (2000): *Liquid Modernity*. Cambridge: Polity Press.
- Beck, Ulrich (1986): *Risikogesellschaft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Becker, Howard (1998): *Tricks of the Trade*. Chicago/London: University of Chicago Press.
- Becker, Jochen [Hrsg.] (2001): *Bigness – Kritik der unternehmerischen Stadt*. Berlin: b-books Verlag.
- Beer, Bettina (2008): Einleitung: Feldforschungsmethoden. In: dies. [Hrsg.]: *Methoden ethnologischer Feldforschung*. Berlin: Reimer, S. 9-36.
- Behrens, Jan C./Kuck, Dennis/Poutros, Patrice G. (2000): *Historische Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in den Neuen Bundesländern. Ein Thesenpapier für das Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit des Landes Brandenburg* Quelle: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/beitrag/essays/popa0800.htm> (letzter Zugriff: 11.11.2010).
- Behrends, Jan C./Lindenberger, Thomas/Poutros, Patrice G. [Hrsg.] (2003): *Fremde und Fremd-Sein in der DDR: Zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland*. Berlin: Metropol.
- Belina, Bernd (2000a): *Kriminelle Räume. Funktion und ideologische Legitimierung von Betretungsverboten*. Reihe: *Urbs et Regio* 71. Kassel: Gesamthochschul-Bibliothek.
- (2000b): „Kriminalität“ und „Raum“. Zur Kritik der Kriminalgeographie und zur Produktion des Raumes. In: *Kriminologisches Journal*, 32/Heft 2, 2000. S.129-147.
- (2001): *Umkämpfte Ideologien: krimineller Raum vs. öffentlicher Raum*. In: Reuber, Paul/Wolkersdorfer, Günther [Hrsg.]: *Politische Geographie*. Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg: Geographisches Institut (Heidelberger Geographische Arbeiten; 114). S. 229-238.
- (2002): *Gegen Rechts und für den Standort. Ideologiekritische Betrachtungen zur Politischen Geographie der Rechtsextremismuskampagne 2000*. In: *Beiträge zur deutschen Landeskunde* Nr. 76, S. 307-331.
- Belina, Bernd/Michel, Boris [Hrsg.] (2007): *Raumproduktionen*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Belina, Bernd/Dzudzek, Iris (2009): *Diskursanalyse als Gesellschaftsanalyse- Ideologiekritik und kritische Diskursanalyse*. In: Glasze, Georg/Mattisek, Annika [Hrsg.] (2009): *Handbuch. Diskurs und Raum*. Bielefeld: transcript, S. 129-152.
- Belina, Bernd/Miggelbrink, Judith [Hrsg.] (2009): „Hier so, dort anders“. *Raumbezogene Vergleiche in der Wissenschaft und anderswo*. Münster: Westfälisches Dampfboot.

- Benthin, Rainer (2003): Rechtsradikalismus als soziale Protestbewegung. Umriss eines erweiterten Analyse- und Erklärungsmodells. In: Heinrich, Gudrun/Werz, Nikolaus. [Hrsg.] (2003): Forschungen in Mecklenburg-Vorpommern zu Rechtsradikalismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt. Rostock: Institut für Politik und Verwaltungswissenschaften der Universität Rostock. S. 9-21.
- Benjamin, Walter (orig. 1940; 1983): Das Passagen-Werk. Erster Band. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Benz, Arthur [Hrsg.] (2004): Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 125-146.
- Berger, John (1972): *Ways Of Seeing*. London: Penguin.
- (2001): *The shape of a pocket*. New York: Vintage Books.
- Bergmann, Werner/Erb, Rainer (1994): Eine soziale Bewegung von rechts? Entwicklung und Vernetzung einer rechten Szene in den neuen Bundesländern. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegung* 7 (2), S. 80-98.
- (1998): „In Treue zur Nation“. Zur kollektiven Identität der rechtsextremen Bewegung. In: Hellmann, Kai-Uwe/Koopmans, Ruud [Hrsg.]: *Paradigmen der Bewegungsforschung. Entstehung und Entwicklung von Neuen sozialen Bewegungen und Rechts-extremismus*. Opladen, Wiesbaden, S. 149-165.
- Berking, Helmuth (2008): 'Städte lassen sich an ihrem Gang erkennen wie Menschen' – Skizzen zur Erforschung der Stadt und der Städte. In: Berking, Helmuth/Löw, Martina [Hrsg.] (2008): *Die Eigenlogik der Städte*. Frankfurt am Main/New York: Campus. S. 15-31.
- Berking, Helmuth/Löw, Martina (2005) *Die Wirklichkeit der Städte*. Baden-Baden: Nomos.
- [Hrsg.] (2008): *Die Eigenlogik der Städte. Neue Wege für die Stadtforschung*. Frankfurt am Main: Campus.
- Bernt, Matthias/Peter, Andreas (2005): Bevölkerungsrückgang und Alterung als maßgebliche Entwicklungsdeterminanten: Der Fall Weißwasser. In: *Raumforschung und Raumordnung*, Nr. 3/2005, S. 216-222.
- Bertels, Lothar/Herlyn, Ulfert [Hrsg.] (2002): *Stadtentwicklung Gotha 1990 – 2000*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Bertelsmann Stiftung [Hrsg.]: *Wegweiser Kommune*. Quelle: <http://www.wegweiser-kommune.de/> (letzter Zugriff: 15.11.2010).
- Best, Ulrich/Gebhardt, Dirk (2001): Stigmastadtpläne Berlins. In: Reuber, Paul/Wolkersdorfer, Günter [Hrsg.]: *Politische Geographie. Handlungsorientierte Ansätze und Critical Geopolitics*. Heidelberg: Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, (Geographisches Institut) S.217-227.
- Birkmann, Jörg (2008): Globaler Umweltwandel, Naturgefahren, Vulnerabilität und Katastrophenresilienz. In: *Raumforschung und Raumordnung* (66. Jahrgang)/Nr. 1/2008. S. 5-22.
- Bloch, Ernst (orig. 1928, hier 1964): *Ludwigshafen-Mannheim*. In: ders.: *Verfremdungen II*, *Geographica*. Frankfurt am Main: Suhrkamp. S. 13-17.

- Bock, Stephanie/Hünlein, Ute/Klamp, Heike et al [Hrsg.] (1989): Frauen(è)räume in der Geographie. Beiträge zur Feministischen Geographie. Kassel: Reihe Urbs et Regio Nr. 52. Kassel: Universitätsverlag.
- Börjesson, Inga (2003): Wie Medien wirken. Am Beispiel der Walser-Bubis Debatte. Schwalbach/Taunus: Wochenschau Verlag.
- Boltanski, Luc/Chiapello, Ève (2003): Der neue Geist des Kapitalismus. Konstanz: UVK.
- Bonett, Alastair (1993): Radicalism, anti-racism and representation. London/New York: Routledge.
- Bourdieu, Pierre (orig. 1979, hier 1987): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- (1998): Ortseffekte. In: Göschel, Albrecht/Kirchberg, Volker [Hrsg.]: Kultur in der Stadt. Stadtsoziologische Analysen zu Kultur. Opladen: Leske und Budrich, S. 17-25.
- Bourdieu, Pierre/Wacquant, Loïc J.D. (2006): Reflexive Anthropologie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bozic, Ivo (2006): Nie wieder Antifaschismus Das Feindbild Nazis verstellt den Blick auf deren politische Ansichten und die Mitte der Gesellschaft, aus der sie kommen. In: Jungle World 21, 24. Mai 2006.
- Brandstetter, Marc (2006): Die NPD im 21. Jahrhundert : Eine Analyse ihrer aktuellen Situation, ihrer Erfolgsbedingungen und Aussichten. Marburg: Tectum-Verlag.
- Brailich, Adam/Germes, Mélina/Schirmel, Henning/Glasze, Georg/Pütz, Robert (2008): Die diskursive Konstitution von Großwohnsiedlungen in Deutschland, Frankreich und Polen. In: Europa Regional 16(3)/2008, S. 113-128.
- Braudel, Fernand (1972, hier 1977): Geschichte und Sozialwissenschaften. Die longue durée, In: Honegger, Claudia [Hrsg.] (1977) Schrift und Materie der Geschichte. Vorschläge zu einer systematischen Aneignung historischer Prozesse. Frankfurt am Main: Suhrkamp. S. 47-85.
- (1985): Sozialgeschichte des 15.-18. Jahrhunderts: Der Alltag. München: Kindler.
- Braun, Karl-Heinz (2004): Raumentwicklung als Aneignungsprozess. In: Deinet, Ulrich/ Reutlinger, Christian [Hrsg.]: „Aneignung“ als Bildungskonzept der Sozialpädagogik. Wiesbaden: VS Verlag, S. 19-48.
- Brenner, Neil (2004): Urban governance and the production of new state spaces in Western Europe, 1960-2000. In: Review of International Political Economy 11:3, August 2004: 447-488.
- Bröckling, Ulrich/Krasmann, Susanne/Lemke, Thomas [Hrsg.] (2000): Gouvernamentalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bürk, Thomas (2011): Wie der Habitus über die Städte kam. Erkundungen zur Wanderung und Wandlung des Konzeptes 'City Habitus'. In: Kemper, Jan/Vogelpohl, Anne [Hrsg.]: Lokalistische Stadtforschung, kulturalisierte Städte. Zur Kritik der Eigenlogik der Städte. Münster: Westfälisches Dampfboot. S. 137-155.

- Bürk-Matsunami, Thomas/Selders, Beate/Yasaroglu, Ercan (2004): *Fremdenfeindliche und rassistische Übergriffe auf Imbissbetriebe der ethnischen Ökonomie in Brandenburg*. Potsdam: Opferperspektive.
- Butor, Michel (1992): *Die Stadt als Text*. Graz: Literaturverlag Droschl.
- Butterwege, Christoph (1993): *Rechtsextremismus als neue soziale Bewegung?* In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 6 (2), S. 17-24.
- Cairncros, Frances (1998): *The Death of Distance*. London: Orion Business Book.
- Chernick, Howard [Hrsg.] (2005): *Resilient City. The Economic Impact of 9/11*. New York: Russel Sage Foundation.
- Coaffee, Jon (2003): *Terrorism, Risk and the City*. Aldershot: Ashgate.
- Cook, Ian et al (2007): *Personality/situated knowledge*. In: Atkinson, David/Jackson, Peter/Sibley, David/Vashbourne, Neil [Hrsg.] (2005, hier indisches Reprint 2007): *Cultural Geography. A Critical Dictionary of Key Concepts*. Jaipur/New Delhi/Bangalore: I.B. Tauris & Co. Ltd, S.16-26.
- Crang, Michel/Thrift, Nigel [Hrsg.] (2000): *Thinking Space*. London/New York: Routledge.
- Cresswell, John W./Plano Clark, Vicky L. (2006): *Designing and Conducting Mixed Methods Research*. Thousand Oaks/London: Sage.
- Crossley, Nick (1996): *Intersubjectivity: the fabric of social becoming*. London. Thousand Oaks/Los Angeles/London: Sage.
- Dahl, Robert A. (1961): *Who Governs? Democracy and Power in American City*. New Haven: Yale Univesity Press.
- Daniljuk, Malte/Holm, Andrej (1998): *Zwischen DDR Tradition und Ethnisierung. Historische und aktuelle Entstehungsbedingungen für rechte Bewegungen im Osten*. In: *telegraph* 3+4/1998. S. 14-23.
- Davis, Mike (1999): *Ecology of Fear: Los Angeles and the Imagination of Disaster*. New York: Vintage Books.
- De Becker, Gavin (2000): *The Gift of Fear. Survival Signals that Protect us from Violence*. London: Bloomsbury.
- Debord, Guy (orig. 1955, hier 2008): *Introduction to a Critique of Urban Geography*. In: Bauder, Harald/Engel-di Mauro, Salvatore [Hrsg.] (2008): *Critical Geographies. A Collection of Readings*. Kelowna: Praxis (e)Press. S. 23-27.
- De Certeau, Michel (franz. Orig. 1980, hier 1988): *Die Kunst des Handelns*. Berlin: Merve.
- De Landa, Manuel (1997): *A Thousand Years of Nonlinear History*. New York: Zone Books/Swerve Editions.
- (o.J.): *The Geology of Morals A Neo-Materialist Interpretation*. Quelle: <http://www.r0.or.at/delanda/geology.htm> (letzter Zugriff: 4.11.2010).
- Deinet, Ulrich (2004): *'Spacing', Verknüpfung, Bewegung, Aneignung von Räumen*. In: Deinet, Ulrich/Reutlinger, Christian [Hrsg.]: *„Aneignung“ als Bildungskonzept der Sozialpädagogik*. Wiesbaden: VS-Verlag, S. 175-189.

- Deinet, Ulrich/Reutlinger, Christian [Hrsg.] (2004): 'Aneignung' als Bildungskonzept der Sozialpädagogik. Wiesbaden: VS Verlag.
- (2006): Aneignung. In: Kessl, Fabian/Reutlinger, Christian/Maurer, Susanne/Frey, Oliver [Hrsg.]: Handbuch Sozialraum. Wiesbaden: VS Verlag, S. 295-312.
- Deleuze, Gilles/Guattari, Félix (orig. 1980, hier 1987): A Thousand Plateaus. Capitalism and Schizophrenia. Minneapolis/London: University of Minnesota Press
- Denzin, Norman K. (1978): The research act: a theoretical introduction to sociological methods: McGraw-Hill: New York.
- (1997): Interpretative Ethnography. Ethnographic Practices for the 21st. Century. London. Thousand Oaks/Los Angeles/London: Sage.
- Denzin, Norman K./Lincoln, Yvonne [Hrsg.] (2005): Handbook of qualitative research. London. Thousand Oaks/Los Angeles/London: Sage.
- Detjen, Achim (1998): Lässt sich mit linker Repression eine rechte soziale Bewegung stoppen? In: telegraph; Nr.3/4, (Sondernummer „Brauner Osten“). S. 37-46.
- Detjen, Joachim (1999): Erkundung/Sozialstudie/Praktikum. In: Mickel, Wolfgang W. [Hrsg.]: Handbuch zur politischen Bildung. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. 397-403.
- Deutsche Bahn AG, Geschäftsbereich Personenbahnhöfe [Hrsg.] (1996): Die Marke Bahnhof. Frankfurt am Main.
- Deutsche, Rosalyn (1996): Evictions. Art and Spatial Politics. Cambridge/London: MIT Press.
- Dietzsch, Ina (2003): „Im Labor Ostdeutschland. Kulturelle Dimensionen des gesellschaftlichen Wandels“ In: Kulturation Nr. 2/2003. Quelle: <http://www.kulturation.de/frame.php> (letzter Zugriff: 19.06.2010).
- Distel, Barbara [Hrsg.] (2006): Der Ort des Terrors: Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager. München: Beck, S. 78-80.
- Dobritz, Gerhardt: (2006): Über das Zwangsarbeiterlager [Belsheim]. In: Benz, Wolfgang/Distel, Barbara [Hrsg.] (2006): Der Ort des Terrors: Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager. München: Beck . S. 78-80.
- Döring, Uta (2005): „National Befreite Zonen“ als rechtsextremistisches Handlungskonzept. Unveröffentlichtes Papier zum Workshop „Rechte Räume“ am 26.11.2005. Institut für Europäische Ethnologie der Humboldt Universität zu Berlin.
- (2006a): „National Befreite Zonen“ – Medienprodukte oder rechtsextreme Strategie? In: Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit e.V. [Hrsg.]. Pädagogische Interventionen gegen Rechtsextremismus. Erfahrungen und Ergebnisse aus vier Veranstaltungen. Düsseldorf: KJS. S. 37-47.
- (2006b): „National befreite Zonen“. Zur Entstehung und Karriere eines Kampfbegriffs. In: Klärner, Andreas et al [Hrsg.]: Moderner Rechtsextremismus in Deutschland, Hamburg: Hamburger Edition., S. 177-206.
- (2007): Angstzonen. Rechtsdominierte Orte aus medialer und lokaler Perspektive. Wiesbaden: VS Verlag.

- Dörhöfer, Kerstin/Terlinden, Ulla [Hrsg.] (1985): *Verbaute Räume. Auswirkungen der Architektur und Stadtplanung auf das Leben von Frauen*. Köln: Pahl-Rugenstein.
- (1997): *Verortungen. Geschlechterverhältnisse und Raumstrukturen*. Basel/Boston/Berlin: Birkhäuser Verlag.
- Doran, Bruce J./Lees, Brian G. (2005): *Investigating the Spatiotemporal Links between Disorder, Crime, and the Fear of Crime* In: *The Professional Geographer* 57 (1), S 1-12.
- Duhm, Dieter (1972): *Angst im Kapitalismus*. Lampertheim: Kübler.
- Eagleton, Terry (1988): *Preface* In: Ross, Kirsten (1988): *The Emergence of Social Space*. Minneapolis: University of Minnesota Press. S. vi-xiv.
- (2001): *Was ist Kultur*. München: C.H.Beck.
- Ehrenreich, Barbara (2009): *Smile or Die. How Positive Thinking Fooled America & The World*. London: Granta.
- Eick, Volker/Sambale, Jens/Töpfer, Eric [Hrsg.] (2007): *Kontrollierte Urbanität. Zur Neoliberalisierung städtischer Sicherheitspolitik*. Bielefeld: transcript.
- Elden, Stuart (2009): *Terror and Territoriality. The Spatial Extent of Sovereignty*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Elias, Norbert/Scotson, John L. (Engl. Original. 1965; hier 2002): *Etablierte und Außenseiter*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Fairclough, Norman (1992): *Discourse and Social Change*. Cambridge: Polity Press.
- (2003): *Analysing Discourse: Textual Analysis for Social Research*. London: Routledge.
- Farin, Klaus/Seidel-Pielen, Eberhard (1992): *Rechtsradikalismus Ost*. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 5(1), S. 70-74.
- Färber, Christine/Spitzner, Meike/Geppert, Jochen/Römer, Susanne (2003): *Gender Mainstreaming und Städtebaupolitik. Expertise im Auftrag des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung*. [Werkstatt: Praxis Nr. 4/2002, Bonn: Bundesamt für Bauwesen.
- Fichte, Hubert (1965, hier 1979): *Lokstedt*. In: [o. Hrsg.]: *Atlas zusammengestellt von deutschen Autoren*. Berlin: Klaus Wagenbach. S. 124.
- Fischer, Susen/Kühn, Manfred (2009): *Cottbus. Leitbild – Suche zwischen Energie-, Universitäts- und Parkstadt*. In: Kühn, Manfred/Liebmann, Heike [Hrsg.]: *Regenerierung der Städte. Strategien der Politik und Planung im Schrumpfungskontext*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Fleischmann, Katharina/Meyer-Hanschen, Ulrike (2005): *Stadt, Land, Gender. Einführungen in Feministische Geographien*. Königstein: Ulrike Helmer Verlag.
- Flick, Uwe (2000): *Triangulation in der qualitativen Forschung*. In: Flick/von Kardorff/Steinke [Hrsg.]: *Qualitative Forschung. Ein Handbuch*. Reinbek b. Hamburg: Rowohlt. S. 309-318.
- Flick, Uwe/Kardorff, Ernst von/Steinke, Ines (2000): *Qualitative Forschung. Ein Handbuch*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Flint, Colin [Hrsg.] (2003): *Spaces of Hate – Geographies of Hate and Intolerance in the United States of America*. New York: Routledge.

- Foucault, Michel (1963, dt. 1981): *Wahnsinn und Gesellschaft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- (dt. 1974): *Die Ordnung der Dinge*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Foner, Nancy [Hrsg.] (2005a): *Wounded City. The Social Impact of 9/11*. New York: Russell Sage Foundation.
- Fraser, Nancy (1997): *Unruly practises: power, discourse and gender in contemporary social theory*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Frers, Lars (2007): *Einhüllende Materialitäten. Eine Phänomenologie des Wahrnehmens und Handelns an Bahnhöfen und Fährterminals*. Bielefeld: Transcript.
- Friedrich-Ebert-Stiftung Forum Berlin [Hrsg.] und Decker, Oliver/Weißmann, Marliese/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (2010): *Die Mitte in der Krise: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010*. FES-Projekt „Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“. Quelle: <http://library.fes.de/pdf-files/do/07504.pdf> (letzter Zugriff: 3.11.2010).
- Füg, Andrea (1994): *Angsträume in Heidelberg: Das Sicherheitsempfinden von Frau in ihrer Stadt*. Heidelberg: Amt für Frauenfragen.
- Funke, Hajo et al. (1998): „Ich will mich nicht daran gewöhnen“. *Fremdenfeindlichkeit in Oranienburg*. Berlin: Schiler Verlag.
- Gebhardt, Winfried (1999): „Warme Gemeinschaft“ und „Kalte Gesellschaft“. Zur Kontinuität einer deutschen Denkfigur, In: Meuter, Günter/Otten, Ricardo [Hrsg.]: *Der Aufstand gegen den Bürger. Antibürgerliches Denken im 20. Jahrhundert*. Würzburg.
- Gebhardt, Dirk/Best, Ulrich (2001): *Ghetto-Diskurse. Geographien der Stigmatisierung in Marseille und Berlin*. Universität Potsdam, Reihe: Praxis Kultur- und Sozialgeographie; Abt. Humangeographie und Geoinformatik.
- Geertz, Clifford (1987): *Dichte Beschreibung. Beiträge zum verstehen kultureller Systeme*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Geiger, Gabriele (1993): Nutzung und Meidung öffentlicher Bauten durch Frauen am Beispiel von Parkgaragen. In: *Frei-Räume* 6, S. 137-144.
- Geisler, Astrid (2010): Die Stadt ohne Zeugen. In: *die tageszeitung* vom 4.10.2010, S. 4/5.
- Gessenharter, Wolfgang (1998): Rückruf zur „selbstbewussten Nation“. Analyse eines neurechten Frames aus bewegungstheoretischer Sicht. In: Hellmann, Kai-Uwe/Koopmans, Ruud [Hrsg.]: *Paradigmen der Bewegungsforschung. Entstehung und Entwicklung von Neuen sozialen Bewegungen und Rechtsextremismus*. Wiesbaden: Opladen, S. 166-180.
- Gdaniec, Cordula (2006): „Ordinary young hooligans“ or Moscow geographies of fear: Spatial practices in and around the Peoples Friendship University of Russia. Konferenzband „Hierarchy and Power 4“.
- Giddens, Anthony (1984, hier dt. 1995): *Die Konstitution der Gesellschaft. Grundzüge einer Theorie der Strukturierung*. New York/Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- (1990): *The Consequences of Modernity*. Stanford: Stanford University Press.

- Glasze, Georg/Mattisek, Annika [Hrsg.] (2009): Handbuch Diskurs und Raum. Bielefeld: transcript.
- Goffman, Erving (1963): Behavior in Public Places. New York: The Free Press.
- Göschel, Albrecht/Kirchberg, Volker [Hrsg.](1998): Kultur in der Stadt. Stadtsoziologische Analysen zur Kultur. Opladen: Leske und Budrich.
- Graham, Stephen/Marvin, Simon (2001): Splintering Urbanism: Networked Infrastructures, Technological Mobilites and the Urban Condition. London/New York: Routledge.
- Grandin, Greg (2010): Fordlandia: The Rise and Fall of Henry Ford's forgotten Jungle City. Icon Books.
- Gregory, Derek (1993): Interventions in the Historical Geography of Modernity. Social Theory, Spatiality and the Politics of Representation. In: Duncan, James/Ley, David [Hrsg.]: Place/Culture/Representation. London: Routledge, S. 272-313.
- Griffin, Roger (2003): From slime mould to rhizome: an introduction to the groupuscular right“, in: Patterns of Prejudice 37(1), S. 27-50.
- Gupta, Akhil/Ferguson, James (1992): Beyond Culture. Space, Identity and the Politics of Difference“. In: Cultural Anthropology, vol. 7/1. (Feb. 1992). S. 6-23.
- Gutsch, Jochen-Martin (2009): „Kurz vor Polen“. In: Der Spiegel, 31/2009. S. 54.
- Habermas, Jürgen (1961/hier 1989): Strukturwandel der Öffentlichkeit. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter (1993): Festivalisierung der Stadtpolitik. Stadtentwicklung durch große Projekte. Leviathan Sonderheft 13/93. Opladen: Westdeutscher Verlag Wiesbaden: VS Verlag.
- (1987): Neue Urbanität. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hall, Stuart (1980): Encoding/Decoding. In: Hall, Stuart/Hobson, Dorothy/Lowe, Andrew/Willis, Paul [Hrsg.]: Culture, Media Language. London/Melbourne/Johannesburg: Hutchinson. S. 129-139.
- (1998): Aspiration and Attitude. Reflections on Black Britain in the Nineties. In: New Formations: Frontlines/Backyards, Nr. 33/Spring 1998. S. 38-46.
- (2000): Postmoderne und Artikulation. In: Rätzsch, Nora [Hrsg.]: Stuart Hall. Cultural Studies. Ein politisches Theorieprojekt. Ausgewählte Schriften 3. Berlin: Argument. S. 52-77.
- Haller, Christoph (2009): Eisenhüttenstadt. Leitbildprobleme in einer schrumpfenden Stadt. In: Kühn, Manfred/Liebmann, Heike [Hrsg.]: Regenerierung der Städte. Strategien der Politik und Planung im Schrumpfungskontext. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hamedinger, Alexander (1998): Raum, Struktur und Handlung als Kategorien der Entwicklungstheorie. Eine Auseinandersetzung mit Giddens, Foucault und Lefebvre. Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Hannertz, Ulf (1980): Exploring the City. Inquiries Toward an Urban Anthropology. New York: Columbia University Press.

- Hannemann, Christine (2002): „Schrumpfende Städte“: Überlegungen zur Konjunktur einer vernachlässigten Entwicklungsoption für Städte. In: DIFU-Stadt 2030, Infobrief 6/2002, S. 3-8.
- Haraway, Dona (1991): A cyborg manifesto. science, technology and socialist feminism in the late twentieth century. In: (dies.) [Hrsg.]: Simians, Cyborgs & Women: The Reinvention of ' Nature. New York: Routledge. S. 149-181.
- Hark, Sabine (2005): Dissidente Partizipation. Eine Diskursgeschichte des Feminismus. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Harley, John Brian (1997): Deconstructing the Map. Excerpts from: Cartographica 26, 1-20. In: Barnes, Trevor/Gregory, Derek [Hrsg.]: Reading Human Geography. The Poetics and Politics of Inquiry. London/New York/Sydney: Arnold Publishers. S. 155-168.
- (1989): Deconstructing the Map. In: Cartographia (Vol26/1989), S. 1-20.
- (1988): Maps, Knowledge, Power. In: Cosgrove, Denis/Daniels, Stephen [Hrsg.]: Iconography of Landscapes. Essays on the Symbolic Representation, Design and Use of Past Environments. Cambridge: Cambridge University Press. S. 277-312.
- Hartung, Klaus (2004): Vollendet und Verlassen. In: Die Zeit, Nr. 18, vom 22.04.2004.
- Harvey, David (1989a): From managerialism to entrepreneurialism: the transformation in urban governance in late capitalism, Geografiska Annaler, 71B (1), S. 3-18.
- (1989b): The Conditions of Postmodernity. An Enquiry into the Origins of Cultural Change. Malden/Oxford: Blackwell.
- Hasse, Jürgen [Hrsg.] (2008a): Stadt und Atmosphäre. Schwerpunktheft der Vierteljahreszeitschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie, Denkmalpflege und Stadtentwicklung „Die Alte Stadt“, Heft 2/2008.
- (2008b): Editorial + Die Stadt als Raum der Atmosphären. Zur Differenzierung von Atmosphären und Stimmungen. In: Die alte Stadt (Nr.2/2008), S. 99ff.
- Hasselbach, Ingo/Bonengel, Winfried (1996): Die Abrechnung. Ein Neonazi steigt aus. Berlin: Aufbau Verlag.
- Haug, Wolfgang [Hrsg.] (1994): Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus. Berlin: Argument. (Veröffentlichung des Berliner Instituts für kritische Theorie e.V.).
- Hawel, Marcus (2006): Die normalisierte Nation – Vergangenheitsbewältigung und Außenpolitik in Deutschland. Hannover: Offizin.
- Heineberg, Heinz (2007): Einführung in die Anthropogeographie/Humangeographie. Paderborn: Schöningh.
- Heitmeyer, Wilhelm/Anhut, Reimund [Hrsg.] (2000): Bedrohte Stadtgesellschaften. Soziale Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen. Weinheim/München: Juventa.
- Heitmeyer, Wilhelm (1994): Das Desintegrations- Theorem. Ein Erklärungsansatz zu fremdenfeindlich motivierter, rechtsextremistischer Gewalt und zur Lähmung gesellschaftlicher Institutionen. In: Heitmeyer, Wilhelm [Hrsg.]: Das Gewalt- Dilemma. Frankfurt am Main: Suhrkamp. S. 29-69.

- (2003): Rechtsextremistische Gewalt. In: Heitmeyer, Wilhelm/Hagan, John [Hrsg.]: Internationales Handbuch der Gewaltforschung. Wiesbaden: VS Verlag, S. 501-545.
- (2008): Ein Land, zwei Gesellschaften. In: Die Zeit, Nr. 50 vom 04.12.2008, S. 13.
- Hellmann, Kai-Uwe/Klein, Ansgar (1994): Bewegung von Rechts? Analyse und Kritik. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 7(4), S. 2-9.
- Hellmann, Kai-Uwe (1994): Rechtsextremismus als soziale Bewegung? Bericht zur gleichnamigen Arbeitstagung der DGS-Sektion 'Soziale Probleme und soziale Kontrolle' in Bremen am 21./22. Oktober 1994. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 7(4), S. 87-88.
- Herbert, David/Davidson, Norman (1994): Modifying the built environment: The impact of improved street lightning In: Landscape and Urban Planning (Nr. 35/1994), S. 193-201.
- Herbert, Steve (2005): The Trapdoor of Community. In: Annals of the Association of American Geographers 95(4), S. 850-865.
- Herrenknecht, Albrecht (2008): Die vernachlässigten Kleinstädte. Quelle: http://www.pro-regio-online.de/html/heft_5_-_2008.html (Letzter Zugriff: 29.11.2010).
- Hilgers, Silke/Wigrim, Katja/Behn, Sabine (2005): Auseinandersetzungen zwischen erwachsenen und jugendlichen Lebenswelten im Alltag kleinerer Gemeinden in Brandenburg. Ergebnisse aus einem Praxisforschungsprojekt. Berlin: Camino.
- Hinck, Gunnar (2007): Eliten in Ostdeutschland. Warum den Managern der Aufbruch nicht gelingt. Berlin: Christoph Links Verlag.
- Hippler, Jochen (1990): Die rechtsradikale Szene in der DDR. In: Monatszeitung (Wien), November 1990, S. 27-31 und : http://www.jochen-hippler.de/Aufsätze/Rechtsradikalismus_in_der_DDR/rechtsradikalismus_in_der_ddr.html (letzter Zugriff: 11.11.2010).
- Hirsch, Joachim/Roth, Roland (1986): Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Post- Fordismus, Hamburg: VSA.
- Hobsbawm, Eric/Ranger, Terence [Hrsg.] (1983, hier 1999): The Invention of Tradition. Cambridge: Cambridge University Press.
- Höhne, Florian (2004): „Gelebte Utopien“ (Teil 3): In: die tageszeitung, Berlin lokal Nr. 7417 vom 24.7.2004, S. 27.
- Holert, Tom (2001): Angst essen Seele auf. Nie war sie so wertvoll wie nach dem 11. September: Angst ist die Schlüsseltechnologie der Kontrollgesellschaft. in: Jungle World, Nr. 45 vom 31.10.2001.
- Holert, Tom/Terkessidis, Mark (2006): Fliehkraft. Gesellschaft in Bewegung. Von Migranten und Touristen. Köln: Kiepenheuer und Witsch.
- Holm, Martina (2010): Von Technokraten und Extremisten. In: Monitor. Rundbrief des apabiz e.V. Nr. 47/September 2010, S. 1-3.
- Howell, Philip (1993): Public Space and the Public Sphere: political theory and the historical geography of modernity. In: Environment and Planning D: Society and Space 11/93. S. 303-322.

- Hubbart, Phil/Kitchin, Rob/Valentine, Gill [Hrsg.] (2004, hier 2009): *Key Thinkers on Space and Place*. Thousand Oaks/Los Angeles/London: Sage.
- Innenministerium des Landes Brandenburg [Hrsg.]: *Verfassungsschutzbericht des Landes Brandenburg 2005*. Potsdam: Innenministerium.
- Ipser, Detlev (2006): *Ort und Landschaft*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- (2004): *Babylon in Folge – wie kann städtischer Raum dazu beitragen, kulturelle Komplexität produktiv zu wenden?* In: *Die europäische Stadt*. Frankfurt am Main: Suhrkamp. S. 253-269.
- Jacobs, Jane (1961): *Death and Life of Big American Cities*. New York: Vintage Books.
- Deutsch (1963): *Tod und Leben großer Amerikanischer Städte*. Berlin: Ullstein Bauwelt Fundamente.
- Jackson, Peter (1989): *Maps of Meaning. An Introduction to Cultural Geography*. London: Unwin Hyman.
- Jäger, Siegfried/Schulte-Holtey, Ernst/Ruth, Ina/Wichert, Frank (1997): *Biomacht und Medien*. Duisburg: Diss- Verlag.
- Jäger, Siegfried (1999): *Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung*. Duisburg: DISS-Verlag.
- Jäger, Margret/Jäger, Siegfried (2000): *Von der Diskurs- zur Dispositivanalyse. Überlegungen zur Weiterführung eines Stadtteilprojekts*. Vortrag, gehalten auf dem Workshop des DISS (in Verbindung mit der FES) am 27. Mai 2000 in Freudenberg).
Quelle: http://www.diss-duisburg.de/Internetbibliothek/Artikel/Diskurs_Diapositivanalyse.htm. (letzter Zugriff: 15.11.2010).
- Jäger, Margret/Jäger, Siegfried (1999): *Gefährliche Erbschaften. Die schleichende Restauration rechten Denkens*, Berlin: Aufbau-Verlag.
- Jaschke, Hans-Gerd (1992): *Formiert sich eine neue soziale Bewegung von rechts? Folgen der Ethnisierung sozialer Konflikte*. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 37(12), S. 1437-1447.
- (1993a): *Rechtsradikalismus als soziale Bewegung. Was heißt das?* In: *Vorgänge*, Jg. 32(122), S. 105-116.
- (1993b): *Formiert sich eine soziale Bewegung von rechts? Über die Ethnisierung sozialer und politischer Konflikte*. In: *Mitteilungen des Instituts für Sozialforschung* (2/1993). S. 28ff.
- Jeggle, Utz/Korff, Gottfried (1974): *Das Zillertal. Versuch einer 'Kulturökonomischen' Regionalanalyse*. In: *Zeitschrift für Volkskunde*, Jg. 70 (1974). S. 39-57.
- Jentsch, Ulli/Weiss, Michael. (2007): *Rechtsextreme Symbolik und Kleidung im öffentlichen Raum*. In: Schoeps, Julius H./Botsch, Gideon/Kopke, Christoph et al [Hrsg.]: *Rechtsextremismus in Brandenburg. Handbuch für Analyse und Intervention*. Berlin: Verlag für Berlin-Brandenburg.
- Kaiser, Paul/Petzold, Claudia (1997): *Boheme und Diktatur in der DDR. Gruppen, Konflikte, Quartiere. 1971 bis 1989*. Berlin: Fannei & Walz.
- Kasper, Birgit/Fachbereich 13 – Stadtplanung und Landschaftsplanung der Universität

- Gesamthochschule Kassel [Hrsg.](1998): Die Angst ausRäumen. Untersuchung zu Angst in den Städten und von kommunalen Strategien zur Auseinandersetzung mit städtischen Angsträumen. Arbeitsberichte des Fachbereichs Stadtplanung/Landschaftsplanung Heft A 130. v. Kassel 1998, 52.
- Kaschuba, Wolfgang (1995): Kulturalismus: Vom Verschwinden des Sozialen im gesellschaftlichen Diskurs. In: Kaschuba, Wolfgang [Hrsg.] (1995): Kulturen- Identitäten-Diskurse. Perspektiven Europäischer Ethnologie. Berlin: Akademie Verlag. S. 11-30.
- Katz, Cindy (1992): All the world is staged: intellectuals and the projects of ethnography: In: Environment and Planning D: Society and Space (Jg.10/Nr.5), S. 495-510.
- Keim, Dieter (2003): Das Fenster zum Raum. Traktat über die Transformation sozialer Räume. Opladen: Leske und Budrich.
- Keim, Karl-Dieter (2006): Peripherisierung ländlicher Räume. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ, 2006/Nr. 37), S. 3-7.
- Keith, Michael (1988): Racial Conflict and the No-Go-Areas of London. In: Eyles, John/Smith, David M. [Hrsg.]: Qualitative Methods in Human Geography. Cambridge: Polity Press. S. 39-48.
- Kelling, George/Coles, Catherine (1996): Fixing Broken Windows: Restoring Order and Reducing Crime in Our Communities New York: The Free Press.
- Kemper, Jan/Vogelpohl, Anne [Hrsg.](2011): Lokalistische Stadtforschung, kulturalisierte Städte. Zur Kritik der Eigenlogik der Städte. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- (2011): Zur Einleitung. In: [dies.] Lokalistische Stadtforschung, kulturalisierte Städte. Zur Kritik der Eigenlogik der Städte. Münster: Westfälisches Dampfboot. S.7-14.
- (2011): „Eigenlogik der Städte“? Kritische Anmerkungen zu einer Forschungsperspektive. In: [dies.]Lokalistische Stadtforschung, kulturalisierte Städte. Zur Kritik der Eigenlogik der Städte. Münster: Westfälisches Dampfboot. S. 15-38.
- Kessl, Fabian (2001): Komm rein, dann kannst Du rausschau'n! Zur Konjunktur sozialraum-orientierter Präventionsstrategien. In: Widersprüche: Sonderband 'Raum-Effekte. Politische Strategien und kommunale Programmierung'. (Nr. 82/Dez. 2001), S. 39-52.
- Kessl, Fabian/Maurer, Susanne/Reutlinger, Christian/Frey, Oliver [Hrsg.] (2005): Handbuch Sozialraum. Wiesbaden: VS Verlag.
- Kil, Wolfgang (2004): Luxus der Leere. Wuppertal: Verlag Müller + Busmann.
- Klijanienko, Ania (2008): Lemberg: Das kulturelle Zentrum der Westukraine. Berlin: Trescher Verlag.
- Klöpper, Rudolf (1995:913): Stadtypologien In: Handwörterbuch der Raumordnung, 3. Auflage. Hannover: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL), S. 911-916.
- Knorr-Cetina, Karin (1989): Spielarten des Konstruktivismus. Einige Notizen und Anmerkungen. In: Soziale Welt 40, S. 86-96.
- Köster, Werner (2002): Die Rede über den Raum. Zur semantischen Karriere eines deutschen Konzeptes. Heidelberg: Synchron.

- Kofman, Eleonore/Lebas, Elizabeth [Hrsg.] (1996): *Henri Lefebvre: Writings on Cities*. Oxford/Malden: Blackwell. S. 63-181.
- Kohn, Margaret (2003): *Radical Space*. Ithaca/London: Cornell University Press.
- Koopmann, Ruud/Rucht, Dieter (1996): Rechtsextremismus als soziale Bewegung? In: Falter, Jürgen/Jaschke, Hans-Gerd/Winkler, Jürgen [Hrsg.]: *Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung*. Sonderheft 27 der Politischen Vierteljahresschrift. Opladen. S. 295-324.
- Korfes, Gunhild (1991): Zur Entwicklung des Rechtsextremismus in der DDR. In: *Kriminologisches Journal*, 1991/Nr. 1, S. 50-64.
- Koskela, Hille (1999): *Fear, Control and Space: Geographies of Gender, Fear of Violence and Video Surveillance*. Helsinki: Publications of the Department of Geography A 137 (University of Helsinki).
- (2000): The gaze without eyes': video-surveillance and the changing nature of urban space. In: *Progress in Human Geography* 24 Jg./Nr. 2, S. 243-265.
- Koskela, Hille/Pain, Rachel (2000): Revisiting fear and place: Women's fear of attack and the built environment In: *Geoforum* 31/2000, S. 269-280.
- Kracauer, Siegfried (orig. 1932; hier 1964): *Die Unterführung*. In: (ders.) [Hrsg.]: *Straßen in Berlin und anderswo*. Frankfurt am Main: Suhrkamp. S. 48-50.
- Kronenberg, Volker (2006): *Patriotismus in Deutschland. Perspektiven für eine weltoffene Nation*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Kulturbund der DDR, Kreisleitung Wittingen [1989]: *Wittingen. Ein Wegweiser durch Stadt und Kreis*. Heft 2. Wittingen: Historischer Verein.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (1985): *Hegemony and Socialist Strategy. Towards a radical democratic politics*. London: Polity Press.
- Lampugnani, Vittorio/Frey, Katia/Perotti, Eliana [Hrsg.] (2010): *Stadt und Text: Zur Ideengeschichte der Stadt und des Städtebaus im Spiegel theoretischer Schriften (18.-21. Jahrhundert)*. Berlin: Verlag Gebrüder Mann.
- Landeskommission Berlin gegen Gewalt [Hrsg.](2005): *Berliner Forum Gewaltprävention*. Berlin. Quelle: <http://www.fes.de/forumpug/inhalt/documents/bfg-nr-28.pdf> (letzter Zugriff: 26.11.2010)
- Large, David Clay (2002): *Berlin. Biographie einer Stadt*. München. C.H.Beck.
- Latour, Bruno (2005): *Reassembling the Social: An Introduction to Actor-Network-Theory*. Oxford/New York: Oxford University Press.
- Lee, Martyn (1997): *Relocation Location: Cultural Geography, The Specificity of Place and the City Habitus*. In: McGuigan, Jim [Hrsg.]: *Cultural Methodologies. Cultural Methodologies*. Thousand Oaks/Los Angeles/London: Sage. S. 126-141.
- Lees, Loretta (1998): *Urban renaissance and The Street: Spaces of Control and Contestation*. In: Fyfe, Nicholas R. [Hrsg.]: *Images of the Street: Planning, Identity, and Control in Public Space*. London: Routledge, S. 236-253.
- Lefebvre, Henri (1968): *Le droit à la ville*, Paris: Anthropos (2nd ed.) Paris: Edition du Seuil.

- (franz. Orig.1968, engl. 1996): „The Right to the City“ In: Kofman, Eleonore/Lebas, Elizabeth [Hrsg.]: *Writing on Cities*. Oxford: Blackwell.
- (1991): *The Production of Space*. London: Blackwell.
- Leggewie, Claus (1998): Neo-Kapitalismus und Neue Rechte. Sozialstrukturelle Voraussetzungen radikaler rechter Bewegungen. In: Hellman, Kai-Uwe/Koopmanns, Ruud [Hrsg.]: *Paradigmen der Bewegungsforschung*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 131-148.
- Leggewie, Claus/Welzer, Harald (2010): *Das Ende der Welt, wie wir sie kannten: Klima, Zukunft und die Chancen der Demokratie*. Frankfurt am Main: Fischer.
- Lettmann, Rolf (1992): Vorwort. In: *Stiftung Weimarer Klassik [Hrsg.]: Genius huius loci. Weimar. Kulturelle Entwürfe aus fünf Jahrhunderten. Ausstellung 26. Mai bis 19. Juli 1992. Weimar: Kunsthalle am Theaterplatz in Weimar.*
- Leuchte, Vico (2009): *Biographisches Wissen und landkommunitäre Bewegung: Wege in die Gemeinschaft; eine Untersuchung lebensgeschichtlicher Verläufe von Akteuren der ostdeutschen Landkommunenbewegung auf der Basis autobiographisch-narrativer Interviews*. Halle: Hochschulschrift der Universität Halle.
- Lindenberger, Thomas [Hrsg.](1999): *Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur*. Wien/Köln/Weimar: Böhlau.
- Lindner, Rolf (1981): Die Angst des Forschers vor dem Feld. Überlegungen zur teilnehmenden Beobachtung als Interaktionsprozess. In: *Zeitschrift für Volkskunde 77*, S. 51-66.
- (1994): Das Ethos der Region. In (ders.) [Hrsg.]: *Die Wiederkehr des Regionalen Frankfurt am Main: Campus*. S. 201-231.
- (2002): Konjunktur und Krise des Kulturkonzeptes. In: Musner, Lutz/Wunberg, Gotthart [Hrsg.]. *Kulturwissenschaften. Forschung – Praxis – Positionen*. Wien. WUV. S. 69-87.
- (2003a): Vom Wesen der Kulturanalyse. In: *Zeitschrift für Volkskunde 99*, Tübingen; S. 177-188.
- (2003b): Der Habitus der Stadt. Ein kulturgeographischer Versuch. In: *Petermanns Geographische Mitteilungen Nr. 147(2)*, S. 46-53.
- (1990, hier Neuauflage 2007): Nachwort zur Neuauflage. In: (ders.) [Hrsg.]: *Die Entdeckung der Stadtkultur*. Frankfurt/New York: Campus. S. 310-329.
- (2008): Textur, ‘imaginaire’, Habitus. Schlüsselbegriffe der kulturanalytischen Stadtforschung. In: Berking, Helmuth/Löw, Martina [Hrsg.]: *Die Eigenlogik der Städte. Neue Wege für die Stadtforschung*. Frankfurt/Main: Suhrkamp. S.83-94.
- (2010): Wahrzeichen des Geschmacks. Anmerkungen zur Stadt als Geschmackslandschaft. In: Frank, Sybille/Schwenk, Jochen [Hrsg.]: *Turn Over. Cultural Turns in der Soziologie*. Frankfurt am Main: Campus. S. 159-170.
- Link, Jürgen (1997, hier 2006): *Versuch über den Normalismus. Wie Normalität produziert wird*. Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht.
- Lofland, Lyn H. (1998): *The Public Realm. Exploring the City's Quintessential Social Territory*. New York: Aldine de Gruyter.

- Logan, John/Molotch, Harvey (1986): *Urban Fortunes: The Political Economy of Place*. Berkeley/Los Angeles: University of California Press.
- Lohmann, Hans-Martin (1997): *Extremismus der Mitte. Vom rechten Verständnis der Deutschen Nation*. Frankfurt am Main: Fischer.
- Low, Setha M./Lawrence-Zúñiga (2003): *Locating Culture*. In: dies. [Hrsg.]: *The Anthropology of Space and Place. Locating Culture*. Malden/Oxford: Blackwell: 1-47.
- Löw, Martina (2001): *Raumsoziologie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- [Hrsg.](2004): *Differenzierungen des Städtischen*. Opladen: Leske und Budrich.
- (2008): *Soziologie der Städte*: Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Löw, Martina/Noller, Peter/Süß, Sabine [Hrsg.](2010): *Typisch Darmstadt – Eine Stadt beschreibt sich selbst*. Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Luzar, Claudia (2002): *Fallstudie Hennigsdorf: Eine Analyse rechtsextremer Gewalt aus der Opferperspektive*. Unveröffentlichte Diplomarbeit am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin.
- Lynen von Berg, Heinz/Tschiche, Hans-Jochen: (2002): *NPD – Herausforderung für die Demokratie?* Berlin: Metropol.
- Mak, Geert (1997): *Amsterdam. Biographie einer Stadt*. Berlin: btb-Verlag.
- Marchart, Oliver (1998): *Kunst, Raum und Öffentlichkeit(en). Einige Anmerkungen zum schwierigen Verhältnis von Public Art und politischer Theorie*. Quelle: <http://eipcp.net/transversal/0102/marchart/de/#f1> (letzter Zugriff: 3.11.2010)
- Marchart, Oliver (2008): *Cultural Studies*. Konstanz: UVK.
- Maresch, Rolf/Werber, Niels [Hrsg.] (2002): *Raum- Wissen- Macht*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Marcus, George E. (1986): *Contemporary Problems of Ethnography in the Modern World System*. In: Clifford, J. Marcus, G.E. [Hrsg.]: *Writing Culture. The Poetics and Politics of Ethnography*. Berkeley/Los Angeles/London: University of California Press. S. 165-193.
- (1998): *Ethnography through Thick & Thin*. Princeton: Princeton University Press. S. 79-104.
- Maron, Monika (2009): *Bitterfelder Bogen. Ein Bericht*. Frankfurt am Main: S. Fischer.
- Marquardt, Angela und Jünger, Sabine/AG Zukunft der PDS-Bundestagsfraktion [Hrsg.] (2000): *„Alles unsere Jungs“ – Zwischen akzeptierender und antifaschistischer Jugendarbeit“*. Dokumentation einer Tagung des „Arbeitskreises Zukunft der PDS-Bundestagsfraktion am 02.10.1999 in Berlin. Berlin: Eigenverlag; S. 10-13.
- Massey, Doreen (1984): *Spatial divisions of labor: Social structures and the geography of production*. New York: Methuen.
- (1985): *New directions in space*. In: Gregory, Derek/Urry, John [ed.]: *Social relations and spatial structures*. S. 9-19. London: Macmillan.
- (1991): *A Global Sense of Place*. In: *Marxism Today* (June 1991), S. 24-29.
- (2000): *Entanglements of Power: Reflections*. In: Sharp, Joanne/Routledge, John [Hrsg.]: *Entanglements of Power. Geographies of Domination/Resistance*. London: Routledge. S. 279-286.

- Massumi, Brian (1993): *The Politics of Everyday Fear*. University of Minnesota Press.
- Matthiesen, Ulf (2002a): NIMBY und LULU am Stadtrand – Bürgergesellschaftliche Streitformen um lokale Raumnutzungen und Raumkodierungen im
- [Hrsg.](2002b): *An den Rändern der deutschen Hauptstadt*. Opladen: Leske und Budrich.
- (2003): *Ist der Bevölkerungsrückgang der Untergang Brandenburgs?* IRS Presseinformation zur Landespressekonferenz 11. Juli 2003 Potsdam. Erkner: Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung.
- (2005): *Kulinarik und Regionale Entwicklung unter besonderer Berücksichtigung von „Mark und Metropole“*. Strukturskizzen zu einem Forschungsfeld. Antrittsvorlesung am Institut für Europäische Ethnologie der Humboldt-Universität zu Berlin, 27. Mai 2003. Berlin: Forschungsabteilung der Humboldt-Universität zu Berlin. S. 1-36. Quelle: <http://edoc.hu-berlin.de/humboldt-vl/144/matthiesen-ulf-3/PDF/matthiesen.pdf> (letzter Zugriff: 20.11.2010)
- Matthiesen, Ulf/Lange, Bastian (2005): *Raumpioniere – Konzeption, Prozesse, Netzstrukturen*. In: Oswalt, Philip [Hrsg.](2005): *Schrumpfende Städte. Handlungskonzepte*, Band 2. Ostfildern: Hatje Cantz Verlag. S. 374-383.
- Mattisek, Annika (2008): *Die neoliberale Stadt*. Bielefeld: transcript
- Miggelbrink, Judith (2002): *Der gezähmte Blick. Zum Wandel des Diskurses über „Raum“ und „Region“ in humangeographischen Forschungsansätzen des ausgehenden 20. Jahrhunderts* (Reihe: Beiträge zur Regionalen Geographie). Leipzig: Leibniz-Institut für Länderkunde.
- Mills, Charles Wright (1956): *The Power Elites*. New York: Oxford University Press. (dt. 1962: *Die Amerikanische Elite*. Holsten-Verlag: Hamburg).
- Minton, Anna (2009): *Ground Control: Fear and happiness in the twenty-first-century city*. London: Penguin.
- Minkenberg, Michael (2005): *Demokratie und Desintegration: Der politikwissenschaftliche Forschungsstand zu Rechtsradikalismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt*. Berlin: pro-business Verlag.
- Mitchell, Don (2003): *The Right to the City*. New York: Guilford Press.
- Mitscherlich, Alexander (1965, hier 1971): *Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Anstiftung zum Unfrieden*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Moebius, Stephan/Quadflieg, Dirk [Hrsg.](2006): *Kultur. Theorien der Gegenwart*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Mohring, Katharina/Pott, Andreas/Rolfes, Manfred/(2010): *No-Go-Areas in Ostdeutschland. Zur Konstruktion unsicherer Räume durch die Massenmedien* In: Egner, Heike/Pott, Andreas [Hrsg.]: *Geographische Risikoforschung. Zur Konstruktion verräumlichter Risiken und Sicherheiten*. Stuttgart: Steiner-Verlag. S. 151-169.
- Moncrieffe, Joy (2007): *Introduction. Labelling, Power and Accountability: How and Why ‘our’ Category Matter*. In: Moncrieffe, Joy/Eyben, Rosalind [Hrsg.]: *The Po-*

- wer of Labeling. How People are categorized and why it matters. London/Sterling: Earthscan, S. 1-16.
- Münch, Anna Verena (2006): Zum alltäglichen Umgang mit lokalisierter Gewaltbedrohung. Studierende mit dunkler Hautfarbe in Frankfurt (Oder). Unveröffentlichte Magisterarbeit am Institut für Europäische Ethnologie der Humboldt-Universität zu Berlin.
- Murray, Robin (1989): Fordism and Post-Fordism. In: Hall, Stuart/Jacques, Martin. In: *New Times: The Changing Face of Politics in the 1990s*. London: Lawrence & Wishart. S. 38-54.
- Nagler, Heinz/Rambow, Riecklef/Sturm, Ulrike (2004): Vorwort. In: dies. [Hrsg.]: *Der öffentliche Raum in Zeiten der Schrumpfung*. Berlin: Leue Verlag. S. 5.
- Neckel, Sieghardt (1999): *Waldleben. Eine ostdeutsche Stadt im Wandel seit 1989*. Frankfurt am Main: Campus.
- Neddens, Martin C. (1986): *Ökologisch orientierte Stadt- und Raumentwicklung: Genius loci – Leitbilder – Systemansatz – Planung: Eine integrierte Gesamtdarstellung*. Wiesbaden: Bauverlag.
- Newman, Oscar (1972): *Defensible Space: Crime Prevention Through Urban Design*. New York: Macmillan.
- (1973): *Defensible Space: People and Design in the Violent City*. London: Architectural Press.
- (1996): *Creating Defensible Space*. Quelle: Unter: <http://www.huduser.org/publications/pdf/def.pdf> (letzter Zugriff: 04.10.2010)
- Niethammer, Lutz/von Plato, Alexander/Wierling, Dorothea (1991): *Die volkseigene Erfahrung. Eine Archäologie des Lebens in der Industrieprovinz der DDR*. Reinbek b. Hamburg: Rowohlt.
- Noller, Peter (1999): *Globalisierung, Stadträume und Lebensstile. Kulturelle und lokale Repräsentationen des globalen Raumes*. Opladen: Leske und Budrich.
- Norberg-Schulz, Christian (1979, 1982): *Genius loci – Landschaft – Lebensraum- Baukunst*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- [ohne Autorenangabe](1991): „National befreite Zonen“. Vom Strategiebegriff zur Alltagserscheinung?, in: *Vorderste Front. Zeitschrift für politische Theorie & Strategie* Nr. 2, S. 4-7.
- Institut für Stadtentwicklung und Wohnen (ISW) [Hrsg.] (2001): *Dokumentation des Workshops „Rechte Gewalt in Wohngebieten“ am 5.4.2001 am Institut für Regionalentwicklung und Regionalplanung (IRS) in Erkner*. Frankfurt an der Oder: ISW.
- Oswalt, Philipp (2001): *Angst-Raum*. In: „Wenn die Glatzen an der Ecke stehen“. Die verborgenen Regeln des öffentlichen Raums. Cottbus: Anlaufstelle für Opfer rechts-extremer Gewalt e.V. S. 38-42.
- (2001): *Rechte Gewalt und öffentlicher Raum*. In: *Wenn die Glatzen an der Ecke stehen. Die verborgenen Regeln des öffentlichen Raums*. Cottbus: Anlaufstelle für Opfer Rechter Gewalt. S. 16-22. Quelle: http://www.oswalt.de/de/text/txt/rechte_p.html (letzter Zugriff: 23.8.2010).

- [Hrsg.](2004): *Schrumpfende Städte*, Band 1: Internationale Untersuchung. Ostfildern: Hatje Cantz Verlag.
 - [Hrsg.] (2005): *Schrumpfende Städte*. Band 2: Handlungskonzepte. Ostfildern: Hatje Cantz Verlag.
 - (2009): „Wir brauchen neue Akteure“. In: *die tageszeitung* vom 1.3.2009. Quelle: <http://www.taz.de/1/leben/kuenste/artikel/1/wir-brauchen-neue-akteure/>(letzter Zugriff: 10.11.2010)
 - (2010): *Weniger ist Zukunft: Ein Fazit nach acht Jahren Stadtumbau*. In: Internationale Bauausstellung Stadtumbau Sachsen-Anhalt. Herausgegeben vom Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt. Berlin: Jovis-Verlag. S. 24-29.
- Pain, Rachel (1999): *The Geography of Fear*. In: *Geography Review* 12(5), S. 22-25.
- Pain, Rachel/Smith, Susan J. (2008): *Fear: Critical Geopolitics and Everyday Life*. In: dies. [Hrsg.]: *Fear: Critical Geopolitics and Everyday Life*. Aldershot/Burlington: Ashgate. S. 1-19.
- Painter, Kate (1996): *The influence of street lighting improvements on crime, fear and pedestrian street use, after dark*. In: *Landscape and Urban Planning*. Vol 35/Nr. 2-3. S. 193-201.
- Panoff, Michel/Perrin, Michel (1975): *Taschenwörterbuch der Ethnologie*. München: Reimer.
- Park, Robert Ezra/Bourgess, Ernest W. (1925, hier 1984): *The City. Suggestions for Investigation of Human Behaviour in the Urban Environment*. Chicago: The University of Chicago Press. Hier: Midway Reprint.
- Piening, Günter (2002): *Angsträume von Ausländerinnen und Ausländern in Sachsen-Anhalt. Eine Untersuchung des Ausländerbeauftragten der Landesregierung in Kooperation mit der Arbeitsgruppe Rechtsextremismus des Landespräventionsrates Sachsen-Anhalt*. Quelle: http://www.sachsenanhalt.de/LPSA/fileadmin/Elementbibliothek/Bibliothek_Politik_und_Verwaltung/Bibliothek_Ministerium_des_Innern/PDF_Dokumente/Landespraeventionsrat/2_lpr_tag.pdf. S. 130ff (letzter Zugriff: 3.11.2010).
- Pieper, Tobias (2006): *Das Lager als Struktur bundesdeutscher Flüchtlingspolitik. Überblick über die Praxis der Bundesländer*. Unter: <http://www.materialien.org/migration/texte/pieper-lagerunterbringung.pdf> (letzter Zugriff: 03.10.2010).
- Pingel, Andrea [Hrsg.](2004): *Sozialraumorientierung und die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in der Jugendarbeit*. Halle: Deutsches Jugendinstitut e.V. Abteilung Jugend und Jugendhilfe Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit
- Poyner, Barry (1983): *Design Against Crime: Beyond Defensible Space*. London: Butterworths.
- Pratt, Geraldine (2005): 'private and public spheres'. In: Johnston, Ronald John./Gregory, Derek/Pratt, Geraldine/Watts, Michael [Hrsg.] (2005): *The Dictionary of Human Geography*. Oxford/Malden: Blackwell. S. 636-637.

- Preis, Ute (1995): Für eine Stadt ohne Angsträume: Planungsleitfaden für mehr Sicherheit im öffentlichen Raum. Düsseldorf: Ministerium für Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen.
- Pryke, Michael/Rose, Gillian/Whatmore, Sarah [Hrsg.] (2003): *Using Social Theory. Thinking Through Research*. London. Thousand Oaks/Los Angeles/London: Sage.
- Prigge, Walter (2005): Suburbanisierung der Innenstadt. In: Oswalt, Philipp [Hrsg.]: *Schrumpfende Städte. Bd. 2. Handlungskonzepte*. Ostfildern Ruit: Hatje Cantz. S. 225-230.
- Putnam, Robert (1993): *Making democracy work: civic traditions in modern Italy*. Princeton: Princeton University Press.
- Rätzel, Nora [Hrsg.] (2000): *Stuart Hall. Cultural Studies – Ein politisches Theorieprojekt. Ausgewählte Schriften 3*. Berlin: Argument. S. 52-77.
- Radke, Frank-Olaf (1992): Multikulturalismus – vier Formen der Ethnisierung. In: Bade, Klaus J. [Hrsg.]: *Ausländer, Aussiedler, Asyl in der Bundesrepublik Deutschland*. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung. S. 149ff.
- Rankin, Ian (2003): *The Hanging Garden*. In: ders. [Hrsg.]: *The Lost Years*. London: Orion. S. 559-824.
- Raschke, Joachim (1987): Zum Begriff der sozialen Bewegung. In: Roth, Roland/Rucht, Dieter [Hrsg.]: *Neue Soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. S. 19-29.
- Rau, Petra [Hrsg.] (1989): *Die alltägliche Gewalt der Stadt – Frauen im Außenraum Kreuzbergs. Arbeitsberichte des Verkehrsseminars (Band 2)*. Berlin: Technische Universität Berlin.
- Rauhut, Michael/Kochan, Thomas [Hrsg.] (2009): *Bye Bye, Lübben City. Bluesfreaks, Tramps und Hippies in der DDR*. Berlin: Schwarzkopf und Schwarzkopf.
- Reckwitz, Andreas (2000): *Die Transformation der Kulturtheorien. Zur Entwicklung eines Theorieprogramms*. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft.
- Robertson, Roland (1992): *Globalization. Social Theory and Global Culture*. London/Thousand Oaks/New Delhi: Sage.
- Robertson, Roland (1995): *Glocalization – Time-Space and Homogeneity-Heterogeneity*. In: Featherstone, Mike/Lash, Scott/Robertson, Roland [Hrsg.]: *Global Modernities*. London/Thousand Oaks/New Delhi: Sage. S. 25-44.
- Rößner, Alf (1999): *Weimar um 1900: Stadtbild und genius loci*. Weimar: Hochschulschrift Universität Weimar.
- Rommelspacher, Birgit (1992): *Rechtsextremismus und Dominanzkultur*. In: Foitzik, Andreas/Leiprecht, Rudolf/Marvakis, Athanasios/Seid, Uwe [Hrsg.]: *Ein Herrenvolk von Untertanen*. Duisburg: Diss-Verlag. S. 81-94.
- (1995): *Dominanzkultur. Texte zur Fremdheit und Macht*. Berlin.
- Rose, Gillian (1997): *Situating knowledges: positionality, reflexivities and other tactics*. In: *Progress in Human Geography* 21(3), S. 305-320.
- Roth, Joseph (1994): *Das journalistische Werk 1924-1928*. In: Westermann, Klaus [Hrsg.] *Joseph Roth: Das journalistische Werk. Werke in drei Bänden (Band 2)*.

- Bonn: Büchergilde Gutenberg – zitiert nach Klijanienko, Ania (2008): Lemberg: Das kulturelle Zentrum der Westukraine. Berlin: Trescher Verlag
- Ruhne, Renate (2003a): Raum Macht Geschlecht. Zur Soziologie einer Wirkungsgesetzes am Beispiel von (Un)Sicherheiten im öffentlichen Raum. Opladen: Leske und Budrich.
- (2003b): „Sicherheit“ ist nicht die Abwesenheit von „Unsicherheit“ – Die soziale Konstruktion geschlechtsspezifischer (Un)Sicherheiten im öffentlichen Raum. In: Gestring, Norbert/Glasauer, Herbert et al. [Hrsg.]: Jahrbuch StadtRegion 2002. Die sichere Stadt. Opladen: Leske und Budrich, S. 55-73.
- Rushby, Kevin (2010): The dream that was eaten by caterpillars. In: the guardian, 30.01.2010. Supplement Book Review. S. 6.
- Sayer, Andrew (2000): Realism and Social Science. London/Thousand Oaks/New Delhi: Sage.
- Savitch, Hank V./Kantor, Paul (2002, hier 2004): Cities in the Marketplace. The Political Economy of Urban Development in North-America and Europe. Princeton/Oxford: Princeton University Press.
- Sarrasin, Phillip (2003): Geschichtswissenschaft und Diskursanalyse. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Schader-Stiftung [Hrsg.] (2011): Integrationspotentiale in kleine Städten und Landkreisen. Ergebnisse des Forschungs- Praxis-Projektes. Darmstadt: Schader-Stiftung
- Scheuch, Erwin K./Klingemann, Hans-Dieter (1967): Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften. In: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Tübingen: J.C.B. Mohr. S. 11-29.
- Schipper, Sebastian (2009): Rechte Ideologie und Gewalt in Deutschland. In: Nationalatlas aktuell 6 (07/2009). Leipzig: Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL). Quelle: http://aktuell.nationalatlas.de/Rechtsextremismus.6_07-2009.0.html (letzter Zugriff: 1.10.2010).
- Schlögel, Karl (2003, hier 2006): Im Raume lesen wir die Zeit. Über Zivilisationsgeschichte und Geopolitik. Frankfurt am Main: Fischer.
- Schlottmann, Antje (2005): RaumSprache – Ost-West-Differenzen in der Berichterstattung zur deutschen Einheit. Eine sozialgeographische Theorie. Stuttgart: Franz Steiner Verlag.
- Schmid, Christian (2002): Stadt, Raum, und Gesellschaft. Zur Theorie der Produktion des Raumes bei Henri Lefebvre. Stuttgart: Steiner.
- (2003): Raum und Regulation. Henri Lefebvre und der Regulationsansatz. In: Brand, Ulrich/Raza, Werner [Hrsg.]: Fit für den Postfordismus? Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot. S. 217-242.
- Schmidt, Dorothee (2006): Grenzfragen der Toleranz. In: Der Tagesspiegel vom 19.05.2006.
- Schmidt, Anne/Oswalt, Philip (2010): Nach dem Ende des fossilen Zeitalters: Klima und Energielandschaft in Sachsen-Anhalt 2050. In: Internationale Bauausstellung

- Stadtumbau Sachsen Anhalt. Herausgegeben vom Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt. Berlin: Jovis- Verlag. S. 24-29.
- Smith, Neil (1984, hier 1990): *Uneven Development: Nature, Capital and the Production of Space*. Oxford/Malden: Basil Blackwell.
- Schneider, Hans Joachim (1975): *Viktimologie. Wissenschaft von Verbrechenopfern*. Tübingen: Mohr.
- Schrenk, Uta von (2007): *Die Schwiegersöhne sind unter uns*. In: *ver.di Publik 03/ März 2007*, S. 17.
- Schuleri-Hartje, Ulla-Kristina/Floeting, Holger/Reiman, Bettina (2005): *Ethnische Ökonomie. Integrationsfaktor und Integrationsmaßstab*. Darmstadt/Berlin: Schader Stiftung und Deutsches Institut für Urbanistik (DIFU).
- Schumacher Patrik/Rogner, Christian (2001): *After Ford*. In: Daskalakis, Georgia, Waldheim, Charles/Young, Jason [Hrsg.]: *Stalking Detroit*. Quelle: <http://www.patrikschumacher.com/Texts/AfterFord.htm> (letzter Zugriff: 13.11.2010)
- Schwendter, Rolf (1973, hier 1981): *Theorie der Subkultur*. Neuausgabe mit einem Nachwort, sieben Jahre später. Frankfurt am Main: Syndikat.
- (2001): *Von der Theorie der Subkultur zur Theorie der Vernetzung*. Quelle: http://www.leibi.de/takaoe/93_08.htm (letzter Zugriff 15.11.10).
- Sieverts, Thomas (1997): *Zwischenstadt. Zwischen Ort und Welt, Raum und Zeit, Stadt und Land*. Braunschweig: Vieweg.
- Siewert, Hans-Jörg (1979): *Lokale Elitesysteme*. Bodenheim: Hain Verlag.
- Sharp, Joanne/Routledge, Paul [Hrsg.] (2000): *Entanglements of Power. Geographies of Domination/Resistance*. London: Routledge.
- Shields, Rob (1999): *Lefebvre, Love and Struggle. Spatial Dialectics*. London: Routledge.
- Siemonsen, Kerstin/Zauke, Gabriele (1991): *Sicherheit im öffentlichen Raum. Städtebauliche und planerische Maßnahmen zur Verminderung von Gewalt*. Herausgegeben von der 'Feministische Organisation von Planerinnen und Architektinnen (FOPA)'. Zürich/Dortmund: eFeF-Verlag.
- Sin, Chih Hoong (2003): *Interviewing in 'place': the socio-spatial construction of interview data*. In: *Area* 35(3), S. 305-312.
- Skogan, Wesley G. (1990): *Disorder and decline. Crime and the spiral of decay in American Neighbourhoods*. Los Angeles: University of California Press.
- Soja, Edward W. (1980): *The Socio-Spatial Dialectic*. In: *Annals of the Association of American Geographers* 70(2), S. 207-225.
- (1989): *Postmodern Geographies: The Reassertion of Space in Critical Social Theory*. London. Verso.
- (1996): *Thirdspace. Journeys to Los Angeles and other real-and-imagined Places*. Malden/Oxford: Blackwell.
- Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V. [Hrsg.] (2010): *Sozialreport 2010: Daten und Fakten zur sozialen Lage 20 Jahre nach der Vereinigung – 1990 bis 2010*. Im Auftrag der Volkssolidarität Bundesverband e.V. Quelle:<http://>

www.volkssolidaritaet.de/cms/vs_media/Downloads/Bundesverband/PDF_Dateien/2010/100831SR2010langDF.

- Springer, Philipp (2006): Verbaute Träume. Herrschaft, Stadtentwicklung und Lebensrealität in der sozialistischen Industriestadt Schwedt. Berlin . Ch. Links.
- Stadt Bielefeld, Gleichstellungsstelle Frauenbüro [Hrsg.](1986): Frauen-Nachttaxi. Ergebnisse der Begleitforschung zum Modellversuch. Bielefeld: Gleichstellungsstelle der Stadt.
- Stadt Dortmund [Hrsg.](1991): Stadt zum Leben. Ein Beitrag der Verbesserung von Mobilitätschancen von Frauen im öffentlichen Räumen. Dortmund: Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Dortmund.
- Staud, Toralf (2006): Moderne Nazis die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD.. Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- Strassoldo, Raimondo (1993): The social nature of space. Tampere:Department of Urban and Regional Planning- zitiert nach Koskela, Hille (2000:248): 'The gaze without eyes': video-surveillance and the changing nature of urban space. In: Progress in Human Geography 24, 2. S. 243-265.
- Sternberger, Dolf/Storz, Gerhard/Süsskind, W.E. (1957): Aus dem Wörterbuch des Unmenschen. Hamburg: Claassen Verlag.
- Striefler, Katja (1990): Frauen im (öffentlichen) Personennahverkehr. Öffentliche Informationsvorlage der Gleichstellungsbeauftragten des Zweckverbandes Großraum Hannover.
- Stiftung Weimarer Klassik [Hrsg.](1992): Genius huius loci. Weimar. Kulturelle Entwürfe aus fünf Jahrhunderten. (Ausstellungsband der Kunsthalle am Theaterplatz). Weimar: Kunsthalle Weimar
- Streck, Rebekka (2005): Macht im öffentlichen Raum. Wahrnehmung und Wirkung rechtsextremer Räume am Beispiel des S-Bahnhofes Schöneweide in Berlin-Treptow. Unveröffentlichte Diplomarbeit im Studiengang Sozialwissenschaften an der Humboldt Universität zu Berlin.
- Stummvoll, Günter (2003): Kriminalprävention in der Risikogesellschaft. Wien: Institut für Höhere Studien (IHS).
- Sutterlüthy, Ferdinand/Neckel, Sieghard (2006): Bashing the Migrant Climbers: Interethnic Classification Struggles in German City Neighborhoods In: International Journal of Urban and Regional Research 30(4), S. 798-815.
- Suttles, Gerald D. (1984): The cumulative texture of local urban culture. In: *The American Journal of Sociology* 90/1984. S. 283-304.
- Tanesini, Alessandra (1999): Feminism and 'Malestream'-Epistemology. In: (dies.): *Feminist Epistemologies*. Malden/Oxford: Blackwell. S. 38-65
- Taylor, Ian/Evans, Karen et al. (1996): A tale of two cities: global change, local feeling and everyday life in the north of England; a study in Manchester and Sheffield. London: Routledge.
- Terkessidis, Mark (2010): Interkultur. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- Tillner, Silja/Licka, Kose (1995): Richtlinien für eine sichere Stadt. Beispiele für die Planung und Gestaltung sicherer öffentlicher Räume. Herausgegeben von der Magistratsabteilung für Frauenförderung und Koordinierung von Frauenangelegenheiten der Stadt Wien. Wien.
- Tillner, Christiane [Hrsg.](1994): Rechtsextremismus, Rassismus, Gewalt. Feministische Beiträge. Münster: agenda Verlag.
- Tönnies, Ferdinand (1887, hier: 2005): Gemeinschaft und Gesellschaft. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft
- Tuan, Yi-Fu (1979): *Landscapes of Fear*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Unwin, Tim (2000): A waste of space? Towards a critique of the social production of space, *Transactions of the Institute of British Geographers*, NS/Nr. 25(1), S. 11-29.
- Urry, John (1990, hier 2002): *The Tourist Gaze*. Thousand Oaks/Los Angeles/London: Sage.
- Valentine, Gill (1997): 'Oh yes you can' 'oh no you can't': children and parents' understanding of kids' competence to negotiate public space safely. In: *Urban Geography* 17(3), S. 205-220.
- Virchow, Fabian (2003): „Zur Resignation besteht kein Grund“ Zur Demonstrationspolitik des Neofaschismus. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegung*, Jg. 16, Heft 4/, S. 80-85.
- (2004): „The groupuscularization of neo-Nazism in Germany the case of the Aktionsbüro Norddeutschland“, in: *Patterns of Prejudice*, Nr. 1/2004. S. 56-70.
- Völker, Susanne (2004): *Hybride Geschlechterordnungen. Erwerbsorientierungen und Lebensarrangement von Frauen im ostdeutschen Transformationsprozess*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Vollmar, Rainer (1998): *Anaheim-Utopia Americana: vom Weinland zum Walt Disneyland eine Stadtbiographie*. Stuttgart: Steiner.
- von Schrenk, Uta (2007): Die Schwiegersöhne sind unter uns. Rechtsextreme unterwandern erfolgreich bürgerliche Initiativen. In: *ver.di Publik*, Ausgabe 2007/03, S. 17. Quelle: http://publik.verdi.de/2007/ausgabe_03/leben/titel/seite_17/A0 (letzter Zugriff: 12.10.2010)
- von Uslar, Moritz (2010): *Deutschboden: Eine teilnehmende Beobachtung*. Köln: Kiepenheuer und Witsch.
- Wagner, Bernd (1994): Exkurs: Zur Entwicklung autonomer Rechtsextremer in der DDR. In: ders. [Hrsg.]: *Handbuch Rechtsextremismus*. Reinbek b. Hamburg: Rowohlt, S. 185-195.
- (1998): *Rechtsextremismus und kulturelle Subversion in den neuen Ländern*. Zentrum demokratische Kultur (Bulletin). Berlin: Zentrum demokratische Kultur.
- (2000): *Entwicklung der rechten Jugendkultur und die Bedeutung der akzeptierenden Jugendarbeit*. In: Marquardt, Angela und Jünger, Sabine/AG Zukunft der PDS-Bundestagsfraktion [Hrsg.]: „*Alles unsere Jungs*“ – Zwischen akzeptierender und antifaschistischer Jugendarbeit“. Dokumentation einer Tagung des „Arbeitskreises

- Zukunft der PDS-Bundestagsfraktion am 02.10. 1999 in Berlin. Berlin: Eigenverlag, S. 36-49.
- Wehrheim, Jan (2002): Die überwachte Stadt. Sicherheit, Segregation und Ausgrenzung. Opladen: Leske und Budrich.
- Weichhart, Peter (1999): Die Räume zwischen den Welten und die Welt der Räume; In: Meusburger, Peter [Hrsg.]: Handlungszentrierte Sozialgeographie. Benno Werlens Entwurf in kritischer Diskussion. Stuttgart: Franz Steiner Verlag. S. 67-94.
- Weiß, Konrad (1989): Die neue alte Gefahr. Junge Faschisten in der DDR. Quelle: <http://www.bln.de/k.weiss/gefahr.pdf> (letzter Zugriff: 11.11.2010)
- Werlen, Benno (1995): Sozialgeographie alltäglicher Regionalisierung (Band 1): Zur Ontologie von Gesellschaft und Raum. Stuttgart: Steiner.
- (1997): Sozialgeographie alltäglicher Regionalisierung (Band 2): Globalisierung, Region und Regionalisierung. Stuttgart: Steiner.
- (2000): Sozialgeographie alltäglicher Regionalisierungen (Band 3): Geographien des Alltags – Empirische Befunde. Stuttgart: Steiner.
- Wieland, Rayk/Roth, Jürgen [Hrsg.] (1995, 1998, 2003): „Öde Orte“ Band 1-3. Leipzig: Reclam.
- Williams, Raymond (1958 hier 1989): Culture is ordinary. In: (ders): Resources of Hope. Culture, Democracy, Socialism. London/New York. Verso. S. 3-18.
- (1960, hier 1988): Border Country. London: Hogarth Press
- (1973, 1975): The Country and the City. New York: Oxford University Press
- (1976, hier 1983): Keywords. A Vocabulary on Culture and Society. London: Flamingo.
- Wilson, James Q./Kelling, George L. (1982): The police and neighbourhood safety: Broken windows. In: The Atlantic Monthly/March 1982/S. 29-38. Quelle: <http://www.theatlantic.com/magazine/archive/1982/03/broken-windows/4465/> (letzter Zugriff: 18.11.2010)
- Winkler, Gunnar (2002): Sozialreport 2002. Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern. Berlin: Sozialwissenschaftliches Forschungszentrums
- (2009): 20 Jahre später – Die friedliche Revolution und ihre Ergebnisse – von Aufschwung bis Stagnation: 1989 bis 2009 Neue Bundesländer; Meinungen und Fakten/Wodak, Ruth/de Cillia, Robert/Reisigl, Martin/et al. (1998): Zur diskursiven Konstruktion nationaler Identität. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Wucherpfeffnig, Claudia (2006): Bahnhof – (stadt)gesellschaftlicher Mikrokosmos im Wandel. Eine „neue kulturgeographische Analyse“. Oldenburg: BIS-Verlag.
- (2008): Der Bahnhof – Ort spürbarer Phasenwechsel. In: Hasse, Jürgen [Hrsg.] Stadt und Atmosphäre. In: Die Alte Stadt 2/2008. S. 131-145.
- Würtz, Stefanie/Strobl, Rainer/Klemm, Jana (2003): Stadtgesellschaften im Umgang mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Studie des Institutes für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung. Weinheim: Juventa.
- Young, Jock (1999): The Exclusive Society. Social Exclusion, Crime and Difference in Late Modernity. Thousand Oaks/Los Angeles/London: Sage.

- (2007, hier 2009): *The Vertigo of Late Modernity*. Thousand Oaks/Los Angeles/London: Sage.
- Zentrum Demokratische Kultur [Hrsg.] (2003): *Rechtsextreme Phänomene in Friedrichshain und Möglichkeiten der demokratischen Intervention. Eine Kommunalanalyse im Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg*. Berlin: ZDK. Quelle: http://www.efbberlin.de/download/Studie_ZDK_Friedrichshain.PDF (letzter Zugriff: 16.11.2010)
- Zinganel, Michael (2000): *Architecture of Fear. Zur Diffusion angloamerikanischer Sicherheitsdiskurse durch frauengerechte Stadtplanung*. Unter: http://www.derivate.at/index.php?p_case=2&id_cont=296&issue_No=1 (letzter Zugriff: 04.10.2010)
- Zukin, Sharon (1996): *The Cultures of Cities*. Oxford/Malden: Blackwell.